

## **Beihefte der Francia**

Bd. 35

1995

---

### Copyright

Das Digitalisat wird Ihnen von perspectivia.net, der Online-Publikationsplattform der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (DGIA), zur Verfügung gestellt. Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

FRANKREICH IM EUROPÄISCHEN STAATENSYSTEM  
DER FRÜHEN NEUZEIT



*deutsches*  
*historisches*  
***institut***  
*historique*  
*allemand*

*paris*

D 95

BEIHEFTE DER FRANCIA

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

Band 35

FRANKREICH IM EUROPÄISCHEN STAATENSYSTEM  
DER FRÜHEN NEUZEIT

herausgegeben von

Rainer Babel



JAN THORBECKE VERLAG SIGMARINGEN

1995

# FRANKREICH IM EUROPÄISCHEN STAATENSYSTEM DER FRÜHEN NEUZEIT

herausgegeben von

Rainer Babel



JAN THORBECKE VERLAG SIGMARINGEN

1995



Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

[*Francia* / *Beihefte*]

Beihefte der Francia / hrsg. vom Deutschen Historischen Institut, Paris. – Sigmaringen: Thorbecke.

Früher Schriftenreihe

Reihe Beihefte zu: Francia / 01. Francia / 02. Francia / 03  
NE: HST

Bd. 35. Frankreich im europäischen Staatensystem der Frühen  
Neuzeit. – 1995

*Frankreich im europäischen Staatensystem der Frühen Neu-  
zeit* / hrsg. von Rainer Babel. – Sigmaringen: Thorbecke, 1995  
(Beihefte der Francia; Bd. 35)

ISBN 3-7995-7336-4

NE: Babel, Rainer [Hrsg.]

#### BEIHEFTE DER FRANCIA

Herausgeber: Prof. Dr. Werner Paravicini

Deutsches Historisches Institut, 9, rue du Parc-Royal, F-75003 Paris

Dieses Buch ist aus säurefreiem Papier hergestellt und entspricht den Frankfurter Forderungen zur Verwendung alterungsbeständiger Papiere für die Buchherstellung.

Institutslogo: Heinrich Paravicini, unter Verwendung eines Motivs am Hôtel Duret de Chevry

Verlagsadresse: Jan Thorbecke Verlag GmbH & Co., Karlstraße 10, D-72488 Sigmaringen

© 1995 by Jan Thorbecke Verlag GmbH & Co., Sigmaringen

Gesamtherstellung: M. Liehners Hofbuchdruckerei GmbH & Co., Verlagsanstalt, Sigmaringen  
Printed in Germany

ISSN 0178-1952 · ISBN 3-7995-7336-4

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Rainer BABEL</b>	
Einleitung .....	7
<b>Hans SCHMIDT</b>	
Frankreich und das Reich von 1648–1715 .....	13
<b>Anna SINKOLI</b>	
Ludwig XIV. und die Bischofswahl von Osnabrück 1698. Möglichkeiten und Grenzen französischer Reichspolitik im 17. Jahrhundert .....	33
<b>Kirsten HAUER</b>	
Die Beziehungen Frankreichs zu Dänemark am Ende des 17. Jahrhunderts (1698–1700) .....	53
<b>Jean BÉRENGER</b>	
La politique ottomane de la France dans les années 1680 .....	87
<b>Robert ORESKO</b>	
The marriages of the nieces of Cardinal Mazarin. Public Policy and Private Strategy in Seventeenth-century Europe .....	109
<b>Klaus MALETTKE</b>	
Die Perzeption des Deutschen Reiches bei Théodore Godefroy. Studien zum Deutschlandbild eines Mitglieds der französischen Verhandlungsdelegation auf dem Westfälischen Friedenskongreß .....	153
<b>Heinz DUCHHARDT</b>	
Droit et droit des gens – structures et métamorphoses des relations internationales au temps de Louis XIV .....	179
<b>Johannes BURKHARDT</b>	
Geschichte als Argument in der habsburgisch-französischen Diplomatie. Der Wandel des frühneuzeitlichen Geschichtsbewußtseins in seiner Bedeutung für die Diplomatische Revolution von 1756 .....	191
<b>Lucien BÉLY</b>	
Méthodes et perspectives dans l'étude des négociations internationales à l'époque moderne. L'exemple d'Utrecht (1713) .....	219
Personenregister .....	235

Bayerische  
Staatsbibliothek  
München

## EINLEITUNG

Vor etwa einem Jahrzehnt schon fiel aufmerksamen Beobachtern des Forschungsgeschehens ein neu erwachendes Interesse an Problemen der Außenpolitik und der zwischenstaatlichen Beziehungen in der Frühen Neuzeit auf – einem Thema mithin, daß doch seit geraumer Zeit in einem etwas verstaubten Nebenraum der Geschichtswissenschaft abgelegt zu sein schien<sup>1</sup>. Es fällt gewiß nicht schwer zu belegen, daß diese positive Tendenz sich mittlerweile deutlich verstärkt hat und wohl weiter festigen wird: Hierzu genügt der Hinweis auf eine immer ansehnlicher werdende Reihe thematisch einschlägiger Tagungsbände und auch monographischer Darstellungen<sup>2</sup>.

Selbst bei einer oberflächlichen Durchsicht solcher Publikationen wird freilich schnell deutlich, daß Fragestellungen und Perspektiven bei der Erforschung frühneuzeitlicher Außenpolitik sich im Vergleich zu früher in mancher Hinsicht verändert haben. Dies wird niemanden verwundern, hatte dieser Forschungszweig sich doch mit einer Reihe von Vorwürfen auseinanderzusetzen, von denen die einer unzulässigen Personalisierung des Gegenstandes und einer weitgehenden Verhaftung im oberflächlichen Bereich des Ereignisgeschichtlichen wahrscheinlich am häufigsten (und am heftigsten) geäußert worden sind<sup>3</sup>. Der Herausforderung durch eine vornehmlich an Strukturen und Kollektivphänomenen interessierten Geschichtswissenschaft ist es dann wohl zu verdanken, daß eine – in einem engeren Sinne vielleicht »diplomatiegeschichtlich« zu nennende und keineswegs überflüssig gewordene – Erforschung von außenpolitischen Geschehens- und Handlungszusammenhängen in neue, überwölbende Fragehorizonte eingebettet worden ist, anders gewendet: daß die Frage nach dem »Staatensystem«, seiner Struktur, seinen konstituierenden

1 Vgl. etwa André CORVISIER in seinem Vorwort zu Charles BOUTANT, *L'Europe des années du grand tournant des années 1680. La succession palatine*, Paris 1985; auch Helmut G. KOENIGSBERGER in seiner Rezension zu R.A. STRADLING, *Europe and the Decline of Spain. A Study of the Spanish System*, London 1981, in: *Zeitschr. für hist. Forschung* 10 (1983), S. 369.

2 Ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit seien hier genannt: Heinz DUCHHARDT (Hg.), *Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume europäischer Außenpolitik im Zeitalter Ludwigs XIV.*, Berlin 1991 und DERS. (Hg.), *Zwischenstaatliche Friedenswahrung in Mittelalter und Früher Neuzeit*, Köln, Wien 1991, sowie Peter KRÜGER (Hg.), *Kontinuität und Wandel in der Staatenordnung der Neuzeit. Beiträge zur Geschichte des internationalen Systems*, Marburg 1991 (dort die die Frühe Neuzeit unmittelbar betreffenden Beiträge von Heinz SCHILLING und Klaus MALETTKE).

3 So fordert etwa Fernand Braudel im Zusammenhang einer Auseinandersetzung mit Raymond Arons monumentalem Werk »Paix et Guerre entre les nations« eine Debatte über die Möglichkeit einer »recherche scientifique [de] l'histoire diplomatique et politique«, welche er als »ondoyante, refuge des passions et des jugements gratuits, domaine du descriptif« einstuft: Fernand BRAUDEL, *Pour ou contre une politique scientifique*, in: *Annales E.S.C.* 18 (1963), S. 119–132 und 475–498, Zitat S. 119.

Elementen und den Bedingungen seines Wandels an Gewicht gewonnen hat<sup>4</sup>. Zweifellos hat hierzu auch die Rezeption der Einsichten einer systematisch orientierten Politikwissenschaft mit ihren neuen Zugängen gerade zu den dynamischen Elementen von Außenpolitik und zwischenstaatlichen Beziehungen beigetragen<sup>5</sup>. Die Faktoren außenpolitischer Entscheidungsprozesse etwa und ihr komplexes Zusammenspiel werden auch von den Historikern mit immer größerem Bemühen um eine differenzierte Würdigung herausgearbeitet. So tritt neben die Erforschung eines individuellen »Herrscherwillens« das Interesse an dem weiter gefaßten Kreis der »Entscheidungsträger«, beschäftigt die Bedeutung von ideologischen Momenten in ihrem Verhältnis zu Interesse und Macht, von – horizontalen oder vertikalen – Sozialbeziehungen (Dynastie, Klientel) oder der Selbsteinschätzung eines Akteurs und seiner Wahrnehmung fremder Akteure als Gestaltungselement des außenpolitischen Prozesses uns heute wesentlich mehr als früher.

Diesen Entwicklungen hat das Deutsche Historische Institut Paris mit der Veranstaltung einer Vortragsreihe zu Problemen der zwischenstaatlichen Beziehungen und der internationalen Politik in der Frühen Neuzeit Rechnung zu tragen versucht. Bei ihrer Konzeption ging es darum, neuen Fragestellungen als auch in bewährter Perspektive durchgeführten Forschungen zur Geschichte französischer Außenpolitik ein Forum zu geben, ohne allzu enge Beschränkungen, etwa auf den deutsch-französischen Aspekt<sup>6</sup>, vorzunehmen. Diese Linie wurde auch für vorliegenden Band beibehalten, der über die seinerzeit gehaltenen Vorträge hinaus noch einige eigens angefertigte Studien enthält: Er soll von durchaus verschiedenen Standpunkten her neue Einblicke in Frankreichs Rolle im europäischen Staatensystem des 17. und 18. Jahrhunderts eröffnen, gleichzeitig aber auch Anregungen vermitteln, welche noch wenig beschrittene Wege die Erforschung zwischenstaatlicher Politik in der Frühen Neuzeit künftig – nicht nur in bezug auf Frankreich – einschlagen könnte.

\* \* \*

Wie Hans Schmidt in seinem eröffnenden Beitrag klar vor Augen führt, war es vor allem der grundlegende Gegensatz zwischen einem bereits hochzentralisierten Staatswesen und einem Verband von zur völkerrechtlichen Souveränität tendierenden Territorien unter habsburgischer Führung, der im wesentlichen das Grundmuster der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Reich bestimmte – zumindest

4 Vgl. grundsätzlich hierzu Peter KRÜGER, Internationale Systeme als Forschungsaufgabe, in: DERS. (Hg.), *Kontinuität und Wandel* (wie Anm. 2), S. 9–18. – Es läßt sich generell wohl behaupten, daß die mit den internationalen Beziehungen befaßte Zeitgeschichtsforschung die neuen Herausforderungen schneller aufgenommen hat als die Frühneuzeitforschung. Man denke hier etwa an die Arbeiten des französischen Historikers Jean Baptiste DUROSELLE, z.B.: *Tout Empire périt. Une vision théorique des relations internationales*, Paris 1982<sup>2</sup>, auch schon DERS., *De l'histoire diplomatique à l'histoire des relations internationales*, in: *Mélanges Pierre Renouvin. Etudes d'histoire des relations internationales*, Paris 1966.

5 Zur Einführung in den Gegenstand und für Hinweise auf die weitere Literatur vgl. etwa Ulrich ALBRECHT, *Internationale Politik. Einführung in das System internationaler Herrschaft*, München 1986.

6 Vgl. zum Forschungsstand auf diesem Gebiet Klaus MALETTKE, *Deutsch-französische Beziehungen in der Frühen Neuzeit: Stand der deutschen Forschung zu den Bereichen »Staat und Politik«* (Ende 15.–Anfang 19. Jahrhundert), Historische Kommission zu Berlin, *Informationen – Beiheft Nr. 12*, Berlin 1989.

im Zeitalter Ludwigs XIV., das den Rahmen seiner Überlegungen bildet. Das Gesetz des Handelns lag konsequenterweise stets bei Frankreich, das über den Vorteil einer einheitlichen Entscheidungsstruktur verfügte und mit einem gut ausgebildeten diplomatischen Dienst sowie einem stehenden Heer auch über die Mittel zur Propagierung und Durchsetzung seiner Ziele gebot. Die gegliederte Territorienwelt des Reiches umgekehrt lud zu einer Politik der Einflußnahme auf die Teile mit dem Ziel der Parteibildung geradezu ein – gut bekannt sind etwa die französischen Versuche, unter den Reichsfürsten eine »dritte Partei« ins Leben zu rufen.

Die Möglichkeiten, die die spezifische Rolle und Struktur der Reichskirche hierbei bieten konnte, untersucht Anna Sinkolis Beitrag an einem konkreten Fall, der Osnabrücker Bischofswahl von 1697: ein umso interessanteres Unterfangen, als für dieses nach den Bestimmungen des Westfälischen Friedens alternierend an einen Katholiken und einen Protestanten zu vergebende Stift sich in markanter Weise auch die Frage nach der Bedeutung der aus eben diesem Friedensschluß resultierenden französischen Garantenstellung stellen läßt. Im Ergebnis zeigt sich, daß manche strukturellen Besonderheiten des Reiches einer kohärenten äußeren Einflußnahme auch Grenzen setzten: in diesem Fall waren es die spezifischen Unwägbarkeiten von Bischofswahlen durch die vom niederen Adel beherrschten Domkapitel – die das Übergewicht bestimmter Familien und damit deren weitere Distanzierung zu den eigenen Standesgenossen zu verhindern trachteten – die Ludwig XIV. letztlich bewogen, auf die Propagierung eines profranzösischen Kandidaten zu verzichten und sich auf die Rolle eines neutralen Interessenvertreters der katholischen Sache zu beschränken.

Aspekte französischer Einflußnahme auf Reichsangelegenheiten greift auch Kirsten Hauer auf, die sich der wenig bekannten Rolle Dänemarks für die Außenpolitik des Versailler Hofes widmet. Dänemark war – neben Schweden – eine mögliche Basis französischen Handels im Ostseeraum und konnte mithin dazu beitragen, die Handelstätigkeit des niederländischen Konkurrenten hier empfindlich zu stören; ein befreundetes Dänemark bot jedoch auch durch seine sich aus der Personalunion mit Holstein-Gottorf ergebende Reichsstandschaft einen Ansatzpunkt für reichspolitische Manöver. Wie die Verfasserin aufweist, zeigte sich am Ende aber eben doch, daß der nordische Raum ein Randbezirk des französischen Aktionsfeldes war und die gemeinsame Interessengrundlage beider Mächte nicht ausreichte, um Frankreich hier eine dauerhafte Position zu vermitteln.

Ein dauerhafter Faktor der französischen Außenpolitik hingegen war die antihabsburgische Entente mit der Pforte, deren Wurzeln bis ins 16. Jahrhundert zurückreichen. Kaum ein Umstand dürfte den Sonnenkönig bei seinen Zeitgenossen und bei der Nachwelt ja mehr ins Zwielficht gerückt haben als sein Abseitsstehen bei der Verteidigung Wiens gegen Kara Mustafa 1683, mochte es doch scheinen als habe der Sonnenkönig hier die Solidarität christlicher Monarchen kaltblütig dem Machtkalkül aufgeopfert. Eine differenziertere Bewertung und Einordnung dieses Geschehens und seiner Folgen versucht Jean Bérenger im Lichte der neueren Forschung und auf der Grundlage neu erschlossener Quellen bei seinem Überblick über die französische Türkeipolitik der 1680er Jahre: Diese war bei aller grundsätzlichen Widersprüchlichkeit, die sich aus dem Anspruch auf die Führungsrolle in der Christenheit auf der einen und der realpolitischen Tendenz zur Allianz mit den Ungläubigen auf der

anderen Seite ergab, im wesentlichen doch vom Versuch geprägt, eine pragmatische, mittlere Linie zu halten. In diesem System kam einer wohl dosierten Nutzung des habsburgisch-türkischen Gegensatzes – vor und nach 1683 – eine Schlüsselbedeutung zu; ein von Ludwig weder herbeigeführtes noch herbeigewünschtes Ereignis wie die Belagerung Wiens freilich bewies die solcher Politik inhärente Gefahr des »Ausgleitens« nur allzu deutlich.

Von der bilateralen Perspektive hin zur Diskussion wichtiger Strukturelemente zwischenstaatlicher Beziehungen in der Frühen Neuzeit führt in gewisser Hinsicht die quellengesättigte Studie Robert Oreskos. Die Bedeutung von Dynastie und Familienverbindungen in außenpolitischem Zusammenhang ist fraglos schon seit geraumer Zeit anerkannt. Doch bedürfen auch grundlegend akzeptierte Einsichten der verfeinernden Diskussion am Einzelfall. Eben dies leistet der Verfasser im Rahmen einer Fallstudie zur Heiratspolitik des Hauses Mazarin, wenn er die Strategie einer ursprünglich nichtfürstlichen, doch in die unmittelbare Nähe des politischen Entscheidungszentrums gelangten Familie darlegt und zeigt, wie hier der Versuch der Statuskonsolidierung in der französischen Hochadelsgesellschaft gleichberechtigt neben dem Bestreben stand, außenpolitische Vorhaben durch Eheverbindungen zu unterstützen.

Was die moderne Politikwissenschaft zum Problemfeld der »Perzeption«, der Wahrnehmung eines außenpolitischen Handlungspartners, erarbeitet hat, ist auch für Historiker, die politische Strategien, Konzeptionen und Handlungsabläufe verstehen wollen, von hohem Interesse. Zu diesem Bereich leitet Klaus Malettke über, wenn er die Biographie des französischen Juristen und Hofhistoriographen Théodore Godefroy, eines engen Mitarbeiters des Kardinals Richelieu, sowie seine Sicht der Reichsverfassung skizziert. Hierdurch wird unter anderem die gegenüber den grundlegenden Forschungen F. Dickmanns neue Einsicht belegt, daß die französische Entscheidungselite schon vor Abschluß des Westfälischen Friedens über eine durchaus solide Kenntnis des rechtlichen Rahmens der deutschen Angelegenheiten verfügt hat – was nicht ohne Folgen für unser Bild von der französischen Reichs- und Friedenspolitik der Ära Richelieu bleiben wird.

Um den Strukturwandel der internationalen Beziehungen in der darauffolgenden Epoche, der sich in drei Kernbereichen fassen läßt, geht es in dem Beitrag Heinz Duchhardts: Das Zeitalter Ludwigs XIV. brachte insofern eine Neudimensionierung des Staatensystems mit sich als der klassische französisch-habsburgische Gegensatz nicht mehr sein allein entscheidendes Element blieb, sondern mit England ein neuer Akteur auf den Plan trat, der in einer sich wandelnden Mächtekonstellation eine regulierende Funktion beanspruchte. Gleichzeitig wurde durch die politische Dynamik der Epoche die Entstehung konkreterer und präziserer Formen des Völkerrechts angeregt. Formen und Methoden der Friedensfindung durchliefen gleichfalls einen Wandel; Verfahren einer dauerhaften Friedenssicherung auszubilden, gelang jedoch erst in der Folgezeit.

Erst nach dem Ende der ludovizianischen Ära kam es im berühmten »renversement des alliances« auch zur endgültigen Ablösung des französisch-habsburgischen Antagonismus. Die ideologischen Implikationen dieser außenpolitischen Revolution untersucht Johannes Burkhardt und fragt nach der Funktion und dem Wandel von Geschichtsbildern bzw. historisch gestützten Feindbildern in diesem Zusammen-

hang. Dabei zeigt sich in sehr einleuchtender Weise, wie der von einer durchaus konkreten Interessenkonstellation angetriebene außenpolitische Prozeß von einem Abbau tiefverwurzelter Erbfeindvorstellungen – der seinerseits von der Entwicklung und Rezeption aufklärerischen Geschichtsverständnisses profitierte – vorbereitet und unterstützt wurde.

Die Tatsache, daß vorliegender Band durch den dezidiert vorgetragenen Versuch eines französischen Historikers der jüngeren Generation, »neue Methoden und Perspektiven« für die Erforschung frühneuzeitlicher Außenpolitik aufzuzeigen, abgeschlossen wird, mag nochmals unterstreichen, daß die Reflexion über die Staatenbeziehungen im Ancien Régime mittlerweile auch im Heimatland der »Annales« mit neuer Energie betrieben wird. In der Auseinandersetzung mit Fernand Braudels Fundamentalkritik stellt Lucien Bély drei Grundfragen, die er im Brennspeigel des Kongresses von Utrecht behandelt: nach der Vermittlungsebene zwischen den Mitgliedern der Entscheidungselite (Staatsmänner, Gesandte etc.) und den Bedürfnissen ihrer jeweiligen Gesellschaften, nach der Rolle der Diplomatie als einer »Sprache« zwischen den Akteuren, die die Regulierung und Bändigung der in erster Linie machtgeprägten Staatenbeziehungen erst ermöglicht habe und nach der ursprünglichen Inkohärenz dessen, dem verborgenen Potential in dem, was sich dem rückblickenden Historiker als eine kohärente und geradlinige Entwicklung darzustellen scheint.

\* \* \*

Am Ende dieser tour d'horizon darf man also die eingangs schon getroffene Feststellung noch einmal bestätigt sehen: Die Diskussion um die Geschichte der zwischenstaatlichen Beziehungen im Europa der Frühen Neuzeit und die Wege ihrer Erforschung ist wieder in Gang gekommen und wird in lebendiger, vielversprechender Weise fortgeführt. Daß vorliegender Band dieser Diskussion gute Dienste zu leisten vermöge, sei ihm als Wunsch mit auf den Weg gegeben. Und herzlich gedankt sei schließlich allen, die an seinem Zustandekommen Anteil haben: Prof. Dr. Horst Möller hat in seiner Zeit als Direktor des Deutschen Historischen Instituts Paris den Gedanken, den Vortragszyklus zur Grundlage einer Publikation zu machen, sofort positiv aufgenommen und das Unternehmen tatkräftig gefördert, sein Nachfolger Prof. Dr. Werner Paravicini und der zuständige Redakteur Dr. Hartmut Atsma, haben dazu beigetragen, es zu einem guten Ende zu führen. In allen Stadien der technischen Herstellung war die kompetente Unterstützung durch Frau Ursula Hugot äußerst hilfreich. Sehr verbunden schließlich fühle ich mich den Autoren als auch den Mitarbeitern des Hauses Thorbecke, besonders Herrn Rainer Maucher – einmal für die immer erfreuliche Zusammenarbeit, daneben aber auch für die Geduld, die sie in einer Umbruchphase unseres Instituts mit all ihren unvermeidlichen Folgen für den zügigen Fortgang der gemeinsamen Arbeit stets bewiesen haben.

*Rainer Babel*





HANS SCHMIDT

## FRANKREICH UND DAS REICH VON 1648–1715

»Pour des raisons controversées, quant au dosage des intentions préméditées et des simples occasions saisies, la France s'est trouvée, pendant des siècles, faire du démentèlement territorial et institutionnel du Saint-Empire l'un des objectifs privilégiés de sa politique extérieure<sup>1</sup>.«

Mit dieser ebenso aussagekräftigen als eindrucksvollen Formulierung hat Jean-François Noël im Jahre 1976 das Verhältnis zwischen Frankreich und dem Reich charakterisiert, wie es sich vom Eingreifen Richelieus in den Dreißigjährigen Krieg an bis zum Ende des Reiches im Jahre 1806 dem Betrachter darbietet. Das Zeitalter Ludwigs XIV., das mit den Jahreszahlen 1648 und 1715 ja weitgehend eingegrenzt wird, bildete sicherlich einen der Höhepunkte dieses offensiven Vorgehens gegen das Reich, vor allem seit dem Beginn der Selbstregierung des Königs. Vier Kriege, von denen er zumindest die ersten drei aus eigenem Entschluß vom Zaune brach, während er den letzten durch die Annahme des spanischen Gesamterbes für seinen Enkel zumindest auslöste, sind nicht einfach wegzuleugnen<sup>2</sup>. Und in sie alle war das Reich verwickelt oder wurde doch – wie dies beim Devolutionskrieg der Jahre 1667 bis 1668 der Fall war – zumindest von ihnen berührt.

Wenn wir dann noch an die Reunionen denken, wie sie nach dem Nymwegener Frieden bis zum Abschluß des 20jährigen Waffenstillstandes 1684 gehandhabt wurden, dann haben wir als Grundtendenz der französischen Außenpolitik im ludovizianischen Zeitalter einen ständigen Druck nach Osten ebenso festzustellen, wie beim Reich und seinen Gliedern immer erneute und immer erfolgreicher werdende Versuche, sich dieses Druckes zu erwehren.

Als »Frankreichs klassische Rheinpolitik« hat die ältere deutsche Geschichtsschreibung, durchaus auch französischen Interpretationsansätzen folgend, dieses französische Vordringen nach Osten bezeichnen zu können geglaubt und sie in einem großen Konzept, das vom Spätmittelalter an bis in die Zeit Napoleons I. und noch darüber hinaus die französische Außenpolitik dominiert habe, eingebettet

1 Jean-François NOËL, *Le Saint-Empire* (Coll. »Que sais-je«), Paris 1976, S. 98.

2 Zur Diskussion um den Charakter der Außenpolitik Ludwig XIV. bis 1688 vgl. zuletzt Charles BOUTANT, *L'Europe au grand tournant des années 1680. La succession palatine*, Paris 1985. Eine deutliche Gegenposition dazu hält François BLUCHE, *Louis XIV*, Paris 1986, bes. S. 345ff., 412–417 u. ff., 626ff. u. 762ff. Zur Ursache des Spanischen Erbfolgekrieges zuletzt William ROSEN, *The Origins of the War of Spanish Succession*, in: Jeremy BLACK (ed.), *The Origins of War in Early Modern Europe*, Edinburgh 1987, S. 151–175. Dort die ältere Literatur. Im selben Band auf S. 112–131 Paul SONNINO, *The Origins of Louis XIV's Wars*, der stark die persönliche Kriegslust und Ruhmsucht des Königs betont.

gesehen<sup>3</sup>. Doch wissen wir heute längst, daß dies ebenso Legende ist, wie die in unserem Jahrhundert aufgekommene Meinung – die nun seinerseits Gaston Zeller wenn schon nicht ins Leben gerufen so doch am erfolgreichsten vertreten hat – von der rein defensiven Ausrichtung der französischen Deutschlandpolitik zumindest bis zum Jahre 1661, aber im Grund noch darüber hinaus<sup>4</sup>.

Denn auch dieses Interpretationsschema ist, wenn man es verabsolutiert, genau so wenig haltbar als das der Rheinpolitik, weil es übersieht, daß auch eine ursprünglich defensiv gemeinte Politik, die der Sicherung der noch zum Zeitpunkt des Westfälischen Friedens ja von keinem natürlichen Hindernis geschützten französischen Ostgrenze diente, welche noch dazu nicht allzuweit von der Hauptstadt Paris entfernt verlief, weil also dieser Erklärungsversuch verkennet, daß auch ursprünglich nur im Abwehrsinne gemeinte Maßnahmen, wenn man sie auch nach der Erreichung des zunächst beabsichtigten Zweckes weiterbetreibt, ihre Qualität ändern und in ihr Gegenteil umschlagen müssen. Und genau das ist in den Jahren nach 1648 oder zumindest nach 1659 denn auch geschehen<sup>5</sup>.

Frankreich stieg in dieser Zeit zum Range einer Großmacht auf, die sich von einem relativ machtlosen Raum jenseits der offiziellen Ostgrenze angezogen fühlte, ein Phänomen, das sich in der Geschichte nur gar zu oft beobachten läßt: Machtlose Räume fordern zum Eindringen förmlich heraus, Schwäche provoziert Vergewaltigung! Und die französische Ostgrenze bot überdies noch weniger natürliche Hemmnisse als etwa die Alpen oder Pyrenäen, erst jenseits des Rheins legten sich Schwarzwald und Odenwald als Sperrriegel vor das Innere des Reiches, aber sie waren doch recht leicht zu durchqueren. Kein Wunder also, daß zumindest mit Beginn der Selbstregierung Ludwigs XIV., eines machtbewußten und aggressiven Politikers, zumal als ihm Le Tellier und dann dessen Sohn Louvois das Instrument in die Hand gaben, mit dem er eine kriegerische Politik, die nach Erringung der Hegemonie auf dem Kontinente zielte, scheinbar gefahrlos betreiben konnte, Frankreich seine Nachbarn mit Krieg zu überziehen begann, daß der König die Grenzen seines Reiches so lange nach Osten vorschob bis europäische Koalitionen ihm Halt geboten. Das Frankreich Ludwig XIV. hatte eben eine für es günstige Konstellation rücksichtslos ausgenutzt und sich so verhalten, wie es Leopold von Ranke in seiner »Französischen Geschichte« im Hinblick auf die späteren Jahre des Königs klassisch formuliert hat: »In der Natur vorwaltender

3 So der Titel von Fritz WAGNERS Buch, das 1941 erschien: Frankreichs klassische Rheinpolitik. Der Rheinbund von 1685, Stuttgart 1941. Die heutige Sicht bei Hermann WEBER, Die französische Rheinpolitik zwischen dem Westfälischen Frieden und dem Renversement des Alliances, in: Beiträge zur Geschichte der frühneuzeitlichen Garnisons- und Festungsstadt. Referate und Ergebnisse der Diskussion eines Kolloquiums in Saarlouis vom 24.–27. 6. 1980, zusammengestellt von Hans-Walter HERRMANN und Franz IRSIGLER, Saarbrücken 1983, S. 74–85.

4 Dazu immer noch grundlegend Gaston ZELLER, Histoire d'une idée fausse, in: Revue de synthèse, 56 (1936), jetzt in DERS., Aspects de la Politique Française sous l'ancien régime. Préface de Victor-L. TAPIÉ, Paris 1964, S. 90–108.

5 Guter Überblick über die Diskussion bei Winfried DOTZAUER, Macht–Politik–Diplomatie. Gedanken über die Neudimensionierung der Verständniskategorien der französisch-deutschen Diplomatie nach 1648 unter besonderer Berücksichtigung des Rheingebietes, in: Heinz DUCHHARDT/Eberhard SCHMITT (Hg.), Deutschland und Frankreich in der Frühen Neuzeit. Festschrift für Hermann Weber zum 65. Geburtstag, München 1987, S. 331–359.

Mächte liegt es nicht, sich selbst zu beschränken: Die Grenzen müssen ihnen gesetzt werden<sup>6</sup>.«

Es waren also, das sollten diese flüchtigen Bemerkungen ihnen zeigen, spannungserfüllte, zumeist kriegerische Beziehungen, die zwischen Frankreich und dem Reich in dieser Zeit bestanden, zum Teil als Folge der Machtlosigkeit des Reiches, zum Teil im Gefolge der Auseinandersetzung zwischen Habsburg und Bourbon, die ja eine feste Komponente der kontinentaleuropäischen Politik der frühen Neuzeit bis zum Renversement des Alliances von 1756 gebildet hat und schließlich auch als Folge der Auseinandersetzung zwischen Frankreich und zunächst den beiden Seemächten Holland und England, dann nur noch England um die Vorherrschaft in Übersee und also um die Beherrschung der damals bekannten Welt. Die Tatsache, daß die Kaiser in dieser Zeit allesamt dem Hause Habsburg angehörten, war dabei ein entscheidender Faktor – aber, daß der Kaiser und Herrscher Österreichs nicht mit dem Reich identisch, vielmehr in lebendigem Spannungsverhältnis zu diesem stand, das wußte man auch in Frankreich wie wir neuerdings durch Klaus Malettke und Winfried Dotzauer gezeigt bekamen<sup>7</sup>.

Ein nicht zu unterschätzender Faktor aber, es sei noch einmal mit Nachdruck gesagt, war der persönliche Ehrgeiz und die Ruhmsucht Ludwigs XIV. – zumindest bis zum Holländischen Krieg von 1672 gilt dies – den die subtileren und indirekteren Methoden eines Mazarin nicht genügten<sup>8</sup>. Denn es ist ja doch wohl kein Zufall

6 Leopold v. RANKE, Französische Geschichte vornehmlich im Sechzehnten und Siebzehnten Jahrhundert, Bd. 4, Leipzig 1877, S. 3.

7 Klaus MALETTKE, Altes Reich und Reichsverfassung in französischen Traktaten des 17. Jahrhunderts, in: DUCHHARDT/SCHMITT (wie Anm. 5), S. 221–258; so auf S. 244: »Generell läßt sich im Rückblick auf die hier analysierten französischen Traktate des 17. Jahrhunderts feststellen, daß ihre Autoren die verfassungsmäßigen Verhältnisse und Entwicklungen im Reich mit wachsendem Interesse beobachteten und verfolgten. Ihre Ausführungen lassen erkennen, daß sie über bemerkenswert fundierte und detaillierte Kenntnisse hinsichtlich der komplexen Struktur der Reichsverfassung verfügten. Dickmanns Urteil, daß die »zeitgenössische wissenschaftliche Literatur in Frankreich« vom umstrittenen »Verhältnis der kaiserlichen und der ständischen Gewalt zueinander so gut wie nichts« gewußt habe, läßt sich in dieser Form nicht aufrechterhalten. Auch über diesen speziellen, schwierigen Fragenkomplex waren sie besser informiert, als man annahm.« Eine leicht veränderte französische Fassung von Malettkes Aufsatz findet sich in der Francia 14 (1986), S. 209–228: La présentation du Saint Empire Romain Germanique dans la France de Louis XIII et de Louis XIV. Etude sur la circulation des œuvres et des jugements au 17<sup>e</sup> siècle, S. 338 ff., bes. S. 340–346. Die Analyse einer von DOTZAUER (wie Anm. 5), angesprochenen großen Denkschrift zur Reichspolitik und Reichsverfassung, die allerdings erst aus dem 18. Jahrhundert stammt, unternahm Margarethe HINTEREICHNER, Der Rheinbund von 1658 und die französische Reichspolitik in einer internen Darstellung des Versailler Außenministeriums des 18. Jahrhunderts, in: Francia 13 (1985), S. 247–270. Somit ist Anton Schindlings Bemerkung »die politische Strategie Ludwigs XIV. im Reich stieß auf Grenzen, weil sie auf einer bloß fragmentarischen Kenntnis der deutschen Verhältnisse fußte« (in DERS., Reichstag und europäischer Frieden. Leopold I., Ludwig XIV. und die Reichsverfassung nach dem Frieden von Nimwegen [1679], in: ZhF 8 [1981], S. 176) zu korrigieren.

8 Mit vollem Recht meint Heinz DUCHHARDT, Altes Reich und europäische Staatenwelt 1648–1806, München 1990, S. 3 denn auch, in Auseinandersetzung mit Johannes Kunischs These von der systemstabilisierenden Rolle permanenter Kriege im absolutistischen Zeitalter (wie dieser sie in seinem Aufsatz: La Guerre – c'est moi! Zum Problem der Staatenkonflikte im Zeitalter des Absolutismus, in: ZhF 14 [1987], S. 412 vertritt): »über solche Theorien wird natürlich immer diskutiert werden können, viel mehr aber spricht für andere Erklärungsmodelle [...] da ist zum einen – ganz zentral – der persönliche Ehrgeiz und die Ruhmbegierde des Fürsten zu gewichten, der sich selbst durch den und im Krieg zu bewähren suchte und der deswegen keine Gelegenheit ausließ, rational nur bedingt erklärbare Kriege

gewesen, daß nach dem Antritt der Selbstregierung Ludwigs XIV., trotz des erst 1659 geschlossenen Pyrenäenfriedens, sobald sich auch nur der Schein eines Vorwandes ergab, ein Krieg vom Zaun gebrochen wurde, ein Krieg, der eine Periode bewaffneter Konflikte einleitete, die erst im Jahre vor Ludwigs XIV. Tod für einen längeren Zeitraum wieder unterbrochen werden sollten.

Natürlich hatten die Konflikte auch ihre objektive Grundlage, wie z.B. die spanische Erbfolgefrage, die ja eigentlich vom Beginn dieser Periode an bis zu ihrer fast endgültigen Klärung durch den Spanischen Erbfolgekrieg ein Hauptthema der kontinentaleuropäischen Politik darstellte, spielte nicht zuletzt das Ringen um die Vorherrschaft in den überseeischen Kolonialgebieten, vor allem in Nordamerika, aber auch in Indien und Afrika zwischen Frankreich und England eine steigende Rolle, hat die von Wilhelm von Oranien als Prinzip englischer Seeherrschaftsbewahrung eingeführte Idee der Balance of Power in Europa den Gang der großen Politik beeinflusst und hat das Türkenproblem, besonders durch seinen Umschlag in eine habsburgische Großmachtpolitik auf dem Balkan nach dem Jahre 1683, die Haltung Frankreichs zum Reich mitbestimmt. Denn gerade in den zuletzt genannten Konflikt war das Reich zumindest bis 1688 verwickelt, wobei die Erstarkung der kaiserlichen Hausmacht zur europäischen Großmacht ja wiederum die Stellung des Kaisers im Reich gegenüber den Reichsständen und auch den Reichsorganen verstärkte, was den Absichten der französischen Reichspolitik, wie ich sie zu charakterisieren versuchte, kaum entsprach.

Die Beziehungen Frankreichs zum Reich waren also, ich darf dies leitmotivisch noch einmal aufklingen lassen, häufig gespannt, oft kriegerisch, sie waren aber darüber hinaus auch höchst kompliziert. Dazu trug natürlich auch die für einen Außenstehenden schwer durchschaubare und noch schwerer verständliche Struktur des Reiches bei. Denn so, wie dieses sich nach dem Westfälischen Friedensschluß, der ja den Charakter eines Reichsgrundgesetzes besaß und zweifellos die maßgebliche Verfassungsurkunde des Alten Reiches bis zu dessen Ende im Jahre 1806 gewesen ist, denn so also, wie sich das Reich nach dem Westfälischen Friedensschluß darstellte, war es ein Gebilde *sui generis*, mit keinem der damals modernen europäischen Staaten – wenn man von Polen absieht – vergleichbar, schon gar nicht mit dem ludovizianischen Frankreich. Denn wohl war das Reich eine Wahlmonarchie, mit dem Kaiser an der Spitze, aber dieser verfügte über kein kaiserliches Heer, und die Reichskriegsverfassung lag sehr im Argen, er durfte keine internationalen Verträge für das Reich schließen, da dies dem Reichstag vorbehalten war. Es durften aber seit diesem Friedensschluß andererseits die deutschen Reichsfürsten für sich und ihre Territorien internationale Verträge schließen und auch Kriege führen, mit Ausnahme solcher, die sich gegen Kaiser und Reich richteten<sup>9</sup>. Das heißt vor allem die größeren Reichsstände, die schon bald über eigene Heere verfügten und deshalb die »armier-

vom Zaun zu brechen, die zwar rechtlich begründet wurden und dem Staat objektivierbare Vorteile bringen sollten, die oft genug aber nur einer bloßen Laune entsprangen«. Nicht zuletzt auch Paul SONNINO, *Louis XIV and the Origins of the Dutch War*, Cambridge 1988, zeigt, daß die von Duchhardt im Hinblick auf das ausgehende Ancien Régime gemachte Bemerkung auch für Ludwig XIV. gilt.

<sup>9</sup> Dazu vor allem Anton SCHINDLING, *Der Westfälische Frieden und der Reichstag*, in: Hermann WEBER (Hg.), *Politische Ordnungen und soziale Kräfte im Alten Reich*, Wiesbaden 1980, S. 132f. Dort die ältere Literatur. Jetzt vor allem auch DUCHHARDT, *Altes Reich* (wie Anm. 8), S. 7ff., bes. auch S. 10.

ten Stände« hießen, traten durchaus als handelnde Subjekte in der internationalen Politik auf, wenn auch im Zeitalter Ludwigs XIV. samt und sonders bestenfalls als Größen zweiter, in der Regel aber nur dritter Ordnung.

Wie Fritz Dickmann es glanzvoll formuliert hat: »Der Westfälische Frieden bewirkte die allmähliche Umwandlung des Reiches in einen Verband von Staaten, die ihre gegenseitigen Beziehungen weithin nach völkerrechtlichen Prinzipien und Regeln gestalteten, dabei aber immer noch mindestens rechtlich, aber in weitem Umfang auch faktisch einer übergeordneten Gewalt unterworfen, an eine gemeinsame Rechtsordnung gebunden und in ihren Streitfragen untereinander zu friedlichem Austrag verpflichtet blieben. Sie lebten also in zwei verschiedenen Ordnungssystemen, was freilich nur möglich war, weil die eine Ordnung, die reichsrechtliche, wie ein Stück Urgestein aus ehrwürdiger Vergangenheit in die Gegenwart hinein ragte, dabei aber immer noch wesentliche Funktionen wahrnahm, während die andere sich in Anpassung an eine veränderte Lage und deren Notwendigkeiten eben erst zu bilden begann. Insofern ist das Reich in seiner späteren Gestalt etwas geschichtlich Einmaliges und kein Modell, das für ähnliche Bedürfnisse unserer Zeit Anwendung finden könnte<sup>10</sup>.«

Bei alledem war aber die Staatlichkeit des Reiches für die Zeitgenossen unbestritten und daß Pufendorfs viel zitierter Satz vom monströsen Charakter des Reiches, das in keine der damaligen Staatsrechtslehrern geläufige Definition sich fügen und schon gar nicht dem Bodinschem Souveränitätsbegriff Genüge tun wollte, daß Pufendorfs berühmtes Zitat vom »irregulare aliquod corpus et monstro simile« also »nur ein Ausdruck der Schwierigkeit, dieses Gebilde staatsrechtlich zu definieren und nicht etwa ... verächtlich gemeint« sei, hat Dickmann mit Nachdruck betont<sup>11</sup>. Er hat bereits auf den von Pufendorf deshalb eingeführten Systembegriff hingewiesen. Bernd Roeck hat dies dann vertieft und ausgeführt, daß Pufendorf als »systema civitatum« eine Verbindung mehrerer Staaten in der Weise bezeichne, daß diese Staaten scheinbar einen einzigen Körper bildeten, wobei jeder in seinem Bereich die Souveränität inne habe. Die »irregularitas« des Systems habe infolgedessen daraus resultiert, daß weder die einzelnen Teilstaaten noch der Gesamtkörper eine vollständige Souveränität besessen hätten<sup>12</sup>. Er hat auch als erster nachgewiesen, daß Pufendorf in der letzten noch von ihm selbst revidierten Ausgabe des Monzambano »den berühmtesten Satz seines Buches verändert und den Vergleich mit einem Monstrum gestrichen« habe<sup>13</sup>.

Nur nach einem äußerst umständlichen und langatmigen Verfahren am Reichstag war das Reich handlungsfähig, wobei aber immer offen blieb in welchem Maße seine einzelnen Glieder den vom Reichstag erlassenen Beschlüssen – den Reichsschlüssen – folgten. Eigentlich taten dies immer nur die kleineren Stände im Süden und Südwesten des Reiches, die zu eigener militärischer Behauptung zu schwach waren und in der Form von Assoziationen und Zusammenschlüssen auf der Ebene der

10 Fritz DICKMANN, Der Westfälische Friede und die Reichsverfassung, in: Forschungen und Studien zur Geschichte des Westfälischen Friedens Bd. 1, Münster 1965, S. 32.

11 Ibid., S. 30.

12 Bernd ROECK, Reichssystem und Reichsherkommen. Die Diskussion über die Staatlichkeit des Reiches in der politischen Publizistik des 17. und 18. Jahrhunderts, Wiesbaden 1984, S. 27.

13 Ibid., S. 28.

Reichskreise sich politisch-militärischen Handlungsspielraum zu schaffen bemühten, »der diese befähigte, das ›reichische Deutschland‹ zu bilden, so daß man sie und nicht die armierten Stände meinte, wenn man im 17. und 18. Jahrhundert in Wien und Paris vom Reich sprach<sup>14</sup>,« um Karl Otmar Freiherr von Aretin zu zitieren.

Mit einem Wort, Charles Boutant hat recht, wenn er sagt: »Le Saint Empire Romain, cette magnifique construction juridique sortie du moule de la féodalité et qui en corrigeait les excès apparaîtra de moins en moins adapté aux tâches auxquelles il sera confronté<sup>15</sup>.« Zumindest gilt dies im Hinblick auf die Außenbeziehungen. Für die einzelnen Glieder des Reiches aber, vor allem für die kleineren, besaß das Reich als eine rechtswahrende und rechtgewährende Institution, deren Wirkung auf weitgehend respektierter Autorität, nicht allerdings auf Macht beruhte, durchaus noch eine große Bedeutung. Im internationalen Kräftespiel dagegen bildete es die machtlose Mitte Europas, die gerade aufgrund dieses Umstandes stabilisierend wirkte, allerdings auch zum ständigen Objekt fremder Machtgelüste wurde, salopp gesagt der punching-ball oder allenfalls Sparringspartner, von dem keine kräftigen Gegenschläge zu befürchten waren, für seine Nachbarn. Geändert hat sich das erst dann im 19. Jahrhundert infolge der Gründung des kleindeutschen Nationalstaates, wobei die dadurch bewirkte Verschiebung des europäischen Gleichgewichts dann ganz verheerende Folgen zeitigen sollte, die wir ja selbst in unserem Jahrhundert noch erfahren mußten, wie dies der amerikanische Historiker David Calleo eindringlich gezeigt hat<sup>16</sup>.

Die Konsequenz aus dem was ich hier sagte für das Frankreich Ludwigs XIV. aber war, daß Reichspolitik auf drei Ebenen erfolgte und erfolgen mußte: 1. am Reichstag; 2. beim Kaiser und 3. bei den Reichsfürsten. Alle 3 Faktoren gilt es zu berücksichtigen, will man die Beziehungen Frankreichs zum Reich richtig verstehen und gebührend würdigen. Ein weiteres kommt dazu: Frankreich war zusammen mit Schweden Garantemacht des Westfälischen Friedens nach Artikel XVII § 5 und 6 des Osnabrückischen Friedensvertrags<sup>17</sup> und leitete aus den bewußt unklar formulierten Bestimmungen durchaus ein Recht auf Einmischung in die deutschen Verhältnisse ab<sup>18</sup>.

Der Versuch einer Schlichtung des Wildfangstreits zwischen dem pfälzischen Kurfürsten Karl Ludwig und dessen Nachbarn, vor allem Johann Philipp von Mainz durch das Laudum Heilbronense vom 17. Februar 1667, einem von schwedischen

14 Karl Otmar Freiherr von ARETIN, Die Kreisassoziationen in der Politik der Mainzer Kurfürsten Lothar Philipp und Johann Franz von Schönborn 1648–1711, in: DERS. (Hg.), Der Kurfürst von Mainz und die Kreisassoziationen 1648–1746. Zur verfassungsmäßigen Stellung der Reichskreise nach dem Westfälischen Frieden, Wiesbaden 1975, S. 33.

15 BOUTANT (wie Anm. 2), S. 896.

16 David CALLEO, The German Problem reconsidered, New York 1978.

17 Zur ganzen Problematik vgl. Fritz DICKMANN, Der Westfälische Frieden, Münster 1959, 1972. Hier zit. nach der Erstauflage S. 332ff., bes. 341–343.

18 Heinz DUCHHARDT, Das Zeitalter des Absolutismus, München 1989, S. 11: »zudem gewannen Schweden und Frankreich mit ihrer Garantie des gesamten Friedenswerkes ein Kontroll- und Interventionsrecht, das jederzeit aktiviert und instrumentalisiert werden konnte und das dann in der Tat fast eine Art Außensteuerung der Reichspolitik nach sich zog, freilich auch den Effekt hatte, bestimmte Konflikte nicht so weit eskalieren zu lassen, daß die Garantiemächte einen Vorwand zum Eingreifen erhielten«.

und französischen Bevollmächtigten gefällten Schiedsspruch, ist hier zu nennen. Immerhin brachte dieser Spruch das vorläufige Ende des Konflikts – wenn auch nicht dessen endgültige Beilegung –, der bereits zur Anwendung von Waffengewalt geführt hatte. Denn nicht über das Reich und die Reichsorgane war es möglich gewesen, diesen Streitfall zu bereinigen, sondern nur mit Hilfe der Garanten des Westfälischen Friedens. Erst 1673 hat sich der Nachfolger Kurfürst Johann Philipp von Schönborns dann in dieser Angelegenheit, die unerschwellig noch weiter geglommen hatte, an den Kaiserhof in Wien gewendet<sup>19</sup>.

Meine bisherigen Ausführungen machen es nun sicherlich auch verständlich, daß eine Betrachtung des Verhältnisses von Frankreich und Reich sinnvoll nur als Betrachtung der französischen Reichspolitik geführt werden kann, da praktisch alle Aktivitäten von Frankreich ausgingen, während die deutsche Seite reagierte und man ja auch von einer Politik des Reiches per se nicht sprechen kann. Die Einheitlichkeit der Konzeption bestand also nur auf französischer Seite. Dies hatte seinen Grund darin, daß das Frankreich jener Zeit einen völlig anderen Staatentypus repräsentierte, nämlich den der zentral geleiteten und verwalteten, straff durchorganisierten und dem Willen des Königs und seiner Regierungsorgane voll zur Verfügung stehenden absoluten Monarchie<sup>20</sup>.

Selbstverständlich wissen wir heute, daß der sogenannte Absolutismus seine Grenzen an überkommenen Provinzialsonderrechten auch in Frankreich hatte, daß die Durchorganisation keineswegs so weit ging wie im modernen Verwaltungsstaat, daß der König mit Gegenkräften rechnen mußte und daß den finanziellen Möglichkeiten der Krone Grenzen gesetzt waren. Außerdem kann von einer endgültigen Stabilisierung der monarchischen Gewalt in Frankreich ja allenfalls nach Beendigung der Fronde, besser aber doch wohl eher noch nach dem 16. März 1661, dem Tag, an dem Ludwig XIV. erklärt hatte, er wolle künftig sein eigener Erster Minister sein, gesprochen werden<sup>21</sup>. Aber den Zeitgenossen zumindest erschien das Frankreich der Jahre nach 1660 so, wie ich es oben charakterisiert habe, und wenn wir bedenken, daß es mit seinen 19 Millionen Einwohnern gegenüber den etwa 10 Millionen Bewohnern des Reiches – die ja noch dazu keiner staatlichen Einheit angehörten – und den circa 2 Millionen Bewohnern der Vereinigten Niederlande eben auch bevölkerungsmäßig ein Kolos war, dann können wir den Respekt der Zeitgenossen vor dieser Macht schon verstehen. Und dazu kam noch, daß Frankreich nun auch über ein überlegenes Instrumentarium verfügte, mit dessen Hilfe es seine Reichspolitik und natürlich auch seine europäische Politik betrieb.

19 Winfried DOTZAUER, Der pfälzische Wildfangstreit, in: Jahrbuch zur Geschichte von Stadt- und Landkreis Kaiserslautern Bd. 12/13 (1974/75). Festschrift für Friedrich Ludwig Wagner zum 65. Geburtstag. Tl. 1, S. 225–247, hier bes. S. 242–44.

20 André CORVISIER, La France de Louis XIV 1643–1715. Ordre intérieur et place en Europe, Paris 1979. Daneben sind natürlich als Klassiker in erster Linie anzuführen Roland MOUSNIERS Monumentalwerk: Les Institutions de la France sous la Monarchie absolue, 2 Bde., Paris 1974/80, sowie Pierre GOUBERT, Louis XIV et vingt millions de Français, Paris 1966.

21 BLUCHE (wie Anm. 2) S. 144, bes. aber 175 ff.

21a) »L'instrument par excellence de la politique de Louis XIV – politique de force, politique de prestige, ou de magnificence, de quelque nom qu'on veuille l'appeler – c'est l'armée« Gaston ZELLER, Les Temps Modernes II: De Louis XIV à 1789 (Histoire des Relations Internationales. Publiée sous la direction de Pierre RENOUVIN), Paris 1955, S. 13.



Denn neben der geschlossenen und überlegenen, einem einheitlichen Willen untergeordneten administrativen Organisation, die ihm ja auch zu einer die Zeitgenossen beeindruckenden und oft auch gewinnenden finanziellen Überlegenheiten verhalfen, grob gesagt hatte man eben genügend bares Geld um sich mit Hilfe von Subsidienveträgen Verbündete in Deutschland zu kaufen – dies gilt zumindest für die Zeit bis zum Friedensschluß von Nymwegen – neben dieser finanziellen Überlegenheit besaß es auch die bestorganisierteste und schlagkräftigste Armee der damaligen Welt, sowie eine hochorganisierte und effizient arbeitende Diplomatie, die allenfalls noch von der päpstlichen und venezianischen Diplomatie mit ihren noch älteren Traditionen erreicht, keinesfalls aber übertroffen wurde.

Das Heer, das angesichts der einleitend von mir skizzierten Sachlage das wichtigste dieser Instrumente darstellte, wie übrigens schon Gaston Zeller bemerkt hat<sup>21a</sup>, soll hier nun zuerst betrachtet werden. Es wurde in den Jahren nach 1661 nun immer mehr zum stehenden und vor allem auch zum königlichen Heer. Dies wurde zunächst nach dem Pyrenäenfrieden von rund 250 000 Mann auf etwa 55 000 Mann Friedensstärke reduziert. Aber von 1668 an begann die Friedensstärke ständig zu steigen um am Ende der Regierungszeit Ludwig XIV. 100 000 Mann aufzuweisen, wobei in der Krisenzeit des Spanischen Erbfolgekrieges man schließlich gar auf 400 000 Soldaten gekommen ist<sup>22</sup>. Mit Hilfe der beiden genialen Militäradministratoren Michel Le Tellier und dessen Sohnes Louvois hat Ludwig XIV. es verstanden, an die Vorarbeit des Kardinals Richelieu anzuknüpfen, der schon die noch vom ständischen Geist getragenen Ämter des *Connetable du Roi* (1627) und des *Grand Amiral de France* (1628) abgeschafft hatte, sowie an die des Kardinals Mazarin, der ebenfalls den Einfluß der Krone auf das Heer gestärkt hatte. Erst die Reformen, die nach dem Jahre 1661 einsetzten, aber haben der französischen Armee jenen riesen Vorsprung verliehen, der sie allen anderen Heere des damaligen Europa weit überlegen machte. Und die Autoren dieser Reform waren Le Tellier und Louvois. Diese beiden Männer hatten nämlich erkannt, daß zwar die Konservierung des Werberechtes und die Monopolisierung des Offiziersernennungs- und -beförderungswesens in der Hand des Königs wichtig sei, daß dies aber alles nichts helfe, wenn nicht eine entsprechende Infrastruktur geschaffen werde. *Il ne suffit pas d'avoir beaucoup d'hommes* schrieb Louvois in einem Brief vom 4. März 1664, *Il faut qu'ils soient bien faits, bien vêtus, bien armés*<sup>23</sup>.

Die Stärke der einzelnen Truppenteile wurde nun festgelegt und kontrolliert<sup>24</sup>, die Heeresgliederung in den taktischen Einheiten Kompanie, Bataillon, Regiment bei der Infanterie, Eskadron und Regiment bei der Kavallerie wurden festgeschrieben,

22 Die Stärkeangaben nach André CORVISIER, Louvois, Paris 1983, S. 86 und Ulrich MUHLACK, Absoluter Fürstenstaat und Heeresorganisation in Frankreich im Zeitalter Ludwigs XIV., in: Johannes KUNISCH/Barbara STOLLBERG-RILINGER (Hg.), Staatsverfassung und Heeresverfassung in der europäischen Geschichte der frühen Neuzeit, Berlin 1986, S. 255. Zur französischen Heeresorganisation vgl. auch CORVISIER, La France (wie Anm. 20) S. 175–197 und bes. natürlich DERS., Les Français et l'armée sous Louis XIV d'après les mémoires des Intendants, Vincennes 1975. Ferner Louis ANDRÉ, Michel Le Tellier et Louvois, ND Genf 1974 (Paris 1942) und DERS., Michel Le Tellier et l'organisation de l'armée monarchique, ND Genf 1980 (Paris 1906).

23 CORVISIER, Louvois (wie Anm. 22) S. 109.

24 CORVISIER, Les Contrôles des troupes de l'ancien régime, Bd. 1, Paris 1968, und DERS., L'armée française de la fin du XVII<sup>e</sup> siècle au ministère de Choiseul. Le Soldat (2 Bde.), Paris 1964.

der Beförderungsmodus auf die Anciennität festgelegt. Einheitliche Bewaffnung und Ausrüstung, Zuweisung von Werbebezirken für die einzelnen Regimenter, Uniformierung der Truppen, Versorgungseinrichtungen wie Magazine, Ausbau eines Fuhrwesens, Bau von Kasernen – eine absolute Neuerung im damaligen Europa –, Waffenarsenale, Munitionslagern, Bau von Hospitälern, gipfelnd im Hôtel des Invalides, kurzum Schaffung einer ständig sich um diese Dinge kümmernden Heeresverwaltung, das waren die herausragenden Ergebnisse der Tätigkeit dieser beiden Männer. Dabei wurde die Verwaltung den Soldaten völlig entzogen und von Zivilbeamten, den *Intendants d'Armée*, denen *controleurs*, *intendants* und *commis-saires* unterstellt waren, ausgeübt. Nur noch die *Inspecteurs généraux* der Infanterie und Kavallerie, die für Aufrechterhaltung von Disziplin und Ausbildungsstand verantwortlich waren, waren Offiziere<sup>25</sup>.

Die französische Armee wurde durch diese Reformen zur schlagkräftigsten und stärksten Armee des damaligen Europa. Geführt von großen Generälen, wie sie Ludwig XIV. am Anfang seiner Regierungszeit mit Turenne und Condé sowie dem Maréchal de Luxembourg, am Ende dann in Louis Hector de Villars zur Verfügung standen, mußte dieses Heer zum Schrecken seiner Gegner werden, von denen auch nicht einer ihm einzeln gewachsen war. Was hatte das Reich dem entgegenzusetzen? Eine absolut ungenügende Reichsverteidigungsorganisation, die im Frieden praktisch weder größere Kader, noch Arsenale, noch eine funktionierende Administration besaß und immer erst ad hoc geschaffen, d.h. angeworben werden mußte<sup>26</sup>. Auch als in Reaktion auf die Reunionen im Jahre 1681 der Reichstag eine neue Defensionalordnung beschloß, die im Reichsgutachten vom 20./30. September eine Reichsarmee von 12 000 Reitern und 28 000 Infanteristen vorsah, wobei man die Zahl im Notfall verdoppeln und äußerstenfalls verdreifachen konnte, da blieb diese Armee, deren oberste Kommandogewalt überdies nicht beim Kaiser sondern bei den Reichsständen lag, weitgehend auf dem Papier stehen. Auch in den größten Notlagen brachten in der Regel nur die fünf sogenannten vorderen Reichskreise, die Frankreich benachbart waren, ein Heer von höchstens 20 bis 30 000 Mann auf die Beine, zusammengewürfelte Haufen, ohne Infrastruktur, ohne eindeutige Kriegsgliederung<sup>27</sup>. Die Reichsverteidigung blieb daher immer angewiesen zum einen auf das Heer des Kaisers, das dieser als Herrscher seiner habsburgischen Territorien unterhielt, zum anderen auf die Armeen der armierten Reichsstände – soweit die letztgenannten es nicht vorzogen, neutral zu bleiben oder wie Kurbayern und Kurköln im

25 CORVISIER, Louvois (wie Anm. 20) S. 186ff.

26 Dazu HANS SCHMIDT, Staat und Armee im Zeitalter des »miles perpetuus«, in: KUNISCH/STOLLBERG-RILINGER (wie Anm. 22) S. 213–248, mit weiterführenden Literaturangaben. Ferner DERS.: Militärverwaltung in Deutschland vom Westfälischen Frieden bis zum 18. Jahrhundert, in: Werner PARAVICINI/Karl Ferdinand WERNER (Hg.), *Histoire comparée de l'administration, IX<sup>e</sup>–XVIII<sup>e</sup> siècles. Actes du XIV<sup>e</sup> colloque historique franco-allemand. Tours 27<sup>e</sup> mars–1<sup>er</sup> avril 1977*, München 1980, S. 570–580.

27 SCHMIDT, Militärverwaltung (wie Anm. 26) passim, mit weiterführenden Literaturangaben. Zur Defensionalordnung grundlegend Heinz ANGERMEIER, Die Reichskriegsverfassung in der Politik der Jahre 1679–1681, in: ZRG G.A. 82 (1965), S. 190–222. Die entscheidenden Texte bei Hanns Hubert HOFMANN (Hg.), *Quellen zum Verfassungsorganismus des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation 1495–1815*, Darmstadt 1976, S. 232–243. Zuletzt zu dieser Problematik Helmut NEUHAUS, Das Problem der militärischen Exekutive in der Spätphase des Alten Reiches, in: KUNISCH/STOLLBERG-RILINGER (wie Anm. 22) S. 297–346.

Spanischen Erbfolgekrieg gar mit Frankreich verbündet zu sein. Aber auch diese Heere der Armierten und auch das Heer des Kaisers konnten weder zahlenmäßig noch von ihrer Organisation her den Franzosen das Wasser reichen<sup>28</sup>.

Erst im Laufe des 18. Jahrhunderts ist es dann einzelnen deutschen Territorien gelungen, auf dem Gebiete der Organisation und der Ausbildung mit Frankreich gleichzuziehen, ja in Preußen erreichte man es in den Tagen Friedrich Wilhelms I., sogar das französische Vorbild noch zu übertreffen und eine Organisation zu schaffen, die den Staat völlig in den Dienst der Armee stellte. Aber das war nach dem Zeitraum, mit dem wir uns hier befassen. Trotz eines Karl V. von Lothringen und Ludwig Wilhelm von Baden, eines Genies wie Prinz Eugen und eines Marlborough blieb die französische Armee und blieb vor allem ihre Organisation und Logistik im Zeitalter Ludwigs XIV. ein unerreichtes Vorbild. Nicht ganz ohne einen Funken von Wahrheit konnte deshalb mein akademischer Lehrer Franz Schnabel, dieser Sohn einer normannischen Mutter und große Kenner und Verehrer der französischen Geschichte, in den fünfziger Jahren in seiner Vorlesung etwas überspitzt und mit deutlicher Ironie den preußischen Militarismus als eine französische Erfindung bezeichnen. Sei dem nun wie ihm auch sein mag, daß allein aufgrund der militärischen Kräfteverhältnisse bei der seit 1667 unbezweifelbaren Absicht Ludwigs XIV. bei gegebener Gelegenheit von seinem Heer Gebrauch zu machen, die Beziehungen zwischen Frankreich, dem Reich eine einseitig vorgegebenen Richtung erhielten, steht fest.

Das zweite Instrument, dessen Frankreich sich bediente, ist ein hochentwickelter diplomatischer Apparat, dem seine deutschen Zeitgenossen nichts Vergleichbares entgegen zu setzen hatten<sup>29</sup>. Während es in keinem deutschen Territorium, auch nicht in Wien am Kaiserhof, auch nur einen per definitionem für die Außenpolitik zuständigen Minister gab, existierte in Frankreich seit den Tagen Heinrichs III. (1584) ein Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, an dessen Spitze ein Staatssekretär stand. In der Zeit Ludwigs XIV., d.h. also nach 1661, aber wurde dies nun systematisch weiterentwickelt und wurde Europa mit einem Netz ständiger diplomatischer Vertreter Frankreichs überzogen. Während schon aus Kostengründen die meisten deutschen Territorien einschließlich des Kaisers diplomatische Vertreter nur von Fall zu Fall auszusenden pflegten und ständige Vertretungen nur an wenigen Höfen unterhielten, das Reich aber außenpolitisch nicht in Erscheinung trat, finden wir französische Diplomaten schon unmittelbar nach dem Westfälischen Frieden am Reichstag und bei den wichtigsten deutschen Höfen, besonders den rheinischen Fürstenhöfen. Auch auf diesem Sektor also bestand eine deutliche Überlegenheit Frankreichs, die diesem eine aktive Politik ermöglichte<sup>30</sup>. Selbst der

28 SCHMIDT, Staat und Armee (wie Anm. 26) S. 225 ff., vor allem auch DERS.: Militärverwaltung (wie Anm. 26) S. 576 ff. mit Lit.-Angaben. Zur generellen Problematik grundlegend André CORVISIER, *Armées et sociétés en Europe de 1494 à 1789*, Paris 1976.

29 Grundlegend dazu immer noch Camille-Georges PICAUVET, *La Diplomatie Française au temps de Louis XIV (1661-1715)*, Paris 1930.

30 Eine moderne Gesamtdarstellung der französischen Reichspolitik steht aus. Nach wie vor sind wir dafür auf das allerdings in seiner Art vorzügliche Buch von Bertrand AUERBACH, *La France et le Saint-Empire Romain-Germanique depuis la paix de Westphalie jusqu'à la Révolution Française*. Paris 1912, ND (Genf 1976) angewiesen. Wohl aber gibt es eine ganze Fülle von Einzelstudien über das Verhältnis einzelner deutscher Territorien zu Frankreich in dieser Zeit, so für Bayern die ebenfalls ältere

Kaiser, als der mächtigste deutsche Territorialfürst begann erst allmählich einen diplomatischen Dienst im damals modernen Sinne zu entwickeln. So kam es erst nach dem Nymwegener Frieden von 1679 zu einer ständigen Vertretung des Kaisers in Paris, abgesehen natürlich von den Kriegsjahren, während Frankreich schon ab 1663 ständig in Wien durch einen *envoyé* repräsentiert war<sup>31</sup>.

Eine ganz wichtige Rolle bei der Durchführung der französischen diplomatischen Absichten kam dabei übrigens, neben den offiziellen diplomatischen Vertretungen, deutschen diplomatischen Agenten, meist höheren Standes zu, die eine halboffizielle, nach außen hin häufig sich inoffiziell gebende Position inne hatten. Hier hatte schon Kardinal Mazarin mit dem Landgrafen Georg Christian von Hessen-Homburg einen wenig glücklichen Anfang gemacht. In den Jahren 1653–58 hat Landgraf Georg Christian in der Vorgeschichte der Kaiserwahl Leopolds I. durchaus eine gewisse Rolle gespielt, wie wir heute wissen<sup>32</sup>. Doch wurde der Landgraf dann schon bald von seinem wesentlich klügeren und geschickteren Konkurrenten Wilhelm Egon von Fürstenberg in den Schatten gestellt. Dessen Wirken in Verbindung mit dem seines Bruders Franz Egon im Dienste Frankreichs aber ist dann für die Vorgeschichte des holländischen Krieges von 1672 sowie für den Fall Straßburgs im Jahre 1681 und den Ausbruch des Orléanschen Krieges von 1688 von hoher Bedeutung geworden. Auch wenn Fürstenberg dann schließlich doch nur als fünftes Rad am Wagen der französischen Diplomatie zum »Negotiator out of Season« werden sollte<sup>33</sup>. Auch der brandenburgisch-sächsische Generalfeldmarschall Hans Adam von Schöningh gehört ein bißchen mit in diese Reihe.

Die französische Reichspolitik der Jahre 1648 bis 1715, deren Voraussetzungen und Mittel wir gerade betrachteten, läßt sich nun zunächst grob in zwei Perioden

Darstellung von Michael DOEBERL, Bayern und Frankreich vornehmlich unter Ferdinand Maria (2 Bde.), München 1900/03, sowie Michael STRICH, Das Kurhaus Bayern im Zeitalter Ludwigs XIV. und die europäischen Mächte (2 Bde.), München 1933; für Brandenburg Georges PAGÈS, Le Grand Electeur et Louis XIV 1660–1688, Paris 1905; für Kursachsen Bertrand AUERBACH, La Diplomatie Française et la Cour de Saxe 1643–1680, Paris 1888; für Kurmainz Claude BADALO-DULONG, Trente ans de Diplomatie Française en Allemagne. Louis XIV et l'Electeur de Mayence (1648–1678), Paris 1956; für Kurpfalz Josef WYSOCKI, Frankreich und die Kurpfalz von 1680–1688, in: Geschichtliche Landeskunde 2 (1965), S. 46–108; für Kurtrier René PILLORGET, La France et l'Electorat de Trèves au Temps de Charles-Gaspard de la Leyen (1652–1679), in: Revue d'Histoire Diplomatique 78 (1964), S. 1–37, DERS., Louis XIV and the Electorate of Trier 1652–1676, in: Ragnhild HATTON (ed.), Louis XIV and Europe, London 1976, S. 115–132; für Pfalz-Neuburg Hans SCHMIDT, Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg (1615–1690) als Gestalt der deutschen und europäischen Politik des 17. Jahrhunderts. Bd. 1 (1615–1658), Düsseldorf 1973. Ganz wichtig, mit ausführlicher Bibliographie, ist die Einleitung, die Georges LIVET den von ihm herausgegebenen Bänden des Recueil des Instructions aux ambassadeurs et ministres de la France XXVIII: Etats allemands, tomes I, II et III, Paris 1962, 1963 und 1966 beigefügt hat. Eine knappe, perspektivenreiche und problemorientierte Zusammenfassung bei Heinz DUCHHARDT, Altes Reich (wie Anm. 8) S. 53–62.

31 Klaus MÜLLER, Das kaiserliche Gesandtschaftswesen im Jahrhundert nach dem Westfälischen Frieden (1648–1749), Bonn 1976, S. 75.

32 Margarethe HINTEREICHNER, Georg Christian von Hessen-Homburg (1626–1677). Offizier, Diplomat und Regent in den Jahrzehnten nach dem Dreißigjährigen Krieg, Darmstadt/Marburg 1985; sowie Hans SCHMIDT, Philipp Wilhelm (wie Anm. 30), passim.

33 Max BRAUBACH, Wilhelm von Fürstenberg (1629–1704) und die französische Politik im Zeitalter Ludwigs XIV., Bonn 1972. John T. O'CONNOR, Negotiator out of Season. The Career of Wilhelm Egon von Fürstenberg 1629 to 1704, Athens (Georgia) 1978.

einteilen, die gewaltfreie, wenn Sie so wollen – denn auch in ihr hat die Armee ihre Rolle gespielt und hat nicht zuletzt auch Gewaltanwendung, allerdings in subtilerer Weise, stattgefunden, dann die gewalttätige, die durch die vier eingangs genannten Kriege charakterisiert wird. Die erste dieser Phasen steht weitgehend noch im Zeichen des Kardinals Mazarin, die zweite ist von Ludwigs XIV. Herrscherwillen, Ehrgeiz, Machtstreben und Ruhmbegier charakterisiert. Leitmotiv der europäischen Politik dieser Zeit ist dabei die spanische Erbfolgefrage, die eigentlich von Anfang an vorhanden war und die durch die Geburt Karls II., des männlichen Erben Philipps IV. im Jahre 1661, dem Jahr also von Ludwigs Selbstregierung, eher noch verschärft als beigelegt wurde. Denn dieser letzte spanische Habsburger war so kränklich und erwies sich in seinem weiteren Leben als derartig degeneriert, daß die Frage nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt seines Ablebens die einzige war, die sich Europas Staatsmänner im Hinblick auf ihn stellten<sup>34</sup>. Doch er wurde zum »King who would not die«, wie John Langdon-Davies ihn genannt hat<sup>35</sup>.

Als Erben aber kamen die beiden Vettern und Schwäger des spanischen Königs, Ludwig XIV. und Leopold I. von Österreich, in Betracht. Ludwig war dabei als Sohn der ältesten Tante des Königs und Gemahl der ältesten Halbschwester Karls II., die der Ehe Philipps IV. mit einer Bourbonin entstammte, der Erbfolge näher als Leopold, der Sohn der jüngeren Tante Karls, der mit der jüngeren Schwester, deren Mutter aber eine Habsburgerin war, vermählt war. Ging man von der Idee der Existenz eines habsburgischen Gesamthauses, der Casa d'Austria, die als Einheit erhalten werden müsse, aus, dann war Leopold der Erbe. Außerdem hatte im Pyrenäenfrieden Ludwig XIV. auf den Erbanspruch für sich und seine Gemahlin verzichtet, genauso wie dies seinerzeit sein Vater Ludwig XIII. bei seiner Hochzeit mit Anne d'Autriche getan hatte. Aber einmal hatte Spanien die vereinbarte Summe, die als Ablöse des Anspruchs gedacht war, nicht zahlen können, zum anderen hatte Kardinal Mazarin schon 1648 gemeint, *L'Infante étant marié à Sa Majesté, nous pourrions arriver à la succession du Royaume d'Espagne quelque renonciation qu'on lui fit faire*<sup>36</sup>.

Wenn wir nun wissen, daß auch Ludwig XIV. meinte, feststellen zu können, ... daß man sich auf beiden Seiten der Verpflichtung enthoben fühlt, die Verträge zu beachten, und daß man daher im Grunde genommen auch nicht gegen die Verträge verstoßen kann. Denn ihre Bestimmungen sind ja nicht wörtlich zu nehmen. Man muß sich eben der Worte bedienen, wie man es ja auch in anderer Weise auf dem Gebiet der Höflichkeitsformeln tut, die durchaus notwendig sind, wenn Menschen miteinander leben wollen; aber sie besitzen keine tiefere Bedeutung<sup>37</sup>, dann wird klar, daß hier ein kriegesischer Konflikt schon vorprogrammiert war, der das Reich

34 Ein kurzer Überblick zur spanischen Erbfrage bei Hans SCHMIDT, Die Königinnen von Spanien und Portugal aus dem Hause Pfalz-Neuburg, in: ZBLG 44 (1981), S. 345–365.

35 John LANGDON-DAVIES, Carlos. The King who would not die, New York o. J. (1963).

36 Zit. bei Gaston ZELLER, Les Temps Modernes I. De Christoph Colomb à Cromwell (Histoire des relations internationales. Publiée sous la Direction de Pierre RENOUVIN. Tome Second), Paris 1953, S. 274.

37 Zit. nach Johannes KUNISCH, Kurfürst Friedrich Wilhelm und die großen Mächte, in: Gerd HEINRICH (Hg.), Ein sonderbares Licht in Teutschland. Beiträge zur Geschichte des großen Kurfürsten von Brandenburg (1640–1688). Zschr. f. Hist. Forsch., Beih. 8, Berlin 1990, S. 31.

berühren mußte. Wenn wir die Dinge im welthistorischen Zusammenhang betrachten, dann hat der König und haben die französischen Politiker jener Zeit über diesem Verharren im alten habsburgisch-bourbonischen Gegensatz und der Kontinentalpolitik übersehen, daß zum eigentlichen Rivalen Frankreichs immer mehr England wurde aufgrund seiner kolonialen Expansion, und daß eine beherrschende Stellung in der damaligen Welt nur noch möglich war, wenn man in Übersee und auf den Weltmeeren die stärkste Macht war. Aber Ludwig XIV. – anders als Richelieu und auch Colbert und Vauban – blieb Zeit seines Lebens ein Kontinentalpolitiker, wie wiederum Gaston Zeller einst mit Recht hervorgehoben hat<sup>38</sup>. Tatsächlich ist über der spanischen Erbfrage, als Karl II. endlich doch starb, ein dreizehnjähriger Weltkrieg ausgebrochen, der erst im Jahr vor Ludwig XIV. Tod mit den Friedensschlüssen von Rastatt und Baden endete.

War die spanische Erbfolgefrage und damit die Weiterführung des Kampfes mit dem Hause Habsburg nun ein Motiv, das die französische Reichspolitik berühren mußte, so war das offensichtliche Streben schon Mazarins, aber zumindest bis in die Jahre vor dem Ausbruch des Orléanschen Krieges auch Ludwigs nach der Kaiserkrone, die als ranghöchste Krone Europas für den König von Frankreich erlangt werden müsse, nun schon ein Stück ganz massiver Reichspolitik. Mazarin und Ludwig griffen hier eine alte französische Tradition auf – die wiederum Gaston Zeller in einem berühmten Aufsatz geschildert hat, im Hinblick auf Ludwig XIV. haben es Suzanne Pillorget-Rouanet und zuletzt auch ich selbst nachzuweisen versucht<sup>39</sup>.

Wenn Ludwig XIV. trotzdem bei der Kaiserwahl von 1657/58 nicht offiziell als Kandidat für den Kaiserthron in Erscheinung trat, vielmehr Kardinal Mazarin sich hütete, seinen Namen als den eines möglichen Kandidaten offiziell zu nennen, und es bei vorsichtigen Andeutungen seiner Diplomaten in dieser Hinsicht beließ, dann deshalb, weil man in Paris schon sehr rasch gemerkt hatte, daß eine offizielle Kandidatur des französischen Königs ohne Chance gewesen wäre. Gerade der Mainzer Kurfürst hatte schon bald gezeigt, daß er den französischen König nicht als Kaiser sehen wolle – nicht zuletzt auch im Hinblick auf den immer noch tobenden spanisch-französischen Krieg. Der Versuch, mit Hilfe eines Schattenkaisers, der infolge seiner eigenen, schmalen Machtbasis gezwungen sein würde, sich auf Frankreich zu stützen, d. h. also vom Willen der französischen Machtpolitik abhängig zu sein, wie dies der Pfalzgraf und Herzog Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg noch mehr als der Kurfürst von Bayern gewesen wäre, der Versuch, auf diese Art den französischen Einfluß im Reich dominieren zu lassen, schlug ebenfalls fehl. Gewählt wurde damals schließlich doch der Habsburger.

Aber die französischen Wahlgesandten, die den Wahlvorgang in Frankfurt beobachteten, konnten auch einen Erfolg verbuchen, gelang es ihnen nämlich zum einen, die Kurfürsten so zu beeinflussen, daß diese dem jungen Kaiser in der Wahlkapitula-

38 ZELLER, *Les Temps Modernes* II (wie Anm. 21a) S. 13f.

39 Gaston ZELLER, *Les Rois de France candidats à l'Empire: Essai sur l'idéologie impériale en France*, in: *Revue Historique*. 193 (1934), auch in: DERS., *Aspects de la Politique Française sous l'Ancien Régime*. Préface de Victor-Lucien Tapié. Paris 1964, S. 12–89. Suzanne PILLORGET-ROUANET, *Louis XIV Candidat au Trône Impérial* (1658). Un Document inédit, in: *Revue d'Histoire Diplomatique* 81 (1967) S. 5–17. Hans SCHMIDT, *Philipp Wilhelm* (wie Anm. 30) S. 212ff. bes. S. 216–217.

tion alle Unterstützung seiner schwer bedrängten spanischen Verwandten untersagten; zum anderen aber ermöglichten sie, gestützt auf das Bündnisrecht der Fürsten, das zusammen mit dem Garantieartikel des Westfälischen Friedensvertrages die rechtliche Grundlage für diese Politik abgab, Kardinal Mazarin die Krönung seiner Reichspolitik. Ich meine damit die Gründung des Ersten Rheinbundes. Der Kardinal hatte sich dabei geschickt der alten Furcht der deutschen Reichsfürsten vor einer drohenden Hegemonie der Habsburger bedient, und der Dreißigjährige Krieg hatte ja scheinbar diese Furcht bestätigt und gezeigt, daß Kaiser Ferdinand II. nach dem Restitutionsedikt offensichtlich die Errichtung eines kaiserlichen Absolutismus im Reich angestrebt hatte. Am 15. und 16. August 1658, genau einen Monat nach der Wahl Leopolds I. zum Kaiser<sup>40</sup>, kam es zum Abschluß dieses Bündnisses. Frankreich hatte dabei an schon existierende reichsständische Bündnisse, so nicht zuletzt die rheinische Allianz von 1654, angeknüpft. Die Spitze gegen die Habsburger, die dem Rheinbund innewohnte, war deutlich erkennbar. Schweden, der zweite Garant des Westfälischen Friedens, war als Herzog von Pommern, Bremen und Verden ebenfalls Mitglied des Rheinbundes geworden. Aufrechterhaltung des Friedens im Reich war das offizielle Ziel des Bündnisses, an dessen Spitze der Mainzer Kurerzkanzler Johann Philipp von Schönborn stand. Der Rheinbund bot Frankreich, das ja im Westfälischen Frieden nicht die angestrebte Reichsstandschaft erhalten hatte, und beispielsweise die zehn elsässischen Reichsstände mit recht unklarem Titel besaß, die Gelegenheit, sich als Schützer der herkömmlichen Freiheit der deutschen Fürsten in die Reichsangelegenheiten einzumischen, und er hat zunächst Frankreich geholfen, durch Schaffung einer dem habsburgischen Kaiser und dem gesamten Erzhaus mißtrauenden, reichsfürstlichen Klientel. Er hat Frankreich die massive Einmischung in die deutschen Verhältnisse ermöglicht, was sich beim Niederschlagen einer Empörung der dem Mainzer Kurfürsten gehörenden Stadt Erfurt durch französische Rheinbundtruppen ebenso zeigte wie bei der Beilegung des Wildfangstreites. Und auch das Eingreifen einer französischen Rheinbundtruppe in den Türkenkrieg von 1664 hob das Prestige Frankreichs im Reich. Zumindest im deutschen Südwesten war der Einfluß Frankreichs in den Jahren zwischen Westfälischem Frieden und Ausbruch des Devolutionskrieges größer als das des habsburgischen Kaisers.

Daß Frankreich auch später noch an den Erwerb der Kaiserkrone dachte, zeigen die Bestimmungen verschiedener Verträge, die es mit deutschen Kurfürsten (Bayern, Sachsen, Brandenburg) schloß und in denen diese ihm für den Fall einer neuen Kaiserwahl ihre Stimme zusicherten. Bemerkenswert ist hier vor allem der Vertrag von Saint-Germain-en-Laye vom 28. Oktober 1679, in welchem der Große Kurfürst Ludwig XIV. oder dem Dauphin seine Kurstimme zusicherte und versprach, die Wahl eines Kaisersohnes zum römischen König und damit zum automatischen Nachfolger seines Vaters zu verhindern<sup>41</sup>.

Mißtrauen gegenüber den Habsburgern, deren Macht man immer noch überschätzte, zum Teil Enttäuschung über den Kaiser, wie etwa bei Philipp Wilhelm von Neuburg, der von seiner ursprünglich habsburg-freundlichen Haltung abgerückt war, als er den Eindruck hatte, der Kaiser schütze ihn nicht in seinen jülich-

40 SCHMIDT, Philipp Wilhelm (wie Anm. 30) S. 288 ff.

41 Theodor VON MOERNER, Kurbrandenburgs Staatsverträge 1601–1700, Berlin 1867, S. 413–415.

bergischen Besitzungen gegen brandenburgische Übergriffe sowie die vorsichtig zurückhaltende, ihren Einfluß nur scheinbar sanft und ohne Gewalt ausübende französische Politik hatten Mazarin und dessen Schüler Lionne diesen Erfolg ermöglicht. Noch nämlich hatten die deutschen Fürsten nicht erkannt, daß viel mehr als das Haus Habsburg jetzt das Haus Bourbon die Hegemonie in Europa anstrebte.

Ein erstes Ahnen dämmerte ihnen im Devolutionskrieg auf. Der holländische Krieg öffnete dann den meisten die Augen, die Reunionen und die Wegnahme Straßburgs mitten im Frieden sorgten schließlich für endgültige Klarheit.

Ludwigs XIV. Alleinregierung und die schon bald erreichte innere Festigung Frankreichs brachten den Übergang von Mazarins subtileren Methoden zur brutalen Gewaltanwendung. Aber dennoch, trotz des erfolgreichen literarischen Kampfes eines Lisola gegen Frankreich, der mit seinem »Bouclier d'Estat« von 1667 die Aggressivität und Gefährlichkeit der ludovizianischen Politik seinen Lesern vor Augen stellte, dauerte es bis Mitte der 70er Jahre bis die Mehrzahl unter ihnen erkannte, daß nun nicht länger mehr Spanien und das Haus Österreich, sondern Frankreich die Macht war, von der ihre ständischen Freiheiten am meisten bedroht waren. Ein Umdenkungsprozeß begann erst dann einzusetzen, der vor allem in Norddeutschland richtig erst nach der Aufhebung des Edikts von Nantes wirksam wurde. Es ist recht instruktiv zu sehen, wie dann – auch unter dem Eindruck der Türkenkriege und der darin errungenen österreichischen Erfolge – das Mittel, dessen sich die französische Politik zunächst mit großem Erfolg im Rheinbund bedient hatte, nämlich eine Assoziation verschiedener Reichsfürsten, in der Laxenburger Allianz von 1682, aus der dann die Augsburger Allianz von 1686 sowie die auf diese folgenden verschiedenen Kreisassoziationen entstanden, sich gegen Frankreich wandte<sup>42</sup>. »Le reveil allemand auquel on assistait était le résultat de la politique brutale inaugurée en France au lendemain, de la paix de Nimègue«<sup>43</sup>, hat Charles Boutant dazu gesagt. Die Kreisassoziation von 1696 hat dann auch durchaus versucht, sich politisch bei den Ryswicker Verhandlungen zu akzentuieren, doch ist ihr dies nicht gelungen. Der Kaiser verstand es vielmehr bei dieser Gelegenheit geschickt die Stände auszubooten und seine eigenen Diplomaten auch für das Reich verhandeln zu lassen. Dem Reichstag blieb dann nur noch übrig, den vom Kaiser für sich und das Reich geschlossenen Vertrag zu ratifizieren<sup>44</sup>.

Festhalten aber müssen wir auch bei diesen Vorgängen, was Heinz Duchhardt bemerkt hat: »Es war kein genereller Automatismus, daß Enttäuschung über Frankreich und Prestigegewinn des Kaisers bei den deutschen Fürsten sofort in herzliche Affinität zur Wiener Hofburg umschlugen; wenn es die französische Diplomatie darauf anlegte, konnte sie auch in dieser Phase nochmals Positionsgewinne im Reich

42 Dazu grundsätzlich Karl Otmar Freiherr von Aretin (wie Anm. 14) S. 36ff.; Boutant (wie Anm. 2) S. 387ff.

43 Ibid., S. 395.

44 Aretin (wie Anm. 14) S. 54. Bernd Wunder, Die Kreisassoziationen 1672–1748, in: ZGO 128 (N.F. 89, 1980), S. 167–266. Ferner Franz Bandorf, Wolf Philipp von Schrotenberg (1640–1715) und der Friede von Rijswijk. Europäische Friedenspolitik im Zeitalter Ludwigs XIV., in: 111. Bericht des Histor. Vereins Bamberg 1975.



erzielen, wie z.B. in den ganzen frühen 1670er Jahren, als sie den holländischen Krieg politisch vorzubereiten und abzusichern begann<sup>45</sup>.«

Von Bündnissen wie dem Rheinbund, in dem Frankreich Mitglied war und dessen es sich neben Bündnissen mit einzelnen deutschen Territorien – Bayern und Brandenburg sind hier vor allen anderen zu nennen – zur Erreichung seiner politischen Zwecke bediente, war es nur ein kleiner Schritt zu einem der Hauptinstrumente französischer Reichspolitik in jenen Jahren, dem Versuch, im Falle eines Krieges nämlich eine »Dritte Partei« aufzubauen. Frankreich machte sich dabei Bestrebungen zu eigen, die, gestützt auf das in den Garantieartikeln des Westfälischen Friedens vorgeschlagene Verfahren zur Konfliktregelung, des zunächst eine gütliche Vermittlung und erst im Falle von deren Scheitern eine bewaffnete Invasion vorsah, schon öfters zur Bildung von Ständegruppen auch ohne französische Einwirkung geführt hatten, vor allem in den Jahren zwischen 1650 und 58. War eine derartige Gruppe stark genug, konnte man überdies eine Reichskriegserklärung verhindern, was den deutschen Subsidienempfängern, wie etwa Christoph Bernhard von Galen, dem »Kanonbischof« von Münster oder dem Kurfürsten von Köln, im Devolutionskrieg und Holländischen Krieg es erleichterte, ihre Truppen Frankreich zur Verfügung zu stellen.

Ziel der Mitglieder solch dritter Parteien, das hat Klaus Peter Decker in seiner vorzüglichen Untersuchung über den Versuch einer derartigen Parteibildung in den Jahren 1672–75 ausgeführt<sup>46</sup>, war es ja auch in der Tat, eine Friedensvermittlung zustande zu bringen. Aber in der Regel waren die in solchen Bündnissen vereinigten Territorien zu machtlos, und so wurden dritte Parteien nicht zu einem Erfolg der französischen Politik. Immerhin hat Frankreich in den Jahren 1690–94 durch den Marquis d'Asfeld noch einmal versucht, eine solche Partei in Norddeutschland zustandezubringen<sup>47</sup>, gestützt auf die Welfen in Hannover, das Bistum Münster und das Herzogtum Sachsen-Gotha. Aber der Versuch scheiterte kläglich und hatte dem ebenso schlaun als skrupellosen Ernst August von Hannover, der ihn zunächst scheinbar unterstützte, wohl mehr als Druckmittel gedient, um den Kaiser zum Eingehen auf seinen Wunsch nach Erhebung in den Stand eines Kurfürsten zu bewegen, was ihm ja denn auch gelang<sup>48</sup>. Letztlich aber waren zu diesem Zeitpunkt die deutschen Fürsten in ihrer Mehrzahl von der Gewaltpolitik Ludwigs XIV. so verschreckt, daß sie eine Anlehnung an Frankreich – und das hätte die dritte Partei im Grunde ja bedeutet – ernstlich nur dann in Erwägung zogen, wenn sie sich unmittelbare und beträchtliche Vorteile davon zu erwarten versprochen.

Letzteres haben in einer späteren Phase des Zeitalters, im Spanischen Erbfolgekrieg, die bayerischen Wittelsbacher Kurfürst Max Emanuel von Bayern und dessen

45 DUCHHARDT, *Altes Reich* (wie Anm. 8) S. 55.

46 Klaus Peter DECKER, *Frankreich und die Reichsstände 1672–1675. Die Ansätze zur Bildung einer »dritten Partei« in den Anfangsjahren des Holländischen Krieges*, Bonn 1981.

47 Janine FAYARD, *Attempts to Build a »Third Party« in North Germany, 1690–1694*, in: Ragnhild HATTON (wie Anm. 30) S. 213–240.

48 Dazu grundlegend Georg SCHNATH, *Geschichte Hannovers im Zeitalter der 9. Kur und der englischen Sukzession*. Bd. I: 1674–1692, Hildesheim 1938. Zur Charakteristik Ernst Augusts vgl. auch Hans SCHMIDT, *Konversion und Säkularisation als politische Waffe am Ausgang des konfessionellen Zeitalters. Neue Quellen zur Politik des Herzogs Ernst August von Hannover am Vorabend des Friedens von Nymwegen*, in: *Francia* 5 (1977), S. 183–230.

Bruder Joseph Clemens, der damalige Kurfürst von Köln, gezeigt. Daß deren Rechnung allerdings nicht aufging, weil sich inzwischen unter dem Einfluß der antifranzösischen Koalitionspolitik im Sinn einer Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes, wie Wilhelm III. von Oranien sie inszeniert hatte, die Machtverhältnisse in Europa verschoben hatten, ließ auch diese Spielart französischer Reichspolitik gegen Ende der ludovizianischen Ära immer weniger aussichtsreich werden<sup>49</sup>.

Als weiteres Mittel französischer Reichspolitik, das besonders auf eine Schwächung der Habsburger zielte, ist die Unterstützung der Gegner des Wiener Hofes im Osten und Norden des Reiches zu nennen, mit der erklärten Absicht, hier Kräfte zu binden und, wenn möglich, schwelende Wunden offenzuhalten. Die französische Mediation in Oliva 1660 gehört ebenso in die Reihe dieser Bemühungen, wie nicht zuletzt die Versuche, bei den polnischen Königswahlen der Jahre 1668/69, 1674 und 1696/97, habsburgfeindliche Kandidaten auf den polnischen Thron zu bringen – was nur 1674 mit Johann Sobieski gelang, der aber dann 1683 sehr zum Schaden Frankreichs ein Zweckbündnis mit dem Kaiser gegen die Türken schloß – als auch die Begünstigung der ungarischen Aufständischen, der Kuruzzen sowohl beim Aufstand Emerich Tökölys, als dann auch beim Aufruhr Franz Rakoczis<sup>50</sup>. Auch die Unterstützung des durch den Großen Kurfürsten geschlagenen Schweden in den Friedensschlüssen von Nymwegen und Saint-Germain-en-Laye liegt auf dieser Linie. Wobei man hier sogar den Erfolg hatte, daß der sich von Wien im Stich gelassen fühlende Friedrich Wilhelm von Brandenburg für einige Jahre tatsächlich in das Lager Frankreichs begab<sup>51</sup>.

Sie werden sich wundern, daß ein Stichwort bis jetzt noch nicht gefallen ist, das Wort Reunionen. Aber ich wollte von diesen bewußt erst jetzt reden, da sie eindeutig die Wendung der Politik vieler Reichsstände im Hinblick auf Frankreich veranlaßt haben, auch wenn die Abkehr der deutschen Parteigänger von Ludwig XIV. schon im Laufe des Holländischen Krieges unter dem Eindruck des rigorosen Vorgehens der Franzosen auf Reichsgebiet begonnen hatte, wie etwa der Abfall des Herzogs von Neuburg uns zeigt. Wobei der Umstand, daß er diese Wende ein Jahr lang vor Frankreich zu verheimlichen suchte und auch zu verheimlichen verstand, uns zeigt, daß viele dieser kleinen Fürsten eher aus Furcht denn aus Neigung die Partei Frankreichs ergriffen hatten. Frankreich mit seiner scheinbar unüberwindlichen Armee war eben zumindest den rheinischen

49 Vgl. dazu zuletzt Volker PRESS, Frankreich und Bayern von der Reformation bis zum Wiener Kongreß, in: DUCHHARDT/SCHMITT, Deutschland und Frankreich (wie Anm. 5) S. 42–49.

50 Zu Polen vgl. etwa Gotthold RHODE, Kleine Geschichte Polens, Darmstadt 1965. Ferner BOUTANT (wie Anm. 2) S. 177ff. Zum Türkenproblem Hans SCHMIDT, Das Türkenjahr 1683 und seine historische Bedeutung, in: Saeculum 28 (1977), S. 87–100. Ferner Bela KÖPECZI, Staatsraison und christliche Solidarität. Die ungarischen Aufstände und Europa in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, Wien–Köln–Graz 1983; DERS., La France et la Hongrie au début du XVIII<sup>e</sup> siècle, Budapest 1971.

51 Ernst OPGENOORTH, Friedrich Wilhelm. Der Große Kurfürst von Brandenburg. Bd. II: 1660–1688, Göttingen 1978, S. 187ff. und 207–216. Daneben natürlich PAGÈS (wie Anm. 30) S. 422ff.

Fürsten sehr nahe, der Kaiser aber samt seinem Heere weit entfernt<sup>52</sup>. Zuerst also hatte man immer die Franzosen auf dem Hals und keine ausreichenden Machtmittel, sich ihrer erfolgreich zu erwehren.

Nach dem Nymwegischen Frieden, zumal da die Finanzen Wiens völlig erschöpft waren, hatte man das Gefühl, besonders wehrlos zu sein. Tatsächlich befand sich Ludwig XIV. zu dieser Zeit auf dem Höhepunkt seiner Macht und machte Frankreich durch die Reunionen Annexionen, die sich hinter pseudorechtlichen Formen tarnten<sup>53</sup>. »Sie änderten nicht nur den Stil der Politik gegenüber dem Reich, sondern mußten auch die politische Bewegung im Reich maßgeblich beeinflussen. Als Ludwig XIV. schließlich 1684 im Regensburger Stillstand die vorläufige Anerkennung der Reunionen durchsetzte, geschah dies in einer Situation, die sich seinem Zugriff und hegemonialen Wirken bereits zu entziehen begann«<sup>54</sup>, so hat Anton Schindling die Bedeutung der Reunionen für Ludwigs Reichspolitik charakterisiert, d.h. die Reunionen waren Höhe- und Wendepunkt der französischen Reichspolitik in einem. Vor allem ihre spektakulären Vorgänge wie die Besetzung Straßburgs 1681, die Eingriffe in das Herzogtum Zweibrücken, der Bau französischer Festungen wie Saarlouis und Mont Royal bei Traben Trarbach auf deutschem Gebiet wirkten aufrüttelnd. Das Abseitsstehen des französischen Königs während des Türkenangriffs auf Wien wurde ihm weitgehend verübelt. Denn immer noch galt der Türke als besonderer Feind, als Feind der Christenheit, dessen Bekämpfung eine Aufgabe eben dieser gesamten Christenheit denn auch war<sup>55</sup>. Und nun gar die Belagerung und Wegnahme Luxemburgs ein Jahr nach dem türkischen Angriff auf Wien!

Hier mußten sich Gegenkräfte sammeln, und sie haben sich gesammelt. Schwächlich genug zunächst in der Laxenburger Allianz, die zwischen dem Kaiser, dem fränkischen und dem oberrheinischen Kreis am 10. Juni 1682 geschlossen wurde<sup>56</sup> mit deutlicher Tendenz gegen Frankreich. Und diese mußte dann ihre nicht sehr starken Kräfte im folgenden Jahr statt gegen dieses gegen die Türken wenden. Aber diese Allianz war ein Symptom umso mehr, als sie ja zu einem Zeitpunkt geschlossen worden war, da der Frankfurter Deputationstag, der die Reunionsfrage mit Frankreich klären sollte durch Verhandlungen einer Reichsdeputation mit französischen Gesandten, schon sehr stark vom Scheitern bedroht gewesen ist<sup>57</sup>. Hier war mit einem das Reich als solches wieder einmal zum Partner Frankreichs geworden, in

52 Hans SCHMIDT, Die Friedensmission des neuburgischen Vizekanzlers Theodor Altet Heinrich Strammann in Paris im Winter und Frühjahr 1675. Zur Vorgeschichte des Friedens von Nymwegen, in: Francia 2 (1974), S. 234–294.

53 ZELLER, Temps Modernes II (wie Anm. 21a) S. 56: »d'annexions par voie de justice, qui à gardé dans l'histoire le nom de politique des «réunions»«. Siehe auch seine weiteren Ausführungen S. 57–65.

54 Anton SCHINDLING, Reichstag (wie Anm. 7) S. 160f. Zu den Reunionen zuletzt René PILLORGET, Jean-Hugues d'Orsbeck, Electeur de Trèves et la politique des réunions (1678–1688), in: Revue d'Histoire diplomatique 79 (1965), S. 315–337; Bernd WUNDER, Frankreich, Württemberg und der Schwäbische Kreis während der Auseinandersetzung über die Reunionen (1679–1697). Ein Beitrag zur Deutschlandpolitik Ludwigs XIV., Stuttgart 1971; Josef WYSOCKI, Kurmainz und die Reunionen. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Kurmainz von 1679–1688, Diss. Mainz 1961; DERS., Frankreich und die Kurpfalz (wie Anm. 30).

55 Hans SCHMIDT, Türkenjahr (wie Anm. 51) S. 99.

56 Der Text des Vertragswerks ist jetzt bequem zugänglich bei Hanns Hubert HOFMANN (wie Anm. 27) S. 243–248.

57 Zu diesen Vorgängen vgl. SCHINDLING, Reichstag (wie Anm. 7) S. 168–173.

engem Zusammenspiel allerdings mit dem Kaiser, der sich auf diese Weise die Sympathie der Reichsstände zu sichern suchte. Die Verhandlungen wurden dann ja am Reichstag in Regensburg fortgesetzt und gipfelten in dem zwanzigjährigen Waffenstillstand, der Frankreich zunächst für diesen Zeitraum im Besitz aller Reunionen beließ. Trotzdem war die politische Strategie Ludwigs bei diesen Verhandlungen erstmals an ihre Grenzen gestoßen, wie Anton Schindling zu Recht ausgeführt hat. »Der Sonnenkönig konnte nach 1679 keine dauerhafte Partei mehr unter den Reichsständen sammeln<sup>58</sup>.«

Die Augsburger Allianz von 1686, die praktisch bedeutungslos blieb, wichtig nur ist, weil hier nun zahlreiche Reichsstände – nicht aber Brandenburg und die Welfen, d. h. die militärisch am mächtigsten – und immerhin vier der zehn Reichskreise sich zusammenschloßen, war eine logische Folge dieser Entwicklung, ebenso wie die folgenden Kreisassoziationen<sup>59</sup>. So haben die Reunionen und der dann 1688 angesichts der großen Erfolge des Kaisers gegen die Türken und dessen darauf folgenden Machtzuwachses unter nichtigem Vorwand von Ludwig XIV. ausgelöste Orleans'sche Krieg, mit dem er die drohende Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse zugunsten seiner politischen Gegner zu verhindern suchte, das endgültige Scheitern von Ludwigs XIV. Reichspolitik herbeigeführt. Man kann dies auch daraus ersehen, daß die im Ryswicker Frieden geschaffene Grenze von nun an bis in die Zeit der Französischen Revolution stabil bleiben sollte, ja, es im Grunde bis heute geblieben ist.

Einen letzten Aspekt der französischen Reichspolitik müssen wir uns noch kurz betrachten, die Versuche, zu einem Arrangement mit den deutschen Habsburgern in direkten Verhandlungen zu kommen. Sie zeitigten einen frühen Erfolg in dem geheimen österreichisch-französischen Teilungsvertrag von 1668, der einen Konflikt über das spanische Erbe ausschalten sollte, in Wirklichkeit aber nur die Position des Wiener Habsburgers erschütterte. Denn dieser bestritt ja ein Erbrecht Ludwig XIV. und erkannte es in diesem Vertrag indirekt nun doch an. Jean Bérenger hat die Hintergründe und Folgen dieses erfolgreichen Coups des französischen Gesandten Grémonville in Wien treffend beleuchtet<sup>60</sup>.

Auch ein schwächerer Ansatz zu bilateralem Ausgleich 1675<sup>61</sup>, sowie zwar ernstgemeinte, aber ungeschickt aufgezugene Initiativen in den 90er Jahren – hier versuchte der Kaiser wenn nicht das Elsaß, so zumindest doch Straßburg dem Reich zu retten<sup>62</sup> – scheiterten am gegenseitigen Mißtrauen und schlichtweg an dem unaufhebbaren Interessengegensatz in der spanischen Erbfolgefrage. Erst nach deren Beilegung durch den Spanischen Erbfolgekrieg konnte Ludwig XIV. in seiner letzten Instruktion fordern, daß man als Hauptziel der französischen Politik einen dauerhaf-

58 Ibid., S. 176.

59 BOUTANT (wie Anm. 2) S. 399 hat völlig recht, wenn er schreibt: »Ramenée à ses exactes proportions, la Ligue n'était pas l'énorme machine que l'on avait imaginée. Mais (...) il restait l'esprit d'Augsbourg.«

60 Jean BÉRENGER, An Attempted Rapprochement between France and the Emperor: the Secret Treaty for the Partition of the Spanish Succession of 19th. January 1668, in: HATTON (wie Anm. 30) S. 133–152. Der Aufsatz erschien zuerst 1965 in der Revue d'Histoire Diplomatique: »Une Tentative de rapprochement entre la France et l'Empereur; le traité de partage secret de la succession d'Espagne du 19 Janvier 1668.«

61 SCHMIDT, Die Friedensmission (wie Anm. 52).

62 Heinrich Ritter von SRBIK, Wien und Versailles 1692–1697. Zur Geschichte von Straßburg, Elsaß und Lothringen. München 1944.

ten Ausgleich mit den Wiener Habsburgern anstreben müsse<sup>63</sup>. Eine bedeutende Rolle in den Beziehungen zwischen Frankreich und dem Reich kam diesen hier kurz skizzierten Bestrebungen zu einem zweiseitigen Ausgleich in dem von uns betrachteten Zeitraum aber nicht zu.

Frankreich und das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zwischen 1648 und 1715, das sind im wesentlichen gespannte, kriegerische Beziehungen. Beziehungen, die im Zeichen eines Vordringens Frankreichs in einen machtlosen Raum stehen, bis dieses vom allmählichen Erstarken der Abwehrkräfte zum Stehen gebracht wird. Es sind Beziehungen, bei denen der aktive Teil in erster Linie Frankreich, gelegentlich auch der Kaiser, sehr selten und nie mit entscheidender Wirkung deutsche Territorialfürsten oder Fürsten-Assoziationen sind, niemals aber das Reich als solches. So war die Betrachtung von Frankreich zum Reich hin zu führen. Dabei konnten wir einen deutlichen Wechsel der Methoden feststellen. Das begann mit den vorsichtig zurückhaltenden Versuchen Mazarins über deutsche Verbündete, meist grenznahe Territorien, unter kluger Ausnützung von deren Mißtrauen gegenüber habsburgischen Hegemonieplänen Einfluß auf das Reich zu nehmen, wobei die deutschen Fürsten nicht erkannten, daß es derartige Hegemoniepläne der Habsburger längst nicht mehr gab. Das steigerte sich dann aber zur offenen und brutalen Vergewaltigung und zwar nach dem Antritt der Selbstregierung Ludwigs XIV. Daß der alt und milder gewordene König dann am Ende seiner Regierungszeit, im Spanischen Erbfolgekrieg, nun selbst in die Verteidigung gedrängt wurde, ist als Folge seiner früheren Gewaltpolitik zu bezeichnen. Die Mehrdimensionalität der Beziehungen, bedingt durch die archaische Verfassungsstruktur des Reiches hat trotz zunehmender Kenntnis der deutschen Angelegenheiten die französischen Partner dieses Machtespiels nicht selten irritiert. Daß aber sie gerade in Ludwig XIV. schließlich doch die Idee einer anzustrebenden Aussöhnung erweckten, sollte uns zu denken geben.

Abschließend dürfen wir aber folgendes festhalten: Trotz der zahlreichen Kriege die – ich als gebürtiger Pfälzer darf dies wohl sagen – ja nicht immer nur sanft, besonders von der stärkeren, der französischen Seite geführt wurden, entstand in dieser Zeit kein Nationalhaß – wie ihn der nachrevolutionäre Chauvinismus des 19. Jahrhunderts dann erwachsen ließ. Noch Voltaire hat im 18. Jahrhundert, etwa 50 bis 60 Jahre nach der Verwüstung der Pfalz festgestellt, daß die Bevölkerung ihn als Franzosen dort sehr freundlich aufgenommen habe. Und es war andererseits diese Zeit, wie man betonen muß, die Zeit des größten Kultureinflusses Frankreichs auf Deutschland, die Zeit in der das Vorbild Ludwigs XIV. viele deutsche Fürsten zum Bau ihres kleinen, und manchmal gar nicht so kleingeplanten, Versailles animierte, in der Deutsche in französischem, Franzosen im Dienste des Kaisers oder deutscher Fürsten etwas durchaus Normales waren. Und dieser, von mir hier abschließend angesprochene Aspekt der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Reich in den Jahren 1648–1715, über den im Einzelnen zu sprechen hier nicht meine Aufgabe war, blieb ja noch weit über diese zeitliche Grenze bis zum Ende des 18. Jahrhunderts hinein dominierend. Er ist aber nicht der unwichtigste, in dem ebenso intensiven wie spannungsreichen Beziehungsgeflecht, das es damals zwischen unseren beiden Völkern gab.

63 Dazu Max BRAUBACH, Versailles und Wien. Von Ludwig XIV. bis Kaunitz. Die Vorstadien der diplomatischen Revolution im 18. Jahrhundert, Bonn 1952. S. 45ff.

ANNA SINKOLI

## LUDWIG XIV. UND DIE BISCHOFSWAHL VON OSNABRÜCK 1698

### Möglichkeiten und Grenzen französischer Reichspolitik im 17. Jahrhundert

Als am 2. Februar 1698 Herzog Ernst August von Braunschweig-Lüneburg-Hannover nach langer Krankheit starb, hatte dies nicht nur Auswirkungen auf seine welfischen Erblande und die Auseinandersetzungen um die Kurwürde, die ihm 1692 verliehen worden war und die von vielen Reichsfürsten abgelehnt wurde. Auch das westfälische Fürstbistum Osnabrück, dessen Bischof Ernst August gewesen war, wurde davon betroffen, und das in besonderer Weise: denn nun kam wieder jene konfessionelle Regelung des Westfälischen Friedens zum Tragen, die die einzigartige verfassungsrechtliche Situation des Bistums im Reich bestimmte.

Gemäß den Bestimmungen des Artikels XVIII des Instrumentum Pacis Osnabrugense sollten auf dem Bischofstuhl jeweils ein katholischer und ein protestantischer Bischof alternieren, wobei letzterer stets aus dem Welfenhaus stammen mußte. Demgemäß mußte nun nach Ernst August, der 1662 dem Katholiken Franz Wilhelm von Wartenberg nachgefolgt war, die Wahl auf einen katholischen Kandidaten fallen.

Gerade diese besondere Eingebundenheit des westfälischen Bistums in die Friedensordnung von 1648 eröffnete auch Frankreich aus der Sicht seiner Außenpolitiker eine rechtliche Möglichkeit, sich als Garant der Verträge von Münster und Osnabrück bei den anstehenden Wahlverhandlungen zu Wort zu melden oder gar das Wahlergebnis auf irgendeine Weise zu beeinflussen. Dem französischen Hof stellte sich die Frage, ob und wenn ja, auf welche Weise dies geschehen sollte und welchen Spielraum die französische Diplomatie in dieser Angelegenheit überhaupt hatte.

Die konfessionellen und verfassungsrechtlichen Verhältnisse in Osnabrück sind seit dem Einsetzen der Reformation stets geprägt gewesen von dem machtpolitischen Spannungsfeld im nordwestlichen Grenzgebiet des Reiches. Die unmittelbare Nachbarschaft zur kaiserlichen bzw. spanisch-habsburgischen Herrschaftsbildung in den angrenzenden Niederlanden und zu den protestantischen Reichsfürstentümern im Norden des Reiches einerseits, die enge Verflechtung mit der Kölner Metropolitankirche andererseits schufen bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts ein Klima, das religiöse Mischformen begünstigte. Katholische und protestantische Bischöfe wechselten einander ab, ohne daß es zu einer endgültigen Konfessionalisierung zugunsten eines der Bekenntnisse im Bistum gekommen wäre. Erst die seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts von Kurköln ausgehende Gegenreformation und die schwedische Besetzung ab 1633 bewirkten eine konfessionelle Bewußtseinsbildung bei den

Katholiken und Protestanten des Bistums, die jedoch keiner der Religionsparteien ein Übergewicht verlieh<sup>1</sup>.

Während der westfälischen Friedensverhandlungen blieb Osnabrück im Bann der Politik der Großmächte und das nicht nur, weil es selbst einer der beiden Schauplätze der Gespräche war. Es erwies sich nämlich, daß die Auseinandersetzungen um den politischen Status des Fürstbistums den Maßstab setzten für den weiteren Fortgang der konfessionspolitischen Verhandlungen der katholischen und protestantischen Parteien.

Während Schweden und mit ihm die protestantischen Reichsfürsten, allen voran die Welfen als potentielle Nutznießer, die Säkularisierung Osnabrücks forderten, bestanden Frankreich und der Kaiser auf der Beibehaltung der katholisch-geistlichen Herrschaftsform, um die Sicherung des katholischen Einflusses im westfälischen Raum zu gewährleisten. Am Ende des diplomatischen Tauziehens standen als Kompromiß die Bestimmungen des Artikels XIII IPO<sup>2</sup>.

Konkretisiert wurden sie durch die *Capitulatio Perpetua Osnabrugensis* von 1650, die zwischen dem amtierenden Bischof Franz Wilhelm von Wartenberg, dem Haus Braunschweig-Lüneburg und dem Domkapitel ausgehandelt wurde und die Detailfragen der Durchführung des Artikels für das Bistum regelte<sup>3</sup>. 1651 einigten sich Franz Wilhelm von Wartenberg und sein designierter Nachfolger Ernst August von Braunschweig-Lüneburg auf einen ergänzenden Nebenrezeß, in dem drei der 25 Dompräbenden protestantischen Kandidaten zugesprochen wurden, womit im Domkapitel die konfessionellen Verhältnisse des Jahres 1624, dem im Westfälischen Frieden festgelegten Normaljahr, wiederhergestellt waren<sup>4</sup>. Damit war Osnabrück zum Modellfall für die konfessionelle Parität der Religionsparteien im Reich geworden. Zu Recht stellt Anton Schindling in diesem Zusammenhang fest, daß »das paritätische Fürstbistum Osnabrück [...] auf das Funktionieren der Reichsverfassung, des Reichsrechts und der Reichsinstitutionen angewiesen«<sup>5</sup> blieb.

Doch daß die konfessionsparitätische Lösung äußerst fragil und der Schutz der Reichsverfassung nicht immer effektiv war bzw. von der jeweiligen machtpolitischen Konstellation abhing, zeigte sich unter dem ersten protestantischen Bischof, dem

1 Franz FLASKAMP, *Reformation und Gegenreformation im Hochstift Osnabrück. Tatsachen und Bedingtheiten*, in: *Westfälische Forschungen* 11 (1958) S. 68–74; Bruno KRUSCH, *Die Wahlen protestantischer Bischöfe von Osnabrück vor dem westfälischen Frieden*, in: *Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück* 33 (1908) S. 217–274; Theodor PENNERS, *Zur Konfessionsbildung im Fürstbistum Osnabrück. Die ländliche Bevölkerung im Wechsel der Reformationen des 17. Jahrhunderts*, in: *Jahrbuch der Gesellschaft für Niedersächsische Kirchengeschichte* 72 (1974) S. 25–50; Franz PETRI, *Nordwestdeutschland im Wechselspiel der Politik Karls V. und Philipps des Großmütigen von Hessen*, in: *Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde* 71 (1960) S. 37–60; Anton SCHINDLING, *Westfälischer Frieden und Altes Reich. Zur reichspolitischen Stellung Osnabrücks in der Frühen Neuzeit*, in: *Osnabrücker Mitteilungen* 90 (1985) S. 104–111.

2 Zu den Verhandlungen vgl. Fritz DICKMANN, *Der Westfälische Frieden*, Münster 1959, S. 322f. und S. 402–404.

3 Johannes FRECKMANN, *Die capitulatio perpetua und ihre verfassungsgeschichtliche Bedeutung für das Hochstift Osnabrück (1648–1650)*, in: *Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück* 31 (1906) S. 129–203; SCHINDLING (wie Anm. 1) S. 113.

4 Bernhard BECKSCHÄFER, *Evangelische Domherren im Osnabrücker Domkapitel*, in: *Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück* 52 (1930) S. 177–198.

5 SCHINDLING (wie Anm. 1) S. 114.

Welfen Ernst August von Braunschweig-Lüneburg, der Ende der 1670er Jahre die Säkularisation seines Bistums betrieb und dafür im Gegenzug seine Konversion zum Katholizismus anbot. Mit der Bitte um Unterstützung für seinen Plan fand er jedoch weder bei Ludwig XIV. noch beim Kaiser Gehör<sup>6</sup>. Ludwig konnte die Schwächung seines traditionellen Bündnispartners Schweden im Reich, die durch die Konversion des Welfen eintreten würde, nicht hinnehmen und seine Glaubwürdigkeit als Bündnispartner der Reichsstände und Garant des Westfälischen Friedens, der gerade auf dem Kongreß von Nijmegen als Basis des künftigen Friedensvertrages beschworen wurde, nicht untergraben. Der Kaiser wollte einen solch radikalen Eingriff in das Reichskirchensystem, das eine wesentliche Grundlage seines Einflusses und seiner noch verbliebenen Herrschaftsrechte im Reich bildete, nicht zulassen. Denn wer konnte garantieren, daß eine Änderung in diesem Punkt nicht auch die übrigen Religionsartikel des Westfälischen Friedens in Frage gestellt und damit die gesamte konfessionsrechtliche Ordnung des Reiches, und nicht nur diese, erschüttert hätte?

Nach dem Tod Ernst Augusts zog das Fürstbistum Osnabrück erneut die Aufmerksamkeit auf sich, vor allem deshalb, weil die Vakanz des Bischofsstuhles und die nun notwendig gewordene Wahl eines katholischen Kandidaten in eine Zeit außerordentlicher internationaler Spannungen fiel. Zwar war erst wenige Monate zuvor, im September und Oktober 1697, mit dem Friedensvertrag von Rijswijk der Pfälzische Erbfolgekrieg beendet worden, aber sowohl den Großmächten als auch den Reichsständen war klar, daß dieser Friede nur eine kurze Atempause für die Kriegsgegner bedeutete. Der größte internationale Konfliktherd, das Problem der Erbfolge nach dem Tod des schwerkranken, kinderlosen spanischen Königs Karl II., glimmte weiter und konnte jederzeit einen neuen Krieg zwischen den mächtigsten Präbendenten, den Bourbonen und den Habsburgern, entfachen.

Beide Parteien intensivierten nun ihre diplomatischen Aktivitäten, um Unterstützung für ihre jeweiligen Erbensprüche zu gewinnen.

Leitmotiv der französischen Außenpolitik war dabei das Aufbrechen der Großen Allianz und die Isolation des Kaisers auf internationaler Ebene. Mit dieser Perspektive gelang es den verantwortlichen Politikern in Versailles, eine äußerst komplizierte Strategie zu entwickeln, mit deren Hilfe sie in der Lage waren, ihre Entscheidungen den unterschiedlichsten machtpolitischen Gegebenheiten im internationalen System ohne größere Reibungsverluste anzupassen. Obwohl aufgrund der desolaten wirtschaftlichen und finanziellen Lage Frankreichs<sup>7</sup> einer friedlichen Lösung des Erbfol-

6 Hans SCHMIDT, Konversion und Säkularisation als politische Waffe am Ausgang des konfessionellen Zeitalters. Neue Quellen zur Politik des Herzogs Ernst August von Hannover am Vorabend des Friedens von Nymwegen, in: *Francia* 5 (1977) S. 183–230; vgl. auch Günter SCHEEL, Fürstbistum und Stadt Osnabrück im Leben und Werk von G. W. Leibniz, in: *Osnabrücker Mitteilungen* 74 (1967) S. 166–169.

7 Daniel DESSERT, *Argent, pouvoir et société au Grand Siècle*, Paris 1984, S. 158–166; Pierre GOUBERT, Louis XIV et vingt millions de Français, Paris 1966, S. 158–170; Alain GUÉRY, Les finances de la monarchie française sous l'ancien régime, in: *Annales E.S.C.* 33 (1978) S. 227–230; Klaus MALETTKE, Ludwigs XIV. Außenpolitik zwischen Staatsräson, ökonomischen Zwängen und Sozialkonflikten, in: Heinz DUCHHARDT (Hg.), *Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume europäischer Außenpolitik im Zeitalter Ludwigs XIV.*, Berlin 1991 (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 11) S. 43–72. Roland MOUSNIER, L'évolution des finances publiques en France et en Angleterre pendant les guerres de la ligue d'Augsbourg et de la succession d'Espagne, in: *Révue historique* 205 (1951) S. 1–23.



geproblems in der Vorstellung des französischen Hofes der Vorrang gebührte – natürlich unter größtmöglicher Wahrung der französischen Interessen –, wurde jedoch von Anfang an auch das Scheitern dieser Vorgehensweise einkalkuliert und ein Krieg als dann realistische Alternative ins Auge gefaßt.

Dieses zweigleisige Vorgehen, das zwei im Grunde genommen gegensätzliche Optionen verbinden sollte, erforderte eine außerordentliche Flexibilität in der Wahl der Mittel und besonderes Geschick und ausgeprägtes Fingerspitzengefühl bei der konkreten Durchführung. Denn obwohl einer Varianten als der am erfolgversprechendsten die Präferenz galt, durfte man sich nicht ohne Rückzugsmöglichkeiten völlig darauf einlassen, sondern mußte stets für eine Neuorientierung der Politik offen sein und dafür auch Möglichkeiten bereit halten.

Tatsächlich lief Frankreich bei den Seemächten mit seinem Vorschlag einer Verhandlungslösung offene Türen ein, da letztere ebenfalls ein lebhaftes Interesse an der Vermeidung einer militärischen Auseinandersetzung um das spanische Großreich besaßen. Die bereits kurz nach Rijswijk einsetzenden Verhandlungen französischer, niederländischer und englischer Diplomaten mündeten im Herbst 1698 in einen Vertrag, der die Teilung der spanischen Monarchie vorsah und den Wittelsbacher Kurprinzen Joseph Ferdinand, der aufgrund seiner Abstammung ebenfalls Erbansprüche geltend machte, miteinbezog<sup>8</sup>.

Beschritt Frankreich also einerseits den Weg der friedlichen Konfliktvermeidung, versuchte es andererseits doch, sich schon eine günstige Ausgangsposition für die kriegsrische Option zu schaffen. In diesem Falle bildete das Wiederaufleben der Großen Allianz, welche Seemächte, Kaiser und Reich in einer Front gegen Frankreich vereinigt hatte, die ungünstigste Konfiguration. Das Reich würde in einem solchen Szenario aus französischer Sicht die Funktion eines militärischen und finanziellen Kräfte reservoirs für den Kaiser erfüllen und als Verbindungsweg zu den Seemächten die Kommunikation zwischen den Verbündeten sichern.

Schon früh arbeiteten die französischen Diplomaten daher auf eine Neutralisierung des Reiches hin, wobei sowohl der Reichstag als auch einzelne Fürstenhöfe als Aktionsforen genutzt wurden. Während es auf dem Reichstag in erster Linie darum ging, die Uneinigkeit und die Interessendivergenzen der Reichsglieder unterderhand zu fördern, um ein gemeinsames Agieren und ein einheitliches Abstimmungsverhalten im Hinblick auf die Reichsarmatur und eine mögliche Reichskriegserklärung zu verhindern, verfolgte man bei den einzelnen Fürsten das Ziel, sie zu einem profranzösischen Bündnisssystem zusammenzuschließen, wobei der Bogen, je nach den politischen Gegebenheiten, vom Rheinbundgedanken<sup>9</sup> über die Konzeption einer

8 Henry KAMEN, *The War of Succession in Spain 1700–15*, London 1969, S. 3; William ROSEN, *The Origins of the War of the Spanish Succession*, in: Jeremy BLACK (Hg.), *The Origins of War in Early Modern Europe*, Edinburgh 1987, S. 159f.; Mark A. THOMSON, *Louis XIV and the Origins of the War of the Spanish Succession*, in: J. S. BROMLEY/Ragnild HATTON (Hgg.), *William III and Louis XIV. Essays 1680–1720 by and for Mark A. Thomson*, Liverpool 1968, S. 142f.

9 Martin GÖHRING, *Kaiserwahl und Rheinbund von 1658. Ein Höhepunkt des Kampfes zwischen Habsburg und Bourbon um die Beherrschung des Reiches*, in: Martin GÖHRING/Alexander SCHARFF (Hgg.), *Geschichtliche Kräfte und Entscheidungen. Festschrift zum 65. Geburtstag von Otto Becker*, Wiesbaden 1954, S. 65–83; Roman SCHNUR, *Der Rheinbund von 1658 in der deutschen Verfassungsgeschichte*, Bonn 1955; Fritz WAGNER, *Frankreichs klassische Rheinpolitik. Der Rheinbund von 1658*, Stuttgart 1941.

Dritten Partei<sup>10</sup> bis zu rein bilateralen Verträgen – die dann allerdings später möglichst wieder in einem umfassenderen Allianzsystem gebündelt werden sollten – reichte.

In diesem Zusammenhang kam den Fürstentümern im Nordwesten des Reiches in den Augen der französischen Militärstrategen eine besondere Bedeutung zu – waren sie doch wie geschaffen dafür, gegen die niederländischen Territorien einen Riegel zu bilden, der sich von Kurköln über die westfälischen Bistümer bis nach Wolfenbüttel erstrecken sollte. Osnabrück erwies sich in diesem Rahmen aufgrund seiner geopolitischen Lage zwischen den welfischen Herzogtümern und dem Fürstbistum Münster als attraktiver Baustein. Wenn es gelänge, auf dem Bischofsstuhl einen profranzösischen Kandidaten zu platzieren, so wäre dies ein erster Schritt auf dem Weg zum geplanten Bündnissystem im Reich, für dessen Verwirklichung die französischen Gesandten in Münster und Wolfenbüttel zur gleichen Zeit Sondierungen vornahmen<sup>11</sup>. Die Frage stellte sich, auf welche Weise der französische Plan am besten zu realisieren wäre.

Entscheidendes Gremium bei einer Bischofswahl war das Domkapitel, und damit tritt eine Kraft in das Blickfeld, die in erheblichem Maße für die Herrschaftsverhältnisse im niederrheinisch-westfälischen Raum konstituierend gewesen ist, nämlich der katholische Stiftsadel, d. h. derjenige Teil des Adels, der über die notwendigen Voraussetzungen zur Aufnahme in ein Domstift verfügte<sup>12</sup>.

Die Reichsstifter stellten für diese Gruppe des Adels eine wesentliche Versorgungsinstitution dar, da sie den nachgeborenen Söhnen ein festes Einkommen sicherten und damit eine standesgemäße Lebensweise ermöglichten. Doch nicht nur wegen dieses unmittelbaren materiellen Vorteils für einzelne ihrer Mitglieder waren die stiftsadeligen Familien auf die Existenz der geistlichen Territorialherrschaften angewiesen, sondern diese boten ihnen darüber hinaus die Möglichkeit der Besitzstandsmehrung und die Chance des sozialen Aufstiegs, dann nämlich, wenn sie hohe Würden im Domkapitel oder gar das Bischofsamt selbst erlangten<sup>13</sup>. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Stifter gerade auf landsässige und reichsritterliche Adelsfamilien eine besondere Anziehungskraft ausübten. Trotz fehlender Reichs-

10 Zur Bedeutung des Konzepts der Dritten Partei vgl. Klaus Peter DECKER, Frankreich und die Reichsstände 1672–1675. Die Ansätze zur Bildung einer »Dritten Partei« in den Anfangsjahren des Holländischen Krieges, Bonn 1981; Janine FAYARD, *Hambourg et la France de 1661 à 1716 et le rôle des Bidał d'Asfeld*, Thèse de l'École des Chartes, Paris 1963, S. 131–160; DRES., *Attempts to Build a »Third Party« in North Germany, 1690–1694*, in: Ragnhild HATTON (Hg.), *Louis XIV and Europe*, London 1976, S. 213–240; Hermann WEBER, Frankreich, Münster und Kurtrier 1692–1693, in: Konrad REPGEN/Stephan SKALWEIT (Hgg.), *Spiegel der Geschichte. Festgabe für Max BRAUBACH zum 10. April 1964*, Münster 1964, S. 501–549.

11 Archives du Ministère des Affaires Étrangères, Paris, Correspondance politique Munster 16 (im folgenden abgekürzt als AAE C.P. Munster), Correspondance politique Brunswick-Hanovre 33.

12 Dazu gehörten adelige Herkunft, bestimmte Weihegrade, bestimmtes Mindestalter etc. H. J. BECKER, *Stiftsadel*, in: Adalbert ERLER/Ekkehard KAUFMANN (Hgg.), *Handwörterbuch der deutschen Rechtsgeschichte*, Bd. 4, Berlin 1990, Sp. 1979f.; Peter HERSCHE, *Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert*, 3 Bände, Bern 1984; vgl. Rudolf REINHARDT, *Die deutschen Domkapitel in der neueren Forschung. Zu einer sozialgeschichtlichen Neuanalyse für das 17. und 18. Jahrhundert*, in: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 74 (1987) S. 351–358.

13 Friedrich KEINEMANN, *Das Domkapitel zu Münster im 18. Jahrhundert. Verfassung, persönliche Zusammensetzung, Parteiverhältnisse*, Münster 1967, S. 4.

standschaft eröffneten sich auf diese Weise auf dem Umweg über die Reichsstifter Möglichkeiten der Mitsprache und einer effektiven Interessenvertretung auf Reichsebene und – im Fall der Reichsritterschaft – eines wirksamen Schutzes gegen eventuelle Mediatisierungsabsichten der Reichsfürsten<sup>14</sup>.

In vielen Fällen gelang es ihnen, sich eine Monopolstellung in den Kapiteln zu sichern, indem sie ein engmaschiges Netz sozialer Beziehungen untereinander knüpften, das jederzeit aktiviert werden konnte, wenn es galt, die gemeinsamen Interessen dieser Adelsfamilien in bezug auf Prestige- und Statussicherung zu wahren.

Herausragendes Beispiel für eine solche familien- und standespolitische Strategie ist die Familie Schönborn, die sich durch den gezielten Aufbau von Patronage- und Klientelbeziehungen in den geistlichen Reichsterritorien des Rhein-Main-Gebietes zu einem entscheidenden Machtfaktor entwickeln und bis zu den höchsten Würden des Reiches aufsteigen konnte<sup>15</sup>.

Dem Mittelrheingebiet ähnlich, stellte auch der Nordwesten des Reiches einen besonderen »Typenraum« dar<sup>16</sup>, d. h. seine politischen Einheiten wiesen spezifische gemeinsame Strukturmerkmale auf, die sie verbanden und einen grenzübergreifenden Charakter hatten.

Im Unterschied zum Südwesten, wo sich die Reichsritterschaft die Monopolstellung in den Kapiteln verschafft hatte, war es in den geistlichen Herrschaften Münster, Paderborn, Hildesheim und Osnabrück der landsässige katholische Adel, der die dominierende Rolle innehatte<sup>17</sup>. Pfründensystem und ritterlicher Gutsbesitz bildeten seine wirtschaftliche Basis. Seit dem Spätmittelalter hatten es diese Familien darüber hinaus verstanden, sich als homogene Gruppe nach außen abzuschließen und sich als politische Führungselite im westfälischen Raum zu etablieren. Wie im Südwesten bildete die Grundlage dafür ein sehr dichtes Beziehungsgeflecht, in dem sich Klientelverhältnisse und Familienbeziehungen durchdrangen, wenn auch der westfälische Stiftsadel keine genossenschaftliche Organisationsform ausbildete wie die Reichsritterschaft. Daß dies nicht unbedingt ein Mangel sein mußte und sich die informellen Kommunikationsstränge genauso gut bewährten, wenn sie nicht gar die

14 Hans ERICH FEINE, Die Besetzung der Reichsbistümer vom Westfälischen Frieden bis zur Säkularisation 1648–1803, Stuttgart 1921, S. 70; Alfred SCHRÖCKER, Die Patronage des Lothar Franz von Schönborn (1655–1729). Sozialgeschichtliche Studie zum Beziehungsnetz in der Germania Sacra, Wiesbaden 1981, S. 14f.

15 Zu den Schönborns vgl. die Arbeiten von Alfred SCHRÖCKER, vor allem: Die Patronage (wie Anm. 14) mit weiterführenden Literaturangaben; Friedhelm JÜRGENSMEIER, Die Schönborn. Ihr Aufstieg von nassauischen Edelleuten zu Reichs- und Kreisfürsten, in: Rudolf ENDRES (Hg.), Adel in der Frühneuzeit. Ein regionaler Vergleich, Köln/Wien 1991, S. 1–16.

16 Rudolphe Freiin von OER, Landständische Verfassungen in den geistlichen Fürstentümern Nordwestdeutschlands, in: Dietrich GERHARD (Hg.), Ständische Vertretungen in Europa im 17. und 18. Jahrhundert, Göttingen 1969, S. 94–119, hier S. 104; vgl. HERSCHE (wie Anm. 12), Bd. 2, S. 186.

17 Zum westfälischen Stiftsadel vgl. Harm KLUETING, Reichsgrafen – Stiftsadel – Landadel. Adel und Adelsgruppen im niederrheinisch-westfälischen Raum im 17. und 18. Jahrhundert, in: Rudolf ENDRES (wie Anm. 15) S. 40–50; Heinz REIF, Westfälischer Adel 1770–1860. Vom Herrschaftsstand zur regionalen Elite, Göttingen 1979, S. 34–175; Gerhard THEUERKAUF, Der niedere Adel in Westfalen, in: Helmuth RÖSSLER (Hg.), Deutscher Adel 1430–1555, Darmstadt 1965, S. 153–176; allgemein Konstantin MAIER, Bischof und Domkapitel im Licht der Wahlkapitulationen in der Neuzeit, in: Römische Quartalschrift 83 (1988) S. 241f.

eigentlich ausschlaggebenden Triebkräfte waren, kommt augenfällig nicht nur in der starken personellen Verflechtung der vier Domkapitel untereinander zum Ausdruck, sondern spiegelt sich auch wider in den familiären Beziehungen der Kanoniker zu den führenden Amtsträgern der Stifter<sup>18</sup>. Während die ältesten Söhne die Stiftsfamilien in den Ritterkurien der Landtage repräsentierten und Zugang zu den politischen Ämtern der Territorien hatten, sicherten ihre jüngeren Brüder Einfluß und Position der Familie in den Domkapiteln.

Wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung dieses Herrschaftsmonopols war eine strenge Exklusivität gegenüber anderen sozialen Gruppen: die Stiftsfähigkeit mußte durch Ahnenproben bewiesen werden, die in allen vier westfälischen Fürstbistümern den Nachweis von mindestens sechzehn adligen Vorfahren verlangten<sup>19</sup>. Um 1700 wurden die Auslesebedingungen noch einmal verschärft<sup>20</sup>. Auch das Eindringen solcher Bewerber, die zwar über die notwendige adlige Qualifikation verfügten, nicht jedoch dem niederrheinisch-westfälischen Adelsverband entstammten, wurde erfolgreich abgewehrt<sup>21</sup>. Damit waren dem Zugang neuer Familien nur schwer zu überwindende Hindernisse entgegengesetzt.

Noch ein weiteres Phänomen ist zu konstatieren. Kaum einmal gelang es einer bestimmten Familie innerhalb des Stiftsadels eine besonders herausragende Vormachtstellung zu erringen. Denn stets waren die Standesgenossen darauf bedacht, eine allzu starke Machtkonzentration in der Hand eines Mitglieds zu verhindern, da dies sonst die Aufstiegschancen der übrigen empfindlich geschmälert hätte. Daher war man bestrebt, ein »Gleichgewicht der Kräfte« auf regionaler Ebene aufrechtzuerhalten. Beste Gelegenheit dazu boten die Bischofswahlen als öffentlicher Austragungsort dieses Kräfteausgleiches. Schröcker kommt im Zusammenhang mit der Bischofswahl in Würzburg 1699 zu dem Ergebnis, daß Lothar Franz von Schönborn sich aus diesem Grunde trotz bester Beziehungen und eines filigranen Klientel- und Patronagenetzes nicht im Würzburger Kapitel durchsetzen konnte<sup>22</sup>. Ähnliche Mechanismen lassen sich auch im niederrheinisch-westfälischen »Typenraum« beobachten, obwohl eine systematische Untersuchung dieser sozialen Regulative noch nicht vorliegt.

Unter welchen Umständen ergab sich für Auswärtige überhaupt die Möglichkeit der Einflußnahme auf diesen streng abgeschirmten Zirkel?

Die interessierten weltlichen Nachbarfürsten der westfälischen Bistümer konnten einerseits politischen Druck auf die Stifter bzw. die Domkapitel und ihre Familien ausüben; so versuchte 1688 der Kurfürst von Brandenburg die Wahl eines pfälzischen Kandidaten in Münster zu verhindern, indem er diejenigen Stiftsfamilien unter Druck setzte, die auf seinem Territorium Besitz hatten<sup>23</sup>.

Andererseits konnten sie sich selbst, falls sie katholisch waren, um frei werdende Domherrenstellen und Bischofsstühle bemühen. Immer wieder versuchten beispiels-

18 REINHARDT (wie Anm. 12) S. 356f.

19 HERSCHE (wie Anm. 12), Bd. 1, für Münster S. 133, für Osnabrück S. 140, für Paderborn S. 145, für Hildesheim S. 97.

20 KLUETING (wie Anm. 17) S. 2; REIF (wie Anm. 17) S. 35–37.

21 Für Münster vgl. KEINEMANN (wie Anm. 13) S. 31–43.

22 SCHRÖCKER (wie Anm. 14) S. 14f.

23 KEINEMANN (wie Anm. 13) S. 124.

weise die Kurfürsten von der Pfalz, Mitglieder der eigenen Familie in den Stiftern zu plazieren, ohne jedoch langfristig damit Erfolg zu haben<sup>24</sup>.

Dem Kaiser war dieser Weg weitgehend versperrt, da die dynastische Krise der Habsburger und der daraus resultierende Mangel an männlichen Familienmitgliedern die systematische Besetzung der Reichsbistümer mit eigenen Familienangehörigen verhinderte<sup>25</sup>. Ihm standen jedoch andere Möglichkeiten zur Verfügung.

Sein Selbstverständnis als *Advocatus Ecclesiae* traf sich mit dem Bedürfnis der geistlichen Territorien nach Sicherheit vor den Expansionsgelüsten ihrer weltlichen Nachbarn, und es war ein starkes Kaisertum, in dem die geistlichen Fürstentümer, aber auch die übrigen mindermächtigen Reichsstände, die Garantie ihrer Existenz erblickten.

Der Kaiser ergriff diese günstige Gelegenheit, um über die Reichskirche seine nach dem Westfälischen Frieden geschmälernte Machtposition im Reich wieder aufzubauen. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts versuchte Leopold I., seinen Einfluß auf die Bischofswahlen zu verstärken, indem er kaiserliche Wahlkommissare zu den Domkapiteln entsandte, die die kaiserlichen Wünsche betreffs des zu Wählenden bekanntgaben. Allerdings gelang es ihm nicht, ein Exklusivrecht, d. h. den Ausschluß eines bestimmten Kandidaten von der Wahl, gegenüber den auf ihrem alleinigen Wahlrecht bestehenden Domkapiteln durchzusetzen. War ein mißliebiger Kandidat gewählt, konnte er durch die Verweigerung der Regalien, mit denen der neue Kirchenfürst als weltlicher Herrscher belehnt werden mußte, an der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes gehindert werden<sup>26</sup>. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß zur gleichen Zeit das Wormser Konkordat von 1122 von der deutschen Staatsrechtslehre rezipiert wurde, um die kaiserlichen Ansprüche zu legitimieren<sup>27</sup>.

Auf welche Weise manifestierte sich nun der französische Einfluß auf die Bischofswahlen im Reich? Da sich unmittelbar im deutsch-französischen Grenzgebiet bedeutende geistliche Fürstentümer befanden, nämlich die drei geistlichen Kurfürstentümer und als ihre Ausläufer die Bistümer in Westfalen, am Oberrhein und in Mainfranken, mußte Frankreich ein Interesse daran haben, auf diesen Bischofsstühlen Männer mit profranzösischer oder zumindest nicht antifranzösischer Haltung zu sehen.

Eine systematische Aufarbeitung dieses Fragenkomplexes, nämlich der Frage nach der französischen »Reichskirchenpolitik«, die einen wichtigen Baustein zum Verständnis der französischen Reichspolitik bilden würde, fehlt bisher. Die folgenden Ausführungen können daher nur stichprobenartig anhand der vereinzelt Angaben in der Forschungsliteratur die Möglichkeiten der französischen Einflußnahme auf Bischofswahlen und deren tatsächlicher Realisierung beleuchten.

24 So bei den Wahlen in Münster 1683, 1688, 1706; KEINEMANN (Anm. 13) S. 116–141.

25 Rudolf REINHARDT, Die hochadligen Dynastien in der Reichskirche des 17. und 18. Jahrhunderts, in: *Römische Quartalschrift* 83 (1988) S. 213 f.

26 FEINE (wie Anm. 14) S. 92–104; DERS., *Kirchliche Rechtsgeschichte*, 2. durchgearbeitete und ergänzte Auflage, Weimar 1954, S. 505; Dietmar WILLOWEIT, *Reichskirche*, in: ERLER/KAUFMANN (wie Anm. 12), Bd. 4, Berlin 1990, Sp. 674–677.

27 FEINE (wie Anm. 14) S. 153–186.

Betrachtet man die französische Politik in bezug auf die geistlichen Wahlen im Reich, so läßt sich auf der Grundlage der bisherigen Forschungen keine klare, durchgehende Haltung oder gar eine langfristige Strategie ausmachen. Vielmehr scheint Ludwig XIV. seinen politischen Kurs entsprechend den jeweiligen machtpolitischen Bedingungen und Anforderungen gewählt zu haben. Seine Maßnahmen reichten vom Verzicht auf jeglichen Einfluß bis zur finanziellen Hilfe und zur Unterstützung durch einen französischen Gesandten.

Jedoch erfuhr sein Handlungsspielraum starke Einschränkungen durch die Tatsache, daß Frankreich bis auf seine Funktion als Garant des Westfälischen Friedens, worauf später noch zurückzukommen sein wird, keine rechtliche Legitimation für sein Eingreifen in den Wahlkampf hatte.

Nur die direkteste Form der Einflußnahme, nämlich die Kandidatur eines Franzosen, wurde von Ludwig nicht praktiziert. Diese Variante hatte Frankreich bereits einmal durchgespielt, als nämlich 1633/34 die Wahl Richelieus zum Koadjutor in Trier und Speyer im Gespräch war<sup>28</sup>. Der Vorschlag war zwar vom Trierer Kurfürsten und Speyerer Bischof Philipp Christoph von Sötern selbst gekommen; dieser verfolgte jedoch damit in erster Linie die Absicht, die Franzosen für die Rückgewinnung der von Schweden eroberten Festung Philippsburg zu verpflichten. Auch am französischen Hof zeigte man eher zurückhaltendes Interesse am Trierer Angebot, und diese Reserviertheit ist wohl auch unter anderem auf das französische Informationsdefizit, was die Modalitäten der Wahl anging, zurückzuführen. Vor allem waren die Fragen nach der Zulässigkeit der Wahl eines Ausländers, nach dem Bestätigungsrecht von Kaiser und Papst und nach den konkreten Mehrheitsverhältnissen im Kapitel unklar<sup>29</sup>. Wenn auch das Projekt als solches schließlich scheiterte, ist anzunehmen, daß es für die französischen Juristen Anlaß war, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen, um über dieses Teilgebiet der Reichsverfassung Klarheit zu gewinnen.

Diese Erfahrung hatte also erwiesen, daß die Lancierung eines französischen Kandidaten kaum erfolgversprechend war, da zu viele politische Kräfte involviert und die Unwägbarkeiten einer Wahl nur schwer kalkulierbar waren. Besonders die Klientelbeziehungen in den Domkapiteln, den letztlich entscheidenden Wahlgremien, waren für Außenstehende schwer durchschaubar.

Viel sinnvoller erschien es in den folgenden Jahrzehnten, innerhalb der für Frankreich interessanten Domkapitel selbst eine profranzösische Klientel zu bilden, um im Falle einer Vakanz einen genehmen lokalen Bewerber bei der Hand zu haben. Es ging also nicht mehr darum, in die bestehenden Strukturen von außen einzubrechen, sondern sie quasi von innen zu »unterwandern« und für eigene Zwecke nutzbar zu machen.

Dieses Vorgehen war jedoch nur dann durchführbar, wenn kooperationsbereite und vertrauenswürdige Mitarbeiter im Reich gewonnen werden konnten. Diese Gefolgsleute fand Ludwig XIV. in der Familie Fürstenberg, besonders in den

28 Zum folgenden vgl. Hermann WEBER, Frankreich, Kurtrier, der Rhein und das Reich 1623–1635, Bonn 1969, S. 324–374.

29 Ibid. S. 335f.

Brüdern Franz Egon und Wilhelm Egon<sup>30</sup>. In den 1670er Jahren gab es kaum eine Wahl in einem der rheinischen Bistümer, auf die der französische Hof nicht durch Wilhelm von Fürstenberg versucht hätte, Einfluß zu nehmen, und zwar in der Weise, daß von den bereits vorhandenen Kandidaten derjenige protegiert wurde, der den französischen Interessen am ehesten nutzte.

Allerdings erwies sich dies als zunehmend schwieriger, da sich Frankreich durch seine aggressive Politik gegenüber dem Reich mehr und mehr kompromittierte und die Wahlchancen eines Bewerbers um einiges geschmälert werden konnten, wenn er in den Ruf geriet, ein Protégé Frankreichs zu sein.

So nahm der französische Wunschkandidat für die Mainzer Erzbischofswahl von 1679, der Domkapitular Christoph Rudolf von Stadion, das Hilfsangebot Wilhelms von Fürstenberg äußerst reserviert auf, da er negative Auswirkungen auf seinen Wahlerfolg befürchtete, den er bereits durch die bloße Anwesenheit Fürstenbergs in Mainz bedroht sah. Dieser versuchte daraufhin, von Frankfurt aus die Wahl zu beeinflussen, wobei er sich sowohl finanzieller Mittel als auch seiner Klientelbeziehungen zu den Domherren bediente – allerdings erfolglos, denn gewählt wurde nach Intervention des kaiserlichen Wahlkommissars der ehemalige Statthalter von Erfurt Anselm Franz von Ingelheim<sup>31</sup>.

Auch in anderen Fällen zeitigte die französische Intervention nicht den erhofften Erfolg. 1683 wurde der Kölner Kurfürst Max Heinrich mit französischer Hilfe zwar auf den Münsteraner Bischofsstuhl gewählt, konnte jedoch keine Bestätigung des Papstes erlangen und daher das Bistum nur als Administrator verwalten<sup>32</sup>.

Bei der 1688 fälligen Neuwahl in Münster konnte sich dagegen der von Frankreich favorisierte Friedrich Christian von Plettenberg durchsetzen, der bereits 1683 kandidiert und für seinen Verzicht von Frankreich ein Abfindung erhalten hatte<sup>33</sup>.

Allerdings wäre in beiden Fällen genauer zu untersuchen, ob tatsächlich die französische Unterstützung ausschlaggebend gewesen ist, wie Keinemann es darstellt, oder nicht doch vielmehr die internen Machtverhältnisse im Domkapitel.

Daß letzteres wahrscheinlich eher der Fall gewesen ist, darauf deuten die aufsehererregenden Ereignisse bei der Kölner Wahl von 1688 hin. Trotz militärischen Drucks und massiver finanzieller Zuwendungen gelang es nicht, Wilhelm von Fürstenberg als neuen Erzbischof und Kurfürsten durchzusetzen. Als zu stark erwies sich die Partei des Kaisers, der Fürstenberg die Exklusiva gegeben hatte und der auch den Papst auf seine Seite ziehen konnte, so daß Fürstenbergs Wahl beim Heiligen Stuhl keine Bestätigung fand<sup>34</sup>.

Man könnte also die Hypothese wagen, daß Geld zwar ein wichtiger, aber nicht der alles entscheidende Faktor war. Er brachte den Domherren nur kurzfristige,

30 Max BRAUBACH, Wilhelm von Fürstenberg (1629–1704) und die französische Politik im Zeitalter Ludwigs XIV., Bonn 1972; John T. O'CONNOR, Negotiator out of Season. The Career of Wilhelm Egon von Fürstenberg 1629 to 1704, Athens 1978.

31 BRAUBACH (wie Anm. 30) S. 318f.; O'CONNOR (wie Anm. 30) S. 77f.

32 BRAUBACH (wie Anm. 30) S. 374f.; KEINEMANN (wie Anm. 13) S. 116–121.

33 BRAUBACH (wie Anm. 30) S. 432 und S. 448f.; KEINEMANN (wie Anm. 13) S. 121–125; O'CONNOR (wie Anm. 30) S. 106.

34 BRAUBACH (wie Anm. 30) S. 421–451; ders., Das Kölner Domkapitel und die Wahl von 1688, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein, insbesondere das alte Erzbistum Köln 122 (1933) S. 51–117; O'CONNOR (wie Anm. 30) S. 160–187.

persönliche Erfolge, wohingegen auf lange Sicht gesehen andere Motivationsstränge sich als wesentlich ertragreicher für die Gesamtfamilie erwiesen: Verflechtungen mit anderen Stiftsfamilien, Beziehungen zu anderen Reichsfürsten und zum Kaiser, allerdings je nach der jeweiligen Situation in unterschiedlicher Gewichtung. Frankreich hatte gegenüber dieser Konkurrenz also nur wenig zu bieten. War es da nicht sinnvoller, zunächst den Ausgang der Wahl abzuwarten und erst dann mit dem Gewählten, wer auch immer das sein mochte, Kontakt aufzunehmen?

Es bestand durchaus die Möglichkeit, einen ohne oder gar gegen französisches Eingreifen Gewählten später dann doch in französisches Fahrwasser zu ziehen. Frankreich versuchte dies 1679 in Mainz nach der bereits erwähnten Wahl Ingelheims zum Kurfürsten<sup>35</sup>. Beste Beispiele für den Erfolg solcher französischer Bemühungen bieten Christoph Bernhard von Galen als Bischof von Münster, der an der Seite Frankreichs in den Holländischen Krieg eingriff<sup>36</sup>, und Joseph Clemens von Wittelsbach als Kurfürst von Köln, der, 1688 als Gegenkandidat Fürstenbergs gewählt, 1701 die Partei Frankreichs im Spanischen Erbfolgekrieg ergriff<sup>37</sup>. Andererseits mußte die Wahl eines profranzösischen Bewerbers nicht unbedingt die Garantie für eine künftige frankreichfreundliche Politik des Betreffenden bedeuten.

Die französische Diplomatie hatte bis 1698 also bereits verschiedene Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Besetzung der geistlichen Fürstentümer im Reich durchgespielt und vielfältige Erfahrungen im Hinblick auf ihre Erfolgchancen gesammelt. Welche Taktik würde sie für die Wahl in Osnabrück wählen?

Da Ernst August schon längere Zeit chronisch krank gewesen war, wurden Pläne für die Neuubesetzung des Osnabrücker Bischofsstuhls bereits lange vor seinem Tod geschmiedet. Ihre Anwartschaft bekundeten Friedrich Christian von Plettenberg, Bischof von Münster<sup>38</sup>, Karl von Lothringen<sup>39</sup>, ein Neffe des Kaisers, Franz Arnold von Wolff-Metternich<sup>40</sup>, ein Neffe des Paderborner Bischofs Hermann Werner von Wolff-Metternich, und zwei weitere Osnabrücker Domkapitulare, die Brüder Karl Franz<sup>41</sup> und Edmund Theodor von Wachtendonck.

Auf den ersten Blick scheint es, als ob von allen diesen Bewerbern die Wahl des Bischofs von Münster für Frankreich die günstigste, die Wahl des Habsburgers die ungünstigste Lösung darstellte – war der Plettenberger doch 1688 als französischer Kandidat auf den Münsteraner Bischofsstuhl gelangt. Münster als eines der größten

35 BRAUBACH (wie Anm. 30) S. 320.

36 Wilhelm KOHL, Christoph Bernhard von Galen. Politische Geschichte des Fürstbistums Münster 1650–1678, Münster 1964, S. 1–10 und S. 244–257.

37 Max BRAUBACH, Die Politik des Kurfürsten Josef Clemens von Köln bei Ausbruch des spanischen Erbfolgekrieges und die Vertreibung der Franzosen vom Niederrhein (1701–1703), Bonn/Leipzig 1925; Leonhard ENNEN, Der Spanische Erbfolgekrieg und der Churfürst Joseph Clemens von Köln, Jena 1851; Peter Claus HARTMANN, Die französischen Subsidienzahlungen an den Kurfürsten von Köln, Fürstbischof von Lüttich, Hildesheim und Regensburg, Joseph Clemens, im Spanischen Erbfolgekrieg (1701–1714), in: Historisches Jahrbuch 92 (1972) S. 358–372.

38 Kurzbiographie bei KEINEMANN (wie Anm. 13) S. 227f.

39 Kurzbiographie *ibid.* S. 252.

40 Alwin HANSCHMIDT, Das 18. Jahrhundert (1702–1803), in: Wilhelm KOHL (Hg.), Westfälische Geschichte, Bd. 1, Düsseldorf 1983, S. 612f. und 640; KEINEMANN (wie Anm. 13) S. 126, 131–142, 245f.

41 Kurzbiographie bei KEINEMANN (wie Anm. 13) S. 236f.



und reichsten geistlichen Territorien des Reiches<sup>42</sup> würde zusammen mit Osnabrück einen erheblichen Machtfaktor im westfälischen Raum und damit ein Gegengewicht zu den Herrschaftsgebieten der Pfälzer, Brandenburger und Welfen bilden.

In den Anfangszeiten des Pfälzischen Erbfolgekrieges schien die französische Rechnung mit Plettenberg tatsächlich aufzugehen. Bereits Ende 1689 begann Friedrich Christian bei den katholischen Reichsfürsten für die Bildung einer Dritten Partei zu werben, um einen schnellen Friedensschluß zu erzwingen und so die seiner Meinung nach von den Protestanten bedrohten geistlichen Territorien zu retten. Diese Pläne scheiterten jedoch, als die wichtigsten potentiellen Mitglieder, die wittelsbachischen Kurfürsten, die Teilnahme ablehnten<sup>43</sup>.

Mittlerweile war die Idee einer Dritten Partei von Frankreich aufgegriffen und zu einem Faktor der französischen Kriegspolitik umgestaltet worden, bei welchem Hannover und Schweden nun die Führungsrolle übernehmen sollten. Friedrich Christian zögerte nicht, seine Kräfte für die neue Formation einzusetzen, und schloß 1691 einen Neutralitätsvertrag mit Frankreich, in dem er sich verpflichtete, aktiv für die Bildung einer Dritten Partei tätig zu sein und ferner in Regensburg und Wien auf baldigen Friedensschluß zu drängen<sup>44</sup>.

Im Frühjahr 1692 jedoch schienen die französischen Pläne gegenstandslos zu werden, da es dem Kaiser gelang, Hannover aus dem geplanten Bündnis herauszulösen, indem er Ernst August die lang ersehnte Kurwürde zusprach. Friedrich Christian sah sich nun nicht mehr in der Lage, seine bisherige Haltung auf die Dauer aufrechtzuerhalten, und schloß sich schließlich 1695 der Großen Allianz an<sup>45</sup>.

Trotz oder vielleicht gerade wegen der veränderten politischen Lage setzte er jedoch im Rahmen seiner begrenzten Möglichkeiten seine Bemühungen zur Gründung einer Friedenspartei im Reich fort, da eine Fortführung des Krieges für ihn nur Nachteile ergeben mußte. Als mögliches Organ bot sich ihm die gerade entstehende Oppositionsgruppe von Reichsfürsten gegen die hannoversche Kurwürde an, in der er eine führende Rolle einnahm. Während sich der Widerstand gegen die 9.Kur formierte, lehnten die meisten Fürsten die Bildung einer Dritten Partei jedoch ab – allzusehr war dieser Bündnistyp mit dem Ruch des französischen Einflusses behaftet und damit dem Verdacht der Konspiration mit dem Reichsfeind ausgesetzt<sup>46</sup>.

Während des Friedenskongresses in Rijswijk kam es zu einer vorsichtigen Wiedernäherung zwischen Frankreich und Münster. Der Münsteraner Gesandte Ferdinand von Plettenberg<sup>47</sup>, ein Bruder des Bischofs, erhielt in einer Nebeninstruktion den Auftrag, bei der französischen Gesandtschaft wegen eines Neutralitätsbündnis-

42 Ibid. S. 116.

43 Friedrich SCHARLACH, Fürstbischof Friedrich Christian von Plettenberg und die münsterische Politik im Koalitionskriege 1688–97, in: Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde 80 (1922) S. 29f.

44 Friedrich SCHARLACH, Fürstbischof Friedrich Christian von Plettenberg und die münsterische Politik im Koalitionskriege 1688–97, in: Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde 93 (1937) S. 80f.; vgl. FAYARD (wie Anm. 10).

45 SCHARLACH (wie Anm. 44) S. 89f. und S. 106–109.

46 Ibid. S. 89–105.

47 Kurzbiographie bei KEINEMANN (wie Anm. 13) S. 236.

ses zu sondieren. Eine ähnliche Allianz war auch mit den Vereinigten Niederlanden geplant, um Münster auch nach dieser Seite hin abzusichern<sup>48</sup>.

Auf Plettenbergs Vorstöße reagierten die Franzosen jedoch mit Zurückhaltung<sup>49</sup>. Dies scheint aber nicht auf Desinteresse zurückzuführen zu sein, sondern eher auf das Widerstreben, diese Verhandlungen am Kongreßort, also gleichsam vor den Augen der internationalen Öffentlichkeit, stattfinden zu lassen. Statt dessen verfügte Ludwig XIV. als einen der ersten Schritte zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen im Reich bereits im November 1697 – noch vor der formellen Ratifikation des Rijswijker Friedens durch den Reichstag<sup>50</sup> – die Entsendung eines Diplomaten, Jean Casimir Frischmann de Rançonnières, in das westfälische Fürstbistum. Frischmann hatte bereits 1691–95 als ständiger Gesandter in Münster Erfahrung sammeln können und war an den Verhandlungen zur Dritten Partei beteiligt gewesen. Seine Berichte nach Versailles waren für die französischen Außenpolitiker die wichtigste Informationsquelle über den Wahlkampf in Osnabrück. Münster sollte gemäß den französischen Plänen eine Schlüsselstellung im projektierten Bündnissystem im Reich einnehmen. Frischmann stellte in einem Memorandum vom 19. 11. 1697 diese besondere Rolle des Fürstbistums deutlich heraus, indem er die Stellung des Bischofs als Direktor des Westfälischen Kreises und dessen Beziehungen zu den anderen geistlichen Reichsfürsten und den Mitgliedern der Oppositionsgruppe gegen die 9.Kur betonte<sup>51</sup>.

Trotzdem war Frankreichs Engagement in der Wahlsache eher verhalten. Diese Haltung paßte sich ein in den politischen Kurs, den Ludwig XIV. nach dem Rijswijker Frieden gegenüber dem Reich einschlug und der das Ziel verfolgte, bei den Reichsfürsten die längst verlorene Vertrauensstellung wiederzugewinnen und sich als über allen Interessen und Parteiungen stehender Schutzherr der reichsständischen Rechte und Libertäten darzustellen. Auch auf internationaler Ebene stand Ludwig ein solch friedliches und gemäßigtes Auftreten gut an, verhandelte er doch gerade mit England und den Vereinigten Niederlanden über die Teilung der spanischen Erbschaft und war deshalb auf das Wohlwollen der Seemächte angewiesen. So erklärte Ludwig zwar in seiner Instruktion für Frischmann vom 18. 11. 1697<sup>52</sup>, seine guten Dienste für den Bischof von Münster einsetzen zu wollen; worin diese bestehen sollten, blieb jedoch unklar. Ausdrücklich verbot der König Frischmann aber, Gratifikationen oder Pensionen anzubieten.

Die Kandidatur des Bischofs von Münster stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Das Osnabrücker Domkapitel lehnte ihn mehrheitlich ab. Dabei spielte sein Alter – er befand sich zu diesem Zeitpunkt im 54. Lebensjahr – wohl nur eine untergeordnete Rolle<sup>53</sup>. Ausschlaggebend war vielmehr die Tatsache, daß die Kapitulare die sowieso schon herausgehobene Stellung der Familie Plettenberg nicht noch

48 SCHARLACH (wie Anm. 44) S. 119–121.

49 Ibid. S. 123f.

50 Zum Streit um den Austausch der Ratifikationsurkunden zwischen dem Reichstag und Frankreich vgl. AAE, C.P. Allemagne or.-1870 330, fol. 108r-120v.

51 AAE, C. P. Munster 16, fol. 34r-36r.

52 Ibid. fol. 18r-29v.

53 Anders Friedrich KEINEMANN, Die Wahl des Prinzen Karl von Lothringen zum Fürstbischof von Osnabrück (1698), in: Osnabrücker Mitteilungen 74 (1967) S. 195.

weiter stärken wollten, was die Möglichkeiten ihrer eigenen Familien zur Machtsteigerung gemindert hätte. Auf direkte Unterstützung durch die einflußreiche Familie Fürstenberg<sup>54</sup>, mit der die Plettenberger eng verwandt waren – Friedrich Christian war selbst ein Neffe des früheren Münsteraner Bischofs Ferdinand von Fürstenberg –, konnte er nicht rechnen, da die Fürstenberger in Osnabrück nicht präbendiert waren. Auch die Familie Wolff-Metternich, ebenfalls durch eine Familienunion mit den Plettenbergern verbunden, fiel als Schützenhilfe aus, stellte sie doch mit Franz Arnold gar einen Gegenkandidaten<sup>55</sup>. Auch aus der Sicht des Bistums Osnabrück schien es gefährlich, noch stärker in den Sog des mächtigen Nachbarn Münster zu geraten. In einer solchen Personalunion würde Osnabrück immer nur der schwächere Juniorpartner bleiben. Außerdem mußten viele Kapitulare befürchten, mit einer Wahl Friedrich Christians in allzu großen Gegensatz zu den Hannoveraner Welfen zu geraten, aus deren Reihen schließlich der übernächste Bischof stammen mußte.

Wie massiv Georg Ludwig, Sohn und Nachfolger Ernst Augusts, die Interessen seines Hauses ins Spiel zu bringen versuchte, wird deutlich in der Tatsache, daß die Hannoveraner Truppen, die in Osnabrück stationiert waren, erst Anfang April, also kurz vor dem angesetzten Wahltermin, abgezogen wurden<sup>56</sup>. Zuvor hatte das Domkapitel bereits einmal in Iburg tagen müssen, um sich diesem Druck zu entziehen<sup>57</sup>. Leibniz, der Rat am Hofe des Herzogs war, regte in einer Denkschrift sogar an, eine ständige Besatzung in Osnabrück zu unterhalten<sup>58</sup>.

Zu den schärfsten Konkurrenten Plettenbergs gehörte der Osnabrücker Dompropst Franz Arnold von Wolff-Metternich. Damit kam die unterschwellige Rivalität der beiden Familien offen zum Ausbruch. Beide hatten mit gegenseitiger Hilfe die Bistümer Münster und Paderborn für sich gewinnen können; weiterer Aufstieg war nun nur noch in Konkurrenz zueinander möglich. Der Dompropst konnte mit der Protektion des Kurfürsten von Brandenburg, Friedrichs III., rechnen, der zwar offiziell Karl von Lothringen seine Unterstützung zusagte, unterderhand jedoch die Wahl Wolff-Metternichs betrieb. Er beauftragte den Ravensberger Landdrosten von dem Bussche schon im Dezember 1697, die Kandidatur Wolff-Metternichs zu unterstützen, mit dem Ziel, die Etablierung der Habsburger in seinem Einflußbereich zu verhindern<sup>59</sup>.

Durchkreuzt wurden die brandenburgischen Pläne durch die Osnabrücker Domherren Karl Franz und Edmund Theodor von Wachtendonck, die Friedrich eigentlich zu den Anhängern Wolff-Metternichs gezählt hatte, die nun aber selbst Ambitionen auf das Bischofsamt zu verstehen gaben und drohten, dem Dompropst Stimmenverluste zuzufügen. Da sie aus dem Herzogtum Kleve stammten und somit Vasallen Brandenburgs waren, hoffte Friedrich jedoch, über genügend Druckmittel zu verfügen, um sie zum Verzicht zwingen zu können<sup>60</sup>.

54 Nicht verwandt mit der schwäbischen Familie Fürstenberg.

55 KEINEMANN (wie Anm. 13) S. 118 und S. 126f.

56 Frischmann an König am 6. 4. 1698; AAE, C.P. Munster 16.

57 Frischmann an König am 19. 3. 1698; AAE, C.P. Munster 16.

58 SCHEEL (wie Anm. 6) S. 168.

59 KEINEMANN (wie Anm. 53) S. 193f.

60 Ibid. S. 194f.

Im Vergleich zu den westfälischen Anwärtern schien der kaiserliche Kandidat Karl von Lothringen, Sohn des gleichnamigen Herzogs von Lothringen und der Erzherszogin Eleonore, einer Schwester Kaiser Leopolds I., zu Beginn des Wahlkampfes kaum über Anhängerschaft verfügt zu haben<sup>61</sup>. Durch ihn erhoffte sich der Kaiser eine Erweiterung seines Einflußbereiches in Nordwestdeutschland, wobei das Bistum Osnabrück nur der Ausgangspunkt sein sollte. Langfristig visierte der Habsburger die Etablierung Karls im reichen Münster an und schließlich dessen Ausgreifen auch auf Hildesheim und Paderborn<sup>62</sup>. Allerdings ist die Realisierungsmöglichkeit dieses großangelegten Planes stark anzuzweifeln, da äußerst fraglich ist, ob die betreffenden Stiftsfamilien einer so großen Machtkonzentration nicht einen Riegel vorschieben würden, was dann ja auch geschehen ist.

Für Karl sprachen sein niedriges Alter, das die Garantie für eine lange katholische Herrschaft in Osnabrück bieten konnte, und die Tatsache, daß man sich mit der Wahl des Habsburgers die Unterstützung des Kaisers gegen die Expansionspläne der Hannoveraner sichern konnte<sup>63</sup>. Georg Ludwig war wegen seiner umstrittenen Kurwürde auf den Kaiser angewiesen und würde es wohl nicht wagen, gegen dessen Neffen vorzugehen.

Angesichts dieser Parteiverhältnisse legte der französische Hof Frischmann Zurückhaltung auf. Dieser beobachtete den Wahlkampf von Münster aus und erhielt zunächst keine Anweisung, sich nach Osnabrück zu begeben. Zwar wäre Ludwig XIV. die Wahl Friedrich Christians am liebsten gewesen, doch warum sollte es nicht möglich sein, einen anderen Kandidaten auf die französische Seite zu ziehen? Selbst wenn Karl von Lothringen gewählt würde, könnte sich Frankreich Vorteile versprechen, denn möglicherweise würde dies dann zu einer Annäherung Brandenburgs und Münsters an Frankreich führen. Vielleicht war es im Hinblick auf diese Optionen gar nicht so günstig, wenn der Bischof von Münster durch die Personalunion mit Osnabrück zu unabhängig würde.

Zwar beteuerte Ludwig XIV. stets seine Bereitschaft, den Bischof von Münster unterstützen zu wollen, da dieser am besten geeignet sei, die Rechte Osnabrücks gegen seine mächtigen Nachbarn zu verteidigen<sup>64</sup>; diese Disposition resultierte jedoch nicht aus einer grundsätzlichen Bereitschaft, sondern erklärt sich vielmehr aus bestimmten, parallel zum Osnabrücker Wahlkampf stattfindenden politischen Entwicklungen. Auf Initiative des Herzogs von Braunschweig-Lüneburg-Wolfenbüttel, Anton Ulrich, waren nämlich ab Mitte Januar Verhandlungen zwischen Münster, Dänemark und Wolfenbüttel aufgenommen worden, die die Erneuerung des Vertrages der drei Parteien von 1693 zum Ziel hatten<sup>65</sup>. Frankreich sah darin einen ersten möglichen Schritt für sein Bündnissystem im Reich: alle drei Fürsten gehörten zu den führenden Köpfen der Oppositionsgruppe gegen die 9. Kur; Münster und Dänemark waren schon einmal für die Bildung einer Dritten Partei gewonnen

61 KEINEMANN (wie Anm. 13) S. 252.

62 Ibid. S. 127; ders. (wie Anm. 53) S. 191–193.

63 Vgl. SCHEEL (wie Anm. 6) S. 166–169.

64 König an Frischmann am 23. 1. 1698; AAE, C.P. Munster 18.

65 Frischmann an König am 15. 1. 1698; AAE, C.P. Munster 16; vgl. Georg SCHNATH, Geschichte Hannovers im Zeitalter der neunten Kur und der englischen Sukzession 1674–1714, Bd. 2: 1693–1698, Hildesheim 1976, S. 21.

worden; Herzog Anton Ulrich konnte man Anfang 1698 fast schon sicher zur französischen Klientel zählen. In der Tat sollte Ludwig XIV. im Frühjahr 1698 die Idee eines neuen Rheinbundes auf der Grundlage der Opposition gegen die neue Kurwürde lancieren<sup>66</sup>. Noch zögerte Friedrich Christian jedoch, sich dem Ansinnen Anton Ulrichs anzuschließen, da er dahinter eigennützige Motive des Herzogs vermutete, und in dieser Situation konnte es nicht schaden, wenn der Bischof positiv auf die französischen Pläne eingestimmt wurde, indem man ihm die Unterstützung des Königs in Aussicht stellte.

Als Frischmann Ende Januar berichtete, Ferdinand von Plettenberg, der Bruder des Bischofs, spiele selbst mit dem Gedanken, in Osnabrück zu kandidieren, und wolle zu diesem Zweck sein Kanonikat in Hildesheim gegen eines in Osnabrück eintauschen, um seine Chancen zu vergrößern und selbst in den Kreis der Wähler einzutreten<sup>67</sup>, kam aus Versailles die Anweisung, die Ansprüche des Großdekans gleichfalls zu unterstützen<sup>68</sup>.

Erst als Frischmann einen knappen Monat später übermittelte, der Bischof wünsche seine, Frischmanns, Anwesenheit in Osnabrück, um von der Autorität des Königs zu profitieren<sup>69</sup>, entschloß sich Ludwig XIV., ihm ein entsprechendes Beglaubigungsschreiben für das Kapitel zu senden<sup>70</sup>. Ziel der Mission sollte aber nicht die offene Schützenhilfe für den Münsteraner Bischof sein. Vielmehr wird Frischmann sogar ausdrücklich angewiesen, nicht allzu stark für Friedrich Christian zu agitieren und sich so zu verhalten, daß auch im Fall der Wahl eines anderen Kandidaten Frankreich gute Beziehungen zu diesem aufbauen könne<sup>71</sup>. Frischmann solle vielmehr ganz allgemein *l'interest que je prends à tout ce qui regarde les affaires de l'Empire*<sup>72</sup> zum Ausdruck bringen. Mit dieser Anspielung auf seine Garantenrolle unterstrich der französische König die seiner Meinung nach im Westfälischen Friedensvertrag verbrieften Rechte Frankreichs im Reich und legitimierte auf diese Weise die Anwesenheit Frischmanns in Osnabrück. Mit seiner nach außen hin neutralen Haltung gab sich Ludwig XIV. den Anschein einer überparteilichen Kontrollinstanz, der nur an der Aufrechterhaltung der Friedensordnung gelegen war.

Die juristische Grundlage für diesen Anspruch war jedoch äußerst zweideutig. Die Bestimmungen des Westfälischen Friedens sind nämlich, was das Vorliegen eines Garantiefalles angeht, nur sehr vage gehalten. Bereits unter Zeitgenossen war umstritten, ob die Garantiefunktion der Signatarmächte erst bei Auftreten von Streitfällen und nur auf Anrufung durch die Betroffenen wirksam werden sollte<sup>73</sup>. So war es fraglich, ob Frankreich den Anspruch ableiten konnte, auch bei so »normalen« Vorgängen wie einer Bischofswahl als »Hüter der Reichsverfassung« aufzutre-

66 König an Frischmann am 10.4., 1.5., 29.5., 19.6. 1698; AAE, C.P. Munster 18; Frischmann an König am 10.5. 1698; AAE, C.P. Munster 16.

67 Frischmann an König am 22.1. 1698; AAE, C.P. Munster 16.

68 König an Frischmann am 30.1. 1698; AAE, C.P. Munster 18.

69 Frischmann an König am 16.2. 1698; AAE, C.P. Munster 16.

70 König an Frischmann am 27.2. 1698; AAE, C.P. Munster 18.

71 König an Frischmann am 10.3. 1698; AAE, C.P. Munster 18.

72 König an Frischmann am 10.3. 1698; AAE, C.P. Munster 18, fol. 20r.

73 IPO XVII §§ 5 und 6; vgl. Dickmann (wie Anm. 2) S. 340–342; Schnur (wie Anm. 9) S. 29–34.

ten und in dieser Eigenschaft ständig im Reich Präsenz zu zeigen – sozusagen prophylaktisch, damit Streitfälle erst gar nicht entstehen konnten. Hierin kommt deutlich zum Ausdruck, welche Bedeutung juristische Legitimationszusammenhänge für die französische Außenpolitik besaßen und wie der Versailler Hof durch bewußt einseitige Auslegung Rechtssätze für seine machtpolitischen Ziele instrumentalisierte.

Inzwischen gingen die Verhandlungen der verschiedenen Parteien in Osnabrück weiter. Als Wahltermin wurde der 14. 4. 1698 festgelegt<sup>74</sup>. Von seiten Friedrich Christians war es wieder sein Bruder Ferdinand, der mit der Leitung des Plettenberger Wahlkampfes beauftragt wurde und inzwischen die Pläne für eine eigene Kandidatur aufgegeben hatte.

Zunächst wurden Versuche unternommen, die Familienunion mit dem Haus Wolff-Metternich erneut zu aktivieren, jedoch ohne Erfolg. Friedrich Christian beschwor in einem Brief an Hermann Werner von Wolff-Metternich die Gefahr des Protestantismus, die Osnabrück bedrohe und die mittels einer Personalunion mit Münster wirksam abgewehrt werden könne; daher befürworte sogar der Papst seine – Plettenbergs – Kandidatur<sup>75</sup>. Die Gegenpartei schien von dieser Argumentation nicht sehr beeindruckt; sie versuchte sogar, Ferdinand von Plettenberg für ihre Pläne einzuspannen, indem sie ihn bereits im Januar mit der Zusage lockte, ihn bei der nächsten Wahl in Paderborn zu unterstützen, wenn er dieses Mal Franz Arnold helfe.

Aber schon damals klagte Plettenberg gegenüber Frischmann über die mangelnde Vertrauenswürdigkeit der Wolff-Metternichs<sup>76</sup>.

Auch Friedrich von Brandenburg ließ es nicht an Ermahnungen an Arnold von Wachtendonck fehlen, seine Söhne zum Votum für Wolff-Metternich zu veranlassen<sup>77</sup>. Doch auch seine Vorstöße fruchteten nichts.

Mitte März sah die Stimmenverteilung wie folgt aus: 7 Kapitulare hatten sich für Wolff-Metternich erklärt, 8 für den älteren Wachtendonck, nur 3 für den Bischof von Münster. Karl von Lothringen scheint zu diesem Zeitpunkt noch über keinen Anhang verfügt zu haben<sup>78</sup>. Diese Stimmenverteilung mußte jedoch nicht unbedingt als aussagekräftige Prognose für den Wahlausgang betrachtet werden, denn einige Domherren mochten sich nur deshalb einer Partei angeschlossen haben, um die Abwerbeangebote der Gegenparteien in die Höhe zu treiben. Vor allem die fehlende Unterstützung für den Habsburger scheint höchst unglaublich. Keinemann stützt seine Darstellung auf die Angaben von den Bussches; Frischmann dagegen, dessen Aussagen im allgemeinen sehr zuverlässig sind, bemerkte schon Anfang Januar 1698, daß die Stimmung im Kapitel mehrheitlich für Karl von Lothringen sei<sup>79</sup>. Man kann wohl davon ausgehen, daß sich die Domherren bis zuletzt nicht auf einen bestimmten Kandidaten festlegen wollten, um soviel wie möglich von der Rivalität der verschiedenen Parteien zu profitieren.

74 Frischmann an König am 9. 3. 1698; AAE, C.P. Munster 16.

75 KEINEMANN (wie Anm. 53) S. 195.

76 Frischmann an König am 22. 1. 1698; AAE, C.P. Munster 16.

77 KEINEMANN (wie Anm. 53) S. 194.

78 KEINEMANN (wie Anm. 53) S. 195f. macht keine Angaben über die Haltung der noch verbleibenden drei Kapitulare. Die drei protestantischen Domherren waren nicht stimmberechtigt.

79 Frischmann an König am 12. 1. 1698; AAE, C.P. Munster 16.

Friedrich Christian erkannte, daß die Anwesenheit des französischen Gesandten in Osnabrück seine Wahlaussichten eher schmälern als steigern würde, und hielt es für ratsam, den Eindruck zu vermeiden, er sei ein Kandidat Frankreichs<sup>80</sup>, vor allem als deutlich wurde, daß der französische König keine finanziellen Zuwendungen genehmigen würde. Daraufhin verschob Frischmann seine Reise nach Osnabrück bis auf weiteres, was von Ludwig XIV. gebilligt wurde<sup>81</sup>.

Angesichts des drohenden Mißerfolgs seines Neffen intensivierte nun auch Leopold I. seine Bemühungen im Hochstift. Mitte März traf Graf Eck als kaiserlicher Wahlkommissar in Osnabrück mit der Instruktion ein, *denselben obberührten Prinzen aufs nachdrücklichste zu rekommenidieren, mit Vorstellung nicht nur seines Vaters Lbd. um die ganze Christenheit erworbenen unsterblichen Verdienste, sondern auch seiner eigenen Tugenden und anderen vortrefflichen Personalbeschaffenheit*.<sup>82</sup> Etwa zur gleichen Zeit kehrte der Münsteraner Gesandte in Wien, Galen, in das Bistum zurück, versehen mit einem umfangreichen Angebot des Kaisers an Friedrich Christian, um diesen zum Rückzug seiner Kandidatur zu bewegen. Leopold offerierte dem Bischof, ihm den Kardinalshut zu verschaffen, die Wahl Ferdinands zum Bischof von Paderborn zu fördern und der Familie ein Reichslehen zu übertragen. Ein ähnliches Angebot sollte Galen auch dem Bischof von Paderborn vorlegen. So berichtet zumindest Frischmann<sup>83</sup>. Falls seine Informationen stimmen, so wäre dies allerdings ein hoher Preis für einen Bischofsstuhl, doch einer, dessen Zahlung erst in der Zukunft fällig werden würde und darüber hinaus auch von anderen Risikofaktoren abhing. Kein Wunder also, daß der Bischof von Münster nicht darauf einging. Zumindest wird deutlich, welch große Bedeutung der Kaiser dem Erfolg dieser Wahl zumaß.

Eine knappe Woche vor dem Wahltermin sah Frischmann den Zeitpunkt gekommen, nun persönlich in Osnabrück vorstellig zu werden. Nach seiner Ankunft am 8. April<sup>84</sup> befolgte er die königliche Instruktion vom Februar/März und war fest entschlossen, sich so zu verhalten, daß, wer auch immer gewählt würde, dieser sich dem König verpflichtet fühlte. Zu diesem Zweck stellte er Unparteilichkeit zur Schau und verkündete, dem französischen König gehe es allein um die Religion und die Wahl eines würdigen Kandidaten<sup>85</sup>. Über mögliche, darüber hinausgehende Aktivitäten berichtet er nichts. Auch über den Inhalt seiner Audienz beim Domkapitel am 11. April ist nichts bekannt<sup>86</sup>, jedoch kann man wohl mit Sicherheit davon ausgehen, daß er auch bei dieser Gelegenheit dem Leitmotiv seiner Instruktion gefolgt ist. Daß er sich mit Eck über die Wahl Karls verständigt habe, wie eine zeitgenössische Quelle berichtet<sup>87</sup>, entspricht nicht den Tatsachen. Seine offenkun-

80 Frischmann an König am 23. 3. 1698; AAE, C.P. Munster 16.

81 König an Frischmann am 3. 4. 1698; AAE, C.P. Munster 18.

82 Instruktion für Eck, zitiert nach Keinemann (wie Anm. 53) S. 197, Anm. 44.

83 Frischmann an König am 30. 3. 1698; AAE, C.P. Munster 16.

84 Nicht, wie Keinemann (wie Anm. 53) S. 193 behauptet, am 10. 4. 1698. Frischmann an König am 9. 4. 1698; AAE, C.P. Munster 16.

85 Frischmann an König am 9. 4. 1698; AAE, C.P. Munster 16.

86 KEINEMANN (wie Anm. 53) S. 193.

87 Carl STÜVE, Sedisvacanz-Zeit nach dem Tode Bischofs Ernst August I. (2. Febr. 1698) und Wahl Carls v. Lothringen. Nach den Aufzeichnungen des Iburger Abts Maurus Rost, in: Mittheilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück 16 (1891) S. 124.

dige Neutralität wurde in Münster mit Erleichterung registriert und ausdrücklich begrüßt<sup>88</sup>.

Die Entscheidung wurde wenige Tage vor dem angesetzten Wahltermin offenkundig. Bei Franz Arnold von Wolff-Metternich fielen die kaiserlichen Offerten auf fruchtbaren Boden. Falls das Schreiben Arnold von Wachtendoncks vom 25. März 1698 an Friedrich III. nicht nur Wahlpropaganda für seinen Sohn, sondern auch ein Körnchen Wahrheit enthält, so scheint die Partei Wolff-Metternichs schon Ende März Auflösungserscheinungen gezeigt zu haben, während die Anhänger Wachtendoncks fest entschlossen seien, auf keinen Fall zur Partei des Dompropstes überzulaufen, wie Arnold von Wachtendonck dem Kurfürsten klarmachte<sup>89</sup>.

Das stetig wachsende Risiko eines Mißerfolgs vor Augen, hielt es Wolff-Metternich für geraten, nun wenigstens aus seiner Niederlage den größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Gegen die Zusage des Kaisers, ihn bei seiner Koadjutorwahl in Paderborn zu unterstützen, erklärte er seine Bereitschaft, für Karl von Lothringen zu stimmen. Damit vertiefte er den Bruch seiner Familie mit den Plettenbergern, da die Anmeldung seiner Anwartschaft auf Paderborn die Hoffnungen Ferdinands von Plettenberg konterkarierte, der selbst ein Auge auf dieses Bistum, in dem er Großdekan war, geworfen hatte. Tatsächlich kam es 1703 anlässlich der Koadjutorwahl in Paderborn zu einer erneuten Auseinandersetzung zwischen beiden Familien, die noch verschärft wurde durch den Übertritt der Familie Fürstenberg auf die Seite der Wolff-Metternichs<sup>90</sup>.

Auf die Nachricht von der Aufgabe des Dompropstes hin schlossen sich nun auch Wachtendonck und seine Anhänger dem Lothringer an<sup>91</sup>, da sie nun Gewißheit hatten, daß Wolff-Metternich nicht gewählt würde, und sie sich nun das Wohlwollen Karls sichern wollten. Den wenigen Parteigängern Münsters blieb in dieser Situation auch nichts anderes übrig, als sich der Mehrheit anzuschließen, und so wurde am 14. April 1698 Karl von Lothringen in einstimmiger Wahl zum Bischof von Osnabrück gewählt<sup>92</sup>.

Man kann Keinemann zustimmen in der Einschätzung, daß für den Ausgang der Wahl weniger die Macht des Kaisers ausschlaggebend war als vielmehr »die große Rivalität unter dem westfälischen Stiftsadel«<sup>93</sup>. Dem Domkapitel war weder die Wahl Wolff-Metternichs, dessen Familie bereits in Paderborn den Bischofsstuhl besetzt hatte, noch die Wahl Plettenbergs aus dem mächtigen Münster genehm. Die Schnelligkeit, mit der die Wachtendonck-Partei sich dem Lothringer anschloß, deutet darauf hin, daß sie weniger für ihren Spitzenkandidaten, als vielmehr gegen die beiden anderen westfälischen Bewerber optierte. Hinter Wachtendonck verbarg sich anscheinend eine Gruppe des westfälischen Stiftsadels, der es vor allem darauf ankam, die exponierte Machtstellung einer oder mehrerer Familien zu verhindern.

88 Frischmann an König am 12. 4. 1698; AAE, C.P. Munster 16.

89 KEINEMANN (wie Anm. 53) S. 196.

90 KEINEMANN (wie Anm. 13) S. 130f.

91 Frischmann an König am 12. 4. 1698; AAE, C.P. Munster 16; KEINEMANN (wie Anm. 53) S. 197 nennt als Datum des Umschwungs den 13. 4. Dieser muß jedoch schon vorher stattgefunden haben.

92 Frischmann an König am 14. 4. 1698; AAE, C.P. Munster 16; KEINEMANN (wie Anm. 53) S. 197.

93 KEINEMANN (wie Anm. 53) S. 197.



Karl von Lothringen stellte in den Augen der Mehrheit der Domherren die beste Lösung dar, da er für Osnabrück den notwendigen Schutz gegen die latenten Säkularisationsbestrebungen der benachbarten Welfen garantierte. Daß der Stiftsadel jedoch nicht gewillt war, dem Kaiser eine darüber hinausgehende Erweiterung seines Einflußbereiches in Westfalen zuzugestehen, erwies sich 1706 bei der Neuwahl in Münster. Karl von Lothringen, der gemäß den habsburgischen Plänen auch hier plazierte werden sollte, mußte dieses Mal nach einem dramatischen Wahlkampf eine Niederlage einstecken, und zwar gegen eben jenen Franz Arnold von Wolff-Metternich, den er bei der Osnabrücker Wahl noch hatte für sich gewinnen können<sup>94</sup>.

Für den französischen König war die Osnabrücker Wahl eine willkommene Gelegenheit, die ihm seiner Ansicht nach aus dem Westfälischen Frieden zustehenden Rechte im Reich geltend zu machen. Dem Reich versuchte er, seine überzogene Interpretation der Garantenrechte dadurch schmackhaft zu machen, daß er sich als Protektor der Reichsverfassung und der ständischen Rechte präsentierte. Frankreichs Garantenfunktion sollte zu einem Pendant zu den kaiserlichen Rechten im Reich ausgebaut werden. Mit diesem Ziel und auch angesichts der internationalen Entwicklungen hielt Ludwig XIV. es für geraten, in Osnabrück und bei anderen sich bietenden Gelegenheiten im Reich eine Überparteilichkeit zur Schau zu tragen, die allerdings das Ziel verfolgte, das Reich vom Kaiser abzuspalten und zu neutralisieren oder, falls nötig, eine für Frankreich agierende Fürstenpartei im Reich zu befestigen.

<sup>94</sup> KEINEMANN (wie Anm. 13) S. 131–141.

KIRSTEN HAUER

## DIE BEZIEHUNGEN FRANKREICHS ZU DÄNEMARK AM ENDE DES 17. JAHRHUNDERTS (1698–1700)

### I. Einleitung

Den politischen Verbindungen Frankreichs mit Dänemark in der frühen Neuzeit hat die Forschung im Gegensatz zu den französisch-schwedischen Beziehungen jener Epoche bislang wenig Interesse entgegengebracht. Da aber Frankreich nach langjähriger Unterbrechung ab 1624 wieder diplomatische Vertreter in das skandinavische Land entsandte und die Kontakte sich ständig intensivierten, scheint ihre Thematisierung eine lohnende Aufgabe darzustellen.

Um dieses Thema im Rahmen eines Aufsatzes adäquat untersuchen zu können, muß eine Beschränkung auf wenige Jahre vorgenommen werden, wofür sich die Zeit zwischen dem Frieden von Rijswijk und den beiden großen europäischen Auseinandersetzungen des beginnenden 18. Jahrhunderts, des Nordischen Krieges und des Spanischen Erbfolgekrieges, anbietet. Frankreich und Dänemark hatten inzwischen Erfahrungen im Umgang miteinander gesammelt, für beide traten zwei der sie jeweils über Jahrzehnte hinweg beschäftigenden Probleme, die Spanische Sukzessionsfrage und der Konflikt mit Schweden, in ihre Endphasen, und sie waren mit einschneidenden Veränderungen der europäischen Staatenwelt konfrontiert, wobei vor allem an den Machtzuwachs Englands, Brandenburg-Preußens und Rußlands, aber auch an die international Einfluß gewinnende Gleichgewichtsidee zu denken ist.

Wie sich vor diesem Hintergrund die Beziehungen zweier Länder gestalteten, die nicht unmittelbar an den vorrangigen Problemen des jeweils anderen partizipierten, ist die übergeordnete Fragestellung dieses Beitrages. Durch die Herausarbeitung der für Frankreich und Dänemark relevanten Themen, der Argumente, mit denen Frankreich seine Positionen zu legitimieren suchte, des Umganges mit faktischen oder prätendierten Interessenübereinstimmungen, -divergenzen und -kollisionen sollen der Stellenwert des skandinavischen Landes in der französischen Politik verortet und wenn möglich Rückschlüsse auf Motive und Methoden der Außenpolitik Frankreichs bzw. Ludwigs XIV. gezogen werden.

Die Quellengrundlage hierfür bilden die Bände 60 bis 64 der Correspondance Politique Danemark in den Archives du Ministère des Affaires Etrangères in Paris. Sie enthalten die Originale der Briefe des französischen Gesandten in Dänemark und die Konzepte der Antwortschreiben bzw. Instruktionen der französischen Regierung vom Mai 1698 bis zum Dezember 1700. Dieser Bestand ermöglicht es, die Politik Frankreichs gegenüber Dänemark im genannten Zeitraum nachzuvollziehen.

Im folgenden ist zu diesem Zwecke ausgehend von der als Zwischenbilanz und Indikator französischer Interessen im Jahre 1698 aufgestellten Entsendungsinstruk-

tion für den neuen Gesandten Ludwigs XIV. am Kopenhagener Hof, Comte de Chamilly, die Entwicklung der dänisch-französischen Beziehungen bis zum Frieden von Traventhal nachzuzeichnen. Um nicht nur eine bloße Momentaufnahme zu erhalten, konnte auf Vor- und Rückgriffe wie auch die Einordnung des Erläuterten in größere zeitliche und internationale Zusammenhänge nicht verzichtet werden. Andernfalls hätte die Gefahr einer Reduzierung bilateraler Interaktion auf die Tageskonjunkturen des politisch-diplomatischen Geschäftes nahegelegen, was der Annäherung an eine vertiefte Beurteilung der Beziehungen beider Länder zueinander eher hinderlich gewesen wäre.

## II. Die Ausgangslage

In der vom 17. Mai 1698 datierenden Entsendungsinstruktion für den fortan als außerordentlicher Botschafter Ludwigs XIV. in Dänemark fungierenden Infanteriebrigadier der königlichen Armeen, Chamilly, wird die Notwendigkeit, zum Erhalt des Friedens im Norden und einem besseren Verständnis der Rivalen Dänemark und Schweden beizutragen, als Hauptziel der französischen Politik in Skandinavien herausgestellt mit dem Argument, die Union dieser Gegner könne politisch wie ökonomisch für beide von Vorteil sein. Doch mache ihr traditioneller Antagonismus die Hoffnung auf einen dauerhaften und soliden Ausgleich nicht wahrscheinlich. So sei alles, was Ludwig zum Nutzen beider Kronen tun könne, *de prévenir par ses bons offices les mauvais effets que cette jalousie mutuelle est capable de produire, et son intention est de donner la même application à la tranquillité du Nord qu'elle veut apporter au maintien de la paix générale.*<sup>1</sup> Nach Erläuterung der allgemeinen Richtlinie behandelt die Instruktion die Haltung Frankreichs zu jenen Themen, die am ehesten geeignet schienen, Nordeuropa in Kriegswirren zu stürzen.

<sup>1</sup> Siehe zum Folgenden die Entsendungsinstruktion für Chamilly, in: Auguste GEFFROY (Hg.), *Recueil des Instructions données aux Ambassadeurs et Ministres de France depuis les Traités de Westphalie jusqu'à la Révolution Française*, Bd. 13: Danemark, Paris 1895, S. 84–98, Zitat S. 85. *Bons offices* definiert Fritz DICKMANN, *Der Westfälische Frieden*, 2. Auflage Münster 1965, S. 81 als »mildeste Form der Einwirkung einer dritten Macht, die die Selbständigkeit der Streitenden am wenigsten beeinträchtigt (...). Keinem Staat ist es benommen, seine Hilfe zur Beilegung eines Konfliktes auch ungebeten zu leihen, es bedarf dafür keiner Zustimmung der streitenden Mächte, freilich sind sie auch nicht verpflichtet, diese Ratschläge anzuhören oder darüber zu verhandeln. Aber sobald die guten Dienste eines Dritten von beiden Parteien akzeptiert werden, können sie zur Vermittlung werden.« Zum Verhältnis von »guten Diensten«, Vermittlung und Schiedsgerichtsbarkeit am Beispiel der englischen Friedensvermittlung in Nijmegen (1676–1679) vgl. Heinz DUCHHARDT, *Arbitration, Mediation oder Bons Offices?*, in: DEKS., *Studien zur Friedensvermittlung in der Frühen Neuzeit* (Schriften der Mainzer Philosophischen Fakultätsgesellschaft, Nr. 6) Wiesbaden 1979, S. 23–88 sowie generell zu diesem Themenkomplex Heinz DUCHHARDT, »Friedensvermittlung« im Völkerrecht des 17. und 18. Jahrhunderts: Von Grotius zu Vattel, in: *ibid.* S. 89–117. Speziell zu den politischen Verhältnissen im Ostseeraum siehe Jill LISK, *The Struggle for Supremacy in the Baltic 1600–1725*, London 1967. Zu Chamilly siehe Emile FRANCESCHINI, François-Jacques Bouton, comte de Chamilly, in: Jules BALTEAU/Marius BARROUX/Marcel PREVOST/Roman D'AMAT u. a. (Hgg.), *Dictionnaire de Biographie Française*. Bisher 17 Bde., Paris 1933 ff., Bd. 8 (1959), Spalte 283 sowie die mir unzugängliche Arbeit des Familienbiographen der Boutons Eugène BEAUVOIS, *Le Comte de Chamilly et son Ambassade en Danemark*, Dijon 1868.

### 1. Schleswig-Holstein

In summarischer Darstellung rekapituliert die Instruktion die Entwicklung der als Grundkonflikt angesehenen Frage der Souveränität über die Herzogtümer Schleswig und Holstein seit dem Vertrag von Ripen (1460), der die bis 1863 währende Realunion der Gebiete begründet hatte<sup>2</sup>.

Im Zuge der 1490 einsetzenden Teilungsperiode hatte sich in etwa folgendes Verhältnis herauskristallisiert: Es existierten das vom dänischen König verwaltete Herzogtum Schleswig und das dem gottorfischen Herzog unterstellte Herzogtum Holstein. Beide Regenten stammten aus dem Hause Oldenburg und besaßen Anteile am jeweils anderen Gebiet. Der Däne war als Träger der Krone Oberlehnsherr von Schleswig, er belehnte sich also selbst. Der Gottorfer dagegen war für seinen Anteil an Schleswig Lehnsmann des dänischen Monarchen. Für ihren holsteinischen Besitz waren beide Lehnsmänner des deutschen Kaisers. Dem Teilungsverbot von 1460 wurde formal durch die teils nur gewohnheitsrechtlich legitimierten Verwaltungsformen Union und Communion Rechnung getragen. Die Union beinhaltete die gemeinsame Verantwortung für die Verteidigung der Herzogtümer, also eher die außenpolitischen Belange der Herzogtümer, die innenpolitisch ausgerichtete Communion war die gemeinschaftliche Regierung von König und Herzog über Ritterchaft und Prälaten in ständischen sowie allgemeinen weltlichen und geistlichen Fragen. Jurisdiktion, Landessteuern und Verteidigung stellten somit prinzipiell Aufgaben der gemeinschaftlichen Regierung dar.

Trotz der labilen Gesamtverfassung der Herzogtümer war man in Versailles nicht ganz zu recht der Auffassung, beide Parteien hätten bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts meist relativ gut kooperiert, indem sie gemeinsam ihre Souveränität und Rechte über Adel und Klerus ausübten und für die Landesverteidigung vorgesehenes Geld gemäß einstimmiger Beschlüsse verwendeten. Weiterhin hätten sie sich mit der Teilung der Einkünfte aus einigen Kreisen begnügt und Differenzen möglichst schnell beigelegt. Scheinbar sei darauf geachtet worden, keine Aushebungen ohne reziprokes Einverständnis vorzunehmen. Durchaus zutreffend sahen die Franzosen in dem Umstand, daß Holstein-Gottorf nicht die Macht besaß, ohne dänische Zustimmung Truppen und Geld aus den eigenen Ländern zu ziehen, den Kern der Konflikte zwischen Dänemark und den holsteinischen Herzögen. Die Unions-/

2 Siehe Otto BRANDT, *Geschichte Schleswig-Holsteins. Ein Grundriss*, 6. Auflage, überarbeitet von Wilhelm KLÜVER. Mit Beiträgen von Herbert JANKUHN, Kiel 1966, S. 115–173; Troels FINK, *Geschichte des Schleswigschen Grenzlandes*, Kopenhagen 1958, S. 59–91; Gottfried Ernst HOFFMANN/Klauspeter REUMANN, *Die Herzogtümer von der Landesteilung von 1544 bis zum Kopenhagener Frieden von 1660*, in: Gottfried Ernst HOFFMANN/Klauspeter REUMANN/Hermann KELLENBENZ, *Die Herzogtümer von der Landesteilung 1544 bis zur Wiedervereinigung Schleswigs 1721* (*Geschichte Schleswig-Holsteins*, Bd. 5), Neumünster 1986, S. 200/4–200/18; Hermann KELLENBENZ, *Die Herzogtümer vom Kopenhagener Frieden bis zur Wiedervereinigung Schleswigs 1660–1721*, in: *ibid.* S. 203–321; Günter KNÜPPEL, *Das Heerwesen des Fürstentums Schleswig-Holstein-Gottorf 1600–1715. Ein Beitrag zur Verfassungs- und Sozialgeschichte territorialstaatlicher Verteidigungseinrichtungen* (*Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins*, Bd. 63), Neumünster 1972, S. 12–14, 43–55; Alexander SCHARFF, *Schleswig-Holstein in der Europäischen und Nordischen Geschichte* (*Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft. Neue Folge* Nr. 16), Kiel 1955, S. 22–34; Kersten KRÜGER/Andreas KÜNNE, *Kiel im Gottorfer Staat (1544 bis 1773)*, in: Jürgen JENSEN/Peter WULF (Hgg.), *Geschichte der Stadt Kiel*, Neumünster 1991, S. 65–136, siehe S. 65f.

Communionsverfassung setzte Gottorfs Streben nach Alleinherrschaft über beide Herzogtümer das wirksamste Hindernis entgegen, da sie der Erlangung völliger Wehrhoheit mit Bewaffnungs- und Fortifikationsrecht (*ius armorum et ius fortificationum*) sowie dem Recht der Kriegsführung entgegenstand. Die Militärsouveränität war aber eine Bedingung für die Entwicklung Schleswig-Holstein-Gottorfs zum armierten Territorialstaat<sup>3</sup>.

So habe Herzog Friedrich III. (1616–1659) die Unterstützung des schwedischen Königs Karl X. Gustav, seines Schwiegersohnes, gesucht und davon am Ende des Ersten Nordischen Krieges (1657–1660) profitiert. In den Friedensverträgen von Roskilde 1658 und Kopenhagen 1660 verlor Dänemark nicht nur seine wirtschaftlich bedeutendsten Provinzen Halland, Schonen und Bleking an Schweden, sondern mußte in einem Separatvertrag (1658) dem Gottorfer die Souveränität über Fehmarn sowie den gottorfischen Teil Schleswigs zedieren und das Versprechen abgeben, ihm nicht zu schaden oder ihn anzugreifen<sup>4</sup>. Diese drei von Dänemark als demütigend empfundenen Verträge waren vor allem von Frankreich und England, den Bundesgenossen Schwedens, vermittelt worden. Sie hoben zwar die Bestimmungen der gemeinschaftlichen Regierung nicht auf, doch das Souveränitätszugeständnis konnte künftig zur Legitimation einer Bewaffnungs- und Befestigungspolitik dienen. Das war für Dänemark angesichts der gottorfischen Sympathie für Schweden bedrohlich, weil damit militärische Gefahr von Osten und Süden drohte<sup>5</sup>. Es versuchte in der Folgezeit, Gottorf unter seine Lehnshoheit zu zwingen, während die Herzöge mit schwedischer Hilfe verstärkt nach Durchsetzung ihrer Interessen strebten.

Nach einer kurzen Friedensphase nötigte König Christian V. den Herzog im Rendsburger Rezeß von 1675 zum Verzicht auf alle Erfolge seit den Verträgen von Roskilde und Kopenhagen, also zu erneuter Unterwerfung und Aufgabe der Souveränität<sup>6</sup>. Konnte das im Holländischen Krieg mit dem Kaiser und Brandenburg gegen Frankreich-Schweden verbündete Dänemark den Rendsburger Vergleich nicht zuletzt aufgrund der günstigen Kriegslage nach dem brandenburgischen Sieg über Schweden bei Fehrbellin erzwingen, gestaltete sich die Situation am Ende des Krieges für die Dänen denkbar ungünstig, als nacheinander alle Länder Separatfrie-

3 KNÜPPEL (wie Anm. 2) S. 44–55.

4 Separatvertrag vom 2./12. 5. 1658, in: Laurs Rasmus(sen) LAURSEN, (Hg.), *Danmark-Norges Traktater 1523–1750. Med Dertil Hørende Aktstykker*, Band 4–9, Kopenhagen 1917–1933, Bd. 5, (1920), S. 279ff.; Friedrich Wilhelm GHILLANY (Hg.), *Diplomatisches Handbuch. Sammlung der wichtigsten europäischen Friedensschlüsse, Congressacten und sonstigen Staatsurkunden vom Westphälischen Frieden bis auf die neueste Zeit*, 2 Bände, Noerdingen 1855, II. Theil, S. 105–112. Vgl. HOFFMANN/REUMANN (wie Anm. 2) S. 3–200/41, siehe S. 200/10–200/16. Datierungen, die nicht in altem (julianischem) und neuem (gregorianischem) Stil angegeben worden sind, richten sich im folgenden in der Regel nach dem in dem betreffenden Staat bzw. an dem Entstehungsort eines Dokumentes gebräuchlichen Stil. Zu einzelnen Aspekten der schwedischen Interessen in Norddeutschland siehe: Die Bedeutung Norddeutschlands für die Großmacht Schweden im 17. Jahrhundert. Kolloquium schwedischer und deutscher Historiker in Stade am 25. 6. 1984, bearbeitet von Jürgen BOHMBACH, (Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv Stade, Bd. 3), Stade 1986.

5 KELLENBENZ (wie Anm. 2) S. 205f.

6 Rendsburger Vergleich vom 10. 7. 1675, in: LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 6 (1923), S. 600ff. Vgl. KELLENBENZ (wie Anm. 2) S. 217f. Der Herzog mußte dem König in einem offenen Brief vom 11. 7. 1675 (Gottorf), in: LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 6, S. 627ff., die Verteidigung der Grafschaften und seine Befestigungen bei Tönning, Gottorf und Stapelholm übergeben.

den mit Frankreich schlossen<sup>7</sup>. So beinhaltete der von Ludwig XIV. im Rahmen der Friedensschlüsse von Nijmegen veranlaßte Vertrag von Fontainebleau die Verpflichtung zur Rückgabe der Provinzen, Inseln und Plätze, die der dänische König Schweden während des Krieges genommen hatte<sup>8</sup>. Weiterhin hatte Dänemark erneut die Vereinbarungen von Westfalen, Roskilde und Kopenhagen anzuerkennen und den gottorfischen Herzog wieder in seine Rechte einzusetzen<sup>9</sup>.

In der folgenden Zeit habe Christian V., so der Instruktionstext weiter, die Richtung seiner Politik verändert und sei Frankreichs Verbündeter geworden, dennoch habe er sein Ziel, die Unterwerfung Gottorfs, nicht aus den Augen verloren<sup>10</sup>. Der Grund für weitere Probleme habe in dem Umstand gelegen, daß der Vertrag von Fontainebleau den Modus der Kontributionserhebung in den Herzogtümern nicht regelte. Als sich die Auseinandersetzungen darum zugespitzt hätten, sei Herzog Christian Albrecht nach Hamburg geflohen und ganz Schleswig bis 1689 unter dänische Herrschaft gekommen. Hier spielte Frankreich auf die von König Christian V. mit dem Rendsburger Okkupationspatent vom 30. Mai 1684 eigenmächtig veranlaßte Vereinigung des gottorfischen und königlichen Anteiles von Schleswig an<sup>11</sup>. Mit der Beilegung des neuen Konfliktes war Frankreich nicht direkt befaßt gewesen, denn den Vertrag von Altona vermittelten der Kaiser und die

7 Vgl. Paul SONNINO, Louis XIV and the Dutch War, in: Ragnhild Marie HATTON (Hg.), Louis XIV and Europe. Essays, London 1976, S. 153–178.

8 Vertrag von Fontainebleau vom 23.8./2.9.1679, in: LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 7 (1926), S. 286ff. Zum Frieden von Nijmegen und St. Germain en Laye siehe Helmuth K. G. RÖNNEFARTH (Hg.), Konferenzen und Verträge. Vertrags-Ploetz. Ein Handbuch geschichtlich bedeutsamer Zusammenkünfte und Vereinbarungen, Teil II, Bd. 3: Neuere Zeit 1492–1914, 2., erweiterte und veränderte Auflage, Würzburg 1958, S. 99–103. Vgl. Heinz DUCHHARDT, Gleichgewicht der Kräfte, Convenance, europäisches Konzert. Friedenskongresse und Friedensschlüsse vom Zeitalter Ludwigs XIV. bis zum Wiener Kongreß (Erträge der Forschung, Bd. 56), Darmstadt 1976, S. 5–40, der *ibid.* S. 17 darauf verweist, daß die Rolle »der Kongreßteilnehmer aus dem zweiten Glied« noch nicht hinreichend erforscht ist. Für Dänemark gilt das bis heute. Zum Friedensschluß zwischen Frankreich-Schweden und Brandenburg-Preußen gibt es ein älteres Werk von P. BULARD, Les Traités de Saint-Germain, Paris 1898, das bei Claude NORDMANN, Grandeur et Liberté de la Suède, 1660–1792 (Publications de la Faculté des Lettres et Sciences Humaines de Paris-Sorbonne, Série »Recherches«, Bd. 63), Paris/Louvain 1971, S. 70, Anm. 143 nachgewiesen ist, mir aber nicht vorgelegen hat.

9 LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 7, S. 248–286 rekapituliert die Vorgeschichte des Vertrages.

10 In dieser Phase entstanden zwei Allianzverträge zwischen Dänemark und Frankreich, siehe die Defensivallianz vom 15./25.3.1682, in: LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 7, S. 544ff.; den Bündnis- und Subsidienvertrag vom 6./16.11.1683, in: LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 8 (1930), S. 158f. Fortan bildeten französische Subsidien eine der Haupteinnahmequellen des Staates, siehe dazu Knud FABRICIUS, Enevældens Dæmring og den Ældre Enevælde, in: Aage FRIIS/Axel LINVALD/M[ogens Bellman] MACKEPFRANG (Hgg.), Schultz Danmarkshistorie, Bd. 3, Kopenhagen 1942, S. 235–524, siehe S. 428 und 434; vgl. KELLENBENZ (wie Anm. 2) S. 222. Gleichzeitig wandte sich Schweden unter Führung B. Oxenstiernas von Ludwig ab und machte dessen Hoffnung auf eine (profranzösische) Union der nordischen Mächte zunichte, siehe NORDMANN (wie Anm. 8) S. 104–110; Andrew LOSSKY, »Maxims of State« in Louis XIV's foreign Policy in the 1680's, in: Ragnhild Marie HATTON/J[ohn] S[elwyn] BROMLEY (Hgg.), William III and Louis XIV. Essays 1680–1720 by and for Mark Thomson, Liverpool 1968, S. 7–23, siehe S. 11–15; vgl. HATTON, Gratifications and Foreign Policy: Anglo-French Rivalry in Sweden during the Nine Years War, in: *ibid.* S. 68–94.

11 Siehe KELLENBENZ (wie Anm. 2) S. 223–225. Das Vorgehen Christians ist mit der Reunionspolitik Ludwigs verglichen worden; siehe *ibid.* S. 224 und BRANDT (wie Anm. 2) S. 166.

Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg<sup>12</sup>. Versailles sah in ihm korrekterweise die Bestätigung der Verträge des Nordens und desjenigen von Fontainebleau, womit vor allem die Wiedereinsetzung des Herzogs in seine Rechte und sein Gebiet gemeint war. Frankreich anerkannte, daß der Herzog nun die Freiheit habe, die neuen Plätze zu befestigen, sofern die Fortifikationen nicht dänischen Interessen oder Artikeln des Vertrages von Fontainebleau zuwiderliefen, und riet bezüglich der Differenzen wegen der Kontributionserhebung zu einer paritätischen Lösung. Man konstatierte aber auch das Fortbestehen des Konfliktes. Er wurde für die Franzosen am Fortifikationsproblem explizit: Der Herzog habe einige wenig beachtenswerte Befestigungen errichtet, was Dänemark als Verstoß gegen die beiderseitigen Konventionen und Verträge interpretiert habe<sup>13</sup>. So hätten sich gemäß des Altonaer Rezesses Vertreter des Kaisers, Sachsens und Brandenburgs als Vermittler mit den Kontrahenten in Pinneberg zu Konferenzen über eine friedliche Lösung des neuerlichen Konfliktes getroffen, allerdings erst nachdem Christian V. die Schanzen 1697 habe schleifen lassen. Bisher seien die Verhandlungen nutzlos gewesen. Die auf dem alten Unionsgedanken beharrenden dänischen Minister hätten unterstrichen, daß die Herzogtümer einvernehmlich und gemeinsam regiert werden müßten, Befestigungsbauten und Truppenaushebungen von der beiderseitigen Zustimmung abhingen. Dänemark werde erklärtermaßen keine Vorschläge anhören, solange Gottorf nicht in allen Punkten diese allgemeine Union anerkannt habe. Der Herzog aber wolle eine Union im dänischen Sinne nicht zulassen. Er bestätige lediglich die gemeinsame Macht über den Adel, ansonsten müsse jeder in seinen Domänen absolute Autorität und folglich das Recht besitzen, Verordnungen zu erlassen, Truppen auszuheben und Fortifikationen zu bauen. Da die Mediation für ihn zwecklos sei, fordere er die dem Altonaer Vertrag verpflichteten Mächte zur Wahrnehmung ihrer Garantenverantwortung auf. Als sich die Vermittler in Pinneberg dem dänischen Anliegen wenig gewogen zeigten, habe Christian bei Ludwig Hilfe gesucht und rekurrierend auf die französische Garantie des Vertrages von Fontainebleau um die Entsendung eines Diplomaten zu den Mediationsverhandlungen gebeten.

Die Aufrechterhaltung der Garantie von Fontainebleau war nahezu das wichtigste Anliegen Dänemarks an Frankreich. Es dürften vor allem zwei Punkte gewesen sein, die es dazu veranlaßten. Zum einen hatte sich bis 1698 bereits gezeigt, daß, abgesehen von Sachsen und mit Einschränkungen auch Brandenburg, die Vermittler den Gottorfer begünstigten. Zum Nachteil Dänemarks nahmen noch Braunschweig-Lüneburg und Schweden an den Beratungen teil<sup>14</sup>. Ein französischer Gesandter hätte

12 Altonaer Rezeß vom 20./30. 6. 1689, in: Laursen (wie Anm. 4), Bd. 8, S. 440ff.; vgl. KELLENBENZ (wie Anm. 2) S. 225–227 und KNÜPPEL (wie Anm. 2) S. 53f. Wilhelm III. trat in Altona für die Interessen Gottorfs ein. Er wollte damit vor allem die Unterstützung Schwedens im Neunjährigen Krieg erlangen, siehe HATTON (wie Anm. 10) S. 84 mit Anm. 50. Die Seemächte wurden Garanten des Vergleiches. Vgl. auch HANS SARING, Die Altonaer Traktate. 1687–1689, in: Zeitschrift der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte 67 (1939), S. 191–242, der die herzogliche Politik besonders positiv hervorhebt.

13 Zur Rüstungspolitik des Ende Dezember 1694 an die Macht gekommenen Herzogs Friedrich IV. siehe KNÜPPEL (wie Anm. 2) S. 172–184 und vgl. KELLENBENZ (wie Anm. 2) S. 230–234 zu seinen engen Kontakten zu Schweden.

14 Eine systematische Aufarbeitung der Pinneberger bzw. Hamburger Mediation gerade unter dem von DUCHHARDT (wie Anm. 8) S. 21–28 herausgestellten Aspekt des Verfalles der traditionellen Vermittler-

die dänische Position auf dem Kongreß zumindest stärken können. Weiterhin boten die allgemeinen Bestimmungen des Artikels von Fontainebleau mehr Interpretationsspielraum als die präziseren Zusagen im Altonaer Traktat. Da die Communion- und Unionsverfassung formal noch bestanden, hätte ihre Aufrechterhaltung Dänemarks Argumentation erleichtert. Doch nach Ludwigs Ansicht hatte ihn der ohne seine Partizipation gemachte Vertrag von Altona seiner früheren Garantspflicht enthoben. Außerdem habe man Christian verdeutlicht, es entspräche nicht der Würde seiner Majestät, sich als Vermittler anzubieten, solange dies nicht von mehr als einer Seite gefordert werde. Das Desinteresse Frankreichs an einem verstärktem Engagement für den dänisch-holsteinischen Ausgleich war überdeutlich. Da in Altona der Herzog unter anderem in die ihm in Fontainebleau zedierten Rechte wieder eingesetzt wurde und insofern kein prinzipieller Widerspruch zwischen beiden Verträgen bestand, wäre eine französische Mediation durchaus denkbar gewesen. Sie hätte für Dänemark einen deutlichen Beitrag Frankreichs zum Erhalt der »tranquillité dans le Nord«<sup>15</sup> und zur Weiterführung der Hamburger Mediationsverhandlungen dargestellt.

## 2. Norddeutschland

Als weitere Möglichkeit der Verwicklung des dänischen Königs in einen Konflikt sah Versailles das Erstarken des Hauses Braunschweig-Lüneburg an<sup>16</sup>. Die braunschweigischen Herzogtümer waren geteilt in drei Linien: 1. Braunschweig-Lüneburg-Kalenberg mit Grubenhagen, den hannoverschen Zweig; 2. Braunschweig-Lüneburg-Celle und 3. Braunschweig-Wolfenbüttel<sup>17</sup>. Von den Hausverträgen, die die Beziehungen der einzelnen Zweige des welfischen Hauses zueinander regelten, kam zum Ende des Jahrhunderts dem Hildesheimer Rezeß von 1665 besondere Bedeutung zu. In ihm hatte man sich nach einer territorialen Neuaufteilung und letztmaligen Anwendung des Optionsrechtes darauf geeinigt, daß künftig Kalenberg

rolle scheint noch auszustehen. Auf den Verlauf der Mediation geht Carl Sehested CHRISTIANSEN (Hg.), *Danmark-Norges Traktater 1523–1750. Med Dertil Hørende Aktstykker (=DNT)*, Bd. 10 und 11 (1948/49), Bd. 11, S. 224 ff. ein. Zu Entwicklung und Charakter der »Garantie« und des »Garantievertrages« siehe die entsprechenden Artikel von Werner KÄGI, in: *Wörterbuch des Völkerrechts*, hg. von Hans-Jürgen SCHLOCHAUER, 3 Bde, Berlin 1960–1962, Bd. 1, Berlin 1960, S. 608–615.

15 GEFFROY (wie Anm. 1) S. 90.

16 Die machtpolitischen Bestrebungen Hannovers im Zusammenhang mit der Durchsetzung seiner Kurwürde sind dargestellt bei Georg SCHNATH, *Geschichte Hannovers im Zeitalter der neunten Kur und der englischen Sukzession 1674–1714*. Im Anschluß an Adolf Köchers unvollendete »Geschichte von Hannover und Braunschweig 1648–1714« (Publikationen aus den Preussischen Staatsarchiven, Bd. 20 und 63), 3 Bände, Bd. 1 (Veröffentlichungen der historischen Kommission für Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe und Bremen, Bd. 18), Hildesheim/Leipzig 1938; Bd. 2 und 3 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, Bd. 18), Hildesheim 1976 und 1978. Für den hier behandelten Zeitraum sind die Bände 2 (1693–1698) und 3 (1698–1714) maßgeblich, die zudem einige Irrtümer des ersten Bandes (1674–1693) revidieren.

17 Vgl. Walther SCHMIDT, *Geschichte des Niedersächsischen Kreises vom Jahre 1673 bis zum Zusammenbruch der Kreisverfassung*, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 7, (Hildesheim 1930), S. 1–134; siehe S. 22 f. Vgl. Joseph KÖNIG, *Landesgeschichte (einschließlich Recht, Verfassung und Verwaltung)*, in: Richard MODERHACK (Hg.), *Braunschweigische Landesgeschichte im Überblick (Quellen und Forschungen zur Braunschweigischen Geschichte, Bd. 23)*, 2. Auflage Braunschweig 1977, S. 61–109; siehe S. 77–87.



und Celle ohne weitere Teilungen und Optionen auf die männlichen Nachfolger des jeweiligen Landesherrn vererbt werden sollten. Der Vergleich wurde garantiert von Frankreich, Schweden, Brandenburg und Wolfenbüttel<sup>18</sup>. Herzog Ernst August von Hannover leitete 1682 im Einvernehmen mit Georg Wilhelm von Celle, der keinen Sohn besaß, mittels der testamentarisch verfügbaren Einführung der Primogeniturordnung zugunsten seines ältesten Sohnes Georg Ludwig die ›Kombination der Herzogtümer‹ Celle und Hannover in die Wege. Seine übrigen Söhne wurden mit Apanagen abgefunden. Die Herzöge von Wolfenbüttel, Rudolf August und Anton Ulrich, sein dominanter Bruder sowie Mitregent ab 1685, waren von Ernst August übergegangen worden, obwohl Anton Ulrich zwei Jahre älter war als Georg Ludwig. Dennoch kam es im März 1684 zur kaiserlichen Konfirmation der Primogenitur, allerdings unter Verwendung der herkömmlichen Formel ›salvo iure tertii‹<sup>19</sup>. Auf sie konnte sich der Protest der jüngeren hannoverschen Prinzen gründen, dem der Wolfenbütteler Anton Ulrich seine tatkräftige Unterstützung nicht versagte. Nach dem Tode Ernst Augusts am 2.2.1698 entfachten Maximilian Wilhelm, zweitältester Sohn Ernst Augusts, und Anton den Protest erneut. Sie konnten auf die Hilfe einiger jener zählen, die der vom verstorbenen Herzog vehement betriebenen Verleihung der Kurwürde an Hannover ablehnend gegenüberstanden<sup>20</sup>.

Kaiser Leopold I. (1658–1705) hatte Ernst August zwar 1692 mit der Kurwürde belehnt, und Hannover war dem Kaiser seitdem durch die im Kurtraktat stipulierte ›Ewige Union‹ verbunden, doch um die Durchsetzung des Elektorates stand es relativ schlecht. Bis 1698 waren weder eine allgemeine Anerkennung Hannovers als neunter Kur noch seine Introduktion ins Kurkolleg erreicht worden. Zudem mußte Georg Ludwig nach dem Tode seines Vaters die Wiederbelehnung mit der Kurwürde erreichen<sup>21</sup>. Er sah sich dabei einer ganzen Phalanx von Opponenten gegenüber, die aus diversen Gründen entweder die Primogenitur oder das von ihr kaum zu trennende Elektorat bzw. beides ablehnten und eine antihannoversche Partei formten. Ihren Kern bildeten Wolfenbüttel, Dänemark und der münsterische Bischof Friedrich Christian von Plettenberg. Sie hatten bereits im März 1693 eine Defensivallianz geschlossen, die kurz vor der Ankunft des neuen französischen Gesandten für drei Jahre verlängert wurde<sup>22</sup>.

18 Siehe Adolf KÖCHER, *Geschichte von Hannover und Braunschweig (1648–1714)*, 1. Teil: 1648–1668 (Publikationen aus den k. Preussischen Staatsarchiven, Bd. 20), Leipzig 1884, S. 399–434; SCHNATH (wie Anm. 16), Bd. 1, S. 278 und CHRISTIANSEN (wie Anm. 14), Bd. 10 (1948), S. 6.

19 Siehe SCHNATH (wie Anm. 16), Bd. 1, S. 274–297.

20 Ibid. Bd. 2, S. 3–120 und 221–315.

21 Ibid. Bd. 3, S. 153–172.

22 Defensivallianz vom 14.3.1693 (Wolfenbüttel), in: LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 9, S. 480ff.; Erneuerung des Vertrages am 10./20.6.1698, in: CHRISTIANSEN (wie Anm. 14), Bd. 10, S. 448ff. 1692/93 hatten Dänemark und Wolfenbüttel noch drei weitere Verträge geschlossen, die ihre Verbundenheit illustrierten. Vom 5./6.4.1692 (Wolfenbüttel) stammt ein allgemeines Hilfsabkommen, in: LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 9 (1933), S. 260ff.; vom 1./10.3.1693 eine Vereinbarung über ihr Vorgehen in der Ratzeburger Frage, in: Laursen (wie Anm. 4), Bd. 9, S. 439ff.; am 1.10.1693 (Wolfenbüttel) gestand Dänemark den Herzögen eine jährliche Beihilfe zur Aufrechterhaltung ihres Rüstungsstandes zu, in: LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 9, S. 637ff. Der Vertrag von 1692 wurde am 6.2.1696 (Braunschweig) um drei Jahre verlängert und dabei durch eine Deklaration Wolfenbüttels erweitert, mit der es sich bereit erklärte, die im Hauptvertrag stipulierten Hilfen zu gewähren, wenn Dänemark aufgrund seiner Differenzen mit Gottorf angegriffen werden sollte, in: CHRISTIANSEN (wie Anm. 14), Bd. 10, S. 186ff.

Dänemark befand sich in der holsteinischen und lauenburgischen Frage in Opposition zu den schwedenfreundlichen Welfen in Hannover und Celle. Es erstrebte die Landverbindung zu seinen Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, also die Kontrolle über Elb- und Wesermündungen, was nur via Bremen und Verden möglich war. Mit letzteren Gebieten hätte auch das Haus Braunschweig-Lüneburg gern sein Territorium abgerundet und stärkte deshalb Holstein als Barriere gegen dänische Ausgriffe. Dänemark war insgesamt weniger an der Kurfrage als an der Verhinderung der Länderkombination durch die Primogenitur interessiert. Es beschritt aber alle Wege, um den Machtzuwachs Hannovers zu blockieren<sup>23</sup>.

Da das Haus Hannover aufgrund der Ewigen Union sowie als Reichsstand und seit dem 30. 12. 1692 Mitglied der Großen Allianz gegen Ludwig XIV. in relativ großem Umfang zur aktiven Teilnahme am Reichskrieg gegen Frankreich verpflichtet gewesen war, hatte Frankreich Interesse an einer Schwächung des hannoverschen Engagements im Krieg gehabt. Die Ablenkung der Aufmerksamkeit und Kräfte auf einige das Fürstentum direkter berührende Probleme schien geeignet, die Alliierten zu treffen. Prinzipiell aber wollte Ludwig sich im Rahmen seiner Pläne zur Etablierung einer profranzösischen oder wenigstens neutralen ›Dritten Partei‹ im Reich der Fürstenopposition bedienen, um mittels der Auflösung der Reichseinheit die kaiserliche Position zu schwächen. Diese Variante antikaiserlicher Agitation hatte Tradition in Frankreich<sup>24</sup>. Hinzu kam der konfessionelle Antagonismus zwischen Hannover und Frankreich. Der Machtzuwachs des protestantischen Hauses, das sogar Aussichten auf die englische Sukzession hatte, mußte Frankreich ungelegen kommen. Es stärkte nicht nur den Kaiser, sondern auch England-Holland, weil es das Elektorat sichern und die englische Thronfolge grundsätzlich nicht gefährden wollte.

Ein konkreteres Interesse hatte Frankreich verfolgt, als Dänemark mit Georg Wilhelm von Celle in eine militärische Auseinandersetzung über die Sachsen-Lauenburgische Sukzession geraten war<sup>25</sup>. Versailles hatte damals auf eine dänische Diversion spekuliert, die Frankreich im 1688/89 ausgebrochenen Pfälzischen Erbfolgekrieg entlasten sollte<sup>26</sup>. Außenminister Colbert de Croissy hatte gehofft, daß Celle und Hannover bei einem dänischen Angriff auf Lauenburg ihre Truppen von der Westfront in den Niederlanden abziehen und die antifranzösische Allianz schwächen würden. Zudem hätte Dänemark angesichts solcher Umstände dem Kaiser über die

23 Siehe SCHNATH (wie Anm. 16), Bd. 2, S. 13 und 272–279. Eine ähnliche Interessenlage war in Brandenburg-Preußen vorhanden, das dynastisch eng mit den Welfen verbunden war, deren Territorialpolitik aber eines der Haupthindernisse für das Zusammenkommen der westlichen und östlichen Gebiete Preußens darstellte. Preußens Ablehnung betraf daher ebenfalls mehr die Primogeniturordnung; vgl. *ibid.* S. 287–310 und Bd. 3, S. 7.

24 Zur Politik des Aufbaus einer ›Dritten Partei‹ siehe Janine FAYARD, *Attempts to Build a ›Third Party‹ in North Germany, 1690–1694*, in: Hatton (wie Anm. 7), S. 213–240, siehe besonders S. 226 ff.; SCHNATH (wie Anm. 16), Bd. 2, S. 102 f., 221–225, 243–271 und Bd. 3, S. 4 f. Zum Konzept der ›Dritten Partei‹ vgl. das Resümee der Fallstudie von Klaus Peter DECKER, *Frankreich und die Reichsstände 1672–1675. Die Ansätze zur Bildung einer ›Dritten Partei‹ in den Anfangsjahren des Holländischen Krieges* (Pariser Historische Studien, Bd. 18), Bonn 1981, S. 394–403.

25 Siehe SCHNATH (wie Anm. 16), Bd. 2, S. 35–40.

26 Zu den Diversionsverhandlungen siehe die minutiöse Darstellung von LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 9, S. 91–134 und 394–432. Aus ihnen gingen zwei Verträge hervor: ein Neutralitätsvertrag vom 17./27. 3. 1691, in: LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 9, S. 91 ff.; ein Subsidienvertrag vom 1./11. 3. 1693, mit dem Frankreich Dänemarks Kuroposition stärken wollte, in: LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 9, S. 432 ff.

gemäß seiner Verpflichtungen als deutscher Reichsstand bereits erfolgte Stellung eines Reichskontingentes hinaus schwerlich weitere Truppen für den Krieg gegen Frankreich gewähren können<sup>27</sup>. Die 1689 aufgenommenen Gespräche zwischen Dänemark und Frankreich zogen sich lange hin. Erst Ende August 1693 marschierten die Dänen in Lauenburg ein und beschossen Ratzeburg. Für Ludwig war ein dänischer Angriff zu diesem Zeitpunkt nutzlos: *enfin, quoique le roi de Danemark eût promis de faire entrer ses troupes au mois de mai dans ce duché, il ne les y conduisit que dans le mois d'août. Ainsi cette entreprise ne fit aucune diversion des forces des alliés dans les Pays-Bas. Elle devint par conséquent inutile aux intérêts du Roi*<sup>28</sup>. Zwar war die Lauenburgische Frage im Hamburger Rezeß (1693) beigelegt worden, doch offensichtlich hielt Frankreich ein Wiederaufleben der Streitigkeit für möglich und stellte Dänemark für diesen Fall finanzielle Hilfe zumindest in Aussicht<sup>29</sup>. Eine Diversionsmöglichkeit in Norddeutschland und deren Erhalt harmonisierten trefflich mit einem Grundmotiv französischer Politik im Deutschen Reich, das da hieß *s'opposer à l'agrandissement de la maison de Brunswick*<sup>30</sup>. Der französische Diplomat Chamilly sollte den Vorschlag keinesfalls als Aufforderung zur Wiederbelebung des Zwistes aussehen lassen, sondern verdeutlichen, Ludwig verstehe die dänischen Befürchtungen hinsichtlich des hannoverschen Machtzuwachses und billige jeden der Reichskonstitution konformen Schritt des Widerstandes gegen die zugunsten Hannovers eingeführten Neuerungen. Die Ausbildung von Beziehungen zwischen den opponierenden Fürsten sei wünschenswert zum Erhalt dessen, was im Reich unverletzlich sein müsse, nämlich die in der Goldenen Bulle bestimmte Zahl von sieben Kurfürsten und die unabdingbare Zustimmung des gesamten Reiches als Vorbedingung einer Änderung der diesbezüglichen Artikel des Westfälischen Friedens. Zudem bestätigten die von Frankreich garantierten Verträge von Nijmegen und Rijswijk den Frieden von 1648, und Ludwig sei gewillt, die perfekte Einhaltung ihrer Bestimmungen zu gewährleisten<sup>31</sup>.

Ludwigs Haltung eines Hüters von Frieden und Reichsverfassung maskierte die antihabsburgische Stoßrichtung seiner Politik nur notdürftig. Die zunächst primär gegen Spanien, später dann gegen den Kaiser bzw. Österreich gerichtete Politik Frankreichs hatte sich im 17. Jahrhundert kontinuierlich weiterentwickelt und war zu einer Konstante in der Evolution des europäischen Staatensystems geworden. Schon Richelieu hatte eine reichsständische Opposition wider den Kaiser wecken wollen, um dessen Macht auf ein Minimum reduzieren zu können<sup>32</sup>. Seine Ziele waren die Wiedereinführung des Wahlkaisertums und die Bindung des Kaisers an

27 SCHNATH (wie Anm. 16), Bd. 2, S. 39f.

28 GEFFROY (wie Anm. 1) S. 91 f. Vgl. SCHNATH (wie Anm. 16), Bd. 2, S. 63.

29 GEFFROY (wie Anm. 1) S. 92.

30 Ibid. S. 77.

31 Zum Frieden von Rijswijk vom 20. 9. 1697 siehe RÖNNEFARTH (wie Anm. 8), Teil III, Bd. 3, S. 111–114.

32 Siehe DICKMANN (wie Anm. 1) S. 153–163; DERS., Rechtsgedanke und Machtpolitik bei Richelieu. Studien an neu entdeckten Quellen, in: DERS., Friedensrecht und Friedenssicherung. Studien zum Friedensproblem in der neueren Geschichte. Göttingen 1971, S. 36–78 und 160–171; Hermann WEBER, Richelieu und das Reich, in: Heinrich LUTZ/Friedrich Hermann SCHUBERT/Hermann WEBER (Hgg.), Frankreich und das Reich im 16. und 17. Jahrhundert (Kleine Vandenhoeck-Reihe, Bd. 262/263), Göttingen 1968, S. 36–52 und 60; Jörg WOLLENBERG, Richelieu. Staatsräson und Kircheninteresse. Zur

den Willen der Stände durch Ausweitung der ständischen Rechte, möglichst im Sinne völkerrechtlicher Souveränität gewesen. Um Völkerrechtssubjekte zu werden bedurften die Stände des Bündnisrechtes. Mit ihm sollten sie die Möglichkeit eigener Außenpolitik und Frankreich Ansatzpunkte für Einflußnahme auf das Reich bekommen. Im Westfälischen Frieden wurden dem Kaiser starke Restriktionen auferlegt, er war künftig in allen politisch entscheidenden Fragen von der Zustimmung der Reichsstände abhängig. Deren landeshoheitliche Rechte wurden erweitert, dennoch wurden sie nicht souverän. Ihnen wurde zwar das Bündnisrecht zugesprochen, aber mit der in Art. 8, § 2 festgelegten Einschränkung, daß sich Allianzen nicht gegen Kaiser und Reich, den Landesfrieden oder die Westfälischen Bestimmungen richten dürften<sup>33</sup>. Dennoch bediente sich Frankreich künftig unter permanentem Verweis auf die zu schützenden Bestimmungen der Goldenen Bulle, des Westfälischen Friedens und die Libertät der Fürsten des Bündnisrechtes als eines Mittels antikaiserlicher Politik im Reich: sei es auf direkte Art durch Verträge mit Reichsständen, sei es indirekt durch die Förderung von Zusammenschlüssen jener Reichsglieder, deren Interessen mit denen der kaiserlichen Politik kollidierten. Dementsprechend wurde Chamilly instruiert, die 1698 zur Diskussion stehende Erneuerung der Oppositionsallianz von Dänemark, Münster und Wolfenbüttel zu fördern, sofern sie bei seiner Ankunft in Kopenhagen noch nicht beschlossen worden sein sollte.

### 3. Dänemark und die Seemächte

Mit der Bemerkung, die dänische Oppositionspolitik habe zur Beruhigung jener beigetragen, die seit dem 1696 stattgefundenen Bündnisabschluß zwischen Dänemark und den Seemächten an der dänischen Haltung gezweifelt hätten, leitete die Instruktion zur Behandlung eines Konfliktpunktes zwischen Frankreich und dem skandinavischen Land über.

In den 1690er Jahren lavierte Dänemark außenpolitisch zwischen Frankreich, den Seemächten und dem Kaiser. Neben der holsteinischen Frage war seine Handelsverfassung für das Land von enormer Wichtigkeit. Der Pfälzische Krieg hatte ihm gute Möglichkeiten zur Erweiterung seiner Handelskapazitäten geboten, doch mußte es sich ebenso wie Schweden der Übergriffe auf neutrale Handelsschiffe erwehren und dem Grundsatz ›freies Schiff, freie Ladung‹ Geltung verschaffen. Ihr gemeinsames Handelsinteresse hatte die beiden Länder 1691 und 1693 zu einer Allianz bewaffneter Seeneutralität geführt, die die Kriegführenden durch gemeinsamen Konvoi zur

Legitimation der Politik des Kardinalpremier, Bielefeld 1977; Georges LIVET, Louis XIV and the Germanies, in: HATTON (wie Anm. 7) S. 60–81.

<sup>33</sup> Artikel 8, Paragraph 2 IPO (=Artikel 63 IPM), in: Konrad MÜLLER (Hg.), *Instrumenta Pacis Westphalicae. Die Westfälischen Friedensverträge 1648. Vollständiger lateinischer Text mit Übersetzung der wichtigeren Teile und Regesten* (Quellen zur Neueren Geschichte. Heft 12/13), Bern 1949, S. 48 (Latein), 134 (Deutsch). Vgl. DICKMANN (wie Anm. 1) S. 325–332; DECKER (wie Anm. 24) S. 9–18 und 401–403 betont, daß die Reichsstände in einer ›Dritten Partei‹ durchaus auch ein friedenserhaltendes bzw. -sicherndes Potential sahen und daraus ihre Legitimation für einen politischen Kurs jenseits des Kaisers zogen. Die französischen Versuche der Ausnutzung derartiger Konstellationen, die realiter immer parteiliche waren, konnten paradoxerweise ihren Aufbau behindern, da die Reichsstände vielfach von der offenen antikaiserlichen Kooperation mit Frankreich Abstand nahmen und ihren Handlungsspielraum nicht völlig von Frankreich bestimmen lassen wollten.

Respektierung der Neutralität dänischer und schwedischer Handelsschiffe zwingen sollte<sup>34</sup>. Doch auch mit den im baltischen Wirtschaftsraum stark engagierten Seemächten mußte ein *modus vivendi* gefunden werden. Obwohl Schweden ihr Haupthandelspartner war, hatten sich diese im Neunjährigen Krieg um die Assistenz Dänemarks bemüht. Man wollte Skandinavien der antifranzösischen Liga verpflichten und ein Unterlaufen des im August 1689 von den Alliierten erlassenen Handelsverbotes mit Frankreich verhindern. 1696 kam es zum Abschluß eines endgültigen Vertrages Dänemarks mit den Seemächten<sup>35</sup>. Ihm zufolge sollte Dänemark sich im Einvernehmen mit seinen Bündnispartnern für den Frieden einsetzen und mußte England-Holland Hilfe leisten, sofern diese Länder nach einem künftigen Friedensschluß angegriffen werden sollten. Damit war Christian V. einem Engagement im Pfälzischen Krieg ausgewichen. Den Schwerpunkt des Vertrages bildeten Handelsfragen. Es wurden Verhandlungen über einen dänisch-holländischen Kommerzvertrag vereinbart, und die Sekretartikel enthielten Dänemarks Zusage, jeden direkten und indirekten Handel mit Frankreich zu verbieten. Es sollte dafür Ausgleichssubsidien sowie Kriegsschiffeskorten der Seemächte bei seinen übrigen Fahrten erhalten. Dänemark hatte aus nationaler Sicht gute Gründe für den Vertragsabschluß. Für seinen Verzicht auf den Handel mit Frankreich sollte es eine Entschädigung und jährliche Subsidien bekommen, außerdem wurde seiner Handelsflotte der Schutz der Seemächte zugesagt. Die finanziellen Anreize und das Abstellen der Störungen im Handelsverkehr allein wären eine ausreichende Erklärung des Vertragsabschlusses gewesen. Hinzu kam, daß die Dänen wegen der Verhandlungen über den Ausgleich mit Gottorf, bei denen die Seemächte eher auf Seiten des Herzogs standen, ein besseres Verhältnis zu Wilhelm III. anstrebten.

Aufgrund des Abkommens hatte Frankreich die Dänemark in einem geheimen Neutralitätsvertrag von 1691 zugesagten und bis dato geleisteten Subsidienzahlungen ausgesetzt. Es fühlte sich von den Vereinbarungen entbunden, da Dänemark das Versprechen der Unparteilichkeit gebrochen hatte. In Frankreich konnte man dennoch gelassen bleiben, lehrte die Erfahrung doch, daß internationaler Handel sich auch in Kriegszeiten kaum auf längere Zeit unterbinden ließ<sup>36</sup>. Daher sollte der Gesandte Chamilly dänischen Avancen hinsichtlich eines Handelskontraktes abwartend entgegentreten. Die französische Reaktion war durchaus gerechtfertigt, denn Dänemark hatte in der Tat gegen seine Neutralitätszusage verstoßen mit einer

34 Defensivallianz vom 1./11. 2. 1690, in: LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 9, S. 1ff.; Vertrag zum Schutz des neutralen Seehandels vom 10./20. 3. 1691, in: LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 9, S. 72ff. und den zweiten Handelsschutzvertrag vom 17./27. 3. 1693, in: LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 9, S. 496ff. Vgl. NORDMANN (wie Anm. 8) S. 104–110; Ernst Reibstein, *Völkerrecht. Eine Geschichte seiner Ideen in Lehre und Praxis*, 2 Bde. (Orbis Academicus. Problemgeschichte der Wissenschaft in Dokumenten und Darstellungen, Bd. I/5 und I/10), München 1957 und 1963, Bd. 1, S. 393–452 und Gaston ZELLER, *Le «Convoi» des Vaisseaux Marchands aux XVIe et XVIIe Siècles*, in: DERS., *Aspects de la Politique Française sous l'Ancien Régime*, Paris 1964, S. 148–171. Dänemarks Verhältnis zu den Großmächten am Ende des 17. Jahrhunderts ist dargestellt bei Dagny JØRGENSEN, *Danmark-Norge Mellom Stormaktene 1688–1697. Dansk-norsk sjøfart og utenrikspolitikk under den pfälziske arvefølgekrig*, Oslo/Bergen/Tromsø 1976.

35 Defensivallianz vom 3./13. 11. 1690, in: LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 9, S. 23ff.; Allianzvertrag vom 23. 11./3. 12. 1696, in: CHRISTIANSEN (wie Anm. 14), Bd. 10, S. 252ff.

36 Gaston ZELLER, *Le Commerce International en Temps de Guerre sous l'Ancien Régime*, in: DERS. (wie Anm. 34) S. 185–196.

pragmatisch-opportunistischen Politik, die auch ein Spiegelbild der Faktionierung der dänischen Regierung in den 1680er und 1690er Jahren war. Die Parteigänger Englands gruppierten sich um den Finanzminister Christian Siegfried von Plessen, während der Obersekretär der Deutschen Kanzlei Thomas Balthazar von Jessen und der faktische Großkanzler Conrad Reventlow die Köpfe der 1698 sehr einflußreichen profranzösischen Fraktion waren<sup>37</sup>.

#### 4. Zwischenbilanz

Zum Zeitpunkt der Entsendung des neuen Gesandten strebte Frankreich offensichtlich keine engere Verbindung mit Dänemark an.

Hinsichtlich der holsteinischen Frage verfolgte es eine Politik des ›Disengagement‹ und propagierte eine friedliche Verhandlungslösung, ohne große Hoffnungen auf diese Möglichkeit zu setzen oder sich an exponierter Stelle für sie zu engagieren. Man vertraute auf die Überzeugungskraft der französischen Diplomaten am schwedischen und dänischen Hofe<sup>38</sup>.

Das Hauptinteresse Frankreichs in Norddeutschland galt der Frage der Neunten Kur. Es dachte Dänemark die aktive Führungsrolle der Oppositionsbewegung im engen Zusammenhang mit Frankreich zu. Ludwig strebte die Kontrolle des Widerstandes mittels Dänemarks an.

Chamilly bekam keine Order, über einen neuen dänisch-französischen Vertrag zu verhandeln, sollte den Abschluß eines solchen aber nicht völlig ausschließen. Nach dem bisher Erläuterten konnte Frankreich nur eine allgemeine Freundschaftsallianz nach dem Vorbild des gerade entstehenden Abkommens mit Schweden anvisieren. Dies war im Sinne des französischen Wunsches nach einer skandinavischen Union, auch wenn man sah, daß sie momentan nicht zu verwirklichen war. Finanzielle Verbindlichkeiten wollte Frankreich Dänemark nicht zugestehen. Interesse an Subsidienzahlungen für den Unterhalt dänischer Truppen zum Zwecke einer eventuellen Diversion zugunsten Frankreichs bestand in Versailles nicht. Chamillys Aufgabe war somit vor allem die Pflege unverbindlich-freundschaftlicher Beziehungen und die Informationsweitergabe über die ›nordischen Konjunkturen‹.

37 GEFFROY (wie Anm. 1) S. 94; Stefan HEIBERG, Christian Siegfried von Plessen (1646–1723), in: Carl Frederik BRICKA/Povl ENGELSTOFF u. a. (Hgg.), Dansk Biografisk Leksikon, bisher 16 Bde., 3. Auflage Kopenhagen 1979ff., Bd. 11 (1983), S. 404–407; DERS., Thomas Balthazar von Jessen (1648–1731), in: *ibid.*, Bd. 7 (1981), S. 398–401; Dieter LOHMEIER, Conrad Reventlow (1644–1708), in: Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck, Bd. 7 (1985), S. 208–210; Arthur G. HASSO/Erik KROMAN, Tyske Kancelli II (Vejledende Arkivregistraturer, Bd. XI), Kopenhagen 1962, S. 5–8; Emil MARQUARD, Danske Gesandter og Gesandtskabspersonale indtil 1914, Kopenhagen 1952, S. 279, 363–365; Edvard HOLM, Danmark-Norges indre historie under enevælden fra 1660 til 1720, 2 Bde., Kopenhagen 1885/86, Bd. 2, S. 193–198; KELLENBENZ (wie Anm. 2) S. 299–302 und Gunnar OLSEN, Enevældens Danmark. 1660–1750, in: Johan HVIDTFELDT/Ib KOCH-OLSEN/Axel STEENBERG (Hgg.), Danmarks Historie, Kopenhagen 1950, S. 339–420, siehe S. 388–390.

38 Siehe die Instruktionen für d'Avaux (1692) und Guiscard (1699), in: Auguste GEFFROY (Hg.), Recueil des Instructions..., Bd. 2: Suède, Paris 1885, S. 163–185 und 187–203.

### III. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen 1698 und 1700

Chamilly traf Anfang Juli 1698 in Kopenhagen ein und stieß anfangs auf zeremonielle Schwierigkeiten. Er bemühte sich, den Vorranganspruch Ludwigs XIV. am dänischen Hofe protokollarisch-zeremoniell deutlich zu machen, wozu sich der Rang eines *Ambassadeur extraordinaire* gut eignete, denn ihm wurde vom (dänischen) Protokoll eine herausgehobene Behandlung zugestanden<sup>39</sup>. Im Rahmen der diplomatischen Gepflogenheiten des 17. Jahrhunderts waren derlei Verstimmungen im zwischenstaatlichen Verkehr keine Besonderheiten. Zeremonielle Fragen waren potentielle Druckmittel, die bei Bedarf zum Vorwand für den Abbruch oder die Aussetzung diplomatischer Kontakte dienen konnten; insofern deutet die beschwichtigende Reaktion Versailles darauf hin, daß französischerseits kein Interesse an einer Verzögerung der Kontaktaufnahme bestand<sup>40</sup>.

Recht bald jedoch wurde Chamilly mit einem vitalen Interesse des dänischen Staates konfrontiert, nämlich als Minister Jessen den Wunsch nach einem Handelsvertrag ins Spiel brachte<sup>41</sup>. Den Dänen war äußerst stark an einer Verbesserung ihres Handels gelegen, seit sie durch die wirtschaftliche Expansion Englands, Hollands und Schwedens im Baltikum in die Defensive gedrängt worden waren<sup>42</sup>.

Dagegen mußten Frankreichs Versuche aktiver Handelspolitik im Baltikum am Ende des 17. Jahrhunderts als völlig gescheitert gelten. Die Bemühungen um einen selbständigen, von den Holländern unabhängigen Handel im Ostseeraum hatten wenig Erfolg gezeitigt, wie das Schicksal der kurzlebigen »Compagnie de Commerce du Nord« erwies<sup>43</sup>. Dies war erklärlich, zumal der Handelsmarine von staatlicher Seite weniger Hilfe zuteil geworden war als der Kriegsflotte. Das fand seinen

39 Zum dänischen Protokoll siehe M. ROUSSET (Hg.), *Supplément au Corps Universel Diplomatique*, 5 Bände, Amsterdam/Den Haag 1739, Bd. V/2, S. 752f. Vgl. William James ROOSEN, *Early Modern Diplomatic Ceremonial: a Systems Approach*, in: *Journal of Modern History* 52/3 (1980) S. 452–476.

40 Siehe ROOSEN (wie Anm. 39) S. 471.

41 Brief Chamillys vom 19. 8. 1698, in: *Archives du Ministère des Affaires Etrangères*, Paris, *Correspondance Politique*, Danemark, Bd. 60, fol. 89v–91r. Künftige Zitierweise: AAE, C.P., Danemark, Bd. ..., fol. ... Quellenzitate werden gemäß den »Empfehlungen zur Edition frühneuzeitlicher Texte«, in: AHF. *Jahrbuch der historischen Forschung*, Berichtsjahr 1980, Stuttgart 1981, S. 85–96 wiedergegeben. Die Briefe des Diplomaten aus Dänemark sind im alten, die Konzepte der Antwortinstruktionen im neuen Stil datiert. Der Zusatz alter bzw. neuer Stil entfällt hinfort.

42 Siehe Charles E. HILL, *The Danish Sound Dues and the Command of the Baltic. A Study of International Relations*, Durham, North Carolina 1926, S. 142–213; vgl. Pierre JEANNIN, *Les comptes du Sund comme Source pour la construction d'indices généraux de l'activité économique en Europe. XVIe – XVIIIe siècles*, in: *Revue Historique* 231 (1964) S. 55–102 und 307–340; OLSEN (wie Anm. 37) S. 355.

43 Claude NORDMANN, *Colbert and Sweden*, in: Göran RYSTAD/Sven TÄGIL (Hgg.), *Europe and Scandinavia: Aspects of the Process of Integration in the 17th Century* (Lund Studies in International History, Bd. 18) Lund 1983, S. 169–180; Prosper BOISSONNADE/P.-J. CHARLIAT, *Colbert et la Compagnie de Commerce du Nord (1641–1689)*, Paris 1930; Jean MEYER, *Colbert*, Paris 1981, S. 260–295; Jean GRISON, *La marine française en mer Baltique*, in: *Revue Historique* 274 (1985) S. 3–8; Henri SÉE, *Französische Wirtschaftsgeschichte*, 2 Bände (Handbuch der Wirtschaftsgeschichte), Jena 1930 und 1936, Bd. 1, S. 197–226, vor allem S. 209–211; Ernest LAVISSE (Hg.), *Histoire de France illustrée. Depuis les Origines jusqu'à la Révolution*, 9 Bände (=18 Teilbände), Paris 1900–1911, Bd. VIII/1 (1911), S. 202–219 und 149–276, besonders S. 218 und Paul Walden BAMFORD, *Forests and French Sea Power 1660–1789*, Toronto 1956, S. 135–138.

deutlichsten Ausdruck im Umgang mit dem *droit de frêt*, einer erstmals 1659 von ausländischen Schiffen in französischen Häfen erhobenen Abgabe von 50 Sous pro Tonne. Sie wurde ihnen je nach Maßgabe der allgemeinpolitischen Opportunität häufig erlassen, was die Konkurrenzfähigkeit der französischen Händler minderte und sie das Risiko der Ausrüstung eigener Schiffe noch mehr scheuen ließ<sup>44</sup>. Nach dem Ende des französisch-niederländischen Krieges (1672–1679) und dem Bankrott der »Compagnie du Nord« mußte Frankreich 1678 im Vertrag von Nijmegen die holländischen den einheimischen Händlern quasi gleichstellen<sup>45</sup>. Im Vertrag selbst wurde die Exemption von der Tonnenabgabe allerdings nicht ausdrücklich erwähnt. Frankreich erhob sie weiterhin, bis es 1697 im Vertrag von Rijswijk größere Zugeständnisse machen mußte<sup>46</sup>. Die Franzosen verzichteten auf die Tonnenabgabe und vereinbarten die Aushandlung eines neuen Tarifes mit den Generalstaaten. Weil sie über keine eigenen Handelsträger im Baltikum verfügten, waren sie zur gütlichen Einigung gezwungen. Sie mußten Holland den Meistbegünstigungsstatus einräumen<sup>47</sup>. Parallel dazu hatten sich die Handelskontakte zwischen Frankreich und Dänemark aufgrund der neutralen Position des skandinavischen Landes seit 1688 intensiviert<sup>48</sup>. Zur Erleichterung seines Handels in Frankreich und zum Erhalt seiner Konkurrenzfähigkeit wollte Dänemark die Gleichstellung mit den Holländern erreichen. Chamilly erwiderte auf derartige Vorstöße, man könne keine konkreten Vorstellungen vom *Commerce du Nord* entwickeln, bis der neue Tarif mit den Niederlanden beschlossen sei. Für Ludwig XIV. mußte prinzipiell ein Allianz-einem Handelsvertrag vorausgehen. Zudem wollte er den Dänen die Befreiung vom Tonnengeld nicht gewähren. Dies blieb auch nach Abschluß einer neuen Tarifvereinbarung mit den Generalstaaten im Mai 1699 die französische Position<sup>49</sup>. Das wird nicht zuletzt durch ein nach dem Frieden von Rijswijk angesichts der wirtschaftlichen Probleme des Landes einsetzendes Umdenken in der Handelspolitik verständlich<sup>50</sup>. Den französischen Händlern lag an der Verbesserung ihrer Wettbewerbssituation. Sie hätten kaum Verständnis gehabt für die Begünstigung einer weiteren Nation

44 Paul Walden BAMFORD, French Shipping in Northern European Trade, 1660–1789, in: *Journal of Modern History* 26/3 (1954) S. 207–219.

45 Vertrag vom 10. 8. 1678, in: Henri VAST (Hg.), *Les Grands Traités du Règne de Louis XIV*, 3 Bände (Collection de textes pour servir à l'étude et l'enseignement de l'histoire, Bd. 15, 23 und 28), Paris 1893 ff., Bd. 2 (1898), S. 63–78, siehe Artikel 7, S. 66 f.

46 Vertrag vom 20. 9. 1697, in: *ibid.* S. 199–201; vgl. LAVISSE (wie Anm. 43), Bd. VIII/1, S. 218 und SÉE (wie Anm. 43), Bd. 1, S. 210 f.

47 SÉE (wie Anm. 43), Bd. 1, S. 215; vgl. Felix BORCHARDT, *Entwicklungsgeschichte der Meistbegünstigung im Handelssystem*, Diss. phil., Königsberg in Preußen 1906, S. 1–47.

48 SÉE (wie Anm. 43), Bd. 1, S. 216; LAVISSE (wie Anm. 43), Bd. VIII/1, S. 259 f., Anm. 2. Der französische Handel mit Norwegen war allerdings lebhafter als mit Dänemark, siehe Ewald BOSSE, *Norwegens Volkswirtschaft vom Ausgang der Hansaperiode bis zur Gegenwart, mit besonderer Berücksichtigung der internationalen Handelsbeziehungen*, 2 Bände (Probleme der Weltwirtschaft, Bd. 22), Jena 1916, Bd. 1, S. 98 und 447 ff.

49 Brief Chamillys vom 19. 8. 1698, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 60, fol. 90r/v; Tarifvertrag vom 29. 5. 1699 (Paris), in: Jean DUMONT (Hg.), *Corps Universel et Diplomatie du Droit des Gens*, 8 Bände, Amsterdam/Den Haag 1726–1731, Bd. VII/2, S. 462–464.

50 Philippe SAGNAC, *La Politique Commerciale de la France avec l'Etranger de la Paix de Ryswyk à la Paix d'Utrecht (1697–1713)*, in: *Revue Historique* 104 (1910) S. 265–286; LAVISSE (wie Anm. 43), Bd. VIII/1, S. 214–219.



in ihren eigenen Häfen: »French shippers were plagued by the advantages, in form of the exemptions, granted to their foreign competitors by the state. (...) The ›droit de frêt‹ was alternately imposed and withdrawn, and a vacillating ›hot‹ and ›cold‹ commercial shipping policy of this kind, in sharp contrast to the continuity of Britain's contemporaneous navigation system, damaged French shipping interests and discouraged French efforts to take part in the highly competitive northern branch of shipping enterprise.«<sup>51</sup> Zum anderen bestand aufgrund des weitgehenden Scheiterns der Etablierung direkter Handelsbeziehungen zu Dänemark für Frankreich keine zwingende Notwendigkeit mehr, sich mit ihm über Handelsmodalitäten zu einigen. Französische Exporte in den baltischen Raum waren von den Seemächten und Hansestädten abhängig, folglich mußte man mit ihnen möglichst günstige Konditionen aushandeln. Von wenig einträglichen Zugeständnissen an einen so kleinen Handelspartner wie Dänemark nahm Frankreich Abstand. Ökonomisch hätte es von ihnen nicht profitieren können, und ein politisches Anliegen an die Dänen, das ein Entgegenkommen in der Abgabenfrage legitimiert hätte, gab es derzeit nicht. Für die bilateralen Beziehungen am Ende des Jahrhunderts bedeutete die französische Politik im Grunde den Wegfall einer Verbindungsebene ihrer Länder, die beispielsweise das Verhältnis Englands zu Schweden maßgeblich bestimmte: »Consequently, motives and aims of a commercial nature were an important feature of the diplomatic intercourse between the two countries. Trade brought them together, and then estranged them, when the commercial interests of one country threatened to tread too closely upon those of the other.«<sup>52</sup> Für Dänemark war somit der Versuch einer Annäherung an die Seemächte nur konsequent. Unbefriedigende Punkte wie die Handelsfrage trugen später zur Abkehr Dänemarks von der profranzösischen Linie Jessens bei, der nach dem Frieden von Traventhal die Leitung der Außenpolitik verlor<sup>53</sup>.

1698 schloß Frankreich zwei Verträge ab, die es als Maßstab für ein dänisch-französisches Abkommen ansah. Hinsichtlich des im Juli in Stockholm unterzeichneten Freundschaftsvertrages legte man in Kopenhagen eine indifferente Haltung an den Tag, Jessen ließ aber durchblicken, Dänemark sei bereit, sich enger an Frankreich zu binden, als Schweden es getan habe<sup>54</sup>. Chamilly konnte korrekterweise versichern, die sehr allgemein gehaltene Konvention habe nur den Zweck, freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern zu erhalten. Ludwig hatte den Gedanken an eine Nordische Union aber noch nicht völlig aufgegeben, wie die Order beweist, Chamilly möge den Beitritt Dänemarks zur Stockholmer Allianz als einen erwünschten Schritt in diese Richtung propagieren<sup>55</sup>.

Ein leichtes Abrücken von der Linie, nur den dänischen Beitritt zum Stockholmer

51 BAMFORD (wie Anm. 44) S. 209.

52 Sven-Erik ÅSTRÖM, *From Stockholm to St. Petersburg. Commercial Factors in the Political Relations between England and Sweden 1645–1700* (Studia Historica, Bd. 2), Helsingfors 1962, S. 28.

53 HEIBERG (wie Anm. 37) S. 400; OLSEN (wie Anm. 37) S. 390.

54 Freundschaftsvertrag vom 9./19. 7. 1698, in DUMONT (wie Anm. 49), Bd. VII/2, S. 441 f.; vgl. NORDMANN (wie Anm. 8) S. 147 und Herman BRULIN, *Sverige och Frankrike under Nordiska Kriget och Spanska Successionskrisen Åren 1700–1701. Till Belysning af Sveriges Utrikespolitik under Karl XII.*, Upsala 1905, S. 11 f.

55 Instruktionskonzepte vom 14. 8. 1698, in: AAE, C.P., *Danemark*, Bd. 60, fol. 72r/v und vom 20. 8. 1698, in: *ibid.* fol. 86r/v.

Vertrag verfolgen oder einen identischen abschließen zu wollen, bedeutete die Disposition, ein Abkommen mit Christian um einige Artikel bezüglich des Neunten Elektorates und der Union von Celle und Hannover erweitern zu wollen<sup>56</sup>. Die Vorschläge gingen nicht über die bekannten Angebote der Garantie des Westfälischen Friedens, der Prinzenrechte und des Hildesheimer Vertrages hinaus, doch sind sie ein Indiz dafür, daß Frankreich sich mit Hilfe Dänemarks die Mitsprache bei speziellen Problemen sichern wollte. Mittels Schwedens, das die Kurwürde Hannovers anerkannt hatte, war das nicht zu erreichen. So hieß es in einer Instruktion sehr deutlich, es sei nötig, *que le Roy de Dannemark s'oblige réciproquement à ne faire aucun accommodement avec le Duc d'Hannover sans m'avoir donné avis en avant des propositions qui lui seront faits et que j'ay donné mon consentement au traité*<sup>57</sup>.

Den zweiten Vertrag schloß Frankreich mit Wolfenbüttel. Er ist das Ergebnis der Gespräche, die der Gesandte du Héron seit April 1698 in Wolfenbüttel geführt hatte mit dem Ziel, den Grundstein zu einer am Rheinbund von 1658 orientierten Allianz zu legen<sup>58</sup>. Gerade der vergleichende Rekurs auf den Rheinbund verdeutlichte die antihabsburgische Stoßrichtung der französischen Politik in Norddeutschland und das Interesse, im Reich eingreifen zu können. Zudem sollte aus den bilateralen Vereinbarungen zwischen Frankreich und einzelnen Reichsständen eine geschlossene Oppositionsfront entwickelt werden.

Die im Kontext parallel laufender Aktionen Frankreichs zur »Isolierung und Lähmung des Kaisers«<sup>59</sup> mit Wolfenbüttel geschlossene Defensivallianz beinhaltete die Ablehnung der Garantie der welfischen Hausverträge und den gemeinsamen Widerstand gegen die Neunte Kur. Die Ablehnung einer Garantie der welfischen Hausverträge war gewissermaßen eine Parallele zu der gegenüber Dänemark verfochtenen Erledigung der Garantie von Fontainebleau. Frankreich befürwortete zwar, daß Maximilian seine Rechte im Rekurs auf den Hildesheimer Rezeß geltend machen sollte und wollte ihn dabei unterstützen, allerdings ohne eine Bindung einzugehen, die die Selbstbestimmung seines Handelns einschränkte. Die Garantie der welfischen Hausverträge, also auch des Hildesheimer Vergleiches, hätte den Wolfenbüttelern die Möglichkeit eröffnet, Ludwig jederzeit zur Wahrnehmung

56 Instruktionskonzept vom 10. 9. 1698, in: *ibid.* fol. 108r/v.

57 *Ibid.* fol. 108v. Vgl. SCHNATH (wie Anm. 16), Bd. 2, S. 279 zu Schwedens Kuranerkennung.

58 SCHNATH (wie Anm. 16), Bd. 3, S. 178–181; Erster Rheinbund vom 14. 8. 1658 (Mainz), in: RÖNNEFARTH (wie Anm. 8), Teil II, Bd. 3, S. 88–90; vgl. Martin GÖHRING, Kaiserwahl und Rheinbund von 1658. Ein Höhepunkt des Kampfes zwischen Habsburg und Bourbon um die Beherrschung des Reiches, in: Martin GÖHRING/Alexander SCHARFF (Hgg.), *Geschichtliche Kräfte und Entscheidungen. Festschrift zum 65. Geburtstage von Otto Becker*, Wiesbaden 1954, S. 64–83; Margarete HINTERREICHER, Der Rheinbund von 1658 und die französische Reichspolitik in einer internen Darstellung des Versailler Außenministeriums des 18. Jahrhunderts, in: FRANCIA. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte 13 (1985) S. 247–270. Charles de Caradas, Marquis du Héron war vom 5. 5. 1700 (1. Audienz) bis zum 10. 11. 1702 (custodia) als außerordentlicher Gesandter Frankreichs in Polen tätig, siehe Ludwig BITTNER/Lothar GROSS u. a. (Hgg.), *Repertorium der diplomatischen Vertreter aller Länder seit dem Westfälischen Frieden (1648)*, 3 Bde, Berlin 1936 (Bd. 1), Zürich 1950 (Bd. 2), Graz/Köln 1965 (Bd. 3), Bd. 1, S. 230.

59 Max BRAUBACH, Französische Bemühungen um den Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden vor Ausbruch des Spanischen Erbfolgekrieges, in: DERS., *Diplomatie und geistiges Leben im 17. und 18. Jahrhundert. Gesammelte Abhandlungen* (Bonner Historische Forschungen, Bd. 33) Bonn 1967, S. 128–147, Zitat S. 131.

seiner Pflichten aufzufordern. Frankreichs Taktik, seine Haltung gegenüber der einst gegebenen Vertragsgarantie in der Schwebe zu lassen, ermöglichte ihm die nur am eigenen Interesse orientierte Entscheidung darüber, ob, wann und wie es sich dieses Potential zunutze machen wollte.

Gab Frankreich prinzipiell vor, sich aus den inneren Angelegenheiten seiner Partner heraushalten zu wollen, so beantwortete es aber die Frage, welche von ihm geschlossenen, vermittelten oder garantierten Verträge noch in Kraft und von ihm anerkannt seien, nach Maßgabe der machtpolitischen und konkret-taktischen Zweckmäßigkeit.

Der Partikularismus des Deutschen Reiches bot einer derartigen Konzeption viel Angriffsfläche. Die Verträge von Fontainebleau und Hildesheim illustrieren eine gewisse Willkür hinsichtlich der Einhaltung von Garantiezusagen, die zeigt, daß Ludwig die holsteinische Frage als rein dänische Frage angesehen wissen wollte, in bezug auf Hannover aber eine Möglichkeit sah, die Reichsstandschaft Dänemarks zu nutzen.

Dänemarks Aufmerksamkeit jedoch wurde zunehmend von anderen Problemen absorbiert. Im September/Okttober kamen die dänisch-gottorfischen Ausgleichsverhandlungen in Pinneberg ins Stocken, zeitweise gar zum Erliegen. Wie Chamilly zutreffend nach Versailles meldete, fürchtete sich Dänemark zunehmend vor der restriktionslosen Bewaffnung Holsteins, weiteren Fortifikationsvorhaben und einer (militärischen) Unterstützung des Herzogs durch Karl XII<sup>60</sup>. Die Entwicklungen im Norden mußten Frankreichs Hoffnungen auf eine direkte Verständigung zwischen Dänemark und Schweden zerstören. Nachdem Holstein die dänische Proposition abgelehnt hatte, künftig Rüstungen und Befestigungen nur noch nach vorhergehendem Gespräch über sie vorzunehmen, war man in Kopenhagen sehr am Beistand Frankreichs und einer den Herzog und Schweden eventuell abschreckenden Allianz mit Ludwig XIV. interessiert. Die Dänen erneuerten daher unter diskretem Hinweis auf den zu erwartenden Tod des spanischen Königs ihr Angebot, Ludwig Truppen zur Verfügung zu stellen, wenn man französischer Hilfe gewiß sein könnte, falls die Verstöße des Herzogs gegen den Vertrag von Fontainebleau Christian V. zwingen, derartigen Injurien mit Waffengewalt zu begegnen. Zudem könnte eine solche Aktion unter Umständen eine für Frankreich nützliche Diversion in Deutschland darstellen. Chamilly wich dem Argument der Spanischen Erbfolge aus und erklärte, dänische Assistenz sei für Ludwig nur unter der Bedingung des völligen Friedens zwischen den nordischen Mächten akzeptabel. Ende September bestätigte Versailles die Verhandlungslinie seines Diplomaten: *Ainsi lorsqu'il sera question de promettre mes offices pour établir une parfaite intelligence entre les deux couronnes du Nord, je m'engageray sans peine à les interposer. Je promettrois mesme la garantie du traité de fontainebleau si celui d'altona n'avoit pas été fait depuis entre le Roy de Dannemark et le Duc d'Holstein. Ce dernier subsistait, on ne peut plus me demander la garantie du précédent et ce feroit m'obliger à regarder le Duc d'Holstein comme ennemy aussytost que ce prince ne se desisteroit pas du traité d'altona. Si je fais un traité avec*

60 Brief Chamillys vom 16.9.1698, in: AAE, C.P., Danemark, Bd.60, fol. 139r/v; vgl. KNÜPPEL (wie Anm.2) S.174–180; KELLENBENZ (wie Anm.2) S.233f.

*le Roy de Dannemark je ne demanderay point qu'il s'engage à mettre des troupes sur pied et des vaisseaux en mer, de pareilles précautions sont présentement inutiles et il y a lieu de croire que la paix subsistera assez long temps pour n'avoir aucun besoin de prendre de pareilles mesures. Si le traité que j'ay signé avec la Suède paroist trop général, comme il est en effet, on peut se régler sur un projet plus particulier*<sup>61</sup>.

In der Erkenntnis, daß die Aufrechterhaltung der Garantie von Fontainebleau nun einer definitiven Stellungnahme zugunsten Dänemarks gleichgekommen wäre, verweigerte Frankreich sie und zog sich auf das Angebot »guter Dienste« zurück. Eine Verwicklung in den dänisch-holsteinischen Zwist war nicht in Ludwigs Sinne, zumal er sich durch ein Eintreten für Christian V. in Opposition zu einem Teil jener Mächte begeben hätte, mit denen er über die Spanische Erbfolge verhandelte und bald darauf, am 11. Oktober, den Ersten Teilungsvertrag abschloß<sup>62</sup>. Das dänische Diversionsangebot fand ebensowenig positive Resonanz. Zu einer Zeit, in der Ludwig den Friedenserhalt als seine einzige Sorge darstellte, was in Anbetracht des Zustandes seines Landes nach dem Neunjährigen Krieg durchaus plausibel war, permanent sein gutes Einvernehmen mit Wilhelm von Oranien herausstrich und die potentielle Brisanz der Spanischen Frage negierte, war französischerseits kein Bedarf an Diversionsplänen vorhanden. Ein Eingehen auf den dänischen Vorschlag hätte dagegen die Glaubwürdigkeit des französischen Friedenswillens erschüttern können. Vor allem wenn man bedenkt, daß die Korrespondenz in Celle interzipiert wurde und Wilhelm von diesbezüglichen Übereinkünften erfahren hätte. Folglich wurden die Themen Diversion und Spanische Erbfolge von Frankreich ausgeklammert. Ludwig, der im Gegensatz zu 1692/93 keine konkreten Anliegen an Dänemark herantrug, war anders als der von Holstein-Schweden unter Druck gesetzte dänische König in der Lage, das Verhandlungstempo und die als Verhandlungsargumente relevanten Themen festzulegen. Die dänische Diplomatie befand sich somit zwangsläufig in der Defensive. Angesichts der fehlenden Notwendigkeit eines zügigen Vertragsabschlusses sollte Chamilly dilatorisch verfahren und nicht die Initiative in den Verhandlungen ergreifen<sup>63</sup>. Dementsprechend scheiterte auch der dänische Versuch, die Führung der Fürstenopposition vom Beistand Frankreichs gegen Gottorf abhängig zu machen. Man überschätzte Ludwigs Interesse an der Kurfrage<sup>64</sup>. So war das französische Entgegenkommen angesichts langsam aber stetig anlaufender Rüstungen in Skandinavien und Holstein nur minimal, als man schließlich doch die Garantie des Fontainebleautraktates in Aussicht stellte unter der Bedingung, daß sie von beiden Kontrahenten gefordert werden müsse<sup>65</sup>. Ein solches Arrangement war unwahrscheinlich, da der gottorfische Herzog damit seiner Verhandlungsvorteile verlustig gegangen wäre.

61 Instruktionskonzept vom 29. 9. 1698, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 60, fol. 148v/149r; siehe auch den Brief Chamillys vom 16. 9. 1698, in: *ibid.* fol. 133v-140v.

62 1. Teilungsvertrag vom 11. 10. 1698 (Den Haag), in: RÖNNEFARTH (wie Anm. 8), Teil II, Bd. 3, S. 114-116; vgl. Louis ANDRÉ, Louis XIV et l'Europe (L'Evolution de L'Humanité, Synthèse collective, Bd. 64), Paris 1950, S. 274-292.

63 Instruktionskonzept vom 9. 11. 1698, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 60, fol. 220v. S. auch S.P. OAKLEY, The Interception of Posts in Celle 1694-1700, in: HATTON/BROMLEY (wie Anm. 10) S. 95-116.

64 AAE, C.P., Danemark, Bd. 60, fol. 217v/218r.

65 Instruktionskonzept vom 29. 10. 1698, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 60, fol. 186r.

Vor dem Hintergrund der französischen Politik war das Bemühen des skandinavischen Staates um andere, respektive weitere Bundesgenossen verständlich. So fällt die dänisch-polnische Wiederannäherung in diese Zeit. Bereits im März 1698 hatten beide Länder erneut eine Defensivallianz geschlossen<sup>66</sup>. Sie enthielt die weitgehende Verpflichtung, dem jeweils anderen im Angriffsfall sofort und ohne Prüfung der näheren Umstände der Aggression zu helfen. Im dritten Sekretartikel anerkannte August eine Ruptur zwischen Dänemark und Gottorf ausdrücklich als *casus foederis*. Ein Beitritt zu diesem Vertrag oder der Abschluß eines ähnlichen kam für Frankreich selbstverständlich nicht in Frage. Es wäre unweigerlich in die nordischen Wirren und die Elbinger Frage hineingezogen worden<sup>67</sup>.

Da Ludwig lediglich einen allgemeinen Freundschaftsvertrag mit Dänemark schließen wollte, ließ er seine Billigung eines Beitritts Polens zu diesem durchblicken, zumindest sofern August II. Ludwigs Satisfaktionsforderungen an Danzig wegen dessen ablehnender Haltung gegenüber dem französischen Prinzen Conti während der Auseinandersetzungen um die polnische Thronfolge 1697 unterstützte<sup>68</sup>.

Auf seiner Suche nach etwaigen Verbündeten hatte Dänemark schon 1697/98 Kontakt mit Peter dem Großen aufgenommen<sup>69</sup>. Mit der Feststellung: *Il se forme encore un nouveau sujet de querelle à cette extrémité de la mer Baltique*<sup>70</sup>, verwies Chamilly bereits Mitte November 1698 auf die Gefahren des kriselnden Verhältnisses zwischen Rußland und Schweden, das hauptsächlich aus den Präentionen Peters I. auf den Hafen Narwa resultierte. Der Zar forderte von Karl XII. die Restitution Narwas an Rußland<sup>71</sup>. Wie der französische Botschafter richtig erkannte, konnte der Konflikt um die Hafenstadt nach dem russisch-türkischen Friedensschluß zum *casus belli* zwischen beiden Staaten werden. Ludwig XIV. und seinen Ministern waren die Ansprüche des Zaren auf diesen Zugang zur Ostsee offenbar neu. Sie sahen in ihnen zunächst keine konkrete Gefahr für den Frieden, zumal die dort handeltreibenden

66 Defensivallianz vom 29. 3. 1698 (Kopenhagen), in: CHRISTIANSEN (wie Anm. 14), Bd. 10, S. 410ff. Sie ging zurück auf zwei Verträge vom 3. 3. 1693 (Dresden), in: LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 9, S. 443ff. und vom 12. 7. 1694 (Dresden), in: CHRISTIANSEN (wie Anm. 14), Bd. 10, S. 29ff.; vgl. L. R. LEWITTER, Russia, Poland and the Baltic (1697–1721), in: *The Historical Journal* XI/1 (1968), S. 3–34, siehe S. 11.

67 Brief Chamillys vom 16. 12. 1698, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 60, fol. 303r–305r. Zur preußisch-polnischen Auseinandersetzung um Elbing vgl. Hans W. HOPPE, Ein mißglückter Handstreich gegen Elbing, in: *Westpreußen-Jahrbuch* 31 (1981), S. 53–59.

68 Instruktionskonzepte vom 30. 10. 1698, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 60, fol. 197v/198r und vom 26. 11. 1698, in: *ibid.* fol. 244r/v. Eine Darstellung der Danziger Affäre aus französischer Sicht enthält ein Brief Ludwigs vom 7. 4. 1700 an seinen Gesandten in Wolfenbüttel, mit dem er ihn aufforderte, sich als Gesandter nach Polen zu begeben, in: Louis FARGES (Hg.), *Recueil des Instructions...*, Bd. IV/1 (Pologne 1648–1729), Paris 1888, S. 245–263, siehe S. 249 mit Anm. 1, S. 251 und 255f.

69 Walter MEDIGER, *Mecklenburg, Rußland und England-Hannover 1706–1721. Ein Beitrag zur Geschichte des Nordischen Krieges*, 2 Bände (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens, Bd. 70), Hildesheim 1967, Bd. 1, S. 155 und 159; Ragnhild M. HATTON, *Charles XII of Sweden*, London 1968, S. 102–107; Reinhard WITTRAM, *Peter I. Czar und Kaiser. Zur Geschichte Peters des Großen in seiner Zeit*, 2 Bände, Göttingen 1964, S. 202–211; Carl Jakob Herman HALLENDORFF, *Bidrag till det stora nordiska krigets förhistoria*, Diss. Upsala 1897, S. 37–52.

70 Brief Chamillys vom 18. 11. 1698, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 60, fol. 249r.

71 MEDIGER (wie Anm. 69), Bd. 1, S. 122–175 zur Politik Peters im Baltikum.

Nationen kein Interesse an einem Krieg haben könnten<sup>72</sup>. Letzteres stimmte angesichts der scharfen handelspolitischen Gegensätze zwischen Rußland und Schweden nur sehr bedingt, nämlich vor allem aus Sicht der Seemächte. Für die Händler konnte das Zerschlagen der absoluten schwedischen Zollhoheit in der Ostsee potentiell durchaus von Nutzen sein. So zeigten diese Äußerungen ein gewisses Unverständnis für die Probleme in Nordeuropa und auch eine Fehleinschätzung der Einflußmöglichkeiten Peters des Großen.

Ebensowenig maß Frankreich der russisch-polnischen Annäherung große Bedeutung bei. Doch am Ende des Jahrhunderts stellte sich den Nahzielen dreier Herrscher, dem Wunsch Peters nach Erlangung eines Ostseehafens, den Präentionen Augusts auf Livland und dem Streben Dänemarks nach endgültiger Beilegung des Konfliktes um Holstein in seinem Sinne jeweils eine Macht in den Weg: Schweden<sup>73</sup>. In dem Maße, in dem sich die Stoßrichtung vorrangiger Ziele jener Allianz als konkordant erwies, verfestigte und aggressive Formen annahm, mußte eine traditionelle Konstante der französischen Außenpolitik fragwürdig werden, und zwar das Bauen auf eine von Schweden, der Türkei und Polen gebildete *barrière de l'est* gegen die habsburgische Macht<sup>74</sup>. Diese Konsequenz scheint Frankreich zunächst nicht realisiert zu haben, da es anfänglich die Bedeutung Peters I. für das europäische Staatensystem und die Vehemenz der antischwedischen Tendenzen wohl unterschätzte. Das zwischen 1697 und 1700 entstehende Bündnisgeflecht gegen Karl XII. wurde von Frankreich trotz zunehmender Anzeichen für militärische Aktionen im ganzen Ausmaß seiner konkreten Bedrohlichkeit nicht erkannt. Doch zur Annäherung Augusts und Peters kam die Wendung Schwedens zu den Seemächten aufgrund der holsteinischen Frage<sup>75</sup>.

Den Schwerpunkt der die von Frankreich geforderte ›Ruhe im Norden‹ gefährdenden Entwicklung bildete das dänisch-holsteinische Problem. Zwar bemerkten die Franzosen Ende des Jahres 1698 eine Verhärtung der Fronten, hielten es aber dennoch für möglich, Dänemark von der Ansicht zu überzeugen, Holstein werde nicht den ersten Schritt zum Kriege tun, wenn Dänemark keine feindlichen Akte verübte<sup>76</sup>. Man muß hierin eine indirekte Warnung an die dänische Adresse sehen, sich zum Aggressor zu machen. In einer Konferenz Chamillys mit Jessen und Reventlow Anfang Dezember modifizierten die Dänen ihre bisherige Haltung in den

72 Instruktionskonzept vom 3. 12. 1698, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 60, fol. 253v; siehe Lewitter (wie Anm. 66) S. 3–13, der die ökonomischen Aspekte der russisch-polnischen Ziele im Ostseeraum betont; vgl. Johannes KALISCH, Sächsisch-polnische Pläne zur Gründung einer See- und Handelskompagnie am Ausgang des 17. Jahrhunderts, in: Johannes KALISCH/Josef GIEROWSKI (Hgg.), Um die Polnische Krone. Sachsen und Polen während des Nordischen Krieges 1700–1721, Berlin 1962, S. 45–69; zur weiteren Entwicklung siehe Edmund CIÉSLAK, Aspects of Baltic Sea-Borne Trade in the Eighteenth Century: the Trade Relations between Sweden, Poland, Russia and Prussia, in: The Journal of European Economic History 12/2 (1983), S. 239–270.

73 Matthäus VASSILEFF, Russisch-französische Politik 1689–1717 (Geschichtliche Studien, Bd. I, Heft 3), Gotha 1902, S. 17f.

74 Ibid. S. 5 und 13; vgl. Eugène Vicomte DE GUICHEN, Pierre le Grand et le premier traité franco-russe (1682–1717), Paris 1908, S. III f., V, 17 und 19; Erich HASSINGER, Brandenburg-Preußen, Schweden und Rußland 1700–1713 (Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München, Bd. 2), München 1953, S. 40.

75 Siehe VASSILEFF (wie Anm. 73) S. 16f.; HATTON (wie Anm. 69) S. 112f.

76 Instruktionskonzept vom 21. 12. 1698, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 60, fol. 278v/279r.

Allianzverhandlungen geringfügig<sup>77</sup>. Sie wollten nun als Mindestzugeständnis Frankreichs die Zusage des Beistandes Ludwigs gegen alle in der Intention einer Veränderung des status quo im Norden unternommenen Aktionen erreichen. Chamilly faßte das als Abrücken von der Forderung nach Aufrechterhaltung der Garantie von Fontainebleau auf und schlug eine Orientierung am französisch-wolfenbüttelschen Vertrag als weitere Verhandlungsbasis vor. Er enthielt als neunten Artikel das allgemeine französische Versprechen der Protektion gegen alle zum Schaden der Allianz gemachten Unternehmungen<sup>78</sup>. Diese Restriktion mißfiel den Dänen, da sie als beliebig interpretierbare Formel jederzeit einen Prätext für Hilfsverweigerungen bieten konnte. Ihren Einwand wollte der Franzose mit dem Hinweis auf Ludwigs uneigennütziges Engagement für alle Bedrängten parieren, doch Dänemark bestand auf der namentlichen Nennung Schwedens, Hannovers und Gottorfs als potentieller Feinde, was Chamilly ablehnte. Im Sinne der auf Neutralität in den skandinavischen Affären bedachten französischen Außenpolitik lehnte Chamilly dies ab, weil Hannover ohnehin unter die Bestimmungen der Fürstenunion falle, man Schweden nicht beleidigen könne und dem Herzog von Gottorf nicht die Ehre einer unangemessenen Aufwertung seines Hauses zuteil werden lassen wolle. Man wollte zu nichts verpflichtet werden, sondern nur auf der Grundlage der Verträge von Stockholm und Wolfenbüttel, der Garantie für Rijswijk und der Fürstenopposition seine *bons offices* zur Behebung von Schwierigkeiten zwischen den genannten Mächten einsetzen. Diese Linie bestätigte Torcy dem Gesandten in Dänemark<sup>79</sup>.

Gerade angesichts der am 22. Dezember in Stockholm auf fünf Jahre erneuerten dänisch-schwedischen Defensivallianz von 1690 sah Ludwig nämlich gute Chancen für eine weitere Annäherung der nordischen Mächte und wollte die scheinbar günstige Konjunktur zu von der holsteinischen Hypothek befreiten Vertragsverhandlungen mit Dänemark nutzen<sup>80</sup>. Frankreich hat die Bedeutung des skandinavischen Freundschaftsvertrages offensichtlich überschätzt, denn beide Länder hatten nicht einmal versucht, die holsteinische Frage in ihn miteinzubeziehen, was seinen Wert mindern mußte: »The treaty of friendship said (...) nothing of the Holstein-Gottorp problem just because it was such a vital one for both parties: neither felt able to compromise in a matter so important to their respective national interests.«<sup>81</sup> Folglich durchkreuzte Dänemark die französischen Hoffnungen mit seinem Insistieren auf einen Separatvertrag, der der von seiner Seite wohl vor allem als Verhandlungsschritt in Aussicht gestellten Tripelallianz Dänemarks, Schwedens und Frankreichs voranzugehen hätte<sup>82</sup>. Es suchte nach Wegen, Frankreich zu mehr Engagement anzuregen. Mit dem Tode des Kurprinzen von Bayern, Joseph Ferdinands, am 6. Februar 1699, der auf Drängen der bayerischen Partei von König Karl II. von Spanien testamentarisch zum Alleinerben der spanischen Länder bestimmt worden war, waren der Erste Teilungsvertrag und das Testament Karls hinfällig

77 Brief Chamillys vom 9. 12. 1698, in: *ibid.* fol. 282r-290r.

78 *Ibid.* fol. 284r/v.

79 Konzept eines Briefes von Torcy vom 1. 1. 1699, in: *ibid.* fol. 312r-313r.

80 Defensivallianz vom 22. 12. 1698, in: CHRISTIANSEN (wie Anm. 14), Bd. 10, S. 516ff.; vgl. Instruktionskonzept vom 1. 2. 1699, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 60, fol. 353r.

81 HATTON (wie Anm. 69) S. 108.

82 Brief Chamillys vom 10. 2. 1699, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 60, fol. 386r-387v.

geworden. Erneut mußte eine Erbfolgeregelung gefunden werden<sup>83</sup>. Anlässlich dieser Entwicklung versuchte Dänemark wiederum die Spanische Frage als Verhandlungsmotiv in die Diskussion einzuführen, indem es zu bedenken gab, es könnte sozusagen durch ›Sachzwänge‹ auf die antifranzösische Seite gezogen werden, wenn es nur einen relativ unverbindlichen Vertrag zwischen beiden Staaten gäbe<sup>84</sup>. Man reagierte in Versailles völlig ablehnend auf diesen dänischen Versuch, sich das spanische Problem nutzbar zu machen und erklärte: (...) *le vœu du Roy de Dannemark est seulement d'estre attentif aux conjonctures et de profiter de celles qui s'offriront pour en retirer quelque avantage particulier*.<sup>85</sup> Dagegen sei Frankreichs Streben ausschließlich auf den Frieden gerichtet: *C'est pour cet effet que le but principal des traittez que j'ay faits depuis celui de Ryswick a esté la conservation de la tranquillité publique. C'est ainsi que j'ay traité avec la Suède et avec les Ducs de Wolfembutel* (...).<sup>86</sup> Außerdem müsse man Dänemark zu verstehen geben, daß weder Ludwig noch der Kaiser großes Interesse an einer Allianz mit ihm hätten. Der Hinweis enthielt eine leichte Warnung vor einer möglichen Hinwendung zum Kaiser, in erster Linie aber war er eine Illustration des Bewußtseins, im Umgang mit dem nordischen Staat kraft der hegemonialen Macht Frankreichs in Verhandlungen Modus, Inhalt und sogar Argumente bestimmen zu können. Die erneute Zurückweisung einer Einbeziehung der Spanischen Frage in die beiderseitigen Beziehungen bot Dänemark keine Angriffsfläche für den Aufbau einer Verhandlungskonstellation, in der Frankreich durch attraktive Assistenz- und Diversionsofferten zu konkreteren Verpflichtungen hätte animiert werden können. Die Vertragsverhandlungen zwischen den Ländern stagnierten. Frankreich beharrte auf der Zugrundelegung der Verträge von Wolfenbüttel und Stockholm, ließ keine weitere Diskussion über die Garantie von Fontainebleau zu und lehnte Spekulationen über die Unterstützung des Prinzen Maximilian von Hannover sowie alles über *bons offices* und den Erhalt der Reichsverträge hinausgehende und auch Subsidienzahlungen an Dänemark ab<sup>87</sup>.

Die Franzosen hatten zwar die Frage der Unterstützung Maximilians aus den offiziellen Verhandlungen mit Dänemark ausgeklammert, dennoch entwickelten sich ihre Beziehungen zu Anton Ulrich stetig weiter<sup>88</sup>. In Anbetracht der stark antifranzösischen Tendenzen Maximilians und Rudolf Augusts von Wolfenbüttel, die beide keine direkte Verbindung mit Frankreich wollten, konnte Dänemark mediatorische Funktionen wahrnehmen. Dänemark selbst griff die französische Proposition auf, Artikel 5 und 9 der Fürstenunion von 1693 in einen dänisch-französischen Vertrag

83 Arsène LEGRELLE, *La Diplomatie Française et la Succession d'Espagne*, 4 Bände, Paris 1888–1892, Bd. 3: *Le Troisième Traité de Partage (1699–1700)*, Paris 1890, S. 5–84.

84 Brief Chamillys vom 14. 4. 1699, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 61, fol. 23v–27r.

85 Instruktionskonzept vom 29. 4. 1699, in: *ibid.*, fol. 31r.

86 *Ibid.* fol. 32r.

87 Die französische Haltung geht hervor aus den Instruktionskonzepten vom 19. 3. 1699, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 60, fol. 435r–436r; vom 26. 3. 1699, in: *ibid.* fol. 452r–453r; vom 2. 4. 1699, in: *ibid.* fol. 457r–458v und vom 14. 5. 1699, in: *ibid.* Bd. 61, fol. 53r–55v. Ein nach Dänemark gesandter französischer Vertragsentwurf wird in einem Instruktionskonzept vom 26. 3. 1699, in: *ibid.* Bd. 60, fol. 452r als *une simple alliance défensive* charakterisiert.

88 SCHNATH (wie Anm. 16), Bd. 3, S. 172f.



zu integrieren<sup>89</sup>. Doch Frankreich begrüßte die dänische Oppositionspolitik in Regensburg zwar, war aber allgemein von der Effizienz der Fürstenunion nicht überzeugt, sogar enttäuscht. Man wollte sich ihr daher nicht wirklich verbinden, sondern nur seine prinzipielle Unterstützung und Sympathie für sie dokumentieren. Man lehnte die Bestimmungen des Artikels 5 als zu verpflichtend ab. Bezüglich des französischerseits zugestandenen Artikels zur Kuroposition akzeptierte Versailles den von Dänemark gewünschten Zusatz *conformement à ce qui est porté dans l'article 9 de l'union des princes opposans faite en 1693*<sup>90</sup>.

Nachdem hierüber Einigkeit erzielt worden war, trat eine völlige Stagnation der Verhandlungen ein. Sie resultierte aus dem zunehmend hoffnungslosen Gesundheitszustand Christians V. und der allmählich alles andere überlagernden holsteinischen Frage. Es war jederzeit mit der Anrufung der Altonaer Garanten zu rechnen, besonders wenn Schweden dazu ermuntern sollte<sup>91</sup>. In dieser Situation wurde Chamilly instruiert, auf eine Annäherung Dänemarks an den Kaiser zu achten, von dem es sich gegebenenfalls Hilfe gegen den Herzog erhoffen konnte. Der Gesandte glaubte nicht an eine derartige Entwicklung<sup>92</sup>. Die französischen Gesandten in Skandinavien, Chamilly und Guiscard, wurden beauftragt, entschieden für den Erhalt des Friedens im Norden einzutreten. Diese Order war die nahezu einzige Konstante in den wirren Verhältnissen bis zum endgültigen Ausbruch des Nordischen Krieges<sup>93</sup>.

Im Juni 1699 war das Scheitern der Hamburger Konferenzen offenbar geworden. Holstein-Gottorf holte schwedische Truppen in das Herzogtum und errichtete zum Schutz der Festung Tönning Schanzen bei Husum und Friedrichstadt. Dänemark wehrte sich gegen die demonstrative Ausübung des *ius fortalitorum* et *ius armorum*. Es wollte die Gespräche erst wieder aufnehmen, wenn die schwedischen Truppen abgezogen und der status quo ante wiederhergestellt wären.

Es ging in den folgenden Monaten darum, die explosive Situation zu entschärfen und die Kontrahenten wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Frankreich bezog dabei eine sehr zurückhaltende Position. Chamilly sollte Dänemark verdeutlichen, daß friedliche Inaktivität das geeignete Mittel sei, die Schweden zum Rückzug zu zwingen; denn bliebe eine Gefährdung des Herzogs aus, gäbe es keine Legitimation für die schwedische Anwesenheit in Holstein. Den Vorschlag seines Gesandten, die Mediation in ein Schiedsgericht mit französischer Beteiligung umzuwandeln, lehnte Ludwig ab. Der dänisch-holsteinische Streit sei zu alt, als daß ein Schiedsspruch ihn beenden könne, zumal Dänemark einem derartigen Vorgehen kaum zustimmen würde. Sollten Dänemark und Holstein gemeinsam die Vermittlung Frankreichs wünschen, werde man dies im Sinne des Friedenserhaltes nicht ableh-

89 LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 9, S. 388–390 und 391; zu den entsprechenden Artikeln der Fürstenunion siehe Anhang, S. 86.

90 Instruktionskonzept vom 10. 6. 1699, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 61, fol. 96v.

91 Briefe Chamillys vom 7. 7. 1699, in: *ibid.* fol. 134v/135r und vom 4. 8. 1699, in: *ibid.* fol. 164v/165r.

92 Instruktionskonzept vom 9. 8. 1699, in: *ibid.* fol. 158v/159r und Brief Chamillys vom 25. 8. 1699, in: *ibid.* fol. 191r–192r.

93 Instruktionskonzept vom 19. 8. 1699, in: *ibid.* fol. 169r–170r; vgl. die Instruktion für Guiscard vom 18. 4. 1699, in: GEFFROY (wie Anm. 38) S. 187–203, besonders S. 189–191. Louis Comte de Guiscard-Magny war vom 13. 8. 1699 bis zum 3. 11. 1701 (letzter Bericht) außerordentlicher Botschafter Ludwigs XIV. in Schweden, siehe BITTNER/GROSS (wie Anm. 58), Bd. 1, S. 234.

nen. Ansonsten stehe Ludwig weder als Schiedsrichter noch Mediator noch in seiner Eigenschaft als Garant im Sinne des Vertrags von Fontainebleau zur Verfügung<sup>94</sup>. Die Berechtigung des dänischen Wunsches nach Abzug der schwedischen Truppen stellte Frankreich nicht grundsätzlich in Frage, sofern Dänemark im Gegenzug die Bereitschaft zeigen würde, die Angelegenheit ohne weitere Vorbedingung wieder den Vermittlern zu übergeben.

Dessen ungeachtet setzte Dänemark seine Truppenkonzentration in Holstein fort, trotz des bedrohlich anwachsenden Willens der Mediatoren, einen ultimativen Einigungsvorschlag zu machen. Dementsprechend sah Versailles die Aussichten auf den Friedenserhalt schwinden, machte allerdings die Mediatoren in Hamburg dafür mitverantwortlich. Ihr Verhalten habe Dänemarks Abwendung von den Ausgleichsverhandlungen bestärkt. Drohungen an die Adresse Friedrichs IV. von Dänemark, seit Dezember 1699 König, wollte Ludwig nicht mittragen: *Il me suffit d'employer mes offices pour la conservation de la paix sans user de menace à l'égard de ceux qui pourroient exciter la guerre dans le Nord*<sup>95</sup>. Von weiteren Vertragsverhandlungen nahm er nun endgültig Abstand, da sein Streben nur dem Friedenserhalt galt. Er stellte außerdem fest: (...) *les traittez d'alliance avec la Dannemark n'ont esté d'aucune utilité pour mon service pendant la dernière guerre, ils n'y pourroient causer que du préjudice pendant la paix et certainement ils rendroient mes offices suspects à la Suède. Ainsi j'approuve que vous évitez (...) d'entrer dans aucune discussion*<sup>96</sup>.

Die entscheidenden Verhandlungen wurden zu dieser Zeit in Moskau geführt. Außerdem bemühten sich Friedrich IV. und August II. um das Wohlwollen, zumindest aber die Neutralität Brandenburgs<sup>97</sup>. Brandenburg jedoch, das mit Dänemark und Schweden im Bündnis stand, konnte schon angesichts der exponierten Lage des Landes nicht an kriegерischen Auseinandersetzungen im Norden gelegen sein, weshalb es sich sehr zurückhielt, ohne dadurch die Spannung in Nordeuropa mindern zu können.

Ludwig XIV. sah vor allem die dänische Unterstützung der Fürstenopposition unter den Wirren leiden. Seit Abschluß des französisch-wolfenbüttelschen Vertrages stockte die Entwicklung der Widerstandsbewegung<sup>98</sup>. Allen Einigungsbemühungen Anton Ulrichs zum Trotz machten sich deutliche Zersplitterungstendenzen bemerkbar. Auch auf dem Treffen der Oppositionsfürsten in Goslar Ende Januar 1700 konnten Dänemark und Wolfenbüttel die moderatere Majorität der Fürsten noch nicht zur Anrufung der französischen Garantie bewegen. Die Mehrheit wollte einen letzten Vorstoß beim Kaiser unternehmen und erst nach dessen Mißlingen die

94 Brief Chamillys vom 15. 9. 1699, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 61, fol. 235r/v und das Instruktionskonzept vom 30. 9. 1699, in: ibid. fol. 246r-247v.

95 Instruktionskonzept vom 2. 12. 1699, in: ibid. Bd. 62, fol. 98r; vgl. das Instruktionskonzept vom 15. 12. 1699, in: ibid. fol. 109r.

96 Instruktionskonzept vom 6. 1. 1700, in: ibid. fol. 155r/v.

97 Brief Chamillys vom 1. 12. 1699, in: ibid. fol. 111r-116v; vgl. HASSINGER (wie Anm. 74) S. 33f; Stefan HARTMANN, Die Beziehungen Preußens zu Dänemark von 1688 bis 1789 (Neue Forschungen zur brandenburgisch-preußischen Geschichte, Bd. 3), Köln/Wien 1983, S. 19-21.

98 SCHNATH (wie Anm. 16), Bd. 3, S. 181-186.

Requisition aussprechen. Die nächste und entscheidende Versammlung wurde für den 15. April in Nürnberg anberaumt<sup>99</sup>.

Die Initiative Frankreichs in der Kurfrage war somit erneut suspendiert, und man konzentrierte sich wieder auf den holsteinischen Konfliktherd. Ludwig ließ auch in Wolfenbüttel erklären, weder Dänemark noch Wolfenbüttel könnten im Falle eines Krieges mit Schweden auf französische Assistenz zählen<sup>100</sup>. In Kopenhagen propagierte Chamilly daher, mit viel Verständnis für den dänischen Standpunkt, die Rückkehr auf den Verhandlungsweg, möglichst zu direkten Gesprächen zwischen Dänemark und Holstein. Der dänische König beharrte auf der zumindest teilweisen Schleifung der holsteinischen Befestigungen und dem Abzug der Schweden als Vorbedingung für die Wiederaufnahme der Hamburger Konferenzen sowie prinzipiell auf der Beibehaltung der Unions- und Communionsverfassung. Dagegen pochte Gottorf auf den Erhalt aller seiner wichtigen Fortifikationen und Truppen sowie den Rückzug der dänischen Soldaten aus dem königlichen Teil des Herzogtums. Beide Seiten schienen nur sporadisch ausgleichsbereit zu sein, substantielle Fortschritte wurden nicht erreicht<sup>101</sup>. Der Stillstand der ›nordischen Affären‹ ließ Frankreich an die Möglichkeit einer Kompromißlösung glauben, und es sah den Frieden in Nordeuropa als gesichert an *en sorte que chacun des deux Roys sera toujours également attentif aux démarches que l'autre pourroit faire. Mais sans venir cependant à une rupture ouverte*<sup>102</sup>. Doch der Einfall der Sachsen in Livland, der am 11./12. Februar 1700 mit einem Angriff auf Riga begann, legte den Kriegeintritt Dänemarks nahe. Chamilly sollte ihm entgegenwirken. Zumal Ludwig in bezug auf Sachsen-Polen ein klares Ziel verfolgte. Sein Gesandter du Héron sollte in Warschau nicht nur auf den baldigen Friedensschluß hinwirken, sondern gleichzeitig Verhandlungen über einen polnisch-französischen Separatvertrag in Gang bringen, der nach der Pazifikation Nordeuropas geschlossen werden konnte. Denn obwohl der Zweite Teilungsvertrag gerade erst unterzeichnet worden war, befaßte sich Versailles offensichtlich mit den Bedingungen einer militärischen Auseinandersetzung mit dem Kaiser und maß für diesen Fall einer sächsisch-polnischen Diversion große Bedeutung bei<sup>103</sup>. So gestand man August II. freiwillig zu, was zu erlangen Dänemark vergeblich intendiert hatte: die Akzeptierung der Spanischen Erbfolgefrage als Verhandlungselement. Schließlich war Sachsen-Polen als Verbündeter Frankreichs potentiell von höherem Wert als das schwächere skandinavische Land.

Im März berichtete Chamilly, Dänemark habe die polnische Aktion begrüßt und forcire seine Vorbereitungen hinsichtlich Holsteins. Der französische Hof zweifelte stark an den Erfolgsaussichten der polnischen Aggression, der dänischen Pläne und dem Eintritt Moskaus in den Krieg. Auch im nordischen Konflikt könne Ludwig nur

<sup>99</sup> Goslarer Rezeß vom 5./15. 2. 1700, in: CHRISTIANSEN (wie Anm. 14), Bd. 11, S. 108ff.; vgl. SCHNATH (wie Anm. 16), Bd. 3, S. 188f.

<sup>100</sup> SCHNATH (wie Anm. 16), Bd. 3, S. 189.

<sup>101</sup> Briefe Chamillys vom 5. 1. 1700, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 62, fol. 166v-168r; vom 19. 1. 1700, in: *ibid.* fol. 177r-180r; vom 26. 1. 1700, in: *ibid.* fol. 188r-189v; vom 9. 2. 1700, in: *ibid.* fol. 203r-206r.

<sup>102</sup> Instruktionskonzept vom 3. 3. 1700, in: *ibid.* fol. 235r.

<sup>103</sup> FARGES (wie Anm. 68) S. 258, vgl. *ibid.* S. 280. Du Héron war vom 1. 7. 1698 bis zum 21. 4. 1700 (ultima relatio) als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister in Braunschweig-Lüneburg-Wolfenbüttel tätig, siehe BITTNER/GROSS (wie Anm. 58), Bd. 1, S. 212.

seine *bons offices* anbieten *pour empêcher encore s'il est possible que la guerre ne fasse de plus grands progrès*<sup>104</sup>. Er fürchtete aber, diese Dienste könnten vergeblich sein, weil Dänemark ihn eventuell schon als parteiisch ansehe. Diese Vermutung war die realistische Einschätzung des Eindrucks, den die französische Diplomatie und Politik während der vergangenen Monate in Dänemark erweckt haben mußte. Er wurde untermauert durch die Erklärung, Frankreich habe kein Interesse an einer Allianz mit Mächten, die in einem so diffizilen Krieg engagiert seien. Man wolle sie weder unterstützen noch sich mit der Gegenpartei überwerfen. Ein Defensiv- oder Handelsvertrag, wie ihn Reventlow erneut propagiert hatte, stehe momentan also nicht zur Diskussion. Zudem liege der Ruin Schwedens in Deutschland keinesfalls im französischen Interesse. Schweden würde seine deutschen Provinzen kaum halten können, wenn Frankreich sich seinen Feinden anschlosse. Damit war einmal mehr klar, daß Dänemark Schweden nicht aus der französischen Gunst verdrängen und ersetzen konnte. Außerdem wollte Frankreich nicht auf indirekte Einwirkungsmöglichkeiten im Reich verzichten, was mit Schwedens erzwungenem Rückzug aus deutschem Gebiet verbunden gewesen wäre. Die hierin liegende Spitze gegen den Kaiser wurde unterstrichen durch die pragmatische Argumentation, mit der es Dänemark von einer Verbindung mit Leopold abriet: Es sei für Dänemark augenblicklich vorteilhafter, frei zu sein, denn Allianzen mit dem Kaiser könnten sich in Zukunft nachteilig auswirken. Etwas später wurde der Gesandte von seiner Regierung daran erinnert, daß Dänemark die Verbindung mit Frankreich erst gesucht habe, nachdem seine Vorstöße in England, Holland und beim Kaiser gescheitert waren. Die Dänen wurden prinzipiell als wenig verlässliche Bündnispartner angesehen<sup>105</sup>. Hier wirkten sicherlich die negativen Erfahrungen Frankreichs mit dem dänischen Bündnispartner aus dem Neunjährigen Krieg nach.

Mit Kriegsausbruch bekam die Schadensbegrenzung vorrangige Bedeutung für Frankreich. Der polnische Angriff auf Riga endete in einer Belagerung. Ende März begannen die Kampfhandlungen in Schleswig-Holstein. Dänemark rasierte die herzoglichen Schanzen und begann am 21. April 1700 mit der Belagerung Tönning, die es am 6. Juni beenden mußte, als eine aus Schweden, Holländern und Braunschweigern bestehende Armee zum Entsatz in Holstein einmarschierte<sup>106</sup>. Frankreich nahm die permanente Zuspitzung des Konfliktes sehr genau wahr, registrierte aber ebenso das Fehlen jeglicher Koordination der Aktivitäten Dänemarks und Sachsen-Polens wie auch die unentschlossene Haltung Brandenburgs und Rußlands, weshalb es am Erfolg der antischwedischen Koalition massiv zweifelte<sup>107</sup>. Aufgrund seiner anfänglichen Erfolge riet man Dänemark zu einem baldigen Friedensschluß, bevor sich das Glück wenden und die sich mit Nachdruck für Schweden einsetzenden Seemächte in

104 Instruktionskonzept vom 31. 3. 1700, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 63, fol. 50.

105 Instruktionskonzept vom 8. 4. 1700, in: *ibid.* fol. 58v/59r.

106 Siehe KNÜPPEL (wie Anm. 2) S. 180f.; vgl. Reinhard WITTRAM, Patkul und der Ausbruch des Nordischen Krieges, in: Nachrichten der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, I. Philos.-hist. Klasse, Nr. 9 (1952), S. 201–233, S. 231.

107 Instruktionskonzepte vom 8. 4. 1700, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 63, fol. 58r/v; vom 28. 4. 1700, in: *ibid.* fol. 86v–88r und vom 21. 4. 1700, in: *ibid.* fol. 78r–80r; vgl. HARTMANN (wie Anm. 97) S. 22–24; HASSINGER (wie Anm. 74) S. 38–42; WITTRAM (wie Anm. 69), Bd. 1, S. 218–229 und SCHNATH (wie Anm. 16), Bd. 3, S. 307f.

Aktion treten würden. England und Holland drohten, als Garanten des Altonaer Vergleiches zur Unterstützung Schwedens ein Geschwader in den Sund zu entsenden und drängten Ludwig zur Parteinahme gegen Dänemark, die er aber verweigerte. Ludwig beabsichtigte, den Umstand zu nutzen, daß die Einzelaggressionen noch nicht zusammengewachsen waren und separate Lösungen weiterhin möglich schienen: *Mais comme il ne s'agit que du intérêt du Roy de Danemark vous pouvez présentement luy proposer de promettre au Duc d'Holstein une seureté entière dans ses estats et de convenir avec luy que jusqu'à l'entière décision de leurs différens il ne sera permit ny à l'un ny à l'autre de faire nouvelles forteresses dans les deux duchez et qu'ils régleront en mesme temps le nombre de troupes que chacun de deux y pourra désormais entretenir*<sup>108</sup>. Auf diese Art sollten die Feindseligkeiten beendet und eine Verhandlungschance eröffnet werden. Der Vorschlag fand genauso wenig positive Resonanz, wie es der Hinweis auf die Vorteile eines Friedensschlusses aus einer relativ starken Position heraus getan hatte<sup>109</sup>.

Die französische Zurückhaltung in der skandinavischen Auseinandersetzung hing mit der Frage der Spanischen Sukzession zusammen. Aus den nach dem Tode des Kurprinzen von Bayern wieder aufgenommenen Verhandlungen über sie ging im März 1700 der Zweite Teilungsvertrag zugunsten Erzherzog Karls hervor<sup>110</sup>. Eine Parteinahme für Dänemark hätte Frankreich offen in Widerspruch zur Politik und den skandinavischen Interessen Wilhelms III. treten lassen. Den Seemächten war hauptsächlich aus handelspolitischen Erwägungen an einem Zustand der Ruhe und des Gleichgewichts im Ostseeraum gelegen. Weder wollte Ludwig XIV. zu diesem Zeitpunkt das englisch-französische Einvernehmen gestört sehen, noch besaß die nordeuropäische Konfliktsphäre in irgendeiner Hinsicht für Frankreich genug Bedeutung, dergleichen riskieren zu wollen. So lehnte Ludwig aufgrund seiner engen Bindung an die Seemächte jegliche aktive Unterstützung ab, erbot sich aber als Mediator für Friedensgespräche zwischen Dänemark, Sachsen-Polen und Schweden. Auch verwies er wiederholt auf die Dänemark von seiten der Seemächte drohende Intervention zugunsten Karls XII<sup>111</sup>. Als Dänemark Anfang Juli die Belagerung Tönnings aufgeben mußte und zudem ein englisch-holländisches Geschwader im Sund kreuzte, wurde die dänische Niederlage nahezu unausweichlich. Wegen der Entsendung eines Flottenverbandes durch Wilhelm III., des »von den Stuarts bis zu Nelson bewährte(n) Druckmittel(s) Englands gegen Dänemark«<sup>112</sup>, suchte Friedrich IV. Hilfe bei Ludwig. Doch dem Wunsch nach Entsendung eines französischen Geschwaders in die Ostsee als einer demonstrativen Geste seiner Sympathie für Dänemark entsprach Ludwig selbstverständlich nicht<sup>113</sup>. Das Mißlingen des dänischen Feldzuges in Holstein ließ die Mediationsbemühungen in den Vordergrund

108 Instruktionskonzept vom 28. 4. 1700, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 63, fol. 88r/v.

109 Briefe Chamillys vom 20. 4. 1700, in: *ibid.* fol. 95r-96v und vom 2. 6. 1700, in: *ibid.* fol. 156r-157v.

110 2. Teilungsvertrag vom 11. 6. 1699 (London), 21.2./3. 3. 1700 (London) und 25. 3. 1700 (Den Haag), in: RÖNNEFARTH (wie Anm. 8), Teil II, Bd. 3, S. 119f.; vgl. LEGRELLE (wie Anm. 83), Bd. 3, S. 669ff. und 690ff.

111 Instruktionskonzept vom 26. 5. 1700, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 63, fol. 135r-139r; vgl. HASSINGER (wie Anm. 74) S. 40f.

112 SCHNATH (wie Anm. 16), Bd. 3, S. 47.

113 Siehe CHRISTIANSEN (wie Anm. 14), Bd. 11. S. 349f.

treten. Frankreich glaubte, den Friedenswillen Dänemarks wachsen zu sehen und forderte seinen Diplomaten zu verstärktem Einsatz auf. Der Versuch, dem französischen Vermittlungsangebot offizielle Geltung zu verschaffen, traf auf einige Schwierigkeiten. Ludwig scheint von den nun als Mediatoren tätigen Altonaer Garanten letztlich nicht als Vermittler anerkannt worden zu sein<sup>114</sup>. Damit war Frankreich nun nicht mehr ganz freiwillig auf das Leisten ›guter Dienste‹ verwiesen. Chamilly reiste dennoch nach Hamburg und Altona, entwickelte mit Billigung seiner Regierung Waffenstillstands- und Friedensprojekte, die durchaus Beachtung fanden<sup>115</sup>. Er hatte dabei zu gewährleisten, daß alle Vorschläge auf den nordischen Verträgen und erst in letzter Linie auf jenem von Fontainebleau basierten. Außerdem vertrat Frankreich die Ansicht, die holsteinischen Schwierigkeiten und die Frage des neunten Elektors seien zwei gänzlich getrennte Probleme<sup>116</sup>. Die verschiedenen Projekte Chamillys brachten keine wirklichen Fortschritte in den Verhandlungen, obwohl Dänemark das französische Engagement begrüßte und Ludwig gerne als Vermittler gesehen hätte. Keiner der Vorschläge konnte das Hauptproblem lösen, das einem Waffenstillstand und der Aufnahme von Friedensverhandlungen entgegenstand. Es waren die konträren Bedingungen, die Dänemark und Holstein als Voraussetzungen für Gespräche mit dem Gegner gewährleisten sehen wollten. Friedrich von Dänemark forderte den Rückzug der braunschweigisch-schwedischen Truppen aus Holstein, während Gottorf auf den Abzug der Dänen aus dem herzoglichen Gebiet bestand. Frankreich nahm diesen Konfliktpunkt genau wahr und verstand, welche subjektiven Erwägungen beide Seiten zu ihrer Haltung bewegte. Weder der König noch der Herzog wollten ihre neuerworbenen Vorteile wieder aufgeben. Gottorf war am Erhalt der militärischen Präsenz seiner Alliierten in Holstein interessiert, weil die Stärke seiner Verhandlungsposition auf ihr beruhte. Der von Schweden und Braunschweigern zu Lande, von den Seemächten im Sund ausgeübte Druck sollte Friedrich zum Nachgeben zwingen. Ebensowenig konnte der König seine Truppen zurückrufen, wollte er sich wenigstens minimale Chancen für einen akzeptablen Frieden sichern. Die dänische Position war allerdings ungleich angreifbarer und verschlechterte sich zusehends. So mußten die Vermittler und der als ›Mittelsmann‹ zwischen den Parteien fungierende französische Gesandte, der gehalten war, mit den Vertretern der Seemächte eng zu kooperieren, eine für beide Seiten annehmbare Antwort auf die Frage finden, wie weit sie sich jeweils zurückziehen sollten, um die Verhandlungsaufnahme zu ermöglichen. Da König wie Herzog in jeder noch so geringfügigen Konzession substantielle Nachteile für sich ausmachten, war das Auffinden des kleinsten gemeinsamen Nenners äußerst schwierig. Zudem mußte Holstein aufgrund der massiven Unterstützung, die ihm von mehreren Seiten zuteil wurde, keinen gesteigerten Wert auf einen Ausgleich legen. Versailles erkannte, daß der kleinste Vorteil der einen oder anderen Seite alle auf den Frieden ausgerichteten Dispositio-

114 Ibid. S. 356f.; vgl. Instruktionskonzepte vom 3. 6. 1700, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 63, fol. 147v und vom 2. 7. 1700, in: ibid. fol. 210v.

115 Siehe BRULIN (wie Anm. 54) S. 60–81 und CHRISTIANSEN (wie Anm. 14), Bd. 11, S. 348–366.

116 Instruktionskonzepte vom 17. 6. 1700, in: AAE, C.P., Danemark, Bd. 63, fol. 187v und 2. 7. 1700, in: ibid. fol. 211r.

nen erschüttern konnte<sup>117</sup>. Gerade in der Frage der Entschädigungszahlungen erblickte man korrekterweise eine kardinale Schwierigkeit. Chamilly sollte sie als das entlarven, was sie nach Ludwigs Auffassung war, nämlich ein Prätext zur Verlängerung des Krieges, weshalb jeder Vorstoß in diese Richtung abgewendet werden sollte<sup>118</sup>.

Insgesamt sah Versailles die Friedensbereitschaft Holsteins als relativ gering an, hielt aber an seinem Wunsch nach einer umfassenden Friedensregelung in Nordeuropa fest. Frankreich verstand hierunter die Einbeziehung Schwedens und Sachsen-Polens in die Friedensverhandlungen<sup>119</sup>. Doch schon die Beilegung des Konfliktes zwischen Dänemark und Gottorf bereitete seinen diplomatischen Vertretern genügend Probleme. Die Vorschläge Chamillys beinhalteten zumeist die Forderung nach beiderseitigem Truppenrückzug, wobei er versuchte, dem Wunsch Friedrichs IV. nach Rückzug der Alliierten über die Elbe Rechnung zu tragen. Das war für Holstein wiederum inakzeptabel. Die freie Verfügung des Herzogs über die Hälfte der von Prälaten und Ritterschaft erhobenen Kontributionen wollte Dänemark dagegen anscheinend noch akzeptieren<sup>120</sup>. Doch die Verhandlungen machten kaum Fortschritte, allen Aktivitäten der Seemächte und Frankreichs zum Trotz, die im Hinblick auf die Durchführung des Zweiten Teilungsvertrages so schnell wie möglich den Frieden herstellen wollten. Wilhelm III. und Ludwig XIV. waren an der Befriedung Nordeuropas so interessiert, weil sie ihr Hauptaugenmerk auf die Erzwingung der Anerkennung des Zweiten Teilungsvertrages durch Leopold I. richteten. Der Kaiser verweigerte sie in der Hoffnung, Karl II. von Spanien werde sich zugunsten der Österreicher entscheiden. Durch die Beilegung ihres Konfliktes wären Dänemark und Schweden für die Auseinandersetzung mit Leopold eventuell wieder verfügbar gewesen. So dürfte Ludwigs Drängen auf eine baldige Pazifikation durchaus aufrichtiger Natur gewesen sein, wenn auch aus nationalen Erwägungen.

Die eigentlichen Friedensverhandlungen setzten erst ein, nachdem Karl XII. Anfang August auf Seeland gelandet war und Kopenhagen bedrohte. Dänemark war gezwungen, umgehend Frieden zu schließen. Dementsprechend ungünstig waren die Bedingungen des am 18. August in Traventhal geschlossenen Friedens zwischen dem dänischen König und Herzog Friedrich IV. von Holstein-Gottorf. In ihm mußte Dänemark dem Herzog alle von ihm geforderten Rechte gewähren. Zugleich war klar, daß die Dänen dies nicht für das letzte Wort in der holsteinischen Frage hielten. Sie blieb eine schwere Hypothek für die ›Ruhe des Nordens‹ und führte letztlich zum Wiedereintritt Dänemarks in den Nordischen Krieg nach der Niederlage Karls XII. bei Poltawa (1709).

Frankreich war an den Verhandlungen, die in wenigen Tagen zum Frieden von Traventhal führten, quasi nicht beteiligt. Auch die weitere Tätigkeit Chamillys führte zu keinem konkreten Ergebnis. Kein noch so allgemeiner Allianzvertrag wurde geschlossen. 1702 wurden zeremonielle Verstimmungen zum Vorwand für

117 Instruktionskonzepte vom 16. 7. 1700, in: *ibid.* Bd. 64, fol. 15r/v und vom 2. 7. 1700, in: *ibid.* Bd. 63, fol. 209v/210r.

118 Instruktionskonzept vom 16. 7. 1700, in: *ibid.* Bd. 64, fol. 16r.

119 Instruktionskonzept vom 29. 7. 1700, in: *ibid.* fol. 39r-42v.

120 Siehe CHRISTIANSEN (wie Anm. 14), Bd. 11, S. 358–360.

die Rückberufung Chamillys genommen. Bis 1726 wurde Frankreich von dem Gesandtschaftssekretär Poussin in Dänemark vertreten. Erst 1726/27 intensivierten sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder.

#### IV. Zusammenfassung

Im Laufe des 17. Jahrhunderts waren mehrere Motive deutlich geworden, die Frankreichs Interesse an Dänemark und Schweden begründeten<sup>121</sup>. Hier wären vor allem die Ressourcen der skandinavischen Länder zu nennen. Gerade Schweden war ein wichtiger Lieferant kriegswichtiger Materialien und (noch) eine konsiderable Großmacht mit einigem Einfluß in der internationalen Politik. Doch auch Norwegens Küste war eine durchaus interessante Operationsbasis für französische Kaperer und Kriegsschiffe. Zudem waren Dänemark und Schweden die beherrschenden Mächte des Øresunds, weshalb Ludwig XIV. die Möglichkeit sah, durch sie dem Ostseehandel der Niederländer zu schaden. Und letztendlich konnten beide Mächte durch ihre jeweilige Reichsstandschaft auf die deutschen Mächte einwirken und Pläne zum Aufbau profranzösischer Parteien im Reich eventuell fördern. Alle diese Punkte ließen eine frankreichfreundliche »Nordische Union« als Stärkung der französischen Machtposition erscheinen, woraus das stete Bemühen Frankreichs um eine skandinavische Einigung resultierte.

Zum Ende des Jahrhunderts wurde in der Politik Ludwigs XIV. gegenüber Dänemark vor allem der Wunsch manifest, mittels des skandinavischen Landes Einfluß im Reich zu nehmen. So war die Reichsstandschaft Dänemarks für seinen Anteil am Herzogtum Holstein die für Frankreich interessanteste Eigenschaft des Landes.

Das vor 1698 bestimmende Motiv französischer Politik, die Diversion Dänemarks im Falle französisch-kaiserlicher Auseinandersetzungen, war nach dem Frieden von Rijswijk zurückgetreten. Um 1700 hatte Frankreich für Dienste dieser Art Sachsen-Polen und Bayern im Auge<sup>122</sup>. Zwei Mächte, von denen man sich nicht zu Unrecht wirksamere militärische Ablenkungsmanöver versprechen konnte als von einem Staat, dessen Macht weiter verlief. Aber es wirkten wohl auch die Negativerfahrungen von 1689/93 nach, als Dänemark sein Diversionsversprechen nicht in der vorgesehenen Frist geleistet hatte. Trotzdem hielt es Frankreich offensichtlich noch für möglich, Dänemark für die französische Reichspolitik zu instrumentalisieren. Leitung und Stimulierung der Fürstenopposition gegen das neunte Elektorat war daher die Christian V. und Friedrich IV. von Versailles zugeordnete Aufgabe. Es vernachlässigte allerdings, daß Dänemark die gottorfische Frage als ein existenzielles Problem ansah, dem notfalls alles andere untergeordnet werden konnte respektive mußte. Spätestens 1701 wurde diese Tatsache durch das Bündnis Dänemarks mit dem Kaiser offenbar<sup>123</sup>. Hierin verzichtete Dänemark auf Widerstand gegen den

121 Siehe JØRGENSEN (wie Anm. 34) S. 70.

122 Vgl. Bernd WUNDER, Die bayerische »Diversion« Ludwigs XIV. in den Jahren 1700–1704. Kurbayern, Schwaben und Franken zwischen Habsburg und Bourbon zu Beginn des spanischen Erbfolgekrieges, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Bd. 37, Nr. 2 (1974) S. 416–478.

123 Vertrag vom 4. 6. 1701 (Laxenburg), in: H. C. de REEDTZ (Hg.), Répertoire historique et chronologique des traités, conclus par la couronne de Dannemarc, Göttingen 1826, S. 164f.



Kaiser und damit auf seine Teilnahme an der Kuroposition. Diese Entwicklung bahnte sich, wie gesehen, schon unmittelbar vor dem Frieden von Traventhal an. Die Versammlung der Oppositionsfürsten in Goslar war im Grunde das letzte Auftreten Dänemarks an exponierter Stelle der Prinzenunion. Schon auf dem Konvent in Nürnberg, der ab April stattfand, hielt Dänemark sich eher zurück. Es unterzeichnete zwar noch die am 9. August 1700 beschlossene Anrufung der Garanten des Westfälischen Friedens, insbesondere Frankreichs, nahm aber von seiner früheren Agitationspolitik zunehmend Abstand<sup>124</sup>. Der Vertrag mit dem Kaiser wurde dann von dem inzwischen als diplomatischer Vertreter Dänemarks in Wien tätigen T.B. von Jessen abgeschlossen. Mit den Generalstaaten verhandelten Reventlow und Plessen. Sie zeichneten für den Abschluß der Allianzen mit England und Holland verantwortlich<sup>125</sup>. Die Abwendung Friedrichs IV. von Frankreich wurde mit diesen Verträgen explizit. Die fast gleichzeitig geschlossenen Bündnisse mit dem Kaiser und den Seemächten erweisen, daß der Subsidienempfänger Dänemark neue Geldgeber gefunden hatte, nachdem Frankreich in den vorangegangenen Jahren Zahlungen verweigert hatte.

Die Verbesserung des Verhältnisses zu den Seemächten und dem Kaiser, verbunden mit finanziellen Vorteilen und der Aussicht auf neue Handelsvereinbarungen, erleichterten den Dänen den Verzicht auf die Kuroposition und die grundlegende Umorientierung ihrer Politik. Dänischerseits sieht man die Motive hierfür in der Erkenntnis, daß Frankreich letzten Endes immer Schweden als die stärkere Macht und traditionellen Verbündeten den Dänen vorziehen würde. Auch wird betont, Dänemark habe sich die Möglichkeit zu tieferegreifenden Kontakten mit Frankreich erst eröffnet, als dessen Macht zurückging. Vor dem Hintergrund der Spanischen Erbfolgefrage und der europäischen Machtkonstellation des beginnenden 18. Jahrhunderts habe Dänemark also auf die falsche Seite gesetzt<sup>126</sup>.

Ohne Zweifel war das Streben nach einer profranzösischen Union der beiden nordischen Mächte das übergeordnete Ziel der Politik Ludwigs XIV. Die Einsicht, daß gerade zum Ende des Jahrhunderts der Glaube an eine solche Möglichkeit ziemlich unrealistisch war, schien zwar gelegentlich durch, doch ist ihr nicht mit der Entwicklung einer tragfähigen Gegenkonzeption begegnet worden. Je nach Lage der »nordischen Konjunkturen« wurde sie einmal mehr, einmal weniger für realisierbar gehalten und zur politischen Maxime erklärt. Setzte Friedrich III. von Brandenburg seine Erkenntnis, nur zu einem der skandinavischen Länder wirklich freundschaftliche Beziehungen haben zu können, in eine Politik zurückhaltenden Lavierens und Taktierens um, so war Frankreichs politische Linie eher die einer Negierung bzw. Vernachlässigung dieser Tatsache. Das mußte um so leichter fallen, als Frankreich im Gegensatz zu Friedrich III. von keiner der beiden Seiten etwas zu befürchten hatte<sup>127</sup>.

124 SCHNATH (wie Anm. 16), Bd. 3, S. 187–191, 194–196.

125 Siehe den dänisch-englischen Vertrag vom 15. 6. 1701 (Kopenhagen), in: REEDTZ (wie Anm. 123) S. 166f. und den dänisch-holländischen Vertrag, in: *ibid.* S. 167f. Vgl. auch Heinz DUCHHARDT, Die Glorious Revolution und das internationale System, in: FRANCIA. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte 16/2 (1989) S. 29–37.

126 CHRISTIANSEN (wie Anm. 14), Bd. 11, S. 350; FABRICIUS (wie Anm. 10) S. 434f.

127 HARTMANN (wie Anm. 97) S. 17.

Letzteres verweist auf den kardinalen Punkt der bilateralen Beziehungen: das Fehlen eines gemeinsamen Interesses, das beide Seiten in gleichem Maße oder in qualitativ ähnlicher Art und Weise tangiert hätte. Man könnte dies als Fehlen einer (politischen) »Vermittlungsebene« beider Länder bezeichnen. Mit dem Scheitern der französischen Wirtschaftspläne im Baltikum war ein Element zwischenstaatlicher Interaktion fast eliminiert worden, das die Basis oder Notwendigkeit eines konstruktiven Umganges miteinander in wenigstens einer Hinsicht hätte gewährleisten können. Das Verhältnis Englands zu Schweden zeigte eine derartige Konstellation: »England and Sweden regarded one another as pieces in the great political game of alliances which could be formed and then broken again. It was a completely unsentimental link between two nations which had no great direct contact with another except in matters of trade.«<sup>128</sup>

Die Frage der Neunten Kur erwies sich als nicht wirklich tragfähige Verbindungsebene zwischen Frankreich und Dänemark. Stellte die Elektorswürde Hannovers für Dänemark den mit Mißtrauen beobachteten Machtzuwachs eines benachbarten Landes dar, der zwar ein Gefahrenpotential barg, aber dennoch nicht an die Brisanz des Reizthemas Schleswig-Holstein-Gottorf heranreichte, so lag der Fall bei Frankreich anders. Ludwig sah vor allem die Möglichkeit antikaiserlicher Politik durch die Kuroposition gegeben. Hierfür wollte er Dänemark benutzen, was nicht in der gewünschten Weise gelang. Frankreich wollte sich gegenüber Dänemark ohne Zugeständnisse durchsetzen. Das konnte nicht gelingen. Von daher war das Scheitern der französischen wie der dänischen Erwartungen an die beiderseitigen Kontakte wenig verwunderlich. Über Dänemark ließ sich keine Reichspolitik betreiben, ohne auf die sonstigen Bedürfnisse des Landes Rücksicht zu nehmen und sie angemessen in Rechnung zu stellen.

Für das generelle Verhältnis mittel- und westeuropäischer Staaten zu den skandinavischen Ländern ist dies ein interessanter Befund. Er bietet uns eine Fragestellung, die bei der Behandlung der Beziehungen zwischen ihnen beachtet werden sollte, nämlich inwieweit das Nichtvorhandensein gemeinsamer politischer Interessen zu einer Abgrenzung von Interessensphären führte, die Nordeuropa zunehmend auf sich selbst verwies und es neue, eigene politische Konzeptionen entwickeln ließ, wie beispielsweise um 1700 das Konzept der bewaffneten Neutralität. Man wird Skandinavien sicher nicht zu einem geschlossenen Geschichtsraum erklären können, dazu waren (und sind) die oft nur punktuellen Gemeinsamkeiten häufig zu verschieden ausgeprägt und virulent, gerade in wirtschaftlicher Hinsicht. Doch scheint mir das für einen minimalen Zeitabschnitt der Regierungszeit Ludwigs XIV. Dargelegte einen Hinweis darauf zu geben, wie im Denken der West- und Mitteleuropäer Skandinavien zu dem homogenen Raum werden konnte, der es realiter nie war, da die Tendenz zur Abgrenzung der einzelnen Regionen gegeneinander in Nordeuropa bisher immer überwogen hat.

## Anhang

### 1.) Artikel 5 der Fürstenunion vom 1./11. 2. 1693

aus: LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 9, S. 389f.:

(...) dennoch wieder alle diessfalls sich gemachte bessere hoffnung zur vermeintlichen investitur Seiner Fürstl. Durchl. zu Hannover fortgeschritten, und darmit zu höchstem præjuditz fürsten undt stände verfahren worden, als befinden dieselbe sich unumbgänglich genöthiget nach vorgesetztem fundament dagegen mit einander kafft dieses sich zu vereynen und zu verabreden, dass sie hochermelter Sr. Fürstl. Durchl. zu Hannover das jus electorale durchaus nicht gestehen, noch Dieselbe jemahlen vor einen churfürsten des reichs, der beschehenen declarationi nullitatis zu folge, erkennen können noch wollen; auch da nichts destoweniger Dieselbe sich solcher vermeintlich acquirirten 9<sup>ten</sup> churwürde öffentlich anmassen und sich pro electore geriren, auch wohl gar durch auswärtiger puissancen assistenz vi foederis sich de facto dabey zu etabliren trachten solten, sie sich conjunctis consiliis et auxiliis dagegen setzen undt durch ohnverzügliche zusammenschickung ihrer gevollmächtigten bedacht seyn wollen, ein zureichliches defensiv-concert zu formiren undt mit zuziehung mehrer bey dem instrumento pacis Westphalicæ interessirter stände solche kräftige mesures nehmen, wodurch die violirung der grundgesätze, und das denen fürsten undt ständen obschwebende ohnerträgliche præjuditz wirdt abgewendet, hingegen die grundfeste des reichs, dessen bisherige form und daran hangende harmonie undt wohlstand defendiret und erhalten werden können, dero behuef auch die hände nicht eher sincken lassen, biss das denen fürsten undt ständen des reichs hierunter zugefügtes præjuditz wieder abgethan, die sachen auf den fuess und die norm der güldenen bull und des instrumenti pacis Westphalicæ gantzlich reducirt, und alles hinwiederumb in den vorigen standt gesetzet worden.

### 2.) Artikel 9 der Fürstenunion vom 1./11. 2. 1693

aus: LAURSEN (wie Anm. 4), Bd. 9, S. 391:

9. Damit nun zum 9<sup>ten</sup> vorgesetztes alles zum gedeysahmen effect gebracht werden möge, versprechen fürsten und stände einander hierdurch, ihre zu gemeinen reichs- und andern versamlungen abschickende räthe und gesandte dahin gemessentlich zu befehligen und anzuweisen, dass sie nicht allein auf diese beschebene verabredung in ihren votis und handlungen ihr unverrücktes absehen richten, sondern auch aus allen vorkommenden dahin einlauffenden und der reichsfürsten gerechtsahmen betreffenden sachen getreulich unter einander communiciren undt mit einmüthigem rath undt zusammensetzung deren genaueste beobacht- und erhaltung sich angelegen seyn lassen, darwieder ihres theils nichts verfängliches eingehen, noch demselben nachsehen, oder sich darunter trennen und irrig machen lassen, sondern da dergleichen vorgehen solte, sich unter einander eines gleichförmigen umständlichen berichts mit anhangung ihres unvergreiflichen und allerdings unverbündlichen bedenckens vereinbaren, und jedweder dasselbe an seinen herren principalen zu erholung nöthigen befehls unverlängt überschicken. Immittelst aber und vor einlangung allerseits hoher herren principalen resolution ihrer keiner abbruch der fürstlichen gerechtsahmkeiten einseitig verfahren solle.

JEAN BÉRENGER

## LA POLITIQUE OTTOMANE DE LA FRANCE DANS LES ANNÉES 1680

En 1686, le maréchal de La Feuillade, vieux courtisan et habile spéculateur achevait la construction de la place des Victoires, à Paris, en édifiant, à ses frais, une statue monumentale de Louis XIV. Des médaillons ornaient le socle de la statue; sur l'un d'eux une figure féminine représentait une victoire foulant aux pieds l'étendard de la Turquie<sup>1</sup>. En contradiction avec cette image, la France passait alors pour l'alliée des Turcs. Même la présence de volontaires français aux côtés des Impériaux en Hongrie donnait lieu à des critiques acerbes: on les soupçonnait de renseigner les Ottomans. Le pacha de Bosnie aurait raconté que les volontaires avaient promis de lui livrer le fils de l'Empereur ou le «roi bleu» (c'est-à-dire Max Emmanuel, Electeur de Bavière). Le récit du pacha, colporté à Vienne, nourrissait la méfiance traditionnelle<sup>2</sup>.

D'une manière plus générale on renouvela en 1686 les graves accusations que l'on avait portées contre la France et son roi au moment du siège de Vienne par l'armée de Kara Mustafa: les Turcs auraient été aidé par des officiers français et auraient utilisé les services d'ingénieurs militaires français... Ces accusations, sans fondements réels, entretenaient la vieille thèse selon laquelle Louis XIV aurait été l'ennemi de la Chrétienté<sup>3</sup>.

Il nous semble pourtant que la politique française à l'égard de l'Empire ottoman était beaucoup plus complexe, beaucoup plus fluctuante durant la période qui va de la signature de la paix de Nimègue au début de la guerre de la Ligue d'Augsbourg, car elle doit résoudre plusieurs contradictions: en premier lieu pousser la Sublime Porte à l'action tout en maintenant une stricte neutralité officielle, dans la mesure où Louis XIV est soucieux de son image de Roi Très Chrétien. Si Louis XIV ne souhaite pas ceindre la couronne impériale, il désire néanmoins assurer la direction morale de l'Europe catholique<sup>4</sup>. Ce rôle est par conséquent contradictoire avec celui d'allié du Grand Turc, qui fait à nouveau trembler les peuples d'Europe centrale et dont les troupes se distinguent par d'horribles pillages. Louis XIV s'en tiendra donc formelle-

1 Charles BOUTANT, *L'Europe au grand tournant des années 1680: les origines de la guerre de succession palatine*, Thèse Lettres, Paris 1985, p. 241.

2 Onno KLOPP, *Der Fall des Hauses Stuart ... in Zusammenhang der europäischen Angelegenheiten von 1660 bis 1714*, t. III, p. 251-252.

3 Philippe ROY, *La politique française en Europe orientale au moment du siège de Vienne*, thèse Rennes (IAREH) 1975, exemplaires dactylographiés Introduction.

4 Depuis l'article de Gaston ZELLER, *La candidature des rois de France à l'Empire*, dans: *Revue Historique* (1934) p. 76-97, le problème n'a jamais vraiment été étudié, en dépit des accusations de la propagande antifrançaise subventionnée par les Habsbourg.

ment à une stricte neutralité, que l'on pourrait néanmoins qualifier de malveillante à l'égard des Habsbourg, voire de la Sainte Ligue.

La politique ottomane de la France obéit à des logiques contradictoires, selon qu'il s'agit de l'Europe orientale ou de la Méditerranée. En Europe orientale, Louis XIV peut être tenté d'utiliser les Turcs dans le cadre du système d'alliance de revers dirigé contre l'Empire – laisser attaquer Vienne par l'armée ottomane pour mieux défendre Strasbourg ou s'emparer plus aisément de Luxembourg<sup>5</sup>. En Méditerranée, et plus particulièrement en Méditerranée occidentale, les intérêts français s'opposent directement aux pirates barbaresques, qui nuisent au grand commerce français et représentent une blessure d'amour-propre pour le Roi-Soleil. La décennie 1680–1690 fut la période des grandes expéditions punitives contre Alger et Tripoli. Or les corsaires tripolins ou algérois sont des Musulmans et des vassaux de la Sublime Porte. Ils sont donc à ce double titre des protégés du Grand Seigneur, même s'ils se conduisent souvent comme des vassaux insolents. C'est pourquoi les rapports triangulaires Sublime Porte/Roi Très Chrétien/Corsaires barbaresques sont des sources permanentes de conflit, dans la mesure où la Porte reconnaît le bien-fondé des plaintes des marchands français, mais où elle est incapable d'exercer la moindre autorité sur les Régences d'Alger ou de Tripoli, qui ne dépendent plus d'elle que nominalement. Depuis le début du siècle, la Porte est en effet incapable de se faire respecter<sup>6</sup>. Il ne reste plus au gouvernement français qu'à traiter directement avec les autorités d'Alger et de Tripoli, c'est-à-dire employer la force, ce qui ne va pas sans friction avec le gouvernement de Constantinople.

Enfin la France a des intérêts considérables dans l'Empire ottoman, tant sur le plan économique que sur le plan religieux et elle souhaiterait demeurer l'interlocuteur privilégié de la Porte, place qu'elle occupait au temps de François 1<sup>er</sup> et de Soliman : dans le système inauguré par les Capitulations de 1535, le commerce européen se faisait sous la bannière fleurdelysée et le Roi Très Chrétien était le protecteur des Lieux Saints. Ces dispositions ont été confirmées par les Capitulations de 1673 ; toutefois, Anglais, Hollandais et Vénitiens n'utilisent plus depuis longtemps la bannière de France et naviguent sous leur propre pavillon. Le Roi a toutefois rappelé ces importantes dispositions dans l'instruction donnée en 1679 à Guilleragues, lorsque celui-ci fut nommé ambassadeur de France à Constantinople<sup>7</sup>.

Enfin le gouvernement ottoman est devenu un interlocuteur difficile, beaucoup plus qu'il ne l'était au XVI<sup>e</sup> siècle. Les Turcs sont imbus de leur supériorité, pleins de mépris pour les Infidèles, mais ils sont aussi corruptibles et profondément divisés ; il faut déployer de grandes qualités pour négocier avec les vizirs et savoir allier courage et intelligence. A partir de 1686, ce gouvernement, profondément ébranlé par les défaites en Hongrie connaît à nouveau l'instabilité, alors que Louis XIV demeurerait ferme dans son attitude de neutralité.

Nous ne pouvons malheureusement donner au lecteur que les premiers résultats d'une enquête basée sur l'examen de la correspondance de Guilleragues, les instructions aux ambassadeurs, les dépêches du baile vénitien à Constantinople, ainsi que

5 Jean BÉRENGER, Louis XIV, l'Empereur & l'Europe de l'Est, dans : *Revue XVII<sup>e</sup> siècle* (1979) p. 56–62.

6 Robert MANTRAN & collaborateurs, *Histoire de l'Empire ottoman*, Paris 1989, p. 334–337.

7 Pierre DUPARC (éd.), *Recueil des Instructions aux Ambassadeurs & ministres de France* (ensuite Instructions), t. XXIX, Turquie, Paris 1969, p. 113–114.

sur quelques travaux récents de l'école française. Outre la thèse de doctorat du regretté Charles Boutant, il convient de mentionner ici les travaux de Philippe Roy, de Robert Mantran et de Michel Vergé-Franceschi<sup>8</sup>.

Pour mieux comprendre la politique originale de Louis XIV, ni favorable au Grand Turc, ni conforme aux intérêts apparents de la Chrétienté, nous essaierons d'analyser d'abord les intérêts français au Proche-Orient, tels qu'ils apparaissent dans les instructions données à Guilleragues puis à Girardin.

Les Français ont tout d'abord des intérêts économiques considérables dans l'Empire ottoman, liés au grand commerce méditerranéen. Des Mémoires de Guilleragues récemment publiés par Robert Mantran montrent en effet que le commerce du Levant est essentiel pour le port de Marseille et l'économie provençale dans les années 1680<sup>9</sup>. En 1682, les Français exportaient à Constantinople de la cassonade, dont on faisait du sucre et des confitures. Ce sucre de canne brut provient d'Amérique, soit directement, soit par l'intermédiaire de l'Espagne et chaque cargaison vaut 10 à 12 000 écus. Ils fournissent à la Turquie d'autres produits coloniaux (gingembre, poivre, cochenille), mais aussi des draps de qualité courante «des plus grossiers, qu'on travaille en diverses fabriques de Province», alors que «les autres nations n'en portent point de semblable», auxquels il faut ajouter des draps fins du Languedoc, qui entrent en concurrence avec ceux de Hollande. En 1684 *les draps de France sont recherchés, estimés et publiquement préférés à ceux d'Hollande; on en consommerait beaucoup à Constantinople ... si les Français avaient des assortiments suffisants*<sup>10</sup>. A cela il faut ajouter les horloges, dont les Turcs ont besoin pour fixer l'heure exacte des prières et qu'ils font construire en Europe. Comme les navires français transportent aussi des marchandises turques et gagnent beaucoup sur le fret et comme ils achètent peu de marchandises à Constantinople, le commerce est largement excédentaire au profit des Provençaux.

En outre ceux-ci exportent désormais des dentelles et des glaces, depuis que les manufactures du royaume se sont développées sous l'impulsion de Colbert – celle de Saint-Gobain en particulier; leurs produits font désormais concurrence à ceux des manufactures vénitiennes. Guilleragues, attentif aux problèmes commerciaux, suggérait en 1684 de développer l'exportation des *brocarts brillants et lamés d'or et d'argent, dont la consommation est incroyable au Levant, les femmes Turquesques en portent toujours et en changent souvent, c'est leur principale dépense, c'est en quoi consistent leurs dots, ce sont les présents que les Turcs font et qu'ils reçoivent, c'est la magnificence des sérails*. Et comme le prix des fourrures a considérablement augmenté, il suggère d'y vendre aussi des produits russes, en provenance d'Arkhangelsk ou bien des produits canadiens. En 1684, il demande des échantillons, *car il n'y a aucune consommation qui égale celle-là, tous les hommes et toutes les femmes à tous*

8 ROBERT MANTRAN, Monsieur de Guilleragues, ambassadeur de France à Constantinople et le commerce français au Levant. Documents & notes. 1679–1685, dans: L'Empire ottoman, la République de Turquie & la France (Varia Turcica III), Istanbul–Paris 1986, p. 59–72. Philippe de VILLETTE-MURRAY, Mes campagnes de mer sous Louis XIV, éd. par Michel VERGÉ-FRANCESCHI, Paris 1991.

9 MANTRAN, Monsieur de Guilleragues (voir n. 8) p. 59–72. Jacques SAVARY, Le parfait négociant, Paris 1679, p. 453. Paul MASSON, Le commerce français dans le Levant pendant le XVII<sup>ème</sup> siècle, Paris 1897.

10 MANTRAN, Monsieur de Guilleragues (voir n. 8) p. 63–65.

*les âges et de toute condition en portent neuf mois de l'année, les zibelines et les hermines sont en usage tout l'été*<sup>11</sup>.

Si l'ambassadeur ne donne aucune précision chiffrée, nous savons par le manuel du «Parfait négociant», que les marchands des cinq Echelles du Levant (outre Constantinople, Smyrne, Alep, Alexandrie et le Caire) se livrent à un commerce de banque, en liaison avec les fermiers des Douanes ottomanes. Négoces, banque, change (y compris les spéculations sur les monnaies de billon à Smyrne) sont des activités dont il est difficile d'apprécier le profit net, mais qui représenteraient un chiffre d'affaires annuel moyen de 40 millions de livres tournois. Ajoutons à cela que Marseille et les ports provençaux affrètent quantité de petits navires, jaugeant entre 50 et 100 tonneaux, qui profitent du pavillon de France pour effectuer des transports à l'intérieur de l'Empire ottoman, à l'abri des corsaires chrétiens; en effet leur qualité de navires français leur permet d'échapper à la course organisée en permanence par les galères de Malte contre les bâtiments battant pavillon ottoman.

Ces activités fructueuses, complémentaires du commerce atlantique, posent toutefois trois problèmes à la diplomatie française, qui travaille en étroite collaboration avec le secrétariat d'Etat à la Marine; Guilleragues, par exemple, adresse, depuis Constantinople, une abondante correspondance à Seignelay, indépendamment de celle qu'il adresse à l'oncle de celui-ci, Colbert de Croissy, secrétaire d'Etat aux affaires étrangères<sup>12</sup>. Les instructions données aux ambassadeurs du Roi partant pour Constantinople ne négligent en rien les intérêts économiques des régnicoles. L'instruction remise à Guilleragues comprend en effet trois points particuliers: la conservation des Lieux Saints, la protection des marchands français, qui font le commerce dans les Etats du Grand Seigneur et les affaires générales de l'Europe<sup>13</sup>. Certes le renouvellement des Capitulations n'a été conclu en 1673 qu'après de difficiles tractations, mais le marquis de Nointel a obtenu les conditions *que le Roi avaient désirées*. Il n'en restait pas moins à obtenir leur application et *le soin d'un ambassadeur de Sa Majesté doit être de veiller à les y faire observer. L'infidélité si ordinaire aux Turcs lui fera naître assez d'occasions d'employer le nom et l'autorité de Sa Majesté pour faire rendre justice à ses sujets et pour les défendre contre les vexations et les avanies que l'avarice des Turcs leur suscite en tant de rencontres*<sup>14</sup>. A ces recommandations générales est joint un mémoire particulier<sup>15</sup>. Les affaires commerciales étaient gérées par la Chambre de Commerce de Marseille, qui nommait des consuls dans le Levant, à l'exception de Constantinople, où l'ambassadeur était aussi chargé des affaires consulaires. Le consul était un négociant français, qui résidait sur place et avait autorité sur l'ensemble de la *nation*, c'est-à-dire sur les marchands qui étaient établis dans l'Echelle. Aux termes des Capitulations, il appartenait au consul de juger les litiges entre marchands et l'ambassadeur avait autorité sur l'ensemble de la *nation*, consuls et marchands des différentes Echelles. Ainsi, en mars 1681, Guilleragues ordonnait au chevalier d'Arvieux, consul de France à Alep, de faire arrêter les frères Chailan, qui s'étaient rendus coupables de

11 Ibid., p. 67.

12 Gabriel de GUILLERAGUES, Correspondance, éd. par Frédéric DELOFFRE, 2 vol., Genève 1976.

13 Instruction à Guilleragues, DUPARC, Instructions/Turquie (voir n. 7) p. 92.

14 Ibid., p. 94.

15 Archives Nationales, B 1 Marine, 377, 23 Mai 1679 f° 399-405.

malversations, de les faire embarquer sur le premier vaisseau et de les renvoyer en France, car, par leur vie fainéante et scandaleuse, ils risquaient de provoquer des avanies aux autres Français de la part des autorités ottomanes<sup>16</sup>.

Le terme d'*avarice*, qui signifie aujourd'hui cupidité, revient fréquemment dans les documents, car c'était l'une des plaies de l'administration ottomane. Celle-ci était entre les mains des *Kapikuli*, mot à mot «esclaves de la Porte», gens d'origine modeste qui n'obtenaient leur poste qu'en faisant de substantiels versements aux vizirs; moyennant quoi, ils tâchaient de récupérer leurs avances sur leurs administrés et, en particulier, sur les marchands étrangers, en interprétant les règlements de façon tout à fait arbitraire et, bien entendu, à leur avantage. C'est pourquoi un bon ambassadeur se devait d'obtenir réparation de ces avanies; le résultat était fonction de leur habileté, de leur autorité personnelle et surtout du prestige dont jouissait leur maître auprès du Sultan et du Grand Vizir. En six ans, Guilleragues obtint 83 commandements de la Porte en faveur des marchands français, relatifs à l'exécution des Capitulations en matière commerciale<sup>17</sup>. D'une manière générale, ces commandements réduisent les droits de douane et mettent fin à des décisions iniques de fonctionnaires subalternes de la Porte, contraires à l'esprit des Capitulations de 1673. On constate en conséquence, durant l'ambassade de Guilleragues, une reprise très nette du commerce français dans le Levant, résultat tangible des efforts patients déployés par l'ambassadeur, les marchands français de Constantinople et la Chambre de Commerce de Marseille.

Guilleragues a d'ailleurs suggéré de développer certains secteurs commerciaux, en particulier l'importation des laines angora (en réalité du poil de chèvre d'Anatolie), de les façonner en France et de réexporter les produits finis en Espagne ou en Italie, au détriment des Hollandais qui faisaient de gros profits sur ce trafic. Il déconseillait en revanche d'établir des manufactures dans l'Empire ottoman<sup>18</sup>. Seignelay ne semble pas avoir accueilli cette proposition avec un grand enthousiasme, parce qu'Ankara lui semblait trop éloignée des Echelles ou ports de la Méditerranée<sup>19</sup>. Il lui annonçait toutefois la fin des convois, rendus obligatoires en 1682 et 1683 par la crainte des corsaires d'Alger et de Tripoli.

Le succès du négoce français est en effet lié à la navigation isolée, car l'arrivée des convois protégés a un effet désastreux sur les cours des marchandises dans un pays où la loi de l'offre et de la demande règne de manière tyrannique. Les Hollandais et les Anglais qui, par mesure de sécurité, voyagent toujours en convoi protégé par des vaisseaux de guerre, en subissent les conséquences à Smyrne: les cours des denrées s'effondrent aussitôt après l'arrivée de leur convoi, à moins qu'ils ne laissent les étoffes dans les magasins; en revanche, les produits destinés à l'exportation voient leurs prix s'envoler brusquement. En conséquence, le convoi doit rester immobilisé plusieurs mois avant de repartir ou bien les marchandises doivent être consignées, ce qui nécessite de gros capitaux. Au contraire, l'arrivée d'une barque isolée n'a pas les mêmes effets sur les prix. C'est pourquoi les marchands provençaux préfèrent, à la

16 Ordonnance citée par DELOFFRE, *Correspondance de Guilleragues* (voir n. 12), t. I, p. 323-324.

17 Liste des commandements obtenus par M. de Guilleragues pendant son séjour à Andrinople, Archives Nationales, B 1, 378, citée par MANTRAN, M. de Guilleragues (voir n. 8) p. 70-71.

18 Ibid., p. 66.

19 Ibid., p. 69.



fois par tempérament individualiste et par stratégie commerciale, éviter la navigation en convoi et tenter leur chance isolément, quitte à prendre le risque d'être intercepté par un corsaire barbaresque.

Ce phénomène nous permet de mieux comprendre la politique de Colbert et de Seignelay contre les corsaires barbaresques. Après la paix de Nimègue, la marine royale, qui a su faire ses preuves dans la guerre d'escadre, a désormais les mains libres pour faire respecter l'ordre en Méditerranée. Louis XIV veut imposer les règles du droit international aux pirates algérois et tripolins, leur faire restituer les captifs chrétiens réduits en esclavage et obtenir d'eux qu'ils cessent enfin leurs actes de piraterie. Pour traiter le mal à sa racine, le gouvernement français organise des actions offensives en 1681, 1683, 1684 et 1686, qui apportent au moins quelques satisfactions d'amour-propre à Louis XIV, ainsi que quelques réparations.

Ces missions sont confiées à Abraham Duquesne, qui a rang de chef d'escadre. En 1681, avec six vaisseaux de ligne, il se met à la poursuite des corsaires de Tripoli. Après les avoir rejoint en Mer Egée, il les oblige à se réfugier en rade de Chio, qui appartenait au Sultan et relevait de l'autorité du Capitan Pacha<sup>20</sup>. L'Aga, gouverneur de Chio, a refusé de tirer sur des navires musulmans, vassaux de la Porte et les a laissé s'abriter dans le port de Chio. Duquesne, conformément aux instructions de Seignelay, a ouvert le feu, créant un très grave incident diplomatique entre la France et la Porte; si l'affaire est assez bien connue, elle n'a pas, à notre avis été suffisamment mise en valeur, sauf par Philippe Roy dans sa thèse sur le siège de Vienne. Décrit autrefois par Charles de La Roncière dans son «Histoire de la Marine française», représenté dans un tableau qui se trouve au Musée de la Marine, à Paris, cet incident sanglant a été longuement évoqué dans la correspondance de Guilleragues comme dans celle du baile vénitien à Constantinople, Giovanni Battista Donada<sup>21</sup>. Il constitue l'un des thèmes principaux de la correspondance diplomatique entre juillet 1681 et le printemps 1682. Dès le 31 juillet, Guilleragues annonçait la présence de vaisseaux tripolins à Chio: *La terreur des Tripolins est grande ... Les vaisseaux qui sont dans le port de Chio peuvent être brisés et coulés bas sans que les navires du Roi y entrent; ils ont une prise française, ce qui est un grand prétexte pour les attaquer en quelque lieu qu'ils soient*. Et la crainte des Turcs n'est pas moins grande, puisque les principaux officiers de la Porte demandent très souvent aux drogmans, et à tous les Francs qu'ils rencontrent à Constantinople, s'il est vrai qu'on ait résolu d'exterminer les Tripolins; on ne parle pas d'autre chose à Constantinople<sup>22</sup>.

Le 5 août 1681, Guilleragues, se fondant sur le récit d'un marchand français qui se trouvait sur les lieux, rend compte au roi du bombardement de Chio: *Un courrier dépêché par le consul de Smyrne m'apprit avant-hier que l'escadre des vaisseaux de Votre Majesté avait brisé et coulé bas sept Tripolins dans le port de Chio, que le château avait tiré deux coups, qu'on lui en avait tiré trente, que quelques maisons étaient détruites et qu'on avait abattu quelques clochers (sic) de mosquée*<sup>23</sup>.

La synthèse de toute l'affaire est présentée par le baile vénitien dans sa dépêche au

20 Charles BOUREL DE LA RONCIÈRE, *Histoire de la marine française*, Paris 1912, tome IV, p. 321-325.

21 Venise, Archivio di Stato, Senato, Segreta, Dispacci da Costantinopoli, filza 162.

22 Guilleragues à Seignelay, Péra 31 juillet 1681, dans: DELOFFRE, *Correspondance* (voir n. 12) t. I, p. 396.

23 Ibid., I, p. 398.

Sénat du 3 janvier 1682<sup>24</sup>. Le gouverneur de Chio a refusé de tirer sur les navires du Roi Très Chrétien, malgré les requêtes des Tripolins. Duquesne a ordonné le bombardement du port, qui a duré une heure et provoqué la consternation dans la population civile, en majorité grecque. Celle-ci se réfugia dans des grottes, tandis que les Tripolins, fous de rage, étaient abandonnés par les autorités ottomanes. Des maisons et des mosquées furent incendiées et l'incident jugé très grave par le Grand Vizir Kara Mustafa, qui envoya l'escadre de galères de Constantinople, sous le commandement du Capitan Pacha. Ce dernier arriva à Chio le 8 septembre, accompagné de toute la flotte basée à Constantinople. Contrairement à ce que l'on aurait pu attendre, le Capitan Pacha, soit par crainte des vaisseaux de ligne de l'escadre française, mouillée en rade de Chio, soit par sympathie pour les marins du Roi Très Chrétien, soit par haine du Grand Vizir, ne manifesta pas la moindre hostilité à l'égard des Français et reçut à son bord l'envoyé avec les plus grandes marques de courtoisie. Le 10 septembre 1681, il fit savoir à Duquesne qu'il désirait négocier et accueillit sur le vaisseau amiral une délégation française avec des marques d'honneur et d'estime. L'escadre française mouilla en rade jusqu'en décembre, afin de trouver un compromis entre les Turcs, les Français et les Barbaresques. Le 26 novembre 1681, le Capitan Pacha obligeait les Tripolins toujours bloqués dans le port par l'escadre de Duquesne à signer la paix et à restituer les esclaves français qu'ils retenaient sur leurs vaisseaux, ainsi que ceux qui pourraient se trouver à Tripoli. Les vaisseaux tripolins qui avaient échappé à la destruction (neuf selon Donado) étaient autorisés à quitter Chio pour rentrer chez eux, tandis que Duquesne continuait à croiser en Mer Egée; afin d'intimider le Grand Vizir, il entreprit le blocus des Dardanelles. Aux termes de l'accord, aucun navire français ne pourrait être saisi par les Tripolins sous peine de graves représailles. En fait la convention de novembre 1681 ne fut pas appliquée par les autorités de Tripoli, qui firent décapiter les capitaines de vaisseau, coupables d'avoir, sous la contrainte de la nécessité, signé un accord jugé ignominieux. Les Tripolins manifestèrent ainsi leur mépris tant à l'égard de leur suzerain, le Grand Seigneur, qu'à l'égard de l'allié de ce dernier, le Roi Très Chrétien. Bien entendu, les captifs français, qui avaient été emmenés à Tripoli, ne furent pas libérés. Il fallut deux expéditions contre Tripoli en 1684 et 1685 pour amener le dey à composition. Un bombardement intensif, avec l'aide de galiotes à bombes, provoqua de graves incendies dans la ville et obligea le dey à céder enfin sous la menace<sup>25</sup>.

L'année 1685 marque en effet le terme des expéditions punitives contre les Barbaresques. La Régence de Tunis avait manifesté son hostilité à l'égard de la France en 1677 en expulsant les sujets du roi établis au Cap Nègre pour les remplacer par des Anglais. La peur de se voir traiter aussi durement que les Algérois ou les Tripolins amena les gens de Tunis à composition. Ils acceptèrent de renouveler les anciens traités et les marchands français se réinstallèrent au Cap Nègre. Toutefois les actions les plus spectaculaires et les plus connues furent dirigées contre Alger au cours de trois campagnes (1682, 1683 et 1684).

En 1682, Duquesne fut rappelé des Dardanelles à la fin du mois d'avril, après avoir

24 Giovanni Battista Donado au Senat, *Dispacci da Costantinopoli*, filza 162, f° 260-271.

25 LA RONCIÈRE (voir n. 20) p. 338.

mouillé trois semaines en rade de Ténédos, exerçant ainsi une pression sur le Grand Vizir, qui exigeait des compensations exorbitantes pour les dégâts commis à Chio l'été précédent. Duquesne se dirigea alors immédiatement sur Alger, au grand désespoir de Guilleragues, qui disposait ainsi d'un excellent moyen de pression sur les autorités ottomanes; Kara Mustafa était en effet mécontent des succès obtenus par les Français à Chio: *il s'est plaint des faiblesses du Capitan Pacha et de tout ce qu'il a dit et redouté des vaisseaux de Votre Majesté; mais la paix imposée aux Tripolins, qui lui promettaient de grandes sommes pour être protégés et enfin l'exécution sur les lieux du principal article du traité, contre ses espérances et contre son ordre même, ont offensé mortellement son orgueil et son avarice*<sup>26</sup>. Guilleragues, qui devra désormais affronter seul la colère du Grand Vizir, évoque l'enjeu de l'expédition contre Alger: *le vizir en a eu des avis; il m'a fait dire que la ville appartenait au Grand Seigneur. Je lui ai répondu que je savais que les Algériens, violant traîtreusement la paix que Votre Majesté leur avait accordée, avaient surpris plus de trente bâtiments français qui naviguaient sans précaution sous la foi d'un traité, et que Votre Majesté avait résolu de les châtier. Je sais positivement que le Grand Vizir a pressé les Algériens de rompre, qu'il les croit invincibles, qu'il en espère de grands secours en cas de besoin*<sup>27</sup>.

En réalité, Kara Mustafa ne tenait aucun compte des progrès récents de la marine française – progrès dans la qualité des équipages, dans leur endurance (l'escadre de Duquesne, ravitaillée au cours de l'hiver 1681–1682, tiendra la mer plus de quinze mois), mais aussi progrès techniques, car la galiote à bombes était bien mieux adaptée aux missions de bombardement que le vaisseau de ligne classique, même lorsque ce dernier utilisait l'artillerie lourde de sa batterie basse. La galiote à bombes, qui venait d'être mise au point par un capitaine de vaisseau basque, Elissagaray, fit ses premières armes au cours de l'expédition d'Alger. On avait supprimé le mât de misaine sur un vaisseau de 5<sup>ème</sup> rang, ce qui dégagait entièrement le gaillard d'avant, transformé en plateforme d'artillerie. Il suffisait alors d'y placer un mortier, qui tirait des projectiles de gros calibre, voire des bombes incendiaires.

Comme la campagne de 1682 ne fit plier ni le dey, ni la taïffa des Raïs, qui exerçait la réalité du pouvoir dans la Régence, il fallut recommencer l'année suivante et les exigences de Colbert eurent des conséquences dramatiques; selon le témoignage de Philippe de Villette-Mursay, capitaine du vaisseau »l'Excellent«, qui participa à l'expédition de 1683, sous les ordres de Duquesne et de M. d'Amfreville: *M. Duquesne arriva avec toute l'armée, composée de galères, de vaisseaux et de galiotes à bombes, et l'on commença à bombarder. Dès le premier jour, les Algériens, au désespoir de voir détruire et brûler leur ville, entreprirent une nuit d'enlever une de nos galiotes; ils détachèrent pour cela une galère qui vint attaquer la galiote (et l'opération se solda par un échec pour les Algériens) ... Je ne m'étendrai point sur la consternation que nos bombes causèrent aux Algériens; elle fut si grande qu'ils rendirent 700 ou 800 esclaves chrétiens. Rien n'était si beau que de finir par là notre campagne; mais M. Duquesne avait ordre de demander de l'argent, et il n'y eut pas moyen de résoudre les corsaires à en donner ... J'étais devant Alger, quand on*

26 Guilleragues au roi, 27 avril 1682, dans: DELOFFRE, Correspondance (voir n. 12) t. II, p. 640.

27 Ibid., t. II, p. 644.

*commença à mettre des hommes à la bouche des canons* (en particulier le R. P. Duval, un Capucin qui exerçait les fonctions de consul de France à Alger)<sup>28</sup>.

On voit donc que la politique à l'égard des Barbaresques est inséparable de celle menée à l'égard de la Porte, même si elles sont, en apparence, antinomiques. En particulier l'affaire de Chio fut longtemps interprétée comme contradictoire entre la stratégie méditerranéenne de Colbert, destinée à protéger le commerce maritime français et la stratégie de Louvois, appliquée par Colbert de Croissy, liée à la politique des Réunions. D'un côté Louis XIV aurait eu besoin de l'alliance ottomane pour exercer de fortes pressions sur l'Empereur Léopold I<sup>er</sup>; de l'autre la France se serait livrée à des opérations hostiles non seulement vis-à-vis des corsaires barbaresques, mais aussi de vassaux de la Sublime Porte et d'Etats musulmans<sup>29</sup>. Cette dichotomie dans la politique laisserait supposer qu'il n'y avait pas d'unité de conception ou bien, hypothèse encore plus funeste, qu'il y avait de profondes divisions au sein du ministère et que la haine du clan Colbert pour le clan Louvois était telle qu'elle conduisait la politique extérieure de la France dans des directions diamétralement opposées. On peut se demander pourquoi la France se serait livrée à une véritable provocation en bombardant Chio, alors qu'elle avait besoin de l'appui ottoman en Hongrie, pour décider, au moyen de ce chantage, Léopold I<sup>er</sup> à reconnaître les Réunions françaises en Rhénanie et l'occupation de Strasbourg, à l'occasion du Congrès diplomatique, qui se tenait à Francfort<sup>30</sup>?

Le Roi Très Chrétien a indiscutablement besoin de l'alliance ottomane pour réaliser ses objectifs sur le continent. Depuis 1535, l'Empire ottoman s'inscrit en effet dans le système d'alliance de revers des rois de France, dont le but déclaré est de faire obstacle à la Maison d'Autriche, même si cette alliance «contre nature» a mauvaise presse dans la Chrétienté<sup>31</sup>. Or, nous savons qu'au XVII<sup>e</sup> siècle ce système est parfaitement au point depuis les efforts de Richelieu pour y intégrer la Suède, la République de Pologne, les Malcontents de Hongrie et la principauté de Transylvanie<sup>32</sup>. Un tel système était certes malaisé à mettre en œuvre pour toutes sortes de raisons, l'éloignement, les difficultés de communication, les conditions économiques, les différences de mentalité et les intérêts contradictoires des alliés potentiels de la France. Retenons par exemple l'hostilité polono-suédoise, liée à la possession des provinces baltiques et à la prétention des Wasa de réaliser l'union entre les deux couronnes. Le conflit polono-turc paralysera bientôt toute collaboration franco-polonaise, bloquée depuis la conquête turque de la Podolie, en 1672. Malgré le traité d'alliance offensive entre Louis XIV et Jean III Sobieski, aucune collaboration militaire n'a plus été possible, car la condition préalable à toute intervention polonaise contre le Brandebourg était la restitution de Kamienec Podolski à la République de Pologne; or la médiation française était impuissante à obtenir une concession aussi importante de la part de la Sublime Porte. A vrai dire la Pologne a hésité perpétuelle-

28 VILLETTE-MURSAY, *Mes campagnes de mer* (voir n. 8) p. 178.

29 BÉRENGER, Louis XIV, l'Empereur & l'Europe de l'Est (voir n. 5).

30 ROY (voir n. 3) p. 28-35.

31 Béla KÖPECZI, *Thököly, a Kereszténység ellensége* (Thököly, l'ennemi de la Chrétienté), Budapest 1982.

32 Jean BÉRENGER, *Alliance de revers & système d'alliances*, dans: *Actes du Congrès international d'Histoire militaire de Montpellier 1981*, éd. André MARTEL, t. 1, p. 158-175.

ment entre les Bourbons et les Habsbourg, dont elle a également besoin contre ses ennemis naturels, le Brandebourg et la Suède. Au cours de la seconde guerre du Nord (1655–1660), c'est l'intervention décidée par l'Empereur Ferdinand III en 1657 qui a sauvé Jean-Casimir et incité le roi de Suède Charles X Gustave à se retourner contre le Danemark en 1658. Mais tout autant que l'entrée des troupes de Montecuccoli en Petite Pologne, la médiation de Mazarin au Congrès d'Oliva a permis de préserver l'intégrité du territoire polonais et de modérer les appétits de la Suède, qui se contenta d'annexer la Scanie, province danoise.

Quant aux rebelles hongrois – les Malcontents – ils avaient besoin de la bienveillante neutralité de la Sublime Porte et de la République polonaise pour bénéficier du soutien actif de la principauté de Transylvanie et de l'aide française. En effet le prince de Transylvanie, vassal du Grand Seigneur, n'osait plus rien entreprendre sans son approbation depuis que l'équipée de Georges II Rakoczi en Pologne, en 1656, avait lamentablement échoué par suite de représailles turques<sup>33</sup>. Or il était difficile pour le gouvernement de Louis XIV de faire passer des fonds, voire des courriers réguliers en Hongrie sans la complicité polonaise ou transylvaine.

C'est pourquoi tous les projets français se heurtaient à de très grandes difficultés dans leur exécution. Ils n'étaient d'ailleurs conçus que comme une aide secondaire pour la politique du Roi, alors que l'alliance française était essentielle pour la plupart de ses partenaires du Nord et de l'Est. L'aide du Roi Très Chrétien consistait essentiellement en versement de subsides, que ce soit au gouvernement suédois, au prince de Transylvanie ou aux Malcontents hongrois. Louis XIV a clairement expliqué dans ses «Mémoires pour l'instruction du Dauphin» qu'il ne s'agissait que de *diversions* auxquelles on n'attachait pas vraiment d'importance à Versailles<sup>34</sup>. D'ailleurs les subsides versés aux Malcontents hongrois, voire au gouvernement de Stockholm, ont toujours été beaucoup moins importants que ceux payés aux princes allemands ou à Charles II Stuart.

Avec l'Empire ottoman, les relations étaient d'une autre nature, car il s'agissait de deux grandes puissances: au XVII<sup>e</sup> siècle, l'Empire ottoman était encore assez riche, en dépit de difficultés passagères, pour ne pas solliciter l'aide financière de puissances étrangères<sup>35</sup>. La Porte, lorsqu'elle était en difficulté, souhaitait en réalité une coopération militaire avec la France, mais une action conjuguée des forces françaises et turques appartenait au passé. Effective sous François I<sup>er</sup> et sous Henri II, la collaboration militaire avait cessé complètement depuis la mort de Soliman le Magnifique<sup>36</sup>. Cette évolution était moins due à l'affaiblissement relatif de l'Empire ottoman qu'à une évolution psychologique des deux partenaires. Même si le Grand Turc demeurait par ses ressources, l'étendue de son empire, sa puissance militaire, le seul allié véritable de la France dans sa lutte contre la Maison d'Autriche, le Roi Très Chrétien avait honte de s'allier ouvertement avec le Commandeur des Croyants<sup>36</sup>. Mazarin avait donné une orientation nouvelle à la politique ottomane de la France, pour la

33 I. HUDITA, Les relations de la Transylvanie et de la France au XVII<sup>e</sup> siècle, Thèse Lettres, Paris 1937.

34 Louis XIV, Mémoires pour servir à l'instruction du Dauphin, année 1668, édition Longnon, Paris 1928, p. 124.

35 Robert MANTRAN, Istanbul dans la seconde moitié du XVII<sup>e</sup> siècle, Thèses Lettres, Paris 1962.

36 Jean BÉRANGER, La coopération militaire franco-ottomane du XVI<sup>e</sup> au XVIII<sup>e</sup> siècle, dans: Revue Internationale d'Histoire Militaire 68 (1987) p. 5–48.

plus grande joie des ultra-catholiques, toujours prêts à aller combattre les Ottomans en Hongrie<sup>37</sup>. On constata une évolution analogue à Constantinople, où les Turcs manifestaient désormais beaucoup de mépris à l'égard des Infidèles. En particulier Kara Mustafa affirmait sans cesse la supériorité des Turcs sur les étrangers, ce que ses subordonnés traduisaient par des avanies incessantes qu'ils infligeaient aux marchands étrangers, Anglais, Hollandais ou Vénitiens. Ce mépris reposait en partie sur l'ignorance des réalités européennes et sur le souvenir de l'époque glorieuse de Soliman le Magnifique. Il est vrai que les succès militaires remportés par les armées ottomanes depuis l'arrivée au pouvoir des «vizirs albanais» (1656) pouvaient le conforter dans cette opinion erronée. Pour nombre de responsables ottomans, il y a surtout le fanatisme religieux, la conviction profonde que l'Islam est la seule religion authentique et que les adeptes des autres «religions du Livre» sont dans l'erreur.

On est donc bien éloigné de la «Realpolitik» pratiquée dans la première moitié du XVI<sup>e</sup> siècle, où les souverains, au nom de l'intérêt supérieur de leurs Etats respectifs, faisaient taire la répugnance manifeste de leurs subordonnés vis-à-vis de l'Infidèle<sup>38</sup>. Pourtant dans son instruction à Guilleragues<sup>39</sup>, Louis XIV ne cachait pas l'intérêt qu'il portait à un rapprochement avec la Porte, en particulier pour soutenir les Malcontents de Hongrie<sup>40</sup>. Cette alliance avait été particulièrement importante durant les dernières années de la Guerre de Hollande *parce que les troupes que Sa Majesté avait fait passer en Hongrie étaient jointes aux Hongrois mécontents et au prince de Transylvanie qui ont une dépendance naturelle du Grand Seigneur ... La paix que Sa Majesté a conclue avec l'Empereur ne lui permet plus de prendre ouvertement leur protection; mais en cas que des députés des Malcontents ou du prince de Transylvanie eussent encore occasion d'aller à Constantinople et qu'ils vissent le sieur de Guilleragues, il pourra leur faire connaître que, bien que Sa Majesté ne soit plus en état de les assister contre L'Empereur, Elle conserve toujours pour eux l'affection dont Elle les a honorés*<sup>41</sup>.

Ce texte contemporain de la mise en place de la politique française des Réunions est généralement considéré comme le point de départ d'une collaboration plus active entre Versailles et Constantinople, voire d'une véritable alliance offensive, qui aurait abouti au second siège de Vienne par les Turcs<sup>42</sup>. La France s'est en effet engagée au même moment dans un conflit de longue durée avec le Saint Empire, l'Empereur et la maison d'Autriche à propos des Réunions. On sait qu'à l'occasion d'une interprétation abusive du terme *dépendances*, inclus volontairement par la délégation française à Nimègue, Louis XIV entreprit de soumettre à son autorité les vassaux des seigneuries dont la possession lui avait été reconnue par les traités de Münster et de

37 Ibid.

38 Ibid.

39 Instruction à Guilleragues, original Archives des Affaires étrangères, Paris, Correspondance Politique, Turquie, t. 16, f° 4-13, publiée par DUPARC, Instructions (voir n. 7) et par DELOFFRE, Correspondance de Guilleragues (voir n. 12) t. I, p. 55-69.

40 Jean BÉRENGER, Louis XIV & les Malcontents de Hongrie, dans: Revue d'histoire Diplomatique (1973) p. 3-27.

41 Ibid., p. 64-66.

42 Jean BÉRENGER, L'Alsace dans la politique française au XVII<sup>ème</sup> siècle, dans: Bulletin de la Société d'Histoire moderne et contemporaine (1989) p. 3-10.

Nimègue<sup>43</sup>. L'utilisation discutable de chartes anciennes, détenues par l'évêque de Metz, offrait la possibilité de soustraire à l'Empire de nombreux territoires entre Rhin et Moselle; les seigneurs considérés comme vassaux de l'évêque de Metz conserveraient le domaine utile à la seule condition de prêter foi et hommage à l'évêque et de reconnaître par là-même la souveraineté du roi de France, suzerain de l'évêque; de sujets d'Empire, ils devenaient ainsi sujets du Roi Très Chrétien. Les Chambres de réunions de Brisach et de Metz, créées à cette intention et composées de magistrats du conseil souverain d'Alsace et du Parlement de Metz, procédèrent en fait à l'annexion d'une bonne partie de la rive gauche du Rhin, au cours de la période 1679-1681<sup>44</sup>. En outre, la république de Strasbourg, qui fut obligée, le 30 septembre 1681, de reconnaître le protectorat de Sa Majesté Très Chrétienne, perdait par là-même son statut de Ville libre d'Empire<sup>45</sup>. Ces annexions en pleine paix provoquèrent à la fois la crainte et l'indignation des Electeurs rhénans<sup>46</sup>. Trop faibles pour résister par les armes, soucieux de préserver la paix à tout prix, les princes rhénans se contentèrent de protestations diplomatiques, plutôt que de reprendre les armes. L'Empereur Léopold I<sup>er</sup>, qui avait démobilisé son armée d'Allemagne en 1679 et qui devait affronter les Malcontents hongrois, demeura néanmoins ferme sur les principes. Il obtint la convocation d'un Congrès diplomatique, qui se réunit à Francfort à l'automne 1681. Si Léopold I<sup>er</sup> refusa de reconnaître les Réunions, il imposa silence dans son Conseil au parti de la guerre qui était manipulé par Borgomaneiro, l'ambassadeur d'Espagne à Vienne. Si l'Empereur envoya une petite armée en Rhénanie au printemps 1682, il donna l'assurance à Sébeville, le résident français à Vienne, qu'il n'avait nullement l'intention de rouvrir les hostilités avec la France<sup>47</sup>.

On comprend l'intérêt majeur du conflit qui opposait alors Léopold I<sup>er</sup> et Louis XIV. Ce dernier souhaitait que l'Empire reconnût définitivement les Réunions car les territoires «réunis» renforçaient la frontière Nord-Est du royaume, puisque la politique des Réunions si agressive fût-elle, s'inscrivait dans une stratégie défensive, élaborée durant la guerre de Hollande et destinée à faire du royaume un «sanctuaire» inviolable. Pour Léopold I<sup>er</sup>, il s'agissait, avec l'aide des princes rhénans, de défendre les droits imprescriptibles de l'Empire et de ne pas céder à la force. C'est pourquoi Louis XIV va utiliser l'alliance de revers pour empêcher la reprise de la guerre sur le Rhin et obtenir la reconnaissance définitive des Réunions.

La rébellion de Thököly, encouragée en sous-main par la France, répondait parfaitement à l'objectif de Louis XIV; en refusant de paraître à la Diète hongroise réunie à Sopron en 1681 et en rompant les négociations au mois d'août, Thököly empêcha l'Empereur de pacifier la Hongrie<sup>48</sup>. Au mois de septembre 1681, les Malcontents reprenaient les hostilités en assiégeant Kallo, en Hongrie orientale, quelques jours avant la marche surprise des Français sur Strasbourg et Casal. Désormais soutenus par la Porte, les Malcontents fournissaient à Louis XIV cette

43 Marie-Odile PIQUET-MARCHAL, *La Chambre de réunion de Metz*, Thèse droit, Paris 1966.

44 Ibid.

45 Ibid.

46 Voir en particulier Joseph WYSOCKI, *Kurmainz und die Reunionen*, Mayence 1962.

47 Sébeville au roi, Vienne, 24 avril 1682, *Affaires étrangères*, Paris, Correspondance politique Autriche, t. 46.

48 BÉRANGER, *Louis XIV & les Malcontents de Hongrie* (voir n. 40).

diversion tant attendue. Toutefois l'appui officiel de la France se limitait à la Transylvanie et aux Malcontents, car Louis XIV répugnait à s'engager ouvertement aux côtés des Turcs contre la Maison d'Autriche. Tout l'art de la diplomatie française consista à procurer le soutien ottoman aux rebelles hongrois, tout en proclamant sa neutralité. C'est seulement en cas d'agression turque contre la Pologne, alliée de la France, que celle-ci se promettait d'intervenir contre les Ottomans; c'est pourquoi le comte Caprara, ambassadeur impérial à Constantinople cherchait à détourner l'orage qui menaçait l'Autriche en dirigeant l'armée ottomane contre la République de Pologne. En revanche, à l'automne 1682, Kara Mustafa était persuadé que les armées françaises attaqueraient l'Empereur dès qu'il serait entré en Hongrie à la tête des troupes du Grand Seigneur. En fait, tout ce que Louis XIV put promettre fut de ne pas envoyer de troupes contre les Turcs comme il l'avait fait en 1664 pour aider l'Empire et en 1669 pour secourir Venise en Crète. C'est pourquoi l'équipée du prince de Conti et du prince Eugène de Savoie, en 1683, provoqua «le déplaisir» du roi au moment où courait la rumeur qu'il enverrait 16 000 Suisses et 4 000 Allemands combattre aux côtés des Impériaux.

La correspondance de Guilleragues des années 1682 et 1683 montre bien les contradictions entre les intérêts stratégiques de la France et les aspects «idéologiques» de l'alliance franco-ottomane. Si, dans l'instruction de 1679, le roi fait bien l'historique de l'alliance depuis 1535, il ne dit pas que cette collaboration est condamnée par l'opinion, aussi bien en Europe par les soins de la propagande autrichienne qu'en France par les tenants du parti dévôt, c'est-à-dire par les Français qui font passer les intérêts du catholicisme avant ceux du royaume<sup>49</sup>. Or Louis XIV ne veut pas apparaître comme l'ennemi de la Chrétienté. Influencé par Mazarin, qui, dans ce domaine, réagissait en Italien et en prince de l'Eglise, Louis XIV a incontestablement donné des gages à cette politique catholique depuis le début de son gouvernement personnel sous couvert d'aide à ses alliés allemands et italiens. En 1664, il a envoyé un corps d'armée de 8 000 hommes combattre aux côtés des Impériaux et des contingents de la Ligue du Rhin; les troupes de Coligny ont contribué à la défaite turque lors de la bataille de Saint-Gotthard, en Hongrie<sup>50</sup>. En 1669, sur les instances du Pape Clément IX, il a envoyé une flotte et un corps expéditionnaire au secours de Candie, dernier bastion vénitien en Crète, qui était assiégé par le Grand Vizir Achmet Köprülü. Si le duc de Beaufort s'y est fait tuer bravement, l'expédition s'est soldée par un échec et Candie capitula quelques jours après le rembarquement des troupes françaises, qui avaient combattu sous la bannière pontificale<sup>51</sup>. Il est vrai que, dans les deux cas, les soldats du roi étaient engagés comme auxiliaires du Saint Empire ou du Saint Siège, mais les Turcs ne furent pas dupes de cette fiction diplomatique et les relations franco-ottomanes connurent une crise sérieuse, marquée par le difficile renouvellement des Capitulations et par l'affaire du Sofa dans les années 1680. Dans les deux cas, les «vizirs albanais» refusaient désormais de donner à la France le rôle d'interlocuteur privilégié, à laquelle elle prétendait depuis François I<sup>er</sup>.

49 Instruction à Guilleragues, dans: DELOFFRE, Correspondance (voir n. 12) t., p. 67-68.

50 Georg WAGNER, Das Türkenjahr 1664. Eine europäische Bewährung, 2 vol., Eisenstadt 1964.

51 Jean NOUZILLE, Le siège de Candie, dans: Revue Internationale d'Histoire militaire 68 (1987) p. 168-192.



L'affaire du Sofa est à cet égard exemplaire. Kara Mustafa s'est obstiné à refuser dans les audiences officielles qu'il accordait à l'ambassadeur de France les honneurs du Sofa – jusqu'à présent, le représentant du Roi Très Chrétien était reçu sur un sofa, exactement au même niveau que le Grand Vizir, alors que cet honneur était refusé aux autres ambassadeurs. En 1678, Kara Mustafa, premier Vizir depuis deux ans, a changé brusquement cette pratique: *le sieur de Nointel ayant pris jour pour le voir et ayant été introduit dans sa chambre, trouva qu'on lui avait préparé un tabouret au bas de l'estrade, sur lequel était le siège du Grand Vizir, qui n'était pas encore arrivé. Cette place différente de celle qu'il prétendait, l'obligea de prendre le tabouret des mains de ceux qui le lui présentaient, de le poser sur l'estrade et de s'asseoir*<sup>52</sup>. Nointel et Kara Mustafa s'étant obstinés, l'audience n'eut pas lieu, Nointel fut rappelé et Guilleragues, envoyé à sa place mourut avant d'avoir obtenu l'audience sur le sofa, qui ne fut accordée qu'à son successeur, Girardin, en 1685. Guilleragues avait espéré que la présence de l'escadre de Duquesne à l'entrée des Dardanelles, au printemps 1682, permettrait une démonstration navale devant Constantinople et obligerait Kara Mustafa à lui accorder les honneurs du sofa<sup>53</sup>. Or Louis XIV préférait de beaucoup la négociation, car il était alors contraire à ses intérêts que le Grand Seigneur cessât de penser aux entreprises qu'il voulait faire en Hongrie<sup>54</sup>. La diplomatie de la canonnière était pour plus tard et la brutalité de Louis XIV était toujours calculée.

Cette affaire du tabouret placé ou non sur le sofa n'est pas aussi futile qu'elle en a l'air, car si l'ambassadeur n'est plus assis sur le même plan que le Grand Vizir, cela signifie que le Roi Très Chrétien n'est plus l'allié privilégié du Sultan. Si Louis XIV ne veut pas céder sur le principe, il est prêt à toutes sortes d'accommodements, puisque le Grand Vizir et l'ambassadeur peuvent communiquer par l'intermédiaire du secrétaire de Kara Mustafa ou même se rencontrer dans des audiences privées<sup>55</sup>. La comédie se prolongea durant toute l'ambassade de Guilleragues qui mourut à Constantinople après avoir obtenu l'audience du Grand Seigneur, qui lui témoigna, à Andrinople, en 1684, des égards extraordinaires, mais ne fut pas reçu sur le sofa par le successeur de Kara Mustafa. Ce fut seulement Girardin qui obtint satisfaction en 1685, sept ans après l'initiative malencontreuse de Kara Mustafa.

Par conséquent, la politique française à l'égard de la Porte demeure ambiguë, pleine de contradictions apparentes: nous avons vu l'escadre de Duquesne bombarder une ville turque au moment où un rapprochement franco-ottoman pouvait faciliter la politique rhénane de Louis XIV et jamais le gouvernement français ne sortira complètement de cette situation au cours de la décennie 1680-1690.

Il faut d'ailleurs admettre que Louis XIV n'a pas construit sa politique orientale autour d'un grand dessein. De 1660 à 1670, il a poursuivi la politique de Mazarin, favorable à la Croisade et hostile à l'Islam. Le cardinal était en outre persuadé, comme nombre de ses contemporains, que l'Empire ottoman était déjà »l'homme malade de l'Europe«, car il n'avait pas compris que l'accession des »vizirs albanais« avait, à partir de 1656, résolu provisoirement la crise d'autorité dont souffrait

52 DELOFFRE, Correspondance de Guilleragues (voir n. 12) t. I, p. 60.

53 Instruction du 24 juin 1682, Archives Nationales, B2, 46, f° 314-315.

54 Ibid.

55 Dépêches de Giovanni-Battista Donado au Sénat de Venise, Venise, Archivio di Stato, Senato, Dispacci da Costantinopoli, filza 162-163.

l'Empire ottoman et qu'elle lui avait redonné une vigueur nouvelle en permettant une meilleure utilisation des ressources de l'Etat et des provinces<sup>56</sup>. Mazarin réagissait en Italien sensible au péril turc; il réagissait aussi en prince de l'Eglise et c'est pourquoi il a, dans son testament, institué un legs de 300 000 écus pour la Croisade. Les mobiles de Louis XIV ont été différents, mais, à partir de 1685 et de la Révocation de l'Edit de Nantes, il veut s'imposer comme le chef de l'Europe catholique. Le roi de France prit des mesures spectaculaires pour dissiper le malentendu qui le faisait passer, à tort ou à raison, comme l'ennemi de la Chrétienté. Il rédigea dans ce sens des instructions à Girardin, son nouvel ambassadeur à Constantinople: celui-ci devait observer la plus grande réserve, sans pour autant compromettre l'amitié traditionnelle entre la Sublime Porte et le Roi Très Chrétien<sup>57</sup>.

Ainsi s'expliquent les termes de la lettre de félicitations adressée par Louis XIV à l'Empereur après la levée du siège de Vienne par les Turcs en septembre 1683 ou après la prise de Bude par les Impériaux en 1686. Le roi se réjouissait du succès chrétien et déplorait la mort de tant de soldats et d'officiers; dans la même perspective, il s'était sérieusement inquiété, à partir de juillet 1683, de la tournure que prenait le siège de Vienne et semblait craindre le succès de Kara Mustafa; ces remarques confidentielles, adressées au marquis de Sébeville, n'en sont pas moins sincères, même si elles peuvent surprendre ceux qui connaissent surtout la propagande habilement orchestrée par les Habsbourg<sup>58</sup>.

Beaucoup moins nuancée était l'attitude de Colbert de Croissy, son ministre des Affaires étrangères<sup>59</sup>. C'était le frère cadet du grand Colbert; il avait succédé en 1679 à Arnould de Pomponne, qui avait succombé à une intrigue montée à la fois par Colbert et Louvois. Croissy avait acheté la charge de secrétaire d'Etat aux étrangers et avait été nommé ministre d'Etat; comme ses prédécesseurs, Lionne et Pomponne, Croissy dirigeait donc le département des Affaires étrangères et avait en même temps accès au Conseil d'En-haut, où il siégeait aux côtés de son frère et de Louvois. Intelligent, travailleur, Croissy était un administrateur de talent et s'était révélé habile diplomate, en particulier à Londres, à Nimègue et à Munich; toutefois, il avait été choisi pour mettre en œuvre la politique des Réunions. Il se révéla rapidement un ministre brutal, sans nuance, incapable de dissimuler son hostilité à la Maison d'Autriche. Les rapports du diplomate impérial Lobkowitz montrent que Croissy se réjouit ouvertement des défaites des troupes de Léopold I<sup>er</sup> et qu'il espère encore un succès des Turcs en Hongrie. La défaite de l'armée ottomane à Mohács semble en revanche l'avoir plongé dans la consternation. Croissy ne tenait aucun compte des sentiments des populations d'Europe centrale et ses réactions ont contribué à alimenter la propagande antifrançaise dans l'Empire<sup>60</sup>.

Les ambassadeurs du roi à Constantinople (Guilleragues, Girardin et Châteauneuf) ont été à la hauteur de leur tâche, pourtant difficile, étant donné les conditions d'éloignement et, au moins jusqu'en 1683, le caractère violent du Grand Vizir.

56 MANTRAN, Istanbul (voir n. 35).

57 DUPARC, Instructions (voir n. 7) p. 90.

58 Instructions du roi à Sébeville, ministre de France auprès de l'Empereur, A.E. Paris, C.P. Autriche, vol. 54, f° 394.

59 BOUTANT (voir n. 1) p. 126-129.

60 Dépêche de Lobkowitz à l'Empereur, citée par BOUTANT (voir n. 1) p. 358.

Guilleragues, un magistrat d'origine bordelaise, est mort en poste au palais de France, à Péra, au retour d'une mission auprès du Grand Seigneur<sup>61</sup>. Il est donc mort en Orient, sans avoir revu la France<sup>62</sup>. Après le bombardement de Chio par l'escadre de Duquesne, il fut menacé de prison (l'internement classique aux Sept Tours), voire d'un sort encore plus cruel. Il sut rester digne et ferme en face de Kara Mustafa et ne céda pas au chantage, tout en utilisant la corruption de l'entourage du Grand Vizir et en jouant sur la peur qu'inspirait la présence de l'escadre de Duquesne à l'entrée des Dardanelles<sup>63</sup>. Il liquida la crise en acceptant d'indemniser les victimes du bombardement. Il savait diriger un excellent service de renseignement et il ne fait aucun doute qu'il a manipulé Kara Mustafa<sup>64</sup>. Nous avons vu qu'il avait également obtenu des avantages commerciaux pour les marchands français. Enfin il défendit avec bonheur les intérêts des catholiques dans l'Empire ottoman.

Girardin vécut la grande crise politique de 1687 sans se laisser impressionner par les vicissitudes de la politique ottomane, les changements de Vizir et la déposition de Mehmet IV. Il profita des efforts de son prédécesseur et obtint l'audience du Grand Vizir sur le Sofa, renouant ainsi avec une tradition interrompue arbitrairement en 1678 par Kara Mustafa. Comme Guilleragues, Girardin était convaincu de la solidité de l'Etat ottoman, en dépit des faiblesses apparentes qu'il pouvait manifester et des appréciations contradictoires qu'ils portent sur l'armée turque. Ils ont compris que la Sublime Porte ne voulait pas traiter avec Léopold I<sup>er</sup> et qu'Elle était résolue à mener une guerre de longue durée, afin de récupérer tout ou partie de la Hongrie, même après la reprise de Bude par les Impériaux. Leurs dépêches confortent Louis XIV dans sa politique d'attentisme, tout en évitant les faux-pas diplomatiques.

Les historiens français, souvent déconcertés par les dérobades de la politique royale ont pu se demander si Louis XIV ne menait pas consciemment plusieurs politiques turques: une officielle, dirigée par Croissy, une politique des services secrets, approuvée par le roi, qui aurait poussé la Porte à la guerre contre l'Empereur, enfin une politique parallèle du ministère de la Marine, menée par Colbert et son fils Seignelay, franchement agressive vis-à-vis de l'Islam, dans le but de défendre les intérêts économiques français. Nous ne le pensons pas pour deux raisons: d'une part la diplomatie de Louis XIV est fondamentalement opportuniste dans ses méthodes, même si le but demeure la gloire du roi et la défense des intérêts des régnicoles; d'autre part les relations franco-ottomanes étaient également fonction du monde étrange qu'était la Porte dans les années 1680.

Le Sultan Mehmet IV, qui régna de 1656 à 1687, consacrait le plus clair de son temps à la chasse et aux plaisirs du harem. Il abandonna l'exercice du pouvoir aux »Vizirs albanais« et manifesta une grande faiblesse à l'égard de Kara Mustafa, dont il désapprouvait pourtant la politique belliqueuse, car il était soumis à l'influence du parti religieux, dirigé par le grand mufti et le cheikh ul Islam, qui condamnaient ouvertement la politique de guerre de Kara Mustafa en 1681, parce que, selon eux, elle était ruineuse et préjudiciable au bien-être des sujets musulmans de l'Empire. En 1682, Mehmet IV était prêt à s'entendre avec l'ambassadeur impérial Caprara, qui

61 A. E. Paris, Archives de l'ambassade de France à Constantinople, vol. 5, f° 390-391.

62 DELOFFRE, Correspondance de Guilleragues (voir n. 12) t. II.

63 Ibidem.

64 ROY (voir n. 3) p. 156-165.

proposait, à des conditions avantageuses pour les Turcs, le renouvellement de la trêve signée à Vasvár en 1664. Or Kara Mustafa voulait la guerre à tout prix, à la fois pour s'enrichir et pour des raisons de politique intérieure: une victoire lui permettrait d'asseoir définitivement son pouvoir face à ses adversaires du gouvernement. Pour cela, une grande guerre en Hongrie lui donnera le commandement de l'armée – il est invraisemblable que Mehmet IV prenne la tête de ses troupes –, lui procurera butin et gloire.

Le Grand Vizir Kara Mustafa (1676–1683) est en effet un personnage cupide et brutal, xénophobe, qui ne cache pas son mépris pour les Chrétiens, y compris les Français. Il est intraitable et ne conçoit la politique que comme un rapport de forces. Il n'est pas très courageux et redoute la marine française; méprisant à l'égard de Louis XIV tant que celui-ci n'est qu'un partenaire lointain, il le craint et l'admire dès que celui-ci a envoyé l'escadre de Duquesne en mer Egée. C'est pourquoi l'affaire de Chio nous paraît essentielle dans l'histoire de relations franco-turques à cette époque. Elle manifeste la puissance du Roi Très Chrétien et impressionne des gens très repliés sur eux-mêmes, ignorants des réalités européennes; après le bombardement de Chio, Kara Mustafa comprend que Duquesne a les moyens d'exercer le blocus de Constantinople; passant d'un extrême à l'autre, il craint alors une descente française et le bombardement de la capitale en avril 1682. C'est pourquoi il est désormais prêt à oublier l'incident de Chio et se montre disposé à écouter les suggestions de la diplomatie française. Seul l'emploi de la force a pu le faire changer d'attitude. En 1683, il a désobéi au sultan en attaquant Vienne, car le but de sa mission était à la fois plus modeste et plus utile à la gloire de la Porte; il devait achever la conquête de la Hongrie en s'emparant des grandes places de la frontière militaire, comme Győr, et rendre ainsi Thököly entièrement maître de son nouveau royaume, la Hongrie vassale de la Porte. Les généraux de son entourage étaient également opposés à une telle aventure, car, en dépit des apparences, la puissante armée ottomane prenait des risques considérables en poussant jusqu'à Vienne sans avoir assuré ses arrières. Mais Kara Mustafa était trop orgueilleux pour écouter l'avis de soldats expérimentés (le pacha de Bude, le khan des Tatares) et trop cupide pour renoncer au pillage de Vienne. Son châtimement fut exemplaire: il fut prié de se suicider à Belgrade, le 25 décembre 1683, pour prix de sa désobéissance aux ordres du Commandeur des Croyants.

Après sa chute, la Porte ne fut pas un interlocuteur plus facile pour les diplomates français, car les défaites de 1685 et 1686 ranimèrent les vieux démons à Constantinople: l'émeute urbaine, les soulèvements de soldats, les révolutions de palais. L'année 1687 vit l'anarchie triompher à nouveau après trente années de gouvernement ferme. En effet, après la défaite turque à Mohács, le parti des ulémas réussit à imposer à Mehmet IV une attitude plus responsable: il promit de renoncer à la chasse et de renvoyer les 5000 femmes de son harem, dont l'entretien lui coûtait autant que l'entretien d'un corps d'armée. La prise de Bude par les Impériaux avait été cruellement ressentie l'année précédente et le peuple de la capitale avait manifesté son mécontentement. Peine perdue: au bout de quelques semaines, Mehmet IV fut déposé et remplacé par son frère Soliman, que l'on tira «de la cage» où il était enfermé depuis trente ans. En juillet 1687, le nouveau Grand Vizir Mustafa de Rodosto rétablissait l'ordre dans la capitale mais il ne s'agissait que d'une crise de gouverne-

ment et d'un changement de personnel; on avait soigneusement évité une réforme des institutions et le Grand Vizir concentrait à nouveau tous les pouvoirs entre ses mains, alors que le nouveau sultan était dépourvu de prestige et d'autorité. La guerre put se poursuivre pendant plusieurs années, les ressources de l'Empire en hommes et en argent n'étant pas épuisées, même si les populations chrétiennes, durement frappées par la nouvelle fiscalité sur les boissons, manifestaient leur mécontentement<sup>65</sup>.

On peut essayer de dégager quelques lignes directrices de la politique française au fur et à mesure de l'évolution des événements. Louis XIV pousse d'abord Thököly à mener une politique plus active après la paix de Nimègue et continue à lui verser discrètement des subsides, afin de paralyser l'Empereur pendant que la France procède aux Réunions aux Pays-Bas et sur le Rhin. En 1682, le Roi Très Chrétien prend ses distances par rapport aux Malcontents, dans la mesure où Thököly devient le vassal de la Porte. Louis XIV a alors poussé en sous-main Kara Mustafa à intervenir en Hongrie en le menaçant d'aider la République de Pologne au cas où il l'attaquerait en Ukraine; le roi de France est d'ailleurs persuadé que Vienne ne court aucun danger et que les Turcs se contenteront d'assiéger Győr; il promet qu'il n'enverra aucun secours militaire à l'Empereur, même sous une forme déguisée. C'est pourquoi il refuse toute intervention en 1683 pour secourir Vienne, en dépit des démarches pressantes du Saint Siège et il déclare au Nonce à Paris que l'ère des Croisades est terminée. Il interdit également aux gentilshommes français d'aller servir comme volontaires dans l'armée impériale. Il est satisfait de la victoire chrétienne du Kahlenberg mais, bien entendu, il refuse toute participation à la Sainte Ligue. Il en profite pour imposer lors des négociations de Ratisbonne, en 1684, la trêve de vingt ans, qui n'est qu'un compromis, puisque l'Empereur et les Etats de l'Empire refusent de reconnaître le principe des Réunions; la trêve de Ratisbonne est loin de représenter une victoire pour la France.

C'est pourquoi la guerre de reconquête de la Hongrie le satisfait pleinement et il espère qu'elle durera très longtemps. Au début, il a même espéré qu'elle épuiserait les ressources de l'Empereur et celles des princes allemands qui participent à la Sainte Ligue, de telle sorte que ceux-ci soient désormais disposés à un accommodement en Rhénanie. Dans l'instruction particulière à Girardin, Louis XIV indique que rien ne conviendrait mieux *au bien général de la Chrétienté et au maintien de la trêve que la continuation de la guerre qui se fait par l'Empereur, le Roy de Pologne et les Vénitiens ligués contre les Turcs*<sup>66</sup>.

La même année (1685), il refuse une première fois la collaboration militaire sollicitée par la Porte, au nom de l'alliance traditionnelle. Le 9 mars 1686, à la veille de l'offensive des Impériaux contre Bude, le drogman Fontaine, chargé d'affaires, avait été imprudent au cours d'un entretien avec le Grand Vizir. Ce dernier avait en effet évoqué *le secours qu'un Sultan avait donné autrefois à l'Empereur de France et la Porte pourrait, avec raison, demander la même chose à son tour*. Girardin se déroba et Louis XIV le félicita de sa prudence: *jamais ceux qui vous ont précédé n'ont*

65 BOUTANT (voir n. 1) p. 415.

66 Instructions à Guilleragues, t. II, p. 212-227; ROY (voir n. 3) p. 243-257.

*eu ordre de moi d'engager la guerre entre l'empire ottoman et la maison d'Autriche dans le temps que j'ai eu des différends avec elle*<sup>67</sup>.

Louis XIV écartait en même temps toute idée de prêter ses bons offices, car il ne pouvait offrir sa médiation qui serait suspecte à l'Empereur et il essuierait un refus. Il décidait également d'éviter, provisoirement, de soutenir le comte Thököly. Il est donc évident que Louis XIV s'en tient au respect de la lettre des traités. Tout ce qu'il peut faire est d'interdire aux Français d'aller servir comme volontaires en Hongrie – ordre tout à fait théorique, qui ne fut pas respecté par la noblesse française: il y avait plusieurs centaines de régnicoles au siège de Bude. Mais le Grand Seigneur ne pouvait espérer rien de plus tant que la France était en paix avec ses voisins. D'autre part, Louis XIV s'est longtemps opposé à toute paix séparée entre la Pologne et l'Empire ottoman; il réprimanda vivement Girardin et Béthune, son ambassadeur à Varsovie, qui avaient prêté la main à cette combinaison, car une paix séparée pourrait conduire les autres membres de la Sainte Ligue à conclure une paix précipitée avec les Turcs, ce dont il ne veut à aucun prix<sup>68</sup>.

Il s'oppose également à toute combinaison qui pourrait déstabiliser l'Empire ottoman: il faut donc empêcher les Moscovites d'entrer en guerre contre la Porte et il ne faut pas favoriser non plus l'entrée en campagne du prince de Géorgie qui se propose d'attaquer Trébizonde, voire Erzurum, en Anatolie orientale.

Finalement une stratégie française se dégage, au moins jusqu'en 1688: Louis XIV veut respecter une stricte neutralité pour empêcher la Sainte Ligue de conclure la paix avec l'Empire ottoman, jugé capable de se défendre tout seul contre les armées chrétiennes. Après l'occupation de la Transylvanie par les Impériaux en 1687, il espère même que ceux-ci envahiront la Valachie, que Léopold I<sup>er</sup> s'engagera à fond dans les Balkans et que les Habsbourg se détourneront des affaires allemandes. Cette hypothèse, développée par Charles Boutant ne tient cependant pas compte de la chute de Belgrade en 1688, ni des progrès spectaculaires des Impériaux en Serbie et en Albanie. On commençait à envisager à Vienne la marche sur Constantinople et la libération des Balkans au profit de la Maison d'Autriche, ce qui eût notablement modifié l'équilibre européen. Certes les affaires de la succession de Cologne et de la succession palatine préoccupent la diplomatie française, tout comme la transformation de la trêve de Ratisbonne en paix définitive. C'est une simple hypothèse qui demande à être vérifiée dans les archives: Louis XIV n'a-t-il pas songé à soulager son allié ottoman à partir de 1688 en intervenant militairement sur le Rhin à l'automne de la même année? A cette date, la situation a en effet sérieusement évolué, les alliés naturels du Roi Très Chrétien se faisant rares. La Suède de Charles XI se confine dans une neutralité hostile (elle a adhéré à la Ligue d'Augsbourg en 1686), les Malcontents et les Transylvains sont provisoirement hors jeu et les Polonais sont acquis à l'alliance autrichienne; pour faire fonctionner l'alliance de revers, il ne reste donc plus que la Sublime Porte.

Au début des hostilités, Louis XIV et Croissy ont précisé leurs intentions dans l'instruction à Châteauneuf qui remplace Girardin à Constantinople. D'une part, il doit user de son influence pour obtenir une paix séparée favorable à la Pologne, qui

67 Girardin au roi, 17 mars 1686. A. E. Paris, Archives de l'ambassade à Constantinople, t. 5, f° 318-319.

68 BOUTANT (voir n. 1) p. 434-435.

réclame toujours la restitution de Kamienec Podolski, prise par les Turcs en 1672 et cédée à la Porte en 1677. On compte revenir aux vieilles combinaisons de la guerre de Hollande, car cet arrangement permettrait à Thököly »réactivé« de *rendre son party considérable en Hongrie et de faire de la peine aux troupes impériales*<sup>69</sup>. En revanche, il faut empêcher la Porte de conclure la paix avec la Sainte Ligue, *ledit sieur de Châteauneuf ne doit rien omettre pour les en désabuser*<sup>70</sup>, car la guerre qui commence durera au moins dix ans et *le Grand Seigneur aura plus de temps qu'il ne lui en faut pour reprendre tout ce qu'il a perdu*<sup>71</sup>. Louis XIV n'est pas pour autant décidé à signer avec la Porte une alliance en bonne et due forme, mais comme la situation a beaucoup évolué depuis 1686, il ne faudra pas la refuser *de crainte que son refus ne détermine les Turcs à faire au plus tôt la paix avec l'empereur*<sup>72</sup>. C'est pourquoi Louis XIV donne l'ordre à son ambassadeur de gagner du temps par des manœuvres dilatoires.

Louis XIV ne cache donc plus son but: empêcher par tous les moyens la Porte de signer immédiatement la paix, car de toute façon, les intérêts objectifs de la Chrétienté et ceux de la France se rejoignent et *on ne peut être blâme ny devant Dieu ny devant les hommes, de faire toutes choses possibles pour l'empêcher de finir*<sup>73</sup>.

Il convient par conséquent de nuancer l'affirmation de Gaston Zeller, selon laquelle, à la suite du renouvellement des capitulations en 1673: »l'amitié franco-turque demeurerait... inentamée. Elle allait continuer à dominer l'histoire politique de la Méditerranée et du Sud-Est de l'Europe«<sup>74</sup>. La thèse de Charles Boutant a montré, trente ans plus tard que l'attitude du Roi Très Chrétien était beaucoup plus ambiguë et qu'il cherchait surtout à sauver les apparences face à l'opinion. La thèse de Philippe Roy, à propos du siège de Vienne de 1683, aboutit aux mêmes conclusions sur un point précis. Si Louis XIV a poussé Kara Mustafa à intervenir en Hongrie pour soutenir les Malcontents, il n'a jamais souhaité que les Turcs mettent le siège devant la capitale autrichienne. Il n'y eut, à cette occasion, aucune coopération militaire franco-turque – en particulier aucun ingénieur militaire français ne vint apporter d'assistance technique, puisque les innovations en matière de tranchées étaient le fait d'un ingénieur vénitien, Barozzi, qui avait mis son savoir-faire au service des Turcs à l'occasion du siège de Candie. La publication de la correspondance de Guilleragues qui se trouvait aux Archives Nationales va dans le même sens<sup>75</sup>. Les travaux de la jeune historienne hongroise Eva Boka parviennent à des conclusions semblables<sup>76</sup> en dépit de projets fumeux basés sur la conception obsolète d'une Chrétienté unie contre l'Infidèle, voire d'une reconquête de l'Empire d'Orient par la marine française; à juste titre, Eva Boka considère que la défaite de Kara Mustafa devant Vienne fut aussi une défaite pour Louis XIV.

69 DUPARC, Instructions (voir n. 7) p. 138.

70 Ibidem, p. 189.

71 Ibidem, p. 190.

72 Ibidem, p. 191.

73 Histoire des relations internationales, dirigée par Pierre RENOUVIN, Paris 1952, tome III, Les temps modernes (1648–1789), par Gaston ZELLER.

74 DELOFFRE, Correspondance de Guilleragues (voir n. 12) comprend de nombreuses lettres provenant du fonds Marine des Archives nationales.

75 Eva BOKA, L'ambassade à Constantinople et le siège de Vienne.

Pourtant tous ces travaux demeurent axés sur le siège de Vienne, événement majeur de l'histoire de l'Europe. Si les Hongrois ont commémoré le tricentenaire de la prise de Bude par les Impériaux, la chute de Belgrade n'a guère été célébrée. Jusqu'à présent personne n'a expliqué la contradiction entre la soi-disant faiblesse de l'armée ottomane, complaisamment évoquée par les contemporains de Louis XIV et le prolongement de la guerre en Hongrie jusqu'à la victoire du prince Eugène de Savoie à Zenta en 1697, succès décisif qui amena la signature de la paix de Carlowitz en janvier 1699.

Nous ne cacherons pas les lacunes de cette modeste étude, qui s'expliquent par certains choix de l'école historique française, peu attirée par les problèmes de relations internationales à l'époque moderne. Nous avons néanmoins l'impression que la politique ottomane de Louis XIV a été, dans ce domaine comme dans beaucoup d'autres, moins dominée par le souci de la « gloire » que par une prudente défense des intérêts français – défense de la frontière du Nord-Est du royaume et protection des marchands en Méditerranée. En fonction de ces deux grands objectifs, le Roi Très Chrétien a mené une politique pragmatique. S'il a tenté d'utiliser une fois de plus l'alliance de revers contre la Maison d'Autriche, il n'a jamais voulu s'engager à fond en Europe orientale. Cette politique réservée était basée sur le souci de conserver sa réputation de prince chrétien, mais aussi sur la conviction que l'armée turque demeurerait un solide instrument de combat, capable de fixer 50 à 60 % des troupes de ligne de l'Empereur en Hongrie. Cette position médiane est tout aussi éloignée de l'alliance militaire pratiquée sous François I<sup>er</sup> que d'une participation active à la Sainte Ligue – les deux images évoquées dans l'introduction étant également éloignées de la réalité, car elles ne correspondent pas à la « Realpolitik » menée avec application par le Roi Très Chrétien : une neutralité bienveillante à l'égard de la Sublime Porte jusqu'en 1688, la poursuite des pirates barbaresques et peut-être, in fine, une aide indirecte apportée à l'Empire ottoman pour lui permettre de poursuivre la guerre contre l'Empereur Léopold I<sup>er</sup>.





ROBERT ORESKO

## THE MARRIAGES OF THE NIECES OF CARDINAL MAZARIN

### Public Policy and Private Strategy in Seventeenth-century Europe\*

The careers of the seven nieces of Cardinal Jules Mazarin, the dominant figure in French power politics from the early 1640s until his death in 1661, have been marginalised to the peripheral world of popular history. Conveniently divided into opposing categories of the *«nièces sages»* and the *«nièces folles»*<sup>1</sup>, Mazarin's nieces have drawn the attention of writers primarily concerned with their scandalous lives after their uncle's death: three broken marriages, implication in the *«Affaire des Poisons»*, strings of liaisons with princely lovers, and the inevitable moral to be drawn from vagrant existences in whatever city would tolerate their meddling and embarrassing presences in jaded old age<sup>2</sup>. The treatment of the marriages of the

\* This article was first presented as a paper to the annual meeting of the Society for Seventeenth-century French Studies held in 1987 at Sheffield University, and I am particularly grateful to the organisers of the conference for having invited me to speak, to Dr Roger Mettam (Queen Mary and Westfield College, University of London), who chaired the session, and to those historians who participated, Dr Joseph Bergin (Manchester University), Dr Mark Greengrass (Sheffield University) and Dr David Parker (Leeds University), for their comments. A second version was presented at the seminar of Dott.ssa Rosalba Davico at the Università degli Studi di Torino at which Dott. Sandro Lombardini (Università degli Studi di Torino) and Dott. Angelo Torre (Università degli Studi di Genova) made helpful observations. I have benefitted greatly from discussions with Marie-Thérèse Bouquet-Boyer (CNRS, Paris), le Rév. Père Jean-Marie Charles-Roux, Professor Marc Fumaroli (Collège de France, Paris), Dr Wendy Hefford (Victoria & Albert Museum, London), Professor Irving Lavin (Institute for Advanced Study, Princeton), Professor Marilyn Aronberg Lavin (Princeton University), Professor Cesare Mozzealli (Università Cattolica del Sacre Cuore, Milano), Dr John Rogister (Durham University), the late Dr Janet Southorn and Professor Geoffrey Symcox (University of California, Los Angeles) on various aspects of the article, and there is a special debt of gratitude to Roger Clark, Professor Ragnhild Hatton (University of London), James Inglis-Jones and Dr David Parrott (New College, Oxford), all of whom read the article in manuscript. It is a particular pleasure to acknowledge the assistance of Dott. Angelo Spaggiare and Dott. Giuseppe Trenti at the Archivio di Stato di Modena and of my good friends at the Archivio di Stato di Torino, Dott.ssa Isabella Ricci Massabò, Dott. Marco Carassi, Dott.ssa Elisa Mongiano, Dott.ssa Federica Paglieri, Dott.ssa Anna Marsaglia, Dott.ssa Maria Gattullo and Dott.ssa Elisabetta Giuriolo. This article is dedicated to the memory of Janet Southorn. For abbreviations see the note at the end of this contribution, p. 152.

1 Hortense MANCINI and Marie MANCINI, *Mémoires*, ed. Gérard DOSCOT, Paris 1965. This is the most recent edition of these two controversial *mémoires*, and it appears as volume V of the *«Mercure de France: le temps retrouvé»* series. Doscot introduces the comparison of the *«nièces sages»* and the *«nièces folles»* in his introduction (p. 19).

2 The most recent examples of this genre are Yvonne SINGER-LECOQ, *La tribu Mazarin*, Paris 1989, and François NOURISSIER, *Les Mazarinettes*, in: *Mazarin*, ed. Georges MONGRÉDIEN, Paris 1959, pp. 83–111. The most reliable amongst a generally indifferent lot of individual biographies are: Édouard

nieces by Mazarin's most recent biographer is marred by factual error and is so cursory and disorganised<sup>3</sup> that it is difficult to gauge what importance he attaches to the cardinal's attempts to establish his family.

The neglect of the marriages of Mazarin's nieces presents a paradox. During the past fifteen years, historians have analysed the creation of Mazarin's fortune<sup>4</sup>, and this work has been encouraged by and run parallel to the research of Joseph Bergin on the wealth of Mazarin's patron and mentor, Cardinal de Richelieu<sup>5</sup>. Despite the emphasis Bergin places on the role of family strategies in Richelieu's ascension<sup>6</sup>, few historians have analysed seriously the cardinal's establishment of his extended clan in the upper layers of the French hierarchy, a pursuit which was complemented by and was dependent upon his activities as a fortune-builder<sup>7</sup>. The model which stresses the means of acquisition and the administration of the fortune rather than the use to which it was put, accumulation without expenditure, appears to have been followed by those concerned with Mazarin's wealth, including Bergin himself<sup>8</sup>. There are frequently good reasons for this, usually the absence of detailed records for the outgoings. Nevertheless, it should be remembered that the colossal fortune amassed by Mazarin had to fuel a highly complex international machine of high politics and patronage, while, at the same time, securing the safe establishment of his father, his brother, his four sisters, his three nephews and his seven nieces, the aggregate casata. Within this structure the negotiations for the individual marriage of each niece assume an importance which has not been sufficiently appreciated.

Such parallels with the methods of studying Richelieu's life continue, for Georges Dethan's work<sup>9</sup> is equally concerned to underscore the importance of familial ties in the early stages of Mazarin's career. Although Bergin and Dethan have made convincing cases for the importance of family strategies and blood links in initiating

de BARTHÉLEMY, *Une nièce de Mazarin, la princesse de Conti* [Anne-Marie Martinozzi], Paris 1875; Georges MONGRÉDIEN, *Une aventurière au Grand Siècle: la Duchesse Mazarin* [Hortense Mancini], Paris 1952, and the two volumes devoted to Marie Mancini by Lucien PEREX, *Le roman du grand roi: Louis XIV et Marie Mancini*, Paris 1894 and *Une princesse romaine au XVII<sup>e</sup> siècle: Marie Mancini Colonna*, Paris 1896. In addition, selected aspects of Laura Martinozzi's career are addressed in: Cesare SEVELLI, *Laura dei Martinozzi di Fano, Duchessa estense di Modena e madre di una regina stuarda*, Fano 1948, also published in *Studia Picena* 18 (1948); and the relevant chapter in Maria Valeria MAZZAMONTI, *Le duchesse di Modena*, Reggio Emilia 1977, pp. 91–108.

3 Pierre GOUBERT, *Mazarin*, Paris 1990.

4 Daniel DESSERT, *Pouvoir et finance au XVII<sup>e</sup> siècle: la fortune du Cardinal Mazarin*, *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 23 (1976), pp. 161–181; Claude DULONG, *Mazarin et les banquiers*, in: *Il Cardinale Mazzarino in Francia* (Atti dei Convegni Lincei) Roma 1977, pp. 17–40; *id.*, *Les «comptes bleus» du Cardinal Mazarin*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 36 (1989), pp. 537–558; *id.*, *La fortune de Mazarin*, Paris 1990; *id.*, *Le processus de l'enrichissement du Cardinal Mazarin d'après l'inventaire de l'abbé Mondin*, in: *Bibliothèque de l'Ecole des Chartes* 148 (1990), pp. 355–425.

5 Joseph BERGIN, *Cardinal Richelieu: Power and Pursuit of Wealth*, New Haven and London 1985.

6 Joseph BERGIN, *The Rise of Richelieu*, New Haven and London 1991.

7 David PARROTT is currently preparing an article on Richelieu's matrimonial use of a group of female relations, generally and imprecisely referred to as his 'nieces', which will shed light on the role played by the cardinal's extended family in elaborating a system of patronage.

8 Joseph BERGIN, *Cardinal Mazarin and His Benefices*, *French History* 1 (1987), pp. 3–26.

9 Georges DETHAN, *Mazarin et ses amis*, Paris 1968, formed the basis for the opening chapters of an expanded synthesis: *id.*, *Mazarin. Un homme de paix à l'âge baroque*, Paris 1981. All references in this column are to the 1981 publication.

the public lives of, respectively, Richelieu and Mazarin, other historians of the two great seventeenth-century cardinal-ministers have avoided extending this system into the periods during which they were ›the first servant of the state‹, a dubious notion at best. Once Richelieu and Mazarin have secured power, they are frequently presented as detached from the family structures which had provided their initial springboard, and we can be assured that ›Au niveau où opérait Mazarin, la destinée familiale importe assez peu (à l'exception de la fâcheuse Marie Mancini), même si la tribu l'occupa beaucoup – trop, sans doute...‹<sup>10</sup>. A careful analysis of the documentation surrounding the negotiations for the marriages of the seven nieces, popularly referred to as the *Mazarinettes*, presents a very different picture.

Dethan's researches reveal quite clearly that Mazarin had, at an early stage of his career, assumed the management of his family's future, including the marriages of its members. In 1634 Mazarin was named by Pope Urbano VIII Barberini as Vice-legate of Avignon, the papal enclave bordered by the French provinces of Languedoc and Provence. Before leaving Rome, he wrote to his friend Abel Servien: *J'ai marié deux de mes sœurs, avec à chacune une dot d'en tout 40,000 livres. L'une [Margherita Mazzarini] je l'ai donnée au fils unique [Geronimo] de M. Vincenzo Martinozzi, très à son aise quant aux biens de fortune, bien né, de beaucoup d'esprit et en première place dans les bonnes grâces de M. le cardinal Antoine [Barberini] ... J'ai donné l'autre [Girolama Mazzarini] à M. Lorenzo Mancini, très à son aise, de famille très estimée et connue dans cette ville, sa maison étant très ancienne*<sup>11</sup>.

These were the two marriages which, between them, produced the ten nephews and nieces eventually sent to France. The Martinozzi and the Mancini were two of the many noble families which supplied the staffage of the papal clientèle system, and they were closely attached to the Barberini family and, by extension, to the Colonna, the earliest patrons of the Mazzarini<sup>12</sup>. On the verge of his departure for Avignon,

10 GOUBERT (see n. 3) p. 452. Goubert provides a particularly vivid example of an historian immune to arguments other than those which view Mazarin as a great French statesman, a not uncommon tendency in the series of biographies published by Fayard to which his volume belongs. While praising their researches, he is careful to cantonise the works of Bergin and Dessert into a bibliographical category of ›ouvrages novateurs‹ (p. 538) and to point out, in his text, that these two colleagues are also friends (p. 474). Indeed, Goubert seems strangely eager to alert his readers to the backgrounds of his colleagues who have previously written on Mazarin, referring to ›notre triade de chartistes‹, Dethan, Dulong and Madeleine Laurain-Portemer (p. 533). Dethan's Mazarin, un homme de paix à l'âge baroque is described rather dismissively, as ›d'une bonne qualité, mais qui concerne surtout l'homme privé‹ (p. 530) and ›une élégante étude de l'homme, mais non du ministre‹ (p. 451), as if the two were separable, which he sees as characteristic of the ›chartiste‹ approach. Goubert's own ›maladresse‹ in evaluating evidence from primary documents, scarcely a habitual ›chartiste‹ failing, and his inability to grasp the interplay of the ›public‹ and the ›private‹ in the lives of seventeenth-century figures damage a disappointing debut in his ›vocation tardive‹ as a popular biographer and are entirely of a piece with a nineteenth-century vision of French state-building which much recent research has helped to discredit.

11 Cited in DETHAN (see n. 9) p. 19.

12 Mazarin's own mother, Ortensia Bufalini, was the god-daughter of Filippo Colonna, principe di Paliano, and the young Mazarin himself had accompanied the prince's son, Girolamo, also a future cardinal, to Spain. The Colonna were attached to the Barberini by the marriage in 1627 of Urbano VIII's nephew, Taddeo Barberini, the brother of Cardinals Antonio and Francesco Barberini, to Anna Colonna, the daughter of the duca di Paliano, which forged a link between the most recent papal family and the oldest, with the Orsini, of the Roman princely Houses. On the Martinozzi see

therefore, Mazarin had linked his own family to two other families within the upper service hierarchy in Rome, and, thus, by 1634, a full decade before he emerged as the eventual successor in France to Richelieu, two of the elements which would become important factors in his thinking in the 1650s about his own familial matrimonial strategy – knowledge of France's southern border provinces and service ties to the Roman dynastic network – were already moving into place.

Mazarin's next involvement in family marriage came in 1640 with a sequence of negotiations to establish his youngest sister, Cleria Mazzarini. An early attempt to arrange a marriage with a member of the Caffarelli family ended without result, as did the more serious proposal, sponsored by the Barberini in 1641, to marry Cleria to Lorenzo Machiavelli. It was only in April 1643, one month before Louis XIII's death and subsequent to Mazarin's elevation to the cardinalate, that the benjamin of the family became the wife of Pietro Antonio Muti<sup>13</sup>. With the death of Mazarin's mother in 1644, another occasion for matrimonial negotiation arose. Only three male Mazzarini remained. Mazarin's younger brother, Michele, was in Holy Orders, and, while the cardinal himself was not a priest, the likelihood of Mazarin detaching himself from his ecclesiastical incomes, of resigning from the Sacred College and of disentangling himself from whatever emotional relationship he was in the process of forming with Anne of Austria, Queen-regent of France, in order to perpetuate the House of Mazzarini, were minimal. The remaining option was the re-marriage of the recently widowed Pietro Mazzarini, Mazarin's father.

Jules and Michele applied themselves with considerable vigour to the question of their father's marriage, and by August 1644 Pietro had accepted in principle the idea of a second marriage, as he informed his elder son, *pour l'établissement de la casa*. On 1 January 1645, the sixty-eight-year-old Pietro accordingly married the seventeen-year-old Porzia Orsini, the daughter of the duca di Bomarzo, and this couple, unequal in both age and social standing, received the good wishes of the bridegroom's daughters for *une nombreuse descendance qui permet de perpétuer la casa*<sup>14</sup>. There are a number of points to be made about this marriage. It is striking that, given the problems of negotiating Cleria's marriage into the Muti, marriage into one of the cadet branches of the Orsini<sup>15</sup> seems to have been relatively straightforward once Mazarin's own position in France appeared to be secure. Moreover, this rather desperate attempt to perpetuate the *casata* underscores the extent to which both Mazarin and his brother were looking to the future, to the establishment of a Mazarin dynasty which would inherit the fruits of their labours and consolidate the position of the family within the European aristocratic hierarchy. The failure of Pietro and Porzia to produce issue spelt the extinction of the House of Mazzarini and forced Mazarin back to the offspring of Margherita and Girolama as the only instruments from which to create his own dynasty, advanced by his political position and buttressed by his growing fortune.

In these calculations, Mazarin's younger brother, Michele, was not a negligible

SELVELLI (see n. 2) and on the Mancini see Armando SCHIAVO, *Palazzo Mancini*, Palermo 1969, pp. 43–52. DETHAN (see n. 9) pp. 43–79 has analysed Mazarin's relations with his Roman padroni.

13 DETHAN (see n. 9) pp. 29–30. The marriage of Cleria Mazzarini and Pietro Antonio Muti was childless.

14 *Ibid.*, pp. 34–35.

15 Pompeo LITTA, *Famiglie celebri italiane*, Milano 1819–1899. Orsini di Roma fascicule, table XIV.

factor. Although Michele has been frequently dismissed as an unworthy and irresponsible cadet, Jules was determined to promote his brother's ecclesiastical career, maintaining a steady diplomatic pressure after 1644 upon the new Pamphilj Pope Innocenzo X to obtain his elevation to the Sacred College. As the French nomination had already been promised to the prince de Conti, Anne of Austria had intervened with Wladislaw IV, King of Poland, to acquire the Polish crown nomination for Michele, but it was only in 1647 that the cardinal's biretta was reluctantly bestowed on him. The elevation to the Purple of a second Mazzarini helped to consolidate the family's position in Rome, a constant factor in Jules Mazarin's family strategy, while the fact that the distinction of having two brothers in the Sacred College at the same time was generally reserved to younger sons of sovereign Italian Houses or to papal nephews, reinforced awareness of the ascendancy of the family<sup>16</sup>. While awaiting the cardinalate for his brother, Jules Mazarin succeeded in procuring for him the archbishopric of Aix-en-Provence<sup>17</sup>, and by his untimely death in 1648 Cardinal Michele Mazzarini had also been made Viceroy of Cataluña. Whatever Michele's failings may have been, the appointment of his brother to the aixois archdiocese underscores Jules Mazarin's concern about Provence and southwestern France in general, a legacy from his own time as papal Vice-legate in Avignon, and, along with the Catalan nomination, it signals an early determination to place his closest confidants, linked by blood ties, in control of these key border provinces, vulnerable both to invasion from outside and to internal upheaval spawned from strong traditions of separatism and independent identity. These factors appear regularly in the 1650s as Mazarin sought to marry his nieces to men who could, through their matrimonial attachment to his family, guarantee stability in, the potentially volatile frontier provinces of a hexagon the evolution of which was far from straightforward.

The first arrivage in France of the children of Mazarin's sisters took place in Aix-en-Provence, where the children were installed in June 1647. The initial shipment

- 16 Gabriel de MUN, *Un frère de Mazarin, le Cardinal de Saint-Cécile, 1607-1648*, *Revue d'histoire diplomatique* 14 (1904), pp. 497-530. Bearing in mind the tendency of French historians to pair the careers of Richelieu and Mazarin, it is interesting to note that de Mun also contributed an article on Cardinal Alphonse de Richelieu, the brother of le Grand Armand, to the same volume of the *Revue d'histoire diplomatique*. De Mun's article should be supplemented by José Sanabre, *La acci6n de Francia en Cataluña a pugna por la hegemonia de Europa*, Barcelona 1956, pp. 393-408. Strikingly, two recent works, both written in Catalan, virtually ignore Michele Mazzarini, perhaps reflecting separatist nervousness over collaboration with the French adventure in Cataluña in general: Joan Reglà, *Els virreis de Catalunya*, Barcelona 1987 and Núria Sales, *Els segles de la decadència (segles XVI-XVIII)*, Barcelona 1991, the fourth volume of the *Història de Catalunya* edited by Pierre Vilar.
- 17 The generally unfavourable judgement passed on Michele's behaviour by historians eager to emphasize Jules Mazarin's achievements must be balanced by the younger cardinal's role as a patron of seventeenth-century urbanism in Aix-en-Provence. *Lettres patentes* of January 1646 authorised Michele to incorporate a new quartier, still called the 'Quartier Mazarin', into Aix (André BOUYALA d'ARNAUD, *Evocation du Vieil Aix-en-Provence*, Paris 1964, p. 217) while Marcel BERNOS, *Aix au Grand Siècle*, in: *Histoire d'Aix-en-Provence, Aix-en-Provence 1978*, p. 170, grudgingly concedes that 'Il est vrai que le bilan de son œuvre civile, ne serait-ce que la promotion du quartier 'Mazarin', paraît bien plus positif que celui de son action ecclésiastique.' In whatever light Michele's tenure at Aix is viewed, it represented a consolidation of Jules Mazarin's own interest in Provence and paved the way for a continuing Mazarin presence in Aix itself.

consisted of one nephew, Paul Mancini, and three nieces, Anne-Marie Martinozzi and her two cousins, Laure-Victoire and Olympe Mancini. Mazarin's young relations had already been the subject of matrimonial speculation in Rome, and Mazarin had previously launched a project to marry Anne-Marie's sister, Laura Martinozzi, to a son of Taddeo Barberini and Anna Colonna<sup>18</sup>. In September the children were transferred to Paris, where the nieces and their future establishment attracted considerable speculation, the possibility of French marriages for the cardinal's closest female relations coexisting from this point with his Italian matrimonial strategy. Projects for marriages with the young duc de Richelieu and with the Lorraine duc de Joyeuse, the Guise heir, came to nothing, in the latter case thanks to the intervention of Condé<sup>19</sup>. Indeed, as the forces opposing Mazarin coalesced into the Frondes of the late 1640s and early 1650s, the potential of the nieces as a dynastic means to attract support for the cardinal was fully grasped by those who strove to circumscribe his power and freedom of action. It was demanded that the nieces *ne se marieraient point sans consentement de M. le Prince* [de Condé]<sup>20</sup>, and Mazarin's matrimonial aspirations for his nieces figured in the pamphlet attacks on his régime, the well-known 'Mazarinades'<sup>21</sup>. The nieces were caught up in the drama of the Frondes and joined their uncle in his exile at Brühl in the electorate of Köln. Mazarin himself observed that *Il y auroit longtemps que je serois sur le Rhin, si j'eusse esté seul coupable; mais mes nieces s'estant trouvées enveloppées dans mes crimes et condamnées à sortir du royaume, il m'a esté impossible, les devant traîner avec moi, de faire grande diligence et de me hasarder des pays remplis de troupes ennemies, sans passe-ports*<sup>22</sup>. Whatever spur the presence of an extended female household may have applied to Mazarin's resolve to return to France, the first two marriages of his nieces certainly played an important role in attaching vital members of *les grands* to his cause and in facilitating his re-establishment.

The very notion of 'establishment' is critical, for in marrying his nieces Mazarin not only established their positions but also created gradually a larger familial machine, of which they were the component parts, which supported his own activities and ensured his own security. Mme de Motteville attributed the coherence of Mazarin's matrimonial policy to the upheavals of the Frondes: *Il trouva que des places et des alliances le rendroient plus considérable, et le mettroient en état de se*

18 Donata CHIOMENTI VASSALLI, *Donna Olimpia o del nepotismo nel Seicento*, Milano 1979–80, p. 83. The Barberini prince in question seems to have been Carlo, the eldest son of Taddeo Barberini and Anna Colonna, who eventually resigned his rights to the primogenitura to his younger brother, Maffeo, and became a cardinal. For the Barberini see their entries in the *Dizionario biografico degli Italiani*, vol. VI, pp. 164–182; and Giuseppina MAGNANIMI, *Palazzo Barberini*, Roma 1983.

19 Henri d'Orléans, DUC D'AUMALE, *Histoire des princes de Condé*, Paris, 1863–1896, vol. V, p. 138. Joyeuse married the only daughter of Charles de Valois, comte d'Alais, whom Mazarin had hoped to obtain for his nephew (Antoine AUBERY, *L'histoire du Cardinal Mazarin*, Paris 1688, vol. II, p. 3), so that Condé's encouragement of the Joyeuse-Alais marriage actually succeeded in blocking two marriage alliances planned by the cardinal.

20 Marie d'Orléans, DUCHESSE DE NEMOURS, *Mémoires*, ed. Micheline CUÉNIN, Paris 1990, p. 109.

21 Hubert CARRIER, *La presse et la Fronde (1648–1653): Les Mazarinades*, *La conquête de l'opinion*, Genève 1989, p. 289, and the review of this first volume of Carrier's work by Richard BONNEY in: *French History* 5 (1991) pp. 374–377.

22 CHÉRUEL, vol. IV, pp. 90–91: Jules Mazarin to Henri-Auguste de Loménie, comte de Brienne, 24 March 1651.

*pouvoir défendre par lui-même, sans mendier continuellement la protection du duc d'Orléans et du prince de Condé. En changeant de conduite, il devint plus intéressé qu'il n'avoit été jusques alors, et le mauvais tours de ses ennemis lui firent désirer de se faire redouter de ceux qui lui avoient fait beaucoup de peur*<sup>23</sup>. Mme de Motteville may have been fausse-naïve in presenting the cardinal's 'interestedness' as an innovative change of policy, but she perceptively identified the goal of creating a personal network of family ties as the primary motive behind the first marriage of the nieces, that of Laure-Victoire Mancini to Louis de Bourbon, duc de Mercœur.

The duc de Mercœur was the elder son of César de Bourbon, duc de Vendôme, the legitimised son of King Henri IV and Gabrielle d'Estrées<sup>24</sup>. The Mercœur duchy had been transmitted to the Vendôme line by Mercœur's mother, the duchesse de Vendôme, Françoise de Lorraine, another member of this sprawling dynasty. As legitimised princes the Bourbon-Vendôme had no right of succession to the crown, but they were recognised as members of the House of France, and, although their position in the court hierarchy was disputed<sup>25</sup>, they claimed precedence immediately after the *princes du sang* and before such *princes étrangers* established at the French court as the various branches of the House of Lorraine, the Savoy-Nemours and the Gonzaga-Nevers. On the most obvious level, therefore, the proposed marriage of Madamigella Mancini to a Bourbon prince would mark a dramatically ambitious advance for Mazarin's *casata*<sup>26</sup>, but both parties had much to gain from the project. As Vendôme observed to Mazarin, *il devoit considérer que c'étoit son avantage autant que le sien*<sup>27</sup>.

The maréchal d'Estrées attributed the very first initiative for the marriage to his great-nephew. *Le duc de Mercœur, qui voyoit son père hors de France et avec aussi peu d'espérance d'y retourner comme son frère en avoit d'échapper de la prison cherche de se rapprocher de la cour et d'empêcher l'entière ruine de sa maison, et comme il n'y avoit pas eu entre les deux frères jamais trop de grande union et conformité d'humeur, et que, si tant est que M. le duc de Beaufort eut eu le dessein sur lequel il avoit été arrêté, son frère n'en avoit jamais eu de communication et le Cardinal ne l'en avoit point soupçonné, ainsi il lui fut assez facile d'introduire cette négociation par le moyen du seigneur Ondedei...*<sup>28</sup>. Both the duc de Vendôme and his younger son, the duc de Beaufort, were embroiled in the *cabale des Importants* of

23 Françoise de Langlois, DAME DE MOTTEVILLE, *Mémoires de Mme de Motteville sur Anne d'Autriche et sa cour*, ed. F. RIAUX, Paris 1911, vol. II, p. 422.

24 For the Vendôme in general see Edgar de LANOUELLE, *Gabrielle d'Estrées et les Bourbon-Vendôme*, Paris 1936, pp. 101–131.

25 As early as the funeral of Henri IV in 1610, Charles de Lorraine, duc de Guise, contested César de Vendôme's right of precedence. (Louis de Rouvroy, DUC DE SAINT-SIMON, *Mémoires*, ed. Arthur de BOISLISLE, Paris 1879–1930, vol. II, pp. 102–103.) At the declaration of Louis XIV's majority, 'il se mût différence entre les ducs de Vendôme, d'Elbeuf, de Joyeuse et d'Espèron. Apparemment Vendôme et Elbeuf alleguoient la qualité de prince'. (AUBERY [see n. 19] vol. II, p. 183).

26 The social advancement for the Mazarin clan is noted in Mme de Motteville's terse observation *que le prince de Condé ... ne pouvoit raisonnablement demander à son ministre* [i.e. the minister of the queen, meaning Mazarin] *de ne pas donner sa nièce au duc de Mercœur*. (MOTTEVILLE [see n. 23] vol. III, p. 50).

27 Ibid., vol. III, pp. 51–52.

28 François-Annibal, DUC D'ESTRÉES, *Mémoires*, ed. Paul BONNEFON, Paris 1910, pp. 241–242. The long-lived maréchal-duc d'Estrées was a brother of Gabrielle d'Estrées.



1643, one the aims of which was the acquisition for Vendôme of the key *gouvernement* of Bretagne. Following its collapse, Vendôme discreetly withdrew from court, but Beaufort, who enjoyed immense popularity within Paris, was imprisoned in Vincennes, from where he escaped only in 1648. For the Bourbon-Vendôme, therefore, the Mancini marriage promised a return to court and, possibly, to favour and power: *M. de Vendosme ... s'y employast ouvertement et avec passion à cause des grands avantages qu'il espéroit de cette alliance pour toute sa maison, qui en avoit besoin ...*<sup>29</sup>. In 1649 both *le duc et la duchesse de Vendôme, qui vouloient l'alliance du ministre, firent ce qu'ils purent pour obliger le duc de Beaufort à consentir au mariage de M. de Mercœur avec l'ainée Mancini; mais il ne voulut pas l'agrée*<sup>30</sup>.

Beaufort's opposition to his elder brother's marriage was a set-back for Mazarin, for he hoped to extract a good deal more immediate political profit from the match than the considerable contribution it would make to the elevation of his own family. *Monsieur le Cardinal songea par là avec dessein de se gagner toute la maison, et nommément M. de Beaufort, que l'on croyoit avoir créance et crédit parmi le menu peuple de Paris*<sup>31</sup>, and, indeed, Nicolas Goulas, *gentilhomme ordinaire de la chambre* of Gaston d'Orléans, described Beaufort *rejetant cette alliance qu'il crut un piège pour le perdre, ou une pièce pour le décréditer à Paris*<sup>32</sup>. Moreover, by attempting to attract *toute la maison* of Vendôme, Mazarin hoped as well for the alliance of those connected to it, Charles-Amédée de Savoie, duc de Nemours, the husband of Mercœur and Beaufort's sister, Élisabeth de Vendôme<sup>33</sup>, and the Lorraine network: *s'il eût fait cette alliance, toute la maison de Lorraine se fût jointe à celle de Vendôme; et y joignant la personne de M. le duc d'Orléans*<sup>34</sup>. The return of the Bourbon-Vendôme family to the court, especially if allied to Mazarin, promised to introduce an important new element into the power equations during the disturbed periods of the Frondes. For Condé and his sister, Mme de Longueville, the proposed Vendôme-Mancini marriage was *une marque indubitable qu'il [Mazarin] ne vouloit plus le [Condé] considérer pour son principal appui, puis qu'il entroit dans d'autres intérêts, et prenoit dans la cour une autre protection que la sienne; et qu'il étoit à craindre que le duc de Vendôme, devenant parent du ministre, seroit plus considéré que personne auprès du Roi et de la Reine*<sup>35</sup>. For those opposed to Mazarin, worries about an increasingly independent cardinal-minister merged with disquiet over the renewal of the fortunes of the House of Bourbon-Vendôme.

Beaufort was, therefore, not the only *grand* to oppose the marriage of Louis de

29 Olivier Lefèvre d'ORMESSON, *Journal*, ed. Adolphe CHÉRUÉL, Paris 1860–1861, vol. I, p. 745.

30 MOTTEVILLE (see n. 23) vol. II, p. 426.

31 D'ESTRÉES (see n. 28) p. 271.

32 Nicolas GOULAS, *Mémoires*, ed. Charles CONSTANT, Paris 1879–1882, vol. III, p. 53.

33 On 13 June 1651 Mazarin wrote, from Brühl, to Lionne that *Mme de Nemours aussy a tesmoigné que son mary se donneroit entierement à la Reyne et seroit de mes meilleurs amis, si on vouloit* (CHÉRUÉL, vol. IV, p. 266).

34 Omer TALON, *Mémoires* in: *Nouvelle collection des mémoires pour servir à l'histoire de France*, eds. Joseph-François MICHAUD and Jean-Joseph-François POUJOLAT, vol. VI, Paris 1839, p. 364. Gaston d'Orléans had married Marguerite of Lorraine, a sister of Duke Charles IV, in 1632.

35 MOTTEVILLE (see n. 23) vol. II, p. 423.

Mercœur to Laure-Victoire Mancini<sup>36</sup>, and Condé succeeded in blocking, at least temporarily, its solemnisation in 1649. In 1651, however, the marriage was publicly celebrated at Brühl, and Mercœur returned to Paris and *déclara un jour en plein parlement son mariage avec mademoiselle de Mancini*<sup>37</sup>. In the interim, Vendôme support for the Mercœur-Mancini marriage became uncertain. Contradicting Mme de Motteville but perhaps reflecting the rapid shifts of alliance in a politically uncertain world where Mazarin's fortunes swayed vertiginously, Goulas reported that *Durant que Mr. de Vendosme et Mr. de Mercœur, son fils, s'empressoit plus chez Mr. le cardinal Mme de Vendosme qui ne vouloit point Mlle Mancini pour belle-fille, et Mme de Nemours, qui abhorroit cette belle-sœur, entreprirent de renouer le mariage de Mr. de Mercœur avec Mlle de Guise dont l'on avoit beaucoup parlé autrefois*<sup>38</sup>. Antagonism to the House of Lorraine remained as strong a Leitmotif in Mazarin's policies as did his support for the Houses of Savoy and Este, while the tenor of Goulas's lines hints at the stain of mésalliance which, apart from the mazarinades, rarely found direct expression but which certainly haunted the negotiations for the marriages of all the cardinal's nieces. The duc de Vendôme himself seems to have wavered. Writing to Lionne in March 1651, before the declaration of the Mercœur marriage, Mazarin suggested that *Il faudroit ... examiner si on en pourroit parler au père [the duc de Vendôme] car il est engagé d'une telle façon avec la Reine et avec moi en cette affaire qu'assûrement il ne se pourroit pas déffendre d'en donner la permission à son fils, d'autant plus que la Reine lui pourroit faire esperer que ce mariage étant achevé elle lui feroit un traitement aussi favorable que je lui aurois procurer si j'étois demeuré dans le poste que j'occupois auprès de S.M.*<sup>39</sup>.

36 In writing of the Mercœur marriage, Mme de Motteville observed that *La Reine voyoit clairement que son ministre étoit étrangement haï, puisqu'elle jugeoit elle-même que ce qu'on croyoit lui être un bien étoit estimé un grand mal par tous ceux qui composoient la cour* (Ibid., vol. III, p. 50).

37 Anne-Marie-Louise d'Orléans, DUCHESSE DE MONTPENSIER, Mémoires, Paris 1985, vol. I, p. 159. The actual date of the marriage is problematic, the ceremony at Brühl being best understood as its public celebration, and, according to a letter from Mazarin to Henri d'Estampes-Valançey dated 12 August 1651 *J'écrivois de ce mariage par ordinaire passé à mon père* (AAE, MDF, vol. 267, fo. 183). This is not inconsistent with Goulas's report that the Mercœur marriage had actually been performed secretly and, most importantly, had been consummated before Mazarin's departure from France: *Ce n'étoit pas néanmoins pour s'aller marier qu'il [Mercœur] étoit party de Paris, car ils l'avoient été, avant que le Cardinal délogeast, dans l'oratoire de Mme de Beauvais, au Palais-Royal, après quoy le mariage fut consommé dans la chambre de Mme de Navaille* (GOULAS [see n. 32] vol. III, p. 373). A consummated marriage was, of course, much more difficult to annul than a simple contracted marriage, and the haste to consummation may well indicate an early awareness on Mazarin's part of the possibility of the marriages of his nieces being repudiated, a worry equally reflected by the cardinal's determination for paternal consent. Mme de Motteville's careful phrasing in depicting Mercœur returning from Brühl, *où il avoit épousé publiquement mademoiselle de Mancini*, certainly leaves open the possibility of an earlier secret marriage ceremony: MOTTEVILLE (see n. 23) vol. III, p. 361.

38 GOULAS (see n. 32) vol. III, p. 115.

39 AAE, MDF, vol. 267, fo. 337: Mazarin to Lionne, 21 March 1651. This passage is only paraphrased in Chéruef's mighty edition of Mazarin's letters, thus, illustrating a methodological problem. While Chéruef's edition undoubtedly remains the essential starting point for all Mazarin studies, the selection of documents for transcription reflects the judgements of an established nineteenth-century historian, concerned to present Mazarin as a French state-builder. Mazarin's activities as the creator of a colossal fortune or as a family strategist, as well as the persistence of his Italian interests, sit uncomfortably in an historical framework determined to see the cardinal as the link between the equally idealised images of Richelieu and Louis XIV in the trinity of centralising «étatistes» devoted to the *gloire* of a greater

Attention is clearly drawn to Mazarin's agitation over Vendôme's hesitations about his son's marriage to a niece of a minister then in exile, perhaps reflecting the cardinal's fears that a union contracted without parental approval might subsequently be repudiated. The importance of Anne of Austria's cooperation in advancing Mazarin's family, already clear from her assistance in obtaining the cardinalate for Michele Mazzarini, is also evident<sup>40</sup>. In addition, this passage points clearly to the additional benefits of the marriage for the House of Vendôme, for it was in the interests of both Mazarin and the Vendôme that the *corbeille de mariage* should be filled with more than the monetary dot.

The duc de Vendôme expected that in receiving Laure-Victoire into the family he and his sons would not only return to court but would acquire the material manifestations of favour, posts and pensions, befitting a prince of the House of France linked by marriage to the minister who, even while in exile, remained the close epistolary collaborator of Anne of Austria. It was, in Mazarin's own interest, as well, to consolidate the position of the Vendôme, as newly acquired allies and kinsmen, to enable them, or, at least the ducs de Vendôme and de Mercœur, to act effectively in implementing the cardinal's policy and in counterbalancing the weight of his opponents. From this very first marriage in 1651 the questions of office, of *gouvernements* and of *charges* to be bestowed on Mazarin's new nephew-by-marriage and his family, played a central role, and they continued to do so in the subsequent matrimonial negotiations for the remaining six nieces.

Although the province of Bretagne, adjacent to the Longueville stronghold of Normandie and endowed with a vigorous tradition of independence, remained an *idée fixe* of the Vendôme<sup>41</sup>, Mazarin had other plans. In 1649, still hoping to attach Mercœur's younger brother to his party, he wrote to Michel Le Tellier that *La proposition de donner à M. de Beaufort la survivance de l'amirauté et ce qu'on a parlé de donner en échange à M. de Mercœur [Cataluña] est fort belle et je m'assure que la Reyne l'aura fort goustée*<sup>42</sup>; while Goulas recorded that *Mr. le cardinal proposoit de donner l'amirauté à Mr. de Vendosme et la survivance à Mr. de Mercœur avec force argent et l'employ de Catalogne, moyennant qu'il éposast sa niece*<sup>43</sup>. The viceroyalty of Cataluña played a critical role in French military thinking and had previously been entrusted to Mazarin's own brother, while the admiralty, or, more

France. The passage touching on the declaration of the Mercœur-Mancini marriage (see n. 37) in a later letter is similarly paraphrased rather than transcribed. Those historians interested in Mazarin as someone other than one of 'les grands hommes qui ont fait la France' will have to supplement Chéruef's volumes with the original documents.

40 Anne of Austria's cooperation is also emphasized in a *Mémoire touchant le mariage de M. le Duc de Mercœur*, dated 12 May 1651: *Il n'y a rien à ajouter à la maniere genereuse et obligeante avec laquelle M. le duc de Mercœur a toujours traité avec moi et continue de le faire dans le temps le plus fort de ma persecution, dont il doit estre assuré que je ne perdray pas le souvenir, et j'espere de la bonté de la Reyne qu'elle suppléera à l'impuissance où je suis de le servir et qu'elle le considerera et lui despartira, dans les occasions, des marques de son estime et de son bienveillance, d'autant plus que S. M. nous fait l'honneur à tous de tesmoigner avoir agreable et mesme de souhaiter l'entier accomplissement du mariage ...* (CHÉRUEL, vol. IV, pp. 181–182).

41 *M. de Vendôme avoit de grandes prétentions pour le gouvernement de Bretagne* (TALON [see n. 34] vol. VI, p. 364).

42 CHÉRUEL, vol. III, part 1, p. 390: Mazarin to Michel Le Tellier, 25 July 1649.

43 GOULAS (see n. 32) vol. III, p. 53.

correctly, the *grande maîtrise et surintendance générale des mers, navigation et commerce*, had, in Mazarin's eyes, acquired a major negative importance. Held since 1646 by Anne of Austria, the *grande maîtrise* was claimed by Condé in *survivance* to his brother-in-law, Maillé-Brezé<sup>44</sup>, whom the queen had succeeded in this strategic post. Acquisition of the *grande maîtrise* for the Vendôme would both strengthen the cardinal's new allies and act as a break on Condé's aspirations. Accordingly, in 1650, after the marriage contract had been settled but before the wedding itself had been celebrated, Anne of Austria resigned the *grande maîtrise* to Vendôme, with its *survivance* reserved to Beaufort. As Mazarin fretted over Vendôme's slowness in granting paternal consent for the Mancini marriage, he warned the duke that *ce mariage estant desja faict ... ou ne se pouvant plus empescher, ce seroit causer peut-estre quelque prejudice considerable à sa maison, s'exposant par son refus à la disgrâce de la Reyne, qui, apres s'estre despouillée elle-mesme pour faire des graces si considerables à lui et à M. de Beaufort, ne perdrait pas aysement le souvenir ni le ressentissement de le voir manquer à sa parole ...*<sup>45</sup> The Mancini marriage and the procurement of the *grande maîtrise* were, therefore, intimately linked.

There remained, however, the question of provision for the bridegroom, whom Mazarin consistently recommended in early 1651 as one of the *grands* who *ont, à mon advis, les qualitez requises pour servir la Reyne en tout ce qu'elle leur commandera*<sup>46</sup>. One of the other trusted *grands* was the duc de Candale, Épernon's son, with whom Mazarin was also negotiating over a marriage to Anne-Marie Martinozzi. Lionne had initially suggested the *gouvernement* of Auvergne for Mercœur, another province with a strong separatist tradition and one which, at the beginning of the century, had been implicated in the rebellions of its *gouverneur*, Charles de Valois, duc d'Angoulême, the illegitimate son of King Charles IX. Auvergne was also a focus of attention for the ambitions of the La Tour d'Auvergne family, Dukes of Bouillon. Clearly, it was an area which required close observation, and Mazarin gave a warm welcome to Lionne's proposal. On reflexion, however, he altered his views somewhat. *La pensée de M. de Lionne est fort bon touchant l'Auvergne, afin qu'il serve de dot. Il faut bien ajuster ce point ... je vous prie de luy dire, de ma part, que peut-estre, s'il y avoit jour à pouvoir faire le mariage de la seconde [Anne-Marie Martinozzi], dont on a parlé, avec le duc de Candale, en ce cas il faudroit [lui] laisser le gouvernement d'Auvergne; car on pourroit faire quelque chose de plus considerable encore pour M. de Mercœur*<sup>47</sup>.

This 'quelque chose de plus considerable encore' emerged as the *gouvernement* of Provence. Mazarin's persistent interest in Provence, a frontier province with a long coastline, close to such enclaved sovereignties as Avignon, the Comtat and Orange, with a strong Parlement at Aix, has already been indicated, but he had no personal representative there since the death of Michele Mazzarini, archbishop of Aix, in

44 TALON (see n. 34) vol. VI, p. 364 described Condé as having *desseins sur l'amirauté, laquelle ayant autrefois appartenu au duc de Brezé, son beaufrère*.

45 CHÉRUÉL, vol. IV, p. 183: *Mémoire touchant le mariage de M. le Duc de Mercœur*, dated 12 May 1651.

46 Ibid., vol. IV, p. 10: Mazarin to Le Tellier, 8 February 1651. The other two were Harcourt and Schomberg. Mazarin also mentioned Mercœur and Harcourt as 'personnes affidées' in a letter to Lionne of 21 March 1651 (CHÉRUÉL, vol. IV, p. 72).

47 Ibid., vol. IV, p. 185: Mazarin to the abbé Basile Fouquet, 16 May 1651.

1648. The Frondes had highlighted the volatility of power groupings in Provence with dramatic clarity, and Mazarin was forced to balance precariously between ›une alliance possible entre le Parlement de Paris et celui d'Aix‹ and ›le gouverneur suspect d'adhésion au parti des Princes‹<sup>48</sup>. The problem was complicated and aggravated by the identity of the *gouverneur*, Charles de Valois, comte d'Alais, son of the duc d'Angoulême. Alais had married his only daughter and heiress to Louis de Lorraine, duc de Joyeuse, to whom Mazarin himself had earlier hoped to wed one of the nieces. As the son-in-law of one *gouverneur* of Provence and the son of the duc de Guise, a previous incumbent of that office, Joyeuse could be expected to have his own claims on the *survivance*, especially given the ›special relationship‹ which had existed since the end of the fifteenth century between Provence and the House of Lorraine, as the heirs of King René. Just as with the question of the *maîtrise*, Mazarin pursued a double goal in promoting Mercœur's candidacy for Provence, to establish the power of the Vendôme in a troubled province requiring a loyal *gouverneur* who was also a *fidèle*, while blocking the advance of a senior member of a House which the cardinal viewed with distrust. Such decisions reflect Mazarin's desire to retrieve and preserve his own political position as much as his skill in attempting to implement specific policies. Notions of loyalty to the cardinal mixed freely with those of loyalty to the king. Mazarin revealed his consciousness of this blend in assessing, for Le Tellier, the question of the Provence *gouvernement*: *Je desire fort d'estre un mauvais prophete, et vous verrez la difference de M. d'Angoulesme* [Alais had succeeded his father in 1650] *arresté et lorsqu'il sera à la cour, conseillé de ses parens et ses amis, dont la plus grande partie n'a pas grande passion pour le bien de l'Estat, et beaucoup d'aversion contre moy et ce qui m'appartient*<sup>49</sup>.

Even while still in exile, at Bouillon, Mazarin maintained pressure to dislodge Angoulême from his *gouvernement* and to acquire it for Mercœur: *si Leurs Majestez prennent résolution de donner une marque de leur bienveillance à M. de Mercœur en lui envoyant les provisions de gouverneur [de Provence], comme toute la province desire ... je crois qu'on peut [le] faire sans aucun inconvenient ... comme leur intention est de faire donner rescompense à M. d'Angoulesme, on en pourroit mettre une clause dans les [articles], ou si ce n'est pas la forme, on peut accompagner les provisions d'une lettre de cachet, par laquelle on feroit sçavoir à M. de Mercœur que le Roy les luy a accordées, mais que c'est à condition qu'il rescompense M. d'Angoulesme*<sup>50</sup>. Such determined application was necessary as it was only one year later that Mazarin, now returned to France, was able to assure Laure-Victoire that *Il negozio della dimissione del governo di Provenza è finito per quello riguarda il duca d'Angolemmе ... come io desidero infinitamente, acciò il sig. duca di Mercurio sià una volta quieto e fuori d'apprensione, e non habbià più pretesto di dire che, senza la dimissione, non può governar con credito, benchè la qualita sua propria e quella d'esser mio nipote dovrebbero autorizarlo assai*<sup>51</sup>.

The recognition of Mercœur as *mio nipote* underscores the emphatically public

48 André BOURDE, *La Provence Baroque*, in: *Histoire de la Provence*, ed. Édouard BARATIER, Toulouse 1969, p. 298.

49 CHÉRUÉL, vol. V, p. 395: Mazarin to Le Tellier, 16 October 1652.

50 Ibid., vol. V, p. 332: Mazarin to Le Tellier, 4 October 1652.

51 Ibid., vol. VI, p. 56: Mazarin to Laure-Victoire Mancini, duchesse de Mercœur, 8 October 1653.

and official link between the cardinal and those men seeking to marry into his family. This was a clear signal that Mercœur and those who followed him as husbands of the nieces would be viewed and, indeed, used by the cardinal himself as part of the new political machine which he created after he resumed his role alongside Anne of Austria and Louis XIV following the collapse of the Fronde. Even while still in exile, Mazarin emphasized the coincidence of interests mutually binding the cardinal and Mercœur together: *Voi dovrete concertare tutte le cose col sig.r Duca di Mercurio, che hà più interesse, che io medesimo, nel cambiamento della mia fortuna*<sup>52</sup>; while the consciously public nature of these alliances emerges from the cardinal's admonition to the next nephew-by-marriage, the prince de Conti, over complaints about the conduct of his army, that *comme, vous estant ce que j'ay l'honneur d'estre, il semble que cela rejaillisse en quelque façon sur moy*<sup>53</sup>. Historians who, therefore, view these marriages exclusively as having been of advantage to the *grands* who contracted them overlook the cardinal's need for a *casata* which could provide a supply of politically active men identified openly with his policies. With his only brother dead, his promising nephew, Paul Mancini, killed in 1652, an ageing father and two nephews who were minors in Rome, Mazarin had no alternative but to create a system based upon the nieces and the men who married them.

The purpose of this machine, however, was more than the implementation of policies. The defensive element was very strong and a prime goal was security, security for the king and the queen-mother in the exposed and independent-minded frontier provinces, private security for the cardinal to protect his retrieved personal position. Returning from exile, Mazarin addressed himself to the nieces, and in 1653 another shipment of the cardinal's relations left Rome, Laura Martinozzi, Marie, Philippe and Hortense Mancini, shepherded by their mothers, Mazarin's two widowed sisters. An anonymous biography of the cardinal, probably dating from 1657, depicts Mazarin as devoting himself *a stabilire la sua posterità nel Regno pensando di collocare le sue nipoti in soggetti eminenti e in questo vi haveva gra. applicatione e così con il loro appoggio fortificare la sua sorgente grandezza*<sup>54</sup>. As Mazarin's position was perceived as being more secure, candidates for the nieces' hands proliferated amongst those eager to ally themselves to the cardinal, even though there seems to have been some doubt about how many nieces or, indeed, female relations Mazarin had at his disposal. In an attempt to discourage Francesco I d'Este, Duke of Modena, from marrying Lucrezia Barberini as his third wife, the duke was told, for instance, of a fictitious *sorella di S. Em.a ch'è più bella delle nipoti e ch'è la diletta*<sup>55</sup>. The duc de Candale and Armand-Charles de La Porte, marquis de

52 Ibid., vol. IV, p. 419: Mazarin to Zongo Ondedei, 5 September 1651.

53 Ibid., vol. VI, p. 189: Mazarin to Armand de Bourbon, prince de Conti, 24 June 1654.

54 ASMo, CDE, CP 1393 A/133: *Relatione della nascita, costumi e vivere del Sig.r Cardinale Giulio Mazzarini, dal di de' suoi natali sino al 1657*, unpaginated. There are three manuscript versions, with relatively minor variants, of this early biography written during the cardinal's lifetime. David Parrott and I plan to publish an edition of this text.

55 ASMo, CDE, AF 115: the Abbate Ercole Manzieri to Francesco I d'Este, Duke of Modena, 16 January 1654. The Barberini family, prominent among Mazarin's Italian patrons, was politically divided at this point between the pro-Spanish Cardinal Francesco and his brother, Cardinal Antonio, living in France as Bishop of Poitiers and, from 1657, Archbishop of Reims. As Francesco was conducting the negotiations for his niece's marriage, the entire project was viewed with suspicion at the French court.

La Meilleraye were early and persistent contenders among the upper ranks of the French nobility for a Martinozzi or a Mancini niece<sup>56</sup>, and the former *paroissoit destiné à épouser mademoiselle [Anne-Marie] de Martinozzi*<sup>57</sup>. The stakes, however, rose dramatically as *Il Sig. Card. Mazzarino [è] in tanto e tutto applicato allo stabilimento della sua casa, mediante i matrimoni delle sig.e sue nipote col S.r Pr.pe Conty, con duca di Candale e con altri...*<sup>58</sup>

The candidacy of Armand de Bourbon, prince de Conti, marked a new phase in the ascension of the Mazarin *casata*. Conti was a *prince du sang*, albeit the most junior one, and in 1653 he stood fifth in the succession to the unmarried Louis XIV, following the king's only brother, the adolescent Philippe d'Anjou, Gaston d'Orléans, who had only daughters, and his own elder brother and nephew, the exiled and disgraced prince de Condé and duc d'Enghien. Although heirs were fully expected from the king and his brother, Conti's proximity to the throne in the circumstances of the 1650s gave him a very special position. Deeply implicated in the Frondes with his brother and their sister, the duchesse de Longueville, Conti had detached himself from Condé and was eager to negotiate his return to court. As a younger son, Conti had been destined for an ecclesiastical career, endowed with benefices and promised the French nomination to the Sacred College<sup>59</sup>, but inspired by the example of *feu M. le Prince [Henri de Condé], son père, qui, pour établir sa maison, fit prudemment marier, M. le Prince [Louis de Condé], son frère, avec la nièce d'un favori [Claire-Clémence de Maillé-Brezé, the niece of Cardinal Richelieu], qui n'avoit pas plus de mérite ni tant de bien que celui-ci, et ce qui étoit le principal, qui avoit beaucoup moins de pouvoir; que par là ce prince [Conti], dont les affaires étoient fort dérangées, s'étoit rendu le plus riche sujet de l'Europe*, by requesting the hand of one of Mazarin's nieces<sup>60</sup>. This marriage, therefore, aimed not only at reconciling the repentant *frondeur* Conti to Louis XIV and Anne of Austria, but also at reintegrating him into the power structure in such a way as would be greatly to his profit and more than compensate for the ecclesiastical revenues he would have to renounce on his wedding.

Conti entered the negotiations with high expectations, including his nomination as *connétable*<sup>61</sup>, and Cosnac's too frequently repeated description of Conti's indifference to *quelle nièce on lui donnât, qu'il épousoit le Cardinal, et point de tout une femme*<sup>62</sup> underscores the price Conti was hoping to extract by entering what some

56 Armand-Charles de La Porte's grandfather was the younger half-brother of Cardinal de Richelieu's mother, Suzanne de La Porte.

57 MOTTEVILLE (see n. 23) vol. IV, p. 40.

58 ASMo, CDE, AF 115: Manzieri to Francesco I d'Este, 2 January 1654.

59 See above, p. 113.

60 Daniel de COSNAC, *Mémoires*, ed. Jules de COSNAC, Paris 1852, vol. I, p. 114.

61 *Ibid.*, vol. I, p. 119.

62 *Ibid.*, vol. I, p. 131. There is some reason to doubt Cosnac's assertion of Conti's total lack of interest in the identity of his bride, *ancorchè io sappia di certo esser nata qualche differenza circa la persona, poichè Conty s'è dichiarato adesso di voler la si.ra Martinozzi che è qui [Anne-Marie] e non la sorella [Laura] di là chi viene di Provenza* (ASMo, CDE, AF 115: Manzieri to Francesco I d'Este, 9 January 1654). Mazarin's sisters and the four children had been installed in Aix-en-Provence, the capital of Mercœur's *gouvernement* of Provence, under the supervision of Laure-Victoire Mancini, duchesse de Mercœur, before their presentation to the king and to the queen-mother, another indication of the importance the cardinal attached to Aix-en-Provence.

contemporaries viewed as a *mésalliance*. Cosnac himself remonstrated that the match was *contre l'honneur de mon maître. Épouser la nièce du persécuteur de sa maison, une fille inconnue; un prince du sang quitter cent mille écus de rente en bénéfices pour s'attacher à la fortune d'un étranger qui pourroit encore être chassé honteusement du royaume, et peut-être sans espoir de retour ... c'est bien vouloir avancer sa mort, troubler et déshonorer sa vie*<sup>63</sup>. Mme de Motteville's cooler and more measured prose reflected similar sentiments: *Cette alliance ne parut pas d'abord convenir à la grandeur et à la naissance de ce prince; mais l'éclat de la fortune du cardinal Mazarin étoit si grand, qu'il pouvoit, en effaçant la bassesse de sa race, élever sa famille à la participation des plus suprêmes dignités*<sup>64</sup>. Such misgivings may well have influenced the wording of Anne-Marie Martinozzi's *lettres de naturalité* in which Louis XIV firmly described her as *native de Rome, épouse de notre très cher et aimé cousin le prince de Conti, nous sommes portées à la juger digne de l'alliance de notre sang, nous avons agréé avec joie son mariage*<sup>65</sup>. Certainly, the king and his mother made every effort to demonstrate publicly their support and approval for the match<sup>66</sup>.

Obviously, the marriage of the prince de Conti to Anne-Marie Martinozzi was a major dynastic achievement for Mazarin, and when the princesse gave birth to her first child Mme de Motteville observed the cardinal's joy that *sa nièce ... venoit d'accoucher d'un prince du sang, qui mettoit un de ses neveux dans le nombre des héritiers de la couronne*<sup>67</sup>. Two nieces had entered the House of France, and it is significant that at this time the cardinal both employed *un padre Gesuitica siciliano che travaglia alla genealogia della casa Mazzarini, pretendo di tirarla da quella di Sassonia d'Alemagna*<sup>68</sup> and initiated negotiations with Carlo II Gonzaga, Duke of Mantova, for the purchase of his possessions in France, notably the duchés of

63 Ibid., vol. I, p. 116. Although Cosnac's account of the marriage of the prince de Conti to Anne-Marie Martinozzi has been accepted as the standard version, some caution should be exercised. His blatant opposition to the match must be viewed in terms of the subsequent antagonism between him and the Conti couple and, like Molière, his departure from their establishment for that of Philippe de France. He remained, however, on warm terms with the new princesse de Conti's cousin, the duchesse de Mercœur, and was ultimately named Archbishop of Aix-en-Provence.

64 MOTTEVILLE (see n. 23) vol. IV, p. 40.

65 AN, K 570/55, dated simply May 1654. The previous document, no. 54, in K 570 are the *lettres de naturalité* for Margherita Martinozzi and her daughter, Laura, dated to 1654 with the day and month left blank. Anne-Marie Martinozzi's name was originally included in these, but was struck out, presumably so that she would have her own *lettres* as a *princesse du sang*, and this change required the consistent alteration of *ses filles* to *sa fille*. It is striking that Laure-Victoire Mancini, married three years earlier to the duc de Mercœur, did not receive her *lettres de naturalité* until 29 December 1654 (SAINT-SIMON, see n. 25, vol. XIII, p. 104, n. 6) nearly six months after the birth of her first son, Louis-Joseph de Bourbon. I am grateful to James Inglis-Jones for drawing my attention to the fact that although the Mercœur marriage was celebrated and consummated in 1651, the contract itself was not actually signed until 29 May 1654 (BN, Factum 32232), when the young duchesse was heavily pregnant, an arresting case of a princely marriage being performed before the contract was finalised, perhaps indicating a rift over the issue between Mercœur and his father, the duc de Vendôme.

66 *La Regina e il Re diedono al Sr. Cardinale ogni maggior segno dell' affetto e stima loro, honorando ciascuna funtione con la loro assistenza e dande sino la camiscia la Regina alla sposa e il Re al P.npe con le loro proprie mani, all' uso qui di Francia, cosa non mai più udita oltre al regalo, che fece la Regina med.a all' istessa sposa d'un collo di perle di cento milla franchi* (ASMo, CDE, AF 115: Manzieri to Francesco I d'Este, 27 February 1654).

67 MOTTEVILLE (see n. 23) vol. IV, p. 116.

68 ASMo, CDE, AF 115: Manzieri to Francesco I d'Este, 23 January 1654.



Mayenne and Nevers<sup>69</sup>. Important as this matrimonial advance was, Mazarin also had to consider, as he had done with Mercœur, how best to establish and to use this second nephew-by-marriage. Conti did not receive the dormant *charge* of *Connétable de France*, nor did the cardinal bestow upon him the goods of his exiled brother, Condé, despite rumours that such a grant would be part of Anne-Marie's dot<sup>70</sup>. Nevertheless, there was an impressive matrimonial settlement, for in addition to the dowry of 600 000 livres from the cardinal, the king had, by *lettres patentes* of 17 November 1653, increased Conti's annual pension by 50% to 150 000 livres, *desirant que notredit cousin jouisse de laditte augmentation de pension pour lui ayder à supporter les grandes despenses, qu'il est obligees de faire pour maintenir le rang que sa naissance luy donne*<sup>71</sup>. This confirmation is post-dated, however, to 20 July 1654, that is after the wedding. Moreover, there was an outright royal gift of an extra 150 000 livres *en faveur de son mariage*<sup>72</sup>. Mazarin also acquired and had completely reconstructed the Hôtel de Brienne, on the quai Malaquais, henceforth known at the Hôtel de Conti as the Paris residence for the new couple<sup>73</sup>.

Provided with this establishment, Conti, as had the duc de Mercœur before him, entered the active service of the court, commanding the French forces in Cataluña, of which both Michele Mazzarini and Mercœur had been viceroys, and, eventually, serving in the Italian campaigns of the second half of the 1650s. The *gouvernements* entrusted to Conti reflected Mazarin's habitual concern with frontier provinces. In 1655, Conti assumed the *gouvernement* of Guyenne, which had been previously held by Condé<sup>74</sup>, and, after resigning this post in 1659, succeeded to that of Languedoc on Gaston d'Orléans's death in 1660. Mazarin's views about the strategic importance of Guyenne were unequivocal: *je vous dis seulement que les deux provinces les plus jalouses en France, et par le moyen desquelles on peut, avec moins d'obstacle, mettre la monarchie au point de renverser, sont la Guyenne et la Provence, qui peuvent recevoir avec une tres-grande facilité de puissants secours de tous les royaumes d'Espagne et de tous les Estats que ce roy possede en Italie, et dont les habitants sont naturellement enclins à la revolte*<sup>75</sup>. Although these words were written during the perilous year of 1651, Mazarin continued to view the southern provinces with

69 *Veu le contract de vente du duché de Mayenne et l'original de la ratification faite d'iceluy par M. le Duc de Mantoue à Cazal le 27 octobre 1654* (BL, Eg. 1902: Registre des délibérations du Conseil de Son Eminence le Cardinal Mazarin, 1654–1655: entry for 17 November 1654, fo. 27). I am most grateful to Dr Joseph Bergin for directing my attention to this source. It is striking that during the 1650s the Duke of Mantova sold all of his 'French' possessions to Mazarin with the single exception of, significantly, the sovereign principality of Charleville, located on the banks of the Meuse. (Jean HUBERT, *Histoire de Charleville depuis son origine jusqu'en 1854*, Charleville 1854, p. 137). For Mazarin's purchases of Gonzaga properties within France, see Claude DULONG, *La fortune de Mazarin* (see n. 4) pp. 103–107.

70 *Il y en a qui veulent qu'on ait proposé au Prince de Conti, pour partie de la dote de sa femme, la confiscation des biens de M. le Prince de Condé, son frère*: AUBERY (see n. 19) vol. II, p. 361.

71 AN, K 570, 57/3.

72 AN, K 570, 123: dated 24 April 1654.

73 Jean-Pierre BABELON, *Les hôtels de Nevers, Guénégaud, puis de Conti, prédécesseurs de la Monnaie de Paris*, in: *Club français de la médaille*, no. 89 (1985), pp. 24–28.

74 Conti also succeeded his exiled brother as Grand Maître de France in 1656, a charge he resigned to his nephew, the duc d'Enghien in 1659.

75 CHÉRUÉL, vol. IV, p. 255: Mazarin to Lionne, 9 June 1651.

marked concern even after the upheavals of the Frondes had been settled and he had been restored to power. It is surely very striking that the two provinces singled out by the cardinal as particularly unreliable were also those whose *gouvernements* were entrusted to the first two princes to marry into the cardinal's family. The *gouvernement* of Languedoc had been requested on Gaston's death by Louis's younger brother, Philippe, for whom Gaston's duché of Orléans had been re-erected<sup>76</sup>, and the selection of Conti over Philippe clearly indicated that a *prince du sang* married to one of the nieces was deemed more trustworthy than a potentially factious cadet. It is possible, as well, that in choosing Conti for Languedoc, Mazarin hoped to profit from the surviving elements of the clientèle structure established there by the family of the prince's mother, Charlotte de Montmorency<sup>77</sup>. Conti's installation in Languedoc, contiguous to Provence and sharing its traditions of turbulence and independence, aimed at consolidating the cardinal's position and by, 1660, therefore, much of south-eastern France had come under the authority of Mazarin's relations<sup>78</sup>. The Conti-Martinozzi marriage had an important additional benefit for the cardinal, who absorbed the prince's 'small but outstanding collection' of ecclesiastical benefices, including Saint-Denis and Cluny, into his own already impressive holdings<sup>79</sup>.

76 Mazarin was quoted that *Monsieur* [Philippe] *a été fort en colère de n'avoir point ce gouvernement*: COSNAC (see n. 60) vol. I, p. 281. Political questions of *gouvernements* inevitably entwined with those of income derived from holding such posts, and Gaston had been reported as deriving 500 000 livres annually from Languedoc. (Nancy Nichols BARKER, Brother to the Sun King: Philippe, Duke of Orléans, Baltimore 1989, p. 70).

77 »Les Montmorency se succèdent au gouvernement de cette province [Languedoc] depuis le règne de François I<sup>er</sup>; aussi y disposent-ils d'une abondante clientèle et s'y comportent en véritable vice-rois.« (Jean-François DUBOST, Reine, Régente, Reine-mère, in: Marie de Médicis et le Palais du Luxembourg, ed. Marie-Noëlle BAUDOUIN-MATUSZEK, Paris 1991, p. 128) Although Richelieu's attempts to eradicate Montmorency power in Languedoc included the demolition of their *place-forte* at Les Baux, an action which had both practical and symbolic significance, a system of clientèle established over one century by the Montmorency may have proved much more difficult to dismantle. Either of the sons, Condé or Conti, of the ultimate heiress of her House, Charlotte de Montmorency, could have expected to call upon support from those nobles whose families had traditionally been attached to his maternal ancestors. William BEIK, Absolutism and Society in Seventeenth-century France: State Power and Provincial Aristocracy in Languedoc, Cambridge 1985, pp. 234–244, has detected »five consecutive but overlapping client systems« in Languedoc, including one of Mazarin and one of Montmorency, observing of the latter: »The governor did not own extensive property in Languedoc, but his alliances were based on close marriage ties with most of the prominent local families, and were reinforced by common battlefield experience... The bonds of Montmorency's system were therefore personal, military ones...« Beik does not discuss Conti's role within this structure, but Conti does appear on the chart (figure 8, p. 235) as the eventual heir, thanks to »certain connections«, of the Montmorency machine in Languedoc.

78 There was a positive military advantage as well, for if the frontier provinces were the most vulnerable to invasion they were, logically, the obvious areas from which to launch French military interventions. Mercœur and Conti served in both Catalan and Italian campaigns and they were able to group their armies in their own *gouvernements* and march them directly to the nearby theatres of war. Mazarin reported Mercœur, for instance, as *ayant eu ordre de s'en aller en Catalogne et de faire marcher ses troupes qui estoient en Provence* of which he was *gouverneur* (ASMo, CDE, CP, 1393 A/132: Mazarin to Francesco I d'Este, 15 July 1658).

79 BERGIN, Cardinal Mazarin and his Benefices (see n. 8) p. 8. One entry in the *Registre des délibérations du Conseil de Son Eminence le Cardinal Mazarin, 1654–1655* (BL, Eg. 1902, entry for 7 September 1654, fo. 14) actually refers to the *benefices dont son E. est titulaire par le mariage de M. le Prince de Conti*.

The first two marriages, therefore, emerged from the disorders of the Frondes, reflecting changing alliances among the *grands*, and Mazarin used Mercœur and Conti as his representatives in exposed provinces and in the army. With the next two marriages the cardinal elaborated his matrimonial strategy by deploying his nieces as elements in French diplomatic policy, specifically in the arena of international relations which he knew best, the Italian states. The lack of scholarly interest in Mazarin's Italian policies has, rightly, been lamented<sup>80</sup>, and this is the more deplorable as the importance the cardinal attached to these questions, both from his own intimate knowledge of many of the Italian courts and from his own interpretation of French interests in the area, can be demonstrated from the ample documentation. By the mid-1650s, both the king and the cardinal were aware of the fragility of the French position among the Italian sovereignties, and, in 1654, Louis XIV wrote to Cardinal Rinaldo d'Este, the French Protector at the Holy See, observing that *la grande quantité de maisons d'Italie ... sont par interests ou par naissance ouvertement tous sous main attachées à la Maison d'Autriche*<sup>81</sup>. Relations with the Papacy were, at times, poisonous. Mazarin's background as a Barberini protégé ensured unhappy relations with Urbano VIII's successors, and he had even attempted to employ the French veto to block the election of the Pamphilj Pope Innocenzo X in 1644. The elevation of Alessandro VII Chigi in 1655 was scarcely more welcome in Paris. The Medici Grand Dukes of Tuscany were Habsburg allies, Mazarin noted that *continuano gli avvisi di Roma della partialità del Duca di Parma per gli Spagnuoli*<sup>82</sup> and the Gonzaga Duke of Mantova was viewed as deeply unreliable, a prince from whom the best that could be hoped was neutrality<sup>83</sup>. So restricted were French options that Mazarin was reduced to looking for support from even the smallest courts: *j'ay fait remettre en mains du Sr Abbé Manzieri trente mil livres pour faire tenir à M. le Duc de la Mirandole ... Quant à M. le Prince de Masseran, il semble qu'il n'est ny en pouvoir ny en poste de faire grande chose pour le service du Roy ... Neantmoins, sa bonne volonté merite qu'on luy en sache gré, et si V.A. apres avoir examiné les considerations cy-dessus juge qu'on ne doit pas laisser de la*

80 Georges DETHAN, *La politique italienne de Mazarin*, in: *La France et l'Italie au temps de Mazarin*, ed. Jean SERROY, Grenoble 1986, pp. 27–32. The strong cultural ties between Mazarin and the Italian courts have fared somewhat better and are represented both in this volume of proceedings of a conference held in Grenoble in 1985 and, most magisterially, in Madeleine LAURAIN-PORTEMER, *Études Mazarines*, Paris 1981.

81 ASMo, CDE, CP 1562 A/6: Louis XIV to Cardinal Rinaldo d'Este, 26 February 1654.

82 ASMo, CDE, CP 1393 A/132: Mazarin to Francesco I d'Este, 10 July 1655.

83 On 19 October 1652, commenting to Le Tellier on the Duke of Mantova's defection from the French cause, Mazarin wrote *C'est une estrange resolution que celle que le Duc de Mantoue a prise. Il la faut considerer comme un effet de la jeunesse et de l'inexperience de ce prince et de la passion que sa mère [Maria Gonzaga, duchesse de Réthel] a toujours eu contre la France*. (CHÉRUÉL, vol. V, p. 414). The orientation of Mantova towards the House of Austria had been confirmed with Duke Carlo II Gonzaga's marriage in 1649 to the Habsburg Archduchess Isabella Klara of the Tyrol. Towards the end of the decade, little had changed to improve French faith in the Gonzaga and on 29 June 1658 Mazarin wrote to Francesco I d'Este that *J'ay esté bien aisé que M. le Duc de Mantoue aye accepté la neutralité que le Roy luy a accordée, mais j'eusse souhaité que c'eust esté sans la permission des Espagnols* (ASMo, CDE, CP 1393 A/132). In the next month, on 18 August 1658, Mazarin concluded that *l'esprit dudit Duc [of Mantova] nous doit toujours obliger d'en avoir de la mefiance* (ASMo, CDE, CP 1393 A/132: Mazarin to Francesco I d'Este, 18 August 1658).

*gratifier de quelque pension, l'on fera icy...*<sup>84</sup> Only two Houses of substance on the Italian peninsula supported France, the Este of Modena and the Savoy, and it was into these two dynasties that Mazarin married his next two nieces, Laura Martinozzi and Olympe Mancini.

Again, it must be stressed that such diplomatic marriages for French interests were also family alliances of the greatest prestige for Mazarin, and the extent to which the cardinal made a distinction between these two strands may well be questioned. It should as well be pointed out that Mazarin did not have a great choice of potential brides for matrimonial diplomacy given the demographic poverty of the House of France. The only French princesses at this period were Gaston's daughters, and of these, the eldest, Anne-Marie-Louise, *la Grande Mademoiselle*, remained in disgrace until 1657 for her role in the Frondes, while her three younger half-sisters had not yet obtained an age at which they could be married. Mazarin's nieces, therefore, offered an obvious, albeit highly unorthodox, solution to the absence of a suitable bride for what was viewed in early-modern Europe as a central element of diplomatic practice, the dynastic marriage. The marriages of Laura Martinozzi and Olympe Mancini were matters of French foreign policy, and the unanimous view was that alliance with Mazarin and alliance with France had merged into one and the same union. In writing in 1659 of the Este marriage, Domenico Gamberti recorded that the Duke of Modena *diè al Prencipe suo Primogenito per isposa una nipote del Sig. Card. Mazzarini ... venendo in questa maniera ad appoggiarsi egli meglio allo Scettro Reale della Francia, di cui quell' Emmenetiss.a è la primaria intelligenza*<sup>85</sup>.

Laura Martinozzi, the niece who spent the least time during her formative years in France, seemed to have been marked out for an Italian marriage. With no little sharpness, Mazarin replied in 1653 to a letter from his sister, Margherita Martinozzi, following the collapse of yet another Barberini marriage project: *Fra tanto si andaranno continuando le diligenze per maritarla in Italia ... e sia certa, che, in quasivoglia luogo ella si mariti, sarà sempre meglio accomodata che in casa Barberini*<sup>86</sup>. In the following year, the princesse de Conti was able to inform her husband, absent in Cataluña but enquiring about the identity of his future relations, that *Pour tous les mariages qu'on a proposés pour ma sœur, je crois que celui du fils du duc de Modène se fera, n'y ayant point d'autre difficulté que celle que ledit duc veut que M. le Cardinal lui donne outre ce qu'il donne en mariage à sa nièce 150,000 écus que le Roi lui doit depuis la guerre de Crémone*<sup>87</sup>. For their part, the Este, Duke Francesco I and his son, Alfonso, had focused on Laura Martinozzi as the niece the hereditary prince should marry, *la più propria per lo stesso P.npe, massime perchè verrebbe S.A. ad essere cognato di Conty*<sup>88</sup>, a clear indication that in addition to the

84 ASMo, CDE, CP 1393 A/132: Mazarin to Francesco I d'Este, 17 March 1657. Mirandola was of particular interest to the Duke of Modena as his sister, Anna Beatrice d'Este, had married Alessandro II Pico, Duke of Mirandola in 1656.

85 Domenico GAMBERTI, *L'idea di un prencipe et eroe Christiano in Francesco I d'Este di Modona e Reggio Duca VIII*, Modena 1659, p. 463. I am grateful to Professor Irving Lavin and Professor Marilyn Aronberg Lavin for having drawn my attention to this source.

86 CHÉRUEL, vol. VI, pp. 54–55: Mazarin to Margherita Martinozzi, 8 October 1653.

87 Cited in BARTHÉLEMY (see n. 2) p. 31.

88 ASMo, CDE, AF 115: Manzieri to Francesco I d'Este, 20 February 1654. In contrary fashion, Candale, yet again a potential husband for one of the nieces, seemed *indifferente quanto alla persona e piglierà la*

profits of public alliance with Mazarin, potential candidates for the hands of the Mazarinettes were attempting to gauge the benefits to be extracted from family ties to those other men attached by marriage to the cardinal's *casata*.

Francesco I d'Este, Duke of Modena, had had, in common with many other north Italian sovereigns, a complex career of shifting alliances during the Thirty Years War and during the period following 1648 when the continuation of the Franco-Spanish aspect of the conflict made a deep impact on Italian political arrangements. A fervent partisan of the Habsburg cause in the late 1630s, when he made a celebrated visit to the court of Madrid<sup>89</sup>, Francesco gradually shifted to a French alliance in the subsequent decade, becoming the generalissimo of Louis XIV's Italian army in 1647 and, despite Spanish pressure, confirming his adherence to France<sup>90</sup>. Throughout the 1650s he was Mazarin's most reliable prop among the Italian states, far more dependable than the cardinal's other leading supporter in the region, Marie-Christine of France, dowager Duchess of Savoy, but by the mid-1650s Francesco d'Este was very hard-pressed indeed. The constant menace of Spanish invasion of the Este patrimony materialised in 1655, the same year as the marriage of his heir to Laura Martinozzi, with the siege of Reggio by Caracena. Francesco's ambitious foreign policy had entailed great expenditure over many years, and the shortage of money had become so acute that the duke embarked upon an endeavour to marry a third duchess, searching among such wealthy ›dame private‹ as Virginia Spinola and Anna Carafa<sup>91</sup>. The choice ultimately fell upon Lucrezia Barberini<sup>92</sup>, whom Francesco wed in 1654, when negotiations were already under way for the marriage of the hereditary prince Alfonso d'Este, the son of his first duchess, Maria Farnese of Parma, to a niece of Mazarin. From this match Francesco hoped to obtain permanent French protection, a major financial infusion, including the repayment of the loan to the French crown referred to by the *princesse de Conti*, and, possibly, the consent of the cardinal and the queen-mother to the marriage of one of his daughters to Louis XIV<sup>93</sup>.

*Mancini che è qui anche per non farsi cognato di Conty affin di non haver a seguire il suo partito* (ASMo, CDE, AF 115: Manzieri to Francesco I d'Este, 23 January 1654). The nephews-by-marriage had to consider relations among themselves in the evolving Mazarin machine as well as their ties to the cardinal as head of his family.

89 Fulvio TESTI, *Lettere*, ed. Maria Luisa DOGLIO, Bari 1967, vol. III, pp. 1–101. Francesco received the Golden Fleece during this visit, the most enduring artefact of which is Velázquez's portrait of the duke, now in the Galleria Estense, Modena. (Jonathan BROWN, *Velázquez: Painter and Courtier*, New Haven and London 1986, pp. 143–144).

90 Luciano CHIAPPINI, *Gli Estensi*, Milano 1967, pp. 412–414. Odoardo Rombaldi, *Il duca Francesco I d'Este*, Modena 1992.

91 LITTA (see n. 15) ›D'Este‹ fascicule, table XVI.

92 See above, note 55.

93 During a two-hour-long meeting with Loménie de Brienne, the Modenese envoy Manzieri was told of the *buona disposizione che si ha qui per la casa di V.A., ma egli ha preteso di avertirmi confidentemente del disegno del Sig. Card. Mazzarini di dar una nipote al Sr. Principe [Alfonso] in caso che il Re prenda una delle principesse figlie di V.A.* (ASMo, CDE, AF 115: Manzieri to Francesco I d'Este, 2 January 1654). References to a possible Este bride for the king, including those to ›the temporary presence of Pierre Mignard, sent by Mazarin in 1653 to paint portraits of prospective brides for Louis XIV‹ (Janet SOUTHOORN, *Power and Display in the Seventeenth Century: the Arts and their Patrons in Modena and Ferrara*, Cambridge 1988, p. 40), appear throughout Manzieri's correspondence, and it is more than

Money played the most prominent part in the marriage negotiations, and to Mazarin's direct questioning of Francesco's terms, Manzieri replied that V.A. *haveva havuto centoventi mila doble ciascuna delle due volte che s'era maritata con principesse della sua condizione* [Francesco had married consecutively two sisters, Maria and Vittoria Farnese; his third marriage had not yet taken place], *che per la stima che faceva di S.Em.a e della sua vera amicitia e parentela si saria finalmente contentata di centomila doble di dote per il Sig. P.npe, in conto di dote supposto il pagamento pronto del suo credito a parte*, thus affirming the claims of the Este on the French crown for the outstanding debt. Secrecy over the terms was necessary so that it did not appear that *che desse in dote al Sig. P.npe di più che a Conty, perchè offenderebbe forse adesso la Casa Reale e tutta la Francia*<sup>94</sup>. Mazarin refused to satisfy all of the Este financial claims, using the notion of exact parity with the Conti settlement as a means to restrict the dowry: *Per la dote poi le risoluzioni ultime del S. Card. sono di trattase il Sig. Principe nel medesimo modo che fa Conty, scusandosi di non poter far differenza senza offendere la casa reale, onde mi ha fatto dire che darà a V.A. il suo credito col Re, ovvero Le darà trecentomila scudi di dote lasciando il credito di V.A. nello stato presente per andarLa soddisfacendo quando si potrà*. Manzieri went on to convert the global sum, which was meant to include the debt, into monete verria a rendere a V.A. *centotrentamila doble effettive*, considerably less than Francesco had hoped the combined dowry and repayment would have been<sup>95</sup>.

Manzieri protested that Mazarin should *trattar meglio il Sig. P.npe di quello che fa Conty, perchè quello essendo qui può ricevere mille altri vantaggi che il Sig. P.npe non può pretendere*<sup>96</sup>, and Mazarin's subsequent effusiveness to the Este may have reflected an attempt to compensate through patronage what both father and son could have viewed as a shortfall in the financial arrangements. Mazarin's letter to Alfonso is strikingly warm: *L'affetto e [la] stima che ho sempre per la persona di V.A. si aggiunge hora un vincolo così stretto di affinità per il matrimonio ch' Ella ha contratto con mia nipote, che non mi pare di dover usare seco di complimenti ordinarij in simili occasioni, ma piuttosto d'una espressione sincera e cordiale di quell' amore con quale q.to legame mi stringe a V.A. e mi obbliga di riguardare la sua casa e suoi interessi come miei proprj, di modo che dopo il Sig. Duca suo Padre Ella mi dovrà dare in giustizio il primo luogo nell' amarLa e servirLa*<sup>97</sup>. Writing to the father, the cardinal stressed the strengthening of the political unity between the two men which the marriage would ensure: *Io non voglio entrare nelle essagerationi de' miei affettuosissimi sentimenti e in avere nuove sicurezze dell' amicitia e servitu mia che alianza seguita, si renderà sempre piu ferma e inalterabile, perchè q.te maniere sono superflue a chi ha tanta sicurezza l'uno dell' altro, come noi habbiamo*<sup>98</sup>.

possible that Mazarin used this prospect as a bait to encourage the marriage of his own niece to Francesco's heir.

94 ASMo, CDE, AF 115: Manzieri to Francesco I d'Este, 13 February 1654.

95 ASMo, CDE, AF 115: Manzieri to Francesco I d'Este, 20 February 1654.

96 Ibid.

97 ASMo, CDE, CP 1393 A/133: Mazarin to the Hereditary Prince Alfonso d'Este [afterwards Alfonso IV, Duke of Modena].

98 ASMo, CDE, CP 1393 A/132: Mazarin to Francesco I d'Este, 31 May 1655.

Mazarin was no stranger to heightened rhetoric to express the intensity of his emotional attachments<sup>99</sup>, but in the case of the Este, he provided consistent political, if not financial, aid. *Les bruits de l'accommodement de V.A. [Francesco] avec les Espagnols* were dismissed as *bagatelles*<sup>100</sup>; French support was promised for Este claims on Comacchio<sup>101</sup>; *Le Roy a volontiers accordé la charge de lieutenant general à M. le Prince Almeric*<sup>102</sup>, a younger son of Francesco, and Prince Almerico d'Este was suggested as the French candidate for the Polish throne<sup>103</sup>; the French court seconded Este claims for the Imperial investiture of Correggio<sup>104</sup>. This fountain of favour, flowing over many years, may have provided no little consolation for the restricted dowry and the problems of the French indebtedness to the Este, but, following the established pattern, Mazarin gained much as well.

Marriage of a niece into a sovereign Italian House had particular importance for the cardinal as he assembled his familial machine, and he took care to protect the

99 Robert ORESKO, *Homosexuality and the Court Elites of Early Modern Europe*, in: *The Pursuit of Sodomy: Male Homosexuality in Renaissance and Enlightenment Europe*, eds. Kent GERARD and Gert HEKMA, New York and London 1989, p. 107.

100 ASMo, CDE, CP 1393 A/132: Mazarin to Francesco I d'Este, 21 April 1656.

101 *La part que je prends à tous les intérêts de V.A. m'oblige de lui dire que j'estime qu'elle devrait presser pour avoir la satisfaction qu'on lui fait esperer pour Comacchio...* (ASMo, CDE, CP 1393 A/132: Mazarin to Francesco I d'Este, 23 March 1657). Comacchio, attached to the duchy of Ferrara, had escheated to the papacy in 1597 on the extinction of the senior line of the House of Este, the cadet cousins of which transferred the Este court to Modena, an Imperial rather than a papal fief. Pressure to recover the Comacchio reflected the *mai sopite aspirazioni estensi su Ferrara e Comacchio*: CHIAPPINI (see n. 90 p. 411), and papal reinvestiture of those lands lost to Rome remained a goal of the Dukes of Modena in the seventeenth century.

102 ASMo, CDE, CP 1393 A/133: Mazarin to Francesco I d'Este, 18 August 1658.

103 V.A. [Alfonso d'Este] *deve già sapere che da molto tempo in qua si tratta di far eleggere un successore al Re di Polonia e si va cercando un soggetto proprio e che habbia la qualità che si ricercano della chiarezza de natali, della capacità di comandare le armi e che possa accassarsi con una figlia della Principessa Palatina [Anne de Gonzague], sorella della Regina di Polonia [Louise-Marie de Gonzague], dal cui credito è autorità in quel regno ... ho preferito a tutti il Sig. Principe suo fratello [Almerico d'Este] per la causa che prendo in argomento e grandezza di cotesta Ser.ma Casa e persuadendomi che ciò non possa essere che di gran contento a V.A. per la gloria, che gli ne risultarebbe e per le coseguenze che ne porterebbero dervinare alla sua famiglia* (ASMo, CDE, CP 1393 A/133: Mazarin to Alfonso IV d'Este, Duke of Modena, 15 February 1660). Francesco I d'Este died in 1658 and was succeeded by his son Alfonso IV, thus making Laura Martinuzzi, his consort, Duchess of Modena. Almerico d'Este's unexpected death later in 1660 unknotted this ambitious scheme for the Polish throne.

104 In the *Article de Modène* for the peace treaty of 1659, Mazarin provided for the withdrawal of Spanish troops from Correggio *et mesme pour la plus grande seureté et avantage dud Sr. Duc, S.M. Catholique promet de faire des offices tres puissants aupres de l'Empereur à ce qu'il ait agreable d'accorder aud. Sr. Duc à sa satisfaction, l'investiture ded. estats de Correggio, comme l'avoient les princes dudit Correggio...* (ASMo, CDE, CP 1393 A/133: *Article de Modène*) Mazarin's efforts on behalf of the Este during the negotiations of the Peace of the Pyrénées were extensive, for in addition to extracting, in article XCVII, Spanish consent *de ne plus envoyer dans la place de Correggio la garnison qu'Elle [Sa Majesté Catholique] avoit accoutumée par le passé d'y tenir*, article XCVI stipulated the Duke of Modena's *bonne et libre neutralité avec les deux couronnes de France & d'Espagne*, while article XCIX promised Spain's and France's good offices in Rome *de faire terminer sans delay ... le différent que ledit Sieur Duc a depuis longtemps avec la Chambre Apostolique, touchant la propriété & possession des Vallées de Comachio* (Jean DUMONT, *baron de Carlsroon, Corps universel des droits de gens*, Amsterdam and The Hague 1726–1731, vol. VI, parts II and III, p. 277).

position of the first niece he had actually placed on a direct path to a sovereign throne. In what need have been no more than a simple *lettre de compliment*, Louis XIV instead read a lesson to the new Duchess of Modena, Lucrezia Barberini: *L'estime que j'ay pour ma cousine la Princesse de Modène votre belle-fille ne me permit pas de la laisser partir sans vous tesmoigner la joye estreme que j'ay ressentie que mon cousin le Duc de Modène, votre mary, ayant cognu son merite, l'ait choisit pour compagne de mon cousin, le Prince de Modène, son fils, et comme les grandes et signales services que mon cousin, le Cardinal de Mazarin, son oncle, me rend tous les jours et à mon estat sont cognuz par le chef de la Maison en laquelle vous estes entrée, je m'assure que vous demeuriez persuadée de la tendresse et parfaite amitié que j'ay pour sa niepce, à qui l'inclination que mond. Cousin votre mary a du pour elle m'a autant plus obligé à redoubler mes forces pour luy de partir avantageusement, de laquelle je feray toujours ressentir des effects à sa maison*<sup>105</sup>. Only death ended the animosity between Lucrezia Barberini and Laura Martinozzi, consecutive Duchesses of Modena and both mothers of consecutive reigning Dukes of Modena<sup>106</sup>, but clearly the King of France acted positively at the early stages of Laura's marriage in order to protect her position in a potentially hostile court.

Muratori was fully aware of the mixture of benefits which Mazarin hoped to obtain, both for himself and for France, from the Este marriage. The cardinal *che sapeva ben' accordare il proprio interesse con quello della Corona, si prevalse della congiuntura per ingradire la propria Casa sotto pretesto del buon servizio del Re. Propose dunque come cosa utile o necessario a tener fermo nella divozione verso la Maestà sua il Duca di Modena, da cui gli Spagnuoli avrebbero tentato senza dubbio di staccarlo, l'accasamento di D. Laura, sua Nipote ... col Principe Alfonso primogenito del Duca; e gli fu facile l'impegnare il Re in questo trattato*<sup>107</sup>. Firmly attached to the French crown by the marriage, Francesco and Alfonso d'Este were also integrated into the Mazarin family system of military commands in the northern Italian theatre of war. Command of the Italian army was shared between the Duke of Modena and, consecutively, Mercœur and Conti, all now related to Mazarin, and the cardinal was eager to ensure that the potential dangers of a necessarily divided command should be avoided by evoking family harmony, even if such good will had to be imposed from Paris. In the 1656 campaign Mazarin believed that he had *fait ce qui estoit necessaire pour maintenir l'union entre Messieurs les ducs de Modene et de Mercœur et empescher que celui-ci ne pretend le titre de generalissime*<sup>108</sup>, which had been attributed to Francesco d'Este as a sovereign prince.

Inevitably there were tensions, despite the family bond. The lifting of the siege of Palamos, which Conti was directing, supported from sea by Vendôme, triggered mutual recriminations, Conti *se plaignant fort de M. de Vendôme, qui, de son côté, se plaignoit de lui*<sup>109</sup>. Indeed, in 1657, despite Mercœur's record of military success and the fact that *il étoit également le neveu du Cardinal*, Conti insisted on replacing his

105 ASMo, CDE, CP 1562 A/6: Louis XIV to Lucrezia Barberini, Duchess of Modena, 1 June 1655.

106 Laura Martinozzi's son, Duke Francesco II d'Este, died without issue in 1694 and was succeeded by Lucrezia Barberini's son, Cardinal Rinaldo d'Este.

107 Lodovico Antonio MURATORI, *Antichità Estensi*, Modena 1740, vol. II, p. 564.

108 AAE, CPS, vol. 51, fo. 41: Mazarin to Brachet, 1 September 1656.

109 COSNAC (see n. 60) vol. I, p. 218.



Bourbon cousin in the joint Italian command, brushing aside Cosnac's protestations *que M. de Modène et lui ne s'accommoderoient jamais pour le commandement, et que le Cardinal qui avoit une considération infinie pour ce duc, qu'il regardoit comme le principal agent des conquêtes d'Italie, ne voudroit pas diminuer son autorité, de peur de faire un ennemi d'une personne si nécessaire*<sup>110</sup>. Having in the 1656 campaign assured that Mercœur *anderà a comandare in cotoesto esercito insieme con V.A.* [Francesco d'Este] *in quel modo però che conviene per conservare a Lei quella prerogativa del comando*<sup>111</sup>, the cardinal asserted himself again in 1657, and the family ties seem to have brought about considerably more cooperation between Francesco and Conti than Cosnac expected. Brachet was able to report back to the cardinal on the, at least, initial level *d'accord et d'intelligence que ces deux princes ont fait et [qui] sont si contents l'un de l'autre que V.E. ne peult le souhaitter davantage*<sup>112</sup>, and Conti himself assured Mazarin that he and the Duke of Modena had spoken *à cœur ouvert et prisms ensembles toutes les mesures necessaires, tant pour le service de S.M.té que pour notre conduite particuliere l'un avec l'autre*<sup>113</sup>. While the gradual acquisition of such *parentadi ... accrebbero a dimisura il credito e lo splendore di quel famoso Poporato*<sup>114</sup>, their organisation into a family machine directed by Mazarin worked at one and the same time for the implementation of high state policy<sup>115</sup>.

One element, essential for French military and diplomatic success on the Italian peninsula, was missing from the cardinal's dynastic network. Mazarin had long had a specially close relationship with the House of Savoy and, in particular, with the dowager Duchess Marie-Christine, known as ›Madama Reale‹ or ›Madame Royale‹, a daughter of Henri IV and Marie de' Medici, dating from his employment by her husband, Duke Vittorio Amedeo I, in the early 1630s<sup>116</sup>. The duchy of Modena itself was too small and too distant to solve the problems of winter quarterings for French troops, and the unreliability of the Duke of Mantova, with his more suitable possessions in the Monferrato, specifically the fortress of Casale, emphasized the importance of Savoy-Piedmont for purely practical considerations of military administration. In November 1656, these problems were particularly acute, and Mazarin reassured himself that *à l'esgard de Mad. Royale ... Elle* [V.A. = Francesco I d'Este]

110 Ibid., vol. I, pp. 248–249. Mazarin's observation that *il étoit juste que M. le prince de Conti eût cette préférence sur M. de Mercœur* (p. 250) probably reflects the system of *bienséance* in the distribution of military commands which were accorded in terms of hierarchical rank, in this case, a *prince du sang* taking precedence over a *prince légitimé*. See David PARROTT, Richelieu, the grands and the French Army, in: *The Age of Richelieu*, eds. Joseph BERGIN and Laurence BROCKLISS, Oxford 1992, pp. 147–148.

111 ASMo, CDE, CP 1393 A/132: Mazarin to Francesco I d'Este, 10 March 1656.

112 AAE, CPS, vol. 52, fo. 435: Brachet to Mazarin, 14 September 1657.

113 AAE, CPS, vol. 52, fo. 227: Conti to Mazarin, 1 June 1657.

114 MURATORI (see n. 107) vol. II, p. 564.

115 GOUBERT (see n. 3) p. 407 so misunderstands Mazarin's Italian policy and the role played in it by the Este-Martinozzi marriage that he presents the Este Duke of Modena and the Gonzaga Duke of Mantova as brothers, both sons of the duc de Nevers. Such fundamental factual errors are characteristic of a failing shared by many French historians to give adequate weight and seriousness to the persistence of the role played by Italian questions in Mazarin's thinking.

116 DETHAN, Mazarin un homme de paix à l'âge baroque (see n. 9) pp. 148–161.

*sçaura bien user de le dexterité covenable*<sup>117</sup>, referring in a subsequent letter to *les moyens que j'ay proposé [à] gagner Madame Royale au point d'obtenir un quartier en Piemont au moins pour la partie de l'infanterie qui ne pourra demeurer en Monferrat et dans la Vallée*<sup>118</sup>.

Although Duke Carlo Emanuele II of Savoy had attained his majority, his mother had conserved her control over the direction of policy, and one of the means of drawing Marie-Christine into an even more cooperative and obliging relationship with France was the marriage of Olympe Mancini to a member of the House of Savoy living at the French court, Eugène-Maurice de Savoie, comte de Soissons. Eugène-Maurice was a younger son of Tommaso of Savoy, principe di Carignano, and his wife, Marie de Bourbon, co-heiress to the Soissons fortune and title, which she transmitted to the cadet branch of the Savoy dynasty into which she had married. Mazarin had counted the Carignano couple as among his supporters during the Frondes<sup>119</sup>. As a younger son, Eugène-Maurice, had been destined for the Church, and the Carignano had made clear in 1654 their *speranze di aver Card.le il Pren.pe Eugenio loro figlio*<sup>120</sup>. Within the next two years, however, the young prince emerged as a suitable candidate for one of the nieces. This fourth marriage, although negotiated between the cardinal and the Carignano in France, also became part of a complex exchange of concessions on the part of the courts of both Paris and Torino, for the House of Savoy had a number of requests to make to their French cousins before agreeing to winter quartering and before accepting Olympe into one of the most august and prestigious dynasties of early-modern Europe.

Mazarin seems long to have harboured the private ambition to place one member of his family in the House upon which so much of the implementation of his Italian policies rested, another example of the imbrication of personal and state goals in his political thinking, and as early as 1654 Rénauld, chevalier de Sévigné wrote to Marie-Christine *de l'insolence de cet homme, qui fait courre le bruit que Son Altesse Royale votre fils [Carlo Emanuele II] lui faisoit demander une de ses nièces ... il n'en viendra jamais à bout; car l'on traite la chose du dernier ridicule*<sup>121</sup>. Sévigné's caustic fulminations capture one strain in the corporate mentalité of dynastic Europe which viewed marriages to the nieces as *mésalliances* aimed at fuelling the ascension of the cardinal and his *casata*. Such misgivings could be assuaged, however, if sufficient progress could be made in obtaining important objectives. Since 1632, the House of Savoy had consistently pressed to acquire the *trattamento reale*, recognition of the dynasty as a royal House, with the style of 'Royal Highness' rather than 'Serene Highness' and precedence for its ambassadors with those of kings rather than dukes

117 ASMo, CDE, CP 1393 A/132: Mazarin to Francesco I d'Este, 2 November 1656.

118 ASMo, CDE, CP 1393 A/132: Mazarin to Francesco I d'Este, 25 November 1656.

119 *Mme de Carignan tesmoigne grande chaleur pour mes interests et parle hardiment à la Reyne*, Mazarin wrote to Milet from Brühl on 19 April 1651 (CHÉRUÉL, vol. IV, p. 133).

120 ASMo, CDE, AF 115: Manzieri to Francesco I d'Este, 2 January 1654.

121 Renaud, chevalier de SÉVIGNÉ, *Correspondance du Chevalier de Sévigné et de Christine de France*, eds. Jean LEMOINE and Frédéric SAULNIER, Paris 1911, p. 250: Sévigné to Marie-Christine, 12 June 1654.

and princes, on the basis of their rights to the phantom kingdom of Cyprus<sup>122</sup>. This pretention poisoned diplomatic relations among the states of northern Italy<sup>123</sup>, as Venice also claimed Cyprus as the heir to its last resident sovereign, Queen Caterina Cornaro. As early as 1653, shortly after Mazarin's return from exile, Marie-Christine was pressing the cardinal *pour obtenir de Sa Majesté une lettre adressante à son ambassadeur à Rome, afin qu'il traite le nostre comme celui de Venise*<sup>124</sup>. Marie-Christine, like Francesco d'Este, had a daughter to marry and looked upon Louis XIV as the ideal son-in-law. *Il y avoit longtemps que la duchesse de Savoie pressoit le ministre de se déclarer sur le mariage du Roi et de la princesse Marguerite, sa fille*, and a Mancini-Savoy marriage could be seen in Torino as a necessary prelude to the more important goal of, through Mazarin's support, placing Marguerite-Yolande on the French throne<sup>125</sup>.

As Louis XIV grew older, his marriage became a pressing matter at the French court and at all those courts with princesses of marriageable age. For the court of Torino, however, a second important practical consideration became the engine for the marriage of Mazarin's fourth niece, the attempt to eliminate the permanent military presence of France in Piedmont, notably the possession of Pinerolo<sup>126</sup> and occupation of the very citadel of Torino itself. In the autumn of 1656 Mazarin wrote to Marie-Christine assuring her that *Je ne dirai point à V.A.R. combien le Roy a de reconnaissance des nouvelles marques qu'Elle a donnés pendant cette campagne de son affection pour les interests de cette couronne*<sup>127</sup>. On 14 November he raised the issue of the citadel of Torino and announced that he was sending Brachet to Torino to discuss the issue *à vive voix*<sup>128</sup>. Yet on the sixteenth, Madama Reale wrote to the Savoyard envoy in France about the Mancini-Soissons marriage negotiations, and, without linking them directly, raised in the same letter *una restituzione della cittadella di Torino*<sup>129</sup>. On 25 November Mazarin was able to inform Marie-Christine that the arrangements had been concluded for the marriage *entre M. Prince Eugène et*

122 Robert ORESKO, The House of Savoy in Search of a Royal Crown, in: Royal and Republican Sovereignty in Early Modern Europe: Essays in Honour of Ragnhild Hatton's Eightieth Birthday eds. Graham GIBBS, Robert ORESKO and Hamish SCOTT, Cambridge (forthcoming).

123 Carlo CONTESSA, Per la storia della decadenza della diplomazia italiana nel secolo XVII: aneddoti di relazioni veneto-sabaude, Torino 1906 (also published as an article in the Miscellanea della storia italiana of 1906).

124 AST, RMR, m. 59, p. 671: Duchess Marie-Christine of Savoy to Mazarin, 19 April 1653.

125 MOTTEVILLE (see n. 23) vol. IV, p. 119. This is certainly the implication of Mme de Motteville's statement that, Mazarin, *trop sage pour entreprendre d'en mettre une [niece] sur le trône, il ne pouvoit s'en approcher davantage qu'en y plaçant la princesse Marguerite, son alliée; et ce pouvoit être la raison pour laquelle il paroissoit se laisser plutôt arracher un consentement en sa faveur qu'en faveur de toutes les autres qui pouvoient y prétendre*. James Inglis-Jones is currently preparing a new interpretation of the negotiations leading to Louis XIV's marriage, emphasizing the enthusiasm of Mazarin, contrasted to the position of Anne of Austria, for the Savoy match and analysing the reciprocal and parallel advantages he and Marie-Christine hoped to extract from placing Marguerite-Yolande on the French throne.

126 Pignerol ... *pese si fort à cette cour, qu'il échappe quelquefois de dire qu'ils renonceroient à toutes les terres de Montferrat pour [la] ravoire* (AAE, CPS, vol. 52, fo. 44: Abel Servien to Mazarin).

127 AAE, CPS, vol. 51: Mazarin to Marie-Christine, 13 October (?) 1656.

128 AST, LMF, m. 64: Mazarin to Marie-Christine, 14 November 1656. A copy of this letter is in AAE, CPS, vol. 51, fo. 100.

129 AST, LMF, m. 66: Marie-Christine to the abbat Geronimo della Rovere, 16 November 1656.

*ma nièce Mancini. Et ce n'est pas seulement par respect que je luy rends ce très humble devoir. Je ne me sens pas moins obligé d'y faire par reconnaissance de la bonté que VV.AA.RR. [Marie-Christine and Carlo Emanuele] ont eu de favoriser cette affaire au point que je sçais qu'elles ont fait. S'il faudroit besoin de nouveaux motifs pour embrasser avec chaleur les interets de la Maison royale de Savoie, asseurement celuy c'y acheveroit de m'engager, mais je puis dire avec verité qu'il est fort superflu*<sup>130</sup>. Marie-Christine had clearly supported the match, and it must be remembered that, as head of the House, Carlo Emanuele's permission was required for the marriage of his Soissons cousin<sup>131</sup>. Writing to Madama Reale's brother-in-law, Maurizio of Savoy, it would seem a few days later, Mazarin evoked the past patronage networks: *godo in estremo di vedere con questa nuova alleanza più fortamente stretti [?] quei legami di servitù, che m' hanno sempre unito all' A.V. e a tutti i suoi interessi*<sup>132</sup>.

The marriage of Eugène-Maurice and Olympe may have been settled, but the wedding had not yet taken place and, before it did, another event was awaited. Again, the precise sequence of dates is important. Early in the new year, 13 January 1657, following the abbate Amoretti's discussions in Paris with Mazarin, Marie-Christine expressed *qualche speranza che gli uffizi che egli [Mazarin] ha promessi di fare per la restituzione della citadella habbiano da produrre felice esito*<sup>133</sup>. On 30 January, the cardinal announced *la joye que le Roy a eu de donner ses ordres sans aucune condition pour la remise de la citadelle de Turin, puisque V.A.R. n'estime pas qu'il soit necessaire pour le bien du service de M. son fils qu'il la retienne davantage. Sa Majesté est ravie que cette action acheve de justifier au publique la sage et glorieuse regence de Votre Altesse Royale, en sorte que la malice mesme sera contrainte à la louer*<sup>134</sup>, while Louis, writing directly to his cousin, underscored the point: *il faut avouer que la conduite qu'a tenue ma tante, la Duchesse de Savoie, votre mere et les conseils qu'elle vous a donnés n'ont pas esté accompagné de moins de prudence que de tendresse pour vous et de zele pour votre bien et celuy de vos estats, dont j'ay d'autant plus de joye, qu'il est vray qu'il n'y a personne pour qui j'ay une plus grande estime que pour ma tante*<sup>135</sup>. Writing to this esteemed aunt, Louis acknowledged how that other great prop of Mazarin in the Italian campaigns, the Duke of Modena, *m'a fait bien particulièrement connoistre ... combien vous avez à cœur que cette place soit remise au plutost* and expressed the hope that the young Duke of Savoy would *bien observer comme votre conduite luy est utile ... et quels avantages il se doit promettre de vos bons et sages conseils et de votre assistance en ses affaires à l'avenir*<sup>136</sup>. On 10 February 1657 Madama Reale reported that *Oggi nell' atto della restituzione della*

130 AST, LMF, m. 64: Mazarin to Marie-Christine, 25 November 1656. It is striking to witness Mazarin evoking the notion of the 'superfluity' of any additional tie to Marie-Christine's interests, precisely as he had done to Francesco I d'Este at the time of the Martinozzi-Este marriage.

131 The anonymous biography actually stipulates that the marriage was agreed *con il consenso del duca e di Madama Reale sua madre* (ASMo, CDE, CP 1393 A/133: *Relatione* ..., see n. 54).

132 AST, LMF, m. 64: Mazarin to Prince Maurizio of Savoy, undated.

133 AST, LMF, m. 66: Marie-Christine to the abbate della Rovere, 13 January 1657.

134 AST, LMF, m. 64: Mazarin to Marie-Christine, 30 January 1657. A copy of this letter is in AAE, CPS, vol. 51, fos. 161–162.

135 AAE, CPS, vol. 51, fo. 165: Louis XIV to Carlo Emanuele II, 30 January 1657.

136 AAE, CPS, vol. 51, fo. 168: Louis XIV to Marie-Christine, 30 January 1657.

... *citadella [è] fatto dal duca di Modena al maresciallo di Pianezza che l'ha ricevuta a nome mio*<sup>137</sup>, and the abbate Valeriano Castiglione celebrated the transfer by comparing Louis XIV's action to the generosity of his great-grandfather, Felipe II of Spain, in returning the citadel of Piacenza to the Farnese<sup>138</sup>. The marriage contract of Eugène-Maurice and Olympe is dated nine days later, 19 February, and stipulates a dowry of 600 000 livres from Mazarin and 100 000 from Louis<sup>139</sup>. It is impossible not to appreciate the political weight of the Soissons-Mancini marriage which the great biographer of the most celebrated fruit of this union perceived: »Voll Gegentuung teilte Mazarin die vollzogene Verbindung der Madama Reale mit, wobei und zugleich als Dank für die von Turin geleistete Hilfe Förderung der savoyischen Interessen durch Frankreich zusagte<sup>140</sup>.«

Marie-Christine was overjoyed, and, although ill, added a postscript in her own handwriting to a formal message of congratulations on the marriage to express *la reconnaissance et l'obligation* which she felt for the restitution of the citadel: *Je ne perdrai jamais la memoire*<sup>141</sup>. In retrieving the citadel of her son's capital she had propelled the policy of reversing French gains made during the 1630s in Piedmont one stage further, and, this, along with the emphatic statements of support from Mazarin and Louis XIV, had, in turn, strengthened her own position against the demands of Carlo Emanuele II, not quite twenty-three, for a greater role in governing his state and the attacks of those court groupings at Torino opposed to what had been viewed as her excessively Francophile policies. Mazarin extracted profit in the accustomed blend of public and private interest. By strengthening Madama Reale's position and despite abandoning the citadel of Torino, Savoy was knitted more securely into a triangular system with Modena and France to sustain the cardinal's Italian policies, and the aid that Francesco I d'Este had given to the Mancini-Soissons marriage negotiations demonstrated the efficiency of the Mazarin family machine. The delight he had in *l'alliance que j'ay l'honneur d'avoir maintenant avec la Maison de Savoye*<sup>142</sup> reflected yet another advance for his *casata* of Roman origin, one which established it securely with two marriages on each side of the Alps, and the cardinal was rumoured to have joined, as a visual manifestation of the prestige of this new union, the arms of the House of Savoy to those of his own family on the doors of his

137 AST, LMF, m. 66: Marie-Christine to the abbate della Rovere, 10 February 1657.

138 *Che se Filippo II la citadella di Piacenza al Farnese Eroe riconsegno; Luigi XIII con la remissione di questa [di Torino], per Capi considerabili molto più qualificata, non men Giusto del suo gran Genitore, ha canonizzata la rettitudine de' suoi pensieri al Mondo, ed attestato l'affetto verso il Collegato Cugino Carlo Emanuele* (Valeriano CASTIGLIONE, All' Eminentissimo Signore, il Signor Cardinale Giulio Mazzarini per la cittadella di Torino riconsegnata dalla Maestà Christianissima di Luigi XIII all' Altezza Reale Carlo Emanuele II, Duca di Savoia, Re di Cipro, Torino, n.d., but presumably 1657).

139 AST, PC-S, m. 1: *Compendio del contratto di matrimonio tra il Principe Eugenio Maurizio di Savoia-Carignano e la damigella Olympia Mancini*, 19 February 1657.

140 Max BRAUBACH, *Prinz Eugen von Savoyen*, vol. I: *Aufstieg*, Wien 1963, p. 28. Gaudenzio CLARETTA, *Storia del regno e dei tempi di Carlo Emanuele II*, Genova 1877–1878, vol. I, p. 221, also observed, in passing, the link between the marriage and the restitution of the citadel: *interveniano ad accerlerarne il risultato il matrimonio del principe Eugenio colla nipote del cardinale*.

141 AAE, CPS, vol. 52, fo. 63: Marie-Christine to Mazarin, 17 February 1657.

142 AAE, CPS, vol. 52, fo. 190: Mazarin to Du Plessis-Besançon, 5 May 1657, presumably in response to a *lettre de compliment* on the marriage of Olympe to the comte de Soissons.

coaches<sup>143</sup>. The comte de Soissons, moreover, was, in 1657, very close to the Savoyard throne. The young Duke Carlo Emanuele II was, of course, fully expected to marry, but the selection of his bride was unresolved, most likely, in the hope that it would form part of a broader arrangement involving Louis XIV's marriage. This cautiousness ran the risk, however, of the reigning duke dying prematurely without an heir, a danger of which contemporaries were fully aware. Carlo Emanuele's own desire to serve with the French army in 1657 was discouraged as *Madama Reale n'a point d'autre fils que luy et toute sa bonne fortune reste en sa conservation*<sup>144</sup>, and Marie-Christine was reported to have a contingency plan of marrying her pliable daughter to the prince di Carignano *pour continuer à gouverner par son moyen s'il mésarrivoit de M. de Savoie*<sup>145</sup>. The deaf-mute Emanuele Filiberto, prince di Carignano, was next in line to the Savoyard throne, and, although educated with remarkable success, he was not expected to have heirs, so that his younger brother, the comte de Soissons, now the husband of one of Mazarin's nieces, ranked high in the Savoyard succession for as long as Carlo Emanuele remained without a legitimate male heir. Indeed, as late as 1680, when Olympe was embroiled in the affaire des poisons, her rank as *première princesse de Savoie* earned her special consideration<sup>146</sup>.

By 1657 the familial system created by Mazarin had acquired a life of its own. Marriage to one of the remaining nieces brought with it not only attachment to the fifty-five-year-old cardinal and his huge resources but strong bonds as well to the families of the four princes who already had Mancini or Martinozzi brides. Future candidates for the nieces were aware that their children would have as close cousins members of the Houses of France, Savoy and Este, while the interest shown by those already married into the system in subsequent marriage negotiations indicates an appreciation of the extension of a political machine to which they belonged<sup>147</sup>. The remaining and the youngest members of the family, Alphonse and Marianne Mancini, had arrived in France in 1655, and following Olympe's marriage in 1657, therefore, three nieces, Marie, Hortense and the eight-year-old Marianne, remained to establish. Giovanni Battista Nani, the Venetian ambassador, reported in his *relazione* that *parlandosi di accasarle con principi sovrani ed in case reali, la loro minor fortuna sarà di esser accompagnate a principali del regno*<sup>148</sup>. The number of candidates grew to include a Longueville prince, Prince Charles of Lorraine, an Orsini and the tenacious La Meilleraye<sup>149</sup>, while there was also an attempt to arrange

143 *Mazarin fu gongolante di gioia per un matrimonio che faceva contrarre alla sua famiglia alleanza con quella di Savoia ... [e] faceva tosto allestire doviziose carrozze, su cui spiccava lo stemma Mazzarino «accostato» a quello della casa di Savoia* (CLARETTA, see n. 140) vol. I, p. 213.

144 AAE, CPS, vol. 52, fo. 44: Servien to Mazarin, 3 February 1657.

145 AAE, CPS, vol. 52, fo. 505: Servien to Mazarin, 6 October 1657.

146 Giovanni Battista PRIMI VISCONTI, *Mémoires sur la cour de Louis XIV*, ed. Jean-François SOLNON, Paris 1988, p. 162.

147 Anne-Marie Martinozzi's reply to her husband, the prince the Conti, on 1 September 1654, *Vous me demandez des nouvelles du mariage de Mlle de Mancini* cited in BARTHÉLEMY (see n. 2) p. 30, is one instance of such clear interest.

148 *Relazioni di ambasciatori veneti al Senato, tratte dalle migliori edizioni disponibili e ordinate cronologicamente*, ed. Luigi FIRPO, vol. VII, p. 53. Nani was the ambassador of the Republic of Venice to the French court in 1659–1660.

149 ASMo, CDE, CP 1393, A/133: *Relatione ...* (see n. 54).

a marriage with Condé's heir, the duc d'Enghien, as part of a reconciliation of his father to the French court<sup>150</sup>. The three marriages arranged for the youngest nieces group themselves together as they were resolved only as the cardinal was clearly dying and as they reflect two of his preoccupations during his last years, the structure of his heritage, literally the Mazarin estate, and what John Wolf has called 'the Mancini crisis'<sup>151</sup>, Louis XIV's passionate infatuation with Marie Mancini and his fruitless attempts to extract the permission of Anne of Austria and Mazarin to their marriage, a project which threatened the peace negotiations with Spain, a central part of which was the king's marriage to his (twice-over) first cousin, the Infanta Doña Maria Teresa, the daughter of Felipe IV.

Paul Mancini had been killed in 1652, and three years later Mazarin still referred feelingly to *la morta immatura d'un mio nipote di molta aspettazione*<sup>152</sup>. For Philippe Mancini, the cardinal evinced a positive dislike, writing dismissively of him in 1657 that *il n'y a rien à faire ou je suis bien trompé*<sup>153</sup>, and, following Philippe's participation in a debauch at Roissy in 1659, the cardinal had his least favourite nephew imprisoned at Breisach, from which incarceration he was not released until Louis XIV's wedding journey in 1660. Alphonse Mancini, *qui promet beaucoup* according to Jean-Baptiste Colbert<sup>154</sup>, seems to have renewed the hopes which his uncle had placed upon the dead Paul, and it seems likely that it is of Alphonse that Mazarin's anonymous biographer referred: *a fanciullogli [che] ... si erede per certo, un giorno vederlo un gran principazzo nel regno di Francia e che sia per ritenere il cognome e casato (sic) de' Mazarini*<sup>155</sup>. Alphonse's accidental death in 1658 eliminated this possibility, and Mazarin's refusal to name Philippe as heir to his entire fortune dictated a compromise, in the form of a division, once specific bequests were made, between Philippe and Hortense. Philippe was to receive *les duchés et pairies de Nivernois et Donzoi, leurs appartenances, dépendances et annexes, par son Eminence acquis de Monseigneur le Duc de Mantoue* [as duc de Nevers] in 1659, 600 000 livres, *les deux-tiers des aides de Mortagne, trois sols à prendre en onze sols de droit sur le ... sel de Brouage*<sup>156</sup>, *all ses biens de Rome*<sup>157</sup>, along with half of the Hôtel Mazarin in

150 Henri MALO, *Le grand Condé*, Paris 1980, p. 382. As early as 10 July 1654, Bartet reported, to an unidentified correspondent, that *Madame de Longueville prie M. de Viole de ne pas perdre temps à donner avis à Mgr le Prince que si il veut escouter à l'accommodement [avec la cour], Madame de Longueville y veut disposition sur tout M. le Prince voulant bien donner son fils à une des nieces moyennant quoi on fera à M. le Prince tous les avantages possibles* (AAE, MDF, vol. 893, fo. 100). My warm thanks go to James Inglis-Jones for providing me with this citation. Rumours of such plans received an international circulation, and an anonymous manuscript newsletter from Paris, dated 8 July 1655 and sent to Britain, reported that *On croit pour certain que M. le Prince s'accommodera avec le Cardinal et que M. le Duc d'Anguien epousera une nièce qu'on garde ici pour cela* (PRO, SP 78/113, fo. 52).

151 John WOLF, *Louis XIV*, New York 1968, pp. 96–113.

152 ASMo, CDE, CP 1393 A/132: Mazarin to Francesco I d'Este, (no day specified) April 1655.

153 CHÉRUÉL, vol. VII, pp. 509–510: Mazarin to Jean-Baptiste Colbert, 17 June 1657.

154 CHÉRUÉL, vol. VII, p. 509: Colbert to Mazarin, 14 June 1657.

155 ASMo, CDE, CP 1393, A/133: *Relatione* ... (see n. 54).

156 BN, PO 1906 (4): *Extrait du Testament et ordonnance de dernière volonté de feu très-illustre et éminentissime Monsieur Jules Cardinal Mazarini* ...

157 BN, PO 1824 (11): *Sommaire pour Messire Jacques-Hippolyte, marquis de Mancini ... contre Messire Philippe-Jules-François Mazarini-Mancini, duc de Nevers*.

Paris and its collection. In a letter written on the day of his death, 9 March 1661, Mazarin correctly informed Cardinal Francesco Maria Mancini, that he had *riservato un assai grande e nobile portione della mia heredità per Filippo, nostro nipote*<sup>158</sup>, while, three days earlier, he had assured his sister, Margherita Martinozzi, that Philippe would be *sotto* [la protezione] *del Re, che avrà la bontà di accasarlo secondo la conditione in chi lo lascerà, che sarà assai considerabile in questo Regno*<sup>159</sup>. As the Nevers duchy retained strong associations with sovereign status, Philippe's hierarchical position became roughly comparable to those of his sisters and cousins<sup>160</sup>. The other half of the Hôtel Mazarin and its collection<sup>161</sup>, the duché de Mayenne, also acquired from the Gonzaga and to be re-erected as the duché de Mazarin, and all the rest of Mazarin's possessions in France were bequeathed to Hortense and her new husband, Armand de La Porte, marquis de La Meilleraie, *fondato nella sua persona e in questa di suo marito col titolo di duca la conservazione del nome, delle armi e della casa mia*<sup>162</sup>. If not the universal heiress she is so frequently depicted, Hortense nevertheless received what Pierre Goubert has racily termed 'la dot record'<sup>163</sup>.

Hortense had been progressively perceived, during the last years of her uncle's life, as potentially the wealthiest heiress in France, and as such her marriage to La Meilleraie was anything but the foregone conclusion depicted by French historians resolved to view the union as a pious tribute to the memory of Richelieu. With such a mighty fortune at stake, many possibilities were considered. Carlo Emanuele II of Savoy and Charles II of England, both of whom remained sentimentally attached to

158 BE, MI 743: X.V.8.8.: Mazarin to Cardinal Francesco Maria Mancini, 9 March 1661. As this is a copy, the exact date of the letter must be questioned. Pierre GOUBERT (see n. 3) p. 478 correctly draws attention to the lack of convincing studies on the extent of Mazarin's Roman fortune.

159 BE, MI 743: X.V.8.8.: Mazarin to Margherita Martinozzi, 6 March 1661.

160 The duché de Nevers had previously been in the possession of cadet branches of the sovereign Houses of Kleve and, then, of Gonzaga, and dukes of both these lines ranked as *princes étrangers* at the French court. Following Lucien PEREY, *Un petit-neveu de Mazarin: Louis Mancini-Mazarini, duc de Nivernais*, Paris 1890, p. 2, n. 1, the duché de Nevers was the «dernier duché féodal: le duc était nommé par le roi gouverneur du Nivernais pour concilier l'autorité royale avec ses droits seigneuriaux». The association to some form of sovereign rank for the duchy accorded to his sole surviving nephew accords well with Mazarin's strategy to marry his nieces into sovereign Houses. I am most grateful to Dr John Rogister for a discussion of his views on this subject and for this bibliographical reference. For a thorough discussion of the juridical structure of this territory see L. DESPOIS, *Histoire de l'autorité royale dans le comté de Nivernais*, Paris 1912, especially p. 372, where it is observed of Mazarin's purchase that «Pas plus qu'auparavant, le Nivernais ne tombait dans le domaine de la Couronne, et il gardait sa situation exceptionnelle de dernier représentant des grand fiefs médiévaux.»

161 Philippe received «la moitié de son palais, celle qui avait son entrée sur la rue de Richelieu, avec la moitié des richesses et des collections qu'il renfermait», while Hortense's half of the palace gave on to the rue Neuve-des-Petits-Champs. (Gabriel-Jules COSNAC, *Les richesses du Palais Mazarin*, Paris 1884, pp. 271–272). See also Jacques HILLARET, *La rue de Richelieu*, Paris 1966, pp. 149–150. Wendy HEFFORD, *Cardinal Mazarin and the Earl of Pembroke's Tapestries*, in: *The Connoisseur*, vol. CXCIV, no. 786 (August 1977) pp. 286–290 provides the example of tapestries woven after Raphael's cartoons of the «Acts of the Apostles» which moved from Mazarin's collection into Nevers's hands and are now, perhaps because of Philippe's Roman interests, in the *Gallerie Nazionale delle Marche*, Palazzo Ducale, Urbino.

162 BE, MI 743: X.V.8.8.: Mazarin to Cardinal Mancini, 9 March 1661.

163 GOUBERT (see n. 3) p. 476.



Hortense in later years, evinced interest. The House of Savoy most likely demanded too much in return for the installation of Hortense as Duchess-consort. During a flurry of speculation in 1654 about a marriage between Carlo Emanuele and one of the nieces, the Este envoy listed Torino's terms: Mazarin's aid in securing Louis's marriage to Marguerite-Yolande followed by *non solo la ristituzione di Pignerolo, la liberazione della cittadella di Torino dal presidio francese, a cioè [gli] Spagnuoli potessero restituire Vercelli e prodursi pace in Italia, ma sicurezzo insieme per la ricuperazione di Ginevra*<sup>164</sup>. By the late 1650s some of these demands were no longer pertinent, but recovery of Pinerolo remained a prime goal of Savoyard policy, and, however improbable the persistence of interest in Geneva may seem to some historians, Hortense herself attributed the failure of her Savoy match to *le refus où M. le Cardinal s'obstina d'abandonner Genève en considération de ce mariage*<sup>165</sup>. While Charles Stuart was in exile and Mazarin allied to Cromwell, there was no question of a Stuart-Mancini marriage, but, propelled by Queen Henriette-Marie, such a project was discussed, after the British restoration, as late as December 1660, when the cardinal finally resolved *que les mortifications que je recevois de tous les bruits qui courent là-dessus ne profiteroient de rien ny aux interests ny à la personne de Soudite M.té*<sup>166</sup>.

Mazarin had considered a range of possibilities for Hortense, and, according to the abbé Choisy, *Il avait balancé quelque temps entre le grand-maître [La Meilleraie] et le prince de Courtenay, qu'il eût fait reconnaître prince du sang*<sup>167</sup>. Indeed, Louis XIV granted a pension of 2000 livres to Jean-Armand de Courtenay in 1658<sup>168</sup>. The Courtenay were descended directly in the male line from the twelfth-century King Louis VI of France and in the thirteenth century three Courtenay princes had been Emperors of Constantinople. By the seventeenth century, however, their fortunes had declined vertiginously, for the Courtenay were not only impoverished but were also without the rank to which they, and others at court, felt they were due. A book attributed to Mlle de Montpensier described *Cette maison quoy qu'illustre et véritablement sorties des Roys de France, est aujourd'huy fort abbatue et à moins que le Roy par sa bonté ne se plaise à la relever, elle est en danger de ... se contenter du simple titre de noblesse*<sup>169</sup>. Mazarin's proposal was to re-integrate officially Courtenay into the French succession, after the prince de Conti, *en lui donnant une de ses*

164 ASMo, CDE, AF 115: Manzieri to Rinaldo d'Este, 22 May 1654.

165 Hortense Mancini (see n. 1) p. 36.

166 CHÉRUÉL, vol. VII, p. 675: Mazarin to the abbé Walter Montagu, 8 December 1660. John MILLER, Charles II, London 1991, p. 90 presents Hortense as Henriette-Marie's candidate in preference to Catherine of Bragança.

167 François-Timoléon, abbé de CHOISY, *Mémoires pour servir à l'histoire de Louis XIV*, ed. Georges MONGRÉDIEN, Paris 1979, p. 60.

168 ASMo, CDE, CP 1562 A/6: Louis XIV to Rinaldo d'Este, 29 October 1658. Louis mentioned in this letter a pension of 2000 livres to Jean-Armand de Courtenay and other pensions to Robert and to Roger de Courtenay, respectively the uncle and brother of Louis-Charles and both abbé de Chaalis (Père ANSELME, *Histoire genealogique et chronologique de la Maison de France...*, Paris 1712, vol. II, p. 238).

169 [? Anne-Marie-Louise d'Orléans, duchesse de MONTPENSIER], *Les pourtraicts de la cour*, Köln 1667. Given some errors of fact on family relationships within the House of France, there must be doubts about the authorship and the date of the volume, while Köln was frequently a fictitious imprint for books thought dangerous to acknowledge as published in France.

*nièces en mariage et le faisant déclarer prince du sang*, but the project collapsed when the chosen Louis-Charles de Courtenay, accompanying Mazarin to the peace conference at Saint-Jean-de-Luz, *passa tout le voyage avec les pages du cardinal* and hence *perdit la fortune que le cardinal ... avait résolu de lui faire*<sup>170</sup>. This bizarre episode is best understood within the structure of the careers of the other princes allied to Mazarin by marriage, all of whom were expected to play a prominent governmental or military role in the implementation of Mazarin's policies, a responsibility, it would seem, to have been deemed beyond the capacities of Courtenay<sup>171</sup>.

The La Meilleraye had been a constant factor in Mazarin's matrimonial strategy, an option always available should the cardinal care or need to use it. The enormous wealth of the family, the link to Richelieu and loyalty to Mazarin during the Frondes all counted in favour of such a match, but, having married four nieces into sovereign Houses, Mazarin was obviously attracted by proposals which would establish Hortense, selected to inherit such a large portion of his wealth, at a level at least equal to those on which he had placed her sisters and cousins. Mazarin could afford to keep the La Meilleraye proposal in reserve as a second choice while other possibilities were discussed, but Hortense's wedding to Armand-Charles de La Porte on 28 February 1661, just over a week before the cardinal's death, most likely reflected the realisation of how little time was left to resolve the question of the inheritance and the marriage of the fifth niece. Something of this haste is suggested in Mazarin's death-bed letter to Cardinal Mancini sending *l'avviso di Ortensia nostra nipote maritata e il matrimonio non solo concluso ma consumato con Gran Mastro dell' Artigliaria, figliuolo del Sig. Maresciallo della Migliarè, gentiluomo di ottimi costumi ... delle prime ricchezze del Regno*<sup>172</sup>. The sense of pressure is also indicated by the fact that the cardinal's testamentary arrangements were finalised in a notably concentrated period of time, from 3 to 7 March.

Hortense was the only one of Mazarin's nieces whose husband neither had nor claimed princely status<sup>173</sup>, but the cardinal, nevertheless, provided for the new addition to the family in ways strikingly similar to those which had effectively 'enfiefed' Mercœur and Conti in the south by marking out Alsace, another key frontier province, for La Meilleraye. The Landgrafschaften of Haute- and Basse-Alsace, bordering on the Rheinland principalities of the Holy Roman Empire, along with the fortress of Breisach, had been attached to the French crown only at the Treaties of Westphalia in 1648, and, as Georges Livet, the doyen of Alsatian studies, has observed, constituted 'une province si exposée'<sup>174</sup>. Exactly how exposed they

170 SAINT-SIMON (see n. 25) vol. XXIX, p. 113 and vol. XLI, p. 147.

171 Mazarin clearly expected a high level of administrative competence from the men who married his nieces and remonstrated with them when they fell short of his requirements, pointedly writing to Mercœur, on 14 November 1656, *j'estime, Monsieur, que vous ne devez pas perdre un moment de temps à vous rendre en Provence*. (AAE, CPS, vol. 51, fo. 114). Of Conti, it has been noted that 'Until his death in 1666 he played an active role' as *gouverneur* of Languedoc (William BEIK (see n. 77) p. 113).

172 BE, BI 743: X.V.8.8.: Mazarin to Cardinal Mancini, 9 March 1661.

173 The author of *Les pourtraicts de la cour* (see n. 169) p. 103 praised Armand-Charles *pour sa moderation, ayant refusé le titre d'Altesse, qu'on vouloit luy donner à cause de la principauté d'Elsass*.

174 Georges LIVET, *Le duc Mazarin (1661-1713)*, Strasbourg 1954, p. 13. The richness of Livet's documentation is partially due to his extensive use of the Mazarin papers preserved in the Archives

were had been demonstrated in the summer of 1652 with brutal clarity when their *gouverneur*, the comte d'Harcourt, another member of the House of Lorraine, seized the fortress of Breisach in an attempt to establish a sovereign principality. Harcourt's attempt to carve out a second Lorraine sovereignty in close proximity to the patrimonial duchy at the same time that negotiations were taking place for the restoration of Duke Charles IV to Lorraine focussed Mazarin's thinking on the strategic importance of Alsace. *Je finiray en vous disant que, comme les affaires sont en un estat où l'on ne sçauroit faire la paix sans restablir M. de Lorraine, il n'y a rien que le Roy ne doive pratiquer pour empescher que cet etablissement [Breisach] ne demeure entre les mains d'un prince de la maison de Lorraine, estant aysé de prevoire le prejudice irreparable que la France en souffriroit avec le temps*<sup>175</sup>. Once accommodation had been reached with Harcourt, Mazarin assumed the *gouvernement* of Alsace for himself, ceding it to La Meilleraie as part of Hortense's marriage contract. This contract stipulated a grant of the duché of Mayenne, 1200000 livres »pour acquérir une terre de dignité, the transferral of the *charges, en survivance* to Mazarin, of *gouverneur* of Breisach, of Philipsbourg, of Haute- and Basse-Alsace, along with those *de Grand Bailli du Landfogtey de Hagenau*, with *la substitution des choses ci-dessus cedées à l'aîne des mâles et au défaut de posterité dudit mariage, tout appartiendra au haut et puissant seigneur Messire Philippe, marquis de Mancini*<sup>176</sup>, soon to be duc de Nevers<sup>177</sup>. The dying Mazarin followed the pattern of the Mercœur and Conti marriages by establishing his new kinsman in a critically important and exposed frontier province with strong traditions of separatism, over which, in this instance, he seemed to hope to exercise some posthumous control. The geographic focus, moreover, had shifted from the south and from the Italian states, for Mazarin's interest in the north-east corner of France evinced by the arrangements surrounding Hortense's marriage had been foreshadowed slightly earlier by the nomination in 1660 of another nephew-by-marriage, the comte de Soissons, as *gouverneur* of Champagne and Brie, the critical northern provinces with direct access to both Lorraine and the Southern Netherlands<sup>178</sup>.

In such manner, Mazarin acted to preserve the integrity of the French border by

princiers de Monaco at Monte-Carlo, the Grimaldi-Matignon Princes of Monaco being the eventual heirs of Hortense and Armand-Charles after the extinction of their male descent in 1738 and the transmission of the inheritance via the Dufort-Duras (see note 215) and, then, the Aumont to the sovereigns of Monaco. Livet's study of Armand-Charles should be supplemented by Georges LIVET, *L'intendance d'Alsace*, Strasbourg 1991.

175 CHÉRUÉL, vol. V, p. 279: Mazarin to Michel Le Tellier, 22 August 1652.

176 LIVET, Mazarin (see n. 175) pp. 15–16.

177 La Meilleraie also claimed the *gouvernement* of Bretagne, of which he had the *lieutenance-générale*, but this was blocked by the obstinacy of the incumbent, the Queen-mother, Anne of Austria. CHOISY (see n. 167) pp. 58–59.

178 The *gouvernement* of Champagne and Brie in the seventeenth century awaits proper archival study and demands further research. Following secondary sources, it is stated by Maurice POINSIGNON, *Histoire générale de la Champagne et de la Brie, Châlons-sur-Marne et Paris 1885–1886*, vol. III, p. 141, that the prince de Conti, who had been named *gouverneur* in 1647, was re-established in this *charge* in 1654, but »fut pendant ses absences supplée par l'Hôpital«, François de l'Hôpital, comte de Rosnay. Clearly, given his *gouvernement* of Guyenne and his military obligations, Conti was frequently absent from Champagne, but the possibility that l'Hôpital was rather more than a substitute is suggested by Charles LORQUET, *Un gouverneur de province au XVII<sup>e</sup> siècle: le Comte*

using members of his own family. At the same time, the cardinal always kept the interests of the *casata* itself firmly in mind, and the marriage of Marie Mancini to Lorenzo Onofrio Colonna demonstrates his determination to protect and extend his family's position among the Italian states as well as in France. The Mancini-Colonna marriage should not be seen solely as an act of panic engineered by the dying cardinal in order to remove Marie from a court in which her position had become untenable<sup>179</sup>. There can be no doubt that both Queens of France, Anne of Austria, and her new daughter-in-law, gallicised as Marie-Thérèse, also her niece, were eager to have Marie removed from court, and that Mazarin was under considerable pressure to find a solution at a time when his health collapsed so rapidly that attention had to be paid to his own succession as well. One serious candidate, Prince Charles of Lorraine, the nephew and heir of Duke Charles IV, was viewed as a possible means of resolving the differences between France and Lorraine, which had been occupied by the French for over twenty-five years. Prince Charles's father, François of Lorraine, encouraged the match as *un moyen sûr de rétablir sa Maison et de s'assurer à son fils la possession du Barrois et la succession du duché de Lorraine*<sup>180</sup>. Such a proposal implied the use of Marie, following the examples of her sister Olympe and of Laura Martinozzi, as an instrument of French foreign policy, their *de facto*, if not *de jure*, adoption as virtual French princesses, the very consummation of whose marriages with foreign princes served as the gauge for accords reached between different dynasties. Early in September 1659, Duke Charles IV sent an emissary to Saint-Jean-de-Luz to see Mazarin and to assure him of the duke's determination not to re-marry and to leave all to his nephew. A marriage seems to have been proposed, as Charles IV's envoy requested that Mazarin *le restablîst plainement en tous ses biens ... et que j'y devoit prendre interest à cause de l'alliance qu'il me proposoit. Enfin il me parla de rendre tout à Monsieur de Lorraine comme s'il s'agissoit que d'une paire de gands*<sup>181</sup>. Despite Mazarin's rebuff, the proposal for a Lorraine marriage for Marie was not abandoned. Marie and Prince Charles spent time in each other's company and, following the king's marriage, an affinity grew between them, leaving traces in Marie's *mémoires*, which recorded *l'estime particulière que j'avais pour lui*<sup>182</sup>. Progress was sufficiently advanced for Prince Charles both to make his declaration and to submit to the cardinal the concomitant demands of his House. Mazarin's rhetorically lofty rebuff, offended and offensive, killed all further speculation about a Mancini-Lorraine marriage. *J'ay esté un peu surpris de voir le commencement de la*

de Soissons à Reims, Reims 1875, pp. 4–5, who links the nomination of Soissons directly to l'Hôpital's death in 1660, also the year of Conti's nomination to the *gouvernement* of Languedoc.

179 Louis's romance with Marie Mancini drew European-wide attention at the time and has generated a voluminous literature ever since. In addition to PEREY (see above n. 2) and WOLF (see above n. 151), see Claude DULONG, *Le mariage du Roi-Soleil*, Paris 1986.

180 Stéphane GABER, *Et Charles V arreta la marche des Turcs*, Nancy 1986, p. 15. For the complications of the position of the House of Lorraine in the late 1650s and early 1660s see Gaston ZELLER, *Le traité de Montmartre*, in: *Mémoires de la Société d'archéologie lorraine*, ser. IV, vol. XII (1912), pp. 5–71, p. 10 for the various marriage projects for Prince Charles of Lorraine.

181 BL, Additional Manuscripts 28,845, fo. 178: Mazarin to Le Tellier, 4 September 1659 (copy).

182 Marie MANCINI (see n. 1) p. 115. The authenticity of Marie's *mémoires* are in doubt, but, as John Wolf observed, if the volume 'was not written by Marie herself, it was obviously written by someone who knew her and her career very, very well'. WOLF (see n. 151) p. 627, n. 3.

lettre que j'ay receu de la part de V. Alt., n'ayant pas remarqué jusqu'icy que ma niece eust des qualitez si belles et si charmantes qu'elles pussent gagner si viste le cœur d'un prince comme vous, et de plus obliger V. Alt. à luy declarer son affection, sans avoir, au préalable, pris la peine de m'en escrire; mais ayant veu, dans la suite, la proposition qu'Elle [i.e. V.A.] me faict de m'employer auprez du Roy pour vous remettre le duché de Bar, il m'a esté fort aysé de demesler le véritable charme qui portoit V. Alt. à cette recherche, et je vous avoue que j'ay esté en quelque façon mortifié de voir qu'on m'ayt creu capable de songer seulement à procurer le moindre avantage à mes nieces aux despens du Roy et de l'Estat<sup>183</sup>. This explosion of elevated moral grandeur marked the final chapter in the history of Mazarin's always troubled relationship with the House of Lorraine<sup>184</sup>.

If a means of removing Marie from the French court in a manner which was both honourable and definitive could not be found within the structure of high power politics, the Colonna proposal provided considerable allure for Mazarin in realising his own personal family strategy. Although two nieces had been married already to Italian princes, Mazarin, involved in the complications of his testamentary provisions, was clearly determined to preserve the position of the *casata* in, specifically, Rome. Mazarin's interests in Rome had been overseen by his father, Pietro Mazzarini, until his death in 1654, following which the cardinal's 'presence' in the papal capital was maintained by his two sisters, Anna Maria, from 1657 the prioress of Santa Maria di Campo Marzo, and Margherita Martinozzi, who had settled in Rome after escorting her daughter to Modena<sup>185</sup>, and by a brother of Lorenzo Mancini, Francesco Maria Mancini. It was Francesco Maria who, in effect, had succeeded Pietro Mazzarini as the effective director of the Mazarin machine in Rome, and in 1660 the cardinal obtained for him the French crown's nomination to the Sacred College<sup>186</sup>. Mazarin had reinforced this role by bequeathing the recently-elevated Cardinal Mancini *quattro abbadiie colle quali potra V.E. sostenere altamente il suo grado*<sup>187</sup> and nominated him as the administrator of his goods in Rome<sup>188</sup>. Cardinal Mancini lived until 1672, leaving Philippe Mancini, duc de Nevers as his heir<sup>189</sup>, and Margherita Martinozzi died as late as 1685, so that at his own death in 1661 Mazarin

183 CHÉRUÉL, vol. IX, p. 633: Mazarin to Prince Charles of Lorraine [afterwards Duke Charles V], 4 July 1660.

184 It is difficult to follow the rosy picture of the House of Lorraine as »un auxiliaire intéressé de Mazarin« presented by Adolphe CHÉRUÉL, *Histoire de France sous le ministère de Mazarin*, Paris 1882, vol. II, p. 43.

185 It would seem that the Este would have preferred the formidable Margherita Martinozzi to have remained on the far side of the Alps rather than to have returned to Rome, comparatively close to her daughter in Modena. Manzieri wrote to Francesco I d'Este on 23 October 1654 that *lo mi sono scordato di dire a V.A. che Madama Martinozzi, sorella di S. Card.e Mazzarini, pretende di tornarsene a Roma a quante ho conosciuta, ma se sarà possibile di ritenerla qui io ci farò le miei parti* (ASMo, AF 115).

186 BN, DB 422, p. 13: Jean-Baptiste l'Hermite (dit Tristan), *Discours historique et genealogique sur l'illustre et ancienne maison de Mancini*, Paris 1661, noted that Mancini had been made a cardinal on 5 April 1660 *en faveur de la couronne de France*, as does a *Mémoire genealogique de la Maison Mancini* in BN, PO 1824 (22).

187 BE, MI 743: X.V.8.8.: Mazarin to Cardinal Mancini, 9 March 1661.

188 BN, PO 1824 (11): *Sommaire pour Messire Jacques-Hippolyte, marquis de Mancini*... (see n. 157).

189 Ibid.

had established the necessary infrastructure to sustain his nephew's position in Rome. Help could also reasonably have been expected in the future from consecutive Este cardinals<sup>190</sup>.

Mazarin had carefully planned the family structure as well. At Mazarin's death Philippe was unmarried, but the cardinal, in assigning his Roman property to his nephew, stipulated a *charge de substitution en faveur de son second fils mâle ... [voulant] que le substitué soutînt à Rome avec dignité le nom de Mancini qui y est illustre depuis plusieurs siècles*<sup>191</sup>. Mazarin envisaged or, at least, had made testamentary provision for three branches of his family, the ducs de Mazarin descended from Hortense, the ducs de Nevers from Philippe's first son and a line established in Rome coming from Nevers's second son. The system was, moreover, designed to be interlocking, for in the same way that Philippe was to inherit from Hortense and Armand-Charles should their marriage be childless, the duc de Mazarin was named as Philippe's heir should he fail to leave issue. In this meticulously elaborated programme to maintain his family in Rome, one element was missing, a strong bond to one of the great princely, as distinct from papal, families of Rome. Marie's marriage to Prince Lorenzo Onofrio Colonna, the *Connestabile* of Naples, placed her at the centre of a network of Colonna dukes, cardinals and other clans, such as the (Roman) Conti and the Barberini, who were attached to it by marriage. Her children would provide Colonna first cousins for the offspring of Nevers, and although Marie's marriage may have been dictated by the desire to distance her from Louis XIV and his new queen and may have been facilitated by Mazarin's old ties of *clientèle* to the Colonna, alliance with Lorenzo Onofrio, nevertheless, fitted logically into the cardinal's own personal family strategy.

Although the Colonna-Mancini marriage had been concluded by the time of Mazarin's death on 9 March 1661, the wedding itself was not celebrated until the next month, on 11 April. Marie departed for Rome promptly afterwards, leaving only one niece unmarried, the benjamin de la tribu, Marianne, who *resta ... sotto la casa e la protezione della Regina*, Anne of Austria<sup>192</sup>. Marianne Mancini's marriage to Godefroy-Maurice de La Tour d'Auvergne, sovereign Duke of Bouillon took place in 1662, and there are reasons to doubt Choisy's report of Mazarin's opposition to this project, *le cardinal, presque agonisant, n'avait voulu écouté aucune proposition* on his death-bed, having been annoyed by the *Peu d'empressement M. de Turenne* [Bouillon's uncle] *avait montré pour ce mariage*<sup>193</sup>. As with his arrangements for the establishment of a branch of the family in Rome, there is more than a hint of Mazarin's desire to control d'outre-tombe the workings of the dynastic machine he had set in place in the provisions made for Marianne, not yet thirteen years old at her uncle's death.

The possibility of a Bouillon marriage to one of Mazarin's nieces appeared as early as 1650 when Michele Morosini, the Venetian ambassador, reported that it was *fermamente nell' animo di signor Cardinale ... di maritare una delle nipoti con il*

190 I shall address myself elsewhere to the career of Philippe Mancini and to the Mazarin system in Rome.

191 BN, PO 1906 (4): *Extrait du Testament ...* (see n. 156).

192 BE, MI 743: X.V.8.8.: Mazarin to Margherita Martinozzi, 6 March 1661.

193 CHOISY (see n. 167) pp. 60–61.

*primo genito di Buglion*<sup>194</sup>, while, in the subsequent year, Mazarin informed Lionne *que M. le Duc de Bouillon et son frere [Turenne] ... ont disposition de me servir; qu'avec un mariage on les y engageroit tout-à-fait*<sup>195</sup>. This first suggestion of a Bouillon matrimonial alliance coincided, therefore, with the negotiations for the cession to France by the La Tour d'Auvergne of one of their two sovereignties, Sedan, in return for *des lettres patentes pour conserver à M. de Bouillon & à toute sa maison & posterité le rang de Prince*<sup>196</sup>, another indication of Mazarin's concern with the exposed frontiers of the kingdom. The La Tour d'Auvergne retained the sovereign duchy of Bouillon but received further compensation for Sedan in the form of the duchés-pairies of Albret and Château-Thierry and a collection of comtés, including Évreux and, most significantly, Auvergne<sup>197</sup>. Auvergne was the cradle of the dynasty, and throughout the seventeenth century the La Tour d'Auvergne pursued a two-pronged policy of preserving outside of France their status as sovereign Dukes of Bouillon, which had been acquired through marriage in 1591, while building up within France a powerbase centered on their province of origin, where they already possessed significant holdings. As late as 1694, Cardinal de Bouillon attempted to purchase from the duc d'Orléans, Louis XIV's younger brother, the dauphiné of Auvergne in an attempt to combine it with the comté which the family acquired in 1651, and, following the king's disapproving speculation, *faire appeler un de ses neveux prince-dauphin*<sup>198</sup>. In this strategy acquisition of the *gouvernement* of Auvergne was a prime goal.

Mazarin was cautious about such a project, *conscient du risque il y avait à constituer une vaste principauté au profit des Bouillon, qui se piquaient de descendre des anciens comtes d'Auvergne*<sup>199</sup>. He was, nevertheless, also careful to keep the *gouvernement* of Auvergne safely in his own hands so that he could dispose of it as necessary<sup>200</sup>. When the Duke of Modena requested this *gouvernement* in 1658 the cardinal expressed surprise. *Il n'est pas vacant. Le duc de Candale ne l'avait eu qu'en dépôt au moment où l'on enleva de son père le duché de Guyenne. Il appartient à Mazarin, qui a refusé de le céder même au comte de Soissons*<sup>201</sup>. As the 1650s

194 Morosini's dispatch, dated 2 August 1650, is cited in Adolphe CHÉRUEL, *Histoire de France pendant la minorité de Louis XIV*, Paris 1879–1880, vol. IV, p. 179, n. 1.

195 CHÉRUEL, vol. IV, p. 285: Mazarin to Lionne, 14 June 1651.

196 Étienne BALUZE, *Histoire généalogique de la Maison d'Auvergne*, Paris 1708, vol. I, p. 455.

197 Suzanne d'HUART, *Archives Rohan-Bouillon*, Paris 1970, p. 14.

198 SAINT-SIMON (see n. 25) vol. II, p. 204.

199 Abel POITRINEAU, *Heurs et malheurs de l'Auvergne sous la monarchie absolue (1624–1770)*, in: *Histoire de l'Auvergne*, ed. André-Georges MANRY, Toulouse 1974, p. 292.

200 There had been a suggestion of ceding this *gouvernement* either to Mercœur or to Candale during negotiations with both dukes for marriages to the nieces in the early 1650s.

201 CHÉRUEL, vol. VIII, p. 724: resumé of a letter from Mazarin to Manzieri, 5 June 1658. Soissons did not receive a *gouvernement*, that of the Bourbonnais, until 1659, two years after his marriage. In 1660 he was *ambassadeur extraordinaire* in London in connection with the marriage of Henrietta Anne Stuart to Philippe de France and was also appointed to the *gouvernement* of Champagne: BRAUBACH (see n. 140) vol. I, p. 27. Shortly after his marriage, however, he had obtained the lucrative *charge* of *Colonel-général des Suisses et Grisons* (Toby BOREL, *Une ambassade suisse à Paris 1663*, Paris 1910, pp. 151–152), so that, following the established pattern of the other nephews-by-marriage, Soissons was employed by Mazarin in a number of military and administrative capacities. Olympe had a role to play as well: *pour que le comte de Soissons ne trouvât pas mal marié à sa nièce*, [le cardinal] venoit

unfolded, the advance of the La Tour d'Auvergne gathered momentum. Originally a Calvinist dynasty, the members of which gradually converted to Catholicism, descent from one of the many daughters of William I of Orange made them cousins of a number of important princely Houses in the Empire, and Turenne, effective head of the House after his brother's death, continued an ambitious matrimonial policy for his nieces and nephews throughout the 1650s and 1660s<sup>202</sup>. Turenne, himself a central support of the French military effort, added additional weight to his family's position<sup>203</sup>, as did his close personal relationship with Mazarin. In 1659 the cardinal reported to Turenne that during the discussions surrounding Condé's return to France, Don Luis de Haro had evoked Mazarin's clemency to the frondeurs, *celle du bon traitement que j'avois procuré à M. le Prince de Conty et à vous, dont l'un estoit mon neveu avec grande établissement et l'autre un de mes meilleurs amis*<sup>204</sup>.

The documents surrounding Marianne Mancini's marriage suggest that, whatever Mazarin's views may have been on his death-bed, discussions leading to the Mancini-Bouillon marriage were too far advanced to be reversed. The marriage contract stipulated that in addition to the dowry of 600 000 livres, *les biens de ladite demoiselle future epouse consistent du gouvernement d'Auvergne dont il a plu à Sa Majesté [à] accorder en faveur de la demoiselle future epouse et par la consideration de la memoire de feu mondit Seigneur Cardinal Mazarin, son oncle. Les lettres de provisions en blanc ... seroient remplies du nom dudit seigneur futur epoux que Sa Majesté a agrée par ces presentes pour estre pourvu dudit gouvernement d'Auvergne au moyen du present mariage*<sup>205</sup>. Mazarin had, in effect, bequeathed to Marianne blank letters of provision for the *gouvernement* of Auvergne, to be filled in with the name of her husband only on her marriage. Louis XIV's letters of provision shed more light on the mechanism for this transfer: *Feu notre Cousin le Cardinal Mazarini nous ayant quelque temps avant son decez fait instance de conserver dans sa maison la charge de Gouverneur & nostre Lieutenant general dans nostre pays du bas & haut Auvergne, dont il estoit pourveu, nous luy en aurions accordé la survivance pour en disposer ainsi bon luy sembleroit*<sup>206</sup>. The thoroughness with which Mazarin had attached Auvergne to Marianne made it virtually impossible to award her to anyone other than the La Tour d'Auvergne family, who had consistently pressed for the marriage and for the *gouvernement*. In agreeing to the marriage, Louis XIV not only gratified the powerful House of Bouillon, he also helped bring into creation an extensive dynastic network which criss-crossed confessional lines and linked the La Tour d'Auvergne's relations based primarily in the Empire, the Nassau-Orange, the Hessen-Kassel, the Sachsen-Weimar, the Hohenzollern, the Lorraine and, after

*d'inventer pour elle la charge, jusqu'alors inconnue, de surintendante de la maison de la Reine [Marie-Thérèse]. SAINT-SIMON (see n. 25) vol. XI, p. 292. Mazarin, similarly, reserved the surintendance de la Maison de la Reine-mère for another niece, the princesse de Conti.*

202 Jean BÉRENGER, Turenne, Paris 1987, pp. 486–487.

203 *M. de Turenne, dont les services et la capacité militaire et politique avoient porté la considération et le crédit au comble ... acheva le mariage, projeté dès le vivant du cardinal Mazarin, d'une des Mancini ... avec le duc de Bouillon* (SAINT-SIMON (see n. 25) vol. XIV, p. 218).

204 BL, Add. MSS 28,845: Mazarin to Henri de La Tour d'Auvergne, vicomte de Turenne, 26 August 1659 (copy).

205 BN, MS Baluze 198, no. 146.

206 BALUZE (see n. 196) vol. II, pp. 835–836.



1667, the Wittelsbach, to the more southern dynasties which were the component parts of the Mazarin matrimonial machine, the Este, the Savoy, the Colonna and the House of France itself. Marianne's marriage to a prince whose sovereignty was enclaved between France and the duchy of Luxembourg, strengthened, moreover, the 'Mazarin presence' along the exposed north-eastern borders of the realm, a process which had begun with the appointments of Soissons and La Meilleraye to the *gouvernements* of, respectively, Champagne and Alsace.

In analysing this sequence of seven marriages stretching from 1651 to 1662 it is necessary to be aware of the drawbacks of a remorselessly linear approach and to bear in mind that each negotiation was accompanied by setbacks and reverses and, very frequently, multiple candidates. The matches which did not succeed, of which Candale, Courtenay and Charles of Lorraine are but three examples, can shed as much light upon the ambitions, aspirations and hidden assumptions of the dynastic system as those which did result in a marriage. It is extremely doubtful whether Mazarin began with a grand matrimonial scheme, other than establishing his nieces well. One important marriage led to another and the family machine evolved gradually. As it is now accepted that the only fortune in the seventeenth century to outshine that of Richelieu was that of his protégé Mazarin, it is worth observing that while of all the marriages for his female relations arranged by Richelieu only two were to men of undisputed princely rank, the Condé and Harcourt matches<sup>207</sup>, only one of Mazarin's nieces, Hortense, did not marry a prince. It should be pointed out as well that Mazarin had had a greater social distance to travel than had Richelieu in his rise and in engineering that of his family. Mazarin, again unlike his patron, also succeeded in deploying some of the nieces as instruments of foreign policy, in addition to using others to protect his own position within France.

Thanks to the researches of Bergin and Dessert it has also become a commonplace to view Mazarin's financial dealings as a mixture of the public and the private, concepts which may have had limited meaning for the cardinal himself, who, from his exile in Brühl in 1651, listed the expenditures from his own purse *soit pour assister des ambassadeurs, pour payer des pensions secretes ... soit pour en payer de publiques ... trois cent mille livres, si je me souviens bien, au duc de Modene, et, dans ces dernieres années, vingt-quatre mille escus à M. le Cardinal son frere, protecteur de France, ayant pour cet effect fait vendre des rentes que j'avois à Rome*<sup>208</sup>. Such a view of Mazarin's conduct of policy in general receives support from patterns established by the nieces marriages, a blurring, as Muratori perceived, of the cardinal's own interests to advance his family with those needs he viewed as essential for the security and prosperity of the French crown. The nieces both advanced his state policy and established his *casata*.

In addition, the *casata* proved remarkably durable and long outlived its creator. As the children of the nieces grew to adulthood there were, obviously, rivalries and

207 It should be noted that two other husbands of Richelieu's female relations, the comte de Guiche from the Grammont family and the duc de La Valette from the Épernon clan, had pretensions to either sovereign or princely status, and I am grateful to David Parrott for helping to clarify these questions. His article on Richelieu's use of his kinswomen, too frequently assumed to have been exclusively his nieces, will be published in the future.

208 CHÉRUÉL, vol. IV, p. 222: Mazarin to Lionne, 26 May 1651.

political differences: the first cousins Vendôme and Prinz Eugen, both with Mancini mothers, were consistent opponents on the battlefield. Nevertheless, a family mechanism had been set in place, even after the cardinal was no longer there to direct it, which facilitated cooperation between the various branches of the *casata* when coinciding interests so dictated. The comtesse de Soissons recommended to the Earl of Sunderland Laura Martinozzi's daughter, Maria Beatrice d'Este, as a suitable bride for the widowed James Stuart, Duke of York<sup>209</sup>, and, once established in Britain, the new Duchess of York, promoted the career of Hortense Mancini at the English court in the 1670s in order to counter the influence of Louise de Kéroualle over King Charles II<sup>210</sup>. Following Olympe's disgrace in 1680, she sent her son, Philippe de Soissons, to London to plead her case. There he dined with his aunt, the duchesse de Mazarin, was presented to his kinswoman, the Duchess of York, and was eventually joined by his cousin, Laure-Victoire's son, the *Grand Prieur de Vendôme*, for the races at Newmarket<sup>211</sup>. When another of Olympe's sons, the future Prinz Eugen, secretly left the French court for the Hungarian campaigns in 1683 he was accompanied by his close friend and cousin, the young prince de Conti, Anne-Marie Martinozzi's son<sup>212</sup>. During the War of the Spanish Succession, Marianne Mancini's son, the comte d'Evreux *s'attacha de plus en plus* to the duc de Vendôme, Laure-Victoire's son, *et il compta, par son secours, sur une rapide fortune*<sup>213</sup>, while, at the same time, other members of the House of La Tour d'Auvergne were looking for support from Prinz Eugen on the opposite side of the battlelines. When Cardinal Émmanuel-Théodose de Bouillon, the brother-in-law of Marianne Mancini, fled from Arras in 1700 he was greeted on the Imperial side of the trenches by Eugen, and, in an attempt to win the support of Queen Anne to guarantee Bouillon sovereignty at the peace negotiations, he evoked his familial attachment to her, perhaps rather naively, through her step-mother, the exiled Queen Maria Beatrice, daughter of Laura Martinozzi: *Votre Majesté n'ignore pas non plus que le Duc de Bouillon d'aujourd'hui avoit l'honneur d'estre oncle, à la mode de Bretagne, du feu Roy son père à cause de la Reyne son épouse*<sup>214</sup>. As late as 1767, the acquisition by the then duchesse de Mazarin of the Hôtel de Conti, a gift from the cardinal on Anne-Marie Martinozzi's marriage, possibly reflects clanish arrangements in an area of Paris closely associated with Mazarin<sup>215</sup>. In addition to such instances of practical coopera-

209 Umberto DALLARI, Il matrimonio di Giacomo Stuart (poi Giacomo II Re d'Inghilterra) con Maria d'Este, 1673, in: *Atti e memorie della Reale Deputazione di Storia Patria per le Provincie Modenesi*, ser. IV, vol. VIII (1896).

210 Ronald HUTTON, *Charles the Second*, Oxford 1989, p. 337.

211 AST, Lettere Ministri Inghilterra, m. 7: Magliano to Duchess Maria Giovanna Battista of Savoy, 25 March and 1 April 1680; Pertegno to Maria Giovanna Battista, 10 March 1681.

212 BRAUBACH (see n. 140) vol. I, p. 80.

213 SAINT-SIMON (see n. 25) vol. XVI, p. 236.

214 AN, 273 AP 194 (unpaginated and undated).

215 Mary L. MYERS, *French Architectural and Ornamental Drawings of the Eighteenth Century*: the Metropolitan Museum of Art, New York, New York 1991, p. 13, p. 14, n. 4. Louise-Jeanne de Durfort-Duras, duchesse de Mazarin in her own right, was Hortense Mancini's great-great-granddaughter, while Louis-François de Bourbon, prince de Conti was the great-grandson of Anne-Marie Martinozzi. The history of this site is deeply complicated. In 1670, the widowed Anne-Marie Martinozzi, princesse de Conti, exchanged the Hôtel de Conti on the quai Malaquais against the nearby Hôtel Guénégaud, but in 1733 the original Hôtel de Conti was purchased back for the family.

tion, there were, as well, formal statements of the kinship ties. Ceremonial observances, such as Vendôme standing as godfather to Nevers's first son in 1688<sup>216</sup> and Prince James Edward Stuart, at the age of two, to his second son in 1690<sup>217</sup>, or Prinz Eugen's letter of congratulation in 1723, noted in the *Mercure de France*, on the marriage of his Bouillon kinsman, Frédéric-Maurice de La Tour d'Auvergne to Princess Maria Charlotte Sobieska<sup>218</sup>, drew public attention to the blood links which continued to unite the offspring of Mazarin's nieces several decades after the cardinal's own death.

Within the past fifteen years some historians have signalled a new awareness of the importance of the dynastic system in understanding international relations in early-modern Europe<sup>219</sup>. Inspired by exposure to social historians and economic historians the lessons of whose pioneering work on family strategies and the creation of fortunes could be applied to princely Houses of sovereign status, the new dynastic historians, sharply defined from the antiquarian tradition, have analysed the workings of family networks, princely councils and family councils, marriage policies and manipulation of ecclesiastical benefices, at the highest levels of society in ways which modify the more determinist methods of traditional political and diplomatic historians wedded to notions of nation-state building and *raison d'état*. There is a danger, however, that this new dynastic history will identify itself exclusively with *Hausgeschichte*. *Hausmentalität*, identification with a single dynasty, the regulatory role of the head of the House, long-term goals stretching over centuries for the advance of the House, was critically important in the political thinking of European sovereigns in the late-medieval and early-modern periods, and, indeed, perhaps afterwards, but it co-existed with and was influenced by other systems of kinship.

*Hausmentalität* is predicated upon the notion of attachment to a social unit by means of male descent. Yet the study of the marriages of Mazarin's nieces reveals a machine based upon relationships established through female members of the same family. Nor is it the only example of such a network. The five daughters of Philipp Wilhelm of Pfalz-Neuburg, eventually the Elector Palatine, by contracting marriages in the late seventeenth century with the Emperor, the Kings of Spain and Portugal, the Duke of Parma and the Sobieski heir created a system which played an important part in the campaign against Louis XIV during the last two wars of his reign. The Sobieski family itself established another network with two successive generations of

The character of this fluvial *quartier* as Mazarin territory was strengthened in 1681 when Marianne Mancini and her husband, the Duke of Bouillon, purchased the nearly adjacent Hôtel de Bazinière, henceforth called the Hôtel de Bouillon, and by the construction, further along the quai, of the great monument to the cardinal's patronage, the Collège des Quatre Nations. Such property arrangements effectively established two »Mazarin« enclaves at the heart of Paris, one, centered upon the Hôtel Mazarin and the new Hôtel de Nevers, immediately behind the Orléans powerbase at the Palais-Royal, the other, directly across the Seine focussed on the Hôtel de Bouillon, the two Hôtels de Conti and the monument to the cardinal's beneficence, the Collège des Quatre Nations. These two clusters of possessions must be seen, at least in part, as belonging to an early-modern architectural and urbanistic iconography of power.

216 BN, MS fr. n.a. 9691 (263).

217 BN, MS fr. n.a. 9691 (264).

218 *Mercure de France*, July 1723, p. 174.

219 One example is *Der dynastische Fürstenstaat: zur Bedeutung von Sukzessionsordnungen für die Entstehung des frühmodernen Staates*, ed. Johannes KUNISCH, Berlin 1982.

princesses by assimilating into vestiges of the Mazarin network and protecting common interests throughout Europe well into the eighteenth century, while following the marriage of the future Carlo Emanuele III of Sardinia in 1724 to the relatively obscure Polyxena Christina of Hessen-Rheinfels-Rottenburg, her numerous family, again over two generations, used the link with the royal court of Torino to negotiate a series of prestigious marriages for their princesses, whose husbands, in turn, helped to promote the military careers of the Hessen-Rheinfels-Rottenburg princes, a classic instance of dynastic advancement. In writing of the familial structure of the La Tour d'Auvergne, Henri Benoît-Guyod observed that 'Pour exprimer le lien de l'individu avec les personnes du même sang, la langue française est pauvre.'<sup>220</sup> and dexterously deployed the concepts of agnates and cognates to distinguish between bonds established by male and female family attachments respectively. The marriages of the nieces of Cardinal Mazarin, analysed together, warn both dynastic historians against undervaluing the importance of cognate links and the more traditional political historians against ignoring the strong tug of family policies and strategies on the formulation and implementation of high power politics.

## NOTE

It has proved impossible to find a consistent system of orthography for the names of the members of Mazarin's 'casata', and I have chosen the gallicised forms for those of the family whose careers were primarily French and the original Italian for those based primarily in Rome and Modena, thus, for example, 'Jules Mazarin' but 'Michele Mazzarini', 'Anne-Marie Martinozzi' but 'Laura Martinozzi', 'Laure-Victoire Mancini' but 'Francesco Maria Mancini'. The following abbreviations are used in the footnotes:

AAE: Archives du Ministère des Affaires  
Étrangères, Paris  
MDF: Mémoires et documents français  
CPS: Correspondance politique, Sardaigne  
AN: Archives Nationales, Paris  
AP: Archives privées  
ASMo: Archivio di Stato di Modena  
CDE: Cancelleria Ducale Estense  
AF: Ambasciatori Francia  
CP: Carteggio di Principi  
AST: Archivio di Stato di Torino  
LMF: Lettere Ministri Francia  
PC-S: Principi di Carignano-Soissons  
RMR: Registro lettere scritte da Madama Reale

BE: Biblioteca Estense, Modena  
MI: Miscellanea Italiana  
BL: British Library, London  
Add. MSS: Additional Manuscripts  
Eg.: Egerton Manuscripts  
BN: Bibliothèque Nationale, Paris  
DB: Dossiers bleus  
fr. n.a.: Fonds français, nouvelles acquisitions  
PO: Pièces originales  
CHÉRUEL: Lettres du Cardinal Mazarin pendant  
son ministère, ed. Adolphe CHÉRUEL, 9 vols,  
Paris 1872-1906.  
PRO: Public Record Office, London  
SP: State Papers

220 Henri BENOÎT-GUYOD, *Les origines familiales du Maréchal de Turenne: La Maison de La Tour d'Auvergne*, in: *Turenne et l'art militaire (actes du colloque, 1975, organised by Fernand GAMBIEZ, Maurice ROCHE and Jean LALOY)* Paris 1978, p. 25.



KLAUS MALETTKE

## DIE PERZEPTION DES DEUTSCHEN REICHES BEI THÉODORE GODEFROY

### Studien zum Deutschlandbild eines Mitglieds der französischen Verhandlungsdelegation auf dem Westfälischen Friedenskongreß

Politische Entscheidungsprozesse und Handlungsstrategien sind nicht von dem Bild zu trennen, das sich Politiker von ihrem jeweiligen Gegenüber machen. »Herauszufinden, welches Bild – ob Feind- oder Freundbilder – vorherrscht, zählt infolgedessen zu den wichtigsten selbstkritischen Aufgaben der Politiker selbst, aber auch der Wissenschaftler, die Politik analysieren ... Die Art des Konfliktaustrags zwischen Staaten hängt ganz wesentlich davon ab, was Völker und Staatsführungen voneinander wissen, welche Vorstellungen sie von der Gegenseite haben, welches Bild sie sich vom Gegenüber machen«<sup>1</sup>.

Aus französischer Sicht betrachtet, waren die diplomatischen Vertreter Frankreichs bei den Verhandlungen auf dem Westfälischen Friedenskongreß alles in allem recht erfolgreich. Dies gilt zweifellos im Hinblick auf die Erwerbungen von Reichsgebieten und Reichsrechten. Aber auch zentrale Regelungen in den Verfassungsartikeln des Friedens, wodurch die Position der Reichsstände gegenüber dem Kaiser erheblich gestärkt wurde, konnte die aktivistische Gruppierung unter den protestantischen Reichsfürsten nur mit Hilfe Schwedens und Frankreichs in den Verhandlungen über die Reichsverfassung durchsetzen<sup>2</sup>.

Erfolgreiche französische Politik auf dem Westfälischen Friedenskongreß setzte aber nicht nur generell eine entsprechende militärische und politische Potenz Frankreichs, sondern bei seinen Politikern und diplomatischen Repräsentanten in Münster auch einigermaßen präzise Kenntnisse der höchst komplizierten politischen und verfassungsmäßigen Gegebenheiten im Reich voraus. Es überrascht daher, daß so intime Kenner der Politik Richelieus und Mazarins wie Rudolf von Albertini und

1 Gottfried NIEDHART, *Perzeption und Image als Gegenstand der Geschichte von den internationalen Beziehungen. Eine Problemskizze*, in: Bernd Jürgen WENDT (Hg.), *Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bochum 1984 (Arbeitskreis Deutsche England-Forschung, Bd. 3) S. 42; vgl. zur Perzeptionsproblematik auch Robert JERVIS, *Perception and Misperception in International Politics*, Princeton 1976.

2 Vgl. zum Gesamtkomplex: Fritz DICKMANN, *Der Westfälische Frieden*, Münster 1985; DERS., *Der Westfälische Friede und die Reichsverfassung*, in: *Forschungen und Studien zur Geschichte des Westfälischen Friedens. Vorträge bei einem Colloquium französischer und deutscher Historiker vom 28. April – 30. April 1963 in Münster*, Münster 1965 (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e.V., Bd. 1) S. 5–32; Karsten RUPPERT, *Die kaiserliche Politik auf dem Westfälischen Friedenskongreß, 1643–1648*, Münster 1979 (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e.V., Bd. 10); vgl. demnächst auch Klaus MALETTKE, *Les structures politiques du Saint-Empire Romain Germanique au 17<sup>e</sup> siècle* (im Druck).

Fritz Dickmann den französischen Politikern und Staatstheoretikern um die Mitte des 17. Jahrhunderts weitgehende Unkenntnis des Verfassungsgefüges des Reiches und des umstrittenen Verhältnisses zwischen kaiserlicher und ständischer Gewalt attestiert haben. So glaubte von Albertini feststellen zu können, daß französische Juristen und Staatstheoretiker der Zeit Richelieus andere Staaten als Frankreich »kaum wirklich ernsthaft auf ihren eigenen Charakter geprüft« hätten<sup>3</sup>. Und Dickmann urteilte in seinem bekannten Werk über den Westfälischen Frieden: »Daß tatsächlich das Verhältnis der kaiserlichen und ständischen Gewalt zueinander umstritten war, davon wußte schon die zeitgenössische wissenschaftliche Literatur in Frankreich so gut wie nichts, wieviel weniger die Politiker, von denen ein vorurteilsloses Studium der deutschen Verfassung nicht zu erwarten war und die sich natürlich in ihrem Urteil vom französischen Interesse bestimmen ließen.«<sup>4</sup>

Daß derartige Urteile problematisch, zumindest fragwürdig sind, konnte durch neuere Studien nachgewiesen werden<sup>5</sup>. Gleichwohl bleibt die systematische Erforschung der Perzeption des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation im Frankreich der Frühen Neuzeit ein Desiderat der Forschung. Ein weiterer Beitrag zu diesem breiten Fragenkomplex soll mit der nachfolgenden Studie über Théodore Godefroy geleistet werden.

## I. Théodore Godefroys biographisches Profil

Théodore Godefroy wurde am 14. Juli 1580 in Genf geboren, wohin sein Vater Denys (I.) Godefroy mit seiner Ehefrau im Jahre 1579 geflohen war, um den Wirren der Religions- und Bürgerkriege in Frankreich zu entkommen. Am 17. Juli 1580 wurde er in der Genfer Kirche Saint-Pierre getauft. Sein Taufpate war der berühmte calvinistische Theologe und Nachfolger Calvins in Genf Théodore de Bèze<sup>6</sup>.

Théodore Godefroys Vater war ein bekannter Jurist, Historiker und Humanist, der sich als Professor der Jurisprudenz in Genf, Straßburg und Heidelberg einen Namen unter den Gelehrten seiner Zeit gemacht hatte. Denys (I.) Godefroy wurde

3 Rudolf von ALBERTINI, Das politische Denken in Frankreich zur Zeit Richelieus, Marburg 1951 (Beihefte zum Archiv für Kulturgeschichte, Heft 1) S. 114; vgl. auch Roman SCHNUR, Der Rheinbund von 1658 in der deutschen Verfassungsgeschichte, Bonn 1955 (Rheinisches Archiv, Bd. 47) S. 19f.

4 Fritz DICKMANN, Der Westfälische Frieden, Münster 1965, S. 156.

5 Friedrich Hermann SCHUBERT, Französische Staatstheorie und deutsche Reichsverfassung im 16. und 17. Jahrhundert, in: Heinrich LUTZ, Friedrich Hermann SCHUBERT, Hermann WEBER (Hg.), Frankreich und das Reich im 16. und 17. Jahrhundert, Göttingen 1968 (Kleine Vandenhoeck-Reihe, Bd. 262/263) S. 20–35, 55–59; Wolfgang Hans STEIN, Das französische Elsaßbild im Dreißigjährigen Krieg, in: Jahrbuch für westdeutsche Landeskunde 5 (1979) S. 131–153; Klaus MALETTKE, La présentation du Saint-Empire Romain Germanique dans la France de Louis XIII et Louis XIV. Etude sur la circulation des œuvres et des jugements au 17<sup>e</sup> siècle, in: Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte 14 (1986), 1987, S. 209–228; DERS., Das Heilige Römische Reich und seine Verfassung in der Sicht französischer Juristen und Historiker des 17. Jahrhunderts, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 124 (1988) S. 455–476; DERS., Altes Reich und Reichsverfassung in der französischen Enzyklopädie, in: Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 9 (1987) S. 129–151.

6 Zu Théodore de Bèze vgl. Paul Frédéric GEISENDORF, Théodore de Bèze, Genève 1949; Richard NÜRNBERGER, Die Politisierung des französischen Protestantismus, Tübingen 1948; Robert MacCune KINGDON, Geneva and the Consolidation of the French Protestant Movement 1564–1572, Genève 1967.

am 17. Oktober 1549 in Paris geboren und am selben Tag in der Kirche Saint-Étienne-du-Mont getauft. Nach dem Besuch des »Collège de Navarre« studierte er in Louvain, Köln, Heidelberg, Orléans und Paris Rechtswissenschaften. Zu seinen Lehrern gehörte der renommierte Jurist François Balduin<sup>7</sup>. Im Jahre 1573 erwarb Denys Godefroy in Paris die *licence en droit*. Kurze Zeit später heiratete er Denyse de Saint Yon. Die Familie seiner Ehefrau war in Paris sehr angesehen. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts befand sich ein Jehan de Saint Yon an der Spitze der königlichen Finanzadministration. Die Saint Yon waren verwandt mit den Adelsfamilien der Créquy und der Rubempré. Angehörige der Saint Yon bekleideten die Chargen eines *lieutenant général des eaux et forêts*, eines *conseiller au Châtelet* sowie eines *maître des requêtes*<sup>8</sup>.

Die weitverzweigten Familienverbindungen und seine Ausbildung als Jurist hätten Denys (I.) Godefroy eine erfolgreiche Karriere in der Pariser Magistratur ermöglicht. Sein Glaubenswechsel zum Protestantismus, der möglicherweise während seines Studiums in Heidelberg erfolgte, sowie seine Übersiedlung nach Genf, wo er am 15. April 1579<sup>9</sup> eintraf, verhinderten jedoch diese Karriere. Große berufliche Erfolge waren ihm indessen dennoch beschieden. So wurde ihm, dem Doktor der Rechtswissenschaft der Universität Orléans, bereits im November 1579 in Genf gestattet, juristische Vorlesungen zu halten. Spätestens seit März 1580 lehrte er als Professor in der Stadt Calvins, deren Bürgerrecht ihm wegen seiner Verdienste am 14. Juli 1580 verliehen wurde. Sieben Jahre später gelangte Denys Godefroy sogar in den *Conseil des Deux Cents*<sup>10</sup>.

Denys (I.) Godefroys Ansehen als Jurist und Gelehrter sowie seine Verbindungen zu seiner Heimat haben wohl dazu beigetragen, daß Heinrich IV. schon 1589 dessen Rückkehr nach Frankreich wünschte. Der König übertrug ihm deshalb die Charge eines *grand bailli* im Bezirk von Gex, Ternier und Gaillard, der erst kurz zuvor dem Herzog von Savoyen entrissen worden war. Denys (I.) Godefroy trat diesen hohen Posten im April 1589 an, mußte ihn aber bereits fünf Monate später wieder aufgeben, als savoyische Truppen die Stadt Gex zurückeroberten und völlig zerstörten. Sein Haus wurde geplündert und seine Bibliothek verbrannt. Denys (I.) Godefroy verließ daraufhin mit seiner Frau und seinen vier Kindern die Stadt Gex und flüchtete nach Basel<sup>11</sup>.

7 Zu François Balduin (Banduin) vgl. Michael ERBE, François Baudouin (1520–1573). Biographie eines Humanisten, Gütersloh 1978 (Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte, Bd. 46).

8 Zu Denys (I.) Godefroy: D.C. GODEFROY-MÉNILGLAISE, Les savants Godefroy. Mémoires d'une famille pendant les XVI<sup>e</sup>, XVII<sup>e</sup> et XVIII<sup>e</sup> siècles, Paris 1863 (ND Genf 1971), S. 21–63; Nicole JORDAN, Théodore Godefroy. Historiographe de France (1580–1649), thèse à l'Ecole Nationale des Chartes, Paris 1949 (Manuskript), S. 4f. – Das Manuskript der unveröffentlichten »thèse« wurde mir freundlicherweise von Frau Nicole Leva-Jordan, geb. Jordan, zur Verfügung gestellt. Dafür möchte ich Frau Leva-Jordan auch an dieser Stelle nochmals herzlich danken. – Frau Leva-Jordan nennt als Geburtsdatum von Denys (I.) Godefroy den 17. Oktober 1540. Bei der Jahreszahl handelt es sich um einen offensichtlichen Schreibfehler, denn das korrekte Geburtsjahr ist 1549. – Zur Geschichte der Familie Godefroy vgl. auch Philippe ROSSET, Les officiers du bureau des finances de Lille, 1691–1790 (Mémoires et documents publiés par la Société de l'École des Chartes 31), Genève 1991, S. 195–199.

9 Godefroy-Ménilglaise nennt als Datum der Ankunft den 10. August 1579. Ich folge hier der neueren Angabe von JORDAN (wie Anm. 8) S. 4.

10 Vgl. GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 26f.; JORDAN (wie Anm. 8) S. 4.

11 GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 27; JORDAN (wie Anm. 8) S. 5.



In Basel erreichte ihn der Ruf auf eine Professur in Straßburg, die er im Januar 1591 antrat. Dort lehrte er bis zum Frühjahr 1600. Als Hochschullehrer war er offenbar sehr erfolgreich, denn sein Unterricht *conduisait à l'instruction par la voie du plaisir*, wie in einer zeitgenössischen Notiz festgestellt wurde<sup>12</sup>. Welch' hohes Ansehen als Jurist und Gelehrter Denys (I.) Godefroy bereits in jenen Jahren besaß, belegt das Interesse, das die 1578 von Nürnberg auf stadteigenem Gebiet gegründete Landeshochschule Altdorf, die 1585 in Friesland errichtete Universität Franeker sowie die Universität Montpellier an ihm bekundeten. Alle diese Hochschulen wollten ihn auf eine Professur berufen. Godefroy lehnte ihre Rufe jedoch ab<sup>13</sup>. Dagegen übernahm er im Jahre 1594 auf Bitten des städtischen Rates von Straßburg und des Administrators des gleichnamigen Bistums, des Markgrafen Johann Georg von Brandenburg, eine diplomatische Mission bei Heinrich IV.<sup>14</sup>

Denys (I.) Godefroys Beziehungen zu Paris und zum Hof des Königs waren in jenen Jahren offenbar recht gut. Dafür spricht die Tatsache, daß er im November 1599 dank der Intervention seines Veters, des berühmten Historikers und Präsidenten am Pariser Parlament, Jacques Auguste de Thou<sup>15</sup>, von Heinrich IV. das Amt (*office*) eines *conseiller au Parlement de Paris* erhielt. Godefroy hat dieses Parlamentsamt jedoch nicht ausgeübt, sondern an einen anderen Interessenten mit Zustimmung des Königs verkauft. Die Gründe für diese Entscheidung sind nicht bekannt. Ob dabei die Furcht vor einer Rückkehr in eine katholische Umgebung oder aber unüberwindbare Schwierigkeiten bei der Rezeption des neuen Amtsinhabers durch die Pariser Körperschaft eine Rolle gespielt haben, muß offenbleiben<sup>16</sup>.

Während Denys (I.) Godefroy mit diesen hier nur skizzierten Vorgängen befaßt war, erhielt er vom Kurfürsten Friedrich IV. von der Pfalz einen Ruf an die Universität Heidelberg. Dort traf er am 19. April 1600 mit seiner Familie ein. Wegen einiger Mißhelligkeiten mit seinen Universitätskollegen und nicht eingehaltener

12 Gedruckte Notiz über Denys Godefroy, in: *Pièces originales* 1345, F. 148, Bibliothèque Nationale, Paris.

13 Zur Straßburger Hochschule vgl. Anton SCHINDLING, *Humanistische Hochschule und Freie Reichsstadt. Gymnasium und Akademie in Straßburg 1538–1621*, Wiesbaden 1977 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd. 77); zu Altdorf: Ewald REINHARD, *Die Universität Altdorf*, in: *Historisches Jahrbuch* 33 (1912) S. 758–774; Siegfried Freiherr von SCHEURL, *Die theologische Fakultät Altdorf im Rahmen der werdenden Universität 1575–1623*, Nürnberg 1949; vgl. auch Laetitia BOEHM, Rainer A. MÜLLER, *Universitäten und Hochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Düsseldorf 1983; Franco CARDINI, *Die Universitäten im Mittelalter*, München 1991.

14 GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 27f.; JORDAN (wie Anm. 8) S. 5.

15 Jacques Auguste de Thou (1533–1617) zählt zu den berühmten humanistischen Geschichtsschreibern Frankreichs. Er verfaßte das in den Jahren von 1604 bis 1617 erschienene, insgesamt 138 Bücher umfassende Werk »Jacobi Augusti Thuani historiae sui temporis«, das in Frankreich und in Deutschland weit verbreitet war. Zu Jacques Auguste de Thou vgl. Samuel KINSER, *The Works of Jacques-Auguste de Thou*, Den Haag 1966 (*Archives internationales d'Histoire des Idées*, Bd. 18); Donald R. KELLEY, *Foundations of Modern Historical Scholarship. Language, Law, and History in the French Renaissance*, New York, London 1970, S. 220, 222–224, 247, 257, 266, 278; Claude-Gilbert DUBOIS, *La conception de l'histoire en France au XVI<sup>e</sup> siècle (1560–1610)*, Paris 1977, S. 172–185.

16 GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 28f.; JORDAN (wie Anm. 8) S. 5, Anm. 2.

finanzieller Versprechungen verließ er jedoch schon nach eineinhalb Jahren die Stadt am Neckar und kehrte im November 1601 nach Straßburg zurück, wo er sofort wieder einen gutdotierten Lehrstuhl erhielt.

In den nächsten drei Jahren erreichten ihn in Straßburg erneut ehrenvolle Rufe der Universität Bourges, die ihm den Lehrstuhl des wohl berühmtesten Rechtsgelehrten seiner Zeit, des 1590 verstorbenen Jacques Cujas<sup>17</sup>, antrug, und aus Genf. Die von Godefroy aufgenommenen Verhandlungen führten jedoch in beiden Fällen nicht zum Erfolg. Er folgte deshalb dem erneuten Werben des Kurfürsten von der Pfalz und kehrte im November 1604 an die Universität Heidelberg zurück. Diesmal blieb er mehr als eineinhalb Jahrzehnte in der Stadt am Neckar und entfaltete dort eine rege wissenschaftliche, aber auch politische Tätigkeit. Offensichtlich wurde er wegen seiner vielseitigen Fähigkeiten vom kurpfälzischen Landesherrn sehr geschätzt, denn dieser berief ihn in seinen Rat und betraute ihn 1618 mit einer diplomatischen Mission am Hofe Ludwigs XIII. von Frankreich. Erneute Rufe der Universitäten Franeker, Angers und Valence auf eine juristische Professur, die ihn in Heidelberg erreichten, lehnte er ab. Es waren schließlich die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges, die Denys (I.) Godefroy dazu veranlaßten, die Kurpfalz erneut zu verlassen. Als Heidelberg von kaiserlichen Truppen im Jahre 1621 erobert wurde, befand sich der renommierte Gelehrte, Herausgeber und Bearbeiter des »Corpus juris civilis« (Genf, Lyon 1583) nicht mehr in der Stadt. Er war nach Straßburg geflohen, wo er am 7. September 1622 starb<sup>18</sup>. Kein anderer als der damalige Rektor der Straßburger Akademie Matthias Bernegger hielt die Leichenrede<sup>19</sup>.

Godefroy-Ménilglaise und Nicole Jordan stellen in ihren Arbeiten übereinstimmend fest, daß die Familie Godefroy seit Anfang des 14. Jahrhunderts als adlig nachzuweisen sei. Schon der erste quellenmäßig faßbare Angehörige dieser aus dem Hennegau stammenden Familie, Simon (I.) Godefroy, seigneur de Sapigneulz, der um 1320 geboren wurde, sei Adliger gewesen. Guillaume (I.) Godefroy (1404–1477) habe, so führt Jordan aus, im Jahre 1442 Blanche de Cramailles, eine Verwandte der Adelsfamilien Nesle, Montmorency et Chastillon geheiratet. Dessen zweiter Sohn, Guillaume (II.) Godefroy, seigneur de Cochereul et de Tancy, sei, wie Godefroy-Ménilglaise betont, in einem *arrêt* des Parlements von Paris aus dem Jahr 1487 als *écuyer* bezeichnet worden. Und bis zur Revolution von 1789 hätten die Angehörigen der Godefroys die Titel *noble homme* oder *écuyer* geführt<sup>20</sup>.

An der Zuverlässigkeit der Feststellung von Godefroy-Ménilglaise und Jordan, die Familie Godefroy sei bereits seit den 20er Jahren des 14. Jahrhunderts als adlig nachzuweisen, bestehen jedoch einige Zweifel. Weder von Godefroy-Ménilglaise noch von Jordan werden nachprüfbare Quellenbelege angeführt. Beide rekurrieren auf ein genealogisches Fragment, das im Jahre 1767 von Dom Caffiaux, einem

17 Zu Jacques Cujas siehe: Jacques FLACH, Cujas, les glossateurs et les bartolistes, Paris 1883; Jacques BERRIAT-SAINT-PRIX, Histoire du droit romain suivie de l'histoire de Cujas, Paris 1821; KELLEY (wie Anm. 15) S. 102–104, 112–115, 118–123, 241–243, 246–253, 265–268.

18 GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 29–35; JORDAN (wie Anm. 8) S. 5. Jordan nennt als Todestag den 9. September 1622. JORDAN, S. 18.

19 Zum Wirken von Matthias Bernegger vgl. SCHINDLING (wie Anm. 13) S. 127, 177, 207, 229, 235, 244, 247, 249, 261 f., 279–289, 319, 322, 341, 378–382, 396.

20 GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 6ff.; JORDAN (wie Anm. 8) S. 3f.

Angehörigen der »Congrégation de Saint-Maur« und Historiographen der Picardie, angefertigt wurde. Von diesem genealogischen Fragment existiert aber nur eine Abschrift in den sog. »Dossiers bleus« der Nationalbibliothek in Paris<sup>21</sup>. In dieser Abschrift wird zwar als Nachweis für die Adelszugehörigkeit der Godefroys aus angeblich authentischen Dokumenten zitiert, aber diese Dokumente sind weder im Original noch als beglaubigte Abschriften dem genealogischen Fragment beigelegt<sup>22</sup>.

Auch der Hinweis von Godefroy-Ménilglaise, Angehörige der Familie Godefroy hätten seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts die Titel *noble homme* und *écuyer* geführt<sup>23</sup>, kann nicht als überzeugender Beleg für die Feststellung gewertet werden, daß die Familie bereits seit jener Zeit adlig gewesen sei. Die Bezeichnung *noble* sagt im 16. Jahrhundert nichts mehr über die Zugehörigkeit zum Adel aus, sondern läßt ebenso wie der Titel *noble homme* den bloßen Anspruch auf nicht bewiesenen Adel erkennen, obwohl im 17. und 18. Jahrhundert teilweise anderes behauptet wurde. Belegbar ist, daß die Bezeichnung *noble homme*, die im 15. Jahrhundert noch dem Schwertadel vorbehalten war, ab Ende des 15. Jahrhunderts in großem Umfang von Nichtadligen usurpiert wurde. Gleiches geschah mit dem Titel *écuyer*, der – mit regionalen Unterschieden – ebenfalls nicht mehr als Adelsbeweis gelten konnte. Der Nachweis der Zugehörigkeit zum Adel spielte im 16. Jahrhundert noch nicht die beherrschende Rolle, wie es dann in den beiden letzten Jahrhunderten des Ancien Régime in Frankreich der Fall war. Im 16. Jahrhundert waren die Übergänge zwischen bürgerlichen und adligen Familien durchaus noch fließend. Eine Änderung trat indessen während der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ein, in den Jahren der *recherches des usurpateurs de la noblesse*, als von 1666 bis 1674 durch die Krone eine allgemeine Adelsrevision durchgeführt wurde<sup>24</sup>.

Gibt es berechtigte Zweifel an der Glaubwürdigkeit der These, die Godefroys seien bereits seit ihrem ersten quellenmäßigen Nachweis in den 20er Jahren des 14. Jahrhunderts adlig gewesen, so stellt sich diese Problematik am Ende des 15. und zu Beginn des 16. Jahrhunderts wahrscheinlich anders dar. Treffen die Angaben bei Jordan und Godefroy-Ménilglaise zu, dann ist für das Jahr 1522 Jean Godefroy, seigneur de Cochereul et de Tancy, als *premier gentilhomme de la Chambre du Roi* nachweisbar. Gleiches gilt für Guillaume (III.), seigneur de Cueilly, für die Jahre

21 Die Abschrift dieses genealogischen Fragments befindet sich in den sog. »Dossiers bleus« der »Bibliothèque Nationale« in Paris. Dossiers bleus 317, dossier III. Siehe auch: d'Hozier, *Armorial général*, VII<sup>e</sup> registre complémentaire, Paris 1869.

22 JORDAN (wie Anm. 8) S. 3; GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 13.

23 GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 7.

24 Vgl. dazu: Pierre GOUBERT, *L'Ancien Régime*, tome 1: *La société*, Paris 1969, S. 146f.; Kuno BÖSE, *Amt und sozialer Aufstieg: die Familie Guillaume de Chavaudon (16.-18. Jahrhundert)*, in: Klaus MALETTKE (Hg.), *Ämterkäuflichkeit: Aspekte sozialer Mobilität im europäischen Vergleich*, 17. und 18. Jahrhundert, Berlin 1980 (Einzerveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 26) S. 55f. – Der französische Hofgenealoge Chérin ließ im 18. Jahrhundert die Bezeichnung *noble* als Adelsbeleg für mehrere französische Provinzen, den Titel *écuyer* als Adelsbeleg für das gesamte Königreich gelten. L. N. H. CHÉRIN, *Abrégé chronologique d'édits ... concernant le fait de Noblesse ...*, Paris 1788, S. XXXIf., Gilles A. LA ROQUE DE LA LONTIÈRE, *Traité de la noblesse ...*, Paris 1678, S. 263f. – Vgl. auch Kuno BÖSE, *Amt und soziale Stellung. Die Institution der élus in Frankreich im 16. und 17. Jahrhundert am Beispiel der Elektion Troyes*, 2 Bde., Frankfurt/Main 1986 (Schriften zur europäischen Sozial- und Verfassungsgeschichte, Bd. 4).

1525 und 1526. Und Louis Godefroy, seigneur de Boisenval, wird um 1550 als einer der *cent gentilshommes de la Maison du Roi* genannt<sup>25</sup>. Die *gentilshommes de la Maison du Roi* erlangten als Angehörige der sog. *noblesse commensale* im 16. Jahrhundert, sofern sie bei der Erlangung dieser Charge noch nicht dem Adel angehörten, die *noblesse graduelle*. Das bedeutete, daß ihre Familie in den Adel aufstieg, wenn diese Charge mindestens zwei Generationen lang von Angehörigen dieser Familie, d. h. von Vater und Sohn, ununterbrochen ausgeübt wurde<sup>26</sup>.

Manche Indizien lassen die Schlußfolgerung zu, daß Denys (I.) Godefroy adlig war. Dafür spricht seine Eheschließung mit Denyse de Saint Yon, deren Familie – wie bereits ausgeführt – mit den Adelsfamilien der Créquy und der Rubempré verwandt war<sup>27</sup>. Für diese Schlußfolgerung kann weiterhin angeführt werden, daß Denys (I.) Godefroy im Jahre 1589 von Heinrich IV. die Charge eines *grand bailli de Gex, Ternier et Gaillard* verliehen wurde. Im allgemeinen wurden nur Adlige zum *grand bailli* bestellt<sup>28</sup>. Und schließlich betonte auch der bereits genannte Matthias Bernegger in seiner Leichenrede vom 10. September 1622, daß Denys (I.) Godefroy aus einer adligen Familie stammte<sup>29</sup>.

Sprechen also bereits bei Denys (I.) Godefroy einige Indizien für seine Zugehörigkeit zum Adel, so gilt dies noch mehr für seinen Sohn Théodore Godefroy. Dieser wurde am 1. September 1643 zum Mitglied der französischen Verhandlungsdelegation in Münster und am darauffolgenden 8. Oktober zum *Conseiller d'Etat* ernannt. Erhielt er bei dieser Ernennung die *lettres* eines *Conseiller d'Etat*, was allerdings nicht völlig zweifelsfrei überliefert ist<sup>30</sup>, und nicht nur ein entsprechendes *brevet*, dann wurde er spätestens durch diesen Akt nobilitiert, wenn er nicht schon adlig war, was sehr wahrscheinlich ist. Die *Conseillers d'Etat par lettres* erlangten nämlich mit dieser hohen nobilitierenden Charge den erblichen Adel, sofern die mit dieser Charge Betrauten nicht bereits adlig waren<sup>31</sup>.

Über die Kindheit Théodore Godefroys ist nichts bekannt. Sicher scheint nur zu sein, daß er im Jahre 1600 seine Familie verließ und nach Frankreich ging. Ob er vorher – wie Godefroy-Ménilglaise behauptet – in seiner Geburtsstadt Genf und in Straßburg studiert hat<sup>32</sup>, ist fraglich. Wahrscheinlich ist, daß er sich bald, nachdem er seine Eltern verlassen hatte, nach Bourges begab, denn er erwarb am 20. Juli 1601 das *diplôme de bachelier en droit* der dortigen Universität<sup>33</sup>. Nach Paris kam er wohl im

25 JORDAN (wie Anm. 8) S. 3f.; GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 12f.

26 Vgl. dazu François BLUCHE, Pierre DURYE, L'anoblissement par charges avant 1789, Bd. 1, La Rochesur-Yon 1962 (Les Cahiers Nobles, Bd. 23) S. 42 u. 8f.

27 Vgl. S. 155.

28 JORDAN (wie Anm. 8) S. 5; GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 27. – Zu den *grands baillis* vgl. Marcel MARION, Dictionnaire des institutions de la France aux XVII<sup>e</sup> et XVIII<sup>e</sup> siècles, Paris 1923 (ND Paris 1969) S. 31f.; Guy CABOURDIN, Georges VIARD, Lexique historique de la France d'Ancien Régime, Paris 1978, S. 32.

29 Natus Parisiis, familia nobilissima, nobilissimis item Harloeorum, Thuanorum, Falcheturum familiis per cognationem inserta. Zitiert über GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 8.

30 Godefroy-Ménilglaise berichtet, daß Théodore Godefroy 1643 die *lettre de Conseiller d'Etat* erhalten habe. GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 113. Jordan führt aus: »... le 8 Octobre [1643] il était nommé Conseiller d'Etat«. JORDAN (wie Anm. 8) S. 52, vgl. auch S. 44.

31 BLUCHE, DURYE (wie Anm. 26) S. 41.

32 GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 112.

33 Bibliothèque de l'Institut, Paris, Fonds Godefroy, vol. 319, fol. 1; vgl. auch JORDAN (wie Anm. 8) S. 5.

Jahre 1602. Sicher belegt ist seine Anwesenheit in der französischen Kapitale seit Mai 1603. Sein Glaubenswechsel vom Calvinismus zum Katholizismus, über dessen nähere Umstände und Gründe nichts bekannt ist, vollzog sich wahrscheinlich bald nach seiner Ankunft in Paris<sup>34</sup>.

Bereits während seines Studiums der Rechte hat sich Théodore Godefroy offenbar sehr für Sprachen und Geschichte interessiert. Er lernte Latein, Deutsch, Italienisch, Spanisch und später noch Englisch und Flämisch. Wie viele andere humanistisch geprägte Juristen seiner Zeit hat sich auch Théodore Godefroy intensiv den »studia humanitatis« gewidmet, was sein beeindruckendes wissenschaftliches Œuvre erkennen läßt, das insgesamt 28 Buchpublikationen – darunter 9 Editionen historischer Texte – umfaßt<sup>35</sup>.

Seit 1603 war Théodore Godefroy als Anwalt am Pariser Parlament (*avocat au Parlement*) tätig, wie eine Quittung vom 22. Oktober dieses Jahres belegt<sup>36</sup>. Etwas später übte er dieselbe Tätigkeit auch am *Grand Conseil* aus. Näheres ist darüber aber nicht bekannt. Manches spricht indessen für die Annahme, daß er von dem renommierten Historiker und Präsidenten des Pariser Parlaments Jacques Auguste de Thou, mit dem Godefroy verwandt war, gefördert wurde. De Thou hat ihn wohl nicht nur in beruflicher Hinsicht unterstützt, sondern ihn auch in den Kreis der Pariser Gelehrten eingeführt<sup>37</sup>.

Am 28. November 1610 schloß Théodore Godefroy die Ehe mit Anne Janvyer. Seine Ehefrau war eine Tochter des verstorbenen *Conseiller secrétaire du Roi* Pierre Janvyer. Obwohl Anne Janvyer nur eine bescheidene Mitgift von 6000 *livres tournois* in die Ehe einbrachte, eröffnete sie Théodore Godefroy weiteren Zugang zur Pariser Magistratur<sup>38</sup>. Pierre Janvyer war adlig, denn mit der Charge eines *secrétaire du Roi* erlangten ihre Inhaber den erblichen Adel<sup>39</sup>.

Im Jahre 1610 machte Théodore Godefroy auch die Bekanntschaft von Pierre Dupuy. Die beiden berühmten Brüder Jacques und Pierre Dupuy waren nicht nur wie Godefroy mit der Familie de Thou verwandt, sondern sie unterhielten auch enge Verbindungen zu Gassendi, Professor am *Collège Royal* von 1645 bis 1648, zu Saumaise, Rigault, Peiresc, Lamothe Le Vayer sowie zu den Brüdern Sainte-Marthe. Godefroy blieb mit Pierre Dupuy zeitlebens eng befreundet<sup>40</sup>.

34 Godefroy-Méniglaize nennt als Datum seiner Ankunft in Paris »vers 1600«. GODEFROY-MÉNIGLAIZE (wie Anm. 8) S. 112. Alle anderen Angaben beziehen sich dagegen auf das Jahr 1602. JORDAN (wie Anm. 8) S. 5; Nouvelle biographie générale depuis les temps les plus reculés jusqu'à nos jours, Bd. 19, Paris 1857, Sp. 901; Pierre LAROUSSE (Hg.), Grand dictionnaire universel du XIX<sup>e</sup> siècle, Bd. 8, Paris 1872, S. 1339; H. TRIBOUT de MOREMBERT, Théodore Godefroy, in: M. PREVOST, Roman d'AMAT, H. TRIBOUT de MOREMBERT (Hg.), Dictionnaire de biographie française, fascicule XCII, Paris 1983, Sp. 448; George HUPPERT, The Idea of Perfect History. Historical Erudition and Historical Philosophy in Renaissance France, Urbana, Chicago, London 1970, S. 176.

35 Vgl. die Liste der Buchpublikationen bei JORDAN (wie Anm. 8) S. 174–179; siehe auch S. 6 u. 28.

36 Bibliothèque de l'Institut, Paris, Fonds Godefroy, vol. 141, fol. 16.

37 Vgl. JORDAN (wie Anm. 8) S. 7.

38 GODEFROY-MÉNIGLAIZE (wie Anm. 8) S. 117; JORDAN (wie Anm. 8) S. 7.

39 BLUCHE, DURYE, L'anoblissement par charges avant 1789, Bd. 2 (Les Cahiers Nobles, Bd. 24) 1962, S. 3–14; François BLUCHE, Von Monsieur Jourdain zu Monsieur Necker. Ein Portrait des »secrétaire du Roi« (1672–1789), in: MALETTKE (Hg.) (wie Anm. 24) S. 77–86.

40 JORDAN (wie Anm. 8) S. 7. – Zu Pierre und Jacques Dupuy: Simone BALAYÉ, La Bibliothèque Nationale des origines à 1800, Genf 1988 (Histoire des Idées et critique Littéraire, Bd. 262),

In das Jahr 1610 fiel auch die Veröffentlichung der ersten wissenschaftlichen Abhandlung Théodore Godefroys, mit der er Eingang fand in die Welt der Gelehrten. Er publizierte die Schrift *De l'origine des Roys de Portugal yssus en ligne masculine de la Maison de France* (Paris, P. Chevallier, 1610), die 1614 und 1624 in weiteren Auflagen erschien. Bereits zwei Jahre später folgte die Publikation der *Entrevues de Charles IV empereur, de son fils Wenceslaus, roy des Romains, et de Charles V roy de France, à Paris, l'an 1378, et de Louis XII ... et de Ferdinand roy d'Arragon, l'an 1507. Discours sur l'origine des Roys de Portugal ... Memoires concernans la dignité et majesté des Roys de France* (Paris, P. Chevallier, 1612). Auch diese Abhandlung erlebte 1613 und 1614 weitere Auflagen. Fast gleichzeitig begann er auch mit der Edition historischer Texte. So gab er 1614 die *Histoire de Charles VI ... par Jean Juvénal des Ursins ... mise en lumière par Théodore Godefroy*, Paris, A. Pacard, 1614 und 1615 die *Histoire de Louys XII ... dès l'an MDVI jusques en l'an MDVIII, par Jean d'Auton ... Extraicte de la Bibliothèque du Roy, et mise en lumière par Théodore Godefroy ...* (Paris, 1615) heraus. Bis zu seinem Tode im Jahre 1649 sollte eine beeindruckende Zahl weiterer Veröffentlichungen folgen, die historischen Themen, genealogischen Problemen, Fragen des Zeremoniells sowie rechtlichen und territorialen Ansprüchen des französischen Königs außerhalb Frankreichs gewidmet waren<sup>41</sup>.

Théodore Godefroys Leistungen und Fähigkeiten als Historiker und als Jurist blieben einflußreichen Kreisen bei Hofe offensichtlich nicht verborgen. So wurde er am 24. März 1613 zum *secrétaire interprète du Roi* und im selben Jahr zum Hofhistoriographen (*historiographe de France*) mit einer *gage* von jährlich 600 *livres tournois* ernannt. In der Folgezeit stiegen indessen die Einnahmen aus diesen Chargen auf 3.600 Livres im Jahre 1632<sup>42</sup>. Daß Théodore Godefroy diese Positionen erhielt, dürfte aber nicht nur auf sein Ansehen, sondern auch – und wahrscheinlich in höherem Maße – auf seine vielfältigen Verbindungen zu einflußreichen Familien der hohen Pariser Magistratur zurückzuführen sein. Dafür spricht, daß er zwei Jahre später zusammen mit Pierre Dupuy auf Empfehlung des damaligen Generalprokurators (*procureur général*) am Pariser Parlament und seit Ende 1614 Inhaber der Charge eines *Trésorier du Trésor des Chartes*, Mathieu Molé, mit der Verwaltung und Inventarisierung des Kronarchivs (*Trésor des Chartes*) betraut wurde. Pierre Dupuy und Théodore Godefroy erhielten ihren Auftrag *par commission* am 1. Juni 1615<sup>43</sup>.

In der ersten Zeit ihrer Tätigkeit im *Trésor des Chartes* hatten sie sich wegen des dort vorgefundenen Durcheinanders mit Ordnungsaufgaben zu befassen. Erst

S. 64–71; KELLEY (wie Anm. 15) S. 262–264; G. DEMANTE, *Histoire de la publication des livres de Pierre Dupuy sur les libertés de l'église gallicane*, in: *Bibliothèque de l'Ecole des Chartes* 5 (1843–1844), S. 585–606; Nicolas-Claude Fabri de Peiresc, *Lettres de Peiresc aux frères Dupuy*, publiées par Philippe TAMIZEY DE LARROQUE, Paris 1888.

41 Vgl. JORDAN (wie Anm. 8) S. 8–20; die Liste der Publikationen Godefroys bei JORDAN, S. 174–179; vgl. auch GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 123–139.

42 JORDAN (wie Anm. 8) S. 9; GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 112f.

43 JORDAN (wie Anm. 8) S. 13f. GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 113; Wilhelm MOMMSEN, *Richelieu, Elsaß und Lothringen. Ein Beitrag zur elsäß-lothringischen Frage*, Berlin 1922, S. 391; William F. CHURCH, *Richelieu and Reason of State*, Princeton, New Jersey, 1972, S. 361f; Mathieu MOLÉ, *Mémoires*, Bd. 1, Paris 1855 (*Société de l'histoire de France*, Bd. 78) S. 58–61; BALAYÉ (wie Anm. 40) S. 67, Anm. 34.

danach konnten sie mit der Inventarisierung beginnen. Dies war ein zeitraubendes und mühseliges Unterfangen, so daß der erste Band der Findbücher erst 1618 erschien. Ihm folgten weitere Bände in den Jahren 1620, 1623 und 1630<sup>44</sup>.

Die Tätigkeit Dupuys und Godefroys im Kronarchiv beschränkte sich aber nicht auf die Inventarisierung der Urkunden und Dokumente sowie auf die damit unmittelbar zusammenhängenden Arbeiten. Ihre weitere Hauptaufgabe bestand darin, Urkunden und andere Beweismittel für Rechte und territoriale Ansprüche der Krone zu sammeln, auf die französischen Diplomaten je nach politischer Konstellation und Gelegenheit bei der Verfolgung und Durchsetzung der Interessen des französischen Königs in den grenznahen Gebieten der Nachbarstaaten Frankreichs zurückgreifen konnten. Diese Praxis war nicht neu, sondern im *Trésor des Chartes* seit langem geübt worden. Parallelen dazu lassen sich in den meisten europäischen Staaten feststellen. Es war aber Richelieu, der diese Methode ausbaute und sich ihrer in besonderem Maße bediente<sup>45</sup>.

Entscheidend für Godefroys weitere Karriere war zweifellos, daß es ihm gelang, die Aufmerksamkeit Richelieus auf sich zu lenken. Der genaue Zeitpunkt, zu dem Godefroy vom Kardinal, der am 29. April 1624 in den Staatsrat (*Conseil d'Etat*) berufen und wenig später zum Prinzipalminister gemacht wurde, erstmals mit Aufgaben betraut wurde, ist bisher nicht festzustellen<sup>46</sup>. Sicher ist, daß Godefroy im Februar 1627 mit dem Großsiegelbewahrer (*Garde des Sceaux*) Michel de Marillac korrespondierte, der bis 1629 gute und enge Beziehungen zu Richelieu unterhielt. Die intensiven Kontakte zwischen Marillac und Godefroy bestanden bis zum Sturz des Großsiegelbewahrers im November 1630. Bekannt ist weiterhin, daß Godefroy Ende 1624 einige Untersuchungen über Lothringen und im folgenden Jahr Nachforschungen über Koloniegründungen und Entdeckungsreisen durchführte<sup>47</sup>.

Der Sturz Michel de Marillacs hatte keine negativen Auswirkungen auf das Verhältnis Richelieus zu Godefroy. Nachweislich beauftragte ihn der Kardinal, der seit Oktober 1626 *Grand Maître et surintendant de la navigation et du commerce* war, im Frühjahr 1627, Untersuchungen über die Schifffahrt und den Überseehandel der Nachbarn Frankreichs durchzuführen und darüber Denkschriften anzufertigen. Für seine Recherchen bemühte sich Godefroy auch um einschlägige Unterlagen, Dokumente und Schriften aus dem Ausland. So wandte er sich mit entsprechenden

44 JORDAN (wie Anm. 8) S. 15.

45 MOMMSEN (wie Anm. 43) S. 391–400; Fritz DICKMANN, Rechtsgedanke und Machtpolitik bei Richelieu. Studien an neuentdeckten Quellen, in: *Historische Zeitschrift* 196 (1963) S. 265–319; erneut publiziert in: DERS., *Friedensrecht und Friedenssicherung. Studien, zum Friedensproblem in der neueren Geschichte*, Göttingen 1971, S. 36–78, 160–171. Ich zitiere im folgenden nach der letzten Ausgabe. Zu Richelieu vgl. Michel CARMONA, *Richelieu*, Paris 1983; DERS., *La France de Richelieu*, Paris 1984; Joseph BERGIN, *The Rise of Richelieu*, New Haven, London 1991; Robert KNECHT, *Richelieu*, London, New York 1991; Klaus MALETTKE, Richelieus Außenpolitik und sein Projekt kollektiver Sicherheit, in: Peter KRÜGER (Hg.), *Kontinuität und Wandel in der Staatenordnung der Neuzeit. Beiträge zur Geschichte des internationalen Systems*, Marburg 1991 (*Marburger Studien zur Neueren Geschichte*, Bd. 1) S. 47–68.

46 JORDAN (wie Anm. 8) S. 22.

47 Ibid. S. 22–26. – Zu Michel de Marillac: Carl J. BURCKHARDT, *Richelieu*, Bd. 1: *Der Aufstieg zur Macht*, München 1947, S. 497f., 509–519; Pierre CHEVALLIER, *Louis XIII, roi cornélien*, Paris 1979, S. 352–358; Georges PAGÈS, *Autour du grand orage: Richelieu et Marillac, deux politiques*, in: *Revue Historique* 179 (1937) S. 63–97.

Bitten an seine beiden deutschen Schwäger Philipp Camerarius und Johann Christoph Haller sowie an den holländischen Historiker Van Wassenae<sup>48</sup>.

Richelieu war mit der Arbeit Godefroys sehr zufrieden, denn in einem Brief vom 12. April 1627 an Peiresc stellte Jacques Dupuy fest: *M. Godefroi ... a depuis peu veu par deux fois Mr le Cardinal qui connoit ce qu'il vaut. Il entreprend pour luy un grand travail pour ce qui est des Traitez faits avec les estrangers touchant le commerce. Mondit Sieur le Cardinal a fort gousté son dessein et exhorté à le continuer. Cela luy pourra servir.*<sup>49</sup>

Kurz nach Beginn seines Ministeriats hatte Richelieu eine Kommission zur Untersuchung der Rechte des französischen Königs in den lothringischen Grenzgebieten und in den drei Bistümern Metz, Toul und Verdun entsandt. Den Hauptanteil an der Arbeit dieser Kommission leisteten Pierre Dupuy und Théodore Godefroy. Sie müssen also schon bald, wenn nicht gleich bei der Konstituierung der Kommission, von Richelieu in dieses Gremium berufen worden sein<sup>50</sup>.

Gegen Ende der zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre ermittelten Dupuy und Godefroy im Auftrag Richelieus die Rechtsansprüche der französischen Krone auf Gebiete im Besitz fremder Fürsten. Erste Erwähnung finden diese Arbeiten in einem Brief Godefroys an den Kardinal vom 21. April 1629, in dem diesem die Übersendung einer Denkschrift über die Rechte des Königs auf Navarra angekündigt wird<sup>51</sup>. Weitere Memoranden und Berichte bezogen sich auf Aragon, Genua, Neapel, Sizilien, Mailand und andere italienische Gebiete, auf Flandern, auf das Artois, auf Burgund, auf die Provence, die Bretagne, auf das Gebiet Anjou, auf Avignon, auf eine Reihe besonders genannter Städte im Norden sowie auf Bar, Sedan und Orange im Osten Frankreichs. Außerdem befaßten sich Godefroy und Dupuy mit Lothringen, nachdem Richelieu sie speziell darum gebeten hatte. Gleichzeitig waren sie damit beschäftigt, mögliche Ansprüche fremder Fürsten auf französische Territorien abzuweisen und zu widerlegen. In diesem Zusammenhang ging es nicht nur um Landschaften, um die sich die französische Krone einst mit England gestritten hatte, sondern auch um Burgund und Lothringen in seinem historischen Umfang sowie um Metz, Toul und Verdun, die bereits zur französischen Kron domäne gezählt wurden<sup>52</sup>.

Zwei Jahre nach ihrem Beginn kamen die Arbeiten 1631 zu einem vorläufigen Abschluß. Nicht nur Richelieu, sondern auch die übrigen Minister und der König

48 Bibliothèque de l'Institut, Paris, Fonds Godefroy, vol. 67, fol. 23; Godefroy an Nic. Van Wassenae, 10 février 1628, Fonds Godefroy, vol. 67, fol. 125; vgl. auch JORDAN (wie Anm. 8) S. 27. – Philipp Camerarius (16. 5. 1537–22. 6. 1624), Rechtsgelehrter, dritter Sohn des Humanisten Joachim Camerarius (12. 4. 1500–17. 4. 1574), 1573 Ratskonsulent in Nürnberg, seit 1581 der erste Prokanzler der neu errichteten Universität Altdorf. Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 3, 1876 (ND Berlin 1967), S. 726. Zu Johann Christoph Haller vgl. H. TÜRLER (Hg.), Historisch-biographisches Lexikon der Schweiz, Bd. 4, Neuenburg 1927, S. 59; zu Nicolas-Johan Van Wassenae vgl. Biographie universelle ancienne et moderne, Bd. 44 (ND Graz 1970), S. 372.

49 Zitiert über JORDAN (wie Anm. 8) S. 27.

50 DICKMANN (wie Anm. 45) S. 59–63.

51 Bibliothèque de l'Institut, Paris, Fonds Godefroy, vol. 297, fol. 15; vgl. auch JORDAN (wie Anm. 8) S. 29.

52 JORDAN (wie Anm. 8) S. 29f.; DICKMANN (wie Anm. 45) S. 61f.; CHURCH (wie Anm. 43) S. 362f.



waren mit dem Ergebnis höchst zufrieden. Ihren ersten Niederschlag fanden die Untersuchungen in der großen Materialsammlung *Des droits du Roy, soit en demandant, ou en défendant, pour la propriété ou pour la souveraineté, jurisdiction et droit de féodalité, aux royaumes de ...* Schon im Titel erfolgte die Aufzählung alles dessen, was in den Kreis der französischen Ansprüche und Rechte einbezogen werden sollte. Im wesentlichen wurden die bereits genannten Gebiete und Städte aufgeführt<sup>53</sup>.

Im Gefolge der militärisch-politischen Entwicklungen in jenen Jahren des Dreißigjährigen Krieges, aber auch im Zusammenhang mit innenpolitischen Problemen um den Bruder des Königs, Gaston d'Orléans, konzentrierte sich das Interesse Richelieus mehr und mehr auf Lothringen. Das hatte zur Folge, daß auch Godefroy und Dupuy mit dieser Problematik befaßt wurden. Das Vordringen der Schweden im Dreißigjährigen Krieg bis zum Rhein Ende 1631 hatte dazu geführt, daß Frankreich Vic und Moyenvic besetzte, schließlich Lothringen niederwarf und beinahe ins Elsaß vorgerückt wäre. Zu jenem Zeitpunkt legten Dupuy und Godefroy mit dem Resultat ihrer zweijährigen Recherchen Richelieu einen neuen Plan vor, in dem sie eine Untersuchung der Rechte des französischen Königs auf das *Royaume de Lorraine* in seinem weitesten Umfang vorsahen. Als dann im Jahre 1634 ganz Lothringen besetzt war, wurde Godefroy nach La Mothe, wohin der lothringische Herzog Karl sein Archiv hatte transportieren lassen, gesandt, um ein Inventar dieses Archivs herzustellen. Gleichzeitig erhielt Godefroy den Auftrag, die Archive in Nancy zu durchforschen und die zur Durchsetzung der französischen Ansprüche wichtigen Akten nach Paris schaffen zu lassen. Wenige Tage nachdem ihm dieser Auftrag erteilt worden war, verließ Godefroy am 7. September 1634 in Begleitung zweier Hilfskräfte Paris. Nach einer neuntägigen Reise über Meaux, Châlons, Sainte-Menehould, Verdun und Metz traf er in Nancy ein, wo er alsbald Kontakte aufnahm mit dem dortigen *Conseil souverain*. An dessen Sitzungen nahm er Anfang 1635 teil. Ob er aber auch zum *Conseiller* dieses Gremiums ernannt wurde, ist fraglich. Jedenfalls wird er nicht unter den 17 *Conseillers* erwähnt, die in dem Edikt aufgeführt waren, mit dem der *Conseil souverain* eingerichtet wurde.

Godefroy blieb in Nancy bis zum 26. März 1635. In den vergangenen Monaten hatte er sich intensiv der ihm gestellten Aufgabe gewidmet. Er »erfüllte den Auftrag und ließ das lothringische Archiv nach Paris schaffen; er verfaßte darauf eine Abhandlung über den Wert der [in La Mothe und Nancy] gefundenen Papiere und über die Rechte, die für Frankreich daraus hervorgingen.«<sup>54</sup>

Etwa zur selben Zeit wurde Godefroy auch mit dem Elsaß befaßt. Als Anfang 1634 das Elsaß stärker in den Blickpunkt der französischen Politik rückte, griff Richelieu erneut auf ihn zurück. Von ihm wurde ein Memorandum über diese Landschaft angefordert. »Godefroy kam dafür nicht nur aufgrund seiner Position als Historiograph des Königs in Frage, er besaß aus seiner Straßburger Studienzeit auch

53 JORDAN (wie Anm. 8) S. 29f.; DICKMANN (wie Anm. 45) S. 61f.

54 MOMMSEN (wie Anm. 43) S. 393. – Zum gesamten Lothringen-Komplex: JORDAN (wie Anm. 8) S. 30–37; CHURCH (wie Anm. 43) S. 364–370.

eigene Kenntnis des Landes und stand mit elsässischen Intellektuellen in Kontakt.«<sup>55</sup> Er legte sehr bald eine kurze Denkschrift vor, die bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges in immer neuen Überarbeitungen die Basis der französischen Kenntnisse über das Elsaß geblieben ist. In diesem Memorandum wurden erstmals nicht nur ein territorialer Überblick über das Elsaß gegeben, sondern auch die wichtigsten Stände aufgeführt und die lokalen Schwerpunkte ihrer Herrschaften genannt.

Nach 1634/1635 war Godefroy wohl nicht mehr in erster Linie mit der Sammlung und Aufzeichnung von Rechtstiteln für die französische Krone befaßt. Er wurde jetzt häufiger als Gutachter, Berater und Sachverständiger bei diplomatischen Missionen herangezogen. So beauftragte Richelieu Ende 1636 Dupuy und Godefroy, sämtliche verfügbaren Dokumente zusammenzustellen, mit deren Hilfe die französische Position auf dem für den Herbst 1636 in Köln geplanten Friedenskongreß untermauert werden sollte<sup>56</sup>. Schließlich beschloß Richelieu, Godefroy nach Köln zu entsenden. Am 6. Dezember 1636 wurde deshalb der Kanzler Séguier, der ebenfalls in engen Beziehungen zu Godefroy stand, beauftragt, diesem die Instruktionen des Kardinals zu übermitteln<sup>57</sup>. In der Instruktion wurde Godefroy angewiesen, sich bei der Zusammenstellung der Unterlagen für den geplanten Kongreß besonders auf Pignorolo, auf die Angliederung Lothringens an Frankreich, auf die Konfiskation des Barrois sowie auf die von den drei Bistümern Metz, Toul und Verdun abhängigen Gebiete zu konzentrieren. Außerdem sollte er sein Augenmerk richten auf die Nachfolge in Mantua, auf die Problematik des Erzbischofs von Trier sowie auf die Rangordnung der Gesandten. Innerhalb von 14 Tagen sollte er diese Dokumentation zusammenstellen. Schließlich wurde Godefroy, der in seiner *commission* vom 12. Mai 1637 als *personne qui a acquis par son soing et grand estude la cognoissance de diverses négociations importantes qui se sont faictes dans l'Europe depuis longtemps* bezeichnet wurde, damit beauftragt, das Kongreßtagebuch zu führen und ein Register aller Beratungen anzulegen *selon la cognoissance que lesdits Srs. Ambassadeurs luy en donneront*.<sup>58</sup>

Godefroy beschränkte sich aber nicht darauf, Materialien für den geplanten Friedenskongreß zu den genannten Verhandlungsgegenständen zusammenzustellen, sondern er formulierte auch Vertragsentwürfe und setzte sich mit den möglichen Gegenargumenten auseinander, die er von den Gesandten des Kaisers erwartete. Da der nach Köln einberufene Friedenskongreß dann aber nicht zustande kam, reiste schließlich auch Godefroy nicht aus Paris ab.

Der Tod Richelieus am 4. Dezember 1642 hatte keine negativen Auswirkungen auf die Position Godefroys. Mazarin kannte ihn und schätzte seine Dienste ebenso wie der verstorbene Kardinal. Es überrascht daher nicht, daß Godefroy am 1. September

55 Wolfgang Hans STEIN, *Protection Royale. Eine Untersuchung zu den Protektionsverhältnissen im Elsaß zur Zeit Richelieus, 1622–1643*, Münster 1978 (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der neueren Geschichte e.V., Bd. 9) S. 263.

56 Zum Kölner Kongreß: DICKMANN (wie Anm. 4) S. 87 ff., 336 f.

57 JORDAN (wie Anm. 8) S. 39; DICKMANN (wie Anm. 45) S. 63; Yannick NEXON, *Le mécénat du chancelier Séguier*, in: Roland MOUSNIER, Jean MESNARD, *L'âge d'or du mécénat (1598–1661). Actes du colloque international CNRS (mars 1983): Le Mécénat en Europe, particulièrement en France avant Colbert*, Paris 1985, S. 56.

58 Bibliothèque de l'Institut, Paris, Fonds Godefroy, vol. 96, fol. 274; vgl. auch JORDAN (wie Anm. 8) S. 39 f.

1643 angewiesen wurde, die französische Verhandlungsdelegation auf den Westfälischen Friedenskongreß zu begleiten. In dem entsprechenden *billet* wurde ihm mitgeteilt: *Monsieur Godefroy sera adverty que la Royne désir qu'il se tienne prest pour partir avec Messieurs les Plenipotentiaires, et prendra la peine de veoir Monsieur le Comte de Brienne pour scavoir de luy ce qu'il doit faire en cette occasion. Il luy plaira de faire expédier diligemment les coppies de tous les traictez contenus en l'inventaire qu'il en a desja baillé.*<sup>59</sup> Am 2. September erhielt Godefroy seinen Paß, am 15. des Monats seine Instruktionen, und am 8. Oktober 1643 wurde er zum *Conseiller d'Etat* ernannt<sup>60</sup>. Damit endete seine quasi anonyme Tätigkeit für die Regierung. Der Gelehrte, der damals 63 Jahre alt war, trat nunmehr stärker in den Vordergrund der französischen Außenpolitik, mit der er sich zukünftig in erster Linie zu befassen hatte.

Gegen Ende Oktober 1643 verließ Godefroy, der seine Mission wohl nur sehr ungern übernommen hatte<sup>61</sup>, Paris und traf am 28. desselben Monats in Calais ein. Mit seiner Begleitung reiste er dort am 9. November ab und erreichte nach einer siebenundzwanzigstündigen Schiffspassage die niederländische Hafenstadt Vlissingen. Über Rotterdam und Delft fuhr er dann weiter nach Den Haag, wo er um den 20. November 1643 eintraf<sup>62</sup>. Kurz nach seiner Ankunft im Haag hatte Godefroy Audienzen bei Fürst Wilhelm II. von Oranien und beim Pfalzgrafen Karl I. Ludwig. Ob er in den Vereinigten Niederlanden auch mit Hugo Grotius zusammentraf, mit dem er eine rege Korrespondenz führte, läßt sich nicht feststellen<sup>63</sup>. Bekannt ist hingegen, daß er während seines krankheitsbedingten einjährigen Aufenthaltes im Haag Kontakte knüpfte zu den Gesandten der Vereinigten Niederlande beim Westfälischen Friedenskongreß, Adriaan Pauw und Hamstede, zu einem der Direktoren der »Vereenigden Oostindischen Compagnie«, Van Hallewyn, zum zweiten Sohn des schwedischen Reichskanzlers Oxenstierna sowie zu einem Mitglied der Regierung von Hessen-Kassel<sup>64</sup>.

Nachdem die französischen Bevollmächtigten in Münster Godefroy mitgeteilt hatten, daß seine Anwesenheit am Kongreßort erforderlich sei, traf er dort schließlich am 24. November 1644 ein<sup>65</sup>. Die französischen Gesandten legten großen Wert auf seine Anwesenheit, weil er sich in den deutschen Verhältnissen sehr gut auskannte und vor allem über detaillierte und fundierte Kenntnisse hinsichtlich der verwickelten Verfassungsprobleme des Reiches verfügte. Als dann Anfang 1646, nach dem Eintreffen des kaiserlichen Hauptbevollmächtigten Trauttmannsdorf in Münster, die Phase der intensiven Verhandlungen über die französische Satisfaktion begann<sup>66</sup>, griffen die französischen Unterhändler immer wieder auf den Rat und die

59 De Brisacier à Godefroy, 1. Sept. 1643, Bibliothèque de l'Institut, Paris, Fonds Godefroy, vol. 273, fol.

55; vgl. auch JORDAN (wie Anm. 8) S. 44; GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 113.

60 JORDAN (wie Anm. 8), S. 52.

61 Ibid. S. 44.

62 Ibid. S. 53f.

63 Ibid. S. 50 u. 54.

64 Ibid. S. 56.

65 Ibid. S. 57. – Dickmann vertritt die Auffassung, daß Godefroy erst Anfang 1645 in Münster eintraf. Diese Auffassung muß jetzt korrigiert werden. DICKMANN (wie Anm. 4) S. 237 u. 284.

66 Zu den Verhandlungen über die französische Satisfaktion: DICKMANN (wie Anm. 4) S. 265–300, 406–421, 447f.; RUPPERT (wie Anm. 2) S. 144–200.

Sachkenntnis Godefroys zurück. So wurde er damit beauftragt, die Gegenvorschläge der kaiserlichen Seite zu prüfen und zu begutachten sowie zu Spezialproblemen Denkschriften anzufertigen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß sein Sachverstand den französischen Gesandten bei den schwierigen Verhandlungen über ihre Forderungen im Elsaß, in den Bistümern Metz, Toul und Verdun sowie bei den Beratungen über die Angelegenheiten der Reichsverfassung von größtem Nutzen gewesen ist<sup>67</sup>.

In der vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen heftig umkämpften und schließlich im September 1645 entschiedenen Frage des »jus suffragii« der Reichsstände bezog Godefroy eine kritische Position. Auf Initiative einer reichsständischen Reformgruppe unter Führung von Hessen-Kassel hatten Frankreich und Schweden schließlich durchgesetzt, daß alle Reichsstände, die bisher auf Reichstagen Sitz und Stimme besaßen, diese »jus suffragii« auch auf dem Friedenskongreß in Münster und Osnabrück erhielten. Die Stände wurden somit neben dem Kaiser zu vollberechtigten und völkerrechtlich anerkannten Vertretern des Reiches. Sie wurden dies »nicht etwa nur kraft ihrer Eigenschaft als Reichsstände und ihres Stimmrechtes am Reichstage«<sup>68</sup>. Das Recht zu Friedensschlüssen und auswärtigen Verträgen, d. h. die Befugnis zur völkerrechtlichen Vertretung des Reiches nach außen war somit kein kaiserliches Reservatrecht mehr. Es gehörte zukünftig zu den »jura comitalia«, zu denjenigen Rechten also, die von Kaiser und Reichsständen nur gemeinsam ausgeübt werden konnten<sup>69</sup>. Godefroy sah in dieser Entscheidung einen Nachteil für Frankreich. Er glaubte zu Recht nicht daran, daß die Reichsstände für eine klare Parteinahme zugunsten Frankreichs und gegen den Kaiser veranlaßt werden könnten. In realistischer Beurteilung der Haltung der klaren Mehrheit der Reichsstände attestierte Godefroy ihnen *une entière aversion de nostre domination plus que des Suedois*<sup>70</sup>. Er war davon überzeugt, daß die meisten Reichsstände sich letztlich doch auf die Seite des Kaisers schlagen würden; *la pluspart des Voix ...*, so stellte er fest, käme der *Party de l'Empereur* zugute<sup>71</sup>.

Godefroy hat wahrscheinlich auch das Diarium der Verhandlungen geführt. Zu diesem Zweck sind ihm wohl die Abschriften der dafür relevanten Akten zur Verfügung gestellt worden. Diese wurden in den Jahren 1725/1726 in vier Foliobänden aus seinem Nachlaß veröffentlicht. Die Publikation erschien anonym im Haag unter dem Titel *Mémoires et négociations secrètes de la Cour de France touchant la paix de Munster et d'Osnabrug de 1642 à 1648 ...* Die im ersten Band enthaltenen *Mémoires et instructions sur les intérêts de la France et de ses alliés* waren bereits 1665

67 JORDAN (wie Anm. 8) S. 152–155; DICKMANN (wie Anm. 4) S. 215–237, 284; DICKMANN (wie Anm. 45) S. 63; STEIN (wie Anm. 55) S. 263–265; CHURCH (wie Anm. 43) S. 364f.

68 DICKMANN (wie Anm. 2) S. 23.

69 Zum Kampf um Berufung und Stimmrecht der Reichsstände (jus suffragii): DICKMANN (wie Anm. 4) S. 163–189; DICKMANN (wie Anm. 2) S. 19–24; RUPPERT (wie Anm. 2) S. 86–99; Winfried BECKER, Der Kurfürstenrat. Grundzüge seiner Entwicklung in der Reichsverfassung und seine Stellung auf dem Westfälischen Friedenskongreß, Münster 1973 (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e.V., Bd. 5) S. 133–213.

70 Godefroy an seinen Sohn Denys (II.), Münster, 17. März 1646, Bibliothèque de l'Institut, Paris, Fonds Godefroy, vol. 21, fol. 130; vgl. auch JORDAN (wie Anm. 8) S. 60.

71 Bibliothèque de l'Institut, Paris, Fonds Godefroy, vol. 123–125; vgl. auch fol. 169–171 und JORDAN (wie Anm. 8) S. 153.

im Buchhandel erschienen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß beide Publikationen auf den Papieren Godefroys beruhen. »Darüber hinaus kann man es überhaupt als ziemlich sicher bezeichnen, daß alle Sammlungen von Kopien der Friedenssakten französischer Herkunft, von denen wir zahlreiche Bände in privaten Nachlässen des 17. und 18. Jahrhunderts in Frankreich und teilweise auch im Ausland finden, auf die Sammlung Godefroys zurückgehen, denn keine dieser ... Sammlungen enthält ... mehr als das, was uns aus den 'Négociations secrètes' bekannt ist.«<sup>72</sup>

Wie das Verhältnis Godefroys zu Avaux und Servien, den beiden französischen Bevollmächtigten in Münster, gewesen ist, läßt sich bisher noch nicht feststellen<sup>73</sup>. Dagegen ist sicher, daß der französische Prinzipalgesandte, der Duc de Longueville, Godefroy und dessen Dienste sehr geschätzt hat. Longueville hat nach dem Tod des Gelehrten dessen Sohn weiter gefördert<sup>74</sup>. Befreundet war Godefroy auch, wie er seinem Sohn mitteilte, mit Balthasar Schneider, dem Gesandten von Colmar<sup>75</sup>.

Godefroy blieb auch noch nach der Unterzeichnung des Westfälischen Friedens am 24. Oktober 1648 als *chargé d'affaires* in Münster, obwohl er schon im April 1647 um seine Beurlaubung nachgesucht und der König ihm diese am 19. November desselben Jahres gewährt hatte. In dem Genehmigungsschreiben des Königs wurde ausgeführt: *Sur ce que l'on m'a fait entendre que vous desirez venir faire un tour en cette ville pour mettre l'ordre que vous estimez nécessaire a vos affaires particulieres, je vous écris la presente par l'avis de la reyne regente, madame ma mere, pour vous dire que je trouve bon que vous vous y acheminiez lorsque vous en aurez une occasion propre et commode, et que j'auray a consentement de vous veoir et de vous tesmoigner la satisfaction que j'ai de vos services.*<sup>76</sup>

Der Grund für sein weiteres Verbleiben in Münster ist wohl seine angegriffene Gesundheit gewesen. Schon seit einiger Zeit hatte er über Krankheiten und immer wieder über das rauhe Klima in Münster geklagt. Godefroy erholte sich jedoch nicht mehr so weit, daß er die Rückreise nach Paris antreten konnte. Am 5. Oktober 1649 starb er in der westfälischen Bischofsstadt. An seiner Bestattung in der Sankt-Lamberti-Kirche nahmen alle noch in Münster verbliebenen Diplomaten teil<sup>77</sup>.

## II. Das Reich in Godefroys *Description sommaire de l'Empire d'Allemagne...*

Für die Analyse der Perzeption des Deutschen Reiches in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts durch Théodore Godefroy bietet seine bisher unveröffentlichte *Description sommaire de l'Empire d'Allemagne...* die zentrale Grundlage. Diese Quelle befindet sich im Fonds »Correspondance politique 1631–1632, Allemagne,

72 DICKMANN (wie Anm. 4) S. 506; vgl. auch S. 505ff.; JORDAN (wie Anm. 8) S. 176; MOMMSEN (wie Anm. 43) S. 391, Anm. 21; GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 137f.

73 Claude du Mesme, comte d'Avaux; Abel Servien, comte de la Roche des Aubiers.

74 JORDAN (wie Anm. 8) S. 59. – Henri (II) d'Orléans, duc de Longueville.

75 Bibliothèque de l'Institut, Paris, Fonds Godefroy, vol. 284, fol. 275; vgl. auch JORDAN (wie Anm. 8) S. 59.

76 Zitiert über GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 122; vgl. JORDAN (wie Anm. 8) S. 65.

77 JORDAN (wie Anm. 8) S. 66f.; GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 115f.

Bd. 8« der »Archives du Ministère des Affaires Etrangères« in Paris (Quai d'Orsay). Die Schrift trägt den Titel *Description sommaire de l'Empire d'Alemagne; des royaumes de Danemarc, de Suède et de Polongne [!] et du grand duché de Moscovie*. Als ihr Verfasser wird auf dem Titelblatt ausdrücklich Théodore Godefroy genannt, und sie ist auf das Jahr 1632 datiert. Godefroy hat aber zweifellos – wenn auch mit Unterbrechungen – über mehrere Jahre hinweg an dieser Schrift gearbeitet. Die große Zahl der von ihr existierenden Fassungen, die jeweils überarbeitet und ergänzt wurden, belegt dies.

Die erste Fassung dieser Schrift ist für das Jahr 1624 belegt<sup>78</sup>. Einen gewissen Abschluß erreichte sie wohl um 1630. Aber auch in den folgenden Jahren wurden Überarbeitungen und Ergänzungen vorgenommen. Schließlich existiert noch eine Fassung aus dem Jahre 1664, die von Denys (II.) Godefroy (1615–1681), dem Sohn Théodore Godefroys bearbeitet wurde<sup>79</sup>. Denys (II.) Godefroy war wie sein Vater ebenfalls Hofhistoriograph<sup>80</sup>.

Von den verschiedenen Fassungen der *Description sommaire de l'Empire d'Alemagne*... wurde diejenige des Jahres 1632 als Grundlage für die folgenden Ausführungen ausgewählt, weil sie für eine knappe Skizze des Inhalts dieser Schrift – eine ausführliche Behandlung ist in diesem Rahmen nicht möglich – und für die Erörterung der in der Einleitung zu diesem Beitrag angesprochenen Fragen am besten geeignet ist. Hinzu kommt, daß an ihrer sehr exakten Datierung kein Zweifel besteht.

Godefroy beginnt seine Schrift mit der Beschreibung der äußeren räumlichen Gestalt des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. *L'Empire d'Alemagne ou de Germanie comprend tout le pays qui est situé entre les royaumes de Polongne [!] et de Hongrie, l'Italie, les royaumes de France et de Danemarc et les Mers Germanique et Baltique*.<sup>81</sup> Wie sowohl dieses Zitat als auch die ihm folgenden Angaben erkennen lassen, war sich Godefroy bewußt, daß es auch zu seiner Zeit Grenzen im modernen Sinne, also genau festgelegte Fixierungen der Begrenzungen der Fläche eines Territoriums nicht gab. Ihm war ebenfalls klar, daß der Kernbereich der Herrschaftsrechte des Kaisers und des Reiches lehensrechtlicher Natur war, in dem sich deren Lehensrechte besonders verdichteten. So stellt er z. B. im Hinblick auf die burgundischen Niederlande sowie auf die Schweiz völlig zu Recht fest: *Encores que les dictes provinces [= provinces de la Gaule Belgique] aussi bien que la Suisse s'en soyent affranchies et en l'Italie ... l'empereur est recongneu pour seigneur souverain et féodal*.<sup>82</sup>

Für die räumliche Ausdehnung des Reiches ergibt sich nach Godefroys Angaben folgendes zutreffendes Bild: Es erstreckte sich im Westen von der Schweizer Eidgenossenschaft über die Freigrafschaft Burgund und das Herzogtum Lothringen bis zu den Reichslehen der burgundischen Niederlande im östlichen Flandern.

78 Zukünftig zitiert: GODEFROY, *Description sommaire de l'Empire d'Alemagne*, in: AAE, C.P., Allemagne, Bd. 8. – Vgl. JORDAN (wie Anm. 8) S. 38, 149.

79 Da ich eine kritische Edition der Schrift vorbereite, wird hier auf eine detaillierte Aufzählung der verschiedenen Fassungen und auf die Nennung der Fundorte bewußt verzichtet.

80 Zu Denys (II.) Godefroy vgl. GODEFROY-MÉNILGLAISE (wie Anm. 8) S. 157–228.

81 GODEFROY, *Description sommaire de l'Empire d'Alemagne*, in: AAE, C.P., Allemagne, Bd. 8, fol. 384r.

82 Ibid.

Im Süden gehörten zum Reich das westliche Oberitalien von der Toskana über Mailand und Genua bis zum Herzogtum Savoyen. Im Norden zählte Godefroy korrekterweise die Herzogtümer Holstein, Stormarn und Dithmarschen zum Reich. Das Königreich Böhmen mit seinen Nebenländern Mähren, Schlesien und der Lausitz bildete die Grenzlandschaft gegenüber Polen. Godefroy vergaß nicht, darauf hinzuweisen, daß die Herzöge von Mantua und Modena, die Republiken Lucca und Genua sowie *plusieurs autres princes et seigneurs jusques devers l'Estat de l'Eglise et celui de Venise*<sup>83</sup> ebenfalls zum Lehensverband des Reiches gehörten. Er stellte aber auch fest, daß sich die Generalstaaten der Vereinigten Niederlande und die Schweiz bereits weitgehend aus dem Reichsverband gelöst hatten<sup>84</sup>.

Besondere Aufmerksamkeit schenkte Godefroy verständlicherweise auch der politischen Organisation und der konfessionellen Problematik des Reiches. So befaßte er sich ausführlich mit der Goldenen Bulle von 1356, dem zentralen Reichsgesetz über die Königswahl und die Kurfürstenrechte, dem das Kapitel II seiner Schrift gewidmet ist. Detailliert und korrekt werden die Privilegien der Kurfürsten, ihre unbeschränkte Gerichtshoheit, ihr Berg-, Salz-, Zoll- und Münzregal sowie der Judenschutz aufgeführt. Godefroy ist jedoch der Ansicht, daß zu seiner Zeit die Untertanen des Pfalzgrafen bei Rhein und der Kurfürsten von Mainz, Trier und Köln gegen Urteile der höchsten Gerichte ihrer Landesherren an das Reichskammergericht appellieren konnten. Auch in dieser Problematik zeigt er sich gut informiert. Immerhin ist bis heute die Frage nicht geklärt, »ob die den Kurfürsten in der Goldenen Bulle erteilten Privilegien in späterer Zeit den Rechtsweg an das Reichskammergericht und den Reichshofrat abschnitten, obwohl diese Gerichte erst lange Zeit nach der Goldenen Bulle errichtet worden sind«<sup>85</sup>. Nachzuweisen ist, daß Kurpfalz in bezug auf die Appellation zum Reichskammergericht seine Rechte aus der Goldenen Bulle weder nach 1497 noch nach 1582 realisieren konnte. Für Köln läßt sich feststellen, daß der Kurfürst auch noch nach 1653, als ihm ein illimitiertes Appellationsprivileg verliehen worden war, dem Druck der Landstände nachgab und erklärte, er werde auch zukünftig bei einem Streitwert über 1000 fl. dem Rechtsmittel seinen ungehinderten Lauf lassen. Und in Trier machte der Kurfürst den Appellationen an das Reichskammergericht erst 1719 ein Ende<sup>86</sup>.

Zutreffend wird auch dargestellt, daß für die Zeit der Thronvakanz der Pfalzgraf bei Rhein für den rheinisch-schwäbischen Bereich des fränkischen Rechts und der Kurfürst von Sachsen für das sächsische Rechtsgebiet zu Reichsvikaren bestellt werden. Deren wesentlichste Rechte als Reichsverweser werden ebenso genannt wie das Privileg des Pfalzgrafen bei Rhein, bei Klagen gegen den Römischen König und Kaiser den Vorsitz im Hofgericht zu führen. Dargelegt wird außerdem, daß die Kurländer der weltlichen Kurfürsten (Böhmen, Pfalz, Brandenburg und Sachsen)

83 Ibid. fol. 384v.

84 GODEFROY, *Description sommaire de l'Empire d'Allemagne*, in: AAE, C.P., Allemagne, Bd. 8, fol. 384r,v.

85 Ulrich EISENHARDT (Hg.), *Die kaiserlichen privilegia de non appellando*, Köln, Wien 1980 (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im alten Reich, Bd. 7) S. 40; Jürgen WEITZEL, *Der Kampf um die Appellation ans Reichskammergericht*, Köln, Wien 1976 (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im alten Reich, Bd. 4) S. 87.

86 Vgl. WEITZEL (wie Anm. 85) S. 147–153.

unteilbar sind, damit die weltlichen Kurstimmen nicht mehr durch Erbteilung gespalten und strittig werden können. Und schließlich nennt Godefroy im Kapitel über die Goldene Bulle die erblichen Erzämter der Kurfürsten. Über das Verfahren bei der Wahl des Römischen Königs und Kaisers macht Godefroy jedoch keine detaillierten Angaben. Er weist lediglich darauf hin, daß die Wahl – und seit einiger Zeit – auch die Krönung in Frankfurt stattfinden, nachdem letztere ursprünglich in Aachen vorgenommen wurde<sup>87</sup>.

Besonderes Interesse widmete Godefroy auch dem Komplex der Wahlkapitulationen, die ebenso wie die Goldene Bulle von 1356 zu den sog. »leges imperii«, zu den Reichsgrundgesetzen, zählten. Ausführlich befaßt er sich mit der Wahlkapitulation Ferdinands II. von 1619 im Kapitel III seiner Schrift. Durch die Vereinbarung einer »capitulatio« im Zusammenhang mit der Wahl des Römischen Königs und Kaisers, die erstmals bei der Wahl Karls V. im Jahre 1519 erfolgte, konnten die Kurfürsten eine vertragmäßige Begrenzung der kaiserlichen Rechte, einen Vertrag mit einseitigen Verpflichtungen des Kaisers erreichen.

Godefroy zählt in seinen Ausführungen über die Wahlkapitulation Ferdinands II. sehr ausführlich die darin fixierten Einschränkungen der kaiserlichen Macht auf. So nennt er die Verpflichtung des Kaisers, die bestehenden Reichsgrundgesetze, insbesondere die Goldene Bulle, den Ewigen Landfrieden von 1495, den Augsburger Religionsfrieden von 1555 sowie das Reichsherkommen und die Gewohnheiten des Reichs zu achten und zu wahren. Besonders nachdrücklich weist er auf die Zusage des Kaisers hin, eine im einzelnen genau festgelegte Mitwirkung reichsständischer Organe, vor allem der Kurfürsten, bei seinen Regierungsmaßnahmen zu akzeptieren. So dürfe der Kaiser ohne Zustimmung der Kurfürsten keine Bündnisse innerhalb oder außerhalb des Reiches schließen, keine außerdeutsche Armee ins Reich holen, kein Reichsgebiet veräußern oder verpfänden, keinen Reichstag oder sonstige Reichsversammlungen ausschreiben sowie keine neuen Steuern, Zölle oder sonstige Reichsabgaben beschließen. Außerdem sei es dem Kaiser untersagt, das Kaisertum in seiner Familie erblich zu machen. Generell habe sich der Kaiser verpflichtet, *délibérer avec les dicts électeurs des affaires de conséquence concernans [!] l'Empire*<sup>88</sup>.

Godefroy erkennt also durchaus die Begrenzung der kaiserlichen Macht durch die Mitwirkungsrechte reichsständischer Organe bei der Regierung sowie den Vertragscharakter der Wahlkapitulation. Unpräzise äußert er sich aber über das formelle Verfahren bei der Aufstellung und Fixierung der Wahlkapitulation. Er stellt fest, Ferdinand II. habe erst wenige Tage nach seiner Wahl die Kapitulation mit den Kurfürsten vereinbart<sup>89</sup>. Dies trifft jedoch so nicht zu, denn die Errichtung und vertragliche Fixierung der Wahlkapitulation waren in den Wahlvorgang integriert.

87 GODEFROY, *Description sommaire de l'Empire d'Allemagne*, in: AAE, C.P., Allemagne, Bd. 8, fol. 385r-387r.

88 GODEFROY, *Description sommaire de l'Empire d'Allemagne*, in: AAE, C.P., Allemagne, Bd. 8, fol. 388v.; zum Gesamtkomplex vgl. fol. 387v-388v. – Zur Problematik der Wahlkapitulationen vgl. Gerd KLEINHEYER, *Die kaiserlichen Wahlkapitulationen. Geschichte, Wesen und Funktionen*, Karlsruhe 1968.

89 *L'an 1619, le 28 d'aoust, l'empereur Ferdinand II à présent régnant traicta et convint peu de jours après son election en roy des Romains avec les électeurs de Mayence, Trèves et Colongne [!] comme aussi avec les électeurs palatin, de Saxe et de Brandebourg ...* GODEFROY, *Description sommaire de l'Empire d'Allemagne*, in: AAE, C.P., Allemagne, Bd. 8, fol. 387v.



Godefroy scheint offenbar auch der Meinung gewesen zu sein, daß dem gewählten Kaiser die Ausübung der Herrscherrechte nur innerhalb der von der Wahlkapitulation fixierten Grenzen möglich gewesen sei. Eine genauere Betrachtung des Verfahrens bei der Errichtung der Wahlkapitulation läßt indessen erkennen, daß die Übernahme der Herrscherpflichten, wie sie in der »capitulatio« formuliert waren und die einzuhalten der Gewählte sich durch Eid und Verschreibung gegenüber den Kurfürsten verpflichtet hatte, einen Akt der Selbstbindung darstellte. »Keinesfalls waren schließlich die Kapitulationszusagen in dem Sinne Bedingungen, daß bei deren Nichteinhaltung der Kaiser seine Herrschergewalt eingebüßt hätte.«<sup>90</sup>

Von den Gremien, in denen die Reichsstände in Wahrnehmung ihres Konsensrechtes in Reichsangelegenheiten zusammentraten, finden der Reichstag und die Kreistage besondere Beachtung. Zumindest in ihren Grundzügen werden die Struktur des Reichstags und das in dieser Reichsversammlung praktizierte Verfahren bei der Reichsgesetzgebung dargelegt. Aus seinen Ausführungen wird deutlich, daß der Kaiser im Vergleich zu den Reichsständen den stärkeren Anteil an der Gesetzgebung hatte. So weist Godefroy zutreffend auf das wichtige Recht des Kaisers, die Reichstage einzuberufen, sowie auf das zentrale Propositionsrecht hin, d. h. auf dessen Befugnis, dem Reichstag die Tagesordnung vorzuschreiben. Dem Hofhistoriographen war also offenbar klar, daß allein der Kaiser eine wirklich effektive Gesetzesinitiative hatte. Im Hinblick auf das eigentliche Gesetzgebungsverfahren macht Godefroy deutlich, daß die Beratungen und Voten nicht im Plenum der Reichsversammlung, sondern in den drei voneinander getrennt tagenden Kurien der Kurfürsten, Fürsten und Reichsstädte erfolgten. Außerdem weist er darauf hin, daß auch die einhelligen Reichsgutachten (*consulta imperii*) der Ratifizierung durch den Kaiser bedurften, um zu einem Reichsgesetz zu werden<sup>91</sup>.

Auf die Funktion der Kreistage geht Godefroy im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über die Reichskreise in Kapitel VI seiner Schrift ein. Er führt die bestehenden zehn Reichskreise auf und macht insgesamt recht präzise Angaben über ihre jeweilige territoriale Zusammensetzung. Deutlich wird aber auch, daß die Reichskreise mit ihren Kreistagen zu seiner Zeit wichtige Exekutivorgane für die Legislative und die Jurisdiktion des Reiches waren. So ist ihm durchaus bekannt, daß den Reichskreisen nicht nur ein Präsentationsrecht bei der Besetzung der Beisitzerstellen am Reichskammergericht zustand, sondern auch die Vollstreckung kammergerichtlicher Urteile und wichtige Funktionen auf dem Sektor des Heerwesens übertragen waren. Dies wird deutlich, wenn er feststellt: *L'Alemagne est divisée en dix cercles ou provinces, à ce que si aucun de ces cercles est envahy au dehors ou troublé au dedans ou bien qu'il y ait quelque désordre au fait des monnoyes, que d'autant plus promptement les estats du pays se puissent assembler pour remédier au mal. Et aussi pour faciliter l'exécution des ordonnances de l'Empire. Et à ce que plus commodément chasque province nomme à son tour un assesseur ou conseiller en la Chambre Impériale de Spire.*<sup>92</sup>

<sup>90</sup> KLEINHEYER (wie Anm. 88) S. 112.

<sup>91</sup> GODEFROY, *Description sommaire de l'Empire d'Allemagne*, in: AAE, C.P., Allemagne, Bd. 8, fol. 389r-389v.

<sup>92</sup> GODEFROY, *Description sommaire de l'Empire d'Allemagne*, in: AAE, C.P., Allemagne, Bd. 8, fol. 391r; zu den Reichskreisen insgesamt fol. 391r-392v. – Vgl. zu der Problematik der Reichskreise:

Von den Organen der Reichsgerichtsbarkeit behandelt Godefroy in der hier herangezogenen Fassung der *Description sommaire ... de l'Alemagne* nur das Reichskammergericht (*Chambre Impériale*), in einer anderen Bearbeitung aber auch den Reichshofrat (*Conseil d'Estat de l'Empire*). Die Funktionen des zu seiner Zeit in Speyer residierenden Reichskammergerichts legt er nicht ganz exakt dar. So vertritt er irrigerweise die Auffassung, daß die Reichsstände nur bei Appellationsangelegenheiten das Reichskammergericht anrufen würden. Tatsächlich war aber dieses Gericht in erster und letzter Instanz für Fälle des Landfriedensbruchs, für Prozesse von Reichsunmittelbaren sowie bei Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung landesherrlicher Gerichte kompetent. Allerdings weigerten sich die großen weltlichen und fürstlichen Herren, vor dem Kammergericht Recht zu nehmen. Zutreffend stellt Godefroy jedoch fest, daß die Untertanen derjenigen Landesherren, die nicht über das »privilegium de non appellando« verfügten, gegen Urteile der landesherrlichen Gerichte beim Reichskammergericht appellieren konnten<sup>93</sup>.

Ebenfalls nicht ganz korrekt sind seine Ausführungen zur personellen Zusammensetzung des Reichskammergerichts. So spricht er bereits von vier amtierenden Präsidenten. Diese Zahl wurde aber erst 1648 erreicht. Dagegen entsprach seine Angabe, daß dem Gericht ungefähr vierzig Assessoren angehörten, im wesentlichen der damaligen Realität. Dies gilt auch für seine Feststellung, daß das Reichskammergericht durch Reichsdeputationen regelmäßig visitiert werden sollte. Daß jedoch zum damaligen Zeitpunkt die regelmäßigen Visitationen schon seit langer Zeit wegen des sich zuspitzenden religiösen Konflikts vom Kaiser ausgesetzt waren, erwähnt er indessen nicht<sup>94</sup>.

War die Errichtung des im wesentlichen ständisch orientierten Reichskammergerichts ein Ergebnis der Reichsreformbemühungen der Stände im ausgehenden 15. Jahrhundert, so schuf sich die kaiserliche Justiz alsbald in dem Reichshofrat ein von den Ständen unabhängiges, eigenes Gericht, das nun fortgesetzt eine mit dem Kammergericht konkurrierende Rechtsprechung beanspruchte und ausübte. »Nie wurde die Frage entschieden, ob der Kaiser eine Sache nach Belieben von dem Reichskammergericht an seinen Reichshofrat ziehen dürfe oder nicht, nie wurden die Kompetenzen beider Gerichte klar geschieden.«<sup>95</sup> Dies führte natürlich zu zahlrei-

Ferdinand MAGEN, Die Reichskreise in der Epoche des Dreißigjährigen Krieges, in: Zeitschrift für historische Forschung 9 (1982) S. 409–460; zu den Assessoren des Reichskammergerichts siehe: Sigrid JAHNS, Die Assessoren des Reichskammergerichts in Wetzlar, Wetzlar 1986 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung, Heft 21).

93 *La Chambre Impériale de Spire (qui est le principal parlement d'Alemagne) congnoit par appel des differens et procez qui surviennent en Alemagne entre les princes, évesques, prélats, comtes, villes, seigneurs, gentilshommes et villes impériales comme encore des procez qui sont entre leurs subjects, s'il y a lieu d'appel.* GODEFROY, *Description sommaire de l'Empire d'Alemagne*, in: AAE, C.P., Allemagne, Bd. 8, fol. 390r.

94 GODEFROY, *Description sommaire de l'Empire d'Alemagne*, in: AAE, C.P., Allemagne, Bd. 8, fol. 390r–390v. – Zum Reichskammergericht siehe: Rudolf SMEND, Das Reichskammergericht, Weimar 1911 (Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches im Mittelalter und Neuzeit, Bd. IV,3); Bernhard DIESTELKAMP, Das Reichskammergericht im Rechtsleben des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, Wetzlar 1985 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung, Heft 1); Klaus MENKE, Die Visitationen am Reichskammergericht im 16. Jahrhundert, Köln, Wien 1984.

95 DICKMANN (wie Anm. 4) S. 19.

chen Konflikten, vor allem zwischen den Reichsständen und dem Kaiser. Godefroy sprach diese Gesamtproblematik deutlich an, als er sich in seinen Ausführungen über den Reichshofrat, die sich in einer anderen als hier bisher herangezogenen Fassung der *Description sommaire ... de l'Alemagne* befinden, feststellte: *Et ce sont souventesfois plaincts les Estats de l'Empire que ce conseil énerve et enfrainct la jurisdiction et les libertez des princes et villes de l'Empire et qu'il attire à soy ce qui est de la cognoissance et jurisdiction de la Chambre Impériale.*<sup>96</sup>

Die Kompetenzen des Reichshofrates in Wien reichten weiter als die des Reichskammergerichts, denn er allein war zuständig in Reichslehenssachen, in Kriminalklagen gegen Reichsstände mit Ausnahme von Landfriedensangelegenheiten, in Streitigkeiten über kaiserliche Privilegien und über Regierungsakte aufgrund kaiserlicher Reservatrechte. Godefroy war darüber zumindest in Grundzügen informiert, denn er stellt in seinen Darlegungen über den Reichshofrat dessen Zuständigkeiten im wesentlichen richtig dar<sup>97</sup>.

Vergleichsweise breiten Raum widmet Godefroy den konfessionellen Problemen und Verhältnissen im Reich. Dies ist verständlich, wenn man berücksichtigt, daß er seine Beschreibung des Deutschen Reiches während des Dreißigjährigen Krieges verfaßte, zu dessen Ausbruch gerade konfessionelle Fragen und Spannungen wesentlich beigetragen hatten. Ein beträchtlicher Teil dieser konfessionellen Spannungen resultierte aus mehrdeutigen Regelungen und Bestimmungen des Passauer Vertrags von 1552, vor allem aber des Augsburger Religionsfriedens von 1555. Godefroy befaßt sich daher mit ihnen im Kapitel IX über *Des édicts de pacification pour la religion en Alemagne, Bohême et Silésie*. Recht präzise werden die wichtigsten konfessionellen Zugeständnisse des Passauer Vertrages vom 15. August 1552 wiedergegeben. So weist Godefroy darauf hin, daß damals vereinbart wurde, daß die katholischen und evangelischen Reichsstände gegenseitig ihre Besitzstände anerkennen sollten. Er nennt auch ihren Verzicht, einander wegen der Religion künftig in irgendeiner Weise zu beschweren oder gar mit Krieg zu überziehen. Dieser Religionsfriede sollte aber nach dem Willen Kaiser Karls V., worauf Godefroy zu Recht hinweist, nur bis zum nächsten Reichstag, also nur befristet gelten.

Eine auf Dauer angelegte Ordnung des politischen Friedens und der rechtlich garantierten Koexistenz zwischen beiden konfessionellen Machtblöcken bis zu ihrer – einstweilen unerreichten, aber dennoch staatsrechtlich aufgetragenen – kirchlichen Wiedervereinigung brachte der Augsburger Religionsfrieden vom 25. September 1555, dessen wichtigste Bestimmungen Godefroy korrekt darstellt. Er weist darauf hin, daß den Evangelischen der dauerhafte Besitz des von ihnen bis zum Passauer Vertrag reformierten und eingezogenen mittelbaren katholischen Kirchengutes kon-

96 Théodore GODEFROY, *De l'Empire d'Alemagne et aucuns royaumes et estats voisins*, in: Bibliothèque Nationale, Paris, Département des manuscrits, Fonds Français 10673, fol. 92v.

97 Vgl. zum Reichshofrat: Oswald von GSCHLISSER, *Der Reichshofrat. Bedeutung und Verfassung, Schicksale und Besetzung einer obersten Reichsbehörde von 1559 bis 1806*, Wien 1942 (ND 1970); Wolfgang SELLERT, *Über die Zuständigkeitsabgrenzung von Reichshofrat und Reichskammergericht*, Aalen 1965 (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, NF, Bd. 4); Henry F. SCHWARZ, *The Imperial Privy Council in the 17th Century*, Cambridge/Mass. 1943; Friedrich HERTZ, *Die Rechtsprechung der höchsten Reichsgerichte im römisch-deutschen Reich und ihre politische Bedeutung*, in: *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichte* 69 (1961) S. 331–358.

zediert wurde. Dargelegt wird, daß den weltlichen Reichsständen, nicht jedoch ihren Untertanen, die freie Wahl des Glaubensbekenntnisses und die Bestimmung des territorialen Bekenntnisstandes im Lande zugesprochen wurde, was die Publizistik später mit der Formel »cuius regio, eius religio« und mit den Begriffen »ius reformandi« und Summepiskopat angemessen umschrieben hat. Zutreffend umreißt Godefroy auch den »geistlichen Vorbehalt«, der gegen die Billigung der Protestanten für den Fall des Übertritts eines geistlichen Reichsstandes zur Augsburger Konfession bestimmte, daß dieser alle seine Kirchenämter, Pfründen, Reichslehen und Territorialherrschaft verlieren und das jeweilige Kapitel das Recht haben sollte, einen katholischen Nachfolger zu wählen. Und schließlich weist Godefroy zu Recht darauf hin, daß im Augsburger Religionsfrieden nur die römisch-katholische und die lutherisch-augsburgische Konfession reichsrechtlich anerkannt wurden. Die Zwinglianer, Calvinisten und Täufer blieben ausgeschlossen<sup>98</sup>.

Daß sich aber de facto im Reich eine beträchtliche Zahl von Reichsständen und deren Untertanen zum reformiert-calvinistischen Glauben bekannten und dies reichsrechtlich geduldet wurde, ist natürlich auch Godefroy bekannt. Deshalb widmet er in seinem Kapitel VIII (*Des trois religions dont l'exercice est permis ou toléré en Allemagne*) den Reformierten auch einen besonderen Abschnitt. Sehr detailliert und insgesamt zutreffend zählt er in diesem Kapitel die katholischen, lutherischen und reformierten Reichsstände des Reiches auf. Er weist aber auch auf die Existenz gemischt-konfessioneller Reichsstädte sowie auf den Tatbestand hin, daß in einer Reihe von Territorien katholischer Reichsstände evangelische Untertanen mehr oder minder geduldet werden. Und schließlich geht er auf die konfessionellen Bündnisse der protestantischen Reichsstände, auf die Union (1608) und die Liga (1609) ein, die im Dreißigjährigen Krieg eine Zeitlang eine besondere Rolle gespielt haben<sup>99</sup>.

Vervollständigt werden seine Ausführungen über die konfessionellen Verhältnisse in Deutschland durch detaillierte Angaben über die Erzbistümer und Bistümer des Reiches. Godefroy beschränkt sich aber nicht nur auf eine reine Aufzählung, sondern er gibt auch sehr präzise an, welche der geistlichen Stifte, Klöster, Abteien und Prioreien sich zu seiner Zeit in der Verfügungsgewalt protestantischer Herren befanden. Er betont weiterhin den in Frankreich unbekannten Tatbestand, daß im Deutschen Reich die Erzbischöfe, Bischöfe, Fürstbischöfe und andere Prälaten in der Regel Reichsfürsten und somit Landesherren waren, die über Sitz und Stimme auf den Reichstagen verfügten. Und schließlich weist er auf das in Frankreich ebenfalls nicht gegebene Recht der Domkapitel des Reiches hin, die Bischöfe zu wählen<sup>100</sup>.

Sehr genaue Informationen besaß Godefroy aber auch über die reichsrechtliche Stellung und Verfassungsstruktur der Reichsstädte sowie über die Territorien der Reichsfürsten, wie eine weitere Fassung der *Description sommaire de l'Empire*

98 GODEFROY, *Description sommaire de l'Empire d'Allemagne*, in: AAE, C.P., Allemagne, Bd. 8, fol. 399v-401r.

99 GODEFROY, *Description sommaire de l'Empire d'Allemagne*, in: AAE, C.P., Allemagne, Bd. 8, fol. 396r-399r.

100 GODEFROY, *Description sommaire de l'Empire d'Allemagne*, in: AAE, C.P., Allemagne, Bd. 8, fol. 393r-395v.

*d'Alemagne* erkennen läßt<sup>101</sup>. Darauf ist in diesem Zusammenhang jedoch nicht weiter einzugehen, weil es uns hier nur auf die Darlegung der Kenntnisse und Vorstellungen Godefroys vom Reich und seiner politischen Organisation sowie vom vielschichtigen Verhältnis zwischen Kaiser und Reichsständen ankam.

Aus welchen Quellen schöpfte Théodore Godefroy seine detaillierten und profunden Kenntnisse des Reiches? Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß er sich bei seinen Recherchen im Auftrag Richelieus darum bemühte, einschlägige Dokumente, Unterlagen und Schriften aus dem Ausland zu erhalten<sup>102</sup>. Weiterhin konnte er Quellen benutzen, die aus dem Archiv der lothringischen Herzöge stammten und die er von September 1634 bis März 1635 im Auftrage des Kardinals gesichtet, inventarisiert und nach Paris geschafft hatte<sup>103</sup>. Schließlich hatte er aufgrund seiner Tätigkeit im *Trésor des Chartes* Zugang zu den im Kronarchiv gesammelten Dokumenten<sup>104</sup>.

Der größte Teil seiner Kenntnisse über das Reich stammte indessen wohl aus einschlägigen Publikationen, die ihm zugänglich waren. Dank der Recherchen von Nicole Jordan sind wir recht gut über die von Théodore Godefroy für seine Arbeiten herangezogene Literatur informiert. In der von ihr zusammengestellten Liste der »Sources imprimées de Théodore Godefroy«<sup>105</sup> findet sich eine recht beachtliche Anzahl von Titeln, die sich auf die Geschichte bzw. auf spezielle Aspekte der Reichswirklichkeit beziehen. Gesichert ist, daß Godefroy diese Veröffentlichungen nicht nur gekannt, sondern für seine Arbeiten auch benutzt hat. Es ist daher anzunehmen, daß er sich bei der Abfassung der *Description sommaire de l'Empire d'Alemagne*... ebenfalls auf die Autoren dieser Publikationen gestützt hat, ohne daß dies im Einzelfall nachgewiesen werden kann. Herangezogen wurden von Godefroy sehr wahrscheinlich Schriften von David Chytraeus (Kochhufe)<sup>106</sup>, Philipp Cluverius (Klüwer)<sup>107</sup>, Johannes Cuspinianus<sup>108</sup>, Ubbo Emmius<sup>109</sup>, Melchior Goldast<sup>110</sup>,

101 Vgl. Anm. 96.

102 Vgl. S. 162.

103 Vgl. S. 164.

104 Vgl. S. 161.

105 JORDAN (wie Anm. 8) S. 192–212.

106 David CHYTRAEUS, *Chronicon Saxoniae*, Rostock 1590. – Zu Dr. David Chytraeus (Kochhufe) (26. 2. 1531–26. 6. 1600) vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 4, 1876 (ND Berlin 1968), S. 254 ff.

107 Philipp CLUVERIUS, *Germaniae antiquae libri III. Adjectae sunt Vindelicia et Noricum*, Leyden 1616. – Zu Philipp Cluverius (Klüwer), dem Begründer der wissenschaftlichen historischen Geographie (geb. um 1580–gest. 1623) vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 4, 1876 (ND Berlin 1968), S. 353 f.

108 Johannes CUSPINIANUS, *Austria*, Frankfurt 1601. – Zu Johannes Cuspinianus (eigentlich Spießhammer) (1473–19. 4. 1529) vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 4, 1876 (ND Berlin 1968), S. 662 ff.

109 Ubbo EMMIUS, *Rerum Frisicarum historia*, Frankfurt 1616; DERS., *Opus chronologicum novum*, Groningen 1619. – Zu Ubbo Emmius (5. 12. 1547–9. 12. 1625) vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 6, 1877 (ND Berlin 1968), S. 89 f.

110 Melchior GOLDAST, *Statuta et rescripta Imperialia*, Frankfurt 1607; DERS., *Imperiales recessus constitutiones et ordinationes*, Frankfurt 1607; DERS., *Scriptores rerum Alamannicarum*, Frankfurt 1606; DERS., *Politica Imperialia*, Frankfurt 1614. – Zu Melchior Goldast (genannt von Haimisfeld) (1578–1635) vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 9, 1879 (ND Berlin 1969), S. 327–330.

Bernhard Hertzog<sup>111</sup>, Andreas von Knichem<sup>112</sup>, Albert Krantz<sup>113</sup> und Jacob Lampadius<sup>114</sup>. Des weiteren hat er wohl benutzt die Werke von Christoph Lehmann<sup>115</sup>, Michael Lundorp<sup>116</sup>, Gerhard Mercator<sup>117</sup>, Johann Nauller<sup>118</sup> und Georg Obrecht<sup>119</sup>. Und schließlich hat er sicherlich auch zurückgegriffen auf Schriften von Tobias von Paurmeister<sup>120</sup>, Dietrich Reinkingk<sup>121</sup>, Martin Rümelin<sup>122</sup>, Joachim Scherlitz<sup>123</sup>, Kaspar Schütz<sup>124</sup>, und Johann Sleidan<sup>125</sup>. Sicher ist, daß er die Werke dieser Autoren gekannt und für seine verschiedenen Untersuchungen und Recherchen ausgewertet hat.

Théodore Godefroy, so läßt sich resümierend feststellen, gehörte zu den besten Kennern des Reiches und seiner komplizierten politischen, verfassungsrechtlichen

- 111 Bernhard HERTZOG, *Chronica Alsatie oder Edelsasser Chronik und ausführliche Beschreibung des unteren Elssasses, vom Rhein ...*, Straßburg 1592. – Zu Bernhard Hertzog, Hanau-Lichtenberger Amtmann, nach der Zeit seiner Wirksamkeit dem letzten Viertel des 16. Jahrhunderts zugehörig, vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 12, 1880 (ND Berlin 1968), S. 251.
- 112 Andreas VON KNICHEM, *De Saxonio non provocandi et privilegio*, Hannover 1603. – Zu Andreas von Knichem (7. 4. 1560–7. 6. 1621) vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 16, 1882 (ND Berlin 1969), S. 287f.
- 113 Albert KRANTZ, *Vandalia*, Köln 1519. – Zu Albert Krantz (um 1463–1517) vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 17, 1883 (ND Berlin 1969), S. 43f.
- 114 Jacob LAMPADIUS, *De iurisdictione imperii Romano-Germanici*, Heidelberg 1619. – Zu Jacob Lampadius (21. 11. 1593–10. 3. 1649) vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 17, 1883 (ND Berlin 1969), S. 574–578.
- 115 Christoph LEHMANN, *Chronica der Freyen Reichs Stadt Speyr ...*, Frankfurt 1612. – Zu Christoph Lehmann (um 1570–Jan. 1638), 1604 erster Stadtschreiber in Speyer, vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 18, 1883 (ND Berlin 1969), S. 132–138.
- 116 Michael LUNDORP, *Annalium ... nostri temporis ... libri II*, Frankfurt 1623. – Zu Michael Caspar Lundorp (um 1580–24. 9. 1629) vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 19, 1884 (ND Berlin 1969), S. 637f.
- 117 Gerhard MERCATOR, *Geographia nova totius mundi*, Düsseldorf 1585. Zu Gerhard Mercator (Kremer) (5. 3. 1512–2. 12. 1594) vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 21, 1885 (ND Berlin 1970), S. 385–397.
- 118 Johann NAULLER, *Memorabilium omnis aetatis et omnium gentium chronici commentarii*, Tübingen 1506.
- 119 Georg OBRECHT, *Tractatus feudalialis, de iurisdictione, de juramento calumniae, de litis contestatione*, Straßburg 1617. – Zu Georg Obrecht (25. 3. 1547–7. 6. 1612) vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 24, 1887 (ND Berlin 1970), S. 114ff.
- 120 Tobias VON PAURMEISTER, *De iurisdictione imperii Romani libri II*, Frankfurt <sup>2</sup>1616. – Zu Tobias von Paurmeister (Baumeister) (1555–17. 8. 1616) vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 2, 1875 (ND Berlin 1967), S. 181f.
- 121 Dietrich REINKINGK, *Tractatus de regimine saeculari et ecclesiastico*, Gießen 1619. – Zu Dietrich (Theodorus) Reinkingk (10. 3. 1590–15. 12. 1664) vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 28, 1889 (ND Berlin 1970), S. 90ff.; Christoph Link, Dietrich Reinkingk, in: Michael Stolleis (Hg.), *Staatsdenker im 17. und 18. Jahrhundert. Reichspublizistik, Politik, Naturrecht*, Frankfurt/Main 1977, S. 78–99.
- 122 Martin RÜMELIN, *Ad auream bullam Caroli IV Imperatoris*, Tübingen 1644.
- 123 Joachim SCHERLITZ, *Consuetudines Electoratus ... Brandenburgensis*, Leipzig 1616.
- 124 Kaspar SCHÜTZ, *Historia Rerum Prussicarum. Das ist Wahrhaffte und eigentliche Beschreibung der Lande Preussen, Zerbst 1592*. – Zu Kaspar Schütz, geb. zu Eisleben, gest. 16. 9. 1594 in Danzig, vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 33, 1891 (ND Berlin 1971), S. 132f.
- 125 Johann SLEIDAN, *Trois livres des quatre Empires souverains*, Genève 1557. – Zu Johann Sleidan (1506 oder 1508–31. 10. 1556) vgl. *Allgemeine Deutsche Biographie*, Bd. 34, 1892 (ND Berlin 1971), S. 454–461.

und konfessionellen Verhältnisse während der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Wenn auch einzelne seiner Angaben zu Detailfragen des Reichsrechts und zur Struktur oder zu den Kompetenzen einzelner Reichsorgane unpräzise bzw. falsch sind – was jedoch auch bei zeitgenössischen deutschen Autoren zu beobachten ist –, so ist dennoch festzustellen, daß er über sehr fundierte und der Realität des Reiches in bemerkenswerter Weise entsprechende oder dieser zumindest sehr nahe kommende Kenntnisse verfügte. Seine *Description sommaire de l'Empire d'Alemagne...* stellt somit eine sehr wichtige Quelle für die Erforschung der Perzeption des Deutschen Reiches in Frankreich um 1630 dar. Nach wie vor bleibt aber eine umfassende moderne Untersuchung über das Leben, das Wirken und das Werk von Théodore Godefroy ein Desiderat der Forschung.

HEINZ DUCHHARDT

DROIT ET DROIT DES GENS – STRUCTURES ET  
MÉTAMORPHOSES DES RELATIONS INTERNATIONALES  
AU TEMPS DE LOUIS XIV\*

Parmi les caractéristiques des différentes périodes qui constituent le temps moderne entre humanisme et révolution figurent des notions comme persistance, immobilité et accélération, crise et révolution, modernisation et stagnation: notions qui ont été employées par l'historiographie récente pour telle ou telle période du temps prérévolutionnaire, certainement pas toujours d'une manière très convaincante, mais productive tout de même pour les sciences historiques.

Cependant, toutes les tentatives visant l'abstraction de structuration, de classement, de précision concernant les traits typiques des différentes périodes, se heurtent toujours au même problème: à quelle base politique ou sociale doit-on se fier pour qualifier une époque? Dans la perspective de l'histoire sociale, par exemple, le demi-siècle suivant la Paix de Westphalie n'a pas été touché par de grands changements ou par de bouleversements radicaux: La crise structurelle générale de la noblesse n'était plus un problème dans la plupart des Etats de l'Europe, grâce à l'avènement et à la réussite de l'Absolutisme, ainsi qu'à l'intégration de la noblesse dans la Cour. Depuis longtemps, la classe paysanne ne pouvait plus se libérer d'un système persistant de privation de droit, malgré son opposition remarquable, juridique ou même politique, en Allemagne et en France<sup>1</sup>. L'impression qui s'impose est donc celle d'un calme relatif et d'une certaine immobilité en ce qui concerne, bien entendu, l'histoire sociale seulement.

Cependant, cette impression d'immobilité contraste par exemple profondément avec des changements considérables sur le plan des relations internationales et de leurs bases juridiques à cette même époque; on a ici plutôt l'impression d'une accélération et d'un changement rapide. Après une introduction à propos du développement et des structures de la pratique des relations internationales, il faudrait poser des questions concernant la dimension du droit dans la politique à l'époque de Louis XIV, à savoir: sur la naissance des règles juridiques concernant les relations entre Etats, par l'intermédiaire du droit des gens en formation, et sur la paix, dans laquelle se rejoignent les grandes lignes de la pratique politique et du droit des gens.

\* Texte de ma conférence du 22 novembre 1990 à l'Institut de Paris, retouché et complété par la documentation la plus essentielle. Je remercie Mme Ursula Daoudi pour la traduction.

<sup>1</sup> Wolfgang SCHMALE, *Der Prozeß als Widerstandsmittel. Überlegungen zu Formen der Konfliktbewältigung am Beispiel der Feudalkonflikte im Frankreich des Ancien Régime*, dans: *Zeitschrift für Historische Forschung* 13 (1986) p. 385–424; Winfried SCHULZE (Ed.), *Aufstände, Revolten, Prozesse. Beiträge zu bäuerlichen Widerstandsbewegungen im frühneuzeitlichen Europa*, Stuttgart 1983.



I. Si l'on considère – ce qui n'est pas sans poser problème – l'époque de Louis XIV comme un ensemble, on remarque à partir de l'année-coupure 1660 des changements structurels considérables dans le domaine de la politique à suivre. La première moitié du XVII<sup>e</sup> siècle, jusqu'à environ 1660, avait été imprégnée par le dualisme séculaire des dynasties Habsbourg et Bourbon, par la lutte de la France contre la prétendue menace d'une «monarchia universalis» de la Maison d'Autriche (Casa d'Austria). Mais à partir de la Paix de Westphalie et de la Paix des Pyrénées, les deux puissances Habsbourg ont été très sensiblement limitées, constitutionnellement et politiquement<sup>2</sup>. Les rêves d'un absolutisme impérial Habsbourg se sont évanouis en 1648, et les espoirs de pouvoir transposer la puissance extra-européenne de l'Espagne en Europe et de pouvoir ainsi perpétuer son rôle de grande puissance se sont définitivement effondrés en 1659<sup>3</sup>. Depuis lors, il était impensable d'imaginer un rôle quelconque de direction du «Kräftespiel» européen des deux puissances Habsbourg. La conséquence ne se fit pas attendre: la couronne d'Espagne, dotée d'un avenir dynastique incertain, retomba dans la léthargie et l'apathie, et la Cour de Vienne se concentra définitivement, dès 1683, sur de nouvelles tâches et sur de nouvelles perspectives dans le Sud-Est de l'Europe. Un nouvel engagement de la Cour de Vienne en Europe du Sud et en Europe centrale, dès 1701, était plutôt dû au hasard de la disparition de la branche espagnole de la dynastie et, en même temps, une espèce de tentative de compenser par recours au droit dynastique quelques-unes des pertes de positions politiques de 1648. Il est significatif que la Cour Impériale ait adhéré à la Grande Alliance de 1689/90 contre la France, après beaucoup d'hésitations et de réserves, pas seulement religieuses.

Les puissances Habsbourg n'étant plus en mesure d'équilibrer l'essor politique considérable de la France (essor politique doublé d'un essor économique et culturel tout à fait remarquable), les autres Etats furent dans l'obligation de réagir. En effet, depuis longtemps, la pensée sur l'idée d'Europe avait formulé comme base et comme vérité indubitables que ce continent ne devait pas et ne pouvait pas supporter une super-puissance, mais qu'il devait, au contraire, conserver les caractéristiques spécifiques d'une multitude d'Etats ainsi que la diversification de leurs droits publics respectifs<sup>4</sup>. Un tel équilibre paraissait d'autant plus nécessaire aux contemporains que la France, l'une des «puissances de garantie» de 1648, était déjà passée – dès le début du règne de Louis XIV – à une démonstration ouverte de forces et d'exigences qui entraîna une multitude de conflits plus ou moins graves, avec ses voisins italiens, allemands, néerlandais etc. Comme la Suède qui se trouvait contrairement à son allié français face aux problèmes structurels d'un Etat militaire, contraignant ce royaume à la guerre, la France n'agissait plus, dès les années 1660, selon la maxime d'équilibrer le Kräftespiel européen, mais plutôt à cause de l'ambition princière et dynastique, par sentiment de revanche, par manie d'annexion et par calcul dans le but de remplir un

2 Heinz DUCHHARDT, *Altes Reich und europäische Staatenwelt 1648–1806*, München 1990; Derek MCKAY/H. M. SCOTT, *The rise of the great powers 1648–1815*, London / New York 1983, ch. 1.

3 Les pertes territoriales de l'Espagne lors de la Paix des Pyrénées eurent pour conséquence un endettement rapide et – une fois de plus – la déclaration d'insolvabilité du Royaume en 1653; voir Hartmut HEINE, *Geschichte Spaniens in der frühen Neuzeit 1400–1800*, München 1984, p. 137, 146.

4 Heinz GOLLWITZER, *Europabild und Europagedanke. Beiträge zur deutschen Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*, München 1964<sup>2</sup>.

vide politique. Dans la perspective historique de la «longue durée», il faut constater que, depuis les années 1660, les Etats jusque là occupés d'eux-mêmes ou de la construction d'un empire colonial extra-européen, se sentaient de plus en plus obligés d'agir comme un contrepoids vis-à-vis de la France, et ceci collectivement. Il s'agissait concrètement des deux puissances maritimes, du Danemark, puis – un peu plus tard – de la Prusse en plein essor, et, occasionnellement, du Portugal et de la Savoie. L'on pouvait déjà constater ceci au fait que la France fut obligée de se raviser et de faire ensuite des concessions pendant la guerre de Dévolution, non pas par les Habsbourg hésitants, mais par la Triple Alliance des puissances maritimes et de la Suède. Il était, de plus, tout à fait significatif que, durant la guerre néerlandaise, l'Angleterre – jusqu'alors proche alliée de la couronne de France – après une phase d'hésitation, finit par quitter celle-ci<sup>5</sup>, et cela définitivement et irrévocablement. A partir de là et jusqu'à la fin de l'Ancien Régime, l'Angleterre devint le stabilisateur anti-français de la politique européenne, malgré une courte durée de coopération politique avec Versailles entre 1715 et 1730. Ce conflit néerlandais, par ailleurs, provoqué par Louis XIV marquait sans doute le tournant du règne du Roi-Soleil, parce qu'il entraîna nécessairement des alliances d'Etats, décidés à lutter contre l'agression et l'expansion française.

Les historiens, notamment les historiens français, se demandent quelquefois, si la politique extérieure de Louis XIV ne se distinguait pas par un caractère principalement défensif, et s'il ne s'agissait pas plutôt d'une politique de réaction contre les alliances des voisins et autres menaces en dehors des frontières propres de la France<sup>6</sup>. Les contemporains d'alors, au moins les non-français, voyaient la chose tout autrement.

Mais le simple reproche traditionnel vis-à-vis de cette aspiration du Roi-Soleil à une monarchie universelle fut vite jugé insuffisant et entraîna l'application, par le front anti-français de l'Île et du Continent (front existant définitivement depuis le début des années 1690), d'une «idéologie positive»: le principe politique de l'équilibre européen, mis en péril par la France contre laquelle il devait être maintenu, naquit et entra dans le langage politique<sup>7</sup>.

Ce n'est pas un hasard si ce modèle de pensée, c'est-à-dire l'équilibre, la balance, provenait d'Angleterre, d'un pays pourvu d'une culture politique particulière qui différait de celle des pays absolutistes et, d'un équilibre de haut niveau en politique intérieure.

Pour les changements des structures politiques, une chose est particulièrement

5 K. H. D. HALEY, *William of Orange and the English Opposition 1672–74*, Oxford 1953; Heinz DUCHHARDT, *Die Glorious Revolution und das internationale System*, dans: *Francia* 16/2 (1989) p.29–37; Marie-Luise RECKER, *Wilhelm III. und die französische Herausforderung*, dans: *Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume europäischer Außenpolitik im Zeitalter Ludwigs XIV.*, éd. par Heinz DUCHHARDT, Berlin 1991, p.73–88.

6 Voir par exemple Charles BOUTANT, *L'Europe au grand tournant des années 1680. La succession palatine*, Paris 1985.

7 La littérature sur l'idée de l'équilibre est très vaste. Voir dernièrement l'essai de Wolf D. GRUNER, *Deutschland und das Europäische Gleichgewicht seit dem 18. Jahrhundert*, dans: *Id.* (Ed.), *Gleichgewicht in Geschichte und Gegenwart*, Hamburg 1989, p.60–133; ainsi que: M. SHEEHAN, *The Development of British Theory and Practice of the Balance of Power before 1714*, dans: *History* 73 (1988) p.24–37.

significative: par l'utilisation de cette nouvelle «idéologie», le droit fut, pour la première fois, chassé de son rôle-clé dans la vie des Etats. La stabilité de la Paix de Westphalie était encore liée aux institutions juridiques comme la garantie, et l'intervention, liées elles-mêmes à une ferme démarche légale<sup>8</sup>; et, pendant les années et les décennies à venir, par exemple, l'arbitrage comme élément traditionnel pour le règlement de conflits même internationaux avait maintenu sa place dominante<sup>9</sup>; mais maintenant, avec l'idéologie de l'équilibre, la phase véritablement politique de l'histoire européenne commença qui pouvait même se désister de la loi et du droit. La guerre de succession d'Espagne fut le premier conflit durant lequel, du début jusqu'à la Paix d'Utrecht, on appliqua comme mot d'ordre le principe de l'équilibre des pouvoirs et de l'équilibre politique. A la fin de ce conflit<sup>10</sup>, une conception d'un remarquable équilibre se dégagait, sachant, d'une part, prendre très modérément en compte les prétentions dynastiques de l'Autriche sur l'héritage espagnol. D'autre part, cette conception sut mettre définitivement fin aux espérances bourbonniennes, à contre-courant de la tendance de l'époque et des capacités militaires et économiques de la France, tendance qui consistait à s'élever au rang de super-puissance européenne. Cet ouvrage fut, pour ainsi dire, l'incarnation de la haute école du compromis politique, triomphant pour la première fois sur des droits et des prétentions juridiques: une conception du compromis politique qui était prête, le cas échéant, à passer outre à des faits légaux comme, par exemple, le droit d'héritage dynastique, ou, encore, le testament du dernier des Habsbourg d'Espagne. – Il n'est d'autre part pas admissible d'attribuer à cet ensemble de traités le caractère d'un système européen de sécurité. En effet, malgré toutes les déclarations de renonciations réciproques et toutes les approbations, beaucoup de réserves mentales étaient encore en jeu. Il manquait en outre à cet accord une «gestion des crises», un «Krisenmanagement» propre à régler les désordres et autres remises en cause de ce nouvel équilibre auquel il manquait aussi une vraie réconciliation austro-espagnole.

L'autorité qui réalisa cet ordre de paix, se mit en même temps, à la place des deux adversaires traditionnels – Vienne et Versailles – en position de leader européen. S'il s'agissait là, oui ou non, d'un automatisme, n'est pas le sujet de ce propos. Le conflit des puissances continentales avantagea, de toute façon, l'Angleterre – pays aux ressources plutôt modestes, à la constitution compliquée, mais au régime politique non-absolutiste – qui finit par arriver à la tête du noyau dirigeant européen. Toutefois, et ceci est le point décisif, il est certain que Londres ne visait aucun intérêt territorial sur le continent, c'est-à-dire qu'elle n'avait pas pour but de devenir une super-puissance continentale elle-même, mais seulement de garder toujours un pouvoir de contrôle. On ne put donc jamais reprocher à l'Angleterre une «tendance

8 A propos de la Paix de Westphalie l'ouvrage de Fritz DICKMANN, *Der Westfälische Frieden*, Münster 1985<sup>5</sup> est toujours fondamental; en ce qui concerne le problème de la garantie surtout le ch. 11.

9 Karl-Heinz LINGENS, *Internationale Schiedsgerichtsbarkeit und Jus Publicum Europaeum 1648–1794*, Berlin 1988.

10 En ce qui concerne la Paix d'Utrecht, ses représentants et son entourage, c'est le livre de Lucien BÉLY, *Espions et ambassadeurs au temps de Louis XIV*, Paris 1990, qui est maintenant fondamental. Sur la situation de la recherche voir aussi Heinz DUCHHARDT, *Gleichgewicht der Kräfte, Convenance, Europäisches Konzert. Friedenskongresse und Friedensschlüsse vom Zeitalter Ludwigs XIV. bis zum Wiener Kongreß*, Darmstadt 1976, ch. II/1.

dangereuse à la monarchie universelle», car ce reproche éventuel manquait de tout fondement.

II. Dans le domaine des relations internationales, le demi-siècle entre 1660 et la mort de Louis XIV fut marqué par plusieurs mouvements et évolutions:

- l'opposition à la monarchie universelle française et la constitution d'un front anti-français;
- la formation d'une idéologie du »containment«, du contentement des grandes puissances et du droit d'existence des petites.

Il va donc de soi que la suprématie et la prépondérance à long terme de la France eurent des retombées sur le droit des gens de l'époque, que ce soit directement ou indirectement, de façon négative ou positive. Ceci fut d'autant plus le cas que, lors de la prise du pouvoir par Louis XIV, un droit entre Etats n'était qu'en train d'être créé. Bien que le fameux livre de Grotius, »De jure belli ac pacis«, faisait partie de toute bonne bibliothèque princière depuis 1625, et qu'il se trouvait toujours dans les bagages de chaque diplomate européen<sup>11</sup>, le passage de la théorie à la pratique, dans le domaine du droit entre les Etats, prit énormément de temps.

Une des raisons, et non des moindres, de cet état de fait était la suivante: Il n'existait aucune instance ou institution, grâce à laquelle un accord sur les principes de comportement entre Etats pouvait être conclu, où l'on aurait pu mettre en place un droit des gens. L'époque souffrit beaucoup de cette carence. En effet, depuis 1660, presque tous les projets de paix perpétuelle, élaborés par des intellectuels et des écrivains, comportent une constante, une espèce de stéréotype: la création d'instances, qui, en cas de conflits entre Etats et de questions litigieuses, auraient la fonction de forums de discussions, et qui posséderaient un pouvoir de décision obligatoire. – C'est ainsi que, en 1660, des problèmes essentiels concernant les rapports internationaux, de coexistence et de conflit, n'avaient pas encore trouvé de solution. Ceci était d'autant plus problématique que même le grand auteur classique néerlandais, spécialiste du droit des gens, du »ius ad bellum« et du »ius in bello«, porta plutôt et en premier lieu son attention sur le droit des gens en guerre. La question qui, dans tout cela, demeurait pour l'instant sans réponse, était celle-ci: est-il, après tout, possible de créer et d'utiliser un tel canon de règles juridiques, ou même, celui-ci a-t-il encore un sens? Comme chacun sait, cette question de la valeur et de l'autorité du droit des gens est encore controversée aujourd'hui.

Une des raisons pour lesquelles l'époque rencontrait des difficultés de règles juridiques était la suivante<sup>12</sup>:

Pour les juristes éminents de l'époque, de Bodin à Pufendorf, tout droit était interprété comme loi, c'est-à-dire comme ordre et comme règlement obligatoire et forcé, dont la violation devait être sanctionnée. Comme le nouvel ordre de la famille

11 Ce n'est pas une légende que même le roi suédois Gustave Adolphe transportait toujours le livre avec soi lors de ses expéditions militaires en Allemagne; voir Günter HOFFMANN-LOERZER, Grotius, dans: Klassiker des politischen Denkens, vol. 1, éd. par Hans MAIER [et autres], München 1968<sup>2</sup>, p. 303, note 23.

12 Voir Dieter WYDUCKEL, Recht, Staat und Frieden im Jus Publicum Europaeum, dans: Heinz DUCHHARDT (Ed.), Zwischenstaatliche Friedenswahrung in Mittelalter und Früher Neuzeit, Köln / Wien 1991, p. 185–204.

des Etats souverains, établis par les traités de Westphalie – Etats égaux par principe – avait révélé une manie de souveraineté chez les Etats (manie exagérée et carrément excessive), il était impossible de concevoir, dans le droit des gens, des sanctions contre ces souverains qui, de toute façon, dérogeaient à la loi. C'est pourquoi, tout droit des gens, même vu par ses propres propagateurs-juristes, gardait un caractère de droit inférieur. Pufendorf, lui-même, contesta ce caractère positif, c'est-à-dire sa valeur supérieure, il étiqueta le droit des gens comme un *type de droit incomplet et impropre, dans le sens d'une lex imperfecta*.

On pouvait donc se demander à quoi cela servait de s'occuper encore de la constitution d'un droit des gens quand, même chez les théoriciens, son adoption et son exécution paraissait au combien incertaine. Les théoriciens trouvèrent cependant une issue en se référant au projet séculaire de Grotius: le droit entre Etats, se basant sur l'idée de nature, on pouvait le constituer, et il fallait le créer comme une sorte de contrat social entre Etats (*ius gentium voluntarium*). Au 17<sup>e</sup> siècle finissant, le droit naturel était déjà devenu le mot-phare de la théorie politique. C'est pourquoi, on l'appliqua, de façon plus ou moins conséquente, pour légaliser et formaliser les relations entre Etats. Il n'est pas étonnant que la France fut, à nouveau, en position dirigeante.

Si une conséquence importante du règlement de Paix de Münster et d'Osnabrück consista à laisser disparaître dans les tiroirs de l'histoire la conception d'un ordre universel des Etats, (basé sur les deux puissances universelles) et – à la place de ce concept – à solliciter une égalité fondamentale et une équivalence de tous les Etats souverains, il fallait désormais transposer ceci dans la pratique. Cela signifiait concrètement, par exemple, que l'on devait, au moins, émettre vigoureusement des doutes au sujet des titres de primauté de l'Empereur<sup>13</sup>: par exemple en ce qui concernait la priorité qu'il détenait dans les traités internationaux, ou encore la primauté accordée à ses diplomates sur la scène internationale. Etait-il encore acceptable que l'Empereur donnât des titres aux valeurs très différentes aux monarques européens? Cela allait du simple »serenissimus« jusqu'au »serenissimus et potentissimus«, alors que l'Empereur exigeait de chaque monarque qu'il le désignât à la fois par le »serenissimus et potentissimus« et de plus, par la distinction la plus haute, c'est-à-dire l'»invictissimus«. C'est à la pensée et à la propagande française de nivellement – sans pouvoir porter notre attention sur les querelles qui durèrent des dizaines d'années – que l'on doit le principe de réciprocité des titres, qui s'est dégagé à la fin de l'époque de Louis XIV. Il s'agissait de la concordance entre titre donné et titre reçu, et cela était donc un pas assez décisif qui accéléra et entraîna enfin la création d'une »famille« d'Etats égaux.

Mais autre chose s'y ajouta: de quoi se composait, en fait, cette »famille« d'Etats? Devait-on y inclure les Etats allemands et leur accorder l'équivalence et la pleine égalité du droit international, bien qu'ils aient déjà le »ius foederis«, mais qu'ils soient en même temps dépendants des fiefs impériaux? L'on sait que, dans les années 1670, cette question qui toucha le droit de légation des Etats allemands, fut à l'origine d'une polémique juridique et journalistique animée. Lors de cette polémique,

13 Voir pour le suivant Heinz DUCHHARDT, *Imperium und Regna im Zeitalter Ludwigs XIV.*, dans: *Historische Zeitschrift* 232 (1981) p. 555–581, surtout p. 562 ff.

Leibniz, par exemple, se prononça pour une égalité totale des princes allemands, et notamment des ducs welfes, et pour leur participation indivisée et indubitable au droit des gens<sup>14</sup>.

Enfin, ce fut à nouveau la France qui se profila en tête des couronnes européennes, unies dans la solidarité monarchique, et qui sut empêcher l'essor des princes allemands dans leur course à l'égalité juridique. Ceci fut, en outre, une victoire plutôt facile, car l'Empereur lui-même n'avait pas pris position dans cette affaire en faveur des Etats allemands.

Il faut néanmoins constater ici une certaine inconséquence de la politique française, qui, à la veille de la Paix de Münster, s'était engagée avec ardeur pour le droit d'alliance et, par conséquent, pour l'accès des princes allemands au droit des gens. Puis, alors que manifestement le principe monarchique reprit une importance de poids, la France recula sans vouloir en tirer les conséquences. Cette réelle exclusion de la pratique du droit des gens, depuis la fin des années 1670, ne donnait plus aux Etats allemands ambitieux qu'une seule alternative: si ni le titre de duc ni celui de prince-électeur ne suffisait pour obtenir l'égalité dans la sphère du droit international, il fallait donc une couronne royale. Ainsi, depuis les années 1690, dans de nombreuses dynasties allemandes (que ce soit dans les branches des familles Wittelsbach, Welfe et Wettin ou encore chez les Hesse et les Hohenzollern), des projets de constitution, sous une forme ou une autre, d'un régime monarchique virent le jour. Quelques-uns, comme les Brandebourg<sup>15</sup>, les Welfe et les Wettin réussirent, comme chacun sait. Le calcul s'est avéré très vite juste: il est tout à fait significatif que la couronne de Prusse fut, peu d'années déjà après sa fondation (1701), pleinement intégrée dans la pratique du droit des gens.

La délimitation définitive des membres pleinement intégrés dans le droit des gens représentait, dans la perspective de l'histoire du droit international, un grand pas en avant. Il fut tout de même important que dans le domaine des traités internationaux, les modifications apportées, demeuraient, pour l'avenir, obligatoires et incontestables<sup>16</sup>. Ce qui vaut par exemple pour le terme »Vergessen« (oublier) qui devint à la fin du 17<sup>e</sup> siècle une expression-standard dans les préambules des traités de paix, et qui était, en outre, beaucoup plus qu'un simple mot-cliché. D'autre part, il est à noter qu'à partir de là, les traités de paix à durée limitée (p. ex. concernant la durée de la vie d'un souverain) disparurent entièrement et que »l'éternité« de la paix devint la norme du droit international. Vers 1700, on incorpora dans ces contrats de nouvelles formules comme »l'Europe« ou »l'équilibre européen«, (formule à laquelle on attribua ainsi une nouvelle qualité quasi-juridique). Ces formules remplaçaient, jusqu'à un certain degré, les traditionnelles explications chrétiennes de la paix. Ceci faisait partie du processus de désacralisation et de sécularisation progressives de la vie publique, car le droit des gens en dépendait élémentairement.

14 Heinz DUCHHARDT, Studien zur Friedensvermittlung in der Frühen Neuzeit, Wiesbaden 1979, p. 52f.

15 Heinz DUCHHARDT, Das preußische Königtum von 1701 und der Kaiser, dans: Festschrift für Eberhard Kessel zum 75. Geburtstag, éd. par Heinz DUCHHARDT et Manfred SCHLENKE, München 1982, p. 89-101; Peter BAUMGART, Die preußische Königskrönung von 1701, das Reich und die europäische Politik, dans: Neue Forschungen zur Brandenburg-Preußischen Geschichte 7 (1987) p. 65- 86.

16 Jörg FISCH, Krieg und Frieden im Friedensvertrag, Stuttgart 1979.

III. On peut oser proposer la thèse suivante: jusqu'à la fin de l'époque de Louis XIV, le droit des gens avait gagné en qualité et en consistance, en se basant bien sûr sur la Paix de Westphalie qui, pendant presque un siècle et un demi, fut invoquée invariablement et de façon stéréotypée comme première référence du droit européen des gens<sup>17</sup>. Au cours du 18<sup>e</sup> siècle pré-révolutionnaire, il n'était donc plus nécessaire de l'améliorer en ce qui concernait la pratique des relations internationales et la technique de l'établissement de la paix. Ce que le droit des gens n'avait jusque-là pas réussi, c'était de réévaluer la guerre et d'attacher plus d'importance à la prévention de celle-ci et au maintien de la paix.

A la suite d'Hugo Grotius, la plupart des théoriciens de la fin du 17<sup>e</sup> siècle, s'étaient mis d'accord sur un point: la guerre était de loin la condition prétendue normale entre peuples et entre états, contrairement à la paix qui était, bien sûr, considérée comme le but de chaque guerre, mais qui n'était en fait qu'un intervalle entre deux guerres. Toutefois, Grotius et ses successeurs s'efforcèrent de cloisonner la guerre dans un espace juridique et jugèrent les conflits armés comme une sorte d'*ultima ratio* des Etats<sup>18</sup>. Ceci devait donc donner l'occasion de se consacrer d'avantage à la recherche de la paix. La vieille formule »*bellum geritur ut pax adquiratur*« mit cette idée au point. Pourtant, aucun doute n'était permis sur la légitimité de la guerre et sur son inéluctabilité. Ainsi, à la fin du 17<sup>e</sup> siècle, se concentra-t-on surtout sur le développement de règles permettant l'arrêt de la guerre et sur la technique de perfectionnement de la paix. Toutefois, le facteur de sauvegarde de la paix et de prévention de la guerre fut toujours mis de côté. On eut plutôt recours à l'instrument traditionnel de la procédure arbitrale juridique-romaine pour sauvegarder la paix<sup>19</sup>, mais on n'avait pas la fantaisie ou la liberté politique d'inventer de nouveaux instruments: Les menaces pour la paix, que représentaient par exemple les conflits bilatéraux sur les frontières et le commerce, furent réglées par des commissions mixtes, ou des conciliateurs neutres. Un nouveau livre de Karl-Heinz Lingens démontre cependant très clairement que cet instrument pour la préservation de la paix devint à partir de 1660 de plus en plus problématique et inefficace.

En ce qui concerne la technique de mise en place de la paix, les progrès durables furent assurément immenses: Les médiateurs y gagnèrent, tout au moins de temps en temps, une fonction centrale. Une vive discussion au sujet de leurs missions éclata dès le Congrès de Nimègue<sup>20</sup>: fallait-il leur accorder les compétences de simples messagers ou l'autorité de soumettre des propositions de paix substantielles aux parties opposées, avec le soutien, si nécessaire, d'une pression militaire? En outre, cette Europe qui s'unissait et se comprenait de plus en plus comme unité, estima, à la suite du congrès de Westphalie, qu'il était plus que nécessaire que toutes les puissances européennes soumettent leurs revendications lors d'un congrès et

17 Heinz DUCHHARDT, *Westfälischer Friede und internationales System im Ancien Régime*, dans: *Historische Zeitschrift* 249 (1989) p. 529-543, surtout p. 531 ff.

18 Wilhelm G. GREWE, *Epochen der Völkerrechtsgeschichte*, Baden- Baden 1984.

19 Voir le livre de Karl-Heinz LINGENS cité ci-dessus à la note 9.

20 Voir le livre cité à la note 14, et surtout l'article: *Arbitration, Mediation oder bons offices? Die englische Friedensvermittlung in Nijmegen 1676-1679*. En plus, différents essais dans les actes d'une conférence à l'occasion du tricentenaire de la Paix de Nimègue: *The Peace of Nijmegen 1676-1678/79 - La Paix de Nimègue*, Amsterdam 1980.

prennent position sur les changements du »Kräftespiel« européen. Afin d'éviter de basculer trop vite dans de nouveaux conflits, on renonça très vite à la méthode choisie en 1648 de se faire garantir la paix par les grandes puissances de l'époque ou même par l'ensemble des médiateurs. La tendance fut plutôt d'incorporer des mécanismes de sécurité précis dans les contrats. De tels mécanismes de sécurité pouvaient se révéler être des têtes de pont devant la porte de l'adversaire, ou bien des droits d'occupation dans les forteresses très avancées au glacis<sup>21</sup>. Les droits de passage pouvaient également remplir cette fonction de mécanisme de sécurité. La France, par exemple, se réservait souvent ce droit. D'ailleurs, les facteurs économiques et commerciaux se transformaient de plus en plus en mécanismes de sécurité: restrictions de la navigation, barrages de certaines zones, transfert du monopole du commerce des esclaves à l'ex-adversaire: tout cela dans le but d'empêcher toute nouvelle tentative militaire du vaincu.

Ce fut seulement au tournant du 17<sup>e</sup> au 18<sup>e</sup> siècle que l'on commença à se familiariser avec l'idée d'une préservation de la paix à long terme, et ceci, bien entendu, à cause des dégâts d'un siècle rempli de guerres européennes. La préservation de l'équilibre des puissances, idéologie importée d'Angleterre et considérée comme »suprema lex«, tendit à décourager au plus tôt tout perturbateur potentiel, qui devait craindre de trouver une résistance collective européenne. Les puissances – et plus particulièrement celles dont les dynasties avaient payé de leur sang les frais d'apprentissage – essayèrent d'exclure les motifs de guerre résultant du régime dynastique ou du droit de succession<sup>22</sup>. Elles tentèrent, au contraire, de rattacher au droit des gens leurs règlements de succession dynastique. Il faut citer ici avant tout l'»Act of Settlement« anglais et la »Sanction Pragmatique« autrichienne de 1713. De plus, il était important d'essayer d'entraîner les états limitrophes à plus de responsabilité dans le cadre de l'Europe. La Russie, empire gigantesque, qui, jusque-là, était classée comme impondérable et incalculable, fut, à partir de la fin de la guerre nordique, de plus en plus incluse dans les entrelacs du droit des gens, par des traités bilatéraux. L'empire Ottoman, quant à lui, se dirigeait de plus en plus vers le »Jus Publicum Europaeum« et offra même sa médiation aux puissances impliquées dans la guerre de succession d'Autriche<sup>23</sup>.

Tout ceci trouva enfin un appui nécessaire dans la théorie du droit des gens, influencé par la philosophie des Lumières. De Justi à Kant, l'idée que l'équilibre des puissances était le garant d'une paix stable, rencontra de plus en plus de scepticisme, de réserves et de critiques. Pourtant, durant le siècle des Lumières, une nouvelle philosophie supranationale d'une Communauté Européenne de Droit et de Paix se développa. Cette communauté faisait de chaque Etat membre un participant responsable dont le devoir était de préserver la paix. Mais, même Emer de Vattel, théoricien

21 Werner HAHLEWEG, *Barriere – Gleichgewicht – Sicherheit. Eine Studie über die Gleichgewichtspolitik und die Strukturwandlungen des Staatensystems in Europa 1646–1715*, dans: *Historische Zeitschrift* 187 (1959) p. 54–89; id., *Untersuchungen zur Barrierepolitik Wilhelms III. von Oranien und der Generalstaaten im 17. und 18. Jahrhundert*, dans: *Westfälische Forschungen* 14 (1961) p. 42–81.

22 Johannes KUNISCH, *Staatsverfassung und Mächtepolitik. Zur Genese von Staatenkonflikten im Zeitalter des Absolutismus*, Berlin 1979.

23 Heinz DUCHHARDT, *Friedenswahrung im 18. Jahrhundert*, dans: *Historische Zeitschrift* 240 (1985) p. 265–282, surtout p. 274–278.



avisé et penseur méthodique, qui, dans les années 1750, soutenait fermement cette position dans son »Droit des gens«<sup>24</sup>, ne pouvait rien changer à l'impression générale: la possibilité de réaliser ces nombreuses théories restait loin derrière la réalité politique.

IV. Si nous faisons converger les grandes lignes de nos trois points d'observation, c'est-à-dire:

1. les structures des relations internationales,

2. le droit des gens et,

3. la paix, faisant partie des relations internationales et du droit des gens nous constatons, que l'Europe du siècle de Louis XIV représenta en effet le vrai nœud, d'une part entre la formation du dualisme franco-habsbourgeois et la structuration d'un nouveau droit des gens et, d'autre part les changements en ce qui concerne les relations internationales, à l'aube de et pendant la Révolution Française.

Au niveau des relations internationales, l'antagonisme Habsbourg/Bourbon qui avait jusqu'alors dominé la scène politique, perdit de l'importance et fut, pour mettre cela au point, remplacé par une nouvelle constellation politique. Cette nouvelle constellation se composait, d'une part, d'une France, en plein essor, très dynamique et même agressive, et, d'autre part d'une union d'Etats moyens et petits, bien décidés à freiner l'expansionisme français. Ce regroupement d'Etats accueillit, avec l'Angleterre, une nouvelle puissance dirigeante, dont le prestige majeur résultait du fait qu'elle n'avait aucune prétention territoriale sur le continent. Cette structure fondamentale continua de fonctionner en principe encore après la mort de Louis XIV, bien que l'Angleterre entama, à partir de 1718, une alliance à durée limitée avec Versailles, une alliance qui s'avéra quand même toujours assez problématique et presque toujours seulement à demi consentie<sup>25</sup>. C'est finalement par le renversement des Alliances en 1756<sup>26</sup> que l'on vit à quel point le conflit franco-habsbourgeois était passé au second plan et avait été remplacé comme élément fondamental des relations internationales par la nouvelle constellation politique en question.

La même constatation est valable en ce qui concerne le droit des gens. Depuis l'époque de Louis XIV jusqu'à la fin de l'Ancien Régime, le droit des gens puisa son caractère et sa forme dans la puissance prodigieuse de la monarchie française tout autant que dans l'opposition qu'elle provoqua.

Trois points sont à garder en mémoire, trois éléments du droit des gens qui furent discutés et finalement accordés grâce aux pressions et à l'engagement de la couronne française:

- les règles concernant la coexistence entre Etats,
- l'exclusion des Etats de l'Empire non totalement souverains, hors de la pratique du droit des gens, et

24 Publié en 1758. Sur l'œuvre de Vattel, voir: Frederick G. WHELAN, *Vattel's Doctrine of the State*, dans: *History of Political Thought* 9 (1988) p.59–90; Francis Stephen RUDDY, *International law in the Enlightenment. The Background of Emmerich de Vattel's Le Droit des Gens*, Dobbs Ferry 1975.

25 Jeremy BLACK, *Natural and Necessary Enemies: Anglo-French relations in the Eighteenth Century*, Athens 1986; id., *The Collapse of the Anglo-French Alliance 1727–1731*, Gloucester 1987.

26 Max BRAUBACH, *Versailles und Wien von Ludwig XIV. bis Kaunitz. Die Vorstadien der diplomatischen Revolution im 18. Jahrhundert*, Bonn 1952.

– l'adoption de l'égalité des couronnes dans les relations diplomatiques et dans le droit des gens.

Ces règles se sont perpétuées, remarquablement inchangées, après l'entracte de l'époque révolutionnaire et napoléonienne.

Il est beaucoup plus difficile de prouver que l'époque de Louis XIV a usé de la même énergie pour développer la paix comme césure et comme état à long terme. Depuis les traités de Münster / Osnabrück et Oliva, il allait de soi que tout conflit devint une affaire européenne, avant tout au moment de son achèvement, quand un vaste congrès de paix réunissait alors toutes les puissances plus ou moins concernées. L'époque de Louis XIV n'avait ainsi plus besoin »d'inventer« une technique de paix, avec un lieu neutre, des médiateurs neutres et une procédure d'échange de documents écrits. Pourtant, il est significatif que, vers la fin de cette époque, les mécanismes traditionnels furent de plus en plus mis en question et ne furent plus utilisés que dans des cas exceptionnels – cela veut dire par exemple à l'occasion des traités de paix entre l'Occident et l'empire Ottoman. Par contre, la Paix d'Utrecht fut négociée et scellée entre Londres et Versailles par la »petite« voie hiérarchique, c'est-à-dire par des négociations secrètes avant et en dehors du congrès. Ensuite, on imposa plus ou moins rudement cette paix aux autres Etats ayant participé à la guerre. Une nouvelle pratique se dessina et se manifesta à cette occasion chez les super-puissances de l'époque qui revendiquaient une nouvelle responsabilité pour la paix et le maintien de la paix. A la mort de Louis XIV, elles mirent au point les premiers instruments, garantissant une paix stable, par la création de l'Alliance Quadruple et par les congrès de Cambrai et de Soissons<sup>27</sup>.

Ces instruments étaient, en dehors du maintien de la paix, le moyen opportun et approprié d'adapter l'équilibre toujours menacé à chaque situation nouvelle.

Voici donc le trait principal de la situation de la paix à l'époque de Louis XIV: cette époque libéra et détacha le processus de la reconquête de la paix des règles traditionnelles et des normes rigides. Elle reprit la signification du droit et donna naissance à une façon de penser plus politique. Mais elle n'eut pas l'énergie de se charger fermement de la sécurité et du maintien de la paix. L'époque suivante en tira la leçon et considéra ce devoir comme une mission centrale.

Après l'époque de Louis XIV, les moyens mis en place pour assurer la paix se révélèrent – il faut le concéder – peu efficaces, et furent, malheureusement, vite dépassés et masqués par une politique de pouvoir pure et dure. Mais, à chaque époque de l'histoire, ne sommes-nous pas à nouveau confrontés aux menaces contre la paix et au devoir d'y répondre?

27 Karl-Heinz LINGENS, Kongresse im Spektrum der friedenswahrenden Instrumente des Völkerrechts – Cambrai und Soissons als Beispiele frühneuzeitlicher Praxis, dans: Zwischenstaatliche Friedenswahrung (comme note 12) p.205–226.



JOHANNES BURKHARDT

## GESCHICHTE ALS ARGUMENT IN DER HABSBURGISCH-FRANZÖSISCHEN DIPLOMATIE

### Der Wandel des frühneuzeitlichen Geschichtsbewußtseins in seiner Bedeutung für die Diplomatische Revolution von 1756

Nach den Jahren, in denen die deutsche historische Forschung aufgrund eines gewissen Nachholbedarfs unter dem Primat der Innenpolitik stand, bezieht das Interesse an der Geschichte heute auch die Außenpolitik wieder stärker ein. Aber anders als in der alten Diplomatiegeschichte interessieren an den internationalen Beziehungen besonders die Normen und Strukturen, an denen sich die Entscheidungen orientierten. Es geht um die Legitimationen und Zielsetzungen, die Motive und Argumente, die Methoden und Organisationsformen, die das Handeln derer bestimmten, die für Krieg und Frieden verantwortlich waren.

In der Frühen Neuzeit waren das zu einem guten Teil Wertvorstellungen und politische Ideen, die in der Forschung diskutiert werden: »Ruhm« und »Ehre« bleiben in der höfischen Gesellschaft charakteristische Motive – von der »gloire« Ludwigs XIV. bis zum Wunsch des jungen Königs Friedrich, sich mit einem Sieg in Schlesien einen Namen zu machen<sup>1</sup>. Die *bellum-iustum*-Lehre wurde so umgebildet, daß dem souveränen Staat die Legitimation zum Kriegführen nicht bestritten werden konnte<sup>2</sup>. Die Gleichgewichtsdoktrin und die Interessenlehren des Staatensystems bildeten im 17./18. Jh. klassische Verdichtungen des politischen Denkens<sup>3</sup>. Konrad Repgen hat aus seinen Untersuchungen zu Kriegsmanifesten der Frühen Neuzeit zwölf Leitbegriffe vorgestellt, die den Kreis der bekannten und weniger bekannten Rechtfertigungen von politisch-militärischer Gewaltanwendung ausmessen<sup>4</sup>. Erfolgreich und Erbfolgeverträge hat Johannes Kunisch als Strukturproblem des dynastischen Fürstenstandes im Absolutismus problematisiert<sup>5</sup>. »Die Lehre von der Macht

1 Johannes KUNISCH, *La guerre – c'est moi!* Zum Problem der Staatenkonflikte im Zeitalter des Absolutismus, in: *Zs. für Historische Forschung* 14 (1987) S. 407–438.

2 Vgl. James T. JOHNSON, *Ideology, Reason and the Limitation of War. Religious and Secular Concepts 1200–1740*, Princeton 1975 und Wilhelm JANSSEN, *Krieg*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hg. von Otto BRUNNER, Werner CONZE und Reinhart KOSSELCK, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 567–615.

3 Heinz DUCHHARDT, *Gleichgewicht der Kräfte, Convenance, Europäisches Konzert. Friedenskongresse und Friedensschlüsse vom Zeitalter Ludwigs XIV. bis zum Wiener Kongreß*, Darmstadt 1976.

4 Konrad REPGEN, *Kriegslegitimationen in Alteuropa. Entwurf einer historischen Typologie* (Schriften des Historischen Kollegs 9) München 1985, auch in: *Historische Zeitschrift* 241 (1985) S. 27–49.

5 Johannes KUNISCH, *Staatsverfassung und Mächtepolitik. Zur Genese von Staatenkonflikten im Zeitalter des Absolutismus*, Berlin 1979.

der Staaten« als ein kameralistisch-statistisches Kalkül zur relativen Steigerung der Staatsmacht ist als eine weitere politische Handlungsnorm des 18. Jh. zur Debatte gestellt worden<sup>6</sup>. Auch das konfessionelle Argument bis hin zur Sprache des Religionskrieges ist im 17. Jh. und noch in der Mitte des 18. Jh. im zwischenstaatlichen Entscheidungsraum zu finden<sup>7</sup>. Länger als bisher bewußt, spielen auch ältere Normvorstellungen eine Rolle, aufgrund derer sich untereinander konkurrierende Universalgewalten und selbständig werdende Ständegewalten noch nicht auf ein geregeltes staatliches Nebeneinander einigen konnten<sup>8</sup>. Und gegen all diese einander ergänzenden Ansätze verweist noch Günter Barudio auf eine bestimmte vertragsrechtliche Herrschaftsstilisierung, die er allerdings mit blindwütiger Rhetorik zum Maß aller Dinge erhebt und so der wissenschaftlichen Diskutierbarkeit entzieht<sup>9</sup>.

Die politische Kultur der Neuzeit aber war auch eine historische Kultur. In dem angedeuteten zeitgenössischen Legitimationsrahmen, in dem sich die europäische Politik bewegte, bedarf dementsprechend eine weitere Dimension besonderer Beachtung: Vergangenheit und Geschichte. Die politischen Entscheidungen um Krieg und Frieden, Ländergewinn und Bündnispolitik fielen ja nicht in einem luftleeren Raum wissenschaftlicher Politikberatung, sondern rekurrten auch auf historische Erfahrungen. Gerade die Fürsten und ihre Ratgeber waren eine Hauptzielgruppe der frühneuzeitlichen Geschichtsschreibung, die ihnen von Carion und Melanchthon bis Bossuet die historischen Exempel, Genealogien und Historien vorhielt oder in Fürstenspiegeln und Regimentslehren ein Regelwerk beispielhaften Verhaltens und Fehlverhaltens aus der Geschichte ableitete<sup>10</sup>. Dazu kam die Schwerkraft der diplomatischen Institutionen und Gewohnheiten, die den Umgang mit Freund und Feind wohl genauso bestimmte wie das Interessenkalkül<sup>11</sup>.

6 Harm KLUETING, Die Lehre von der Macht der Staaten. Das außenpolitische Machtproblem in der »politischen Wissenschaft« und in der praktischen Politik im 18. Jh., Berlin 1986 (Historische Forschungen. Bd. 29).

7 Vgl. für die protestantische Seite: Manfred SCHLENKE, England und das friderizianische Preußen 1740–1763, München 1963, S. 215ff.; für die katholische: Johannes BURKHARDT, Abschied vom Religionskrieg. Der Siebenjährige Krieg und die päpstliche Diplomatie, Tübingen 1985, und unten Anm. 34.

8 Vgl. Johannes BURKHARDT, Der Dreißigjährige Krieg. Frankfurt a. Main 1992 (Neue Historische Bibliothek, hg. von Hans-Ulrich WEHLER, edition suhrkamp 1542), S. 30–125 und speziell Franz BOSBACH, Monarchia universalis. Ein politischer Leitbegriff der frühen Neuzeit, Göttingen 1988 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 32).

9 Vgl. Günther BARUDIO, Gustav Adolf der Große, Frankfurt a. Main 1982<sup>2</sup>, Günther BARUDIO, Der Teutsche Krieg 1618–1648, Frankfurt a. Main 1985 und den als Rezensionen getarnten Pressefeldzug in eigener Sache, u. a. in: Rheinischer Merkur und Frankfurter Allgemeine Zeitung.

10 Vgl. Reinhart KOSELLECK, Historia Magistra Vitae, in: KOSELLECK, Vergangene Zukunft, Frankfurt a. Main 1985<sup>4</sup>, S. 38–66, und Johannes BURKHARDT, Strukturelemente der neuen historischen Wissenschaften, in: Verhaltenswandel in der Industriellen Revolution, hg. von August NITSCHKE, Stuttgart 1975, S. 73–91; Rainer A. MÜLLER, Die deutschen Fürstenspiegel des 17. Jh. Regierungslehren und politische Pädagogik, in: Historische Zeitschrift 240 (1985) S. 571–597. Wolfgang WEBER, Prudentia gubernatoria. Studien zur Herrschaftslehre in der deutschen politischen Wissenschaft des 17. Jh., Tübingen 1992 (Studia Augustana, Bd. 4).

11 Vgl. Klaus MÜLLER, Das kaiserliche Gesandtschaftswesen im Jahrhundert nach dem Westfälischen Frieden, Bonn 1976, S. 338ff.

Besondere Stabilisatoren und Traditionsbildner wird man in den Generalinstruktionen vermuten dürfen, die das Verhalten der Gesandten für die ganze Dienstzeit festlegten und sich oft die vorige auch inhaltlich zum Muster nahmen<sup>12</sup>. Ähnliches läßt sich in den Finalrelationen, den mancherorts üblichen abschließenden Berichten der Gesandten, sowie in mancherlei politischen Denkschriften beobachten. Das sind Konventionen und Kontinuitäten, die bis zu bewußter Erfahrungsweitergabe gingen, wie etwa in den Politischen Testamenten des 17. und 18. Jh<sup>13</sup>. Das außenpolitische System eines Staates, meint im 18. Jh. ein Publizist, solle nicht nur im Kopf des Landesherrn oder seiner Minister stehen, sondern man müsse es schriftlich aufsetzen, *und eine Art von pragmatischer Sanction davon machen, die man im Archive unter den wichtigsten Staatsgeheimnissen aufhebt, damit sie den Nachfolgern in der Regierung zur Richtschnur diene*<sup>14</sup>. Die zunehmende Verschriftlichung der Diplomatie und Administration in der Frühen Neuzeit, wie sie hier sogar programmatisch gefordert wurde, diente nicht nur der Kommunikation, sondern auch der Stärkung des historischen Gedächtnisses und der Herausbildung politischer Traditionen.

Im folgenden soll unter dem systematischen Vorzeichen der historischen Dimension in der Diplomatie einmal der spektakulärste Fall einer solchen außenpolitischen Tradition näher betrachtet werden, der über Generationen und Jahrhunderte wirksam war: der habsburgisch-französische Gegensatz, der für das europäische Staatensystem wie die deutsch-französischen Beziehungen besonders folgenreich wurde. In einem ersten Teil wird der Bedeutung der Geschichte bei Aufbau, Fortschreibung und Perpetuierung dieses Gegensatzes auf der französischen und auf der deutschen Seite nachgegangen. Im zweiten Teil wird gefragt, wie es trotzdem möglich war, diesen geschichtsbildgestützten Antagonismus im 18. Jh. zu überwinden und 1756 das sensationelle habsburgisch-französische Bündnis zu schließen. Diese Perspektive führt zu der überraschenden Entdeckung, daß zur Erklärung der Diplomatischen Revolution von 1756 die verschiedenen realpolitischen Gründe nicht ausreichen, vielmehr ein förderlicher Wandel des formalen Geschichtsbewußtseins der Aufklärung selbst in Rechnung zu stellen ist, der sich an den diplomatischen Quellen nachweisen läßt.

12 Zum Typus vgl. Klaus JAITNER (Hg.), Die Hauptinstruktionen Clemens' VIII. für die Nuntien und Legaten an den europäischen Fürstenhöfen, 1592–1605, 2 Bde., Tübingen 1984 (*Instructiones Pontificum Romanorum*).

13 Grundlegend Heinz DUCHHARDT (Hg.), Politische Testamente und andere Quellen zum Fürstenethos der Frühen Neuzeit, Darmstadt 1987 (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. 18), S. 1–14.

14 Jakob Friedrich BIELFELD, *Institutions Politiques*, 2 Bde., 1760. Deutsch nach: Des Freyherrn von Bielfeld Lehrbegriff der Staatskunst, 2 Teile (Übersetzung Johann Georg Meusel), Breslau und Leipzig 1777<sup>3</sup>, II, 4, § 17, zitiert nach KLUETING, *Die Lehre* (wie Anm. 6), S. 124.

## I. Der habsburgisch-französische Antagonismus in historischer Dimension und Traditionsbildung

Grundlegend für die lange Feindschaft war sicher der machtpolitische Interessengegensatz: die beiden mächtigsten Kronhäuser rangen um die Vormachtstellung in Europa<sup>15</sup>. Die Hauptstationen des Dauerkonfliktes sind schnell bezeichnet:

- 1. Aus der burgundischen Heirat Kaiser Maximilians I. und der Italienpolitik des französischen Königtums entstand im ausgehenden 15. Jh. eine Konkurrenzsituation.
- 2. Der Konflikt mußte sich verschärfen, als Spanien mit seinen Nebenländern an die Habsburger fiel und Karl V. gegen heftige französische Opposition 1519 das Kaisertum gewann und eine Spitzenstellung in der Christenheit in Anspruch nahm. Fünf Kriege zwischen Karl V. und Franz I. waren die Folge.
- 3. In der Zeit der Bürger- und Religionskriege in Frankreich standen zwar die konfessionellen und ständischen Konflikte im Vordergrund, doch konnte man auch innenpolitisch eine spanische und eine nationalfranzösische Partei erkennen.
- 4. Im Dreißigjährigen Krieg kam auf der einen Seite die Zusammenarbeit zwischen kaiserlicher und spanischer Linie zum Tragen, auf der anderen eine von Heinrich IV. vorbereitete und von Richelieu aus der Defensive heraus aufbaute antihabsburgische Bündnispolitik.
- 5. Ludwig XIV. setzte diese Linie fort und errang in den Expansionskriegen gegen die spanisch-habsburgischen und deutschen Bastionen am Rhein nunmehr seinerseits eine Vorherrschaft.
- 6. Im Spanischen Erbfolgekrieg ging es um die Neuverteilung eines Teils der habsburgischen Hausmacht selbst. Nach der Teilung des Erbes verblieb dem französischen Königtum das Haus Österreich als Gegner.
- 7. In den Österreichischen Erbfolgekriegen seit 1740 stand die territoriale Integrität, ja die staatliche Existenz der habsburgischen Seite auf dem Spiel, die Maria Theresia von Frankreich streitig gemacht wurde.

Über mehr als 250 Jahre also haben Frankreich und die österreichischen Habsburger in jedem größeren Krieg, an dem beide beteiligt waren, in verschiedenen Lagern gestanden. Im 16. Jh. war Karl V. auf dem Weg zur *monarchia universalis*, im 17. Jh. Ludwig XIV., aber am Ende konnte keiner gewinnen, weil der jeweils Schwächere sich mit einer Reihe von Reichsständen und europäischen Mächten liieren konnte. Im 18. Jh. ging das unentschiedene Spiel in das »europäische Gleichgewicht« über, gleichsam die domestizierte Form des Interessengegensatzes, der erst 1756 sein Ende fand.

<sup>15</sup> Klassische neuere deutsche Ausführungen zum folgenden: Heinrich LUTZ, *Christianitas afflicta*. Europa, das Reich und die päpstliche Politik im Niedergang der Hegemonie Karls V. 1552–1556, Göttingen 1964. Josef ENGEL, *Von der spätmittelalterlichen respublica christiana zum Mächte-Europa der Neuzeit*, in: *Die Entstehung des neuzeitlichen Europa*, Stuttgart 1971 (*Handbuch der Europäischen Geschichte*, Bd. 3), S. 1–443, S. 209ff. Heinrich LUTZ, *Friedensideen und Friedensprobleme in der Frühen Neuzeit*, in: *Friedensbewegungen: Bedingungen und Wirkungen*, hg. von Gernot HEISS und Heinrich LUTZ, Wien 1984, S. 28–54.

Keineswegs jedoch war die Interessenlage an sich zu allen Zeiten so klar, daß sie die Bündnispolitik wie von selbst strukturiert hätte. So hat Heinz Schilling die Zeit zwischen 1570 und 1630 mit guten Gründen als eine Entwicklungsphase bestimmt, in der primär der konfessionelle Faktor ein zunächst duales europäisches System internationaler Beziehungen konstituierte – oder eigentlich deren zwei aus einem spanisch geführten und gegenreformatorisch definierten und einem calvinistisch und niederländisch-deutsch orientierten protestantischen Internationalismus<sup>16</sup>. Auch ist der dynastische Dualismus verwirrend. Im 17. Jh. bestand das Haus Habsburg aus zwei Linien, im 18. Jh. das Haus Bourbon aus zweien oder sogar dreien, die keineswegs immer geschlossen operierten. Der Westfälische Friede war ein Sonderfriede der österreichischen Linie mit Frankreich, das 18. Jh. sah mancherlei Eskapaden der spanischen Bourbons. Mit Schweden kam zeitweilig eine weitere Großmacht mit konkurrierenden universalen Ansprüchen dazu, und selbst der strukturbestimmende Machtanspruch Ludwigs XIV. erscheint nach einer langen Forschungsgeschichte differenziert durch zusätzliche Motive und Legitimationen der Reichspolitik, des Sicherheitsstrebens und der ökonomisch-fiskalischen Rücksichten, die nicht immer übereinstimmten<sup>17</sup>. Bezieht man dies mit ein, die Position Englands und die übrigen Interessenkonflikte Europas, so ändert sich das Bild im 18. Jh. vollkommen. Was hat eigentlich die beiden Parteien bewogen, das Spiel in der veränderten Lage nach dem Spanischen Erbfolgekrieg noch 40 Jahre weiterzuspielen?

Es bedurfte einer gewissen Traditionspflege, um diesen Antagonismus im historischen Bewußtsein aufzubauen, aber das historische Argument scheint sich dann auch verselbständigt zu haben. Beides gilt nicht so sehr in der ersten frischen Gegnerschaft des 16. Jh., wohl aber im 17. und 18. Jh. Belegen läßt sich dies an einigen Beobachtungen seit dem Westfälischen Frieden.

Schon die Friedensverträge selbst, die zur Reichsverfassung und Grundlage des europäischen Völkerrechts geworden sind, auf die man sich noch das 18. Jh. über beständig zu berufen pflegte, sind auch ein Stück Traditionsbildung<sup>18</sup>. Das gilt nicht nur inhaltlich, insofern mit den halbherzigen Abtretungsbestimmungen die Rhein-

16 Heinz SCHILLING, Formung und Gestalt des internationalen Systems in der werdenden Neuzeit. Phasen und bewegende Kräfte, in: Kontinuität und Wandel in der Staatenordnung der Neuzeit, hg. von Peter KRÜGER, Marburg 1991 (Marburger Studien zur neueren Geschichte, Bd. 1), S. 19–46.

17 Vgl. zu Schweden Johannes BURKHARDT (wie Anm. 8), S. 51–63; zu den ludovizianischen Kriegen: Peter-Michael HAHN, Frankreich und das Reich während des 17. Jahrhunderts im Spiegel der deutschen Geschichtswissenschaft des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Historische Zeitschrift 247 (1988), S. 53–94 und Klaus MALETTKE, Ludwigs XIV. Außenpolitik zwischen Staatsräson, ökonomischen Zwängen und Sozialkonflikten, in: Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume europäischer Außenpolitik im Zeitalter Ludwigs XIV., hg. von Heinz DUCHHARDT, Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 11, Berlin 1991, S. 43–72.

18 Umfassend: Jörg FISCH, Krieg und Frieden im Friedensvertrag. Eine universalgeschichtliche Studie über Grundlagen und Formelemente des Friedensschlusses, Stuttgart 1978 (speziell: Sprache und Geschichte, hg. von Reinhart KOSELLECK und Karlheinz STIERLE, Bd. 3). Anton SCHINDLING, Der Westfälische Frieden und der Reichstag, in: Politische Ordnungen und soziale Kräfte im Alten Reich, hg. von Hermann WEBER, Wiesbaden 1980, S. 113–153. Bernd ROECK, Westfälischer Frieden, Reich und Territorien, in: Um Glauben und Reich. Beiträge zur bayerischen Geschichte und Kunst, München 1980, S. 456–468.



politik Ludwigs XIV. inauguriert wurde<sup>19</sup>, sondern auch formal: Einleitend gedenkt das Instrumentum Pacis Monasteriense der Entstehung und Eskalation des Konflikts bis zum Krieg zwischen Kaiser Ferdinand III. und Ludwig XIV., präsentierte also den Konflikt bereits in einer stilisierten Zwei-Generationen-Folge. Als Kontrahenten des Vertrages werden dann der Kaiser mit dem Haus Österreich und der König von Frankreich, beide mit ihren ungenannt bleibenden Bundesgenossen und Anhängern einander gegenübergestellt – eine schon historisch hergeleitete Polarisierung, die fortwirkte, während die parallele Stilisierung des Vertrages zwischen Kaiser und Schweden durch dessen Machtverfall nicht ganz diese Langzeitbedeutung erlangen konnte<sup>20</sup>. Wie ist diese antagonistische Tradition auf beiden Seiten aufgebaut und die historische Erinnerung als Argument eingeübt worden?

### 1. Die antihabsburgische Tradition der französischen Diplomatie

Die Geschichte war von Sully und Richelieu bis Ludwig XIV. ein zugkräftiges Argument: Diplomatie und Publizistik erinnerten an das Alter der französischen Monarchie, das einen Vorrang in Europa begründe, oder an das alte Gallien, das es wiederherzustellen gelte<sup>21</sup>. An biblischen und historischen Exempeln von Bündnissen mit Ungläubigen zeigte Richelieu, daß man sich dazu auch mit den Protestanten verbinden dürfe<sup>22</sup>. Ludwig XIV. sah sich als Nachfolger Karls d. Gr.: Was damals sein Haus besessen habe – neben Frankreich die Niederlande, Deutschland, Italien und ein guter Teil Spaniens –, das hätten jetzt zu Unrecht die Habsburger an sich genommen<sup>23</sup>. In den 1660er Jahren betonte er gegen Spanien gewandt eine langjährige permanente Feindschaft der Kronen. Nach der Erfahrung so vieler Jahrhunderte solle der Nachfolger die Freundschafts- und Einigkeitsbekundungen der Friedensverträge nicht etwa wörtlich nehmen<sup>24</sup>. Der Interessengegensatz wird hier zu einem permanenten Krieg stilisiert und historisch verankert. Das hatte auch Konsequenzen in der Diplomatie.

Die Generalinstruktionen, mit denen die französischen Gesandten nach Wien geschickt wurden, beschwören zwar das ganze 17. und 18. Jh. über ein gutes Verhältnis zwischen den Höfen: *une bonne intelligence et une parfaite amitié* zum

19 Grundlegend: Fritz DICKMANN, Der Westfälische Frieden, Münster 1964, 1972<sup>4</sup>, hier S. 216–324, zur Forschungsgeschichte HAHN (wie Anm. 17).

20 Instrumentum Pacis Monasteriense. Instrumentum Pacis Osnabrugense, Präambeln, Bern 1975 (Lateinisch-Deutsche Textausgabe: Quellen zur Neueren Geschichte. Historisches Institut der Universität Bern, Bd. 12: Die Westfälischen Friedensverträge 1648, hg. von Ernst WALDER).

21 Vgl. Ernest LAVISSE, Louis XIV, Bd. 2, La politique extérieure de 1661 à 1685, Paris 1978, S. 39. Fritz DICKMANN, Rechtsgedanke und Machtpolitik bei Richelieu und Mazarin, Friedensrecht und Friedenssicherung, Göttingen 1971, S. 36–78 und Winfried DOTZAUER, Der publizistische Kampf zwischen Frankreich und Deutschland in der Zeit Ludwigs XIV. Der Publizist Antoine Aubery und seine Gegner (1667–1669). »Des iustes prétentions du Roi sur l'Empire«, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 122 (1974), S. 99–123.

22 Jörg WOLLENBERG, Richelieu. Staatsräson und Kircheninteresse. Zur Legitimation der Politik des Kardinalpremier, Bielefeld 1977.

23 ... *notre maison régnaît tout à la fois sur la France, sur les Pays-Bas, sur l'Allemagne, sur l'Italie et sur la meilleure partie de l'Europe*, Mémoires de Louis XIV, présentés et annotés par Jean LONGNON, Paris 1978, S. 68.

24 Ibidem, S. 64.

Wohle der Christenheit und der Ruhe Europas<sup>25</sup>. Dies ist jedoch nur die Sprache der Friedensverträge, die bei der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen besonders nahelag. Ewiger Friede, wahre Freundschaft und Verständnis, selbst Union und Konzert gehen nicht über den Rahmen der Vertragstopologie hinaus; die Schwelle bündnispolitischer Ernsthaftigkeit wurde erst mit dem Begriff der »alliance« signalisiert. Wenn die Majestäten gar gegen allen Augenschein *l'ancienne amitié* erneuern<sup>26</sup>, dann erscheint daran alt nur die Beteuerung. Gemeint ist die Wiederherstellung des Friedens als Rückkehr zum Vorkriegszustand. Daneben aber sprechen die Instruktionen auch Klartext. Nach dem Nimweger Frieden von 1679 wurde dem französischen Gesandten bedeutet, er werde in Wien auf die natürliche und gleichsam ererbte Gegnerschaft des Hauses Österreich zu Frankreich treffen, die durch das Mißvergnügen über den letzten Frieden wahrscheinlich noch vermehrt sei. Der Begriff der Erbfeindschaft meldet sich an – *l'opposition si naturelle et comme héréditaire*<sup>27</sup>. Das wird in den nächsten Instruktionen aufgenommen und selbst zum diplomatischen Topos<sup>28</sup>. Die historische Erfahrung, die hinter diesem Begriff stand, hat am Ende des 17. Jh. realistischer als Ludwig XIV. Pierre Bayle in seinem Dictionnaire historique festgehalten. Die burgundische Heirat von 1477 ist es hier, die einen über 200 Jahre anhaltenden Krieg zwischen Frankreich und dem Haus Österreich ausgelöst habe, der nur aus Erschöpfung immer wieder unterbrochen worden sei, und der noch viele Kriege nach sich ziehen werde<sup>29</sup>. Nach der Vorliebe der französischen Frühaufklärung werden kleinen Ursachen große historische Wirkungen zugeschrieben. Wenn darum auch der Kampf um das Stück Land, nicht der Kampf um die Hegemonie in den Vordergrund gestellt wird, so war dies doch eine Traditionslinie von historiographischer Dignität. Hat sie im politischen Entscheidungsraum eine Rolle gespielt?

Nach den Aufzeichnungen des Außenministers de Torcy über den berühmten Kronrat vom 10. November 1700, der zu dem Beschluß führte, das spanische Testament zugunsten der Bourbonen anzunehmen, verwarf man die Weiterverfolgung einer Vertrags- und Teilungslösung mit dem Argument, daß sonst womöglich Wien das Gesamterbe annehmen könnte. Dann aber hätte das Haus Österreich, so der französische Außenminister, erneut in der Hand von Vater und Sohn die Machtfülle Karls V. vereinigt, die einst für Frankreich so verhängnisvoll geworden

25 Recueil des instructions données aux ambassadeurs et ministres de France depuis les Traités de Westphalie jusqu'à la Révolution française. Bd. 1: Autriche, hg. von Albert SOREL, Paris 1884. So 1684, S. 98.

26 So nach dem Frieden von Aachen: Instruktion für Hautefort, 1750. Recueil 1 (wie Anm. 25), S. 315, aber auch schon nach Nimwegen 1679, S. 76.

27 Instruktionen für Vitry 1679, Recueil 1 (wie Anm. 25), S. 71: *Il y trouvera l'opposition si naturelle et comme héréditaire de la maison d'Autriche pour la France, augmentée vraisemblablement par le déplaisir que l'on y a eu de la paix.* Nachtrag: Vgl. unten Anm. 58 (Bosbach).

28 Instruktionen f. Sebeville 1680, Recueil 1 (wie Anm. 25), S. 81: *Le comte de Mansfeld est venu aussi depuis peu de la part de l'Empereur, son maître, témoigner à Sa Majesté le désir qu'a ce prince de se lier avec elle d'une amitié sincère et véritable; il paroît néanmoins que l'opposition si naturelle et comme héréditaire de la Maison d'Autriche aux intérêts de la France est fort augmentée par le déplaisir qu'on a eu à Vienne de la paix, et bien qu'on l'ait acceptée avec joie parce qu'il n'étoit pas au pouvoir de l'Empereur de continuer la guerre, l'on y a vu avec peine la gloire et la supériorité avec laquelle Sa Majesté en a prescrit les conditions.*

29 Pierre BAYLE, Dictionnaire historique, Amsterdam 1740<sup>5</sup>, Art. Louis XI.

sei<sup>30</sup>. Die historisch fundierten Sorgen werden zum politischen Argument. Schon 1698 hatte man dem französischen Gesandten nach Wien mit auf den Weg gegeben, die alte Mißgunst des Hauses Österreich gegen Frankreich – *l'ancienne jalousie de la maison d'Autriche* – ließen Ludwig XIV. nicht an redliche Teilungsabsichten glauben<sup>31</sup>. Der ererbte Gegensatz wurde so zur Legitimation des spanischen Erbfolgekrieges mit herangezogen; die Tradition des Konfliktes verstärkte den neuen Konflikt.

Nach dem Spanischen Erbfolgekrieg wurde die Haltung, die Frankreich zum Wiener Hof einnahm, etwas beweglicher. Max Braubach hat mit ein wenig Übertreibung von »Vorstadien« der Diplomatischen Revolution von 1756 gesprochen, deren Anfänge er sogar schon im 17. Jh. sieht<sup>32</sup>. Vor allem erkennen die Instruktionen des 18. Jh. die veränderte Lage durch die bourbonische Sukzession in Spanien und den Aufstieg Englands zur gemeinsamen Konkurrenzmacht – allerdings nur im Wortfeld von *changer*, nicht von *révolution*. Nie hätten die Interessen der Häuser von Frankreich und Österreich so konvergiert wie heute, heißt es bei der Wiederaufnahme der Beziehungen 1715, die Ursachen der Eifersucht seien beseitigt<sup>33</sup>. War die Kraft der Tradition gebrochen?

Gegen das statische Geschichtsbild der Frühen Neuzeit, das diesen habsburgisch-bourbonischen Gegensatz mit historischen Exempeln und Traditionen besonders stützte, hat vor allem die französische Seite im Verein mit vermittelnden Kräften einen anderen ideologischen Faktor mobilisiert, der für ein Zusammengehen der beiden Mächte sprach: die gemeinsame Religion. Das konfessionelle Argument sollte das historische Argument entkräften<sup>34</sup>. Es diente nicht ganz erfolglos als Integrationsideologie in Zwischenphasen verdeckter Kooperation schon im 17. Jh. und vor allem bei dem großen Annäherungsversuch im Umkreis der letzten Instruktion Ludwigs XIV. von 1715. Aber es war auch ein sehr problematisches Argument, denn eine Art katholisch definiertes Kondominat der beiden kontinentalen Vormächte hätte fast zwangsläufig zum Religionskrieg mit England geführt, wie er in dieser Bündniskonstellations selbst in der toleranteren zweiten Hälfte des 18. Jh. noch den

30 Arsène LEGRELLE, *La diplomatie française et la succession d'Europe*, Paris 1892, Bd. 4, S. 816–819.

31 Instruktion für Villars, 1698, *Recueil* 1 (wie Anm. 25), S. 135.

32 Max BRAUBACH, *Versailles und Wien von Ludwig XIV. bis Kaunitz. Die Vorstadien der diplomatischen Revolution im 18. Jh.*, Bonn 1952 (Bonner Historische Forschungen, Bd. 2); und noch ausführlicher: *id.*, *Wilhelm von Fürstenberg und die französische Politik im Zeitalter Ludwigs XIV.*, Bonn 1972 (Bonner Historische Forschungen, Bd. 36); *id.*, *Prinz Eugen von Savoyen. Eine Biographie*, 5 Bde., München-Wien 1963–1965, Bd. 3, S. 248–276. Noch weitergehend, aber leider ohne Kenntnis von Braubach und der deutschen Forschung: Jean BÉRENGER, *An Attempted 'rapprochement' between France and the Emperor. The Secret Treaty for the Partition of the Spanish Succession of 19th January 1668*, in: Ragnhild HATTON (Hg.), *Louis XIV and Europe*, London 1976, S. 133–152. In umfassender Perspektive: Charles BOUTANT, *L'Europe au grand tournant des années 1680. La Succession palatine*, Paris 1985. Vorwort von André CORVISIER, vgl. bes. S. 863–870.

33 Besonders die Instruktionen für du Luc, 1715, *Recueil* 1 (wie Anm. 25), S. 154 und S. 159f.

34 Vgl. zum folgenden mit den Nachweisen Johannes BURKHARDT, *Konfession als Argument in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Friedenschancen und Religionskriegsgefahren in der Entspannungspolitik zwischen Ludwig XIV. und dem Kaiserhof*, in: *Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume europäischer Außenpolitik im Zeitalter Ludwigs XIV.*, hg. von Heinz Duchhardt, Berlin 1991, *Zeitschrift für Historische Forschung*, Beiheft 11, S. 135–154. Zum Verhältnis von Konfession und Internationalen Beziehungen gleichzeitig auch: SCHILLING (wie Anm. 16).

Siebenjährigen Krieg einfärbte<sup>35</sup>. Und der Appell an die gemeinsame Konfession war eine zweischneidige Sache, weil er eigentlich kontraproduktiv auch die alte Konkurrenz um die Führung des katholischen Lagers zwischen Kaisertum und Allerchristlichstem Königtum wiederbeleben mußte. So hat das konfessionelle Argument die historische Tradition der Gegensätze doch nicht überwinden können.

Das Verhältnis blieb faktisch das einer begrenzten Zusammenarbeit von gegnerischen Vormächten – Union, Konzert, aber nicht Allianz. Ermunterungen zur Überwindung der Gegnerschaft folgten Perioden ihrer Reaktivierung auch mit Hilfe des entsprechenden Geschichtsbildes. Gegen die Wiener Italienpolitik heißt es in einer Generalinstruktion von 1725: Der französische König habe aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt, wie der Wiener Hof für seine Erwerbungsinteressen arbeite, und Vorkehrungen treffen müssen, daß Wien sich nicht wieder in den Stand Karls V. versetzen könne<sup>36</sup>. Die Anerkennung der Pragmatischen Sanktion geschah 1737 mit dem umgekehrten historischen Argument, daß Frankreich sich das leisten und die alte Eifersucht vergessen könne, weil das Haus Bourbon so groß wie in den glänzendsten Zeiten Ludwigs XIV. geworden sei<sup>37</sup>. Es werden die gerade passenden Exempel herausgegriffen, um Bedrohungs- oder Überlegenheitsvorstellungen Gewicht zu geben, aber sie entstammen dem historischen Erfahrungsbereich der alten Gegnerschaft, die gültig blieb.

Als dann 1740 Maria Theresia tatsächlich ihr Erbe antreten wollte, erlangte die Partei von Fouquet/Belle-Isle und damit die Auffassung die Oberhand, daß dies die historische Stunde sei, endlich den alten Rivalen zu zerschlagen, das alte Hegemonialprogramm einzulösen und Frankreichs Größe für alle Zukunft zu sichern. Nachdem dies im Österreichischen Erbfolgekrieg mißlungen war, zeigte die letzte Grundsatzinstruktion von 1750 am Vorabend der Wende von 1756 ein sphinxhaftes Gesicht: Das alte System – *ancien système* – habe sich in der Bündnispolitik stabilisiert, so daß sich der Gesandte keinerlei Illusionen über die Wiener Denkart hingeben solle. Zugleich aber möge der Gesandte gesprächsweise in Wien einfließen lassen, daß Ludwig XV. keineswegs dem alten Mißtrauen – *anciennes défiances* – erlegen sei und das Haus Österreich keineswegs unwiderruflich als gefährlichen Rivalen ansehe, sondern daß die Feindschaft zwischen den Häusern durch ein aufrichtiges Bündnis überwunden werden könne – *une alliance sincère*, wie es hier erstmals heißt<sup>38</sup>. Man sieht den mühsamen Weg der Überwindung geschichtsgestützter außenpolitischer Traditionen im Vorfeld des Umbruchs von 1756.

## 2. Die antifranzösische Traditionsbildung auf habsburgisch-deutscher Seite

Schon als sich 1552 die evangelischen Reichsfürsten aus ihrer Niederlage gegen den Kaiser durch das Bündnis mit Heinrich II. von Frankreich retteten, haben sie das nicht getan, ohne historische Legitimierungen zu suchen. Der Vertrag von Chambord und die ihn rechtfertigende Flugschrift gedachten der *alten hergebrachten*

35 Johannes BURKHARDT, Abschied (wie Anm. 7) und für die evangelische Seite Manfred SCHLENKE (wie Anm. 7) S. 198–235.

36 Instruktion für Duc de Richelieu 1725, Instructions, Bd. 1 (wie Anm. 25), S. 201.

37 Instruktion für Mirepoix 1737, Instructions, Bd. 1 (wie Anm. 25), S. 246.

38 Instruktion für Hautefort 1750, Instructions, Bd. 1 (wie Anm. 25), S. 315.

*freundschaft* der deutschen Nation mit den *Voreltern* des französischen Königs, ja der gemeinsamen fränkischen Vorfahren und man meinte, wenn man sich jetzt nicht gegen den *viehischen, untreglichen und ewigen servitut wie in Hispania* wende, müsse man mit *ewigem verlust Teutscher Nation freyheit* rechnen und werde Schande bei den Nachkommen ernten. Den Nachkommen aber schien 150 Jahre später der *von denen Vor-Eltern so glorwürdig erhaltenen teutschen Freyheit* gerade von der Krone Frankreichs Gefahr zu drohen<sup>39</sup>. In der fast gleichen libertären Reichsdiktion rückten die Reichsstände diesmal gegen das Frankreich Ludwigs XIV. an die Seite des Kaisers. Einmütig beschloß der Reichstag noch 1713, den Krieg gegen Frankreich fortzusetzen, um diese deutsche Freiheit vor der *Französischen-Sclaverey* zu retten und nicht in *Französische Uebermacht und unerträgliches Dominat* zu fallen<sup>40</sup>. Wie ist diese reichisch-kaisernahe Tradition gegen Frankreich aufgebaut worden?

In der letzten Phase des Dreißigjährigen Krieges fehlte es nicht an dichterischen und publizistischen Wendungen gegen die fremden Mächte, die das Reich zum Kriegstheater Europas machten, wobei die Franzosen, die Schweden, aber auch die Spanier und manchmal das habsburgische Kaiserhaus selbst gemeint sein konnten, wie bei dem Reichspublizisten Bogislaw Philipp von Chemnitz<sup>41</sup>. Der Frieden von Prag schlug 1635 einen patriotischen Ton an, um Kaiser und Reich gegen *die auswärtigen Potentaten und Nationen, in specie die Krone Frankreichs und Schwedens* zu einen<sup>42</sup>, ein Ton, der auch sonst nachschwingt, selbst in der Geheiminstruktion für Trauttmannsdorff von 1645<sup>43</sup>.

In der ersten Nachkriegsphase war freilich gleichsam die andere Tradition, die mißtrauische Spannung zwischen Kaiser und Reichsständen noch einmal in den Vordergrund getreten, die im Rheinbund von 1658 kulminierte. Wenngleich Aretin gezeigt hat, daß seine Herkunft aus den verfassungsmäßigen Kreisassoziationsbestrebungen und sein Hauptakzent gegen die andauernde spanische Besatzung am Rhein die Politik des Mainzer Kurfürsten in einem anderen Licht erscheinen läßt<sup>44</sup>, so bleibt doch unter dem hier interessierenden Gesichtspunkt der anti-französischen Traditionsbildung die Zeit Philipps von Schönborn eine eher retardierende Phase. Erst die das Reichsgebiet betreffende Expansion Ludwigs XIV. führte zu ihrem

39 Vertrag von Chambord, 15. Januar 1552 und Sendschreiben König Heinrichs II. von Frankreich an die Reichsstände, 3. Februar 1552, zitiert nach: Geschichte in Quellen, Renaissance-Glaubenskämpfe-Absolutismus, bearbeitet von Fritz DICKMANN, München 1982<sup>3</sup>, S. 197–203.

40 Reichsgutachten auf das kaiserliche Kommissionsdekret über den Stand der Friedensverhandlungen, 31. Mai 1713. Quellen zur Verfassungsgeschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, bearbeitet von Heinz DUCHHARDT, Darmstadt 1983 (= Pächner III, S. 520–522), S. 167.

41 Hippolythus a Lapide (= Chemnitz), Dissertatio de ratione status in Imperio nostro Romano-Germanico, 1640. Zur Bildpropaganda in diesem Umkreis sehr erhellend: Bernd ROECK, Titelkupfer reichspublizistischer Werke der Barockzeit als historische Quellen, in: Archiv für Kulturgeschichte 65 (1983) S. 329–361.

42 Johann Christian LÜNIG, Teutsches Reichs-Archiv, Leipzig 1911ff., Pars Specialis, Bd. 5, 1. Abt., S. 104–119.

43 Acta Pacis Westphalicae, hg. von Max BRAUBACH und Konrad REGEN, München 1962ff. (Serie I Instruktionen, Bd. 1), S. 441.

44 Karl Otmar Freiherr von ARETIN, Die Kreisassoziationen in der Politik der Mainzer Kurfürsten Johann Philipp und Lothar Franz von Schönborn 1648–1711, in: Der Kurfürst von Mainz und die Kreisassoziationen 1648–1746, hg. von von ARETIN, Wiesbaden 1975, S. 31–67.

Aufbau, und zwar vor allem durch einen deutsch-französischen Krieg der Flugschriften. Alarmiert durch Antoine Aubery, der schon zuvor die französischen Könige über die Kaiser gestellt hatte und pünktlich zum Devolutionskrieg die Schrift »Des iustes prétentions du Roi sur l'Empire« herausbrachte, wiesen deutsche Publizisten solche Ansprüche zurück, teils historisch gelehrt, teils mit wirkungsvollen Warnungen vor einer französischen Universalmonarchie, wie der Wiener Hofmann und politische Schriftsteller Franz von Lisola<sup>45</sup>. Der Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz sekundierte 1670, Frankreich führe zwar nicht gerade *Charlequin-tische oder Gustav-Adolphische Consilia*, wolle aber doch mit gewissen festen tritten die Staffeln zum *arbitrio rerum* in Europa hinaufsteigen<sup>46</sup>. Diese Debatte ist ein wichtiger Schritt im europäischen Gleichgewichtsdenken, übte mit den wechselseitigen Schuldzuweisungen zweier Lager aber auch die Feindbilder ein, nicht zuletzt mit geschichtlichen Argumenten. Lisola unterstellte schon vor langer Zeit gefaßte Pläne Frankreichs und sah bei den kriegslustigen, mit den Türken im Bunde stehenden Franzosen einen stetig fortschreitenden Machtzuwachs seit Heinrich IV.

Diese publizistischen Klassiker bildeten nur die berühmte Spitze des Eisbergs in einem breiten literarischen Kampf gegen das ludovizianische Frankreich. Während die deutschen Historiker des 19. Jh. diese Flugblätter und Flugschriften, politischen Traktate und Gedichte besonders eifrig aufgearbeitet haben<sup>47</sup>, sind sie seit dem Zweiten Weltkrieg weniger gern bearbeitet worden, was sie historisch nicht unwirksamer macht. Da rufen die *Germanico Ha(h)nenfeind*, *Wahrmund Teutschmann* und andere pseudonyme Autoren das Reich gegen den *Franzmann* zur Wachsamkeit auf, oft auch in Versform nach dem Muster:

*Die ganze Welt fluchet itzt auf die Franzosen  
die Falschen, Betrüger, die Heuchler, die Losen*

und mit Aufrufen an die *teutschen Helden* und Waffen in Kernreimen wie

*O Kayser Leopold zieh endlich doch vom Leder...  
Gefochten hat man genugsam mit der Feder.*

Schon die Titel stellen das Feindbild heraus: *Tyranny frantzösische, Frantzösische Kriegs-Folter, Franckreich schäme dich!*, *Franckreich wage nicht zuviel!*, *Deutsche wehrt euch wider Frankreich*. Zu einem großen Teil wird Grausamkeit und *Mordbrennerei* beklagt, oft als geschmacklose und rein propagandistische Epitheta für den

45 LISOLA, Le bouclier d'estat et de justice contre le dessein manifestement decouvert de la monarchie Universelle. Sous le vain prétexte de pretentions de la Règne de France, 1667. Vgl. zum diplomatisch-publizistischen Hintergrund Alfred Francis Pribram, Franz Paul Freiherr von Lisola, Leipzig 1894, die Schriften S. 353f. und vor allem DOTZAUER (wie Anm. 21).

46 Bedenken welchergestalt securitas publica interna et externa und status praesens in Reich iezeigen Umständen nach auf festen Fuß zu stellen, 1670, in: Gottfried Wilhelm LEIBNIZ, Sämtliche Schriften und Briefe, hg. von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin: Vierte Reihe, Politische Schriften, Bd. 1, Berlin 1971, S. 175.

47 Hans von ZWIEDINECK-SÜDENHORST, Die öffentliche Meinung in Deutschland im Zeitalter Ludwigs XIV. 1650–1700. Ein Beitrag zur Kenntnis der deutschen Flugschriften-Litteratur, Stuttgart 1888; Johannes HALLER, Die deutsche Publizistik in den Jahren 1668–1674. Ein Beitrag zur Geschichte der Raubkriege Ludwigs XIV., Heidelberg 1892; Paul SCHMIDT, Die deutsche Publizistik in den Jahren 1667–1671, in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 28 (1907) S. 577–630. Vgl. auch PRIBRAM (wie Anm. 45) und noch Heinrich Ritter von SRBIK, Wien und Versailles 1692–1697. Zur Geschichte von Straßburg, Elsaß und Lothringen, München 1944 u. v. a. Neuansätze DOTZAUER und HAHN (wie Anm. 17).

Gegner<sup>48</sup>, seit dem Pfälzischen Krieg und der Zerstörung des Heidelberger Schlosses aber auch unter Bezug auf echte Kriegserfahrung.

Beliebt waren abwertende Vergleiche mit den Türken, die ohnehin schon als Erbfeinde behandelt wurden. Das alles aber mußte den Krongegensatz in der Öffentlichkeit auch mit nationalen Stereotypen emotional aufladen und festigen. Kritische Bewertungen des Königs von Frankreich *in den Geschichten* und historische Vergleichsperspektiven *Warum die Krohne Frankreich in so mächtigem Flor, das Römische Reich auf dem Falle*, haben den Antagonismus nachhaltig in der ganzen historisch-politischen Kultur des Reichs verankert<sup>49</sup>.

Die antifranzösische Stimmung war natürlich nicht denkbar ohne die reale Politik des französischen Hofes. Der Bellizismus Ludwigs XIV. entsprach zeitüblichen Normen und frühneuzeitlichen Strukturen<sup>50</sup>. Aber er war besonders erfolgreich und traf auf ein defensiv organisiertes Reichssystem, das einen anderen am Ideal der Landfriedenswahrung orientierten pluralistischen Weg zu gehen versuchte und die ludovizianischen Interventionen und Annexionen mehr und mehr als rechtswidrige Aggressionspolitik wertete<sup>51</sup>. Zudem blieb die Härte der Kriegsführung in Holland und in der Pfalz in Erinnerung. Aber die Erbitterung bedurfte doch auch dieser publizistischen Aufbereitung, um traditionsbildend zu werden. Voltaire behauptet, man habe die Bücher über die französischen Taten in Holland, die auch in deutscher Übersetzung verbreitet waren, den Kindern zu lesen gegeben, und so den neuen Generationen den Haß gegen die Franzosen eingeimpft<sup>52</sup>. Eine Straßburger Chronik motivierte das Nachgeben des Rates mit maßlosen Drohungen Louvois, *weilen die Posteritaet sich verwundern wird*, warum die wehrhafte Reichsstadt sich Ludwig XIV. ohne Widerstand ergeben habe – eine gezielte Tradierung von Feindesnot<sup>53</sup>.

Auch der Reichsstil verhärtete sich nun. In der Garantie des burgundischen Reichskreises ist 1674 offen von der *französischen Gewalt* die Rede und die Kreisassoziation von 1697 suchte in der *dem Lieben Teutschen Vatter-Land* gefährlichen Lage ein stehendes Heer, ausdrücklich gegen *die Feindliche Crohn Frankreich* einzurichten<sup>54</sup>. Die Anklagen und Beschwerden am Regensburger Reichstag gegen Frankreich häuften sich. Es war ein fast allgemein gebilligtes Spektakel, als der Kaiser 1674 den französischen Gesandten Gravel, der seit zehn Jahren die antikaiserliche

48 Auch der besonnene Zwiedineck-Südenhorst spricht von »abgeschmackter Schilderung« oder rügt »ziemlich geistloses Kannegießen gegen Frankreich«: (wie Anm. 47), S. 97 und S. 107.

49 Id., S. 69, S. 75.

50 Vgl. Camille G. PICAUVET, *La diplomatie francaise au temps du Louis XIV*, Paris 1930, S. 170. Johannes KUNISCH, *Fürstengesellschaft, Krieg. Zur bellizistischen Disposition des absolutistischen Fürstenstaates*, Köln u. a. 1992.

51 Vgl. DOTZAUER (wie Anm. 17) und grundsätzlich Bernd ROECK, *Reichssystem und Reichsherkommen. Die Diskussion über die Staatlichkeit des Reiches in der politischen Publizistik des 17. und 18. Jh.*, Wiesbaden 1984. Helmut NEUHAUS, *Das Problem der militärischen Exekutive in der Spätphase des Alten Reiches*, in: *Staatsverfassung und Heeresverfassung in der europäischen Geschichte der Frühen Neuzeit*, Berlin 1986, S. 297–346. Johannes BURKHARDT, *Dreißigjähriger Krieg* (wie Anm. 8), S. 108f.

52 Nach LAVISSE, *Louis XIV*, 1, S. 139. (Voltaire, *Louis XIV*).

53 Wenckersche Chronik bei Arsène LEGRELLE, *Louis XIV et Strasbourg*, 4. Auflage, Paris 1884, S. 792–794.

54 Quellen zur Verfassungsgeschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, bearbeitet von Heinz DUCHHARDT (wie Anm. 40), S. 59.

Partei geführt hatte, vom Regensburger Reichstag verwies<sup>55</sup>. Indem im Holländischen Krieg, im Pfälzischen Erbfolgekrieg und im Spanischen Erbfolgekrieg der Reichskrieg beschlossen wurde, gewöhnte man sich nun über viele Jahre daran, den König von Frankreich und seine Anhänger *ohne Unterschied für Reichs-Feinde zu halten*. Es war *keinem Teutschen* erlaubt, *in Frankreich zu verreisen*, und wer es begünstigte, wurde *pro hostibus Imperii ipso facto* erklärt<sup>56</sup>. Wenn nun kaiserliche Verordnungen von *unseren und des Reichs Feinden* oder einfach von *dem Feind* sprachen, und das unter Bezugnahme auf vorige Reichskriege, dann baute sich hier die Tradition eines Feindbildes auf<sup>57</sup>. Mit *Erbfeind christlichen Namens* wurden zwar nach korrekter Reichsterminologie die Türken bezeichnet, doch kam es gerade im kaiserlichen Umkreis zu Übertragungen<sup>58</sup>. Frankreich konnte am Wiener Hof ebenfalls der *Erbfeind* sein, so z. B. noch 1748 für den Reichsvizekanzler Colloredo, und noch nach der Diplomatischen Revolution erinnerte sich Maria Theresia 1759 an den *bisherigen Erbfeind meines Ertzhauses*<sup>59</sup>.

In dieser traditionsbildenden Mobilmachung gegen Frankreich darf auch ein merkantilistischer Impuls nicht übersehen werden. Der Reichskrieg von 1676 gab dem österreichischen Merkantilisten Johann Joachim Becher die Gelegenheit, das Verbot der Einfuhr französischer Fertigwaren anzuregen. Am Regensburger Reichstag kam es zu einer handelspolitischen Zusammenarbeit zwischen dem Wiener Hof und Kurbrandenburg gegen Frankreich. Es begann eine Serie von Einfuhrbeschränkungen, die in den nächsten Reichskriegen zu totalen Handels- und Reisesperren gesteigert wurden. Dies als protektionistische Maßnahme zur Steigerung des Wirtschaftswachstums zu interpretieren, wie Vertreter der These von einem Reichsmerkantilismus meinen<sup>60</sup>, ist zu modern gedacht. Denn es ging teils nur um

55 Bertrand AUERBACH, *La France et le Saint Empire Romain Germanique depuis la paix de Westphalie jusqu'à la révolution Française*, Paris. 1912, S. 182ff.

56 So in der Reichskriegsverkündigung vom 6. Oktober 1702. Quellen zur Verfassungsgeschichte, bearbeitet von DUCHHARDT (siehe Anm. 40), S. 164.

57 Kommerzienordnung, 3. Juni 1705. Quellen, bearb. v. DUCHHARDT (wie Anm. 54), S. 135–142. Das Reichsgutachten vom 14. März 1663 zur Türkenhilfe spricht einfach vom »Erb-Feind«. Quellen zum Verfassungsorganismus des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, hg. von Hans Hubert HOFMANN, Darmstadt 1976 (Stein-Gedächtnisausgabe Neuzeit, Bd. 13), S. 250 und S. 226ff.

58 So 1683 nach der Befreiung Wiens. Nachtrag: Zu dieser Problematik ist nach Abschluß des Textes noch ein wichtiger Beitrag erschienen: Franz BOSBACH, *Der französische Erbfeind. Zu einem deutschen Feindbild im Zeitalter Ludwigs XIV.*, in: Franz BOSBACH (Hg.), *Feindbilder. Die Darstellung des Gegners in der politischen Publizistik des Mittelalters und der Neuzeit*, Köln 1992, S. 117–139. Bosbach datiert das Aufkommen der Rede vom französischen Erbfeind im wesentlichen ebenfalls auf das ausgehende 17. Jh. und betont noch stärker die Parallelisierung und Verknüpfung mit dem »Erbfeind« der Türkenkriege. Sehr einleuchtend bemerkt Bosbach, daß mit der Übertragung des eigentlich den Nichtchristen vorbehaltenen Erbfeindbegriffs auf das allerchristlichste Königtum, diesem auch die Führerstellung in der Christenheit und damit auch ein Stück Legitimation seines Machtanspruchs abgesprochen wurde. Daneben scheint mir allerdings auch die historische Bedeutung des alten, schon »ererbten« Gegners in den Begriff eingegangen zu sein – vgl. die im vorliegenden Aufsatz zitierten Stellen zu Anm. 27f. und Anm. 64, ähnlich auch Anm. 59.

59 Denkschrift Maria Theresias an Daun, 24. Juli 1759, in: Johannes KUNISCH, *Das Mirakel des Hauses Brandenburg. Studien zum Verhältnis von Kabinettpolitik und Kriegsführung im Zeitalter des Siebenjährigen Krieges*, München-Wien 1978, Anhang I, S. 98.

60 Ingomar BOG, *Der Reichsmerkantilismus. Studien zur Wirtschaftspolitik des Heiligen Römischen Reiches im 17. und 18. Jh.*, Stuttgart 1959. Fritz BLAICH, *Die Wirtschaftspolitik des Reichstags im*



einen Kriegsboykott, teils um die Erhaltung von Geld, Bevölkerung und Verdienstmöglichkeiten im Reich, noch nicht aber um eine Produktions- und Wachstumsförderung. Von Reichsmerkantilismus kann jedoch in einem anderen Sinne die Rede sein. Der merkantilistische Ansatz des 17. Jh. lief in Wahrheit auf einen internationalen Verteilungskampf um einen konstant gedachten Gesamtbestand an Reichtum in der Welt hinaus, bei dem jedes Land wie beim Territorialerwerb nur auf Kosten eines anderen etwas gewinnen konnte<sup>61</sup>. Gerade unter dieser Voraussetzung aber mußte die Übertragung der machtpolitischen Abwehr auf die Handelspolitik der Auseinandersetzung zusätzliche Schärfe geben. Der kontinuierliche Vorwurf des Reiches an Frankreich, *durch Ruinierung unserer Commerzien* den Staat zu entkräften, auszumergeln, ja ihm *die Seele* zu nehmen, ist beim Aufbau des Feindbildes mitzusehen<sup>62</sup>. Charakteristisch ist, daß Hörnigk in seinem Werk »Österreich über alles, wann es nur will« die französischen Waren als vielfräßige Raubtiere bezeichnete<sup>63</sup>, was auch auf diejenigen kein gutes Licht werfen konnte, die sie verkaufen wollten.

Das alles konnte, auch wenn sich die offizielle Sprache von Kaiser und Reich im 18. Jh. wieder mäßigte, nicht ohne Nachwirkungen bleiben. Die Venezianischen Relationen aus Wien, die genau beobachtenden Schlußberichte der Gesandten Venedigs, haben das kontinuierlich festgehalten. *Verso la Francia è fatta quasi naturale l'animosità de' Tedeschi. Viene col sangue dai genitori, e nello stesso modo si dirama ne' discendenti*, hieß es 1708: gegenüber Frankreich sei die Feindschaft der Deutschen gleichsam natürlich von den Voreltern ererbt. So werde sie auch an die Nachkommen weitergegeben, und die beständigen Kriege schärften noch den Haß<sup>64</sup>. Man sieht, daß die häufige Rede von den »natürlichen« Gegnern in der Diplomatie nicht unbedingt den staatlichen Interessengegensatz meinen mußte, sondern dies geradezu geschichtlich verstanden werden konnte. Als Milderungsfaktoren deutete der Gesandte die Rücksicht auf die gemeinsame Religion und das Kulturgefälle an: die feinen Kleider, Speisen und Weine nehme man am Wiener Hof trotz der scharfen Einfuhrbestimmungen lieber aus Frankreich. Unter Berufung auf Gespräche bei Hofe ist hier eine durch Religion und Luxusbedürfnisse gemilderte Erbfeindschaft beschrieben.

In der noch unklaren Situation vor dem Polnischen Thronfolgekrieg 1733, in dem sich in der Tat Versailles und Wien wieder als Gegner gegenüberstanden, aber dann eine Konvenienzlösung fanden, berichtete ein anderer venezianischer Gesandter von Befürchtungen in den höchsten Hofrängen, Fleury könnte insgeheim das Ziel Ludwigs XIV. doch noch zu erreichen suchen und Deutschland in ein Blutbad

Heiligen Römischen Reich. Ein Beitrag zur Problemgeschichte wirtschaftlichen Gestaltens, Stuttgart 1970.

61 Vgl. Johannes BURKHARDT, Das Haus, der Staat und die Ökonomie. Das Verhältnis von Ökonomie und Politik in der neuzeitlichen Institutionengeschichte, in: Die Rationalität politischer Institutionen. Interdisziplinäre Perspektiven, Baden-Baden 1990.

62 Ibidem

63 Philipp Wilhelm HÖRNIGK, Österreich über alles, wann es nur will. Das ist: Wohlmeynder Fürschlag, wie mittelst einer wohlbestellten Landes-Oeconomie, die Kayserl. Königl. Erb-Lande in Kurtzem über alle andere Staaten von Europa zu erheben. o. O. 1684.

64 Finalrelation von Dolfin 1708. Die Relationen der Botschafter Venedigs über Österreich im 18. Jh., hg. von Alfred Ritter von ARNETH, Wien 1863 (Fontes rerum Austriacarum, Abt. 2, Bd. 22), S. 34.

stürzen<sup>65</sup>. Die Annäherung nach dem Krieg wurde 1738 registriert, wenngleich nicht ohne Zweifel und Erstaunen: Es scheine mehr oder weniger unmöglich, daß eine Macht, die *in tutti i tempi* als Rivale des Hauses Österreich gegolten habe und mit der es derartig viele Fälle von Spannungen und Kriegen gegeben habe, jetzt als Hauptschutz und -stütze betrachtet werde. Und doch sei gerade das der Fall<sup>66</sup>. Man spürt gleichsam das zweifelnde Kopfschütteln darüber, ob der Versuch eines derartigen Bruches mit allen diplomatischen Traditionen gutgehen könne. Und als er in der Tat nicht gutging, und im Österreichischen Erbfolgekrieg alles wieder beim alten war, hob der Nachfolger zu einem einzigen Da-sieht-man-es! an ob solch bündnispolitischen Leichtsinns: Vergessen hätten die Österreicher die alte, immer gleiche und feststehende Rivalität des Hauses Bourbon gegen das Haus Österreich – *l'antica emulazione... e le massime sempre equali e costanti della casa di Borbon contra la casa d'Austria!*<sup>67</sup>

Das Gewicht dieser Tradition, die fast zur Genugtuung der diplomatischen Beobachter wiederhergestellt wurde, ist gar nicht zu überschätzen. Bei dem Änderungsversuch von 1737 stellte man in Wien fest, daß die österreichischen Diplomaten nicht überall mitzogen und *nach den alten principis operiert* hatten<sup>68</sup>. Von einem der Hofleute hieß es, er sei in seinem altösterreichischen Haß gegen Frankreich geradezu versteinert<sup>69</sup>. Maria Theresia selbst war dann über die unerwartete Gegnerschaft Frankreichs in den Schlesischen Kriegen so verbittert, daß sie die Beweisstücke *der Nachwelt als Warnung für das deutsche Reich* hinterlassen wollte<sup>70</sup>. Die traditionelle Gegnerschaft konnte einen dynastisch-österreichischen Akzent haben oder einen deutsch-reichspatriotischen, in der kaiserlichen Administration aber verstärkte beides sich gegenseitig. In der denkwürdigen Konferenzumfrage vom März 1749, in der Kaunitz seinen Plan eines französischen Bündnisses erstmals andeutete, waren erst einmal alle dagegen, und Reichsvizekanzler Colloredo blieb dabei. Frankreich sei der Erbfeind Österreichs sozusagen von Anbeginn, lautete das Argument, und werde seine seit Jahrhunderten festgehaltenen Grundsätze und Pläne zum Schaden des Kaiserhauses nicht ändern<sup>71</sup>. Die historische Erfahrung schien eine bündnispolitische Erneuerung nicht mehr zuzulassen.

Das Bild würde sich natürlich differenzieren durch Einbeziehen der Reichsterritorien, die zwischen Kaiserstreue, Reichspatriotismus, Subsidiendiensten, auswärtigen Personalunionen und Eigeninteressen zu lavieren pflegten und dabei eigene Bündnis-traditionen entwickelten oder auch einen bündnispolitischen Zickzackkurs fuhren. Aber die bündnispolitische Beweglichkeit einiger Reichsterritorien und Mächte stellte den Gegensatz zwischen Wien und Versailles gerade nicht in Frage, sondern orientierte sich im Gegenteil an ihm – man fuhr gegebenenfalls Zickzack zwischen zwei traditionsgesicherten Polen. Schon im Politischen Testament des Großen

65 Finalrelation von Bragadin 1733. Relationen (wie Anm. 64), S. 78.

66 Finalrelation von Erizzo, 1738. Relationen (wie Anm. 64), S. 151.

67 Finalrelation von Capello. Relationen (wie Anm. 64), S. 221.

68 So Bartenstein am 11. 2. 1737. MÜLLER, Gesandtschaftswesen (wie Anm. 11), S. 345.

69 So der englische Gesandte Robinson über Gundacker von Starhemberg. Alfred von ARNETH, Geschichte Maria Theresias, 8 Bde., Wien 1863–1877: Bd. 2, S. 113.

70 Ibidem, S. 112.

71 Ibidem, Bd. 4, S. 281 f.

Kurfürsten von 1667 wurde dem Nachfolger geraten, sich an Frankreich zu halten, wenn das Kaiserhaus zu weit gehe, und an den Kaiser, wenn Frankreich (bzw. hier auch noch Schweden) zu weit gehe, und so *alle Zeit die rechte Balance* zu halten<sup>72</sup>. Es war der älteste Mächtedualismus in Europa, der mit der Reichsverfassung, dem Reichsreligionsrecht und dem Gleichgewichtsdenken eng verknüpft war und seine Unaufhebbarkeit schon vielfach bewiesen hatte. Alle politische Theorie und Praxis rechnete fest mit seinem Fortbestand.

Ein besonders erstaunlicher Fall von traditionellem Denken in dieser Hinsicht begegnet im Politischen Testament Friedrichs d. Gr. von 1752: Es steckt an sich voll von politischen Prognosen und dynamischen Entwürfen über die zukünftige Größe Preußens und den Weg dorthin und gibt dem Herrscher auf, sich wie ein Protheus zu wandeln und den außenpolitischen Situationen anzupassen. Eine Veränderung im Verhältnis zwischen Frankreich und Österreich, die der Kronprinz in der Annäherungsepisode immerhin kritisch zur Kenntnis genommen hatte<sup>73</sup>, kam dem König jedoch nicht in den Sinn, wie seine Aufzeichnungen – in der Originalschreibung – verraten: *Les Vues de politique de Cete Nation reteront longtems les memes. Son Interet permanent est d'abaisser La Maison d'autriche*<sup>74</sup>. Dabei sah Friedrich d. Gr. schon nahezu alle Faktoren, die dann den Umschwung brachten: den neuen Hauptgegensatz zwischen Frankreich und England seit einem halben Jahr, das von Kaunitz genutzte französische Staatsinteresse am Gewinn Flanderns, die österreichische Hartnäckigkeit zur Wiedererlangung Schlesiens, ja er traut Kaunitz in anderem Zusammenhang politische Meisterschaft zu. Aber die Folgerungen sind blockiert, weil ein Zusammengehen von Frankreich und Österreich nicht einmal als alternative Denkmöglichkeit erscheint. Bei aller Beweglichkeit im einzelnen bleibt das Bezugssystem selbst – auch in dem berühmten Geheimplan zur Eroberung Sachsens – das traditionelle des habsburgisch-französischen Antagonismus.

## II. Das innovatorische Geschichtsverständnis der Aufklärung als Voraussetzung der Diplomatischen Revolution

Wie war es möglich, daß das für unmöglich Gehaltene im Jahre 1756 doch gelang, und zwar so gründlich, daß es einen siebenjährigen Krieg und ein Menschenalter überdauerte? Die politische Interessenlage und die Vorgänge sind bekannt<sup>75</sup>. Dem Wiener Hof war seit dem Verlust Schlesiens das Preußen Friedrichs d. Gr. zu einem Hauptgegner geworden, dem französischen Hof aber seit Ausbruch des Kolonialkrieges in Nordamerika England. In Wien überlegte man seit 1749, wie man mit Hilfe Frankreichs Schlesien zurückgewinnen könne, und lockte 1755 mit Gebietsab-

72 Politisches Testament des Großen Kurfürsten von 1667. Die Politischen Testamente der Hohenzollern. Bearbeitet von Richard DIETRICH, Wien 1986 (Veröffentlichungen aus den Archiven Preussischer Kulturbesitz, Bd. 20), S. 190.

73 Vgl. Heinz DUCHHARDT, Die internationalen Beziehungen, in: Jürgen ZIECHMANN (Hg.), Panorama der Friderizianischen Zeit, Bremen 1985, S. 654.

74 Politische Testamente (wie Anm. 72), S. 338.

75 Richard WADDINGTON, Louis XV et le renversement des alliances. Préliminaires de la Guerre de Sept Ans. 1754 à 1756, Paris 1896. BRAUBACH, Versailles (wie Anm. 32).

tretungen in Flandern. Der englische und der preußische König näherten sich ihrerseits einander und schlossen die Westminsterkonvention, die England in Hannover den Rücken freihielt und das Reich unter preußischer Deckung neutralisierte. Da man sich in Frankreich eher einen Entlastungsangriff seines preußischen Verbündeten versprochen hätte, ging der Hof verärgert auf den österreichischen Antrag ein und schloß mit dem ehemaligen Rivalen das Versailler Bündnis vom 1. Mai 1756, das erstmals Frankreich und Österreich in einem Lager sah.

Damit standen die beiden kontinentalen Vormächte, verstärkt um das mit Österreich mitziehende Rußland, vereint gegen das kleinere Preußen und das entferntere England. Noch im selben Jahr begann der Siebenjährige Krieg in Europa, ausgelöst von Friedrich dem Großen selbst, der die kriegेरische Bedrohung erkannte, offenbar aber ihr Ausmaß und die Endgültigkeit des Umsturzes der ganzen Bündniskonstellation verkannte, als er dies für den geeigneten Moment hielt, den langgeplanten Einmarsch in das als Kriegsbeute angestrebte Kursachsen zu verwirklichen.

Und doch war die politische Interessenlage keineswegs so eindeutig, daß gerade jetzt die bündnispolitische Wende erfolgen mußte, die 1715, vor 1740, 1748 und öfter ventiliert wurde und für Frankreich und Österreich früher eher bessere Erfolgschancen gehabt hätte. Das Konfliktpotential war nichts Neues, sondern hatte selbst Tradition: der englisch-französische Gegensatz galt selbst schon 1731 als feststehendes, umfassendes Prinzip<sup>76</sup>. Gewiß hatten sich der englisch-französische Kolonialkonflikt weiter verschärft und der österreichisch-preußische Dualismus verfestigt, aber strukturell hätten sie dabei in Europa ebenso gut wie bisher verknüpft bleiben können: in der traditionellen geographischen Diagonale England-Österreich gegen Frankreich-Preußen statt parallel Süd gegen Nord. Sicherlich sind in den letzten Jahren noch eine ganze Reihe von Hinweisen auf förderliche diplomatische Anstöße und Zusammenhänge gegeben worden; aber das zeigt eigentlich gerade die Existenz eines realpolitisch bestehenden Handlungsspielraums<sup>77</sup>. 1755 hätten die Verhandlungen nicht eingeleitet werden müssen, 1756 hätten sie, wie so viele, mißlingen können. Die vielfach bezeugte ungläubige Überraschung über den Vertrag von Versailles ist auch bezeichnend für die geringen Erfolgschancen, die man den Verhandlungen gegeben hatte. Selbst die sonst wohlunterrichtete päpstliche Diplomatie, die aus konfessionspolitischen Gründen am Zustandekommen des Bündnisses besonders interessiert war, glaubte lange nicht so recht an eine dauerhafte Wende, teilweise bis in den Krieg hinein<sup>78</sup>.

Es ist also keineswegs so, daß einfach eine neue realpolitische Notwendigkeit den Abbruch einer historischen Tradition erzwungen hätte, sondern hier besteht ein

76 Vgl. Jeremy BLACK, *Natural and Necessary Enemies. Anglo-French relations in the Eighteenth century*, London 1986. Aus der Perspektive der anderen Seite: Armin REESE, *Europäische Hegemonie und France d'outre-mer. Koloniale Fragen in der französischen Außenpolitik 1700–1763*, Stuttgart 1988. Und gemeinsam: Jeremy BLACK und Armin REESE, *Die Panik von 1731*, in: *Expansion und Gleichgewicht. Studien zur europäischen Mächtepolitik des Ancien régime*, hg. von Johannes KUNISCH, Berlin 1986 (Zs. für Historische Forschung, Beiheft 1986) S. 69–96, S. 95.

77 D. B. HORN, *The Duke of Newcastle and the Origins of the Diplomatic Revolution*, in: *The Diversity of History. Essays in honour of Sir Hubert Butterfield*, London 1970, S. 245–268. Walter G. RÖDEL, *Eine geheime französische Initiative als Auslöser für das Renversement des Alliances?*, in: KUNISCH, *Expansion* (wie Anm. 76), S. 97–112. Vgl. auch REESE, *Hegemonie* (wie Anm. 76), S. 315f.

78 Vgl. Johannes BURKHARDT, *Religionskrieg* (wie Anm. 7), S. 31–55.

zusätzlicher Erklärungsbedarf. Nimmt man einmal an, daß die beobachtete antagonistische Traditionsbildung selbst zur Verstetigung bündnispolitischer Entscheidungen im 18. Jh. beigetragen hat – und es wäre eigentlich verwunderlich, wenn das nicht der Fall gewesen wäre –, dann hätte es für die erfolgreiche Realisierung des neuen Bündnisses außerordentlich hilfreich gewesen sein müssen, wenn die Kraft dieser Tradition selbst gebrochen gewesen wäre. Das könnte man sich so denken, daß die herkömmliche Tradition verblaßt und andere Traditionen oder Ideen wichtiger geworden wären; aber das wichtigste, 1756 in der Tat noch einmal herangezogene konfessionelle Argument wäre doch 1715 noch wirksamer gewesen. Dieser Bruch könnte aber auch darauf zurückgehen – und hier beginnt die These dieses Beitrags –, daß die Verbindlichkeit von Traditionen und historischen Exempeln in den 1750er/60er Jahren überhaupt nachgelassen hat.

Denn es sollte nicht übersehen werden, daß die angesprochenen außenpolitischen Entscheidungen in der Zeit der Aufklärung fallen, und es sich um diese Phase der Aufklärung handelt, in der in Frankreich die großen innovatorischen Werke (von Rousseau bis zur Physiokratie) erscheinen, in der in Italien unter österreichischer Herrschaft der »riformismo« entsteht und in Österreich zwischen Haugwitzschen Reformen und Frühjosephinismus der von Maria Theresia selbst getragene Optimismus des aufgeklärten Absolutismus spürbar wird. Die Administration, allen voran Kaunitz und Bernis selbst, die Promotoren und Vollstrecker des Bündnisses, waren literarisch versiert und nahmen an der Kulturentwicklung lebhaft Anteil. Das bezeugen die Memoiren von Bernis wie der Bildungsweg von Kaunitz, der sich handschriftliche Exzerpte aus der *Encyclopédie* nahm, und auf dessen Interesse an Büchern unlängst neues Licht gefallen ist<sup>79</sup>. All dies ist nicht gesagt, um direkte literarische Einflüsse zu unterstellen, sondern um an das geistige Klima zu erinnern, in dem die Personen lebten, die auch die außenpolitischen Entscheidungen trafen.

Das Neue an dieser Phase der Aufklärung aber war nicht so sehr ihr Rationalismus. In diesem Punkt hätten sich weder Descartes in der Philosophie noch Richelieu in seinem außenpolitischen Kalkül von aufgeklärten Nachgeborenen übertreffen lassen<sup>80</sup>. Neu war vielmehr die in der Mitte des 18. Jh. schubartig ansteigende Bereitschaft zu Innovationen, die eng mit einem neuartigen Geschichtsbewußtsein zusammenhing. Der frühneuzeitlich-historische Denkstil, nach dem unter der Voraussetzung einer konstanten Welt die historischen Exempel auch das künftige Verhalten legitimierten, hatte bei jeder Abweichung vom tradierten Muster erst einmal die Gefahr der Verschlechterung gegewöhnt und selbst bündnispolitische Traditionen lieber nicht in Frage gestellt. Im aufgeklärten Geschichtsbild aber kehrte sich jetzt diese strukturelle Vorgabe um. Unter der Voraussetzung einer sich prinzipiell wandelnden Welt galt das Alte nunmehr als überholt und das Neue hatte fortan schon als das Neue die Vermutung für sich, daß es auch das Bessere sei<sup>81</sup>. Das mündete über nicht umkehrbare Verbesserungen, Reformen und Revolutionen in die

79 Vgl. KLUETING (wie Anm. 6), S. 184–204.

80 Vgl. zum Beispiel Gutachten von 1632. Richelieu, *Lettres, instructions diplomatique et papiers d'Etat*, ed. AVENEL, Bd. 1, Paris 1853. Vgl. auch die Beispiele: *Les papiers de Richelieu. Section politique extérieure. Empire Allemand*, Bd. 1, hg. von A. WILD, Paris 1982.

81 Zum geschichtstheoretischen Hintergrund vgl. die Grundlagenbeiträge in dem Sammelband Reinhart KOSELLECK, *Vergangene Zukunft*, Frankfurt 1979, sowie vielfach konvergierend Johannes BURK-

universale Fortschrittsidee in der Geschichte und setzte von Anfang an eine nie dagewesene Innovationsakzeptanz auf allen Feldern frei<sup>82</sup>.

Auch auf dem Feld der Diplomatie? In der Tat verweisen sogar die diplomatischen Quellen selbst auf das neue Geschichtsbewußtsein und sind gerade bei einem so historisch vorgeprägten Fall ein deutliches Indiz für einen solchen Zusammenhang. Insbesondere geben drei begriffsgeschichtliche Befunde neue Möglichkeiten der Motivierung u. Legitimation zu erkennen:

### 1. Die Abwertung der »alten Vorurteile«

*Die alte Jalousie der Franzosen gegen die Deutschen, sonderlich des Hauses Bourbon gegen das Erzhaus Oesterreich ist dergestalt eingewurzelt, daß sich diejenigen sehr betrügen, welche sich einbilden, daß durch einigen Friedensschluß selbige ausgetilgt und eine aufrichtige Freundschaft zwischen beiden Puissancen retabliert werden könne.* So hatte die deutsche Publizistik auf den ersten Annäherungsversuch im frühen 18. Jh. reagiert, und so war es im Grunde bis zur Jahrhundertwende geblieben. Kaunitz war sich der Schwierigkeiten eines Bündnisschlusses mit Frankreich voll bewußt und auch der historischen Dimension des Interessengegensatzes, *den seit etlichen Saeculis die vielfältigen Kriege genugsam bestärcken.* Wie und mit welchen Argumenten konnte man eine solche Vergangenheit überwinden?

Die ältere argumentative Möglichkeit war, gegen unliebsame historische Exempel einfach andere auszuspielen, hier zum Beispiel gegen die französische Feindtradition schlechte Erfahrungen mit den britischen Verbündeten zu stellen. Diese relativierende und eingeschränkt modifizierende Taktik ist noch in der ersten großen Denkschrift Kaunitz' von 1749 spürbar; sie verblieb im Rahmen des alten exemplarischen Prinzips »*Historia magistra vitae*«, zu der sich Kaunitz hier noch ausdrücklich bekannte, wenn er schrieb, daß *die Erfahrung und Vorstellung des Vergangenen eine sehr nützliche Lehrmeisterin für das Künftige* abgebe<sup>83</sup>. Der vorsichtigen politischen Zurückhaltung auf dieser Stufe – mit Frankreich, aber auch weiter mit England – entsprach gleichsam die geschichtsbildliche Rückbindung.

Als aber Kaunitz 1755 die Situation heraufziehen sah, in der *die Zeiten und Umstände sich abänderen, und eine grosse Entschliessung anrathen und erfordern*, wurde die Vergangenheitsbindung selbst attackiert<sup>84</sup>. Die traditionsgeleiteten Widerstände wurden nun in Wien als das alte *Vorurteil* abgetan, mit dem man in Frankreich noch rechnen müsse<sup>85</sup>. *La France toujours livrée à ses anciens préjugés*,

HARDT, Strukturelemente der neuen historischen Wissenschaften, in: August NITSCHKE (Hg.), Verhaltenswandel in der Industriellen Revolution, Stuttgart 1975, S. 73–91.

82 Johannes BURKHARDT, Frühe Neuzeit, in: Fischer Lexikon Geschichte, hg. von Richard van DÜLMEN, Frankfurt a. Main 1990, S. 364–385. Zum Forschungsdesiderat der sich historisch wandelnden Innovationsakzeptanz vgl. auch Winfried SCHULZE, Deutsche Geschichte im 16. Jahrhundert, Frankfurt a. Main 1987 (Neue Historische Bibliothek, hg. von Hans-Ulrich WEHLER, edition suhrkamp 1), S. 292–300.

83 Denkschrift Kaunitz vom 24. März 1749, ediert von Reiner POMMERIN und Lothar SCHILLING, in: KUNISCH, Expansion (wie Anm. 76), S. 165–239, S. 173. Zum Begriff vgl. KOSELLECK (wie Anm. 2).

84 Kaunitz' Vortrag vom 27. Juni 1755, in: Denkschriften des Fürsten Wenzel Kaunitz-Rittberg, hg. von Adolf BEER, Archiv für Österreichische Geschichte 48/49, Wien 1872.

85 Ibidem, S. 30.

hieß es auch in französischer Sprache in der Wiener Diplomatie, aber das war nun kein Grund zur Resignation mehr, sondern wurde mit diesem Begriff des Vorurteils als überholte Tradition hingestellt, die korrigierbar war<sup>86</sup>. So verwandte auch ein Schreiben Maria Theresias, das verständnisvoll zur Geduld mahnte aber auch den Erfolg erwartete, diesen Begriff: *Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie vielen und wichtigen Bedenken die Entschließung unterworfen sei, ein altes Staatssystem zu verlassen, die eingewurzelten Vorurtheile zu überwinden und einen neuen Weg einzuschlagen*<sup>87</sup>. Solange man nur von alter *jalousie* sprach, oder auch von *méfiance*, oder ähnlichem, konnte man das historisch eingefahrene Konkurrenzverhältnis auch für unabänderlich gegeben und berechtigt halten. Schon die Wende zum Begriff des Vorurteils aber stellte es in Frage, ja die Begriffsgeschichte gab schon die neue geschichtliche Perspektive an.

Denn der Begriff des Vorurteils war ein zentrales Scheltwort der Aufklärung. Die Sachkenner meinen sogar, daß sich die Aufklärung weitgehend geradezu »als Vorurteilkritik verstanden« hat und die »Jagd auf die Vorurteile« gerade um die Mitte des Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreichte<sup>88</sup>. Während das lateinische »*praejudicium*« auch eine juristische Sonderbedeutung des Nachteils für eine Partei hatte, wurden das französische »*préjugé*«, das englische »*prejudice*« und das deutsche »Vorurteil« als vorgreifendes Urteil zum negativen Gegenbegriff des rationalen Urteilens und vernunftgemäßen Selberdenkens. Von Bayle bis Voltaire und von Thomasius bis Kant ist der Begriff diskutiert und entfaltet worden, und schon in den Titeln eigener Abhandlungen *sur les préjugés* oder *der Lehre von den Vorurteilen* finden sich die *prejugés vulgaires*, *nichtigen Vorurteile*, *préjugés de public* und *Vorurteile des gemeinen Mannes*<sup>89</sup>. Selbst eine repräsentative Definition aus der letztgenannten Schrift von 1740 ließe sich durchaus auch auf gekrönte Häupter und deren außenpolitische Vorurteile übertragen: *Vorurtheile sind falsche Urtheile, die wir ohne vorhergegangenes uns mögliches Nachdenken, von gewissen Sachen gefällt, deren Unrichtigkeit wir aber nicht erkennen, sondern dieselben, als ohnstréitige Wahrheiten und Grund-Sätze unserer andern Urtheile annehmen und beybehalten*<sup>90</sup>.

Die repräsentativen Lexika der Aufklärung enthalten mehrspaltige Artikel zu diesem Begriff, die sich in aufwendigen Klassifizierungen der Vorurteile ergingen, unter denen auch *le préjugé des usages toujours anciens* nicht fehlen oder auch ausgeglichener *das Vorurteil der Neuerung und des Altertums*<sup>91</sup>. Der Begriff ist gerade von den besten Köpfen auch eingeschränkt, differenziert und selbstkritisch weiterentwickelt worden und hat noch manche Bedeutungsvariante erfahren. Doch ist das schon die Reaktion darauf, daß sich seit der Jahrhundertmitte der populäre

86 Memoire von Kaunitz 1756, in: Preußische und österreichische Acten zur Vorgeschichte des Siebenjährigen Krieges, hg. von Berthold VOLZ und Wilhelm KÜNTZEL (Publ. aus dem Königl. Preuß. Staatsarchiv 74) ND Osnabrück 1865, S. 726.

87 Maria Theresia an Starhemberg, 27. März 1756. *IBID.* Nr. 59 a, S. 284.

88 Werner SCHNEIDERS, Aufklärung und Vorurteilkritik. Studien zur Geschichte der Vorurteilkritik, Stuttgart-Bad Cannstatt 1983.

89 Nach der Titelliste bei Schneiders (wie Anm. 88), S. 324–330.

90 Zitat nach SCHNEIDERS, S. 196.

91 Encyclopédie ou dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers, Bd. 13, Neuchastel, Art. Préjugé, S. 285. Johann Heinrich ZEDLER, Großes vollständiges Universal-Lexikon aller Wissenschaften und Künste, Bd. 50, Leipzig und Halle 1746, S. 1330–1337, S. 1333.

Kampfbegriff verbreitete und als Schlagwort durchgesetzt hat. Vorurteile wurden auf immer neuen Feldern aufgespürt, nach der Religion nicht zuletzt im staatlichen Bereich<sup>92</sup>.

Die Einreihung des außenpolitischen Traditionalismus unter die Vorurteile entzog dem habsburgisch-bourbonischen Antagonismus seinen rechtfertigenden Boden. Zwar mußte ein vorgefaßtes Urteil dem formalen Wortsinn nach nicht unbedingt ein falsches Urteil sein, und die zum politischen Konservativismus führende Aufklärungskritik hat das später genutzt und den Begriff geradezu umzuwerten versucht<sup>93</sup>. Aber im praktischen Sprachgebrauch der Jahrhundertmitte war das Vorurteil eindeutig eine »ungegründete« Meinung, konnotiert mit Aberglauben und autoritärem Dogmatismus und mit pejorativem Nachdruck die *Quelle aller falschen Meinungen* oder *l'apothéose de l'erreur*<sup>94</sup>. Als vorgefaßtes Urteil aber konnte der abwertende Begriff gegen den fraglichen Traditionalismus auch einen zeitlichen Sinn des in der Vergangenheit gefaßten und schon darum nun veralteten Urteils gewinnen<sup>95</sup>. Der stehende Zusatz »altes« Vorurteil verdeutlicht und unterstreicht in den diplomatischen Quellen diese neue geschichtliche Perspektive. Die Diagnose des alten Vorurteils war schon die halbe Therapie, denn die aufgeklärte Abwertung der Vergangenheit wirkte als innovatorischer Handlungsappell für die Gegenwart. Wer hätte da dem neuen Bündnis noch im Wege stehen wollen?

Auch die französische Seite nicht. Die französischen Partner nahmen das zeitgemäße Schlagwort dankbar auf und nutzten es zur Sprachregelung und Legitimierung ihrer eigenen neuen Diplomatie. So feierte die erste große Instruktion nach dem Versailler Vertrag das Bündnis, das so lange Zeit für unmöglich gehalten worden sei, gerade wegen des Alters der entgegenstehenden Vorurteile – *par l'ancienneté des préjugés qui s'y opposoient* – als epochemachendes Ereignis<sup>96</sup>. Gegenüber dem französischen Gesandten am Regensburger Reichstag, der mit großem Einsatz gegen den Kaiser gearbeitet hatte und sich nur schwer auf die neue Entwicklung einstellen konnte, erklärte das Pariser Außenministerium die eigenen bisher gültigen politischen Leitlinien zum überholten Vorurteil: *Vous sentirez qu'il ne faut pas se laisser guider par les préjugés que nous avons eus ci-devant à l'égard de la cour de Vienne*<sup>97</sup>. Die Instruktion für den Nachfolger widerrief noch emphatischer *une préjugé de près de trois siècles*<sup>98</sup>. Die Macht des Vorurteils – *la force du préjugé* – und ihre Überwin-

92 Werner KRAUS, Studien zur deutschen und französischen Aufklärung, Berlin 1963, S. 276. Der von Holbach 1769 herausgegebene »Essai su les préjugés«, der wegen seiner innenpolitischen Reformideen den Widerspruch Friedrich d. Gr. fand (Examen de l'essai sur les préjugés, London 1770), ist charakteristischerweise schon im März 1750 geschrieben.

93 Vgl. Heinz HÜRTEN, Vorurteil und Vernunft. Leitbegriffe der politischen Diskussion in der Epoche der demokratischen Revolution, München 1979 (Eichstätter Hochschulreden 17).

94 ZEDLER 50, 1746 (wie Anm. 91), Sp. 1330f., und Encyclopédie 13, 1765 (wie Anm. 91), S. 285. Vgl. auch den praktischen Gebrauch in den Personalstichworten Pierre BAYLE, Dictionnaire historique 1742, z. B. Bd. 3 Art. Mahomet, Jonas, und zu den Anfängen Paul HAZARD, La crise de la conscience européenne 1680–1715, S. 142–165 u. S. 156, S. 159.

95 Auf die antitraditionale Konnotation verweist auch Fritz SCHALK, Praejudicium im Romanischen, Frankfurt a. M. 1971, Analecta Romana 20, S. 32f.

96 Instruktion für d'Estrees, 1756, Recueil 1 (wie Anm. 25), S. 338.

97 Rouillé an Le Maire, 31. Mai 1756. Bertrand AUERBACH, La France et le Saint Empire. Romaine Germanique depuis la paix de Westphalie jusqu'à la Revolution Française, Paris 1912, S. 348.

98 Instruktion für Mackau 1757. Recueil des Instructions, 18: Diète Germanique, Paris 1912, S. 241.



dung erscheint in stehenden rückblickenden Wendungen 1759, 1761 und noch 1766 in diesem Kontext. Gegenüber den nicht geringen Widerständen im eigenen Lager hat die Übernahme des Vorurteilsbegriffs in die Außenpolitik dazu beigetragen, den Traditionalismus nicht nur faktisch, sondern auch ideologisch zu überwinden.

## 2. »Altes« und »Neues System«

Das »alte System« ist ein Begriff, mit dem schon in der Kongreßzeit des frühen 18. Jh. gern die außenpolitische Ordnung und Bündniskonstellation bezeichnet wurde. Wie schon der Zusatz »alt« zeigt, war das System nicht ganz unangefochten, aber die Wendung wurde zumeist mit Befriedigung gebraucht, um nach Diskussionen und Experimenten die glückliche Rückkehr zum Bündnis von Österreich und England gegen Frankreich zum Ausdruck zu bringen. Das alte System war noch das »gute alte«, hatte die Grundannahme des frühneuzeitlichen Geschichtsbildes für sich, daß im Falle eines Unterschieds der Zeiten die alte vermutlich die bessere sei. 1749 dachte man in Österreich *wegen dem künftig einzuschlagenden Systemate* nach, aber auch Kaunitz meint noch sehr vorsichtig, daß sein Plan nicht gegen der Seemächte wahres Interesse oder gegen das alte *Systema* streite. Freilich müsse man nicht nur das *sogenannte alte Systema*, sondern auch *den Unterschied der Zeiten und Umstände* beachten, begann sich der Veränderungswille zu melden<sup>99</sup>. Auch der britischen Führung um Newcastle galt das »Old System«, hier vornehmlich verstanden aus der Perspektive einer friedenswahrenden englisch-österreichischen Achse, als ein positiver Wert, an dem festzuhalten sei. Der englische Gesandte unterstellt selbst dem österreichischen Staatskanzler noch im Moment der Diplomatischen Revolution einen solchen positiven Wortgebrauch: Preußen nämlich sei schuld am Umsturz des alten Systems, habe Kaunitz gesagt –: *he observed that this new power had quite changed the old system of Europe*<sup>100</sup>.

Das war taktisch und adressatenbedingt, in Wahrheit galt in Wien schon das »neue System« als das gute. Seit 1755 ging es deutlich darum, wegen der Gebrechen des *Allianz-Systema* mit den Seemächten ein *besseres Systema* zu ergreifen und das hieß nun die französische Allianz<sup>101</sup>. Denn *bey dem bisherigen Systemate* sei Verbesserung kaum zu erhoffen. Kaunitz sieht hier am 27. Juni 1755 unter Berufung auf geheime Nachrichten die Westminsterkonvention Preußens mit England der Sache nach voraus und meint, wenn Preußen darauf einging und Frankreich aus den Händen glitte, so würde Frankreich *zu einem solchen Neuen Systemati alle Erleichterung geben*. Dann sollte auch Österreich auf ein *Neues Systema* hinarbeiten<sup>102</sup>. Dem Bündniswechsel ging der Sprachwechsel voraus.

Dem »alten System«, von dem sich im Jahr 1749 selbst der Inaugurator des

<sup>99</sup> Denkschrift Kaunitz 1749, in: KUNISCH, Expansion (wie Anm. 76), S. 187, vgl. S. 208, S. 234.

<sup>100</sup> Keith an Holderness, 22. Mai 1755 mit interessantem Hinweis auf den Wortgebrauch bei Jeremy BLACK, The British Attempt to Preserve the Peace in Europe 1748–1755, in: Zwischenstaatliche Friedenswahrung in Mittelalter und Früher Neuzeit, hg. v. Heinz DUCHHARDT, Köln 1991, Münster-sche historische Forschungen 1, S. 227–243, S. 242, vgl. S. 232.

<sup>101</sup> Des Hof- und Staatskanzlers Abschilderung des eigentlichen General-Systems, Vortrag vom 27. Juni 1755, in: Denkschrift des Fürsten Kaunitz, hg. von BEER (wie Anm. 84), S. 19–38: S. 22, S. 26.

<sup>102</sup> Ibidem, S. 33, S. 35, S. 37.

Bündniswechsels sachlich wie begrifflich noch nicht ganz hatte lösen können, wurde also 1755 für das Bündnis mit Frankreich der Leitbegriff des »neuen Systems« gegenübergestellt. Das neue System ist nun offen das bessere, aus mancherlei politischen Gründen, vielleicht aber auch, weil etwas Neues nach dem Diskussionsstand der Zeit nun überhaupt etwas Besseres sein kann. Auch der österreichischen Diplomatie in Frankreich wurde nun eröffnet, daß es um *ein ganz anderes systema* gehe, und der Begriff *nouveau systeme* wurde nun auch gegenüber Frankreich klärend eingesetzt und fand ein – allerdings etwas verhaltenes – beifälliges Echo<sup>103</sup>.

Fast mehr noch diente in Wien die wertende Gegenüberstellung von »altem« und »neuem System« der eigenen Ermutigung und dann der Stabilisierung der vollzogenen Wende. Nach dem wenig erfolgreichen Siebenjährigen Krieg rechtfertigte der Staatskanzler die Vorzüge der Allianz mit Frankreich mit nachgeschobenen geopolitischen, verfassungspolitischen und konfessionellen Gründen, die in einer Vorher-nachher-Rhetorik präsentiert werden. Das alte System wird jetzt gar als das *vorhinige monstruöse Systema* abgewertet, während sich alles *durch das neue systeme gar sehr verbessert hat*<sup>104</sup>. So forderte Kaunitz denn auch immer wieder im Blick auf das Wohl des Reiches und Österreichs mit emphatischen Worten die Aufrechterhaltung eines Systems, das er auch 20 Jahre nach dem Bündniswechsel noch stolz als *unser neues Allianz-Systeme* bezeichnete<sup>105</sup>. Hier wurde ersichtlich kein Bündnis hin- und hergewechselt, sondern eine neue Ordnung eingeführt, die sich von der alten absetzte, wie in einem Probelauf auf die spätere Distanzierung der Revolution vom »Ancien Régime«.

Der Begriff des Systems war ein Lieblingsbegriff des 18. Jh. für einen rationalen Ordnungszusammenhang jeder Art, allem voran in den hochgeschätzten Wissenschaften und deren praktischen Anwendungslehren, wie zum Beispiel Kameralistik und Merkantilismus. Im politischen Bereich bedurfte die feste technische Bedeutungsvariante 'Bündnissystem' meist noch der Verdeutlichung oder eines stützenden außenpolitischen Kontextes, ebenso gut konnte damit die innenpolitische Ordnung gemeint sein. Charakteristischerweise wurden die Haugwitzschen Reformen der inneren Staatsverwaltung unmittelbar vor der Wende in der Außenpolitik ebenfalls emphatisch »neues System« genannt, so von Maria Theresia selbst, und vom schlechten »alten System« abgesetzt<sup>106</sup>. Kaunitz hat das zunächst aufgenommen und seit der Einrichtung des Staatsrats 1771 selbst ein ungeheures Neuerungs-pathos auch in der Innenpolitik entfaltet, damit sich alles zum Besseren wende. Die Denkschriften trennten ohnehin noch keineswegs streng Innen- und Außenpolitik, so daß sich wie von selbst sachliche Verknüpfungen herstellten. Die außenpolitische Innovationsbereitschaft wurde so nicht nur von dem das Neue gegen das Alte ausspielenden

103 Instruktion für Stainville 1757, Recueil 1 (wie Anm. 25), S. 379. Vgl. die Schreiben von Kaunitz an Starhemberg, in: Preussische und Österreichische Akten, hg. von VOLZ/KÜNTZEL (wie Anm. 86).

104 Khevenhüller-Metsch, Denkschrift vom 20. September 1764. Vgl. dazu BURKHARDT, Abschied (wie Anm. 7), S. 50 und Anmerkungen über das dermalige Staatensystem des Wiener Hofes, in: Denkschrift des Fürsten Kaunitz, hg. von BEER (wie Anm. 84), S. 66, S. 70.

105 Allerunterthänigste politische Erinnerungen 1776, Denkschrift hg. von BEER (wie Anm. 84), S. 79. Vgl. S. 80 das Fazit für Joseph II.: *Es fordert also die Wohlfahrt ja Selbsterhaltung des Durchlauchigsten Erzhauses, das neue Systeme durch alle thunliche Mittel aufrecht zu erhalten.*

106 Vgl. ARNETH, Maria Theresia (wie Anm. 69), Bd. 4, S. 15, S. 34.

neuen geschichtlichen Bewußtsein im allgemeinen, sondern auch konkret von der in derselben Weise das »neue System« herausstellenden aufgeklärten Reformmentalität gestützt.

### 3. Die Diplomatische »Revolution«

Die am Bündnisschluß Beteiligten und ihre Zeitgenossen hatten keine geringe Meinung von der Bedeutung dessen, was sie verändert hatten. Schon die Planungen gefielen sich in Wendungen der Plötzlichkeit *wie ein Donnerwetter gähling und auf einmal*; das Grundstürzende, *der Umsturtz des gantzen Systematis war beabsichtigt*<sup>107</sup>. Maria Theresia betrachtete den erwünschten glücklichen Abschluß der Verhandlungen als Jahrhundertwerk und meinte, *es dürften sich vielleicht in saeculis nicht wieder solche Umstände ergeben*, und Kaunitz sekundierte, *daß nunmehr die Conzepten aller Höfe verrückt werden müssen*<sup>108</sup>. Noch im Rückblick verwunderte das Erstaunliche des Vollbrachten. Die Nachwelt werde ihr kaum glauben, meinte Maria Theresia im Siebenjährigen Krieg, daß sie tatsächlich den bisherigen Erbfeind ihres Hauses zur Teilnahme auf ihre Seite gebracht habe<sup>109</sup>.

Die französische Diplomatie zeigte sich ebenfalls noch wie erstaunt über den Erfolg einer Bündnispolitik, die so lange Zeit unmöglich erschienen sei. Wenn jemals ein Ereignis zu Recht die Öffentlichkeit erstaunt habe, dann sei das die Union des Königs mit Maria Theresia, die 1756 geschlossen wurde. Mit dieser 1759 von Choiseul geprägten Formel, die einen schwungvollen historiographischen Rückblick auf das dreihundertjährige politische System der Rivalität und Vorurteile eröffnet, das – wieder möchte man sagen: als bündnispolitisches Ancien régime abgegrenzt wird – beginnen von 1759 bis 1766 dreimal die Generalinstruktionen<sup>110</sup>. Selbst die ungläubigen venezianischen Gesandten am Wiener Hof erkannten schließlich *il grande fenomeno politico* und pointierten noch den Umbruch: *il grande cambiamento del suo systema politica*<sup>111</sup>.

Es war ein Bruch mit der historischen Erfahrung. Dem Reichstagsgesandten Mackau gegenüber, der nun das Bündnis mit dem Kaiser in Regensburg vertreten sollte, ohne die bisherige Klientel Frankreichs für ihre reichsständische und religiöse Freiheit fürchten zu lassen, wird die Neuartigkeit der historischen Situation betont – *une conjoncture si extraordinaire que l'on n'en trouve aucun exemple dans les siècles passés*<sup>112</sup>. Unter dem frischen Eindruck des Geschehenen hatte Bernis – allerdings noch mit dem Wort 'changement' – einen Totalumschwung verkündet: Ein so vollständiger Wechsel im politischen System – *un changement si total dans le système politique* – der Höfe von Versailles und Wien erfordere bei Hofe auch ein neues

107 Erläuterung zum Vortrag vom 28. August 1755, Denkschrift hg. von BEER (wie Anm. 84), S. 54f.

108 Maria Theresia an Starhemberg, 27. März 1756 u. Kaunitz an Starhemberg, 19. April 1756. Preußische und Österreichische Acten zur Vorgeschichte des Siebenjährigen Krieges, hg. von VOLZ und KÜNTZEL (wie Anm. 86) Nr. 59 a, S. 286 u. Nr. 71, S. 313.

109 Denkschrift Maria Theresias an Feldmarschall Daun, 24. Juli 1759, in: KUNISCH, Mirakel (wie Anm. 59) Anhang I, S. 98.

110 *Si jamais évènement a eu des droits à l'étonnement public, c'est celui de l'union du Roi avec l'Impératrice – Reine, conclue en 1756*, Recueil Bd. 1 (wie Anm. 25) S. 382, S. 394, S. 411.

111 Finalrelation von Polo Renier 1769, Relationen (wie Anm. 64), S. 321.

112 Instruktion für Mackau, 1757. Recueil (wie Anm. 25), Bd. 28, S. 321.

Verhalten und eine andere Sprache: *une conduite nouvelle et une language différent*<sup>113</sup>. Im nächsten Jahr meinte der französische Minister allerdings, der König habe das politische System Europas geändert, nicht aber das von Frankreich – ein etwas orakelhafter Rückzieher, der wohl die sich meldenden Widerstände vor seinem Sturz auffangen wollte.

In derselben Quelle aber, am 31. Juli 1757, wird auch – wohl zum ersten Mal – das der Sache nach vielfach umkreiste Wort *révolution* für diese Vorgänge gebraucht, einmal im Singular und einmal im Plural, und zwar in folgendem Kontext: Nach der jahrhundertelangen Gegnerschaft sei man zum Erstaunen Europas zu einer *nouvelle alliance* gelangt, die dann der König von Preußen durch seinen Friedensbruch vergeblich habe auseinanderbrechen wollen. Darüber seien die anderen Geschäfte etwas vernachlässigt worden in der allgemeinen Erschütterung, die im System von Europa *une révolution si considerable* hervorgerufen habe<sup>114</sup>. Die zweite Stelle betont unter Hinweis auf die Ereignisse um die Abkehr vom Preußenkönig die Geschwindigkeit und Endgültigkeit, in der sich *toute ce grande révolutions* vollzogen haben<sup>115</sup>. Das war zwar noch nicht der sozial- und verfassungspolitisch aufgeladene und geschichtsphilosophisch überhöhte singuläre Revolutionsbegriff der Moderne, aber es sollten ersichtlich nicht nur beiläufig Veränderungen bezeichnet werden<sup>116</sup>. Mithilfe von nur zwei Stellen läßt sich der genaue Bedeutungsgehalt in einer begriffsgeschichtlichen Übergangszeit nur schwer bestimmen. Doch ist nicht einfach der bündnispolitische Partnertausch gemeint, der etwa mit der »revolutio« der Gestirne verglichen oder sonst als kreisförmige, umkehrbare, variative oder neutrale Bewegung beschrieben würde, sondern formal schon fast modern ein plötzlicher, tiefgreifender Veränderungsvorgang im Zeitrichtungssinne des Geschichtsprozesses. Das im Zusammenhang mit dem Bündnis zwischen Wien und Versailles der Sache nach aus allen diplomatischen Quellen sprechende Umbruchbewußtsein hat hier sogar schon den Legitimationsbegriff gefunden, in dem sich seit der Französischen Revolution das innovatorische Geschichtsverständnis der Epoche wohl am radikalsten verdichtet hat.

113 Instruktion für d'Estrees, 19. Oktober 1756, Recueil Bd. 1 (wie Anm. 25), S. 339. Vgl. zum folgenden S. 356.

114 *D'autres précautions non moins essentielles vis-à-vis de l'Empire, de la Pologne, des puissances du Nord et de la Porte Ottomane furent un peu trop négligées par les deux cours; la négociation n'eut pas toute l'activité qu'elle devoit avoir dans la secousse universelle qu'une révolution si considérable produisit dans le système de l'Europe.* Instruktion für Stainville 1757. Recueil Bd. 1 (wie Anm. 25), S. 365.

115 *Si le Roi avoit écouté des conseils timides, il flétrissoit sa gloire et perdoit à jamais la confiance de ses alliés et les avantages des traités conclus avec eux. Il faut considérer qu'un mois de temps a causé toutes ces grandes révolutions, et que rien aujourd'hui ne peut rendre douteuse l'exécution du dernier traité de Versailles que la lenteur des opérations militaires.* Ibidem, S. 370.

116 Art. Revolution, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hg. von Otto BRUNNER, Werner CONZE und Reinhart KOSSELLECK, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 583–678.

## Ausblick

Unter den Hintergrundphänomenen der politischen Kultur, die für die zwischenstaatlichen Beziehungen wichtig werden können, haben sich in dieser Fallstudie über die habsburgisch-französischen Beziehungen Geschichte und Geschichtsbewußtsein als besonders wirksam erwiesen. Es konnte gezeigt werden, wie sich aus dem Konkurrenzverhältnis zwischen den Mächten durch historische Erfahrung, bewußte Traditionspflege und Dogmatisierung auf beiden Seiten ein geschichtsgestützter Antagonismus aufgebaut hat, der über den realen Interessengegensatz hinaus fortwirkte. Ein besonderer ideologischer Stabilisator war dabei das statische Geschichtsbild der Frühen Neuzeit. Unter der Voraussetzung einer immer gleichartigen Welt auch in der Außenpolitik wurden die historischen Exempel zum Argument für eine in den großen Konstanten veränderungsfremde Politik. Aufgelöst worden ist diese traditional verfestigte Gegnerschaft nicht so sehr durch Sachgründe oder ein inhaltlich neues Geschichtsbild, sondern durch einen formalen Wandel des Geschichtsbewußtseins. Damit wird nicht die Relevanz des politischen Interessenkalküls bestritten, das in den diplomatischen Quellen ebenso deutlich entgegentritt, aber hinreichend erforscht ist. Doch hat erst die Innovationsakzeptanz des aufgeklärten Geschichtsverständnisses die historisch-traditionale Überlieferung so neutralisiert, daß das politische Kalkül endlich arbeiten konnte. Und die typisch aufgeklärte Freude daran, bewußt einmal etwas Neues zu erproben, gehört zum Verständnis der Ereignisse dazu.

Was auch auf der Ebene der Motivation zu beachten ist und auf sie zurückwirkte, bot auch hervorragende Möglichkeiten der Legitimation. Die alten historischen Argumente wurden durch eine neue Sprache desavouiert, die in den Verhandlungen wie bei der Neuausrichtung und Bestärkung der je eigenen Diplomatie eingesetzt wurde. Es konnten drei Begriffsverdichtungen identifiziert werden, die in den diplomatischen Quellen selbst das innovatorische Selbstverständnis trugen: die Abwehr einer störenden historischen Tradition und Abwertung der bisherigen Politik zum »alten Vorurteil«, die scharfe Gegenüberstellung von Alt und Neu mit einer Option für das Neue an dem Ordnungsbegriff »System« und schließlich die Deutung des Vorganges als ein geschichtlicher Umgang zum Besseren, ja als ein »revolutionärer« Vorgang. Der Begriff der Diplomatischen Revolution bündelt treffend diese Aspekte. Während die französische Forschungstradition nach dem klassischen Werk von Waddington später den terminus technicus »Renversement des alliances« bevorzugte, spricht die englische gern von »Diplomatic Revolution« und ein Teil der deutschen Historiker hat sich dieser Gepflogenheit heute angeschlossen<sup>117</sup>. Der Begriff »Diplomatische Revolution« hat ein Fundament in den französischen Quellen und entspricht der Sache nach exakt dem nicht nur allianztechnischen, sondern auch neuen geschichtlichen Verständnis der politischen Kultur der Zeit.

Abschließend sei noch auf einen paradoxen Zusammenhang in der weiteren Entwicklung verwiesen. Leopold von Ranke hat auf die Machtminderung Frank-

117 WADDINGTON (wie Anm. 75). Für die Revolutionsterminologie vgl. die Titel von BRAUBACH (wie Anm. 32) und Horn (wie Anm. 77). So jetzt auch Heinz DUCHHARDT, *Das Zeitalter des Absolutismus*, München 1989 (Oldenbourg – Grundwissen der Geschichte, Bd. 11), S. 66.

reichs seit dem Bündnis mit Österreich und den Ausgang des Siebenjährigen Krieges verwiesen und den damit einhergehenden Prestigeverlust des Königtums zur außenpolitischen Ursache der Französischen Revolution erklärt, die dann gleichsam Napoleon Bonaparte schon als telos in sich getragen hätte<sup>118</sup>. Auch die französische Forschung verweist, obwohl hier quellenmäßig noch viel zu eruieren bliebe, übereinstimmend auf die starke innenpolitische Opposition gegen das als politische Abhängigkeit gedeutete Bündnis mit Österreich. Die Kritik reichte bis in die diplomatischen Kreise und fand in der Abneigung gegen die »Österreicherin« auf den französischen Königsthron am Vorabend der Französischen Revolution ihren personifizierten Ausdruck<sup>119</sup>. Wer so »l'alliance autrichienne« nur als Ausdruck des Ancien Régime versteht, verkürzt jedoch den historischen Zusammenhang. Denn diese außenpolitische Revolution war auch der Beginn eines neuen politischen Verhaltensstils. Bald brachen die Teilungen Polens – auch im Bewußtsein der Zeitgenossen – ebenso mit allen Traditionen und sind übertreibend, aber nicht ganz zu Unrecht, als die »wirkliche« diplomatische Revolution bezeichnet worden<sup>120</sup>. Die amerikanische Allianz mit Frankreich ist dann von Thomas Paine in einem über die Diplomatie hinausweisenden Sinne als Sieg über alte Vorurteile, politische Revolution und Revolution der Denkungsart präsentiert worden<sup>121</sup>. Angesichts solcher Zwischenglieder lag auch die politisch-soziale Revolution von 1789 nicht so weit weg. Die außenpolitische Revolution von 1756, gegen die sich die Französische Revolution inhaltlich gewandt hat, wirkt intellektualgeschichtlich wie ein Vorgriff auf sie. Die Diplomatische Revolution war so der erste große Anwendungsfall des modernen Geschichtsbewußtseins.

118 Leopold VON RANKE, Die Großen Mächte 1833. Politisches Gespräch. Mit einem Nachwort von Theodor SCHIEDER, Göttingen 1958, Kleine Vandenhoeck-Reihe 5, S. 25, S. 33. Zur Beurteilung vgl. Ernst SCHULIN, Die Französische Revolution, München 1988, S. 183.

119 Vgl. Denis RICHEL, Die Französische Revolution, München 1968. Michel ANTOINE, Louis XV, Paris 1989, S. 681. Emmanuel LE ROY LADURIE, L'Ancien Régime de Louis XIII à Louis XV 1610–1770 (Histoire de France, Hachette) Paris 1991, S. 314.

120 So Oskar HALECKI, Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte, Darmstadt 1957, S. 158. Freundlicher Hinweis von Ilja MIECK, vgl. auch Ilja MIECK, Periodisierung und Terminologie der Frühen Neuzeit, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Bd. 19 (1968), S. 369.

121 Vgl. Thomas PAINE, Letter to the Abbé Raynal, in: The Complete Works of Thomas Paine. Political and Controversial, London 1844, Bd. 1, S. 205. Vgl. zum geistesgeschichtlichen Kontext die erhellenden Ausführungen von HÜRTEN, Vorurteil (wie Anm. 93), die mich auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht haben.



LUCIEN BÉLY

## MÉTHODES ET PERSPECTIVES DANS L'ÉTUDE DES NÉGOCIATIONS INTERNATIONALES À L'ÉPOQUE MODERNE

### L'exemple d'Utrecht (1713)

C'est autour de la longue guerre de Succession d'Espagne de 1701 à 1714 et des traités d'Utrecht que j'ai proposé des méthodes et des perspectives pour étudier les négociations internationales<sup>1</sup>. A l'origine de mes travaux, il y a trois interrogations que je présenterai d'abord avant d'aborder les trois directions majeures de ma recherche qui ont été comme des réponses à ces interrogations.

Les relations internationales apparaissent aujourd'hui encore comme un domaine réservé aux chefs d'Etat<sup>2</sup>, ou à des spécialistes, les diplomates selon le terme contemporain, les négociateurs, ambassadeurs, envoyés, résidents ou plénipotentiaires comme on les nommait autrefois. Ce phénomène était d'autant plus vrai dans le monde des XVII<sup>e</sup> et XVIII<sup>e</sup> siècles où la puissance souveraine était dans les mains d'un seul homme, le roi ou le prince, dont les pouvoirs s'étaient singulièrement renforcés au point de paraître absolus. Dans les systèmes autres que la monarchie absolue, le même fait était vrai: la reine d'Angleterre revendiquait en 1712 le droit de faire la paix ou la guerre<sup>3</sup>, et le Grand Pensionnaire de Hollande menait presque seul la politique étrangère des Provinces-Unies<sup>4</sup>.

De cette constatation est venue ma première interrogation. Comment ce monde fermé des hommes d'Etat<sup>5</sup>, ces accords négociés par un nombre restreint de diplomates, ces décisions élaborées par des groupes choisis de ministres ou de conseillers reflétaient-ils les sociétés que les uns et les autres avaient la charge de conduire ou d'organiser? J'ai voulu savoir si la diplomatie d'autrefois était à l'écoute du monde, si elle se préoccupait naturellement des structures sociales comme des intérêts économiques, des valeurs intellectuelles comme des soubresauts de l'opinion publique ou si elle limitait strictement son action dans la sphère du politique.

1 Lucien BÉLY, *Espions et ambassadeurs au temps de Louis XIV*, Paris 1990. Ce livre est une version remaniée d'une thèse d'Etat: «Diplomates et diplomatie au temps de la paix d'Utrecht», soutenue à Paris en 1987. Le texte présenté ici fut prononcé lors d'une conférence à l'Institut historique allemand de Paris, le jeudi 3 mars 1988.

2 Sur l'élaboration de la volonté politique au début du règne de Louis XIV, voir: Paul SONNINO, *Louis XIV and the origins of the Dutch War*, Cambridge 1988.

3 Sur le règne de la reine Anne et sur sa personnalité: Edward GREGG, *Queen Anne*, Londres 1980.

4 De Briefwisseling van Anthonie Heinsius 1702-1720, éd. par A.J. Veenendaal, année 1702, publié en 1976; année 1703 et année 1704 en 1980; année 1705 en 1981.

5 Il n'est pas toujours facile de décrire le cadre dans lequel se discute la politique extérieure d'un pays. Voir Klaus MÜLLER, *Das kaiserliche Gesandtschaftswesen im Jahrhundert nach dem Westfälischen Frieden (1648-1740)*, Bonn 1976; et *Diplomatie und Diplomaten im Zeitalter des Prinzen Eugen*, dans: *Prinz Eugen von Savoyen und seine Zeit*, éd. par J. KUNISCH, Würzburg 1986, pp. 45-56.



La seconde interrogation porte sur la nature même de la diplomatie. Les relations internationales sont volontiers conçues comme des rapports de force, la guerre étant le moment où les pays se mesurent les uns aux autres. Comment la diplomatie avait-elle sa place dans cette vision, surtout dans un monde où les Etats européens se structuraient encore, et s'opposaient pour mieux s'imposer?

Dès qu'un conflit éclatait, les ambassades, institutions permanentes du dialogue international, disparaissaient et la négociation, si elle existait, se faisait secrète, comme muette. En revanche, la marche à la paix se marquait par la discussion au grand jour, dans le cadre d'un congrès. Discussion, dialogue, nécessité de se parler: ces mots ne sont pas innocents. J'interpréterai la diplomatie comme une langue singulière, un peu théâtrale, que les souverains se parlaient entre eux. Ces dialogues ont besoin de conventions, de symboles, de codes, comme toute langue et c'est ce qui donne aux négociations ce goût des formes, qui sont apparues longtemps comme caricaturales, alors qu'elles sont parfois essentielles pour les échanges internationaux<sup>6</sup>. Et cette langue est le seul moyen de civiliser les Etats qui, sans elle, retourneraient à une forme de sauvagerie: l'idée était dans l'air du temps au début du XVIII<sup>e</sup> siècle, puisqu'à l'affrontement on voulait substituer les *usages* d'une bonne société, celle des nations.

La troisième interrogation a porté sur le travail des historiens face aux faits diplomatiques. Le plus souvent, devant un événement, ils ont cherché l'enchaînement de causes et d'effets qui y conduisaient. Pourquoi le roi d'Espagne a-t-il dans son testament laissé ses domaines au petit-fils cadet de Louis XIV ? Pourquoi la reine Anne en Angleterre s'est-elle résolue à préparer la paix avec le vieux roi de France ? On cherche là une logique impeccable du passé, dans une continuité strictement chronologique et cette quête traditionnelle reste fondamentale. J'ai essayé plutôt de dégager le fait international de ce moule trop logique et chronologique et j'ai considéré que les enjeux politiques d'Utrecht était bien cernés par des études anciennes et qu'il fallait plutôt s'attacher au seul jeu de la négociation. Cela signifie que l'indécision est prise en compte plutôt que la décision, les erreurs plutôt que les vérités, les échecs plus volontiers que les succès, les problèmes plus souvent que les solutions. Ce parti-pris devrait répondre aux critiques de Braudel qui voyait dans l'histoire diplomatique «le refuge des passions et des jugements gratuits», le «domaine du descriptif» alors qu'il appelait de ses vœux une «politologie scientifique»<sup>7</sup>.

Pour répondre à ces interrogations, je propose une relecture des correspondances politiques. Le congrès rendait les échanges plus réguliers, ce qui facilite les recoupements et les confrontations, et même permet des comptages simples. J'ai étudié les archives françaises, au Quai d'Orsay en premier lieu, mais aussi à la Bibliothèque nationale. Une telle tentative devait être faite aussi à l'échelle de l'Europe et j'ai fait des sondages importants à Londres, Oxford, Rome, au Vatican, à La Haye.

J'ai considéré la masse textuelle, produite autour d'Utrecht, comme un tout, comme une fermentation politique et intellectuelle intense entre guerre et paix.

6 Peter Claus HARTMANN, *Zum Gesandtenzeremoniell an den Höfen von München, Wien, Madrid und Versailles im 18. Jahrhundert*, dans: *Etudes d'histoire européenne. Mélanges offerts à René et Suzanne Pillorget*, Angers 1990, pp. 149-157.

7 Fernand BRAUDEL, *Pour ou contre une politologie scientifique*, dans: *Annales E.S.C.*, 1963, p. 119.

L'hypothèse retenue, c'est qu'un écrit échappe à son auteur et que les textes doivent être étudiés en eux-mêmes comme des produits de la diplomatie à un moment donné. C'est d'autant plus vrai dans un monde où des Villars<sup>8</sup>, Strafford ou Huxelles, hommes de peu de lettres, voire illettrés, signaient des lettres longues, mesurées, argumentées, que des secrétaires, parfois de talentueux écrivains comme l'abbé Du Bos, préparaient pour eux. La deuxième hypothèse, c'est que, dans la perspective choisie, les écrits doivent être regardés du même œil, qu'ils viennent d'un homme illustre ou d'un inconnu de l'histoire. A un moment crucial, un billet suffit à introduire le poète Prior à Versailles, mieux que toute lettre de créance. Enfin les textes sont regardés naïvement non pour ce qu'ils veulent dire, mais pour ce qu'ils disent, à la recherche d'un sens caché, d'un non-dit, que les négociateurs cherchaient à dissimuler.

Pour préciser la recherche que j'ai menée, il faut situer la paix d'Utrecht. Parce que le roi d'Espagne n'avait pas d'héritier direct, ses immenses domaines éparpillés de l'Italie aux Amériques, pouvaient revenir aussi bien à un fils de l'Empereur Léopold qu'au fils de Louis XIV. Après des projets de partage, le testament du roi d'Espagne remit tout en question et le roi de France accepta, à la fin de 1700, que son petit-fils cadet devînt Philippe V. En 1701, une grande coalition européenne se mit en place autour des puissances maritimes – Angleterre et Provinces-Unies, étroitement liées depuis la Révolution de 1688 – et de l'Empereur. Les armées françaises accumulèrent les défaites face au duc de Marlborough et au prince Eugène de Savoie. La situation financière du royaume était difficile d'autant plus que le grand hiver de 1709 fut terrible. La cour de Versailles était alors prête à toutes les concessions. La situation changea lorsque des victoires militaires en Espagne et le soutien des Espagnols rendirent plus solide le trône de Philippe V. Surtout, son compétiteur, l'Archiduc Charles, par la mort de son frère, héritait des possessions autrichiennes et de la couronne impériale. L'Angleterre ne voulait pas voir renaître l'empire de Charles-Quint et, poussée par une majorité conservatrice au Parlement, désirait la paix qui fut proposée à la France. Le congrès d'Utrecht s'ouvrit au début de 1712 et les principaux traités furent signés le 11 avril 1713; la paix avec l'Empereur ne se fit que l'année suivante. Ces accords se firent sur trois principes: les renonciations – Philippe V renonçait à ses droits à la couronne de France, les ducs de Berry et d'Orléans aux leurs sur la couronne d'Espagne – et ces engagements devaient empêcher la réunion des deux royaumes, le partage des territoires espagnols – les Pays-Bas, aujourd'hui la Belgique, devenaient autrichiens comme le Milanais, Naples et la Sardaigne –, enfin des avantages commerciaux et coloniaux pour l'Angleterre outre-mer.

L'examen des textes produits à Utrecht ou autour d'Utrecht m'a permis de définir trois niveaux d'études. C'est d'abord le regard que les négociateurs portaient sur eux-mêmes et leur travail dans une guerre difficile. Mais ces mêmes hommes étaient curieux de ce qui se passait autour d'eux et désireux d'être informés à temps: c'est la seconde approche, celle de l'information secrète. Enfin c'est l'efficacité de leur action qui est prise en considération, par l'impact de la guerre et de la paix sur les sociétés du temps.

Pour analyser le regard que les diplomates avaient d'eux-mêmes à travers leurs

8 Claude C. STURGILL, *Marshal Villars and the War of the Spanish Succession*, Lexington 1965.

correspondances, je m'interrogerai sur l'origine sociale des négociateurs, et sur leur façon de vivre pendant le congrès d'Utrecht, sur le jugement qu'ils portaient à propos d'un congrès de paix et de leur propre travail, enfin sur les principes politiques qui étaient évoqués par leurs témoignages.

Il est utile de considérer d'abord les hommes – et les quelques femmes – qui se sont occupés de représenter, d'exprimer ou de modifier les rapports entre les souverainetés<sup>9</sup>. Une enquête inspirée par la méthode prosopographique a été possible pour quelque 450 agents en fonction de 1697 à 1715. Dans une société où la naissance était fondamentale, elle jouait peut-être moins pour des fonctions qui n'étaient pas des charges ou des offices héréditaires: on ne naissait pas diplomate, on le devenait. Bien sûr les négociateurs étaient choisis dans la noblesse, d'épée ou de robe, mais aussi dans le clergé, ce qui permettait une discrète ouverture sociale: l'abbé Gaultier qui lança la négociation franco-anglaise de 1710 était de modeste origine et le futur cardinal Alberoni était fils d'un jardinier. En considérant les rapports que les diplomates avaient avec les cercles gouvernementaux, il est apparu que les parents de souverains étaient rarement employés dans les missions à l'étranger, mais que les ministres eux-mêmes et leurs proches l'étaient au contraire fréquemment. Il est certain aussi que, dans certaines familles, le service diplomatique devenait une tradition, comme un capital social et intellectuel, et pouvait même conduire à un véritable enracinement en terre étrangère: l'abbé d'Estrées succédait à son oncle, le cardinal, comme ambassadeur de France à Madrid, le marquis de Bonnac suivait dans la carrière son oncle de Bonrepas. Il faut noter le cas, plus révélateur encore, des Rumpf, père et fils, qui représentèrent pendant 69 ans les Provinces-Unies en Suède, ou celui des Casati qui représentèrent, pendant 130 ans et sur cinq générations, le roi d'Espagne près la Confédération helvétique. L'analyse du personnel britannique pendant la succession d'Espagne a été faite<sup>10</sup> et j'ai moi-même entrepris une comparaison de l'armature diplomatique française après la paix de Ryswick et après celle d'Utrecht: ces études permettent de voir qu'avant et pendant la guerre de Succession d'Espagne, les négociateurs étaient surtout choisis dans le monde militaire, comme si paix et guerre étaient étroitement liées. Après Utrecht, les origines se diversifièrent comme si les combats semblaient moins menaçants pour l'avenir. Il apparaît que la question du recrutement s'est posée à la fin du XVII<sup>e</sup> siècle et au début du XVIII<sup>e</sup> siècle: les textes théoriques de François de Callières tournaient autour de ce *parfait ambassadeur* dont il s'agissait de dessiner le profil<sup>11</sup>, mais dans la pratique aussi le marquis de Bonnac fut chargé, à la mort de Louis XIV, de dresser l'état des lieux en matière diplomatique. L'enjeu était de faire de la négociation une *profession* à part et des négociateurs des *professionnels*. Ainsi était achevée l'évolution qui était née de la

9 En l'absence de dossiers personnels, il n'a pas été possible de rassembler des informations aussi complètes et aussi précises que celles présentées par C. BÉNAZET-BÉCHU, *Ambassadeurs et ministres de France de 1748 à 1791. Etude institutionnelle et sociale*. Thèse de l'Ecole des Chartes, 1982. J'ai utilisé les dictionnaires biographiques.

10 H. L. SNYDER, *The British Diplomatic Service during the Godolphin Ministry*, dans: *Studies in Diplomatic History* éd. par R. HATTON et M. S. ANDERSON, 1970.

11 François de CALLIÈRES, *De la manière de négocier avec les souverains, de l'utilité des négociations, du choix des ambassadeurs et des envoyez, et des qualités nécessaires pour réussir dans ces emplois*, Paris 1716; voir l'introduction à l'édition en langue anglaise: François de Callières: *the art of diplomacy*, éd. par SCHWEIZER et KEENS SOPER, 1983.

formation des ambassades permanentes et aboutissait à la constitution d'un groupe social chargé des rapports entre les souverainetés. C'est dire qu'une grande cohérence marquait le petit monde des négociateurs: il était caractérisé par une formation de qualité née de l'effort de la Réforme et de la Contre-Réforme en matière d'éducation, de la force persistante des universités européennes et des échanges si vivaces dans la République des Lettres<sup>12</sup>; par un mode de vie et des valeurs communes à toute l'aristocratie européenne, ce qui rendait nécessaire pour les diplomates une fortune personnelle pour qu'ils pussent tenir leur «rang» à l'étranger et faire honneur à leurs souverains; enfin par une langue habituelle, le français, qui remplaça peu à peu le latin, langue internationale officielle, et l'italien – le traité d'Utrecht fut rédigé en français et le congrès de Baden eut pour travail essentiel de mettre en latin l'accord entre la France et l'Empire.

Un congrès comme celui d'Utrecht permet d'étudier de très près cette société singulière, réunie pour de nombreux mois, afin de décider de l'avenir du monde. Le regroupement de ces diplomates européens – il y avait environ 80 plénipotentiaires – et la foule de voyageurs, d'intrigants, de curieux qu'ils attirèrent firent d'Utrecht un centre de la chrétienté – ce n'est pas un hasard si l'abbé de Saint-Pierre, dans son *Projet de paix perpétuelle* publié au même moment proposait Utrecht comme capitale de son organisation internationale<sup>13</sup>. Les voyages diplomatiques étaient suivis avec attention, car ils permettaient de prendre la température des populations rencontrées: les Français Polignac et Huxelles remarquaient que les peuples ne réclamaient plus, en 1712, la paix sur leur passage comme ils l'avaient fait en 1710. La ville même dut s'adapter à cet afflux de dignitaires: le règlement qui fut édicté, traditionnel en soi, montre à quel point les incidents diplomatiques étaient redoutés. Néanmoins il apparaît qu'un congrès était marqué par plus de souplesse et de liberté que les lourdes ambassades, souvent embarrassées dans un cérémonial figé. Autour d'un diplomate se créait un cercle qui était comme une enclave dans une société étrangère. Si cet entourage s'expliquait pour des raisons techniques (les secrétaires et les déchiffreurs), il formait aussi une nébuleuse sociale, un surplus de sociabilité, ce qui pimentait les divertissements, mais aussi permettait de pénétrer dans l'épaisseur d'un pays<sup>14</sup>. Déjà en 1710, alors que les négociateurs français étaient cloués dans la petite cité de Gertruydenberg, leur secrétaire, l'avocat La Blinière, avait eu le droit de faire un tour en Hollande et avait même rencontré le Grand Pensionnaire Heinsius<sup>15</sup>.

Grâce aux témoignages de ces entourages, il est possible de connaître la sociabilité du congrès qui était mise ainsi sous surveillance. L'exemple des conversations est révélateur, car au théâtre, au bal, à la messe, à la promenade, elles étaient *enregistrées* avec soin, parfois mot à mot, et transmises à qui de droit. Les paroles prononcées avaient d'autant plus de prix qu'elles n'étaient pas maîtrisées: le *premier transport*

12 Pour le 18<sup>e</sup> siècle, Jürgen Voss, *Universität, Geschichtswissenschaft und Diplomatie im Zeitalter der Aufklärung*. Johann Daniel Schöpflin (1694–1711), Munich 1979.

13 Charles Irénée Castel, abbé de SAINT-PIERRE, *Projet pour rendre la paix perpétuelle en Europe*, 1713, rééd. en 1981 par Simone GOYARD-FABRE, pp. 224 sq.

14 Lucien BÉLY (voir note 1) pp. 373–410. Voir aussi *Histoire amoureuse et Badine du Congrès et de la Ville d'Utrecht*, En plusieurs lettres écrites par le Domestique d'un des Plénipotentiaires à un de ses Amis, 1714. Cette chronique a été attribuée à Casimir Freschot.

15 Id., *Les larmes de Monsieur de Torcy*, dans: *Revue Histoire, Economie et Société*, 3<sup>e</sup> trimestre 1983.

était rapporté avec zèle, un homme était d'autant mieux écouté qu'il *s'échappait de dire*. L'acte manqué et la révélation involontaire étaient des pistes pour connaître l'inconnu – sinon l'inconscient – de la diplomatie. La confiance était aussitôt exploitée surtout si elle était *murmurée à l'oreille*. La conversation cessait d'être un plaisir pour devenir un art de sonder les hommes ou d'insinuer en eux des opinions. Le divertissement se métamorphosait en devoir diplomatique, en application studieuse, comme si le loisir et le plaisir affaiblissaient les protections qui enveloppaient les secrets. Les repas et les fêtes étaient autant d'occasions de prolonger, avec plus de liberté, l'affrontement pacifique qu'est une négociation. Le riche marchand Mesnager rappela, après le congrès, que tous les ministres des princes de l'Europe avaient été rassemblés: *Comment aurait-il été possible que ceux du Roi eussent fait parmi eux une moindre figure que celle que Sa Majesté elle-même fait entre les autres souverains*<sup>16</sup>. Il lui fallait donc imiter les plus fastueux des diplomates *car il est assez connu que c'est un moyen de rassembler chez soi les étrangers, de concilier les esprits, de faire parler, d'insinuer les opinions et d'apprendre celles des autres*. Cette société était secouée par des incidents: tantôt ils étaient gommés par la diplomatie, comme ce fut le cas pour un charivari d'enfants dont fut victime l'abbé de Polignac; tantôt ils étaient exploités comme des événements politiques, ainsi lorsque les laquais de Mesnager furent brutalisés sur le mail par ceux du Hollandais Rechteren. Cette affaire conduisit à une suspension, opportune en vérité, des discussions et à de plates excuses des Provinces-Unies qui déclarèrent: *... quoiqu'Elles aient le malheur d'être en guerre contre le Roi de France, Sa Majesté leur fera la justice de croire qu'Elles n'ont jamais perdu le respect, ni la haute estime qu'une République doit à un Grand Roi*<sup>17</sup>.

Ainsi la sociabilité aristocratique était mise en valeur pour être mieux détournée à des fins politiques. Cette exaltation de la vie sociale, à l'échelle de l'Europe, trahissait une évolution: le héros militaire ne laissait-il pas la place au négociateur cosmopolite? Un congrès réussi cautionnait ainsi ce glissement dans les modèles sociaux du XVIII<sup>e</sup> siècle.

Quelle évaluation globale les négociateurs tentaient-ils de l'assemblée de paix à laquelle ils participaient? Les congrès étaient volontiers contestés pour leur manque d'efficacité. D'un côté, on affichait un mépris pour les discussions officielles parce que les vraies questions étaient résolues directement entre Versailles, La Haye, Londres et Madrid, mais, d'un autre côté, la rupture du congrès était un moyen efficace de chantage, car cela signifiait la reprise de la guerre, ou une paix séparée. Ce paradoxe des conférences internationales montre que leur raison d'être se réfugiait surtout dans l'ordre des symboles. Le congrès signifiait la paix et un nouvel ordre européen, et il devait installer l'une et l'autre durablement. C'est dans cet esprit qu'il est possible d'étudier le travail concret des négociateurs qui renvoyaient ainsi aux

16 Arch. Aff. étr., Cor. pol. Hollande 244, fol. 230–31, cité par Arsène LEGRELLE, *La diplomatie française et la succession d'Espagne*, Braine-le-Comte 1895–1900, VI, p. 285.

17 Ibid. Hollande 237, fol. 159–162, Extrait du registre des résolutions de Leurs Hautes Puissances les Etats généraux des Provinces-Unies des Pays-bas touchant les affaires d'Adolph Henry comte de Rechteren ... et de Monsieur Mesnager, La Haye, Chez Henry Scheurleer, Marchand libraire, proche à la Cour à l'enseigne d'Erasmus, 1712. Ce document fut communiqué aux plénipotentiaires anglais: Bodleian Library, Oxford, Rawlinson Manuscripts C 392, fol. 63.

racines profondes d'une civilisation à un moment donné. Un intermédiaire, nommé Mollo, parlait à propos d'Utrecht de *cérémonie*<sup>18</sup>. On essayait de ne pas introduire de hiérarchie entre les Etats en présence, en introduisant un *pêle-mêle* dans l'organisation des discussions, comme si une conférence internationale permettait de faire table rase de ce qui existait avant elle<sup>19</sup>. Et le congrès était aussi une tribune pour exprimer toutes les doléances, pour introduire tous les différends qui empoisonnaient la vie internationale. Ainsi grâce à cette force symbolique, le congrès pouvait continuer à travailler modestement. Les dépêches permettent de suivre ce cheminement et de voir quels étaient les modes d'expression et de réflexion de ces diplomates ennemis, de l'écrit qui engageait à la parole qui trahissait, du geste involontaire au silence éloquent. Dans la négociation, des hommes représentaient des princes et leurs peuples: ils jouaient le *théâtre du monde*: c'est dire que l'on touche là toutes les ressources culturelles d'un moment historique.

La loupe d'Utrecht permet aussi de cerner les réalités et les idées politiques dans trois directions. En étudiant la rédaction et le rôle des «instructions», on dessine l'élaboration d'une volonté politique. Polignac affirmait: *Il est vray que nous passons icy pour gens fort difficiles parce que nous n'accordons rien, et on me le reproche plus qu'aux autres, mais je ne m'en soucie point, et je me contente du mérite de la fermeté, c'est au Maistre a se relascher quand il le juge à propos*<sup>20</sup>... Le diplomate était tenu en lisières par son souverain, sa parole était servie. Il est utile alors de considérer si la distance ou la faiblesse du pouvoir permettaient à ses représentants de s'affranchir de sa tutelle et s'ils pouvaient parfois parler seuls au nom des Etats qu'ils incarnaient. Les lettres des diplomates tournaient fréquemment autour de ce rapport avec le prince lointain. Partageait-t-on son secret? Avait-t-il pris ses résolutions finales? Pouvait-on interpréter ses ordres? Pouvait-on même leur désobéir?

Deuxième direction: les discussions acharnées révélaient les lois, les règles, les traditions qui organisaient les relations internationales: tantôt des principes infrangibles, tantôt des idées vagues et fragiles. L'ordre européen était familial, par les alliances d'un petit nombre de lignées dynastiques. L'ensemble des sociétés était construit sur le modèle du plus petit noyau social, la famille. Mais Utrecht fut indéniablement un temps de passage, puisqu'en acceptant la renonciation de Philippe V d'Espagne au trône de France, Louis XIV transformait le droit naturel de l'Europe. Au delà de cette épineuse question, le foisonnement d'un congrès permet de voir vivre ce système familial de l'Europe: on exprimait des sentiments formels ou très réels – l'amour de Louis XIV pour son petit-fils Philippe V d'Espagne ou l'attachement de la reine Anne pour son frère le Prétendant –, on examinait avec soin la vie et la mort des princes – celle de Louis XIV était envisagée, celle d'Anne Stuart était attendue –, on surveillait les princes en exil, on préparait des alliances matrimoniales ou des rapprochements politiques – le renversement des alliances était en germe dès les années 1710.

Les souverains n'étaient pas montrés sans leurs peuples et c'est la troisième direction que j'ai explorée à travers les archives diplomatiques. Regard sur les

18 Ibid. Hollande 230, fol.58, 20 octobre 1711, lettre de Mollo.

19 Règlement pour l'Ouverture et la methode des Conférences a Utrecht et ce qui en depend, chez Guillaume van de Water, Arch. Aff. étr., Corr. pol. 232, fol. 92.

20 Ibid. Hollande 239, fol.23-24, Polignac à Torcy, 7 novembre 1712.

institutions étrangères, avec une fascination singulière pour la constitution anglaise, mais aussi attention aux réactions des populations, dont Philippe V et Louis XIV par exemple ont pu et su puissamment jouer. Les négociateurs partaient à la découverte des forces sociales et politiques sur lesquelles ils pouvaient compter pour faire avancer leurs desseins. Eventuellement les puissances étrangères n'hésitaient pas à intervenir pour convaincre une opinion publique; il était ainsi proposé au roi de France: *comme dans un estat populaire tel que celui de hollande il est très important dy oster les impressions artificieuses que le petit nombre des magistrats qui y ont la principale autorité scavent leur donner quand personne ne les contredit on est très persuadé qu'il est du service de SM de faire connoître a toutes les provinces et a toutes les villes qui ont part au gouvernement de cette république que les changements que Sa Majesté veut faire à quelques uns de ces articles préliminaires ne changent point les seuretés et les satisfactions qu'ils cherchent dans cette paix tant pour eux que pour leurs alliés*<sup>21</sup> ... Le paradoxe était de proposer au monarque dit absolu de s'infiltrer dans les institutions républicaines des Provinces-Unies pour en pousser les principes à leur extrémité. Autre paradoxe: on voit Torcy, le ministre français des affaires étrangères, reconnaître implicitement un désir des peuples à disposer d'eux-mêmes, ainsi à propos de la Sicile: *Car il y a beaucoup d'agitation dans cette Isle et les habitants naturellement inquiets, disent assez hautement qu'il vaut mieux se choisir un maître et se donner à la M /ais/on d'Autriche que de souffrir qu'on dispose d'eux comme d'un troupeau de moutons*<sup>22</sup> ... Et il ne faut pas s'étonner de voir le gouvernement anglais demander, au grand dam de la cour de Versailles, la réunion des Etats-généraux en France pour enregistrer les fameuses renonciations. On se contenta d'un enregistrement au Parlement.

Toute décision et tout accord politique, avant d'être publiés, étaient enveloppés par le secret d'Etat. C'est le deuxième niveau de ma progression. Or, si les diplomates avaient le souci constant de protéger leurs mystères, ils n'avaient de cesse de découvrir ceux des autres. Cela a justifié une enquête sur l'information secrète dans le champ de la diplomatie, d'autant plus que c'est une gageure puisque je suis parti de ce qui, par définition, se dérobe toujours. Cinq cents cas d'espionnage ou d'information ont été ainsi répertoriés qu'aucune règle d'ensemble ne vient organiser, parce que la trouvaille est le plus souvent due au hasard. Là encore, cette recherche vaut surtout parce qu'elle fait intervenir les valeurs globales des sociétés modernes: la fidélité au souverain face à la trahison, l'identification des individus face à leurs secrets, la mobilité face à l'enracinement, la curiosité intellectuelle face au conformisme, la contrainte face à la liberté.

J'examinerai d'abord l'image que les sociétés modernes avaient de l'espionnage, puis sa réalité quant aux hommes et à leurs méthodes, enfin l'utilisation de l'information.

Les correspondances diplomatiques révèlent une véritable faim d'information, dont la collecte était présentée comme un des devoirs du négociateur. Ainsi se fait par petites touches le portrait du bon espion. Bolingbroke, le Secrétaire d'Etat anglais, jugeait ainsi un agent double ou triple: *C'est un Gascon vaniteux et menteur, mais il*

21 Ibid. Hollande 222, fol. 126, «Mémoire touchant la négociation de la paix», 28 mai 1709.

22 Ibid. Angleterre 242, fol. 133-135, Torcy à Bolingbroke, 17 octobre 1712.

*ne manque pas de sagacité. Je l'ai utilisé ... pour découvrir plusieurs choses d'importance et quoiqu'il mélange une bonne part de son invention aux rapports qu'il fait, globalement, c'est un espion de première classe*<sup>23</sup> ... Souvent l'espionnage avait une fonction d'alerte ou d'éveil pour qu'une information clef n'échappât pas au ratissage systématique, pour qu'on pût se tenir prêt à toute éventualité et ne pas être pris par surprise.

Au contraire, les archives policières – celles de la Bastille à l'Arsenal – donnent une image en creux. Dans une ville comme Paris où la police était devenue un instrument aux mains du pouvoir royal, l'espion était l'individu à abattre. Les enquêtes dévoilent surtout les signes qui faisaient naître les soupçons: on s'inquiétait des étrangers, a fortiori lorsqu'ils étaient dépourvus de passeports, des individus dont l'identité était mal connue ou qui la cachaient, ceux qui se déguisaient ou voyageaient trop, qui nouaient des relations suspectes ou avaient de mauvaises mœurs, qui fréquentaient des lieux sensibles, comme les cafés, ou réservés, comme le palais de Versailles, qui tenaient des discours subversifs ou se livraient à des activités étranges. Il faut ajouter deux autres signes: la religion mal définie et les ressources financières dont l'origine était mal connue. A travers ces textes, toute une doctrine de l'espionnage était élaborée et D'Argenson, le lieutenant général de police, multipliait les maximes définitives: *Je ne vois presque point d'espion qui n'agisse suivant ce système et qui feignant de servir les deux partis ou s'offrant à eux jusques à ce que des récompenses solides les aient fixés, ne tachent à se parer contre les soupçons de l'un et de l'autre*<sup>24</sup> ... La guerre inaugurerait l'ère du soupçon.

Au delà de ces images de l'espionnage, j'ai pu approcher sa réalité. Dans un premier temps, nous pouvons reconstituer des organisations internationales qui avaient pour fonction de glaner des renseignements dans toute l'Europe: les Secrétaires d'Etat anglais, après la Restauration, avaient édifié ainsi une véritable agence de nouvelles<sup>25</sup>; après la Révocation de l'Edit de Nantes, le polémiste Jurieu, depuis Rotterdam, sut utiliser des agents dans les ports français pour surveiller la marine de Louis XIV<sup>26</sup>. L'Anglais Marlborough, qui était plus qu'un général, sut se constituer aussi un réseau large de renseignement qui lui permettait d'asseoir sa puissance politique<sup>27</sup>. La France de la Succession d'Espagne tenta de garder, malgré la guerre, des informateurs dans toute l'Europe: une liste nous a été conservée<sup>28</sup>, mais elle est singulièrement modeste et elle apparaît comme la somme d'initiatives individuelles.

Car il faut bien constater que très souvent c'étaient les réseaux personnels qui se révélaient les plus efficaces. Il y avait un glissement naturel des correspondances privées à des correspondances politiques et un homme, en raison de ses fonctions, de sa charge ou de ses dignités, pouvait juger nécessaire de rassembler des informations utiles. Si sa position était stratégique, il pouvait ainsi devenir l'auxiliaire efficace d'un

23 Bolingbroke (Henry Saint-John, vicomte), lettre à Watkins, 18 janvier 1712, *Letters and Correspondence*, éd. par Gilbert PARKE, Londres 1798, II, p. 157.

24 F. RAVAISSON, *Archives de la Bastille*, XII, Paris 1881, p. 32.

25 P. FRASER, *The intelligence of the Secretaries of State and their monopoly of licensed news, 1660–1688*, Cambridge 1956. Très suggestif pour la circulation de l'information.

26 Jean DEDIEU, *Le rôle politique des Protestants français (1685–1715)*, Paris 1920.

27 *The Marlborough-Godolphin correspondence*, éd. par H.L. Snyder, Oxford 1975, 3 vol.

28 Arch. Aff. étr., Mém. et doc. France 307, fol. 138 sq.



souverain ou d'un Etat qui reprenait à son compte cette toile d'araignée. On voit ainsi l'abbé de Pomponne, ambassadeur à Venise, correspondre avec le ministre de la Guerre – les lettres sont à Vincennes – et multiplier les missions parce que les opérations militaires s'étendaient à toute l'Italie du nord<sup>29</sup> et un de ses agents put s'emparer des papiers d'un secrétaire de Mellaredo, diplomate savoyard, qui furent ensuite habilement utilisés par la propagande française en Suisse<sup>30</sup>. Les défaites françaises en Italie mirent fin à ces efforts.

L'étude des méthodes employées permet de souligner la diversité des situations. Un gouvernement pouvait être tenté d'approcher un personnage en vue et de le gagner, mais tout aussi bien d'utiliser un simple secrétaire dans un bureau de ministère ou les domestiques d'un ambassadeur. On pouvait recueillir les sentiments d'un responsable hollandais au hasard de banales conversations ou au contraire espionner depuis un galetas<sup>31</sup> les tractations à Londres entre le poète Prior et le marchand Mesnager qui préparaient en secret le rapprochement franco-anglais de 1711. Un aristocrate d'origine allemande, La Marck, qui prenait les eaux à Aix-la-Chapelle s'abouchait discrètement avec des émissaires de l'Electeur palatin<sup>32</sup>, alors qu'un autre seigneur, de Franche-Comté, La Verne, allait préparer une coalition pour prendre à revers la Grande Alliance à l'est de l'Europe<sup>33</sup>. Il se fit repérer, fut arrêté par des agents du Hanovre et envoyé à Vienne.

Mais l'information dépend surtout du support matériel qu'elle utilise, c'est-à-dire, au début du XVIII<sup>e</sup> siècle, la lettre et l'écriture. Au – delà de la menace des cabinets noirs<sup>34</sup>, il apparaît que toute correspondance était en permanence menacée et on a décrit ainsi le système très efficace d'interception des postes à Celle, qui fut, pour les Hanovriens et leurs alliés protestants, un filtre très efficace pour les échanges de nouvelles entre la France et les pays du Nord<sup>35</sup>. Ouvrir les lettres était le recours naturel des autorités policières et on comprend l'angoisse d'un agent du réseau protestant en France lorsqu'il écrivait à propos d'une lettre qu'il venait de recevoir : *... j'ai remarqué qu'elle avait été décachetée ... j'ai remarqué qu'elle avait été chauffée ... j'ai remarqué qu'il y avait un mot de manifesté*<sup>36</sup> ... Bref, il était perdu et sa lettre a fini dans les mains de la police.

29 Archives du Service historique de l'Armée de Terre, Vincennes (France), A<sup>1</sup> 1871 Pièce 40, 1960, Pièce 5, Pièce 6.

30 Ibid. A<sup>1</sup> 1962 Pièce 2, lettre de l'abbé de Pomponne à Chamillart, 1er mars 1706.

31 Arch. Aff. étr., Corr. Pol. Hollande 232, fol. 224–225, lettre de Polignac, 18 février 1712.

32 Max BRAUBACH, *Geheime Friedensverhandlungen am Niederrhein 1711/1712* dans: *Diplomatie und geistiges Leben im 17. und 18. Jahrhundert*, Bonn 1969.

33 G. DROYSSEN, *Geschichte der preussischen Politik*, Leipzig, IV, 4 ; Recueil des instructions ... Prusse, éd. par Albert WADDINGTON, Paris 1901. Le retentissement de cet événement peut être suivi dans les archives françaises ( Hollande 235) et hollandaises (Algemeene Rijksarchief, La Haye, Heinsius 1682, lettres de Bothmer, envoyé de Hanovre).

34 Eugène VAILLÉ, *Histoire générale des postes françaises, la ferme générale et le groupe Pajot-Rouillé (1691–1738)*, Paris 1951; David KAHN, *The Codebreakers. The story of Secret Writing*, New York 1968, en particulier le chapitre V, *The era of the Black Chambers* ; James W. THOMPSON et Saul K. PADOVER, *Secret Diplomacy. A record of Espionage and Double Dealing (1500–1815)*, Londres 1937. K. ELLIS, *The Post Office in the 18th century*, Oxford 1958.

35 S. P. OAKLEY, *The Interception of Posts in Celle, 1694–1700*, dans: *William III and Louis XIV*, éd. par R. HATTON et J. S. BROMLEY, Liverpool 1968, pp. 95–116.

36 Ravaisson XII (1709–112), p. 97; texte cité par Vaillé, *Le cabinet noir*, Paris 1950, p. 108.

Comment protégeait-on le secret ? Par le chiffre d'abord, où toute une tradition rationaliste trouvait un exercice intellectuel à sa mesure. Il est possible d'avancer qu'en général les lettres étaient *indéchiffrables sans trahison* selon le mot de Callières et la multiplication des chiffres – une bonne dizaine pour les négociateurs à Utrecht – était aussi une précaution interne contre les regards trop curieux. A cela il faut ajouter toute une machinerie d'hommes – les courriers du roi, les exprès, les intermédiaires sûrs – et de méthodes – les adresses multiples et superposées. Mais la meilleure sauvegarde venait du fonctionnement de la poste même: pour être utilisée et survivre, il fallait qu'elle fût sûre et il était difficile dans les grandes villes de retrouver vite un paquet recherché: *La voye d'Amsterdam est un peu longue, mais elle est peut estre la plus seure, a cause de la multitude des paquets qu'on y apporte de toutes parts et qu'il est plus aisé de sauver les nostres dans la foule que dans les petits bureaux ou la recherche s'en fait plus aisement*<sup>37</sup> ...

Il faut s'interroger sur les motivations qui rendaient possible l'espionnage. Il y en a trois principales. L'argent d'abord. On sait que les trafics avaient une dimension internationale puisque les grandes puissances gagnaient à leur cause des princes modestes grâce à des subsides<sup>38</sup>. Et l'idée commune s'imposait que presque tout le monde pouvait être acheté à condition que l'on y nût le prix. A Utrecht, on renonça à gagner le talentueux secrétaire italien du comte de Gallas<sup>39</sup>, ambassadeur de l'Empereur, parce que sa fidélité était payée très cher par son maître. Et un secrétaire de la ville de Hambourg *accoutumé à l'usage d'Allemagne et de ce pays cy, ou ceux qui sont employez par un Prince ne laissent pas d'estre en meme tems Gagez par d'autres alla faire une proposition extraordinaire* à l'agent de la France Rossi et au 3<sup>e</sup> plénipotentiaire français Mesnager<sup>40</sup>. De plus de 10 000 livres pour un cardinal ou un ambassadeur à quelque 10 livres pour un informateur local, l'échelle des sommes versées était très large.

La seconde motivation était la passion religieuse. Le refuge protestant fut le lieu de nombreuses tensions: certains, restés français de cœur, n'étaient pas insensibles aux sollicitations des agents de Louis XIV, comme le comte d'Avaux en Hollande<sup>41</sup>; d'autres, au contraire, n'hésitaient pas à se mettre au service des ennemis de la France, préférant leur foi à leur roi. Les mouvements de révolte dans le royaume, en particulier celui des Camisards, furent ainsi soutenus de l'étranger. Mais il faut remarquer que les hommes d'Eglise, moines, prêtres, abbés, cardinaux jouaient aussi leur propre carrière dans des intrigues politiques: citons parmi eux le cas de Lenglet-

37 Arch. Aff. étr., Corr. pol. Hollande 232, fol. 63, lettre des plénipotentiaires français à Torcy, 20 janvier 1712.

38 M. BRAUBACH, *Die Bedeutung der Subsidien für die Politik im Spanischen Erbfolgekriege*, 1923. Ragnhild HATTON, *Gratifications and Foreign policy: Anglo-French Rivalry in Sweden during the Nine Years War*, dans: Hatton/Bromley, *William III and Louis XIV*. (voir note 35) pp. 68–94.

39 E. JARNUT-DERBOLAV, *Die Österreichische Gesandtschaft in London (1701–1711). Ein Beitrag zur Geschichte der Haager Allianz*, Bonn 1972.

40 Arch. Aff. étr., Corr. pol. Hollande 240, fol. 90–93, Rossi à Torcy, Utrecht, 18 décembre 1712.

41 J. SOLÉ, *La diplomatie de Louis XIV et les Français réfugiés aux Provinces-Unies, 1678–1688*, dans: *Bulletin de la Société de l'histoire du protestantisme français*, 115 (1969), pp. 625–660.

Dufresnoy qui fut un des familiers du Prince Eugène<sup>42</sup> ou l'abbé Passionei<sup>43</sup>, représentant du pape à Utrecht, qui espérait tout de la faveur de Louis XIV – il fut plus tard cardinal bibliothécaire de l'Eglise et faillit être pape.

L'amour était enfin une motivation forte, ce qui explique la présence de femmes dans un monde politique réservé aux hommes. Rossi obtenait des renseignements d'une femme qui était la maîtresse du représentant impérial à Utrecht, Sinzendorf: *cette personne conserve encore un grand crédit sur son esprit, particulièrement dans de certains momens qui deviennent dangereux a ceux qui ont le coeur trop tendre*<sup>44</sup> ...

Une fois l'information collectée, il fallait l'utiliser et nous sommes renvoyés au monde des gazettes, mais aussi de la propagande et de la désinformation.

Il faut remarquer que le monde politique était particulièrement sensible aux nouvelles et cette sensibilité exacerbée reposait sur des échanges réguliers d'informations à travers l'Europe. Une telle régularité doit être exploitée par l'historien, car elle permet des études sérielles. Ainsi le baron Karg, chancelier de l'Electeur de Cologne, en exil en France, écrivit 85 fois au cardinal Secrétaire d'Etat à Rome, au cours de l'année 1712<sup>45</sup>. Cette collecte ordinaire permet de comprendre les préoccupations d'un responsable politique à un moment donné, dans une situation donnée: c'est aussi le miroir d'une société.

A côté de la simple information, les diplomates étaient vigilants à l'égard des rumeurs qui parcouraient les capitales et les villes de congrès: ils nous permettent d'en percevoir les circuits et les détours.

Cette puissance de l'information conduisait les gouvernements à vouloir l'utiliser et ils confiaient volontiers à leurs agents le soin d'agir sur les opinions publiques par le biais de l'imprimé. Le Strasbourgeois Obrecht fut utilisé à cette fin pour défendre les positions françaises en Allemagne et Poussin chercha à gagner à Londres l'économiste Charles Davenant<sup>46</sup>. Et il suffit de suivre la campagne d'imprimés en 1711 et 1712 en Angleterre pour voir comment les meilleures plumes, comme Swift et Defoe, ont été utilisées dans la grande bataille politique qui conduisit à la paix d'Utrecht<sup>47</sup>.

Il y a de toute évidence à l'aube des Lumières une volonté de toucher l'opinion publique à propos des grands événements internationaux. Le développement de la presse et de l'imprimé fut un support tout trouvé. Il reste à poursuivre les recherches entamées pour mesurer l'impact de ces moyens nouveaux sur les peuples<sup>48</sup>.

42 Sur l'entourage du prince Eugène: M. BRAUBACH, *Geschichte und Abenteuer, Gestalten um den Prinzen Eugen*, Munich 1950; J. Kunisch, *Prinz Eugen von Savoyen und seine Zeit* (voir note 5). G. SHERIDAN, *Nicolas Lenglet Dufresnoy and the literary underworld of the ancien régime*, Oxford 1989.

43 A. CARACCILO, *Domenico Passionei tra Roma e la Repubblica delle Lettere*, Rome 1968.

44 Arch. Aff. étr., Corr. pol. Hollande 239, Rossi à Torcy, fol. 161-164, 6 décembre 1712.

45 Correspondance du baron Karg de Bebenbourg, chancelier du prince-évêque de Liège Joseph-Clément de Bavière, archevêque électeur de Cologne, avec le cardinal Paolucci, secrétaire d'Etat, 1700-1719, éd. par Louis JADIN, *Bibliothèque de l'Institut historique belge de Rome*, fascicules XV et XVI, Bruxelles-Rome 1968.

46 J. KLAITS, *Printed propaganda under Louis XIV, Absolute Monarchy and Public Opinion*, Princeton 1976.

47 D. COOMBS, *The Conduct of the Dutch: British opinion and the Dutch Alliance during the War of the Spanish Succession*, La Haye 1958.

48 *Le Journalisme d'Ancien Régime*, sous la direction de Pierre RÉTAT, Lyon 1982.

La troisième étape de cette progression conduit à s'interroger sur la place de la guerre et de la paix dans les sociétés de l'époque moderne<sup>49</sup>. Si le témoignage des diplomates est une bonne piste, il doit être néanmoins confronté à d'autres sources. Une quadruple orientation peut organiser ce qui n'est encore qu'une approche et une invitation à chercher plus avant: j'ai exploré quelques domaines à propos des problèmes économiques, des mobilités spatiales, de la mise en place des traités de paix, enfin de la théorisation de la notion de paix.

L'accord d'Utrecht s'est fait en grande partie sur des concessions commerciales de l'Espagne à l'Angleterre – on connaît bien sûr l'*asiento* des nègres et le vaisseau de permission<sup>50</sup>. C'est dire si la dimension économique des discussions doit être prise en considération. Une telle étude permet de voir des négociateurs qui avouaient volontiers leur ignorance sur les rouages de l'économie mondiale et des gouvernements qui cherchaient à tâtons une politique cohérente. L'Europe développée avait compris la nécessité de se donner des spécialistes sur ces épineuses questions. Nicolas Mesnager en fut chargé pour la France: pendant treize ans, ce député de commerce de Rouen fut employé dans des missions difficiles et accumula des mémoires et une correspondance abondante. Il donnait, au fur et à mesure qu'il discutait avec amis ou ennemis de la France, des éléments pour une philosophie économique. Ainsi il affirmait volontiers les droits de l'Etat face aux intérêts des négociants, il dénonçait le statut social inférieur des marchands et liait le travail des hommes, les progrès des manufactures, une démographie favorable à la puissance d'une nation et d'un prince. Ainsi dans le quotidien des négociations, apparaissaient les questions qui marquaient l'affirmation de l'économie politique.

Dans un second temps, j'ai examiné l'impact de la guerre sur la mobilité des hommes. Les témoignages peuvent être individuels et j'ai retrouvé ainsi le journal de voyage d'un précepteur anglais<sup>51</sup> qui voyagea dans les Provinces-Unies, les Pays-Bas et le nord de la France en 1711–1712 et qui décrit le début du congrès comme la situation des contrées encore bouleversées par les opérations militaires. D'un point de vue collectif, j'ai rendu compte aussi des déplacements en 1712 grâce à une liste de passeports<sup>52</sup> – près de 2000. Il est clair que les marchands formaient le groupe le plus important des voyageurs, ce qui prouve la permanence du commerce international malgré la guerre. Mais ce document permet de prendre conscience que des membres de familles souveraines se déplaçaient nonobstant les combats ainsi que de jeunes gentilshommes qui venaient faire en France leurs *exercices* dans les *académies* réputées de Paris ou d'ailleurs. Les religieux circulaient aussi. Finalement, ces passeports révèlent que les hommes employés dans les négociations officielles – diplomates, courriers, domestiques – ne formaient qu'un groupe limité de voyageurs.

49 Sur la place de la guerre au XVII<sup>e</sup> siècle, voir *Présence de la guerre au XVII<sup>e</sup> siècle*, in: *Le XVII<sup>e</sup> siècle*, juillet-septembre 1985, n°148, n°3. Sur les relations internationales: Louis XIV et l'Europe, XVII<sup>e</sup> siècle, Avril-juin 1979, 123 et XVII<sup>e</sup> siècle, janvier-mars 1990.

50 E. W. DAHLGREN, *Les relations commerciales et maritimes entre la France et les côtes de l'Océan Pacifique*, I, *Le commerce de la mer du Sud jusqu'à la paix d'Utrecht*, Paris 1909; BÉLY, *Espions et ambassadeurs* (voir note 1) III<sup>e</sup> partie, chapitres 1 et 2.

51 Bodleian Library, Rawlinson Mss, D 428 »A Diary of Occurrences and observations begun June y<sup>e</sup> 15<sup>th</sup> O.S. 1711«.

52 Arch. Aff. étr., Mém. et doc. France 309, fol. 149–252.

Les papiers diplomatiques permettent de voir comment guerre et paix s'entrecroisaient: en temps de guerre, les solutions de paix étaient toutes explorées, mais, à la signature des traités, les perspectives de conflits européens futurs étaient tout aussi bien envisagées. La succession d'Autriche pointait sous la succession d'Espagne. Il faut donc étudier les moyens que les gouvernements avaient de rendre solides les arrangements de la diplomatie. Il fallait proclamer la paix, ce qui nécessitait du temps, puis traduire dans la réalité les dispositions du traité: échanges de territoires – l'Acadie et Terre-Neuve devenant anglaises –, évacuation des terres occupées – comme la Catalogne –, élévation de souverains – Victor-Amédée II de Savoie devenant roi de Sicile –, retour d'exil – la difficile restauration des Electeurs de Bavière et de Cologne –, dessin des nouvelles frontières – avec le travail des commissaires aux limites<sup>53</sup> ... A travers ce nouvel ordre, bien des tensions sociales et bien des dysfonctionnements locaux, bien des résistances pour quelques consentements apparaissaient. Il fallait aussi rassembler les esprits autour de la paix. Dans ce sens, il est possible de décrypter les types de manifestations publiques qui l'accompagnaient. D'abord les feux d'artifice et les illuminations dont les descriptions ont été conservées avec soin aux Archives nationales<sup>54</sup> ou dans les archives municipales. Cette forme d'art éphémère devrait intéresser les historiens de l'art parce que des talents étaient regroupés – un peintre, un architecte et un ingénieur à Lyon par exemple – et parce que des symboles étaient accumulés pour frapper l'imagination. Les suspensions d'armes ou les proclamations de paix donnaient lieu à des cérémonies complexes dans les villes, réglées en détail par la tradition et rythmées par des stations à des points stratégiques: ces rites civils dessinaient une géographie politique de la cité. Les entrées d'ambassadeurs, surtout après une guerre, méritent l'attention parce que le cérémonial ne s'était élaboré que lentement au cours des décennies et les corrections ne manquaient pas d'être significatives: une souveraineté étrangère était représentée dans une société.

En symbolisant la paix, ces festivités devaient *intéresser* les populations aux événements internationaux et leur donner le spectacle des réalités diplomatiques.

Les années d'Utrecht correspondaient enfin à l'élaboration du «Projet de Paix perpétuelle» de l'abbé de Saint-Pierre. Cet ouvrage occupe une place à part dans la littérature politique: c'est une utopie qui fut regardée avec dérision et pourtant s'est révélée prophétique si l'on considère les institutions internationales du XX<sup>e</sup> siècle; c'est un texte qui n'est pas lu volontiers, tant il est lourdement présenté et écrit, mais qui fut un texte fondateur pour des penseurs comme Rousseau ou Kant qui voulurent lui répondre. Cette disgrâce illustre est un encouragement à explorer ce livre, mais je l'ai fait dans une perspective historique, sans chercher la logique interne d'une pensée, mais en rapprochant cette vision de celle de ses contemporains engagés dans l'organisation des Etats, les négociateurs. S'il est vrai que leurs idées éclairaient celles de Saint-Pierre – une légende tenace veut qu'il ait été présent à Utrecht –, il est tout aussi vrai que la pensée répétitive de l'abbé polygraphe annonçait bien le contexte théorique – j'allais dire idéologique – qui entourait la rédaction des traités.

53 Nelly GIRARD D'ALBISSIN, *Genèse de la frontière franco-belge: les variations des limites septentrionales de 1659 à 1789*, Paris 1970.

54 Arch. nat., K 1003, *Ville de Paris (fêtes et cérémonial)*. Michèle FOGEL, *Les cérémonies de l'information*, Paris 1989.

Dans la volonté d'écarter à tout prix la guerre, dans la défiance à l'égard des équilibres naturels entre les nations – la balance de l'Europe –, dans la description pessimiste des relations internationales où règne la mauvaise foi, dans la surveillance, presque policière, de la chrétienté par des organismes européens – congrès ou diète permanente, comme une assemblée d'Utrecht perpétuelle –, il y a des intuitions théoriques qui hantaient peut-être le monde diplomatique vers 1712. Une comparaison avec les écrits de Leibniz contre les accords d'Utrecht, infiniment plus juridiques et précis, ou de Swift, très politiques et polémiques, permet de voir dans la fiction de Saint-Pierre comme une projection et un dépassement de la réponse des négociateurs à la guerre<sup>55</sup>.

Peut-on déceler un grand clivage en ce début du XVIII<sup>e</sup> siècle? Il y a eu sans doute une volonté de limiter les conflits, de les réduire à une affaire de spécialistes, sur une aire géographique limitée. Il y avait une prise de conscience de la fatigue des peuples. Les combats au XVIII<sup>e</sup> siècle furent repoussés vers l'Est et vers l'outre-mer: on lutta *pour le roi de Prusse* ou *pour quelques arpents de neige*. Les peuples, dont l'adhésion avait été tant sollicitée pendant la guerre de Succession d'Espagne, furent-ils préoccupés de ces conflits? C'est la révolution qui donna à la défense du pays un caractère national, ouvrant l'ère nouvelle où les nations remplacèrent les princes. Il y eut un changement dans les valeurs qui s'intégrerait dans une évolution économico-sociale: une société traditionnellement dominée par les hommes qui combattaient ne voyait-elle pas naître un monde dirigé par les hommes qui produisaient et commerçaient. Montesquieu a rappelé que *l'effet naturel du commerce est de porter à la paix* et un mythe grec voyait en Eiréné la paix, la mère de Ploutos la richesse. L'enjeu d'Utrecht fut peut-être là.

55 P. CHAUNU, *Les fondements de la paix. Des origines au débat du XVIII<sup>e</sup> siècle*, Paris 1993. Par exemple L. BÉLY, *Les trois paradoxes du congrès d'Utrecht*, pp. 137–153.



## PERSONENREGISTER

Das Register erschließt die Personennamen des Textteils. Die dort zitierten Namen von Verfassern von Sekundärliteratur werden kursiv wiedergegeben. Souveräne Herrscher werden unter ihrem Namen aufgeführt, Reichsfürsten unter dem Namen des Territoriums.

- Alais, Charles de Valois, cte. de 120  
 Alberoni, Giulio, Kardinal 222  
*Albertini, Rudolf v.* 153, 154  
 Alexander VII., Papst 126  
 Alfonso IV., d' Este, Hzg. v. Modena 129, 130, 131  
 Angoulême, Charles de Valois, duc d' 119  
 Anjou, Philippe duc d' 122, 123, 125, 126  
 Anna Stuart, Kgn. v. England 149, 220, 225  
 Anna von Österreich, Kgn. v. Frankreich 24, 118, 122, 123, 134, 138, 142, 143  
*Arétin, Karl Otmar Frhr. v.* 18  
 Argenson, Marc René de Voyer de Paulmy, Marquis d', frz. Magistrat 227  
 Arvieux, chevalier d', frz. Dipl. 90  
 Asfeld, Marquis d', frz. Dipl. 28  
 Aubéry, Antoine, frz. Publizist 200  
 August II., Kg. v. Polen 72, 73, 77, 78  
 Avaux, Claude de Mesmes, cte. d', frz. Gesandter beim Westfälischen Friedenskongreß 168  
 Avaux, Jean Antoine de Mesmes, cte. d', frz. Dipl. 229
- Baden, Ludwig Wilhelm Mgr. v. 22  
 Barberini, Antonio, Kardinal, Bf. v. Poitiers, Erzbischof v. Reims 121  
 Barberini, Francesco, Kardinal 121  
 Barberini, Lucrezia, Hzgin. v. Modena 121, 128, 131  
*Barudio, Günter* 192  
 Baudouin (Balduinus), François, frz. Rechtsgelehrter 155  
 Bayern, Joseph Clemens, Ebf. u. Kf. v. Köln 29, 43  
 Bayern, Joseph Ferdinand, Kurprinz v. 36, 74, 80  
 Bayern, Max Emmanuel Kf. v. 28, 87  
 Bayern, Max Heinrich v., Ebf. u. Kf. v. Köln 42  
 Bayle, Pierre, hugenottischer Theologe u. Publizist 197, 210  
 Beaufort, François, duc de 99, 118, 119  
 Becher, Johann Joachim, dt. Kameralist 203  
 Belle-Isle, Charles-Louis-Auguste Fouquet, cte. de, maréchal de France 199  
*Béranger, Jean* 31
- Bernegger, Matthias, Straßburg. Gelehrter 157, 159  
 Bernis, österr. Minister 208, 214  
 Berry, Charles de France, duc de 221  
 Béthune, frz. Gesandter in Polen 105  
 Bèze, Théodore, hugenottischer Theologe 154  
 Bodin, Jean, frz. Jurist u. Staatsdenker 183  
*Boka, Eva* 106  
 Bolingbroke, Henry St. John, Lord, engl. Staatsmann 226  
 Bonnac, Jean-Louis d'Usson, marquis de, frz. Dipl. 222  
 Bonrepaus, François d'Usson, marquis de, frz. Dipl. 222  
 Bossuet, Jacques-Bénigne, Bf. v. Meaux 192  
 Bouillon, Emmanuel Théodose, cardinal de 149  
 Bouillon, Godefroy-Maurice de La Tour d'Auvergne, duc de 145  
*Bontant, Charles* 18, 27, 89, 105, 106  
 Brandenburg, Friedrich III., Kf. v. 6, 49, 51, 84  
 Brandenburg, Friedrich Wilhelm I., Kf. v. 26, 29, 205  
 Brandenburg, Johann Georg, Mgrf. v. 156  
*Braubach, Max* 198  
*Braudel, Fernand* 220  
 Braunschweig-Lüneburg, Ernst August, Hzg. v., Bf. v. Osnabrück 33, 43, 44  
 Braunschweig-Lüneburg, Georg Ludwig, Hzg. v. 46, 47  
 Braunschweig-Lüneburg-Wolfenbüttel, Anton Ulrich, Hzg. v. 47, 48
- Calleo, David* 18  
 Callières, François de, frz. Dipl. 222, 229  
 Camerarius, Philipp, dt. Gelehrter 163  
 Candale, duc de 119, 121, 146  
 Caprara, Gf. v., kaiserl. Gesandter in Konstantinopel 99, 102  
 Carignano, Tomaso di Savoia, principe di 133  
 Castiglione, Valeriano 136  
 Celle, Georg Wilhelm, Hzg. v. 60, 61  
 Chamilly, François-Jaques Bouton, cte. de, frz. Gesandter am dänischen Hof 54, 62, 63–68, 70–74, 76, 78, 79, 81–83



- Chateaufort, Pierre de Castagnères de, frz. Gesandter bei der Pforte 101, 105  
 Chemnitz, Bogislaw Philipp v., Reichspublizist 200  
 Choiseul, Etienne-François, duc de, frz. Staatsmann 214  
 Choisy, abbé François de 140  
 Christian V., Kg. v. Dänemark 56–59, 64, 69–71, 76, 83  
 Chyträus (Kochhafe) David, dt. Gelehrter 176  
 Clemens IX., Papst 99  
 Cluverius (Klüwer) Philipp, dt. Gelehrter 176  
 Colbert de Croissy, Charles, frz. Außenminister 61, 90, 95, 101, 102, 105  
 Colbert de Torcy, frz. Außenminister 74, 197, 226  
 Colbert, Jean Baptiste, marquis de Seignelay, frz. Finanzkontrolleur 25, 89, 92, 94, 95, 101, 102, 138  
 Colloredo, Joseph, Fürst v., Reichsvizekanzler 201, 205  
 Colonna, Lorenzo 143, 145  
 Condé, Louis de Bourbon, prince de, frz. Feldherr 21, 117, 119, 122, 124, 125, 138  
 Conti, Armand de Bourbon, prince de 72, 99, 121–124, 126, 131, 132, 141, 142  
 Cosnac, Daniel de, Ebf. v. Aix 123, 132, 142  
 Courtenay, Jean-Armand de 140, 148  
 Courtenay, Louis Charles de 141, 148  
 Cromwell, Oliver, engl. Lordprotektor 140  
 Cujas, Jacques, frz. Rechtsgelehrter 157  
 Cuspinianus, Johannes, dt. Gelehrter 176  
  
 Davenant, Charles, engl. Philosoph 230  
 Decker, Klaus Peter 28  
 Defoe, Daniel, engl. Schriftsteller 230  
 Descartes René, frz. Philosoph 208  
 Dickmann, Fritz 15, 17, 154  
 Donado, Giovanni Battista, venezianischer Dipl. 92, 93  
 Dotzauer, Winfried 15  
 Du Bos, Jean-Baptiste, frz. Dipl. 221  
 Duchhardt, Heinz 27  
 Dupuy, Jacques, frz. Rechtsgelehrter 160  
 Dupuy, Pierre, frz. Rechtsgelehrter 160–165  
 Duquesne, Abraham, frz. Admiral 92–94, 100, 102, 103  
 Duval, père, frz. Konsul in Algier 95  
  
 Eck, Christian, Gf. v., kaiserlicher Wahlkommissar 50  
 Eleonore, Hgzn. v. Lothringen, Schwester Kaiser Leopolds I. 47  
 Emmius, Ubbo, dt. Gelehrter 176  
 Enghien, duc de 122, 124, 138  
 Este, Beatrice d' 149  
 Este, Rinaldo, Cardinal d' 126  
 Estrées, abbé Jean, frz. Dipl. 222  
  
 Farnese, Maria, Hgzn. v. Parma 128  
 Ferdinand II., Kaiser 26, 171  
 Ferdinand III., Kaiser 96, 196  
 Fleury, André Hercule, Kardinal v., frz. Staatsmann 204  
 Fontaine, frz. Diplomat 104  
 Fouquet, Nicolas, frz. Finanzkontrolleur 199  
 Franz I., Hgzn. v. Modena 121, 126–131, 135, 136  
 Franz I., Kg. v. Frankreich 88, 96, 107, 194  
 Franz II., Hgzn. v. Modena 131, 132, 134, 135, 146  
 Franz III., Herzog v. Lothringen 143  
 Friedrich II. (der Große), Kg. v. Preußen 191, 205, 207, 211  
 Friedrich IV., Kg. v. Dänemark 77, 80–84  
 Friedrich Wilhelm I., Kg. v. Preußen 22  
 Frischmann de Rançonnières, Jean Casimir, frz. Dipl. 45, 47, 48, 49, 50  
 Fürstenberg, Ferdinand v., Bf. v. Münster 46  
 Fürstenberg, Franz Egon v. 23, 42  
 Fürstenberg, Wilhelm Egon v. 23, 42  
  
 Galen, Christoph Bernhard, Bf. v. Münster 28, 43  
 Gallas, Johann Wenzel, Gf. v., kais. Dipl. 229  
 Gamberti, Domenico 127  
 Gassendi, Pierre, frz. Gelehrter 160  
 Gaultier, abbé François, frz. Dipl. 222  
 Georg II. Rakoczy, Fürst v. Siebenbürgen 96  
 Girardin, Pierre, frz. Gesandter bei der Pforte 89, 100–102, 104, 105  
 Godefroy, Denys I., frz. Rechtsgelehrter 154, 155, 156, 157, 158  
 Godefroy, Théodore, frz. Rechtsgelehrter 153–178  
 Godefroy-Méniglaize 157, 158, 159  
 Goldast, Melchior, dt. Gelehrter 176  
 Gravel, Jaques de, frz. Gesandter am Reichstag 202  
 Grotius (de Groot), Hugo, niederländ. Jurist u. Dipl. 166, 183, 184, 186  
 Guilleragues, Gabriel de, frz. Gesandter bei der Pforte 88–92, 94, 97, 99, 100–102, 106  
 Guiscard-Magny, Louis cte. de, frz. Gesandter in Schweden 76  
 Gustav I. Adolf, Kg. v. Schweden 183  
  
 Haller, Johann Christoph, dt. Gelehrter 163  
 Hamstede, niederländ. Dipl. 166  
 Hannover, Ernst August, Hgzn. v. 28, 60  
 Hannover, Georg Ludwig, Hgzn. v. 60  
 Hannover, Maximilian Wilhelm, Hgzn. v. 60, 69, 75  
 Harcourt, cte. de 149  
 Heinrich II., Kg. v. Frankreich 96, 199  
 Heinrich III., Kg. v. Frankreich 22

- Heinrich IV., Kg. v. Frankreich 132, 155, 156, 158, 193, 200  
 Heinsius, Anton, niederländ. Staatsmann 223  
 Henriette-Maria v. Frankreich, Kgn. v. England 140  
 Héron, Charles de Caradas, marquis du, frz. Dipl. 69, 78  
 Hertzog, Bernhard, dt. Gelehrter 177  
 Hessen-Homburg, Georg Christian Ldgrf. v. 23  
 Hessen-Rheinfels-Rottenburg, Polyxena Christina v. 151  
 Holbach, Paul-Henri d', frz. Philosoph u. Enzyklopädist 211  
 Hörnigk, Philipp Wilhelm, dt. Kameralist 204  
 Huxelles, Nicolas de Laye du Blé, marquis d', frz. Dipl. 221, 223  
  
 Ingelheim, Franz Anselm v., Kf. v. Mainz 42, 43  
 Innozenz X., Papst 126  
  
 Jessen, Thomas Balthasar v., dän. Minister 65, 66, 68, 73, 84  
 Johann Kasimir, Kg. v. Polen 96  
 Jordan, Nicole 157, 158, 176  
 Joyeuse, Louis de Lorraine, duc de 120  
 Jurieu, Pierre, hugenottischer Publizist 227  
 Justi, Johann Heinrich Gottlob, dt. Jurist 187  
  
 Kant, Immanuel, dt. Philosoph 187, 210  
 Kara Mustafa, türk. Großwesir 87, 93, 94, 97, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 106  
 Karg, Johann Friedrich Ignaz, Baron v., Kanzler des Kf. v. Köln 230  
 Karl Emmanuel II., Hzg. v. Savoyen 133, 135, 136, 137, 139, 140  
 Karl Emmanuel III. v. Sardinien 151  
 Karl II. Stuart, Kg. v. England 96, 139, 140, 149  
 Karl II., Hzg. v. Mantua 123, 124, 126  
 Karl II., Kg. v. Spanien 24, 25, 35, 74, 82  
 Karl IV., Hzg. v. Lothringen 142, 143, 164  
 Karl V., Hzg. v. Lothringen 22, 43, 46, 47, 49, 51, 52, 137, 143, 148  
 Karl V., Kaiser 174, 194, 197, 221  
 Karl IX. Kg. v. Frankreich 119  
 Karl X. Gustav, Kg. v. Schweden 56, 96  
 Karl XI. Kg. v. Schweden 105  
 Karl XII., Kg. v. Schweden 70, 72, 73, 80, 82  
 Karl, Erzhzg. v. Österreich, Kg. v. Spanien (später Kaiser Karl VI.) 80, 221  
 Kaunitz, Wenzel Anton, Fürst v., österr. Staatskanzler 205, 208, 209, 212–214  
 Kéroualle, Louise de 149  
 Knichem, Andreas v., dt. Gelehrter 177  
 Köprülü, Ahmet, türk. Großwesir 99  
 Krantz, Albert, dt. Gelehrter 177  
 Kunisch, Johannes 191  
  
 L'Hôpital, François de 142  
 La Blinière, Louis de, frz. Gesandtschaftssekretär 223  
 La Feuillade, François d'Aubusson, duc de, maréchal de France 87  
 La Marck, Louis Pierre Engilbert cte. de, frz. Dipl. 228  
 La Meilleray, Armand Charles de la Porte, marquis de 121, 122, 137, 139, 141, 142, 145, 148  
 La Tour d'Auvergne, Frédéric Maurice de 150  
 La Verne, cte. de 228  
 Lamothe Le Vayer, François de, frz. Publizist 160  
 Lampadius, Jacob, dt. Gelehrter 177  
 Langdon-Davies, John 24  
 Le Tellier, Michel, frz. Kriegsminister 14, 20, 118, 120  
 Lehmann, Christoph, dt. Gelehrter 177  
 Leibniz, Gottfried Wilhelm, dt. Philosoph 46, 185, 200, 233  
 Lenglet-Dufresnoy, Nicolas, frz. Historiker 230  
 Leopold I., Kaiser 23, 24, 26, 35, 40, 47, 50, 60, 75, 79, 82, 83, 84, 95, 98, 102, 105, 107, 221  
 Lings, Karl Heinz 186  
 Lionne, Hugues de, frz. Außenminister 27, 101, 117, 119, 146  
 Lisola, Franz v., kaiserl. Dipl. 27, 200  
 Livet, Georges 141  
 Lobkowitz, Wenzel Eusebius, kaiserl. Dipl. 101  
 Longueville, duchesse de 122  
 Longueville, Henri duc de, frz. Prinzipalgesandter beim Westfälischen Friedenskongreß 168  
 Louvois, François Michel Le Tellier, marquis de, frz. Kriegsminister 14, 20, 95, 101, 202  
 Ludwig XIII., Kg. v. Frankreich 24, 157  
 Ludwig XIV., Kg. v. Frankreich 13–25, 27–32, 35, 41, 45, 47, 48, 50, 52–54, 57–62, 65–72, 74, 75–78, 80–85, 87, 89, 92, 95–107, 117, 121, 122, 123, 125, 126, 128, 134–137, 139, 140, 143, 145, 146, 150, 168, 179–181, 183, 184, 186, 188, 189, 191, 194–202, 220, 221, 222, 225–227, 229, 230  
 Lundorp, Michael, dt. Gelehrter 177  
 Luxembourg, François-Henri de Montmorency, duc de, maréchal de France 21  
  
 Mackau, frz. Gesandter am Reichstag 214  
 Maletke, Klaus 15  
 Mancini, Alphonso 137, 138  
 Mancini, Francesco Maria, Kardinal 144  
 Mancini, Hortensia, marquise de La Meilleray 121, 137–142, 145, 148, 149  
 Mancini, Laura Victoria, duchesse de Mercoeur 117, 120, 122, 123, 149  
 Mancini, Lorenzo 144  
 Mancini, Marianne, duchesse de Bouillon 137, 145, 146, 148  
 Mancini, Marie 121, 137, 138, 143, 144, 145

- Mancini, Olympia, comtesse. de Soissons 127, 133, 135–137, 143, 146, 149  
 Mancini, Paolo 121, 138  
 Mancini, Philippe, Hzg. v. Nevers 121, 138, 139, 142, 144, 145  
*Mantran, Robert* 89  
 Manzieri, Agent Modenas 129  
 Maria Christine, Hzgin. v. Savoyen 128, 132–137  
 Maria Theresia, Infantin v. Spanien, Kgn. v. Frankreich 138  
 Maria Theresia, Kaiserin 194, 198, 203, 205, 208, 210, 213, 214  
 Maria v. Medici, Kgn. v. Frankreich 132, 143  
 Marillac, Michel de, frz. Großsiegelbewahrer 162  
 Marlborough, John Churchill, duke of, engl. Feldherr u. Staatsmann 22, 221, 227  
 Martinozzi, Anne Marie, princesse de Conti 122, 123, 149  
 Martinozzi, Laura, Hzgin. v. Modena 121, 123, 127, 128, 130, 131, 143, 149  
 Martinozzi, Margherita 123, 127, 139, 144  
 Maximilian I., Kaiser 194  
 Mazarin, Jules, Cardinal de, frz. Staatsmann 15, 20, 23–27, 32, 96, 99, 100, 101, 117–121, 123–127, 129–134, 136–146, 148, 150, 151, 153, 165  
 Mazzarini, Anna Maria 144  
 Mazzarini, Michele 118, 124  
 Mazzarini, Pietro 144  
 Mehmet IV., Sultan 102, 103  
 Melancton, Philipp 192  
 Mellarede, Pierre de, savoyard. Dipl. 228  
 Mercator, Gerhard, dt. Gelehrter 177  
 Mercœur duc de 117–120, 122, 124, 125, 126, 131, 132, 141, 142, 146  
 Mesnager, Nicolas, frz. Handelsmann u. Agent 224, 228, 229, 231  
 Molé, Mathieu, frz. Magistrat u. Memorialist 161  
 Mollo, Franz, poln. Agent im Haag 225  
 Montecuccoli, Raimund, kaiserl. Feldherr 96  
 Montesquieu, Charles de Secondat, baron de, frz. Philosoph 233  
 Montmorency, Charlotte de 125, 125  
 Montpensier, Anne Marie Louise d'Orléans, duchesse de 127, 140  
 Morosini, Michele, venez. Botschafter 145  
 Motteville, Mme de 117, 123  
 Mustafa de Rodosto, türk. Großwesir 103  
  
 Nani, Giovanni Battista, venez. Agent 137  
 Napoleon I., frz. Kaiser 13, 217  
 Nauller, Johann, dt. Gelehrter 177  
 Newcastle, Thomas Pelham Holles, duke of, engl. Staatsmann 212  
*Noël, Jean-François* 13  
 Nointel, Charles, marquis de, frz. Gesandter bei der Pforte 100  
 Obrecht, Georg, dt. Gelehrter 177  
 Oranien, Wilhelm II. v. 166  
 Orléans, Gaston duc d' 124, 125, 164, 221  
 Oxenstierna, Axel, Gf. v., schwed. Staatsmann 166  
  
 Paine, Thomas, amerikanischer Philosoph 217  
 Passionei, abbé Domenico, päpstl. Ges. in Utrecht 230  
 Paurmeister, Tobias v., dt. Gelehrter 177  
 Pauw, Adriaan, niederl. Dipl. 166  
 Peiresc, Nicolas Fabri de, frz. Gelehrter 160, 163  
 Peter I., d. Gr., russ. Zar 72, 73  
 Pfalz, Friedrich IV., Kf. v. 156, 157  
 Pfalz, Karl I. Ludwig, Kf. v. d. 18, 166  
 Pfalz-Neuburg, Philipp Wilhelm Hzg. v. 25, 26, 150  
 Philipp II., Kg. v. Spanien 136  
 Philipp IV., Kg. v. Spanien 24  
 Philipp V., Kg. v. Spanien 221, 225, 226  
*Pillorget-Rouannet, Suzanne* 25  
 Plessen, Siegfried Christian v., dän. Finanzminister 65, 84  
 Plettenberg, Ferdinand v., Großdekan v. Paderborn u. münsterscher Gesandter 44, 45, 48–51  
 Plettenberg, Friedrich Christian v., Bf. v. Münster 42–50, 60  
 Pognac, abbé Melchior de, frz. Dipl. 223–225  
 Pomponne, abbé Henri-Charles de, frz. Dipl. 228  
 Pomponne, Arnauld de, frz. Außenminister 101  
 Porte, Suzanne de la 122  
 Poussin, frz. Gesandtschaftssekretär in Dänemark 83  
 Prior, Matthew, engl. Dipl. u. Dichter 221, 228  
 Pufendorf, Samuel von, dt. Jurist u. Staatsdenker 17, 183  
  
 Rakoczi, Franz, ungar. Magnat 29  
*Ranke, Leopold v.* 14, 216  
 Rechteren, Adolph Hendrik, Gf. v., niederl. Dipl. 224  
 Reinking, Dietrich, dt. Gelehrter 177  
*Reppen, Konrad* 191  
 Reventlow, Conrad v., dän. Großkanzler 65, 73, 79, 84  
 Richelieu, Armand Jean du Plessis, Cardinal de, frz. Staatsmann 13, 20, 25, 41, 62, 117, 122, 125, 139, 141, 153, 154, 162, 163, 165, 194, 196, 208  
 Rigault, Nicolas, frz. Gelehrter 160  
*Roeck, Bernd* 17  
*Roncière, Charles de la* 92  
 Rossi, cte. de, frz. Agent 229, 230  
*Roy, Philippe* 89, 92, 105  
 Rümelin, Martin, dt. Gelehrter 177  
 Rumpf, Christiaan Constantijn, niederl. Dipl. 222

- Saint-Pierre, Charles-Iréné Castel de, frz. Philosoph 223, 232, 233  
 Saumaise, Claude, frz. Gelehrter 160  
 Savoyen, Emmanuel Filibert v. 137  
 Savoyen, Eugen v. 22, 99, 107, 134, 135, 149, 221, 230  
 Savoyen, Marguerita Yolande von 134, 140  
 Scherlitz, Joachim dt. Gelehrter 177  
 Schilling, Heinz 195  
 Schindling, Anton 15, 30, 31, 34  
 Schleswig-Holstein-Gottorf, Christian Albrecht, Hzg. v. 57, 78  
 Schleswig-Holstein-Gottorf, Friedrich II. Hzg. v. 56  
 Schleswig-Holstein-Gottorf, Friedrich IV. Hzg. v. 81, 82  
 Schnabel, Franz 22  
 Schneider, Baltasar, Ges. d. Stadt Colmar beim Westfäl. Friedenskongreß 168  
 Schönborn, Johann Philipp v., Kf. v. Mainz 18, 19, 25, 26, 29, 200  
 Schönborn, Lothar-Franz v. 39  
 Schöningh, Hans Adam v., brandenburg.-sächs. Feldherr 23  
 Schröcker, Alfred 39  
 Schütz, Kaspar, dt. Gelehrter 177  
 Sébéville, marquis de 101  
 Séguier, Pierre de, frz. Kanzler 165  
 Servien, Abel, frz. Gesandter beim Westfälischen Friedenskongreß 168  
 Sévigné, Renauld, chevalier de 133  
 Sinzendorf, Philipp Ludw. v., kaiserl. Dipl. 230  
 Sleidan, Johannes, dt. Geschichtsschreiber 177  
 Sobieska, Maria Charlotta 150  
 Sobieski, Johann, Kg. v. Polen 29, 95  
 Soissons, Eugène Maurice de Savoie, cte. de 133, 135–137, 142, 143  
 Soliman I. (der Prächtige), Sultan 88, 96, 97  
 Sötern, Philipp v., Kf. v. Trier, Bf. v. Speyer 41  
 Stadion, Christoph Rudolf v. 42  
 Strafford, Thomas Wentworth, Lord, engl. Dipl. 221  
 Stuart, James Edward 150  
 Sully, Maximilien de Béthune, duc de, frz. Finanzminister 196  
 Swift, Jonathan, engl. Schriftsteller 230, 233  
 Thököly, Emmerich, ungar. Magnat u. Insurgent 29, 98, 103, 104, 105, 106  
 Thomasius, Christian, dt. Philosoph 210  
 Thou, Jacques Auguste de, frz. Magistrat u. Geschichtsschreiber 156, 160  
 Trautmannsdorff, Maximilian Gf. v., kaiserl. Diplomat 166, 200  
 Turenne, Henri de La Tour d'Auvergne, maréchal de France 21, 145, 146, 148, 149  
 Urban VIII., Papst 126  
 Van Hallwyn, niederländ. Diplomat 166  
 Van Wassenauer, Nicolas Johan, niederl. Historiker 163  
 Vattel, Emer de, frz. Jurist 187  
 Vauban, Sébastien Le Prestre de, maréchal de France 25  
 Vendôme, Louis, duc de 117, 119, 120, 131, 149  
 Vergé-Franceschi, Michel 89  
 Viktor Amadeus I., Hzg. v. Savoyen 131  
 Viktor Amadeus II. Hzg. v. Savoyen 232  
 Villars, Hector de, frz. Feldherr 21, 221  
 Voltaire, François-Marie Arouet de, frz. Philosoph 32, 202, 210  
 Wachtendonck, Arnold v. 51  
 Wachtendonck, Edmund Theodor 43, 46  
 Wachtendonck, Karl Franz 43, 46  
 Waddington, Albert 216  
 Wartenberg, Franz Wilhelm v., Bf. v. Osnabrück 33  
 Wilhelm III. (v. Oranien), Statthalter der Niederlande, Kg. v. England 16, 29 64, 71, 80, 82  
 Wolff-Metternich, Franz Arnold v. 43, 46, 49, 51, 52  
 Wolff-Metternich, Hermann Werner, Bf. v. Paderborn 43, 49  
 Wolffenbüttel, Anton Ulrich, Hzg. v. 60, 75, 77  
 Wolffenbüttel, Rudolf August, Hzg. v. 60, 75  
 York, James duke of 149  
 Zeller, Gaston 14, 20, 25, 106

